



49.5-3687

Inhalts - Verzeichnis

über die

Verhandlungs - Gegenstände

der

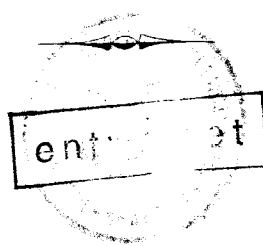
Stadtverordneten - Versammlung

zu

Braunschweig

im Jahre 1902/1903.

100/1325



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

I. 8. April 1902.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	2
2. Durchführung der beschlossenen Wohnungsuntersuchungen	2

II. 24. April 1902.

3. Erklärung des Magistrates in Sachen des Bahnhof-Umbaues	6
4. Erweiterung der höheren Mädchenschule	12
5. Baulichkeiten im Altstadtrathause	18
6. Ausbau einer Verbindungsstraße an der Rosenstraße	20
7. Erwerb und Veräußerung von Terrain nördlich der Kaiser-Wilhelmstraße	20
8. Hundesteuer-Erlassgesuche	21
9. Ehrenpreis für das Festschießen des nordwestdeutschen Schützenbund-Bezirksvereins	22
10. Einsprachen wegen der Höfenstraße n.	23
11. Beleuchtung der Kaiser-Wilhelm-Brücke	23
12. Gesuch wegen Herabsetzung der Leichentransportgebühren	25
13. Gebühr für Ausführung von Wohnungsdesinfektionen	26
14. Mittel für Erweiterung des Bürgerparks	27
15. Wertbemessung des Terrains der alten Hagen- und Wabestraße	27
16. Ortsbauplan für das Gebiet südlich der Weststraße n.	27
17. Antrag Löschigk und Gen.: Verbreiterung der Ferkelbrücken	28
18. Antrag Stegmann: Mittel zu populär-wissenschaftlichen Vorträgen	28
19. Antrag Stegmann: Mittel zur Beschickung des Verbandstages deutscher Gewerbeberichte	31

IV

Seite

20.	Anfrage Schöttler: Gleichberechtigung der hiesigen Oberrealschule mit den preussischen Lehranstalten	33
21.	Antrag Göcke und Gen.: Ausbau des Bültensweges	36
22.	Antrag Nolte und Frühling: Verhalten des Magistrates in Sachen des Bahnhof-Umbaues	36

III. 5. Juni 1902.

23.	Erweiterung der Wasserfassung für das neue Wasserwerk	39
24.	Antrag Brückmann: Einführung hauswirtschaftlichen Unterrichts an den unteren Bürgerschulen	50
25.	Antrag Günther: Schaffung einer Einheitschule u.	53
26.	Antrag Göcke und Gen.: Ausbau des Bültensweges	59
27.	Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Altemwiesing und Rosenstraße	61
28.	Erwerb einer Fläche zu der unter V erwähnten Verbindungsstraße	62
29.	Erwerb einer Fläche zur Eichthalstraße	62
30.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	62
31.	Erwerb von Flächen zur Salzdhulmerstraße	62
32.	Plattenbelag vor weiteren Grundstücken der Helmstedterstraße	63
33.	Baulichkeiten in der Schule am Südklint	63
34.	Gebühren für Benutzung der Freibank	64
35.	An- und Verkauf von Flächen an der Pestalozzistraße und Aufhebung eines Straßenteils	64
36.	Beschaffung einer Zentesimalwaage für das Kieselgut	65
37.	Weitere Beihilfe für den Männer-Turnverein	65
38.	Unterbringung und Benutzung des Krankentransportwagens	66
39.	Erwerb von Flächen in der Nähe der Eichthalstraße	68
40.	Legung von Gas- und Wasserrohren in der verlängerten Voigts-Nehsestraße u.	68
41.	Erwerb einer weiteren Fläche zum Cyriatsringe	68
42.	Teilortsbauplan für die Theaterpromenade	69
43.	Beschaffungen für das alte Gaswerk	69
44.	Anfrage Stegmann: Stellungnahme des Magistrates gegenüber dem Zimmererstreit	69
45.	Antrag Günther: Erhöhung des Zuschusses für die Sommerpflegen	70
46.	Antrag Brückmann: Nichtverwendung der Bauplank des Hoftheaters zu Kellamezwecken	71

IV. 3. Juli 1902.

47.	Änderung des Ortsbauplanes bei der Koppstraße	73
48.	Anfrage Meyerhoff; Ergiebigkeit des neuen Wasserwerkes	74
49.	Antrag Günther: Erhöhung des Zuschusses für die Sommerpflegen	75

V. 21. August 1902.

50.	Verkauf von Terrain an der vormaligen kl. Hagenstraße	78
51.	Erhebung einer Klage	79
52.	Gewährung von Ruheohn an kirchliche Unterbeamte zc.	79
53.	Aufhebung der Calandstiftung	79
54.	Einsprache in Betreff der Höfenstraße	81
55.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	81
56.	Instandsetzung der Friesenstraße	81
57.	Erweiterung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung	82
58.	Ausbau von Straßenzügen bei der Weststraße	84
59.	Terrainerwerb zu einer projektierten Straße bei der Friedrichstraße	85
60.	Einsprache in Betreff der Theaterpromenade	85
61.	Einverleibung der Moritzburg in den Stadtbezirk	86
62.	Berechnung der Einnahmen und Ausgaben für die Dampfwalze	86
63.	Terrainerwerb zum Altkadtring	87
64.	Verlegung und Neuerrichtung von Bedürfnisanstalten	87
65.	Terrainerwerb an der Bodestraße zc.	88
66.	Terrainerwerb zu einer von der Bodestraße abzweigenden Straße	89
67.	Kanalisationsarbeiten in der Bismarckstraße	89
68.	Erlaß von Beiträgen für die Armen- und Wegebetterungskasse	89
69.	Dienstwohnung im Schlachthause	90
70.	Mietvertrag mit der Handwerkskammer wegen des Hanneborstelschen Hauses	90
71.	Wahl einer gemischten Deputation zur Prüfung des Bahnhofsprojektes	91
72.	Ersatzwahl für die Finanzkommission	91
73.	Bekrönung der Kaiser-Wilhelm-Brücke	92
74.	Euthüllungsfeier für die Kaiser-Wilhelm-Brücke	92
75.	Anfrage Wollenweber: Untersuchung des eingebrachten Fleisches	94

VI. 25. September 1902.

76.	Badeeinrichtung für die Desinfektoren	99
77.	Beleuchtungsanlage in der Bürgerschule an der Leopoldstraße	99
78.	Erwerb von Flächen zu verschiedenen Straßen und Erhaltung von Kanalbaukosten	99
79.	Terrainantausch an der Mauernstraße	100
80.	Ausgabe von Kreisobligationen	101
81.	Verlängerung des Wasserrohrs am Büldenwege	102
82.	Terrainerwerb zur Körnerstraße	102
83.	Gasabgabe an ein auswärtiges Grundstück	103
84.	Ueberrahme der Reinigung von Promenadenflächen	103
85.	Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardplatz	104
86.	Beschaffung eines Dampfessels und einer Kitcheneinrichtung für das Pflegehaus	104

VI

	Seite
87. Dienstwohnung beim alten Wasserwerke	105
88. Hundesteuer-Erlaßgesuche	105
89. Wasserrohr in der Goslarischenstraße	106
90. Ortsbauplan in der Nähe des Bülteweges	106
91. Bauliche Aenderungen im ehemaligen Stadthause	106
92. Erweiterung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung	108
93. Weg für die Johanniiskirche und Verwilligung von Kanalbaukosten zc.	110
94. Antrag Stegmann: Fleischvertenerung	110
95. Bedürfnisanstalt bei der Brüdernkirche	113
96. Mietvertrag wegen des Huneborstelschen Hauses	113
97. Neueinteilung der Wahlbezirke der Stadt	117
98. Besichtigung des 6. Deutschen Fortbildungsschultages	118
99. Antrag Riecke: Befreiungen von der Hundesteuer	118
100. Antrag Blasius: Beseitigung von Verkehrsstörungen	119
101. Anfrage Bösigk: Benutzung der Bammelsburgerbrücke	119
102. Antrag Sander: Verwendung von Petroleum-Glühlicht-Laternen	120
103. Vermietung des Ratsekklers	120

VII. 9. Oktober 1902.

104. Plattenbelag auf einem Teile des Atemwickrings	122
105. Aufwendungen für die öffentlichen Spielplätze	122
106. Erhöhung des Rabatts und Einführung von Prämien für Entnahme elektrischer Energie zu Beleuchtungszwecken	123
107. Antrag Blasius: Beseitigung von Verkehrsstörungen	130
108. Antrag Riecke: Befreiungen von der Hundesteuer	131
109. Antrag Sander: Verwendung von Petroleum-Glühlicht-Laternen	132
110. Einrichtung einer neuen Bürgerschulklasse	133
111. Beschaffung von Luftmessern für die Gasanstalten	134
112. Aufstellung von Hydranten und Einfriedigung zc. des alten Wasserwerkes	134
113. Vermehrung des Lehrpersonals bei der Oberrealschule	134
114. Erweiterung der höheren Mädchenschule	135
115. Antrag Stegmann: Fleischvertenerung	142
116. Antrag Alßmann: Anstellung von Schulärzten	146
117. Antrag Stegmann: Bau einer zweiten Freibadeanstalt	146

VIII. 6. November 1902.

118. Errichtung einer Bürgerschule an der verlängerten Voigts-Nheßstraße	150
119. Antrag Stegmann: Fleischvertenerung	161
120. Erwerb einer Fläche zur Eichthalstraße	175
121. Antrag Alßmann: Anstellung von Schulärzten	175
122. Antrag Stegmann: Bau einer zweiten Freibadeanstalt	175
123. Erwerb von Flächen zur Arndtstraße zc.	178
124. Gehaltsordnung für die wissenschaftlichen Lehrer	179

	Seite
125. Gehaltsbestimmungen für städtische Beamte	180
126. Ausleihung eines Kapitals an das Kirchentassen-Kollegium	181
127. Erhöhung der Honorare für die städtischen Armenärzte	181
128. Vorgärten für die Nordseite der Heinrichstraße	181
129. Verlängerung des Gasrohrs im Bültenswege zc.	182
130. Deckung von Kosten für das vormalig Huneborsfielsche Haus	182
131. Beihilfe zu den Kosten der Schuntertalbahn	182
132. Veiisäge für die Neuordnung des Lehrerinnenseminars	184
133. Ausbau eines weiteren Teiles des Fußweges an der Helmstedterstraße	185
134. Kanalisierung eines Teiles der Pflegehausstraße	186
135. Nachverwilligung von Kosten für das Volksbad an der Ritterstraße	186
136. Hundesteuer-Erlaßgesuche	188
137. Außerordentliche Dotierung des Schulhausbaufonds	188
138. Austausch von Flächen am Lessingplatz zc.	189
139. Anfrage Glinthier: Ungiltigkeit eines Beschlusses der Versammlung	189

IX. 18. Dezember 1902.

140. Errichtung einer Bürgerschule an der verlängerten Voigts-Niegestraße	194
141. Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse zc. für 1901-02	197
142. Ausbau eines Teiles der Voigts-Niegestraße	198
143. Unterstützungsgeuch der hiesigen landwirtschaftlichen Schule	198
144. Uebernahme einer Promenadenstrecke	198
145. Erwerb von Flächen zur Giesmaroderstraße	199
146. Ausbau eines Teiles der Pflegehausstraße	200
147. Aenderung des Projektes über den Ausbau der Friesenstraße	200
148. Vermietung eines Teiles des Markthallenfellers	201
149. Plattenbelag auf einem weiteren Teile der Leonhardstraße	202
150. Errichtung eines Wagenchuppens auf dem Kieselgute	202
151. Wasserzuleitungen für verschiedene Grundstücke am Bültens	202
152. Erwerb einer Fläche zur Neuenstraße	206
153. Anschaffung von Schränken zc. für das städtische Museum	206
154. Vermietung eines Grundstücks an der Wendensstraße	206
155. Kugelohn an die Bademeister der Volksbadeanstalten	207
156. Kosten für das Urkundenbuch der Stadt	208
157. Erweiterung des Baugrundes im Westen der Stadt	209
158. Annahme wissenschaftlicher Hilfsbeamten für die Bauverwaltung	209
159. Hundesteuer-Erlaßgesuche	210
160. Erwerb einer Fläche zur Glückstraße	210
161. Mittel zur Besoldung zweier Hilfszeichner	210
162. Antrag Koplies: Feststellung der Zahl der ohne Frühstück zur Schule kommenden Kinder	211
163. Antrag Thendorf: Beihilfe für das Gewerkschaftskartell	217
164. Anfrage Stegmann: Abgabe von Kots in kleinen Posten	218
165. Anfrage Köschigt: Betrieb der Straßenbahn nach dem Friedhofe	219

VIII

	Seite
166. Anfrage Wollenweber: Beseitigung der Planke auf dem Spohrplatze	219
167. Anfrage G ü n t h e r: Ausführung von Notstandsarbeiten	220
168. Antrag Blasius: Verunreinigung der Eker	222

X. 22. Januar 1903.

169. Umbau des hiesigen Staatsbahnhofes	226
170. Abkommen wegen Neubaus der Galterslebertorbrücke	231
171. Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse zc. für 1901/02	232
172. Bedürfnisanstalt an der Brüdernkirche	233
173. Gesuch um bessere Beleuchtung der Plätze und Hauptstraßen	234
174. Antrag Thlendorf: Beihilfe für das Gewerkschaftskartell	235
175. Antrag Aßmann: Uebernahme der Volksbadeanstalten	245
176. Ueberweisung des Vorratsvermögens der Gewerbeschule an die Kammereikasse	248
177. Ergänzung zc. des Mobiliars im Ratskeller	248
178. Erwerb eines Grundstücks zum Wirtschaftshofe	249
179. Uebernahme der Reinigung von Promenadenflächen	249
180. Straßeneiten eines Teiles der Nebenstraße	250
181. Aenderung an der Einrichtung der Markthalle	250
182. Wasserklosetts für die höhere Mädchenschule	252
183. Wasserklosetts für mehrere Bürgerschulen	253
184. Fußwegbelag auf einem Teile der „Höhe“	254
185. Unterstützung für den Frauenhilfsverein „Elisabeth“	254
186. Aufnahme einer Klage (Borchers)	254
187. Aufnahme einer Klage (Wedler)	255
188. Antrag Koch: Entlastung des Spohrplatzes	255
189. Antrag G ü n t h e r: Arbeitslorenzählung	255

XI. 5. März 1903.

190. Entlassungsgeſuch eines Stadtverordneten	258
191. Ueberſchreitung der Baukredite für die Gewerſchule und eine Bürgerſchule	259
192. Ausban eines Teiles der ſüdlich der Weſtſtraße projektierten Straße	272
193. Baulichkeiten im Altſtadt-Nathanje	273
194. Erneuerung eines Rohres in der Deſinfektionsanſtalt	274
195. Antrag Koch: Entlaſtung des Spohrplatzes	275
196. Antrag G ü n t h e r: Arbeitslorenzählung	277
197. Errichtung neuer Bürgerſchulklaſſen	279
198. Entlaſtung wegen Verwaltung der Licht- und Waſſerwerke zc. im Jahre 1901/02	280
199. Aufhebung von Wegeflächen an der Roßſtraße	280
200. Abkommen wegen Terrainabtretung an der Höfenſtraße	280
201. Ausban der Höfenſtraße	281

	Seite
202. Anstellung von Schulärzten	282
203. Ausbau u. eines Teiles des Hildesheimerstraße	289
204. Hundesteuer-Erlaßgesuche	290
205. Verpachtung der Eisenbüttler Mühlen	290
206. Plattenbelag auf einem Teile der Hamburgerstraße	291
207. Antrag Ebeling: Verbreiterung des westlichen Eingangs zur Südstraße	291

XII. 19. März 1903.

208. Anfrage Günther: Besetzung des Wagnerschen Stadtverordnetenmandates	294
209. Antrag Ebeling: Verbreiterung des westlichen Eingangs der Südstraße	294
210. Erwerb einer Fläche zur Pflegehausstraße	296
211. Fluchtlinie und Grenzregulierung am Wollmarkt	296
212. Plattenbelag auf der Kurzenstraße	297
213. Gesuch um Pflasterung der Sophienstraße	297
214. Hundesteuer-Erlaßgesuch	297
215. Stadthaushaltsplan u. für 1903/04.	297
216. Antrag Stegmann: Versicherung der Scheuerfrauen gegen Krankheit	315
217. Antrag Günther: Einrichtung einer Volkseleschule	315
218. Antrag Ohlendorf: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter	316
219. Antrag Ohlendorf: Verbreiterung der Brücke an der Sidonienstraße u.	317
220. Antrag Stegmann: Bewilligung von Sommerferien an Arbeiter	317
221. Antrag Köschigk: Straßenbeleuchtung in den frühen Morgenstunden	318
222. Antrag Köschigk: Befahren der Friedhofsstrecke durch die Straßenbahn	318

XIII. 26. März 1903.

223. Stadthaushaltsplan u. für 1903/04 (Schluß der Beratung)	320
224. Gemeindefirchsteuer für 1903/04	325
225. Gehaltsverhältnisse der wissenschaftlichen Lehrer, der Baubeamten u.	325
226. Errichtung eines Zirkus- und Theaterbaues	326
227. Ermäßigung eines Beitrages für Entnahme von Oberwasser	350

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Änderung des Ortsbauplanes 27, 69, 73,
98, 106, 296.

Änderungen im Etat 301.

Akustik im SitzungsSaale 256.

Altstadt-Rathaus betr. 18, 273, 299.

Anfragen der Herren:

Günther: Ausführung von Notstands-
arbeiten 220,

Befestigung des Wagnerschen Man-
dates 294,

Ungültigkeit eines Beschlusses 189;

Vöschigt: Benutzung der Bammels-
burgerbrücke 119,

Betrieb der Straßenbahn nach dem
Friedhöfe 219;

Meyerhoff: Ergiebigkeit des neuen
Wasserwerkes 74;

Schöttler: Gleichberechtigung der Ober-
realschule mit den preussischen Lehr-
anstalten 33;

Stegmann: Abgabe von Koks in
kleinen Posten 218,

Stellungnahme des Magistrates
gegenüber dem Zimmererstreik 69;

Wollenweber: Beseitigung der Planke
auf dem Spohrplatz 219,

Untersuchung des eingebrachten
Fleisches 94.

Ankauf von Straßenflächen s. Erwerb.

Annahme wissenschaftlicher Hilfsbeamten für
die Bauverwaltung 209.

Anträge, selbständige, der Herren:

Abmann: Anstellung von Schulärzten
146, 175,

Übernahme der Volksbadeanstalten
207, 245;

Blasius: Beseitigung von Verkehrs-
störungen 119, 130,

Verunreinigung der Oster 222;

Brückmann: Einführung hauswirt-
schaftlichen Unterrichts an den unteren
Bürger Schulen 50,

Nichtverwendung der Bauplanke des
Hoftheaters zu Reklamezwecken 71;

Ebeling: Verbreiterung des westlichen
Eingangs der Südstraße 291, 294;

Göcke: Ausbau des Bültenweges 36, 59;

Günther: Arbeitslozenzählung 255, 277,
Einrichtung einer Volkslesehalle 315,

Erhöhung des Zuschusses für
Sommerpflegen 70, 75,

Schaffung einer Einheitschule 53;

Koch: Entlastung des Spohrplatzes 255,
275;

Vöschigt: Befahren der Friedhöfsstraße
der Straßenbahn 318,

Straßenbeleuchtung an den frühen
Morgenstunden 318,

Verbreiterung der Osterbrücken 28;

Kolke: Verhalten des Magistrates in
Sachen des Bahnhofsneubaus 36;

Uhlenдорff: Beihilfe für das Gewerk-
schaftsartell 217, 235,

Lohnerhöhung für die städtischen
Arbeiter 316,

Verbreiterung der Brücke an der
Sidonienstraße 317;

Pepies: Änderung der Tagesord-
nung 99,

Feststellung der Zahl der ohne Früh-
stück zur Schule kommenden

Kinder 211;

- Nieke: Befreiungen von der Hundesteuer 118, 131;
 Sander: Verwendung von Petroleum-
 Glühlichtlaternen 120, 132;
 Stegmann: Bau einer zweiten Frei-
 badeanstalt 146, 175,
 Fleischvertenerung 110, 142, 161,
 Mittel zu populärwissenschaftlichen
 Vorträgen 28,
 Mittel zur Beschickung des Ver-
 bandstages deutscher Gewerbe-
 gerichte 31,
 Versicherung der Scheuerfrauen gegen
 Krankheit 315.
 Apothekenerichtung für das Krankenhaus 312.
 Arbeiter-Beurlaubungen 317.
 Arbeiterloohnerhöhung 316.
 Arbeitslorenzählung 255, 277.
 Armenärzte-Honorar 181.
 Armenschein-Ausstellung 308.
 Armen- und Wegebesserungskasse 89.
 Aufhebung der Calandstiftung 79.
 " von Straßen ic. 64, 280.
 Aufwendungen für öffentliche Spielplätze 122.
 Ausbau von Straßen und Plätzen 20, 36, 59,
 61, 81, 84, 185, 198, 200, 200, 272,
 281, 289.
 Ausgabe von Kreisobligationen 101.
 Anleihe eines Kapitals 181.
 Austausch von Terrain 100, 189.
 Badeanstalten betr. 99, 146, 175, 186, 207,
 245.
 Bahnhofsumbau betr. 6, 36, 38, 91, 226.
 Baugrunderweiterung 209.
 Baulichkeiten im Altstadt-Kathause 18, 273,
 299.
 Baulichkeiten in der Schule am Südklint 63.
 Bauplanke des Hoftheaters 71.
 Bauverwaltung betr. 209, 210.
 Beamtengehälter betr. 325.
 Bedürfnisanstalten betr. 87, 104, 113, 233,
 304, 305, 317.
 Beihilfe für den Männerturnverein 65, 301.
 Beihilfe zu den Kosten der Schuntertalbahn
 182.
 Beleuchtung von Straßen und Plätzen 23, 82,
 108, 194, 234, 304, 318.
 Benutzung des Krankentransportwagens 66.
 Berichtigung 350.
 Beschaffung einer Zentesimalwaage 65.
 Beschickung des Verbandstages deutscher Ge-
 werbegerichte 31.
 Beurlaubung von Arbeitern 317.
 Brücken betr. 23, 28, 92, 92, 119, 231, 317.
 Bürgerpark betr. 27, 300, 308.
 Bugenhagendenkmal betr. 150.
 Calandstiftung betr. 79.
 Coatsabgabe betr. 218.
 Dampfwalze betr. 86.
 Dankschreiben Sr. Königl. Hoheit 38.
 " vom Stadtbaurat Winter 150.
 Desinfektionsanstalt betr. 26, 99, 274.
 Durchführung der Wohnungsuntersuchungen 2.
 Ehrenpreis für das Bundeschießen 22.
 Einführung eines Stadtverordneten 78.
 Eingaben hiesiger Einwohner und Vereine 25,
 38, 38, 98, 150, 194, 234, 258, 297,
 319.
 Eingebrochtes Fleisch betr. 94.
 Einheitschule betr. 53.
 Einladung zur Bugenhagenfeier 150.
 Einsprachen gegen den Ortsbauplan 23, 81, 85.
 Einverleibung der Moritzburg in den Stadt-
 bezirk 86.
 Elektrizitätswerk betr. 123, 258.
 Enthüllung des Bugenhagendenkmals 150.
 Enthüllungsfest auf der Kaiser Wilhelm-
 Brücke 92.
 Entlassungsgeuch eines Stadtverordneten 258.
 Entlastung des Spohrplatzes 219, 255, 275.
 " wegen Verwaltung der Licht- und
 Wasserwerke 280.
 Entnahme von Kierwasser 350.
 Ergebnis der Neuwahlen zur Versammlung 258.
 Erhebung von Klagen 79, 254, 255.
 Erklärung des Magistrates in Sachen des
 Bahnhofsumbaues 6.
 Erlaß von Beiträgen zur Armen- und Wege-
 besserungskasse 89.

XII

- Errichtung einer Bürgerschule 150, 194.
 " eines Zirkus- und Theaterbaues 326.
 " neuer Bürgerschulklassen 279.
 Ersatzwahl für die Finanzkommission 91.
 Erweiterung der höheren Mädchenschule 12.
 " des Baugrundes der Stadt 209.
 Erwerb von Straßenflächen und Grundstücken
 20, 62, 62, 62, 64, 68, 68, 85, 87,
 88, 89, 99, 102, 175, 178, 199, 206,
 210, 249, 296.
 Fleischvertenerung betr. 98, 110, 142, 161.
 Fortbildungsschule betr. 118, 322.
 Freibadanstalt betr. 146, 175.
 Freibank betr. 64.
 Friedhofsfachen betr. 25, 219, 307, 318.
 Frühstück der Schulkinder 211.
 Gasrohr-Legung 68, 103, 182.
 Gaswerk betr. 69, 103, 134, 312.
 Gebühren für Benutzung der Freibank 64.
 Gebühren für Wohnungsdesinfektionen 26.
 Gehaltszüge für Lehrer und Beamte 179, 180,
 325.
 Gemeinde-Kirchensteuer 325.
 Gesuche hiesiger Einwohner und Vereine 25,
 38, 38, 98, 150, 194, 234, 258, 297,
 319.
 Gewerbegericht betr. 31, 306.
 Gewerbeschule betr. 248, 259.
 Gewerkschaftskartell betr. 217, 235.
 Glühlichtlaternen betr. 120, 132.
 Handwerkskammer betr. 90, 113, 182.
 Hauswirtsch. Unterricht betr. 50.
 Heizungskosten für die Bureaus 307.
 Herabsetzung der Leichentransportgebühren 25.
 Hilfszeichner-Einstellung 210.
 Hochschulkurze betr. 28, 301.
 Höhere Mädchenschule betr. 12, 252.
 Hoftheater betr. 71.
 Honorare für die städt. Armenärzte 181.
 Hundesteuer-Erlassgesuche 21, 62, 81, 105,
 118, 131, 188, 210, 290, 297.
 Huneborstelsches Haus betr. 90, 113, 182.

Instandsetzung von Straßen und Plätzen f. Ausbau.

- Analisation betr. 89, 99, 110, 186, 320.
 Kirchen betr. 79, 110, 181, 325.
 Klage-Erhebungen 79, 254, 255.
 Kofsabgabe in kleinen Posten 218.
 Krankenhaus betr. 66, 312.
 Krankentransportwagen betr. 66.
 Krankenversicherung der Scheuerfrauen 307,
 315.
 Kreisobligationen-Ausgabe 101.
 Landwirtschaftliche Schule betr. 198.
 Legung von Gas- und Wasserröhren 68, 102,
 103, 106, 182, 202.
 Lehrergehälter betr. 179, 325.
 Lehrerinnenseminar betr. 184.
 Lehrervereins-Verammlung 98.
 Leichentransportgebühren betr. 25.
 Licht- und Wasserwerke betr. 280.
 Lohnerhöhung für Arbeiter 316.
 Mädchenschulen betr. 12, 135.
 Männer-Turnverein betr. 65, 301.
 Markthalle betr. 201, 250, 300.
 Mietvertrag wegen des Huneborstelschen Hauses
 90, 113, 182.
 Moritzburg betr. 86.
 Mühlen betr. 290.
 Museum betr. 206.
 Neueinteilung der Wahlbezirke 117.
 Neustadt-Kathaus betr. 298.
 Notstandsarbeiten betr. 220.
 Numerierung der Häuser betr. 304.
 Oberrealschule betr. 33, 134, 320.
 Osterbrüden betr. 23, 28, 92, 92, 119, 231,
 317.
 Osterverunreinigung betr. 222.
 Ostervasser-Entnahme 350.
 Ortsbauplan betr. 27, 69, 73, 98, 106, 296.
 Petroleum-Glühlichtlaternen betr. 120, 132.
 Pflegehaus betr. 104.

Plattenbelag betr. 63, 122, 185, 202, 254,
291, 297.

Populärwissenschaftliche Vorträge betr. 28,
301.

Promenaden betr. 103, 198, 249.

Radsfahrer-Schutzverband betr. 150.

Rathaus-Kostenrechnung 98.

Ratskeller-Vermietung 120, 248.

Rechnungsabschlüsse der Kämmererkasse 197,
232.

Rieselgut betr. 65, 202, 310.

Ruhelohn an Bademeister 207.

„ „ kirchliche Unterbeamte 79.

Scheuerfrauen-Versicherung 307, 315.

Schlachthaus betr. 64, 90, 94.

Schützenbund betr. 22.

Schulärzte betr. 146, 175, 282.

Schulen betr. 12, 33, 50, 53, 63, 99, 133,
134, 135, 150, 194, 211, 248, 252,
253, 259, 279.

Schulhausbaufonds betr. 188.

Schuntertalbahn betr. 182.

Sedaufeyer betr. 300.

Sitzungsaal betr. 256.

Sommerferien für Arbeiter 317.

Sommerpflegen betr. 70, 75.

Spieleplätze betr. 122.

Stadthaus (altes) betr. 106.

Stadthaushaftsplan betr. 297, 301, 320.

Stadt. Museum betr. 206.

Straßenbahn betr. 219, 307, 318.

Straßenbeleuchtung betr. 23, 82, 108, 194,
234, 304, 318.

Straßenkosten 250.

Straßen z., welche behandelt worden sind:

Altewage 305;

Altewiekring 61, 62, 122;

Altstadttring 87;

Amalienplatz 122;

Amalienstraße 108;

Arndtstraße 178;

Bammelsburgerstraße 119, 198;

Bismarckstraße 89;

Bodeplatz 88, 89;

Bültenweg 59, 102, 106, 182, 202;

Burgplatz 306;

Cellerstraße 119, 130;

Cyriakusring 68;

Dichtalstraße 62, 68, 175;

Exerzierplatz, fl. 122;

Frankfurterstraße 108;

Friedrichstraße 85;

Friesenstraße 81, 200;

Guchstwege 108;

Gartenstraße 108;

Giesmaroderstraße 199;

Glückstraße 210;

Goslarischestraße 106;

Hagenstraße 27;

Hagenstraße, fl. 78;

Hamburgerstraße 291;

Heinrichstraße 100, 181;

Helmstedterstraße 63, 86, 185;

Hildesheimerstraße 289;

Höfenstraße 23, 81, 280, 281;

Höhe 254;

Hohetor, am, 258;

Howaldtstraße 108;

Kaiser Wilhelmstraße 20, 23, 92, 100;

Kasernenstraße 309;

Körnerstraße 102;

Kurzeßstraße 297;

Leonhardplatz 38, 104, 122;

Leonhardstraße 110, 202;

Leopoldstraße 99;

Leßingplatz 189;

Mauernstraße 100;

Neuestraße 206;

Pestalozzistraße 64;

Pflegehausstraße 186, 200, 296;

Rebenstraße 250;

Ritterstraße 186;

Rosenstraße 20, 61, 62;

Rößstraße 73, 280;

Salzdahlumerstraße 62, 108;

Schillstraße 309;

Schubertstraße 198;

Sidonienstraße 317;

Sophienstraße 297;

Spohrplatz 219, 255, 275;

XIV

- Südklint 63;
 Südstraße 291, 294;
 Theaterpromenade 69, 85;
 Voigts-Niehsstraße 68, 150, 194, 198;
 Wabestraße 27;
 Wendenmajßstraße 64;
 Wendenstraße 206;
 Weststraße 27, 84, 272;
 Wiesenstraße 99;
 Wörthstraße 110, 309;
 Wollmarkt 296, 305.
- Tagesordnungs-Änderung** 99.
Terrainaustausch 100, 189.
Theaterbau betr. 326.
Turnverein betr. 65, 301.
- Übernahme der Volksbadeanstalten** 207, 245.
Übernahme von Promenadenflächen 103, 198, 249.
Überschreitung von Bankrediten 259.
Überweisung des Vorratsvermögens der Gewerbeschule an die Kammereikasse 248.
Umbau des Bahnhofes 6, 36, 38, 91, 226.
Ungültigkeit eines Beschlusses 189.
Unsicherheit auf den Straßen 304.
Unterbringung des Krankentransportwagens 66.
Unterstützung des Frauenhilfsvereins Elisabeth 254.
Unterstützungsgeſuch der landwirtsch. Schule 198.
Untersuchung des eingebrachten Fleisches 94.
Urkundenbuch der Stadt 208.
- Verbesserung der Straßenbeleuchtung** 23, 82, 108, 194, 234, 304, 318.
- Verbreiterung der Ferbrücken** 28, 231, 317.
Verbreiterung des Eingangs der Südstraße 291, 294.
Verein zur Hebung Braunschweigs 194.
Verkauf von Straßenflächen und Grundstücken 20, 64, 78, 280.
Verkehrsstörungen betr. 119, 130.
Vermietung eines Grundstücks a. d. Wendenstraße 206.
Vermietung eines Teiles des Markthallenellers 201.
Verpachtung der Eisenbütten Mühlen 290.
Volksbadeanstalten betr. 146, 175, 186, 207, 245.
Volksseehalle-Einrichtung 301, 302, 315.
Vorgärten für die Heinrichstraße 181.
Vorſitzenden-Wahl 2.
- Wagenhuppen-Einrichtung** 202.
Wagnerſches Mandat 294.
Wahlbezirk-Einteilung 117.
Wahl des Vorſitzenden 2.
Wasserflojets in Schulen 252, 253.
Wasserrohrlegung 68, 102, 106, 202.
Wasserwerk betr. 39, 74, 105, 134, 280.
Wegebeſſerungskasse betr. 89.
Wertbemessung von Straßenterrain 27.
Wirtschaftshof betr. 249.
Wochenmärkte betr. 300.
Wohnungsdesinfektion betr. 26.
Wohnungsuntersuchungen betr. 2.
- Zenteſimalwagen-Beschaffung** 65.
Zimmererſtreif betr. 69.
Zirkusbau betr. 326.

1902|1903.№ 1.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 8. April 1902.

Tagesordnung:

- | | |
|--|---------|
| I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters | Seite 2 |
| II. Durchführung der beschlossenen Wohnungsuntersuchungen. | „ 2 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Messior Pingel.

Entschuldigt Herr Beplies.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden des Magistrates, Herrn Oberbürgermeister Pockels, mit folgenden Worten eröffnet: Die geehrten Herren sind von mir nach Maßgabe der Geschäftsordnung der Stadtverordneten-Versammlung eingeladen, hier zusammenzutreten, um die Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters vorzunehmen. Die Wahl würde zu leiten sein durch das an Jahren älteste Mitglied der Versammlung, Herrn Müller, dem ich hiermit die Leitung übertragen will.

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Herr Müller: Hochgeehrte Versammlung! Bevor wir zur Wahl selbst übergehen, drängt es mich, den beiden Herren Vorsitzenden der vergangenen Finanzperiode im Namen der geehrten Versammlung zu danken für ihre treue, gewissenhafte und unparteiische Verwaltung der Geschäfte dieser Versammlung, und bitte ich Sie, sich zu Ehren der beiden Herren von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Wir kommen nunmehr zur Wahl des ersten Vorsitzenden, und bitte ich um Vorschläge.

Herr Meyerhoff: Ich möchte beantragen, die Wahl durch Zurf vorzunehmen, und erlaube ich mir, unsern bewährten Vorsitzenden, Herrn Semler, zur Wiederwahl vorzuschlagen.

Herr Müller: Ist Jemand gegen diesen Vorschlag? Das ist nicht der Fall. Sind die Herren mit der Wiederwahl des Herrn Semler zum Vorsitzenden der Versammlung einverstanden, so bitte ich das durch Handaufheben zu bekunden. — Herr Semler ist mit großer Mehrheit wiedergewählt worden, und frage ich denselben, ob er die Wahl annehmen will.

Herr Semler: Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Herr Müller: Wir kommen nunmehr zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden. Wünschen die Herren auch diese Wahl durch Zurf vorzunehmen? (Zustimmung.) Dann erlaube ich mir, die Wiederwahl des Herrn Wolff als stellvertretenden Vorsitzenden zu empfehlen. Da andere Vorschläge nicht gemacht werden, so bitte ich Ihr Einverständnis mit diesem Vorschlage durch Handaufheben zu bekunden. — Auch Herr Wolff ist mit großer Mehrheit wiedergewählt worden und richte ich an ihn die gleiche Frage.

Herr Wolff: Auch ich nehme die Wahl dankend an.

— Herr Semler übernimmt den Vorsitz. —

II. Durchführung der beschlossenen Wohnungsuntersuchungen.

Herr Nieß: Gestatten Sie mir zu einer Angelegenheit dringender Natur wenige Worte. Am 15. April beginnen die vom Herzogl. Finanzcollegium bestellten Werkmeistergruppen — zu denen ich übrigens nicht gehöre —, die Aufnahme der Gebäude für die Landesbrandcasse auf Grund der neuen Bestimmungen. Sie sind deswegen gezwungen, alle Häuser in ihren einzelnen Einrichtungen genau zu besichtigen. Nun bin ich darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Werkmeister außerordentlich leicht in der Lage wären, festzustellen, in welchen Häusern sich Wohnungen befinden, die der Besserung bedürfen. Herr Bürgermeister Retsmeyer erklärte, damit einverstanden zu sein, daß die betr. Werkmeister ersucht

würden, diese Feststellungen vorzunehmen, sofern die Versammlung nichts dagegen einzumenden habe. Daher stelle ich den Antrag, die Versammlung wolle den Magistrat ermächtigen, mit den betr. Werkmeistergruppen dieserhalb in Verbindung zu treten.

Herr Jüdel: Wie lange Zeit werden diese Untersuchungen in Anspruch nehmen? Werden sich dieselben nicht auf Jahre ausdehnen?

Herr Rieß: So viel ich weiß, sind vier Werkmeistergruppen von je zwei Personen bestellt worden und wird die Stadt unter diese in Bezirke getheilt werden, so daß die vier Gruppen gleichzeitig vorgehen. Wenn die Versammlung mit dem Antrage einverstanden ist, würde es dem Magistrate wohl ein Leichtes sein, dahin zu wirken, daß die Gruppen zuerst diejenigen Straßen in Angriff nehmen, in denen muthmaßlich viele kümmerliche Wohnungen vorhanden sind.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Wir fassen die Sache so auf, daß es sich bei der Thätigkeit der Werkmeister für uns selbstverständlich nur darum handeln kann, von den Herren eine kurze Nachricht darüber zu erhalten, wo ungeeignete Wohnungen vorhanden sind, und daß nach diesen Mittheilungen die von der Herzogl. Polizeidirection eingesetzte besondere Commission vorzugehen hat. Der Letzteren wird dadurch ihre Aufgabe natürlich ganz wesentlich erleichtert; denn sie kann sich dann darauf verlassen, daß in einem Hause, in dem die Werkmeister nichts gefunden haben, auch nichts zu moniren ist. Wir konnten der Sache nur nicht ohne Weiteres zustimmen, weil den Werkmeister-Sachverständigen für ihre Bemühungen eine geringe Entschädigung wird gezahlt werden müssen, der Betrag von 2000 M uns aber seitens der geehrten Versammlung nur zur Bestreitung der Kosten zur Verfügung gestellt worden ist, welche durch die Thätigkeit der anderen Commission erwachsen und wir uns nicht für berechtigt hielten, das Geld auch zu diesem Zwecke zu verwenden. Im Uebrigen würde die Durchführung des Vor-
schlages sehr zweckmäßig sein.

Herr Blasius: Ich würde es für außerordentlich dankenswerth halten, wenn wir von den Werkmeistern die Mittheilungen erhielten, und ich bin unbedingt für die Annahme des Antrages.

Vorsitzender: Sind Sie damit einverstanden, daß der Magistrat ermächtigt wird, den verwilligten Betrag von 2000 M auch zu dem hier näher erörterten Zwecke mit zu verwenden? (Zustimmung.) Dann ist damit der Antrag Rieß angenommen.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 12^{1/2} bis 12^{3/4} Uhr.

1902|1903.№ 2.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. April 1902.

Tagesordnung:

I.	Erklärung des Magistrates in Sachen des Bahnhof-Umbaues	Seite 6
II.	Erweiterung der höheren Mädchenschule	12
III.	Baulichkeiten im Altstadtrathhause	13
IV.	Ausbau einer Verbindungsstraße an der Rosenstraße	20
V.	Erwerb und Veräußerung von Terrain nördlich der Kaiser-Wilhelm- straße	20
VI.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	21
VII.	Ehrenpreis für das Festjchießen des nordwestdeutschen Schützenbund-De- zirksvereins	22
VIII.	Einreden wegen der Höfenstraße u.	23
IX.	Beleuchtung der Kaiser-Wilhelm-Brücke	23
X.	Gesuch wegen Herabsetzung der Reichentransportgebühren	25
XI.	Gebühr für Ausführung von Wohnungsdesinfektionen	26
XII.	Mittel für Erweiterung des Bürgerparks	27
XIII.	Werthbemessung des Terrains der alten Hagen- und der Wabestraße	27
XIV.	Ortsbauplan für das Gebiet südlich der Weststraße u.	27
XV.	Antrag Böschigt u. Gen.: Verbreiterung der Okerbrücken	28
XVI.	Antrag Stegmann: Mittel zu populär-wissenschaftlichen Vorträgen	28
XVII.	Antrag Stegmann: Mittel zur Beschickung des Verbandstages deut- scher Gewerbevereine	31

XVIII.	Anfrage Schöttler: Gleichberechtigung der hiesigen Oberrealschule mit den preussischen Lehranstalten	Seite 33
XIX.	Antrag Göcke u. Gen.: Ausbau des Bültenweges	„ 36
XX.	Antrag Kotte und Fröhling: Verhalten des Magistrats in Sachen des Bahnhofsumbaues.	„ 36

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Kathe und Kiefe; später erscheint Herr Hauswaldt.

Den Vorsitz führt Herr Semler.

I. Erklärung des Magistrates in Sachen des Bahnhofsumbaues.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Meine Herren! Die Erklärung, die der Herr Vertreter des preussischen Eisenbahnministers in voriger Woche im preussischen Abgeordnetenhaus bezüglich der Eisenbahnverhältnisse in Braunschweig abgegeben hat, läßt es dem Magistrate geboten erscheinen, zu dieser Erklärung hier im Saale Stellung zu nehmen. Wir sind nun allerdings der Ansicht, daß es keinen Zweck hat, sich darauf zu beschränken, die Beschuldigung, die gegen die Stadtgemeinde erhoben worden ist, dahingehend, daß sie durch übertriebene Forderungen den Bahnhofsumbau verzögert habe, lediglich zurückzuweisen, sondern wir halten es für nöthig, das vorliegende Material, also den bisherigen Verlauf der Verhandlungen in gedrängter Kürze vorzutragen, um Ihnen zu zeigen, daß, nach unserer Auffassung wenigstens, die Stadt Braunschweig die Verzögerung nicht verschuldet hat.

Ich glaube übrigens in Ihrer Aller Sinne zu handeln, wenn ich vorher dem Herrn Abgeordneten Horn aus Goslar unseren Dank ausspreche dafür, daß er die Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht hat, die seit längerer Zeit geruht hat, oder über die doch wenigstens längere Zeit nichts bekannt geworden ist. (Allgemeine Zustimmung.)

Die Verhandlungen sind angefangen im October 1897 dadurch, daß die Königliche Eisenbahndirection Magdeburg unterm 16. October 1897 an den Magistrat geschrieben hat, es würde beabsichtigt, den Bahnhof in Braunschweig umzubauen und es wäre aus betrieblichen und finanziellen Rücksichten zwar geboten, die gesammten Bahnhofsanlagen, einschl. des Personenbahnhofes auf das Gelände des jetzigen Ostbahnhofes zu verlegen, lediglich mit Rücksicht auf die Interessen der Stadt habe man sich entschließen können, den Personenbahnhof an seiner jetzigen Stelle zu lassen; man dürfe aber dann wohl erwarten, daß die Stadt mit

Rücksicht auf das bewiesene Entgegenkommen sich zu einem Zuschuß bereit finden lassen werde. Sodann sind am 28. October 1897 mündliche Verhandlungen vor sich gegangen und hat der Magistrat nach Anhörung der Stadtverordneten an die Kgl. Eisenbahndirection in Magdeburg geschrieben, daß wir bereit seien, für die Berücksichtigung und Erfüllung solcher berechtigten Wünsche der hiesigen Einwohnerschaft, welche durch Umgestaltung der hiesigen Bahnhofsanlagen, namentlich durch die Beibehaltung eines Güterbahnhofes bezw. einer Güterabfertigungsstelle im Westen der Stadt gezeitigt werden möchten, erhebliche Opfer zu bringen, daß wir dagegen nicht in der Lage seien, zu denjenigen Kosten, die aus der projectirten Beseitigung der Niveaufreuzungen der Helmstedter- und der Salzdhallumerstraße erwachsen werden, aus städtischen Mitteln einen Zuschuß zu leisten. Gleichzeitig war darauf hingewiesen, daß der Staat vielleicht geneigt sein würde, zu der Helmstedterstraße einen Zuschuß zu leisten, weil diese Straße sich im Besitze des Staates befinde.

Dann ist im Anfange des Jahres 1898 das erste Project vorgelegt worden, welches dahin ging, daß in dem Hauptbahnhofe die jetzigen Geleise bis auf zwei sogenannte Ausziehgleise beseitigt werden sollten, die jetzige Halle sollte als Wartehalle bestehen bleiben, vor der Halle an der Südseite sollten die verschiedenen Bahnsteige hergerichtet werden, an denen zum Schutze des Publicums Blenden angelegt werden sollten, die Anfahrt sollte erfolgen auf der Westseite, das Hauptportal nach Norden zu sollte den Haupt-Zu- und Ausgang für den Personenverkehr bilden und um den Verkehr von und nach der Stadt zu vermitteln, sollte vor dem Bahnhofe eine 5 m breite Brücke über die Oker hergerichtet werden. Der Niveauübergang bei Eisenbüttel sollte beibehalten, die Salzdhallumerstraße aber unterführt werden, wie jetzt die Wolfenbüttlerstraße, und auf dieser sollte die Brücke erweitert werden, während die Helmstedterstraße über die Eisenbahn hinweggeführt werden sollte, so daß eine Aufschüttung derselben nöthig sein würde.

Ueber dieses Project ist am 12. März 1898 hier im Betriebsgebäude unter Zuziehung von Vertretern des Staates und der Stadt verhandelt, und sind dort sowohl von den Vertretern der Stadt wie des Staates Einwendungen gegen das Project erhoben. Von unbedeutenderen Einwendungen abgesehen, wurde es nicht für angemessen erachtet, daß die Brücke vor dem Nordportal als Hauptzugang zum Bahnhof nur in einer Breite von 5 m hergerichtet werde; wir waren der Ansicht, daß sie breiter werden mußte. Ferner wurde hervorgehoben, daß die Aenderung des Ueberganges bei Eisenbüttel noch zu viel größeren Unzuträglichkeiten, als es jetzt der Fall, führen müsse. Es sollte zwar die Zahl der Geleise dort nicht vermehrt werden, aber man wollte dieselben derart anordnen, daß der Abstand zwischen den beiden äußersten Geleisen 40 m größer wurde, der ganze Uebergang sollte 120 m breit werden und das schien besonders dem Vertreter der Herzogl. Baudirection nicht zulässig. Bei der Unterführung der Wolfenbüttlerstraße war

geplant, die Brücke um 22 m in südlicher Richtung zu verlängern, so daß dadurch ein Tunnel entstanden sein würde in einer Länge von 43 m; wir waren der Ansicht, daß dieser Tunnel entweder bei Tag und Nacht beleuchtet oder mit Oberlicht versehen sein müßte. Ein Hauptbedenken der Stadt war die Unterführung der Salzdhumerstraße. Die Straße sollte dort in einen tiefen Ausschnitt gelegt werden, so daß die Häuser oben blieben, und würde dadurch ein starkes Längsgefälle eingetreten sein. Die Grundstücke zwischen der Riedestraße und der Eisenbahn hätten dann gar nicht mehr mit Fuhrwerk, sondern nur noch zu Fuß erreicht werden können. Bei der Helmstedterstraße war eine Aufschüttung vom Marienstift bis zur Bahn geplant, hinter der Bahn mußte die Straße wieder fallen und dann wieder steigen bis zur Moritzburg. Es entstand ein sogenanntes „verlorenes Gefälle“ und erklärte der Vertreter des Staates, ein derartiges verlorenes Gefälle nicht zulassen zu können.

Schon bei der ersten Verathung hatte der Vertreter der Königl. Eisenbahndirection zu Magdeburg angefragt, welchen Zuschuß die Stadt zu dem Umbau gewähren würde; ich habe als Vertreter des Magistrates darauf hingewiesen, daß eine neue Beschlußfassung der städtischen Behörden nicht erfolgt sei, es sei bisher nur beschlossen, einen erheblichen Zuschuß zu leisten, wenn die Wünsche der Stadt bezüglich der Güterabfertigungsstelle erfüllt würden. Herr Präsident Täger erklärte darauf, daß die Beibehaltung einer Güterabfertigungsstelle im Westen der Stadt völlig ausgeschlossen sei. Er hat dann gebeten, ob ich für meine Person eine Erklärung abgeben wollte, wie viel Zuschuß Seitens der Stadt ich für angemessen erachtete. Ich erwiderte, ich sei nicht in der Lage, eine derartige Erklärung abzugeben. Sie werden zugeben, daß das für mich das einzig Richtige war. (Zustimmung.) Nun erklärte der Vertreter der Eisenbahndirection, daß den in Bezug auf die Aenderung des Projectes geäußerten Wünschen Rechnung getragen werden könne und erbot sich, sofort ein entsprechend geändertes Project auszuarbeiten zu lassen. Das ist geschehen, und in der mündlichen Verhandlung vom 15. September 1898 sind diese ergänzten Projecte wiederum berathen und ist dabei Folgendes gefordert worden: Die Brücke an der Nordseite des Bahnhofes sollte von 5 m auf 7 m verbreitert werden, wenn die Stadt die Differenz mit 4000 M bezahlte. Der Uebergang bei Eisenbüttel sollte in der Weise hergerichtet werden, daß die Niveaukreuzung beseitigt würde, wenn die Kosten von 228 000 M in der Weise aufgebracht würden, daß die Eisenbahn ihrerseits 100 000 M zahle und das neu erforderliche Terrain beschaffe, während der Rest von 128 000 M von dem Staate oder der Stadt getragen werden sollte. Der Staat verlangte auch, daß das verfügbare werdende Wegeterrain der Eisenbahn zufallen sollte. Für die Ueberbrückung der Wolfenbüttlerstraße wurden drei Projecte vorgelegt, nämlich 1. unter Annahme der Beibehaltung der bestehenden Endpfeiler und des Mittel-

pfeilers zu 141 000 M, 2, unter Annahme der Beibehaltung der bestehenden Endpfeiler und Beseitigung des Mittelpfeilers zu 170 000 M und 3, unter Annahme eines Bauwerkes mit einer Lichtweite von 25 m zu 210 000 M; die Eisenbahn wollte das letztere Project ausführen, wenn die Stadt 40 000 M Zuschuß zahle. Für die Salzdhumerstraße wurde ein neues Project vorgelegt, ohne daß ein Zuschuß gefordert wurde, gegen welches Bedenken nicht erhoben sind. Die Helmstedterstraße in der Weise aufzufüllen, wie es die Herzogl. Landesregierung gefordert hatte, würde 35 000 M mehr gekostet haben, die Stadt oder Staat übernehmen sollten, außerdem sollten diese die Kosten für den Grunderwerb und die Entschädigung der Anlieger jenseits der Eisenbahn übernehmen, die, wenn das verlorene Gefälle nicht hergerichtet werden sollte, entschädigt werden müßten, weil die Straße auf der Dfseite zu erhöhen wäre. Das waren außer den Entschädigungen für den Grund und Boden und der Abfindung der Anlieger insgesammt 207 000 M Kosten. Seitens des Vertreters der Eisenbahnverwaltung wurde an mich die Frage gerichtet, ob die Stadt Braunschweig in der Lage wäre, diese Mehrkosten zu übernehmen. Ich habe erklärt, daß in dieser Beziehung ein Beschluß noch nicht gefaßt sei, ich könnte die einzelnen Forderungen daher nur ad referendum nehmen.

Dann ist gleich nach diesen Verhandlungen vom Magistrate die städtische Bauverwaltung beauftragt worden, ein Project auszuarbeiten wegen Ueberbrückung der Oker vor dem Bahnhofe in Breite von 40 m, weil wir uns sagten, es sei für die Stadt von der größten Bedeutung, einen angemessenen Zugang nach dem Bahnhofe zu erhalten, und wir haben uns hierbei gesagt, daß wir uns zu Opfern bereit finden lassen müßten. Von Anfang an haben wir und der Vertreter des Staats uns dagegen auf den Standpunkt gestellt, daß wenn durch Zunahme des Eisenbahnverkehrs die Niveaufreuzungen unhaltbar werden, nicht die Gemeinde oder der Staat als Eigenthümer der Wege die Verpflichtung haben, die Unzuträglichkeiten zu beseitigen, sondern daß dies Sache der Eisenbahnunternehmung sei, weil Letztere nicht Eigenthümerin der Wege sei, sondern nur Rechte an der zeitweiligen Benützung derselben habe und diese nur insoweit concessionirt sei, als Mißstände daraus nicht erwachsen. Die Concessionirung sei aber erfolgt zu einer Zeit, als noch nicht die Hälfte der heute verkehrenden Züge die Uebergänge passirten. Wenn durch das Anwachsen des Verkehrs aber der Verkehr auf den Uebergängen beeinträchtigt werde, so sei es Sache der Eisenbahnbehörde, für Abhülfe zu sorgen. Herr Präsident Täger erklärte, sie ständen auf dem entgegengesetzten Standpunkte, sie seien der Ansicht, daß die Verpflichtung lediglich auf Seiten des Staates oder der Gemeinde liege. Diese grundsätzliche Verschiedenheit der Ansichten haben wir indeß nicht weiter erörtert, weil wir zunächst darüber klar werden mußten, was gebaut werden sollte. Bei der Frage der Ueberwölbung der Oker vor dem Hauptbahnhofe

haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, zu sagen, man könne auch hierüber zweifelhaft sein, ob es nicht Sache der Eisenbahn sei, für angemessene Zugänge zum Bahnhofe selbst zu sorgen, wie z. B. die Eisenbahnverwaltung auch die drei vorhandenen Brücken s. B. auf ihre Kosten gebaut habe. Wir haben indessen gemeint, uns in diesem Punkte nicht ganz ablehnend verhalten zu sollen, sondern haben geschrieben, wir würden der Versammlung empfehlen, die Ueberwölbung der Oker vor dem Hauptbahnhofe in einer Breite von 40 m auf Kosten der Stadt ausführen zu lassen unter Aufwendung einer Summe von 130 000 M., wenn die Eisenbahnverwaltung uns bei Wegfall ihres Projectes die ersparte Summe als Zuschuß geben werde. Die Eisenbahnverwaltung erklärte sich bereit, zu den Kosten von 130 000 M. einen Zuschuß von 19 000 M. zu zahlen.

Die Verhandlungen kamen aber auch dann noch nicht zum Abschluß, es ergab sich eine neue Schwierigkeit, die darin bestand, daß im September 1898 die Eisenbahndirection uns mittheilte, es müßte bei Aenderung des Ostbahnhofes der Interessengraben an der Akerstraße verlegt werden, und es würde beabsichtigt, diesen Graben in den Canal der Helmstedterstraße einzuführen. Wir wurden ersucht, uns hiermit einverstanden zu erklären, jedoch äußerte die städt. Bauverwaltung, daß solche Einleitung unmöglich sei, weil der jetzige Canal der Helmstedterstraße an der Stelle 1,90 m höher liege, als die Grabensohle, und es könnte die Einleitung erst erfolgen, wenn der Hauptammelcanal von der Rußbergstraße bis zur Helmstedterstraße hergerichtet sein würde. Die dadurch erwachsenden Kosten seien zu 177 000 M. zu veranschlagen. Außerdem müßte auch noch der definitive Canal in der Helmstedterstraße bis zum Rautheimerwege verlegt werden, dessen sofortige Verlegung geboten erscheine, weil nach der erheblichen Auffüllung der Helmstedterstraße die spätere Legung des Canals noch bedeutend mehr Kosten verursachen würde. Die Legung dieses Canals koste 91 000 M. Danach hätte die Stadt für 268 000 M. Canalisationsprojecte auszuführen, ausschließlich der Kosten für den Grunderwerb. Nun schien es uns nicht angezeigt zu sein, die Sache hieran scheitern zu lassen, weil wir uns auf den Standpunkt stellten, daß auch dieses große Opfer gebracht werden müßte, zumal später diese Canalbauten doch nöthig geworden wären. Wir haben uns deshalb an das Herzogl. Eisenbahncommissariat gewandt mit dem Ersuchen, einen Termin anzuberaumen, um eine Vereinbarung anzustreben, wie die zu bringenden erheblichen Opfer zwischen Staat und Stadt zu theilen sein möchten.

In diesem Termine hat dann Herr Präsident Kybitz die Frage aufgeworfen, ob es nicht richtiger sei, alle die Schwierigkeiten, die sich bei diesen Projecten ergeben und die in großer Menge vorhanden waren, dadurch zu beseitigen, daß man den Ostbahnhof etwas weiter nach Südosten hinaus verlegte. Das wurde von allen Seiten als möglich und practisch anerkannt, und es ist darauf das Pro-

ject wegen Verlegung des Ostbahnhofes von Herrn Regierungs-Baumeister Frühling ausgearbeitet worden, welches der Versammlung auch später bekannt gegeben wurde. Ueber dieses Project wurde sodann mit Herrn Präsident Täger und anderen Vertretern der Königl. Eisenbahndirection vor dem Eisenbahncommissariate verhandelt und Herr Präsident Täger erklärte, daß er das Project gern dem Herrn Minister vorlegen wolle zur Entscheidung der Frage, ob dasselbe weiter bearbeitet werden solle. Er bedauerte allerdings, daß durch dieses Project die Erledigung der Sache verschoben werde, mußte aber anerkennen, daß dasselbe sehr wohl der Erwägung werth sei. Indem er sich bereit erklärte, den Wünschen der Stadt entgegen zu kommen, stellte er gleichzeitig die Frage, ob die Stadt bereit sei, die dadurch erwachsenden Mehrkosten zu tragen. Darauf habe ich erwidert, daß wir zunächst bezweifeln, ob durch dieses Project Mehrkosten entstehen würden, weil das ziemlich umfangreiche Terrain des jetzigen Ostbahnhofes frei werde und die Mehrkosten decken würde; es lasse sich vielleicht ein Arrangement dahin treffen, daß die Stadt das Terrain zu dem neuen Ostbahnhofe beschaffe und dafür tauschweise das Terrain des jetzigen Ostbahnhofes erhielte. Um aber für solche Berechnungen einen Anhalt zu haben, mußte ich bitten, daß der Stadt der Kostenanschlag des ursprünglichen Projectes der Eisenbahnverwaltung mitgetheilt würde. Hierauf wurde nichts erwidert und auch eine spätere Bitte um Mittheilung dieses Kostenanschlages blieb erfolglos.

Wir haben nun gesagt, wir wollen die Finanzfrage vorläufig ganz aus dem Spiel lassen und uns auf die technische Seite hinsichtlich der Ausführbarkeit des Projectes beschränken. Herr Präsident Täger hat dann das Project entgegengenommen und weiter ist uns nichts bekannt geworden. Wir warten auf Entscheidung über dieses neueste Project und haben es nicht für angemessen erachtet können, unsererseits zu drängen und zu erinnern.

Wir haben die Verhandlungen durchgeführt so weit es uns möglich war, wir haben insbesondere die Herren Stadtverordneten und die Handelsammer gefragt, wie sie sich aus Rücksicht auf den Verkehr dazu stellten, haben von allen Seiten Zustimmung zu diesem neuen Project erhalten, also an uns hat die weitere Verzögerung, die seit dem 27. März 1899 dauert, nicht gelegen.

Nun meine ich, wenn man auch anerkennt, daß die preussische Eisenbahnverwaltung nicht lediglich die Aufgabe hat, für die Verkehrsinteressen zu sorgen, sondern daß sie auch finanzielle Rücksichten zu nehmen hat, und wenn man auch weiter anerkennt, daß die Stadt nicht gut daran thun würde, sich lediglich auf den Rechtsstandpunkt zu stellen, sondern sich zu Opfern bereit erklärt, — ich glaube wenigstens, daß im Magistrate die Ansicht vorherrscht, daß wir nicht ohne Zuschüsse wegkommen — so folgt daraus doch nicht, daß wir in blanco gleich im Voraus eine Erklärung abgeben, wir bringen so und so viel Opfer und bekom-

men dann vielleicht ein Project, das uns durchaus nicht zusagt. Das erste Project, welches uns von der Eisenbahn vorgelegt wurde, war nach der Ansicht der städt. Bauverwaltung überhaupt nicht derart, daß die Stadt ein namhaftes Opfer hätte bringen können, es war mit einer wesentlichen Verschlechterung verschiedener Straßen u. s. w. verbunden. Soviel ist aber klar, wenn man den ganzen Verlauf der Angelegenheit überblickt, so bleibt es absolut unerfindlich, wie der Stadt Braunschweig der Vorwurf hat gemacht werden können, daß sie durch ihre übertriebenen Forderungen eine Verzögerung des Projectes bewirkt habe. (Allgemeine Zustimmung.)

II. Erweiterung der höheren Mädchenschule.

In der Sitzung vom 9. Januar 1902 — Seite 300 ff. des Berichtes — hat die Versammlung die vom Magistrate in Bezug auf die Neuordnung der städtischen höheren Mädchenschule und des mit derselben verbundenen Lehrerinnenseminars gemachten Vorschläge mit der Einschränkung genehmigt, daß zur Klärung der Frage, ob nicht an Stelle des vom Magistrate vorgeschlagenen Ausbaues der höheren Mädchenschule die Errichtung einer neuen zweiten höheren Mädchenschule sich empfehle, der Magistrat zunächst noch weitere Ermittlungen, namentlich in Betreff des Kostenpunktes, anstellen möchte. Aus diesem Anlaß überreicht der Magistrat die vom Stadtbaumeister Osterloh angefertigten Projecte und Kostenüberschläge

1. über die vom Magistrate zwecks Erweiterung der höheren Mädchenschule zu einer dreigliedrigen Anstalt in Aussicht genommene Errichtung eines Nebengebäudes auf den an die Schule grenzenden städtischen Grundflächen,
2. über den etwa im östlichen Außengebiete der Stadt auszuführenden Neubau einer zweiten selbstständigen höheren Mädchenschule.

Nach dem gleichfalls beigegebenen Protocolle über die Verhandlungen des Schulvorstandes hält dieser den Antrag auf Ausbau der höheren Mädchenschule zu einer dreigliedrigen Anstalt aufrecht und empfiehlt, die darnach erforderlich werdenden Erweiterungsbauten zur Ausführung zu bringen. Indem sich der Magistrat dieser Anschauung anschließt, will derselbe zur Erläuterung des Bauprojectes noch Folgendes anführen: Der auf dem städtischen Grundstücke Nr. 7 in der kl. Burg an der Westseite des alten Schulhauses zu errichtende Neubau soll 12 Classenzimmer (9 für die 3 Unterstufen der Schule und 3 für das Lehrerinnenseminar) nebst Zubehörungen enthalten. Zur Schaffung eines genügend großen Spielplatzes soll das jetzige Pedellenhaus niedergelegt, die nach dem angrenzenden Stifte St. Aegidii führende Straße verlegt, und ein Theil der im Besitze der Stadt befindlichen Grundstücke kl. Burg 9 und 10 mit benutzt werden. Auf

diesen Grundstücken beabsichtigt man ein Wohngebäude nicht nur für die beiden Schuldiener, sondern auch für einen Aufseher des Straßenreinigungsinstituts zu errichten. Die Kosten der Ausführung dieses Projectes sind zu 184 000 M veranschlagt worden. Rechnet man den Verkaufswerth des vormaligen Stadtcassengrundstücks zu 30 000 M hinzu, so ergibt sich ein Gesamtkostenbetrag von 214 000 M.

Der Neubau einer zweiten doppelstufigen Mädchenschule ist dagegen zu 550 000 M veranschlagt worden, so daß hierdurch eine einmalige Mehrausgabe von 336 000 M, bezw. bei Annahme einer Verzinsung und Tilgung mit 4% eine jährliche Mehrausgabe von 13 440 M entstehen würde. Hierzu kommt noch die Differenz zwischen den laufenden Betriebsausgaben einer dreistufigen und zweier selbstständigen zweistufigen Schulen, welche zu 16 500 M pro Jahr angenommen werden kann, so daß bei Ausführung des Erweiterungsbaues gegenüber der Errichtung einer neuen zweiten Mädchenschule eine Ersparniß von jährlich rund 30 000 M eintreten würde.

Hiernach wird die Versammlung ersucht, principaliter dem Ausbau der städtischen höheren Mädchenschule zu einer dreigliedrigen Anstalt zuzustimmen und die erforderlichen Erweiterungsbauten nach Maßgabe des Bauprojectes C. unter Bewilligung eines demnächst im Wege der Anleihe zu deckenden Credits von 184 000 M zu genehmigen; eventualiter die Gründung einer selbstständigen zweiten höheren Mädchenschule mit 20 Classen zu beschließen. Wegen Ausführung der in der früheren Vorlage in Verbindung mit der Neuordnung dieser Schule gestellten und von der Versammlung im Princip bereits genehmigten Anträge wegen anderweitiger Organisation des Lehrerinnenseminars wird demnächst eine besondere Vorlage erfolgen.

Wie Herr Blasius berichtet, empfiehlt die Schulcommission, dem principaliter gestellten Antrage des Magistrates auf Herrichtung eines Erweiterungsbaues an der jetzigen Stelle der höheren Mädchenschule zuzustimmen und die Ausgabe von 184 000 M zu genehmigen. Bei Erörterung der Frage, ob es nothwendig sei, in einem anderen Theile der Stadt eine neue höhere Mädchenschule zu erbauen, oder ob es dem Interesse der Bürgerchaft mehr entsprechen würde, wenn die Schule an der Stelle der jetzigen höheren Mädchenschule ihren Platz fände, sei die Commission einstimmig der Ansicht gewesen, daß es nicht erforderlich erscheine, noch in einem anderen Theile der Stadt eine solche Schule zu erbauen, das Interesse der Bürgerchaft vielmehr dahin führe, die Schule an ihrer jetzigen Stelle dem vorliegenden Bedürfnisse entsprechend zu erweitern. Dazu komme auch noch das finanzielle Interesse, welches wesentlich darauf hinweise, das Project in letztgedachten Sinne durchzuführen.

Herr Wolff hat zu seinem größten Erstaunen in dem Commissionsberichte nichts darüber gehört, daß die Commission zu den in der Sitzung vom 9. Januar erörterten principiellen Gründen, aus welchen damals ein Theil der Vorlage abgelehnt bezw. zurückgestellt sei, Stellung genommen habe. Diese Gründe hätten nicht in der Finanzfrage oder in der Frage des Platzes für die Schule bestanden; es komme vielmehr in Frage, ob der jetzige, nur als ein Nothbehelf anzuerkennende Zustand, daß zwei Schulen, welche eigentlich getrennt zu verwalten seien, unter einer Leitung ständen, in der vom Magistrate vorgeschlagenen Weise beibehalten und noch verstärkt, oder aber, ob solcher nunmehr beseitigt und eine vollständig neue Schule unter einer selbstständigen Spitze begründet werden solle. Diese Frage sei weder in der Magistratsvorlage, noch in dem Commissionsberichte erwähnt worden, sondern man habe dort nur den finanziellen und den örtlichen Zweckmäßigkeitsstandpunkt erörtert. Er könne es aber nicht für thunlich erachten, die Schule auch jetzt noch in der Gestalt und Organisation zu belassen, wie sie sich bisher entwickelt habe und diese Organisation durch die horizontale Scheidung der Classen noch zu verstärken. Schon vor Jahren habe es in der Versammlung geheißen, daß eine neue selbstständige höhere Mädchenschule ins Leben gerufen werden müsse, sobald die Entwicklung der Stadt eine Erweiterung der jetzigen Schule erfordere, und nun erscheine hier mit einem Male ein Project, von dem man annehmen müsse, daß die Hoffnung, eine selbstständige zweite höhere Töchterschule ausgestaltet zu sehen, als aufgegeben zu betrachten sei. Hiermit könne er sich nicht einverstanden erklären, werde aber dem Eventualantrage des Magistrates mit Freuden zustimmen. Außerdem möchte er auch wissen, ob es nicht möglich sei, eventuell an demselben Orte eine zweite Schule mit selbstständiger Leitung zu errichten. Das möge Unzuträglichkeiten im Gefolge haben, aber für ihn und Diejenigen, welche bei der vorigen Verathung den gleichen Standpunkt vertreten haben, sei es von der allergrößten Wichtigkeit, eine Schule zu erhalten, welche von ihrem Director von Anfang bis zu Ende geleitet werde und mit der dieser verwachsen sei, nicht aber eine Schule, bei der eine horizontale Abzweigung der unteren Classen eingerichtet werde. Deshalb solle man dahin streben, eine zweite selbstständige Töchterschule zu erhalten. Diese Ansicht werde auch von verschiedenen Fachleuten als die allein richtige angesehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: In der Sitzung vom 9. Januar d. Js. seien die verschiedenen Vorschläge der Magistratsvorlage, welche gleichzeitig die Neuordnung der höheren Mädchenschule und des Lehrerinnenseminars umfaßt habe, nur mit der Einschränkung genehmigt worden, daß anheimgegeben sei, die Zweckmäßigkeit der gesonderten Errichtung einer zweiten Schule zu prüfen und hierüber, sowie wegen des Kostenpunktes der Versammlung Mittheilung zu machen. Der Magistrat und der Schulvorstand haben daraufhin nochmals die grundsätzliche

Frage geprüft, ob es vom schultechnischen Standpunkte aus angängig sei, die gegenwärtige höhere Mädchenschule zu einer dreigliedrigen Anstalt auszubauen, und haben diese Frage bejaht. Da die Gründe für und gegen eine solche dreigliedrige Anstalt in der damaligen Sitzung ausführlich erörtert seien, so wolle er heute nicht darauf zurückkommen, sondern nur bemerken, daß man sich, abgesehen von der Frage, ob es schultechnisch angängig sei, die Schule dreigliedrig zu gestalten, auf den Standpunkt stellen müsse, diese Sache als eine Finanzfrage zu behandeln und sei dieses auch vom Magistrate erneut in Erwägung gezogen. Mit Rücksicht darauf, daß irgend etwas geschehen müsse, habe nun der Magistrat beantragt, entweder den zurückgestellten Beschluß zu fassen, oder bei dessen Ablehnung sich im Principe zu entscheiden, ob eine neue Schule gebaut werden solle.

Herr Blasius möchte in Bezug auf die Ausführungen des Herrn Wolff bemerken, daß für die Schulcommission keine Veranlassung vorgelegen habe, sich mit der betr. Frage zu beschäftigen, da in dem Magistratschreiben von der inneren Einrichtung der Schule keine Rede gewesen sei. Er müsse deshalb den der Schulcommission gemachten Vorwurf zurückweisen. Außerdem sei es auch durchaus möglich, in der kl. Burg eine zweite höhere Mädchenschule einzurichten und würde bei Genehmigung der Magistratsvorlage nur zu beschließen sein, die zweite Schule nach der kl. Burg zu verlegen.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, ob bei Genehmigung der Vorlage die Nothwendigkeit der Errichtung einer weiteren höheren Mädchenschule auf absehbare Zeit beseitigt sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß er diese Frage nicht beantworten könne. Auf Grund einer vom Schulvorstande angestellten ausführlichen Berechnung darüber, wie lange dieses dritte Glied der Schule wohl ausreichen werde, sei mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß unter Annahme der bisherigen Bevölkerungszunahme der Stadt 23—25 Jahre erforderlich seien, ehe man weitere Schulräume zu schaffen habe.

Herr Nolte kann den der Schulcommission von Herrn Wolff gemachten Vorwurf nicht verstehen. In der Sitzung vom 9. Januar habe man ausdrücklich beschlossen, nachdem die Frage, ob principaliter eine Quertheilung oder eine Theilung von Oben nach Unten stattfinden solle, besprochen sei, eine Beschlußfassung über den damals projectirten Erweiterungsbau auszuheben, damit zunächst constatirt werden könnte, welche Kosten die Errichtung einer neuen Schule in der östlichen Außenstadt verursachen würde. In Gemäßheit dieses Beschlusses sei nun ein neues Project ausgearbeitet, welches der Versammlung hier vorliege. Die Schulcommission habe deshalb keine Veranlassung gehabt, auf die von Herrn Wolff wieder angeschnittene Frage, welche doch schon in der Versammlung unter Zuziehung des Directors der Schule erörtert worden sei, nochmals einzugehen. Die Commission

habe sich damals der Ansicht des Magistrates und des Schulvorstandes angeschlossen und müßte es den Herren, welche diese Ansicht nicht theilen, überlassen bleiben, dagegen zu stimmen. Vom finanziellen Standpunkte aus, der bei der Beschlußfassung allein maßgebend gewesen sei, hätte die Schulcommission nicht anders beschließen können.

Herr Wolff ist der Ansicht, daß das vorliegende Project doch darauf abziele, eine dreistufige Töcherschule unter einheitlicher Leitung zu erhalten, und mit der Vorlage nicht die Möglichkeit verknüpft sei, auf demselben Grundstücke eine selbstständige Töcherschule unter besonderer Leitung zu schaffen. Sollte er sich bei dieser Auffassung irren, bitte er um Aufklärung.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Herr Vorredner werde sich erinnern, daß schon bei der vorigen Verathung ein Punkt erledigt sei, welcher die Entlastung des Directors in den directorialen Angelegenheiten betreffe. Diese Entlastung sollte bekanntlich in der Weise geschaffen werden, daß zur Leitung der neun unteren Classen der höheren Mädchenschule eine neue Stelle für einen pro rectoratu geprüften Lehrer eingerichtet werde. Hiermit habe sich die Versammlung bereits einverstanden erklärt und liege auch die Genehmigung des Herzoglichen Consistoriums dazu schon vor.

Herr Wolff möchte dem gegenüber constataren, daß in der Sitzung vom 9. Januar die Genehmigung dazu besonders vorbehalten sei und in dem Antwortschreiben der Versammlung an den Magistrat ausdrücklich stehe: „Im Uebrigen wird anheingegeben, die Zweckmäßigkeit der gesonderten Errichtung oder Unterhaltung einer zweiten höheren Mädchenschule prüfen und hierüber, sowie bezüglich des Kostenpunktes der Versammlung Mittheilung machen zu wollen“. Man sei also bei der damaligen Beschlußfassung sowohl vom Zweckmäßigkeits-, als auch vom finanziellen Standpunkte ausgegangen. Er appellire daher an die Versammlung, daß beabsichtigt sei, sich freie Verfügung darüber vorzubehalten, ob demnächst eine horizontale oder eine verticale Trennung der Schule stattfinden solle. Aus den vorgetragenen Gründen könne er nur anheingeben, den principaliter gestellten Antrag des Magistrates abzulehnen und dem Eventualantrage desselben zuzustimmen.

Herr Löschigt ist ebenfalls der Ansicht, daß sich die Versammlung bei der vorigen Verathung das freie Verfügungsrecht darüber vorbehalten habe, ob eine selbstständige neue Schule geschaffen, oder eine dreigliedrige Anstalt an der jetzigen Stelle eingerichtet werden solle. Wie ihm aus Fachkreisen bestätigt worden sei, solle es auf die Dauer gar nicht möglich sein, daß ein Herr eine so umfangreiche dreigliedrige Schule leiten könne und solle solches auch nicht im Interesse der Schule liegen. Deshalb trete er dafür ein, den Bau einer zweiten höheren Mädchenschule an einer anderen Stelle der Stadt zu genehmigen. Es sei erfreulich, daß bei dem Grundstücke der Oberrealschule kein verfügbarer Platz mehr vorhanden sei, sonst

würde man dort wahrscheinlich denselben Zustand schaffen wollen, wie hier; denn lange dauere es auch nicht mehr, daß an eine Erweiterung der Oberrealschule gedacht werden müsse. Obgleich aber bei der Oberrealschule in diesem Jahre schon viele Schüler, allerdings wegen mangelhafter Vorbildung, abgewiesen seien, so stehe er doch auf dem Standpunkte, daß sowohl bei dieser, wie bei der höheren Mädchenschule eine neue selbstständige Schule errichtet, nicht aber ein Erweiterungsbau vorgenommen werden müsse. Bei der höheren Mädchenschule sei man schon viel zu spät zu einer anderweiten Organisation übergegangen.

Herr Vord steht auf dem Standpunkte des Herrn Wolff. Er könne den Gang der Verhandlungen in der Sitzung vom 9. Januar unmöglich so verkannt haben, daß die Sache jetzt seiner Meinung nach vollständig auf den Kopf gestellt erscheine. Der Widerstand habe sich damals nicht gegen die finanzielle Frage, sondern gegen die Organisation der Schule gerichtet, denn Herr Hauswaldt habe noch von einem „Schulmonstrum“ gesprochen. Das gehe auch daraus hervor, daß die Anstellung eines pro rectoratu geprüften Lehrers zur Leitung der Unterstufe der Schule erst genehmigt sei, nachdem Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt habe, daß bei Nichtgenehmigung der vom Magistrate vorgeschlagenen Organisation der Schule dieser Lehrer ja anderweit untergebracht werden könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels will bemerken, daß ein Mißverständniß insofern obzuwalten scheine, als der Magistrat in seiner Vorlage selbst beantragt habe, entweder eine dreigliedrige Schule in der kl. Burg, oder eine selbstständige Schule an einem anderen Plage zu schaffen.

Herr Nolte will noch hervorheben, daß die Schulcommission der Ansicht sei, das Project des Magistrats empfehlen zu sollen. Wenn die Versammlung diese Ansicht nicht theilen sollte, so möge sie es ablehnen und dem Eventualantrage des Magistrates zustimmen.

Der Herr Vorsitzende möchte an den Magistrat die Anfrage richten, ob derselbe die Auffassung habe, daß mit der Genehmigung des ersten Projectes auch die Absicht ausgesprochen werde, die Schule unter einen Director zu stellen, und demnach nicht eine verticale, sondern eine horizontale Trennung der Schule gewünscht werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann diese Auffassung bestätigen.

Herr Hauswaldt möchte noch feststellen, daß die in der damaligen Sitzung geschaffene Stelle eines pro rectoratu geprüften Lehrers nur als ein Provisorium angesehen sei und Herr Oberbürgermeister Pockels selbst erklärt habe, die Versammlung lege sich dadurch nicht fest, sondern könnte später noch beschließen, daß an Stelle der dreigliedrigen Schule eine neue höhere Mädchenschule geschaffen werde. Wenn also auch die dritten Classen an Ort und Stelle genehmigt würden, so sei doch damit noch nicht ausgesprochen, daß sie demselben Director unterstellt

werden sollten; es sei ihm vielmehr vom Magistrate darin zugestimmt, daß die dritte Mädchenschule nur aus finanziellen Gründen an derselben Stelle aufgebaut werden sollte und sie dann später einen eigenen Director erhalten werde. Darum bitte er, diese beiden Sachen nicht mit einander zu verquicken. Auf seine damalige Frage, ob es überhaupt möglich sei, daß auf demselben Grundstücke zwei Directoren gedeihlich wirtschaften könnten, sei ihm vom Magistrate erwidert worden, daß das sehr wohl angehe und auch für jede Schule eine Grenze gesetzt werden könne. Er bitte deshalb den Magistrat, davon abzusehen, den Beschluß, die neue Schule auch in der kl. Burg zu errichten, dahin auszulegen, daß auch eine einheitliche Leitung der drei Schulen durch einen Director stattfinden solle.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß diese Frage noch nicht genügend geklärt sei und es sich empfehle, die Vorlage noch einmal an die Schulcommission zurückzuverweisen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

III. Baulichkeiten im Altstadt-Rathhause.

Der Magistrat empfiehlt, in den für öffentliche Zwecke reservirten Räumen des Altstadt-Rathhauses zwei Bedürfnisanstalten einzurichten und zwar eine für das männliche Geschlecht in dem zu ebener Erde am Fuße der Haupttreppe gelegenen verfügbaren Raume und eine zweite für das weibliche Geschlecht im oberen Geschosse des kleinen Anbaues auf dem Hofe des Rathhauses an der Westseite des Saales. Die durch Herrichtung dieser beiden Anlagen erwachsenden Kosten sind einschließlich der Heizanlagen zu 3100 M veranschlagt worden. Das Dach dieses Anbaues ist indessen zur Zeit derart mit dem Dache über dem Hauptgebäude des Rathhauses verbunden, daß im Falle des Ausbruchs eines Schadenfeuers innerhalb des Anbaues auch das Dach über dem Hauptgebäude und damit dieses selbst in hohem Maße gefährdet sein würde. Es wird deshalb weiter empfohlen, das vorhandene Pultdach zu beseitigen und durch ein Holz-Cementdach, resp. durch ein Wellblechdach zu ersetzen. Endlich erscheint es geboten, die in der westlichen Brandmauer des Hauptgebäudes befindlichen Oeffnungen mit feuersicheren Thüren zu versehen. Diese weiteren baulichen Aenderungen bedingen einen Kostenaufwand von 2000 M, deren Verwilligung mit den vorhin erwähnten 3100 M anheimgegeben wird.

Nach dem Berichte des Herrn Frühling hat die Baucommission die Vorlage eingehend geprüft und hält die Bedürfnisanlagen für nothwendig. Was indessen die Feuerficherheit in dem Altstadt-Rathhause anlange, so habe eine im Beisein des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer und der Herren Stadtbaumeister Osterloh und Röttcher stattgehabte Localbesichtigung ergeben, daß der Zustand, in dem sich die Gebäude in unmittelbarer Umgebung des Rathhauses befinden, ein derartiger sei, daß der Vorschlag des Magistrates auf Beseitigung der Feuerunsicherheit im Rathhause

als vollständig unzureichend angesehen werden müsse. Zunächst sei der Anbau am Altstadt-Rathhause sehr baufällig und außerdem sei dieses an sich schon feuergefährliche Gebäude derartig mit leicht brennbaren Sachen, wie alten Kisten, Strohballen u. c. angefüllt, daß es als im höchsten Grade feuergefährlich angesehen werden müsse. Auch die anderen Hintergebäude befänden sich in einem sehr bedenklichen Zustande und böten eine ständige Feuergefährlichkeit für das Altstadt-Rathhaus. Es sei daher einstimmig die Ansicht der Baucommission gewesen, daß mehr geschehen müsse, als in der Vorlage des Magistrates beantragt sei, und zwar habe die Commission gemeint, daß etwa Folgendes veranlaßt werden müsse: Zunächst sei der bau- und feuergefährliche Anbau zu beseitigen, weil die Erhaltung dieses Anbaues und die Herstellung desselben in einen feuersicheren Zustand sehr viel Geld kosten und vielleicht überhaupt nicht zu erreichen sein würde. Auch im Vordergebäude müsse die Feuergefährlichkeit beseitigt werden. Das lasse sich durch Auführung einer Brandmauer erreichen, welche auch im Dachraume das Gebäude von dem Altstadt-Rathhause scheide. Auch die anderen Hintergebäude müßten in einen Zustand gesetzt werden, der in feuerlicher Hinsicht eine höhere Sicherheit bedinge. An Stelle des zu beseitigenden Anbaues sei sodann ein neuer, massiv zu gestaltender Anbau zu errichten, in welchem die oben erwähnten Bedürfnisanstalten untergebracht werden könnten. Außerdem möchte es sich empfehlen, daß in diesem Anbau auch für geeignete Garderoberräume gesorgt würde.

Die Baucommission stelle aus allen diesen Gründen folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen:

Das Bedürfniß für die projectirten Nebenräume erkennen wir an, dagegen halten wir die Vorschläge zur Verringerung der vorhandenen Feuergefährlichkeit nicht für ausreichend.

In letzterer Beziehung erachten wir es für erforderlich:

- 1) daß der alte hölzerne Anbau beseitigt wird,
- 2) daß das angrenzende Vorderhaus durch eine den Dachraum abschließende Brandmauer von dem Altstadt-Rathhause getrennt wird, und
- 3) daß die gegenüber liegenden Hintergebäude in einen solchen Zustand gebracht werden, daß die jetzt auch von diesen Gebäuden drohende Feuergefährlichkeit beseitigt wird.

Als Ersatz für das zu beseitigende Gebäude halten wir die Erbauung eines neuen massiven Anbaues für wünschenswerth, in welchem dann die jetzt projectirten Nebenräume in erheblich günstigerer Weise werden untergebracht werden können und in welchem auch die Anlage eines angemessenen Garderoberraumes in Verbindung mit einer zweiten Treppe vorzuziehen wäre. Bezüglich der Gestaltung dieser Räume

wünschen wir, daß dieselben zwar einfach, sonst aber der Bedeutung des Rathhauses entsprechend vorgezogen werden.

Wir ersuchen demgemäß den Magistrat, unter Ablehnung der jetzigen Vorlage ein neues Project im Sinne unserer Ausführungen aufstellen lassen zu wollen."

Dieser Antrag wird von der Versammlung genehmigt.

IV. Ausbau einer Verbindungsstraße an der Rosenstraße.

Nach einem der Versammlung vorgelegten Entwürfe über den Ausbau der Verbindungsstraße zwischen der Rosenstraße und der verlängerten Voigts-³⁰thegstraße im Zuge des Grabens M 177 betragen die Grunderwerbskosten 19 000 M, die Baukosten 16 500 M und der voraussichtliche Einheitsbeitrag zu den Straßenkosten 132,30 M für 1 m Frontlänge. Die Straße ist 14 m breit geplant und sollen davon 8 m auf die Fahrbahn und 6 m auf die beiden Fußwege entfallen. Erstere soll auf chaussierter Unterlage mit Kleinpflastersteinen abgepflastert werden, letztere sollen durch Granitbordquader großen Profils von der Fahrbahn abgetrennt und mit einem Cementplattenbelage von je 1,50 m Breite versehen werden. Dem Antrage des Magistrates, das Project nebst Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Bancommission, für welche Herr Nieß berichtet, zu.

V. Erwerb und Veräußerung von Terrain nördlich der Kaiser-Wilhelmstraße.

Im Jahre 1896 haben der Holzhändler Severin und der Ziegeleibesitzer Meyer an die Stadt verschiedene Grundflächen abgetreten, welche zur Anlegung der im Ortsbauplano vorgesehenen Verbindungsstraße zwischen Kaiser-Wilhelmstraße und Heinrichstraße diesseits des Kirchenbauplatzes erforderlich waren. In Folge späterer Aenderung des Ortsbauplanes für jene Gegend müssen aber nicht nur verschiedene der vorerwähnten Flächen, sondern auch eine von der Stadt erworbene Grabensfläche den Grundstücken der Herren Severin und Meyer wieder zugelegt und daneben stadtsseitig einige Flächen wieder erworben werden, die an die Genannten veräußert sind. Mit den Letzteren ist daher Folgendes vereinbart worden: Die Stadt tritt an die Herren Severin und Meyer sechs Flächen von insgesammt 3,30 a, welche der Stadt s. Z. unentgeltlich überlassen waren, auch unentgeltlich wieder ab, während eine weitere 38 qm große Fläche zu dem stadtsseitig bezahlten Einheitspreise von 5 M abgetreten wird. Die Herren Severin und Meyer treten dagegen an die Stadt ab zwei Flächen zu 3,96 a, welche s. Z. mit 11 bezw 8 M pro qm bezahlt worden sind. Da indessen die Genannten nach dem inzwischen abgeschlossenen Vertrage verpflichtet sind, der Stadt das gesammte,

zum Ausbau der verlängerten Wiesenstraße erforderliche Terrain unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, so ist ihnen der gezahlte Preis nur für diejenigen, 86 qm großen Theile der vorgedachten beiden Flächen zurückzugeben, welche in den Kirchenbauplatz fallen. Der Magistrat giebt anheim, ihn zur Veräußerung bezw. zum Erwerbe der vorstehend erwähnten Flächen unter den angegebenen Bedingungen zu ermächtigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, geschieht.

VI. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Frau Hänig, der Wittwe Dörre, des Arbeiters Bahntje, des Arbeiters Schünemann und des Milchhändlers Aug. Milz um Erlaß der Steuer für einen Ziehund werden genehmigt, während die auf Erlaß der Steuer für einen Wachhund gerichteten Gesuche des Maschinenwärters Schmidt, des Weichenstellers Könnede und des Arbeiters Bachhaus abgelehnt werden. Die Ehefrau des Rangirers Schwarze hat nur kurze Zeit einen Hund gehabt und bittet, ihr die Hälfte der Steuer zu erlassen, was geschieht, da angenommen wird, daß sich die Frau der einschlägigen Rechtsverhältnisse nicht klar geworden ist.

Zu dem Gesuche von Könnede bemerkt Herr Ohlendorf, daß es ihm ein Unrecht scheine, wenn Leute die Steuer für einen Wachhund, der ständig an der Kette liege, bezahlen sollen, obwohl die Straße, an der sie wohnen, nicht von den Nachtwächtern begangen werde, sie also jedes Schutzes seitens der Stadt entbehren. Er möchte deshalb bitten, derartige Gesuche zu genehmigen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer ersucht, dem Antrage nicht stattzugeben. Früher sei eine solche Bestimmung vorhanden gewesen, jedoch haben sie die städtischen Behörden aufgehoben, weil sich bei der Beurtheilung der Frage, wo ein Erlaß der Steuer geboten sei und wo nicht, unendliche Schwierigkeiten ergeben haben. Es sei vorgekommen, daß man in einem Hause den Steuererlaß genehmigt und im Nebenhause ihn abgelehnt habe. Aus diesen Gründen sei die frühere Bestimmung durch das neue Statut aufgehoben worden. Man möge deshalb auch von der jetzigen Vorschrift des Statuts nicht wieder aus Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse eines Einwohners, oder weil derselbe einen guten Freund in der Versammlung habe, abweichen.

Der Herr Vorsitzende will darauf hinweisen, daß solche Erlaßgesuche bislang immer abgelehnt seien, weil sich außerordentlich schwer feststellen lasse, in welchem Falle die Diebesgefahr und die Schutzlosigkeit so groß sei, um einen Erlaß der Hundesteuer zu rechtfertigen.

Herr Ohlendorf möchte Herrn Bürgermeister Ketemeyer erwidern, daß es sich hier nicht um einen Freundschaftsdienst handle, da er gar nicht um eine Unterstützung des Gesuches angegangen sei.

Der Antrag Ohlendorf wird darauf abgelehnt.

VII. Ehrenpreis für das Festschießen des nordwestdeutschen Schützenbunds-Bezirksvereins.

Der Vorstand der Braunschweiger Schützengesellschaft richtet an den Magistrat die Bitte, zu dem diesjährigen Festschießen des nordwestdeutschen Bezirksvereins des deutschen Schützenbundes, welches in den Tagen vom 8.—11. Juni hier stattfinden soll, Ehrenpreise für die Bezirks-Festscheiben Brunonia und Germania zu stiften. Den Antrag des Magistrats, der Verwilligung von 300 M. behufs Stiftung eines städtischen Ehrenpreises zuzustimmen,

empfiehlt Herr Südel Namens der Finanzcommission anzunehmen.

Herr Peplies kann dem Antrage nicht zustimmen. Wenn er auch den Schützen ihr Vergnügen gönne, so könne er doch nicht einsehen, daß deren Wirksamkeit mit dem öffentlichen Interesse zusammenfalle. Die Zeit, in welcher die Schützen ihre Thätigkeit dem öffentlichen Interesse widmeten und zur Vertheidigung des Landes und der Städte berufen gewesen seien, liege weit zurück. Nachdem die Landesvertheidigung Sache des Reiches geworden sei, könnten die Schützengesellschaften nur noch als Vergnügungsvereine angesehen werden. Auch zur Bekämpfung der öfter erwähnten inneren Feinde, unter denen wohl hauptsächlich die Socialdemokratie verstanden werden solle, werde man nicht auf die Schützengesellschaft rechnen, so daß also thatsächlich kein Grund vorliege, aus öffentlichen Mitteln für deren Vergnügungen etwas zu bewilligen. Außerdem sei die hiesige Schützengesellschaft finanziell so gut gestellt, daß sie einer solchen Zuwendung gar nicht bedürfe und ihre Preise selbst stiften könne. Er bitte deshalb um Ablehnung des Antrages.

Herr Nieß: Wie das Mädchen aus der Fremde, so komme auch diese Einwendung immer wieder. Man höre sie ganz mechanisch mit an, weil man sie schon auswendig könne. Er wolle sich deshalb nicht gegen die vorgebrachten Gründe wenden, sondern zur Erläuterung nur mittheilen, daß es sich nicht um eine Unterstützung der hiesigen Schützengesellschaft handle, welche allerdings finanziell gut gestellt sei, sondern um die Zuwendung eines Ehrengeschenktes für den nordwestdeutschen Bezirksverein des deutschen Schützenbundes, welches in gewisser Weise die Gastfreundschaft der hiesigen Stadt gegenüber den fremden Gästen repräsentiren solle. Selbstverständlich würde das Fest auch stattfinden, wenn die Ehrengabe nicht bewilligt würde, jedoch bitte er aus dem angeführten Grunde um Genehmigung der Vorlage.

Der Vorlage wird darauf zugestimmt.

VIII. Einsprachen wegen der Höfenstraße :c.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossenen Baulinien der Höfenstraße hat der Schlossermeister Bauer Einsprache erhoben, indem derselbe glaubt, sein Grundstück werde dadurch entwerthet, daß dessen Fluchtlinie künftig gekrümmt sein werde; er hat daher gebeten, die neuen Flucht- und Baulinien entsprechend zu ändern. Wenngleich die städtische Bauverwaltung diese Aenderung für zulässig erachtet, so muß der Magistrat doch Bedenken tragen, sie zu empfehlen, weil bei Berücksichtigung des Wunsches das benachbarte, bereits bebaute Ulmer'sche Grundstück eine gekrümmte Fluchtlinie erhalten würde und weil auch die Stadt sonst gezwungen wäre, größere Flächen der Grundstücke von Lages und Hahn zu erwerben, die ohnehin eine geringe Tiefe haben, während das Bauer'sche Grundstück eine verhältnißmäßig große Tiefe besitze.

Ferner ist Seitens der Wittve Busse Einsprache gegen die Anordnung von Vorgärten und gegen die Höhenlage, welche der Höfenstraße gegeben werden soll, erhoben. Der Magistrat giebt anheim, die erstere Einsprache als unbegründet zu verwerfen, dagegen der letzteren durch entsprechende Aenderung der Höhenlage Rechnung zu tragen.

In Folge der früher schon Seitens der Wittve Busse geltend gemachten Einswendungen gegen die Aufhebung der westlichen Theilstrecke der Klosterstraße haben die städtischen Behörden beschlossen, eine neue Verbindungsstraße zwischen der Goslar'schen- und der Petristraße in den Ortsbauplan aufzunehmen, welche die Beibehaltung der westlichen Theilstrecke der Klosterstraße gestattet. Die Wittve Busse ist jedoch mit dieser Maßregel nicht einverstanden und hat gegen die neu aufgenommene Straße Einsprache erhoben, da die jetzige Klosterstraße für den Verkehr genüge und der Ausbau der erstgedachten Straße ihr Grundstück zu stark belasten würde. Diese Einsprache erachtet der Magistrat für unbegründet.

Es wird daher anheimgegeben, die Einsprachen des Schlossermeisters Bauer gegen die neuen Flucht- und Baulinien, ferner der Wittve Busse gegen die Anordnung von Vorgärten in der Höfenstraße und derselben Anliegerin gegen die Aufnahme der obengedachten Verbindungsstraße zu verwerfen, dagegen der anderweiten Feststellung der Höhenlage zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Buchler empfiehlt die Baucommission, die Vorlage in allen Theilen zu genehmigen,
was Seitens der Versammlung geschieht.

IX. Beleuchtung der Kaiser Wilhelm-Brücke.

Die demnächst erfolgende monumentale Ausschmückung der Kaiser Wilhelm-Brücke macht eine Neugestaltung der Brückenbeleuchtung erforderlich, da die Plätze

der beiden bisherigen Brückenlaternen für die Aufstellung von Figuren vorgesehen sind. Ueber die Frage der geeignetsten Gestaltung der künftigen Beleuchtung der Brücke hat sich die städtische Bauverwaltung gutachtlich dahin geäußert, daß von einer Beleuchtung, die neben der Straßenerhellung auch eine specielle Brückenschmuckbeleuchtung zum Zwecke habe, Abstand zu nehmen sei, weil die hierfür allein in Betracht kommende Beleuchtung durch an Lichtmasten befestigte elektrische Bogenlampen 4600 M. Anlagelkosten und 2190 M. jährliche Betriebskosten erfordern würde. Eine Herabminderung der Betriebskosten durch Beschränkung der Brennzeit auf die Abendstunden würde eine Beleuchtung der Brücke während der Nachtstunden durch gewöhnliche auf den Fußwegen der Brücke aufzustellende Straßenlaternen erfordern, gegen deren Aufstellung indessen Bedenken vorlägen. Unter diesen Umständen empfehle es sich, nur auf die Straßenerhellung Bedacht zu nehmen.

Sehr zweckmäßig sei in diesem Falle die Aufstellung von vier architektonisch entsprechend ausgebildeten, mit je 3 Flammen versehenen Candelabern auf den Zwischenpostamenten, die sich in der Mitte zwischen den Hauptpostamenten und den über den Schlußsteinen der Brücke stehenden Postamenten befinden. Für letztere Postamente selbst sind dabei niedrige Bekrönungen in Aussicht genommen, die vielleicht in der auf einem Rissen ruhenden Kaiserkrone endigen und an der Vorderseite mit einer Inschrift oder dem Namen der Brücke versehen werden können.

Die Kosten der Ausführung dieses Projectes betragen etwa 4750 M. Obwohl dieses Project 150 M. mehr als das erstere erfordern würde, hat es doch den Vorzug der bedeutend geringeren Betriebskosten; vor Allem aber würde nach dem Gutachten der städtischen Bauverwaltung bei diesem Projecte ein sehr günstiger Gesamteindruck des Brückenbildes erzielt werden, ohne daß eine Beeinflussung des übrigen Brückenschmuckes durch die Beleuchtungskörper zu befürchten wäre. Da auch der Bildhauer Müller eine derartige Lösung der Beleuchtungsfrage für durchaus zweckmäßig hält, so hat sich die städtische Bauverwaltung ebenfalls für die Ausführung in der letztgedachten Anordnung ausgesprochen. Der Magistrat schließt sich diesem Standpunkte an und giebt anheim, zur Ausführung des Projectes die Zustimmung zu erteilen.

Namens der Baucommission beantragt Herr Frühling Genehmigung der Vorlage.

Herr Lord fragt an, ob die Art der künstlerischen Ausführung der Brücke definitiv feststehe, oder ob die Versammlung noch einmal damit befaßt werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Versammlung die Aufstellung von Löwen auch für die östlichen Postamente unter der Bedingung genehmigt habe, daß die Ausschmückungscommission damit einverstanden sein werde.

Dieses treffe zu, mithin sei die Sache für die Versammlung erledigt. Im Uebrigen enthalte die veranschlagte Summe auch die Kosten für die Laternen auf beiden Seiten der Brücke.

Der Vorlage wird darauf zugestimmt.

X. Gesuch wegen Herabsetzung der Leichentransport-Gebühren.

Der Tischlermeister Gustav Möhnke, Inhaber eines Beerdigungsinstitutes, ist bei der Versammlung vorstellig geworden, dahin zu wirken, daß die Gebühr für die Benutzung des Handwagens zum Transport der Särge vom Friedhofsthore bis zur Grabstelle nicht, wie beabsichtigt ist, von 6 M auf 12 M erhöht werde und man ihm gestatte, die Leiche auf seinem Wagen bis zum Grabe zu fahren, in welchem Falle er bereit sei, statt der 6 M eine Gebühr von 7 M zu zahlen.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, ist die Statutencommission der Ansicht, daß die Sache nicht zur Zuständigkeit der Versammlung gehöre. Die Verwaltung des Friedhofes liege der Kirchenbehörde ob und habe dieselbe allein Einfluß auf die Höhe der Gebühren. Wenn die Versammlung auch den Etat für den Centralfriedhof genehmige, so könne sie doch nur bei dem Hervortreten erheblicher Mißstände auf demselben den Magistrat um Abhülfe ersuchen. Solcher Fall liege hier aber nicht vor. Außerdem theile die Statutencommission die Ansicht, daß man die hier in letzter Zeit aufgetretenen pomphaften Beerdigungen nicht noch durch Gewährung erleichternder Vorschriften begünstigen solle. Dazu trete der Umstand, daß die Friedhofsverwaltung nicht auf ihre Kosten kommen würde, wenn sie von solchen prunkhaften Beerdigungen nicht eine erhöhte Gebühr nehme, weil die weniger pomphaften Beerdigungen auch weniger Kosten verursachen.

Was den letzten Antrag des Gesuchstellers betreffe, so halte es die Commission nicht für statthaft, die Friedhofsverwaltung dahin zu beeinflussen, daß sie den Transport der Leiche auf einem Privatwagen bis zur Grabstelle gestatten möchte. Wenn das dem Einen gestattet würde, könnte man es auch dem Anderen nicht verbieten und laufe man dann Gefahr, daß auch weniger elegante Fuhrwerke den Friedhof befahren würden, was zu vermeiden sei. Die Friedhofsverwaltung müßte jedenfalls Herr auf ihrem Terrain bleiben. Es werde daher anheimgegeben, über das Gesuch aus formellen und materiellen Gründen zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Lange ist ganz der Ansicht, daß man auf möglichst wenig pomphafte Begräbnisse hinwirken müsse, da sonst manche Leute zu Ausgaben veranlaßt werden, welche sie nicht gut leisten können. Da indeß auch die Kosten der gewöhnlichen Beerdigungen ungemein hoch seien, so möchte er anheimgeben, zu erwägen, ob es nicht möglich sei, wenigstens bei ärmeren Leuten eine Ermäßigung der Gebührensätze eintreten zu lassen. So z. B. habe ein Arbeiter seiner Fabrik 70,50 M

Gebühren bei der Beerdigung der Frau bezahlen müssen, was für solchen Mann entschieden viel zu viel sei. Wenn in derselben Familie häufiger Todesfälle vorkämen, könnte das zum Ruin derselben führen. In den ihm vorgelegten Rechnungen des betr. Arbeiters seien folgende Posten enthalten gewesen:

9,00	M	für die Anweisung der Grabstelle,
5,00	"	" " Fertigstellung des Grabes,
18,00	"	" " Beförderung der Leiche zum Friedhofe,
1,00	"	" " einen Nummernstein,
2,50	"	als Abgabe für die Schule,
35,00	"	für den Sarg,

zusammen 70,50 M.

Er bitte den Magistrat, zu prüfen, ob sich nicht eine Verbilligung der Beerdigungen für die kleineren Leute ermöglichen lasse.

Herr Oberbürgermeister Pockels will dazu bemerken, daß sich solche Gebührenermäßigung wohl durchführen lasse, jedoch nur zu Lasten der Kirchensteuer. Die Friedhofsverwaltung sei für den Preis des Sarges natürlich nicht verantwortlich und lasse sich im Uebrigen nur ihre Auslagen auf Grund des bestehenden Statuts erstatten. Was den Antrag des Herrn Möhnke anlange, so sei er damit einverstanden, daß die Versammlung sich für nicht zuständig erkläre und sei es ihm unerfindlich, weshalb sich der Gesuchsteller nicht an die zuständige Stelle wende, wenn er sich beschwert fühle. Die Friedhofsverwaltung stehe unter der Aufsicht eines besonderen Körpers, der gebildet werde aus dem Magistrate und dem Stadtsuperintendenten.

Herr Günther will sich den Ausführungen des Herrn Lange anschließen. Es werde vielfach über zu hohe Begräbniskosten geklagt und würde er es für richtig halten, die Beerdigungen ganz frei zu geben und zu den Kosten die Allgemeinheit heranzuziehen, wie es z. B. in der Schweiz geschehe. Er möchte deshalb wohl empfehlen, die aufgeworfene Frage nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Vielleicht werde er Gelegenheit nehmen, demnächst einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschloffen.

XI. Gebühr für Ausführung von Wohnungsdesinfectionen.

Für die Ausführung von Wohnungsdesinfectionen durch die städtischen Desinfectoren ist bisher eine Gebühr nicht erhoben, sondern nur Ersatz der baaren Auslagen an Lohn und Materialien gefordert. Nachdem der Desinfecteur Krösch zum 1. April d. Js. als Aufseher beim städtischen Krankenhause fest angestellt ist und deshalb für die Ausführung von Wohnungsdesinfectionen eine besondere Ver-

gütung neben seinem Gehalte nicht mehr erhält, so erscheint es nothwendig, an Stelle des bisher vergüteten Arbeitslohnes eine Gebühr in gleicher Höhe von den Interessenten zu erheben. Der Magistrat hält eine Gebühr von 50 M für die Arbeitsstunde für angemessen und ersucht, der Festsetzung derselben in dieser Höhe zuzustimmen und ihn daneben zu ermächtigen, in Bedürftigkeitsfällen Ermäßigung oder Erlaß der Gebühr eintreten lassen zu können. Die Wiedereinziehung der Materialienunkosten wird neben der Gebühr beibehalten.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XII. Mittel für Erweiterung des Bürgerparks.

In den diesjährigen Haushaltsplan ist kein Betrag zur Bestreitung von Kosten für Erweiterung des Bürgerparks eingestellt, weil im Schulhausbaufonds Mittel nicht vorhanden waren. Da es aber wünschenswerth erscheint, die betr. Arbeiten fortzusetzen und da überdies andere Aufwendungen, wie für Unterhaltung der fertigen Theile, Instanderhaltung der Wege auf dem Abladeplatze und dergleichen unvermeidlich sind, so sieht sich der Magistrat veranlaßt, die Versammlung schon jetzt um Eröffnung eines Credits in Höhe von 15 000 M zu ersuchen,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Südel berichtet, zustimmt.

XIII. Werthbemessung des Terrains der alten Hagen- und der Wabestraße.

Zwischen der Stadtgemeinde und den Bauunternehmern Utermark und Weinhausen ist am 28. März 1896 über den Ausbau der Hagenstraße zwischen Heinrich- und Humboldtstraße ein Vertrag abgeschlossen. Nach §. 3 dieses Vertrages hat sich die Stadtgemeinde verpflichtet, verschiedene als Wege in Wegfall kommende Theilflächen der alten Hagenstraße und der Wabestraße zu 13,30 a und 1,40 a, sobald sie Eigenthum der Stadt geworden seien, den genannten Unternehmern zu überlassen und zwar 11,75 a unentgeltlich, während der Rest von 2,95 a zu einem von den städtischen Behörden festzusetzenden Preise baar zu bezahlen sei. Der Magistrat hält die Forderung von 13 M für 1 qm dieser Flächen für angemessen und giebt anheim, zu diesem Antrage die Zustimmung zu ertheilen,

was geschieht, nachdem Herr Frühling den Antrag Namens der Baucommission unterstützt hatte.

XIV. Ortsbauplan für das Gebiet südlich der Weststraße u.

Unter Vorlage eines Theilortsbauplanes für das Gebiet südlich der Weststraße und westlich der Landeseisenbahn ersucht der Magistrat um Genehmigung desselben.

Da die Bedingungen, unter denen dort eine neue Straße zugelassen werden soll, schon früher von den städtischen Behörden festgestellt worden sind, so dürfte es nach der Ansicht des Magistrates unbedenklich sein, schon vor erfolgter Genehmigung des Projectes über den Straßenbau einzelne Häuser gegen Cautionsbestellung zuzulassen. Mit Rücksicht auf das wiederholte Ersuchen der Braunschweigischen Baugenossenschaft um Beschleunigung der Angelegenheit giebt der Magistrat anheim, diesem Verfahren zuzustimmen.

Herr Ebeling empfiehlt im Namen der größeren Mehrheit der Baucom-mission die Annahme der Vorlage. Er persönlich hätte allerdings gewünscht, daß statt einer 5 m breiten Twete dort eine 14 m breite Straße angelegt würde.

Die Versammlung beschließt darauf die Genehmigung der Vorlage.

XV. Antrag Lössigk u. Genossen: Verbreiterung der Osterbrücken.

Die Verathung des Antrages wird unter Zustimmung des Antragstellers mit Rücksicht auf die in der gleichen Angelegenheit schwebenden Verhandlungen von der Tagesordnung abgesetzt.

XVI. Antrag Stegmann: Mittel zu populär-wissenschaftlichen Vorträgen.

Der in der Sitzung vom 27. März d. Js. — Seite 403 des Berichtes — gestellte Antrag, dem hiesigen Gewerkschaftskartell zur Abhaltung populär-wissenschaftlicher Vorträge 500 M zu bewilligen, ist von der Statutencommission vorberathen worden und berichtet Namens derselben Herr Wolff: Die Commission halte die Veranstaltung solcher Vorträge für dringend erwünscht, jedoch scheine es ihr bedenklich zu sein, die beantragte Summe dem Gewerkschaftskartell zur Verfügung zu stellen. Nach der Erklärung des Magistrates bestehe noch das Comité zur Veranstaltung derartiger Vorträge, welchem der Magistrat gern wieder 1000 M zur Verfügung stellen wolle, sobald die Veranstaltung der Vorträge gesichert erscheine; auch sei der Magistrat bereit, auf die Veranstaltung von Vorträgen hinzuwirken. In Gemäßheit dessen habe die Statutencommission beschlossen, folgenden Antrag zu stellen:

„In Erwägung, daß der Magistrat erklärt habe, er sei bereit, für die populär-wissenschaftlichen Vorträge einen Jahresbetrag von 1000 M aufzuwenden, wenn es gelinge, die Vorträge wieder ins Leben zu rufen, und er sei auch bereit, in dieser Beziehung auf das Comité einzuwirken,

und in der ferneren Erwägung, daß hiernach mit Sicherheit anzunehmen ist, der Magistrat werde zutreffenden Falls einen Antrag auf Bewilligung der 1000 M einbringen, wird beantragt, über den Antrag Stegmann zur Tagesordnung überzugehen.“

Die Versammlung werde ersucht, diesem Antrage zuzustimmen.

Herr Lord kann die Gründe wohl verstehen, welche zu dem Beschlusse der Statutencommission geführt haben, hätte aber nichts destoweniger doch gewünscht, daß sie zu einer Befürwortung des Antrages gekommen wäre. Er sei aber unter allen Umständen der Meinung, daß das Bildungsbedürfniß der breiten Menge, wo es sich auch zeige, gefördert werden müsse. Man operire so häufig mit dem Schlagworte „Halbbildung“, die durch solche Unternehmungen gefördert werde. Heutzutage sei aber Alles nur Halbbildung, denn eine universelle Bildung zeige höchstens noch das Conversationslexicon. Das Bildungsniveau der Menschen zu heben, sei die vornehmste Aufgabe unserer Zeit. Wenn nun in dem Commissionsberichte darauf Bezug genommen werde, daß noch eine Organisation bestehe, welche sich bereit erklärt habe, die Abhaltung von Vorträgen zu fördern, so wolle er bemerken, daß er als Vorstandsmitglied diesem Ausschusse für volksthümliche Lehr-urse angehört und Zeit und Arbeit für denselben geopfert habe; vor Allem aber gebühre großer Dank den beiden hochverdienten Professoren der technischen Hochschule, welche die geistigen Leiter des Unternehmens gewesen seien. Man habe Lehr-urse und Gratisvorträge veranstaltet, auch Führungen durch das Museum, Volks-concerte und sogar eine Vorstellung im Herzoglichen Hoftheater zu einem sehr billigen Preise arrangirt. Zwei Jahre hindurch sei Alles im besten Gange gewesen, von Seiten der Arbeiter sei bei allen Veranstaltungen eine musterhafte Haltung beobachtet worden und auch die Führer derselben hätten jedes Mißtrauen gegen den Ausschuß verloren. Da sei ein Reif in der Frühlingsnacht gefallen. Ohne auf die Veranlassung selbst einzugehen, wolle er nur bemerken, daß die Veranstalter schließlich eines rein äußerlichen Grundes wegen nothgedrungen ihre Thätigkeit hätten einstellen müssen, denn es sei nicht mehr möglich gewesen, geeignete Locale für die Lehr-urse zu finden. Die Gunst von oben fehlte diesem Unternehmen.

Nun komme die Rehrseite der Medaille. Die Arbeiter haben wiederholt ausgesprochen, daß ihnen jedes Mißtrauen gegen die Veranstaltungen geschwunden sei und der Ausschuß habe es für sehr erfreulich gehalten, mit den Leuten auf neutralem Boden zusammen zu kommen, um ihnen zu zeigen, daß man bestrebt sei, für ihr Wohl zu arbeiten. Der Antrag Stegmann bezwecke nun, dem Gewerkschaftskartell die Leitung der Vorträge zu übertragen, so daß dann jede Controle über die zu bietenden Vorträge fehlen würde. Troghem trete er aber, nachdem es dem Ausschusse der volksthümlichen Lehr-urse unmöglich geworden sei, weiter für die Sache zu arbeiten, dafür ein, den Herren die beantragte Summe zu bewilligen, allerdings unter der Einschränkung, den Betrag sofort zurückzuziehen, sobald die Vorträge zu Parteizwecken ausgebeutet würden. Daß Veranlassung zu solcher Einschränkung vorliege, gehe aus der Nummer 32 des Volksfreundes hervor, nach welcher ein von den Gewerkschaften arrangirter Vortrag über die Entwicklungsgeschichte mit einer stark politischen Tendenz geschlossen habe. Es heiße dort: „Redner erklärt

die Entstehung der Götterfabel und fordert nach längeren Ausführungen über die Stellung der Menschen auf der Erde und nach einer Betrachtung des gegenwärtigen Kampfes ums Dasein am Schluß seiner Rede zur Bildung von starken Organisationen auf". Man könne also thatjächlich in gewisser Weise Gefahr laufen, daß die Sache zu parteipolitischen Zwecken ausgebeutet werde, jedoch empfehle er trotzdem, einen Versuch, mit der ange deuteten Einschränkung, zu machen.

Herr Stegmann möchte zunächst seiner Freude über die Ausführungen des Vorredners Ausdruck geben. Bei der Berathung in der Commission habe er den Eindruck gewonnen, als ob man der Sache wohl Sympathie entgegen bringe und den Antrag auch befürwortet haben würde, wenn es sich nicht um das Gewerkschaftskartell, sondern um den Ausschuß zur Abhaltung volksthümlicher Vchrcurse gehandelt hätte. Die diejerhalb gehegten Befürchtungen seien aber grundlos, denn die Gewerkschaften seien keineswegs identisch mit der Socialdemokratie (Widerpruch), wenn auch die leitenden Personen Socialdemokraten seien. Ferner erscheine es ausgeschlossen, daß das Geld zu politischen Zwecken verwendet werden könne, weil der Stadt selbstverständlich bei Bewilligung einer Summe auch ein Mitbestimmungsrecht über die Verwendung des Geldes eingeräumt werden würde. Wenn ein hier im Hosiäger gehaltener Vortrag thatjächlich am Schlusse eine gewisse Tendenz verrathen habe, so sei das von Allen, welche den Vortrag mit angehört haben, namentlich auch von den leitenden Persönlichkeiten, lebhaft bedauert worden. Der Vortragende, ein süddeutscher Herr, sei übrigens keine wissenschaftlich gebildete Persönlichkeit gewesen, wie sich nachher herausgestellt habe. Solche Sachen sollten hier vollständig ausscheiden. Wenn die städtischen Behörden die beantragte Summe bewilligten, so würden als Redner wohl nur Professoren der technischen Hochschule in Betracht kommen, wodurch allein schon jede Tendenz ausgeschlossen sein würde, abgesehen davon, daß dem Magistrat auch eine Controle über die Rednerliste zustehen würde. Bei der Stellung des Antrages habe er keine Nebengedanken gehabt, sondern nur den Wunsch, einen Ersatz für die früheren volksthümlichen Vorträge zu schaffen, und bitte er, wenigstens einmal einen Versuch zu machen. Sollte der Antrag aber abgelehnt werden, so erjuche er, wenigstens den Antrag der Commission anzunehmen. Zu gleicher Zeit richte er an den Magistrat die dringende Bitte, ernstlich zu versuchen, die Hochschule wieder in Gang zu bringen, damit die Munkerei, daß der Magistrat der Sache nicht recht wohlwollend gegenüberstehe und Schuld sei, daß man kein passendes Vocal habe erhalten können, verstumme.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will auf die letztere Bemerkung erwidern, daß es doch wohl besser sein würde, solches Gemunkel gar nicht vorzubringen, wenn man nicht von der Richtigkeit desselben überzeugt sei, denn es heiße mit Recht: semper aliquid haeret. Der Magistrat habe damals auf entsprechende Anfrage

erwidert, daß er die Bewilligung von 1000 M für die Vorträge der Versammlung empfehlen würde, sobald die Abhaltung derselben gesichert sei, und habe er darauf die Mittheilung erhalten, daß die Veranstaltung aus anderen Gründen nicht zu Stande gekommen wäre, worauf natürlich auch die 1000 M nicht hätten bewilligt werden können. Daß aber der Magistrat die Sache treiben sollte, halte er nicht für richtig. Sobald das Comité die Vorträge wieder aufnehme, werde sie auch der Magistrat fördern und die Bewilligung der 1000 M beantragen.

Herr Vord kann den Magistrat in gewisser Beziehung nicht ganz von Schuld freisprechen, wenn auch der Widerstand gegen die Veranstaltungen noch höher gelegen habe. Nachdem die Sympathie von dieser Stelle zu fehlen begonnen habe, sei das ganze Unternehmen in Frage gestellt worden, aber gescheitert sei die Sache zum Schlusse daran, daß der Magistrat dem Comité die Locale nicht überlassen habe, welche zu den Vorträgen sich wohl geeignet hätten. Trotz der großen Mühe, welche sich der Professor Richard Meyer auch durch persönliche Befürwortung beim Herrn Oberbürgermeister gegeben habe, sei es ihm nicht gelungen, die Aula der höheren Mädchenschule zu erhalten und auch der Saal des Altstadt-Rathhauses sei nur unter gewissen Bedingungen und Einschränkungen zugesagt. Man habe ihm schließlich die Aula in der Schule an der Heinrichstraße zur Verfügung gestellt, welche jedoch, weil an der Peripherie der Stadt liegend und nicht genügend beleuchtet, nicht hätte als passend anerkannt werden können.

Bei der nun folgenden Abstimmung lehnt die Versammlung den Antrag Stegmann gegen 11 Stimmen ab und genehmigt mit großer Mehrheit den Antrag der Statutencommission.

XVII. Antrag Stegmann: Mittel zur Beschickung des Verbandstages deutscher Gewerbegerichte.

Der in der Sitzung vom 27. März d. Js. gestellte Antrag — Seite 407 des Berichtes — lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ermächtigen, eine Summe von 200 M in den Etat einzustellen zur Delegation zweier Gewerbegerichtsbeisitzer (eines Arbeitgebers und eines Arbeitnehmers) zum nächsten Verbandstage Deutscher Gewerbegerichte.“

Wie Herr Wolff berichtet, empfiehlt die Statutencommission, die beantragte Summe zu bewilligen und dabei der Erwartung Ausdruck zu geben, daß der Magistrat von der Beschickung der Verbandstage nur dann Abstand nehmen möchte, wenn deren Tagesordnung offensichtlich kein Interesse für die hiesigen Beisitzer biete. Die Commission stehe auf dem Standpunkte, daß es wohl erwünscht sei, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu dem Verbandstage zu delegiren, daß hiervon

aber bei Tagesordnungen, die kein besonderes Interesse bieten, Abstand genommen werden könne. Insbesondere sei dieses in den letzten Jahren der Fall gewesen, wo juristische Erörterungen über das Bürgerliche Gesetzbuch stattgefunden hätten.

Herr Stegmann bittet dem gegenüber, die Bewilligung nicht an diese Verbindung zu knüpfen, sondern die Summe ohne Einschränkung zu bewilligen, damit der Verbandstag unter allen Umständen von hier aus beschickt werde. Er müsse bestreiten, daß dort nur schwierige, nicht allgemein verständliche Fragen erörtert würden, da es sich in der Hauptsache um die Besprechung praktischer Fragen und um die Aufklärung principiell wichtiger Fälle handle. Wenn aber auch wirklich die Versammlung sich anscheinend mit hohen juristischen Fragen befassen sollte, so sei es doch nicht richtig, derselben deshalb fernzubleiben, sondern die Versammlung müßte schon aus dem Grunde beschickt werden, um dafür zu sorgen, daß in Zukunft solche Sachen von der Tagesordnung fortbleiben. Im Uebrigen seien die Weisiger auch nicht so beschränkt, daß sie die dort verhandelten Sachen nicht begreifen könnten. Die Annahme des Commissionsantrages halte er für eine halbe Ablehnung seines Antrages, da nach den bisherigen Erfahrungen zu befürchten sei, daß der Magistrat sehr leicht eine Beschickung des Verbandstages nicht für nöthig halten werde. Dazu komme, daß die Tagesordnungen dieser Versammlungen während der Ferien der Stadtverordneten bekannt gegeben würden und die Versammlung sich deshalb damit nicht würde befassen können. Er bitte daher um unveränderte Annahme seines Antrages.

Herr Füdel will bemerken, daß auch die Weisiger des Gewerbegerichtes sich mit dieser Frage beschäftigt haben und die Mehrheit derselben eine Beschickung der Verbandstage nur dann für nöthig halte, wenn allgemein interessirende Sachen auf der Tagesordnung ständen. Er empfehle deshalb, den Antrag der Commission dahin zu ergänzen, daß über die Beschickung der Verbandstage der Magistrat nach Anhörung der Gewerbegerichts-Weisiger zu entscheiden habe.

Herr Wolff erklärt sich mit dieser Ergänzung des Commissionsantrages einverstanden.

Herr Meyerhoff glaubt, daß auch Herr Stegmann mit solcher Fassung des Beschlusses einverstanden sein könne und bittet, dem so ergänzten Antrage der Commission zuzustimmen. Sobald dann seitens des Ausschusses des Gewerbegerichtes die Beschickung des Verbandstages als wünschenswerth bezeichnet werde, ersuche man den Magistrat um Bewilligung des Geldes.

Der Antrag Stegmann wird darauf abgelehnt und der Antrag der Statutencommission mit der von Herrn Füdel beantragten Ergänzung angenommen.

XVIII. Anfrage Schöttler: Gleichberechtigung der hiesigen Oberrealschule mit den preussischen Anstalten.

Zur Begründung der Anfrage:

„Gedenkt der Magistrat Schritte zu thun, um unserer Oberrealschule dieselben Berechtigungen zu verschaffen, welche die preussischen Anstalten erhalten haben?“

führt Herr Schöttler aus, daß die höheren Schulen in Preußen jetzt eine wesentliche Erweiterung ihrer Berechtigungen erfahren haben. Die dieserhalb getroffenen Bestimmungen der verschiedenen preussischen Ministerien bezögen sich nicht nur auf die Oberrealschulen, sondern auch auf die Gymnasien und Realgymnasien. Nach einer zwischen den Bundesstaaten getroffenen Vereinbarung erhielten diese Bestimmungen ohne Weiteres Anwendung auf die staatlichen Gymnasien und Realgymnasien, nicht aber auch auf die Oberrealschulen. Es möge das daher röhren, daß dieses die jüngsten Lehranstalten seien und ihre Ausgestaltung in den verschiedenen Bundesstaaten eine in mancher Beziehung andere sei, als in Preußen. Die hiesige Oberrealschule stehe aber vollständig auf dem preussischen Standpunkte und dem preussischen Lehrplane, auch bestehe in Bezug auf diese Schule eine Vereinbarung zwischen Preußen und Braunschweig, nach welcher die preussische Regierung zusagte, die hiesige Oberrealschule in allen Fällen anzuerkennen, wo die braunschweigische Regierung Gegenseitigkeit gewähre. Diese Gegenseitigkeit werde aber nicht im vollen Umfange gewährt. So fehle es z. B. schon immer an der Berechtigung der preussischen Anstalten für das Berg- und das Forstfach, was ja so schlimm nicht sei, weil diese Fächer keine allzu weitgehende Bedeutung für uns haben. Das habe sich jetzt aber wesentlich dadurch verändert, daß das höhere Lehrfach hinzugekommen sei, denn in Preußen könne man jedes beliebige höhere Lehrfach studiren, ob man ein Gymnasium oder eine Oberrealschule besucht habe, während in Braunschweig diese Berechtigung sich auf das Studium der Naturwissenschaften im Hauptsache und auf Lehrerstellen an Oberrealschulen beschränke. In Folge dessen würden die hiesigen Oberrealschul-Abiturienten auch in Preußen zu diesen Fächern nicht zugelassen. Dazu komme dann noch das Studium der Jurisprudenz. Der frühere Unterschied zwischen den preussischen und den braunschweigischen Oberrealschulen habe sich also in den letzten Jahren sehr verschärft und werde sich vielleicht noch weiter verschärfen. Bekanntlich könne man an der Oberrealschule durch eine entsprechende Prüfung im Lateinischen sein Abiturium zu dem eines Realgymnasiums ergänzen und sei auch hier an der Oberrealschule schon lateinischer Unterricht für solche Fälle facultativ eingerichtet worden; es sei jedoch fraglich, ob eine solche Ergänzungsprüfung in Preußen als das Abiturium an einem Realgymnasium anerkannt werde.

Es liege ihm nun daran, zu erfahren, ob der Magistrat Schritte zu thun gedenke, um diese Uebelstände zu beseitigen. Wenn der Magistrat auch nicht selbst im Stande sei, die Beseitigung herbeizuführen, so würde es doch angebracht erscheinen, dieselbe auf die braunschweigische Staatsregierung einzuwirken, um möglicherweise eine Aenderung zu veranlassen. Die Sache sei von viel größerer Wichtigkeit, als sie scheine. Wenn auch von der hiesigen Oberrealschule sehr wenige junge Leute Jura studiren würden, so würden doch viele hiesige Bürger nur wegen der mangelnden Berechtigung zu verschiedenen Studien sich veranlaßt sehen, ihre Erbhne dem Gymnasium zuzuführen, obwohl sie sonst deren Ausbildung auf der Oberrealschule für geeigneter halten würden. Deshalb sei es für uns eine sehr harte Sache, daß hier nicht gelte, was in Preußen gelte. Preußen liege an der Gegenseitigkeit nicht viel, denn die paar Stellen in Braunschweig spielen für das große Preußen nur eine kleine Rolle, aber umgekehrt sei es für Braunschweig von erheblicher Bedeutung, ob das große Preußen ihm offen stehe. Es liege ihm deshalb daran, daß die hiesige Jugend in Preußen zu der Berechtigung komme, jedoch lasse sich das einseitig nicht erreichen. Die hiesige Oberrealschule sei augenblicklich gegenüber den betreffenden preußischen Anstalten minderwerthig und das zu beseitigen sollte Aller Bestreben sein.

Herr Oberbürgermeister Pöckels erklärt sich bereit, die Anfrage sofort zu beantworten: Unsere Oberrealschule werde preußischerseits im Principe als den betreffenden preußischen Anstalten völlig gleichwerthig angesehen und es werde deshalb unserer Oberrealschule dieselben Berechtigungen wie den preußischen Oberrealschulen in so weit ertheilt, als, wie der Vorredner schon angedeutet habe, unsere Staatsregierung Gegenseitigkeit ausübe. Das Letztere zu erreichen, sei noch nicht durchgehend gelungen. Als vor längeren Jahren nach dem damals eingeführten neuen preußischen Systeme hinsichtlich der Berechtigungen der Oberrealschul-Abiturienten neue Bestimmungen getroffen seien, sei dem Magistrate mitgetheilt, daß der hiesigen Anstalt neben dem Baufache nur die Berechtigung für das höhere Lehrfach in der Mathematik und den Naturwissenschaften zu Gute komme, während ihr das Bergfach und das Forstfach verschlossen bleibe, weil die braunschweigische Regierung nicht gewillt gewesen, hier die Gegenseitigkeit zu gewähren. Die Regierung vertrete dabei den Standpunkt, daß der höhere Forst- und Bergbeamte so viel Latein gelernt haben müsse, um die Pflanzen und Bäume, bezw. die Mineralien mit den lateinischen Namen nennen zu können. In Wirklichkeit sei die Zurückhaltung der Regierung darauf zurückzuführen, daß sie den ohnehin schon übermäßigen Zudrang zum Forstfache nicht noch vermehren wolle. Um nun den Oberrealschul-Abiturienten die Möglichkeit zu gewähren, durch Ablegung einer Ergänzungsprüfung im Lateinischen die Berechtigung zu diesen Fächern zu erlangen, sei dann ein unentgeltlicher Unterricht im Lateinischen eingeführt worden. Das

habe aber keinen bedeutenden Erfolg gehabt, weil sich ein junger Menich, der sich dem höheren Berg- oder Forstfache widmen wolle, eine Schule aussuchen werde, deren Reisezeugniß ohne Weiteres zu dem Studium berechtige.

Der Herr Fragesteller habe nun weiter hervorgehoben, daß neuerdings die Berechtigungen der preussischen Oberrealschulen wesentlich erweitert seien, namentlich in Bezug auf die Zulassung zum höheren Lehrfache, welches jetzt deren Abiturienten ohne alle Einschränkung offen stehe, während es hier nur in Bezug auf Mathematik und Naturwissenschaften zugänglich sei. Auch für das Rechtsstudium und den Officiersberuf gelten die preussischen Oberrealschulen jetzt den Gymnasien gegenüber als gleichwerthig. Einzelne deutsche Staaten sollen nun diese preussischen Grundsätze bereits angenommen haben, namentlich Anhalt, während die braunschweigische Regierung in der Sache noch nicht vorgegangen sei. Sobald die Regierung der Frage näher trete, ob den staatlichen Realgymnasien die erweiterten Rechte der preussischen Anstalten zugeführt werden sollen, werde auch der Magistrat rechtzeitig die nöthigen Schritte thun, um der Oberrealschule eine gleiche Bevorzugung zu verschaffen.

Bei dieser Gelegenheit möchte er auf ein Eingekandt in der heutigen Landeszeitung zurückkommen, welches sich mit einer angeblichen Ueberfüllung der Oberrealschule beschäftige. Es sei darin gesagt, daß seit langen Jahren schon Stadtkinder wegen Platzmangels abgewiesen werden müßten und seien letzte Ostern von 130 angemeldeten Jungen 55 zurückgewiesen. Wahrscheinlich habe auch Herr Löschigk vorhin hierauf hindeuten wollen. Da die ihm in den letzten Tagen zugegangene Uebersicht der gegenwärtigen Besuchszahl der Schule damit im Widerspruch stehe, so habe er dießhalb bei Herrn Director Wernicke angefragt und die Antwort erhalten, daß in den letzten Jahren für die Sexta niemals eine Abweisung von Stadtkindern wegen Platzmangels erfolgt sei und auch nicht bei der Diteraufnahme; es seien sogar noch einige Plätze in der Sexta, welche für Stadtkinder reservirt gehalten seien, an auswärtige Kinder vergeben. Eine Zurückweisung wegen Platzmangels habe überhaupt nur in der Ober- und Untertertia stattgefunden. Bei der Prüfung der Kinder seien allerdings verhältnißmäßig viele durchgefallen und das habe seien Grund darin, daß vielfach äußerst mangelhafte Schüler präsentirt würden, welche schon in der Bürgerschule tief gelesien hätten.

Herr Löschigk möchte bemerken, daß er gesagt habe, wahrscheinlich werde die Oberrealschule in den nächsten Jahren auch Anforderungen in Bezug auf Vergrößerung an die Stadt stellen, jedoch habe er nicht gesagt, daß die Abweisung von Schülern wegen Platzmangels erfolgt sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels will seine Ausführungen noch dahin ergänzen, daß gegenwärtig die Oberrealschule von 524 Schülern besucht werde, daß

sei gegen 1901 eine Zunahme von 19 Schülern und gegen 1900 eine Zunahme von 20 Schülern. Dieser Zuwachs beziehe sich wesentlich auf die obersten Klassen, welche noch ziemlich dürrig besetzt seien. Gegenwärtig seien noch 77 auswärtige Schüler zugelassen, was wohl nicht gerade auf Platzmangel hindeute.

Damit ist die Anfrage erledigt.

XIX. Antrag Göcke und Gen.: Ausbau des Bültenweges.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Ausbau des Bültenweges zwischen Nebenstraße und der Straße „am Bülten“ noch in diesem Jahre zur Ausführung zu bringen“.

Zur Begründung des schon in der Sitzung vom 27. März d. Js. angeregten Antrages — Seite 408 des Berichtes — bemerkt Herr Göcke, daß der Zustand dieses Theiles des Bültenweges namentlich in der nassen Jahreszeit ein trostloser sei und die Anlieger eine Aenderung dringend wünschen, weil sie jetzt ihre Wohnungen schlecht vermietthen können. So gut wie man die Nebenstraße ausbaue, müsse man auch an diese sehr in Anspruch genommene Straße endlich denken, zumal für eine Anzahl von Grundstücken die Straßenkosten schon viele Jahre deponirt sein sollen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baucommission zur Vorberathung.

XX. Antrag Nolte und Fröhling: Verhalten des Magistrates in Sachen des Bahnhof-Umbaues.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle ihre volle Zustimmung zu dem heute Seitens des Magistrates dargelegten Vorgehen in Sachen des Bahnhof-Umbaues aussprechen und die Behauptung des Königlich Preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, daß die Verzögerung des Bahnhof-Umbaues durch übertriebene Forderungen der Stadt Braunschweig verursacht sei, gleich dem Magistrate für unbegründet erklären“.

Nachdem Herr Nolte den Antrag damit begründet hatte, daß es zweckmäßig sein werde, die Stellung des Magistrates bei den noch zu erwartenden Verhandlungen in dieser höchst wichtigen Angelegenheit durch Annahme der in dem Antrage liegenden Zustimmung zu dem Vorgehen des Magistrates zu stärken, wird der Antrag ohne weitere Besprechung angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

1902/1903.N. 3.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 5. Juni 1902.

Tagesordnung:

I.	Erweiterung der Wasserversorgung für das neue Wasserwerk.	Seite 39
II.	Antrag Brückmann: Einführung hauswirthschaftlichen Unterrichts an den unteren Bürgerschulen	" 50
III.	Antrag Günther: Schaffung einer Einheitschule etc.	" 53
IV.	Antrag Göcke und Gen.: Ausbau des Büldenweges	" 59
V.	Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Altewiekring und Rosenstraße	" 61
VI.	Erwerb einer Fläche zu der unter V erwähnten Verbindungsstraße	" 62
VII.	Erwerb einer Fläche zur Eichthalstraße	" 62
VIII.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 62
IX.	Erwerb von Flächen zur Salzdhulmerstraße	" 62
X.	Plattenbelag vor weiteren Grundstücken der Helmstedterstraße	" 63
XI.	Baulichkeiten in der Schule am Südfelde	" 63
XII.	Gebühren für Benutzung der Freibank	" 64
XIII.	An- und Verkauf von Flächen an der Pestalozzistraße und Aufhebung eines Straßenthums	" 64
XIV.	Beschaffung einer Centesimalwaage für das Kieselgut	" 65
XV.	Weitere Beihilfe für den Männer-Turnverein	" 65
XVI.	Unterbringung und Benutzung des Krankentransportwagens	" 66
XVII.	Erwerb von Flächen in der Nähe der Eichthalstraße	" 68
XVIII.	Legung von Gas- und Wasserröhren in der verlängerten Voigts-Rheßstraße etc.	" 68

XIX.	Erwerb einer weiteren Fläche zum Curiaßringe.	Seite 68
XX.	Theilortsbauplan für die Theaterpromenade.	" 69
XXI.	Beschaffungen für das alte Gaswerk	" 69
XXII.	Anfrage Stegmann: Stellungnahme des Magistrates gegenüber dem Zimmererstreit.	" 69
XXIII.	Antrag Günther: Erhöhung des Zuschusses für die Sommerpflügen . .	" 70
XXIV.	Antrag Brückmann: Nichtverwendung der Baupläne des Hoftheaters zu Reclamezwecken	" 71

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götze, Haake, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Assessor Pingel. Außerdem nehmen am Magistratsstische die Herren Baurath Thiem aus Leipzig und Director von Feilichs Platz.

Entschuldig die Herren Ahmann, Bues, Lange und Lupprian.

Nach Eröffnung der Sitzung giebt der Vorsitzende, Herr Semler, folgende Eingänge bekannt:

- 1) Dankschreiben Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht für den Glückwunsch von Magistrat und Stadtverordneten zum Geburtstage;
- 2) Bitte eines Einwohners (der Name ist nicht zu entziffern) um Beseitigung der auf der Kirchhofsseite des Leonhardplatzes lagernden Compoßhaufen;
- 3) Eingabe des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs, enthaltend den Beschluß der Bürgerversammlung im Wilhelmsgarten vom 22. Mai d. Js., mit dem Anheingeben, auch in einer öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten die Wünsche der Einwohner der Stadt energisch zu fördern und für eine baldige Lösung der Bahnhofsfraße einzutreten. Die in dieser Bürgerversammlung gefaßte Resolution lautet: „Die heute im Wilhelmsgarten versammelten Bürger der Stadt Braunschweig, aus allen Classen der Bevölkerung, stellen, nach Kenntnißnahme des ministeriellen Schreibens an den Magistrat und die sonstigen zuständigen Behörden im Namen der gesammten Bürgerschaft die einmüthige und entschiedene Bitte, behufs Vermeidung einer weiteren schweren Schädigung der Stadt, den Umbau bezw. Neubau des Bahnhofes mit aller Entschiedenheit einer schleunigsten Lösung entgegenzuführen und zwar unter Erreichung eines Projectes, durch das die Interessen der Stadt Braunschweig nicht bloß für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft in jeder Richtung gewahrt werden“.

Hierauf bemerkt Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß der Magistrat den Wunsch habe, bei der Verathung des ersten Punktes der Tagesordnung einige technische Beamte zugegen zu haben, weil es sich dabei vorzugsweise um technische

Fragen handeln werde. Aus diesem Grunde sei zu der heutigen Sitzung der Director der städtischen Licht- und Wasserwerke, Herr von Feilisch, deputirt worden. Auch sei es der Wunsch des Magistrates gewesen, daß Herr Baurath Thiem aus Leipzig an der Sitzung theilnehme. Die Städteordnung enthalte nichts über die Zugiehung auswärtiger Herren zu den Sitzungen der städtischen Behörden, jedoch gebe sich der Magistrat der Hoffnung hin, daß die Versammlung nichts dagegen haben werde, wenn er auch diesen Herrn als seinen Commissar betrachte. (Zustimmung.)

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Erweiterung der Wasserfassung für das neue Wasserwerk.

Da der Spiegel des Grundwassers in der Umgebung des neuen Wasserwerks am Dörfsee um rund 50 cm stärker gesunken ist, als nach den Resultaten des Probetriebes angenommen werden durfte, so erachtet der Baurath Thiem, wenn gleich zur Zeit die vorhandene Wasserfassung zur Versorgung der Stadt völlig genügt, gleichwohl ihre Erweiterung für rathsam. Der Magistrat ist mit der Quellwasserdeputation der Ansicht, daß dem Thiem'schen Antrage zu entsprechen sei. Obwohl von keiner Seite behauptet, oder gar bewiesen ist, daß die jetzige Wasserfassung im Hochsommer nicht genügen werde, so würde doch schon ein etwaiges weiteres stärkeres Sinken der Spiegel ohne Frage zu Besorgnissen Anlaß geben. Wenn sich diese aber durch die geplante Erweiterung der Wasserfassung in östlicher Richtung, wie der Baurath Thiem annimmt, beseitigen lassen, so kann die Kostenfrage um so weniger ins Gewicht fallen, als an den für die gesammte Anlage verwilligten Kosten voraussichtlich etwa 100 000 M. werden erspart werden. Zudem war die Erweiterung der Wasserfassung nach Osten zu schon früher in Aussicht genommen; man glaubte aber bei der bisherigen Ergiebigkeit der vorhandenen Brunnen und, da der Beharrungszustand in diesen anscheinend auch jetzt noch nicht erreicht ist, von Ausführung der weiteren Anlage einstweilen Abstand nehmen zu können. Die Kosten der letzteren sind, da noch brauchbares Rohmaterial im Werthe von etwa 3000 M. verfügbar ist, abgesehen von der Aufwendung für Grunderwerb, zu rund 32 000 M. veranschlagt. Es empfiehlt sich, die weiteren Brunnen so anzulegen, daß der etwa 40 m breite Terrainstreifen, in dessen Mitte sie herzurichten sind, künftig event. gleichzeitig zur Verlegung eines Anschlußgleises, das von der Gifhorner Bahn dießseits Quorum abzweigen würde, zu benutzen wäre, wobei der Magistrat bemerkt, daß bis jetzt beim Fehlen der bezüglichlichen Unterlagen weder hat festgestellt werden können, ob überhaupt die Herrichtung eines Bahnanschlusses vortheilhaft ist, noch, ob der Anschluß an die Landeseisenbahn vorzuziehen sein würde.

Die Quellwasserdeputation erachtet nun für rathsam, den fraglichen Terrainstreifen schon jetzt nicht nur in einer Erstreckung von 370 m — wie Herr Thiem empfohlen — sondern in voller Ausdehnung bis zur Mittelriede, d. i. circa 650 m, mithin eine Fläche von rund 260 a zu erwerben, weil hierdurch die Möglichkeit gegeben würde, die Brunnenreihe im Falle des etwaigen weiteren Bedarfs bis an den Flußlauf auszudehnen. Der Magistrat pflichtet dieser Ansicht um so mehr bei, als ein Sinken des Werthes des Terrains in der Zukunft kaum zu besorgen ist. Die Auswahl der einzelnen, zu der Anlage zu benutzenden Ackerstücke bittet der Magistrat ihm zu überlassen. Um die baldige Inangriffnahme der Arbeiten zu ermöglichen, ersucht der Magistrat ferner, ihn zu ermächtigen, die Entseignung der erforderlichen Flächen in dem Falle zu beantragen, daß die geforderten Preise als zu hoch erscheinen, und sowohl in diesem Falle, als auch bei Erzielung einer gütlichen Vereinbarung alsbald das nöthige Terrain in Besitz zu nehmen. Hierbei würde eine Verzinsung der Kaufpreise und Erstattung der Vergütung für verloren gehende Früchte nebst Gail und Gare, bezw. der etwaigen Pächterentschädigungen zugesichert werden müssen. Soweit dagegen über die Preise für den Grund und Boden demnächst eine gütliche Vereinbarung zu Stande kommen sollte, würde die Genehmigung der Versammlung noch eingeholt werden.

Hierauf wird anheimgegeben, der in Rede stehenden Erweiterung der Wasserversorgung zuzustimmen und den Magistrat zum Erwerbe bezw. zur Inbesitznahme des dazu nöthigen Terrains in Gemäßheit der vorstehenden Ausführungen zu ermächtigen.

Die Vorlage ist von der Finanzcommission vorberathen worden, und berichtet Namens derselben Herr Wolters: Nachdem seit zwei Monaten das neue städtische Wasserwerk in Betrieb gesetzt worden ist, haben sich dabei zwei Thatfachen herausgestellt: was zunächst die qualitative Seite, also die Beschaffenheit des Wassers, betrifft, so ist durch Erfahrung festgestellt, daß das Ergebniß dasselbe ist, als die früheren Untersuchungen als wahrscheinlich hingestellt haben; ja, in gewisser Beziehung sind die Ergebnisse noch besser ausgefallen, als die damaligen Erwartungen als möglich annahmen. Die neue Anlage arbeitet mit einer Enteisungs-Vorrichtung, jedoch ist der Eisengehalt des Wassers so winzig, daß die Differenz zwischen rohem und gereinigtem Wasser sehr gering ist. Das ist in finanzieller Beziehung von großer Bedeutung, weil es nicht erforderlich ist, die Filter so oft zu reinigen, als im anderen Falle. Es ist auch wesentlich für die Sicherheit des Betriebes, indem sich die Verschlammungsgefahr für die Nieseler und Filter verringert. Dagegen ist in Bezug auf den Wasserreichthum eine Erfahrung gemacht worden, die frühere Hoffnungen etwas eingeschränkt hat. Wenn indessen hieran Besorgnisse geknüpft werden, so treffen dieselben durchaus nicht zu; denn es handelt sich nur darum, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. In den letzten Tagen sind so außerordentliche

Forderungen an das neue Wasserwerk gestellt worden, daß man mit Recht sagen kann, es hat die Probe bestanden. Der allerhöchste Tagesbedarf hat einmal früher 14900 cbm betragen, während jetzt zwischen 14300 cbm und 14700 cbm gefördert worden sind. Dabei ist aber der Umstand nicht zu verschweigen, daß bisher in der Umgebung des Wasserwerks noch kein Beharrungszustand eingetreten ist, und man nicht mit Sicherheit annehmen kann, ob sich das Wassergebiet auf der augenblicklichen Höhe halten wird. Deshalb erscheint es nothwendig, für die Zukunft Vorsorge zu treffen, damit die Möglichkeit einer weiteren Abenkung der Umgebung der Anlage ausgeschlossen wird. Die tägliche Leistung einer jeden Maschine des Werkes beträgt 8000 cbm; da nun am Tage stets zwei Maschinen gehen, so werden 16000 cbm Wasser gefördert, während des Nachts nur eine Maschine geht und 8000 cbm fördert.

Es ist nun eine tiefere Senkung des Wasserspiegels eingetreten, als nach den Probeversuchen als wahrscheinlich angenommen werden mußte. Als wesentlichste Ursache dieser Erscheinung ist die Thatfache hinzustellen, daß in die sogenannte Mittelriede sich außerordentlich große Mengen Wasser ergießen, welche für uns verloren gehen. Es rührt dieses daher, daß die benachbarten Grundwasserspiegel höher liegen, als der Flußlauf. Nun würde es sich darum handeln, in welcher Weise dem erwünschten Ziele näher gekommen werden kann. Zwei Wege würden uns dabei offen stehen: nämlich einmal, daß die Brunnen und Anlagen mehr nach ihrer Tiefe hin beansprucht würden. Das ist aber ausgeschlossen, weil mit der tieferen Abenkung der Spiegel ein Einlauf aus den Flußläufen zu befürchten wäre; außerdem würde auch eine vermehrte Geschwindigkeit des Wassereintritts in die Brunnen mit der Gefahr einer Versandung verbunden sein. Dazu tritt hindernd noch der Umstand, daß die jetzige höhere Lage der Pumpen den Weg ausschließt; denn die Pumpen liegen 69,56, der Saugwasserspiegel 63,46 m über dem normalen Nullpunkte. Da es nun nicht möglich ist, auf die Tiefe hinzuwirken, so muß versucht werden, in die Breite zu gehen, und ist dabei ein gutes Resultat zu erwarten. Nach welcher Richtung hin sich die Erweiterung zu erstrecken hat, ist schon durch die Versuche in den Jahren 1897/1898 festgestellt worden. Von dem großen dort vorhandenen Wasserströme liegt nämlich nach Osten zu noch eine Menge unbenuzt und ergießt sich in die Mittelriede und die Schunter. Es ist nun die Absicht, dieses Wasser für uns nutzbar zu machen, in der Weise, daß man nach Osten zu die jetzige Fassungsanlage erweitert, indem dort von 20 zu 20 m etwa 20 neue Brunnen angelegt werden.

Die Finanzcommission empfiehlt die Genehmigung der Vorlage in vollem Umfange.

Herr Baurath Thiem: W. H.! Ich erlaube mir, die hier soeben besprochene Angelegenheit noch einmal von anderen Standpunkten aus zu behandeln und werde

ich mich dabei zunächst auf den technisch-hydrologischen und sodann auf den rein wirtschaftlichen Standpunkt stellen.

Was den ersteren Standpunkt anbetrifft, so sind Sie dem Entwicklungsgange des neuen Wasserwerkes gefolgt und wissen, daß im Jahre 1897 die ersten Schritte dazu gethan wurden. Die erste Cardinalfrage für die zukünftige Entwicklung eines Wasserwerkes geht dahin, festzustellen, auf welche größte Wassermenge das Werk construirt werden soll. Da die Stadt Braunschweig schon im Besitze eines Wasserwerkes war, so bot die Zusammenstellung der Vorgänge in den verflossenen Zeiten eine ganz gute Handhabe, den Bedarf für die Zukunft zu schätzen, und wurde damals auf Grund solcher Schätzung unter Mitwirkung des Herrn Baurath Witgau beschlossen, dem neuen Werke eine tägliche Höchstleistung von 16000 cbm zu geben. Dieser Beschluß ist ausgeführt worden. Nun bitte ich aber, diese Bestimmung nicht wie einen starren, unbiegsamen und nicht dehnbaren Körper anzusehen; es handelt sich dabei vielmehr um eine Zahl, welche als ein projectives Maas dient, die aber nicht ausschließt, daß wochen- und monatelang die Leistung überschritten und vielleicht bis zu 20000 cbm gesteigert werden kann. Die Grundlage bildet also eine tägliche Wasserlieferung von 16000 cbm für die Stadt, und ist diese Zahl aus den Erfahrungen der Vergangenheit hervorgegangen. Im Allgemeinen ist die Zahl nicht hoch zu nennen. Heute nun haben wir in der Stadt schon einen Tagesverbrauch von 14700 cbm gehabt, so daß wir nur noch 1300 cbm von der höchsten Leistung des Werkes entfernt sind. Woher diese hohe Anspruchsnahme des Werkes kommen mag, ist mir nicht bekannt. Die Zahl von 14700 cbm giebt aber auch nicht ohne Weiteres die Ergiebigkeit der Wasserfassung, denn es sind außer dieser Wassermenge noch 1200 cbm in Form von Einspritzwasser für die Condensation der Fassung entnommen worden.

Das sind bei der Anlegung des Werkes die leitenden Gedanken gewesen. Die weitere Vorprüfung bestand darin, daß das betr. Feld daraufhin untersucht wurde, ob es diese 16000 cbm Wasser auch thatsächlich liefern könne. Das Feld ist nach den anerkannten Regeln der Hydrologie untersucht worden und hat sich als brauchbar und ergiebig herausgestellt. An diese Voruntersuchung schließen sich dann Deductionen, Rechnungen und Schlüsse, denen man, gegenüber solchen verwirklichten Naturerscheinungen, wie sie im Untergrunde vorliegen, eine absolute Gewißheit im Allgemeinen nicht beilegen kann. Um sich noch einen höheren Grad von Gewißheit zu verschaffen, schreitet man zum Betriebe eines Versuchsbrunnens, was auch hier geschehen ist. Dem Versuchsbrunnen sind während zweier Monate täglich 11000 cbm Wasser entnommen worden und ist die Einwirkung dieser Entnahme auf den Wasserspiegel der Umgebung festgestellt worden. Als Versuchsobject diente in der Hauptsache die jetzt bestehende Fassung, welche sich aus 20 Rohrbrunnen zusammensetzte. Es steht also auf Grund eines unmittelbaren

Experimentes, frei von jeder Deduction, jedem Schlusse und jeder Rechnung, fest, daß vor vier Jahren dem Untergrunde täglich 11 000 cbm Wasser entnommen wurden bei einer Senkung des Wasserspiegels um 3,86 m des natürlichen Wasserstandes. Als jetzt im Laufe des Betriebes dem Untergrunde dieselbe Menge Wasser wie damals entnommen wurde, betrug die Senkung in den Brunnen 1—1,5 m mehr als damals. Es stehen sich also zwei Experimente einander gegenüber: das Experiment des Versuchs und dasjenige des Betriebes, und beide vollzogen sich an demselben Versuchsobjecte. Sie geben also bei Entnahme derselben Wassermenge von 11 000 cbm sehr verschiedene, stark von einander abweichende Senkungen des Wasserstandes. Zwischen diesen beiden Experimenten liegen weder Denk- noch Rechenfehler: es stehen sich eben zwei Thatfachen im unvermittelten Gegensatze gegenüber. Wo die Ursachen der Abweichung liegen, kann ich noch nicht sagen; sie sind aber einmal vorhanden und es wird sich hier wohl auch erfüllen, daß ich erst später zu deren Erkenntniß komme. Zur Zeit handelt es sich auch nicht darum, diesen Ursachen nachzuforschen, sondern man muß sich mit der letzten experimentiellen Thatfache abfinden und muß Mittel und Wege finden, den Mangel abzustellen. Jeder vorsichtige Hydrologe wird, wenn sein Feld eben ergiebig genug ist, darauf bedacht sein, sich eine genügende Reserve zu verschaffen. Wenn sich nun bei den Voruntersuchungen herausgestellt haben würde, daß das Feld beim Dowesee außer den 16 000 cbm nicht noch namhafte Zuschüsse an Wasser liefern könnte, so würde ich Ihnen gerathen haben, das Feld fallen zu lassen; ich habe aber dennoch vorgeschlagen, das Terrain zu nehmen und habe dort überall für Reserven gesorgt, welche Sie in die Lage setzen können, das Feld in noch ausgiebigerer Weise auszunutzen, als es bis dahin geplant war.

Um allgemeinverständlich zu bleiben, kann ich hier nicht auf die Feinheiten einer hydrologischen Darstellung eingehen, sondern ich muß versuchen, in gemeinverständlicher Weise eine kurze Beschreibung der Wasserverhältnisse zu geben. Da Ihnen die Gegend, in der sich das Wasserwerk, der Dowesee, die Mittelriede und die Wabe befinden, bekannt ist, so werden Sie mit Hilfe dieser Ortskenntniß im Stande sein, sich ein klares Bild der dortigen Zustände zu zeichnen. Dem natürlichen Zustande des Grundwassers entspricht dort folgendes Verhalten: Es entwickelt sich ein Grundwasserstrom in der Richtung von Süden nach Norden. Außerdem befindet sich am rechten Ufer der Wabe ein Grundwasserstrom, der gegen die Wabe zu gerichtet ist. Diese beiden Stromrichtungen stehen also ziemlich senkrecht gegen einander. Das Wasser, welches sich am rechten Ufer der Wabe befindet, wird von dieser aufgenommen; zwischen Wabe und Mittelriede zieht sich ein Grundwasserstrom hin, der rechts und links seine Wasser ebenfalls nach beiden Flußläufen hin abgibt. Auch auf dem linken Ufer der Mittelriede mündet Grundwasser in diesen Flußlauf ein. Die Ergiebigkeit der Mittelriede habe ich an ver-

schiedenen, 600—700 m von einander entfernten Punkten durch Messungen bestimmt und habe dabei gefunden, daß dieselbe einen Zufluß von $70 \text{ sl} = 6000 \text{ cbm}$ Grundwasser täglich erhält. Als der Versuchsbrunnen bewirthschaftet wurde, stellte sich heraus, daß seine Wirkung nicht so weit reichte, die Grundwasser, welche vom linken Ufer der Mittelriede in diese strömen, abzuschneiden und sich dienstbar zu machen: ein Theil des Grundwassers strömt immer noch in die Mittelriede und hat sich dieser Zustand bis vor wenigen Tagen auch noch nicht geändert. Es ist also trotz der großen Senkung in der Fassung nicht gelungen, das gesamte Grundwasser abzufangen, und sind die dort fließenden großen Wassermengen die Reserven für die Stadt. Da Braunschweig sehr bald einen Verbrauch von 17 000—18 000 cbm Wasser pro Tag haben wird, so muß darnach gestrebt werden, diese unbenutzt fortfließenden Wasser in den Bereich der Fassung zu ziehen. Es wird dann auch möglich sein, nicht allein die Grundwasser, welche am linken Ufer der Mittelriede in den Wasserlauf eintreten, in den Fassungsbereich zu ziehen, sondern auch diejenigen, welche auf dem rechten Ufer der Wabe in diese eintreten. Ich muß mich dagegen verwahren, als ob das Wasser aus der Wabe und der Mittelriede mit einbezogen werden sollte; es sollen vielmehr die Grundwasser nur verhindert werden, in diese Flußläufe einzutreten.

Wenn man je zwischen zwei Rohrbrunnen der bestehenden Fassung noch einen Brunnen einschalten würde, so erhielte man ebenfalls noch einen erheblichen Zuwachs an Wasser, der indessen nicht hinreichte.

— Redner zeigt an den ausgehängten Zeichnungen die Bewegung der Grundwasserläufe. —

Ich will also die Grundwasser fassen und verwenden, welche zur Speisung der beiden genannten Wasserläufe dienen. Das vollzieht sich am einfachsten dadurch, daß nach beiden Richtungen hin eine Erweiterung der Wasserfassung eintritt, und ich denke, mit diesen Maßnahmen auf eine tägliche Wassermenge von 20 000 bis 22 000 cbm zu kommen.

Durch die Erweiterung der Wasserfassung erwachsen Ihnen auch in anderer Beziehung nicht unerhebliche Vortheile: Sie haben einen Wasserturm von 2000 cbm Inhalt — größer pflegt man solchen Thurm nicht zu bauen, weil ein Thurm von beispielsweise 4000 cbm Inhalt mehr als doppelt so theuer sein würde, als zwei Thürme von je 2000 cbm Fassung. Nun ist aber der Inhalt des Thurmes nicht ausreichend, die täglichen Verbrauchschwankungen auszugleichen, denn zur Zeit des höchsten stündlichen Wasserverbrauchs muß trotz des Thurmes viel mehr Wasser gefördert werden, als der Durchschnitt beträgt. Früher mußten die Maschinen während der Zeit des höchsten stündlichen Verbrauchs ungefähr das Doppelte des Durchschnittsbedarfs des Tages liefern. Man braucht jetzt nur die Maschinen während der Zeit des höchsten Verbrauchs schneller laufen zu lassen

und kann dadurch den Zeitraum, in welchem der zweite Wasserturm gebaut werden muß, noch hinausschieben. Der Behälter des Wasserturmes muß mindestens ein Viertel oder ein Fünftel des höchsten Tagesverbrauchs fassen, welcher Fall ebenfalls vorgesehen ist. Durch Erweiterung der Wasserfassung läßt sich die Zeit hinauschieben, in der zur Vergrößerung des Inhalts des Wasserturmes geschritten werden muß.

Das Maschinengebäude ist auch nicht in die Mitte der jetzigen Fassung gesetzt, sondern an deren Ende und zwar in der sicheren Erwartung, daß der andere Flügel der Wasserfassung sehr bald ausgebaut werden würde; auch sind in dem Sammelbrunnen die Rohre, Stützen zc. hierfür ebenfalls schon vorgesehen und eingebaut. Hieraus geht hervor, daß die Vergrößerung der Fassung von vornherein ins Auge gefaßt worden ist; nur ist die Zeit, innerhalb welcher sie nöthig wurde, etwas schneller gekommen, als sich ursprünglich annehmen ließ.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich dann noch den wirthschaftlichen Standpunkt berühren. Wenn wir die Kenntniß, welche wir heute von den Wasserverhältnissen haben, schon vor vier Jahren gehabt hätten, so würde die Fassung gleich von vornherein in der Länge ausgeführt worden sein, wie sie jetzt im Wege der Erweiterung ausgeführt werden soll. Die Ausführung während des Baues wäre aber nicht so billig gewesen, wie jetzt, und zwar aus folgenden Gründen: Das ganze Terrain ist dort vollständig trocken gelegt und die Rohrlegung kann in einem trockenen Graben erfolgen, während sie sich früher in einem nassen Graben vollziehen mußte. Die ganze Rohrlegung ist jetzt überhaupt eine sehr leichte Sache, während sie zur Zeit des Baues mit einer sehr theuren Wasserhaltung hätte vollzogen werden müssen. Auch der etwas niedrigere Stand der Eisenpreise ist uns heute günstig. Also durch die jetzt geplante Erweiterung entsteht für die Stadt kein wirthschaftlicher Nachtheil, sondern nur ein Vortheil. Als ich das erste Leipziger Wasserwerk mit 30 000 cbm Tagesleistung erbaute, habe ich für die Wasserfassung auch einen zweiten Reserveflügel vorgesehen, der dann in 2½ Jahren dazukam. Sie sehen also, daß durch die Unterlassung des Baues vor zwei Jahren Ihnen irgend ein wirthschaftlicher Nachtheil nicht erwachsen ist, was zu betonen ich für ganz besonders wichtig hielt. (Beifall.)

Herr Ribbentrop: Ich möchte um Beantwortung einer Frage bitten. Es ist vorhin gesagt worden, wenn die Erweiterung nach der Mittelriede zu ausgeführt werden sollte, so würde der Wasserspiegel erheblich gesenkt werden. Bei dem jetzigen Wasserspiegel fließt nun das Wasser in die Mittelriede hinein, warum soll demnächst nicht das Wasser aus der Mittelriede in unsere Brunnen hineinkommen? Die entgegengesetzte Ansicht würde doch einem unumstößlichen Naturgesetze widersprechen.

Herr Baurath Thiem: Jetzt tritt Grundwasser in die Mittelriede, welches keinen Schlamm und Schmutz mit sich führt, folglich werden auch die Eintritts-

flächen nicht verstopft. Sinkt das Grundwasser bis unter den Spiegel der Riede, so wird vielleicht im Anfange etwas Flußwasser in den Untergrund treten, jedoch wird dieser Vorgang nur ganz kurze Zeit, bei den vorliegenden Untergrundsverhältnissen kaum einige Wochen, dauern, weil dann durch die Schlamm Massen die Poren verstopft sein werden, die den Austritt des Wassers aus dem Flußbette vermitteln. Man läßt in einem Wasserwerke mit künstlicher Filtration ungefähr täglich durch 1 qm Filterfläche, unter Anwendung ziemlich hohen Druckes, 2 cbm Wasser filtriren; selbst diesen günstigen Umstand vorausgesetzt, würde das für eine Eintrittsfläche von 600 qm im Bett der Mittelriede in den ersten Tagen 1200 cbm ausmachen. Liegt trotzdem eine Besorgniß vor, dann steht nichts im Wege, das Bett der Mittelriede vollständig wasserdicht einzuschlämmen; ebenso wie sich ein künstliches Filter wasserdicht verschlämmt. In Leipzig ist z. B. ein Teich von mächtiger Ausdehnung durch Einschlämmung von Mergel ganz wasserdicht gemacht worden. Sollte nun aber bei der Gelegenheit wirklich etwas Wasser in die Fassung gerathen, so bitte ich, sich die Zustände zu vergegenwärtigen, wie sie noch vor einem Jahre hier waren. (Zustimmung.)

Herr Frühling: Wie Herr Baurath Thiem sagt, müssen wir mit den vorliegenden Thatfachen rechnen. Leider ist es bisher unaufgeklärt geblieben, wie es möglich gewesen ist, daß die bei den Proben erzielten Resultate so erheblich von den Resultaten abweichen, die sich jetzt ergeben haben; immerhin bleibt an der Sachlage selbst nichts zu ändern und wenn Herr Baurath Thiem noch herausfindet, woran das gelegen hat, so kann uns das auch nichts nützen, sondern wir müssen mit dem Umstande rechnen, daß wir zur Zeit nur so viel Wasser haben, wie wir augenblicklich gebrauchen. Bei den 14000 cbm wird aber der Bedarf nicht stehen bleiben, so daß wir unbedingt das Wasserwerk schon jetzt erweitern müssen. Die Erweiterung, wie sie hier vorgesehen ist, scheint mir aber nach technischen Grundsätzen vollständig zutreffend zu sein. Anders als Herr Baurath Thiem es vorschlägt, läßt sich nicht vorgehen. Man muß die Brunnenreihe, welche den Grundwasserstrom in senkrechter Richtung durchsetzt, annähernd auf die ganze Breite desselben ausdehnen. Wie viel sich der Wasserzufluß dadurch vermehren wird, läßt sich allerdings noch nicht bestimmen, jedoch wird auf diese Weise Alles erreicht, was sich überhaupt erreichen läßt; ich möchte deshalb die Ausführung nach den gemachten Vorschlägen unbedingt empfehlen. In Bezug auf die Bedenken des Herrn Nibbentrop, daß die Wasser aus der Riede oder der Wabe in die Wasserleitung eindringen würden, schließe ich mich der Ansicht des Herrn Baurath Thiem an. Diese Gefahr ist so gering, daß meiner Meinung nach kein großer Schaden entstehen kann, wenn sie wirklich eintreten sollte. Man braucht ja die letzten Brunnen nur so weit von der Mittelriede entfernt zu halten, daß dazwischen noch ein hinreichend großes natürliches Filterbett vorhanden bleibt. Ich würde aber

empfehlen, die Erweiterung nicht auf das vorgeschlagene Maß zu beschränken, sondern sie so groß zu machen, daß wir alles Wasser, was in dem Grundwasserströme dort fließt, auch wirklich bekommen, damit wir nicht nur mit einem Theile des dortigen Wassers wirthschaften, sondern Alles fassen, was dort vorhanden ist. Ich würde also dafür sein, die Brunnen in so großer Zahl auszuführen, wie es nur möglich ist. Außerdem möchte ich empfehlen, daß das zu Nebenzwecken verwendete Wasser — es sollen täglich zu Condensationszwecken 1200 cbm Wasser verbraucht werden, ein Quantum, mit dem man unter den jetzigen Verhältnissen rechnen muß — aus der Wabe oder der Schunter entnommen wird, um auf diese Weise die 1200 cbm zu ersparen. Wenn das noch geschieht, ist Alles gethan, was möglich ist und zwar auch in der zweckmäßigsten Weise. Der Anschauung des Herrn Baurath Thiem, daß die Erweiterung heute weniger kostet, als wenn sie gleich im Anfange vorgenommen wäre, muß ich zustimmen; die Kosten werden schon deshalb erheblich geringer, weil heute der Grundwasserspiegel so weit heruntergesenkt ist, daß im Trockenen gearbeitet werden kann. Ich kann also die Magistratsvorlage nur zur Annahme empfehlen.

Herr Blasius: Ich kann dem Vorschlage des Magistrates auch nur unbedingt zustimmen. Gleichzeitig möchte ich die Sache aber auch noch von einem anderen, nämlich dem hygienischen Standpunkte aus betrachten. In den ersten Tagen des April ging mir von der Direction der Wasserwerke ein Schreiben zu, nach welchem es für ausreichend erachtet wurde, wenn das Wasser nur noch ein Mal monatlich untersucht würde, wie das bei den übrigen Grundwasserversorgungen auch der Fall wäre. Mir schien es indessen wünschenswerth, ein derartiges Wasser dauernd, also täglich, zu controliren, zumal wir noch im Beginne des ganzen Betriebes sind. Ich habe daher die Untersuchungen zu meinem Vergnügen regelmäßig fortgesetzt und dabei sehr interessante Resultate erzielt. Anfangs war offenbar noch Leitungswasser aus der Oker in den Rohren, denn die Resultate waren nicht auffallend günstiger als früher, darauf wurden sie aber in bakterioskopischer Beziehung sehr günstig, während sie sich in den letzten Wochen, wo ein sehr intensiver Betrieb eingetreten ist, wieder verschlechtert haben. So z. B. haben sich am vorigen Montage sehr unangenehme Resultate ergeben. Auf eine streng wissenschaftliche Erörterung kann ich mich hier nicht einlassen. Dieses Grundwasser, welches wir dank den Vorschlägen des Herrn Baurath Thiem bekommen, ist ein wohlchmeckendes, angenehmes und gesundes Wasser, das durch eine natürliche Filtration gewonnen wird. Es ist nichts weiter, als ein natürlich-filtrirtes Wasser, das aus den atmosphärischen Niederschlägen her stammt und sich hier als Grundwasser ansammelt. Bis dahin nahmen wir Oberflächenwasser aus der Oker, filtrirten es künstlich und lieferten es den Einwohnern ins Haus. Es ist nun eine Thatsache, je stärker man filtrirt, desto weniger gut ist die Filtration; hieraus habe ich aber den Rückschluß gezogen,

daß durch eine starke Heranziehung von Wassermassen auch die natürliche Filtration des Wassers nicht mehr eine so gute gewesen ist, wie zu der Zeit, als weniger Wasser dem Boden entnommen wurde. Das ist eine Warnung, den Vorschlägen des Magistrates bei Zeiten nachzukommen und die Wasserentnahme zu erweitern, damit wir nicht durch einen zu starken Betrieb der Pumpen eine zu rasche natürliche Filtration hervorrufen und wir hierdurch unser Wasser vielleicht wieder verschlechtern. Ferner möchte ich rathen, doch nicht zu nahe an die Mittelriebe heranzugehen. Man thut gut, den öffentlichen Flußläufen möglichst fern zu bleiben, denn wenn es auch unwahrscheinlich ist, daß etwas durchsickert, so wissen wir andererseits doch auch nicht genau, was dort vorgeht; wir gehen also sicherer, wenn wir dem Flußlaufe fernbleiben, um nicht Verunreinigungen in unser Reinwasser-Bassin zu bekommen.

Herr Wolters: Unter den Vorzügen, welche für die Erweiterung der Wasserfassung sprechen, möchte ich auch folgenden hervorheben: Wenn die neue Wasserfassung erst mit in Benutzung genommen wird, so kann für den ganzen Betrieb eine geringere Leistung der Pumpen eintreten, wodurch sich an Betriebskosten sparen läßt. Herr Frühling hat nun angeregt, über den Beschluß der Deputation noch hinauszugehen, also noch mehr als 20 Brunnen anzulegen und möchte ich beantragen, auf dem anzufahenden Terrain gleich 30 Brunnen bis in die Nähe der Mittelriebe zu bauen.

Herr Rathe: Als Optimist bin ich in die Versammlung gegangen, aber hier durch die Ausführungen des Herrn Baurath Thiem zum Pessimisten geworden, was ich näher begründen will. Wie Herr Baurath Thiem schon richtig bemerkte, hat in den letzten Tagen eine riesige Wasserentnahme stattgefunden und liegt der Grund hierfür nicht nur in der großen Hitze der letzten Tage, sondern auch in dem Umstande, daß das Publicum, sobald es merkte, welch' vorzügliches Wasser durch die Leitung geliefert wurde, nun seinen ganzen Bedarf aus dieser deckte, während früher ein Theil desselben aus den in der Stadt vorhandenen Brunnen genommen wurde. Aus diesem Grunde wird der Verbrauch auch in Zukunft noch größer und steigender sein, und ist dieser Umstand leider bei der Schätzung des Wasserbedarfs der Stadt nicht in Rücksicht gezogen worden. Den weiteren Ausführungen des Herrn Baurath Thiem entnehme ich, daß das Vorrathsbassin des Wasserturmes 2000 cbm Wasser faßt und es nothwendig erscheint, stets wenigstens ein Viertel Tagesverbrauchs als Reserve in dem Thurme aufzubewahren. Nach meinem Dafürhalten ist deshalb die sofortige Erbauung eines zweiten Wasserturmes nöthig, um eine ausreichende Reserve an Wasser zu haben. Wenn wir die Pumpen den ganzen Tag ausnützen, während wir Nachts die Reserve schaffen sollen, so wird es nothwendig sein, nicht nur die Wasserfassung zu vergrößern, sondern auch, zur Vermeidung einer nochmaligen Verhandlung über diesen Punkt, baldigst einen

zweiten Wasserturm zu erbauen. Ich möchte deshalb den Magistrat ersucht sehen, nach dieser Richtung hin schleunigst Abhülfe zu schaffen.

Herr Frühling: Ich glaube, daß wir die Erbauung des zweiten Thurmes noch hinausschieben können, wenn wir die beantragten Brunnen bauen und wenn diese den erhofften Erfolg haben. In diesem Falle haben wir an Ort und Stelle ein größeres Reservoir, aus welchem wir mehr Wasser entnehmen können, als bei der jetzigen geringen Zahl von Brunnen. Die Nothwendigkeit des zweiten Hochreservoirs wird durch die Erweiterung der Brunnenanlage hinausgeschoben.

Herr Bürgermeister Netemeyer: Der Magistrat wird kaum in der Lage sein, festzustellen, ob 20 oder 30 Brunnen nöthig sind. Nach den bisher erzielten Resultaten reicht die Anlegung von 20 weiteren Brunnen aus, wenn es auch wohl wünschenswerth sein würde, die Anlage noch mehr zu erweitern. Jedenfalls wird der Magistrat keine Veranlassung haben, sich einem Beschlusse der Versammlung auf Anlegung einer größeren Anzahl Brunnen zu widersetzen.

Herr Schöttler: Ich möchte dringend bitten, bei dem Beschlusse der Deputation stehen zu bleiben. Es hat keinen Zweck, heute schon darüber hinauszugehen, weil wir zu jedem beliebigen Zeitpunkte eine Erweiterung der Anlage vornehmen können. Die Hauptsache ist, daß wir das Terrain haben; reichen dann die 20 Brunnen nicht aus, können wir jeden Tag beschließen, noch 10 weitere Brunnen daranzuhängen. Es hat keinen Werth, einen späteren Beschluß zu vermeiden und dem Magistrate schon heute noch 10 Brunnen aufzudrängen.

Herr Baurath Thiem: Die Empfehlung der 20 Brunnen datirt vom 15. Mai; inzwischen haben sich aber so merkwürdige Thatsachen vollzogen, daß ich auf dieser Zahl auch nicht bestehen bleiben möchte. Wenn Sie darüber hinausgehen wollen und eine offene Hand haben, so ist mir das sehr erwünscht, da ich meine Forderung auf ein wirthschaftliches Minimum eingeschränkt habe; wenn man als Begehrender kommt, steigert man das Maß der Gabe nicht allzu hoch.

Herr Ribbentrop: Nach der Aeußerung des Herrn Bürgermeisters Netemeyer muß ich erklären, daß wir vor einem der folgeschwersten Beschlüsse stehen. Fließt das Wasser in die Mittelriede ab, so möge man es momentan einmal absperrern und sehen, welchen Effect man damit erzielt. Daß ein Wasserzufluß aus der Mittelriede in die städtischen Brunnen bei niedrigerem Wasserpiegel derselben nicht erfolgen soll, widerspricht allen technischen Erfahrungen und Naturgesetzen. Was aus der Qualität unseres Wassers werden wird, wenn wir das Schmutzwasser der Mittelriede in unsere Brunnen erhalten, gebe ich Ihrer Erwägung anheim.

Herr Löschnigk: Nachdem hier solch' wichtiges Urtheil wie das des Herrn Baurath Thiem abgegeben worden ist, werden doch wohl alle Bedenken hinfällig. Derselbe hat ausgeführt, daß selbst große Flüsse sich selbst abdichten und dann sollte ein so kleines Flüsschen sich nicht abdichten lassen? Ich bitte daher die

Vorlage nur mit dem Antrage Wolters anzunehmen, alle anderen Nebenanträge aber abzulehnen.

Herr Südel: Ich möchte darauf aufmerksam machen, je mehr Brunnen wir anlegen, je weniger werden wir den Wasserspiegel der ganzen Anlage ungünstig beeinflussen. Da bei Vermehrung der Anzahl der Brunnen auch die Betriebskosten heruntergehen werden, so bitte ich, heute gleich die Anlage von 30 Brunnen zu beschließen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Bürgermeister Ketemeyer, Wolters und Rieke wird zur Abstimmung geschritten und die Magistratsvorlage mit dem Zusatzantrage Wolters angenommen.

II. Antrag Brückmann: Einführung hauswirthschaftlichen Unterrichts an den unteren Bürgerschulen.

Der in der Sitzung vom 20. März d. J. gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, durch die um drei Mitglieder zu verstärkende Schulcommission Untersuchungen anstellen zu lassen, ob hier für die ersten Mädchenklassen der unteren Bürgerschulen die Einführung eines obligatorischen hauswirthschaftlichen Unterrichts erwünscht und mit welchen Mitteln durchführbar ist.“

Wie Herr Blasius berichtet, ist dieser Antrag von der um drei Mitglieder verstärkten Schulcommission im Beisein des Herrn Schuldirector Scharfsmidt vorberathen worden. Ein obligatorischer hauswirthschaftlicher Unterricht wird schon in mehreren Städten Deutschlands seit einigen Jahrzehnten erstrebt, und hat sich derselbe auch als nothwendig erwiesen durch die ganze Entwicklung unserer socialen Verhältnisse. Wenn ein Arbeiter seiner Häuslichkeit nicht entfremdet werden soll, so ist es nothwendig, daß er ein behagliches Haus vorfindet, und daß die Hausfrau versteht, ihm sein Heim gemüthlich zu machen. In früheren Zeiten hatte die Hausfrau der arbeitenden Classen darin gewissermaßen eine Vorbildung, indem sie sich als Hausmädchen oder Köchin vermietete; seit dem Aufschwunge unserer Industrie kommt es aber sehr häufig vor, daß diese Mädchen direct von der Schule in die Fabriken gehen und dann überhaupt gar nicht lernen, wie ein Haushalt geführt werden muß. In manchen Fällen könnte wohl die Mutter der Tochter Anleitung in der Wirthschaftsführung geben, aber zum Theil versteht sie selbst nichts davon, zum Theil muß sie auch zum Erwerbe beitragen, und kann sich daher nicht um die Kinder kümmern. Eine solche hauswirthschaftliche Vorbildung durch öffentliche Einrichtungen ist daher als erwünscht, ja, in vielen Fällen als unbedingt nothwendig anzusehen.

Es giebt nun verschiedene Wege, wie sich solche Sache einleiten läßt. Man kann z. B. einen derartigen hauswirthschaftlichen Unterricht im Einzelhaushalt geben lassen, wie das in Lissa i. Pr. geschieht. Dort werden junge Mädchen bei geeigneten Hausfrauen aus dem Beamten- oder Handwerkerstande für einige Stunden des Vormittags oder für den ganzen Tag zur Erlernung des Haushalts untergebracht. Die Resultate sollen dort sehr gut sein, es fragt sich aber doch, ob eine solche Einrichtung sich auch für eine größere Stadt eignen würde.

Die zweite Art der Durchführung wäre eine hauswirthschaftliche Unterweisung in den Schulen, und können auch hier wieder zwei Wege eingeschlagen werden, nämlich einmal, besondere Haushaltungsschulen zu gründen. Ein solcher Versuch ist hier mehrfach von humanitären Vereinen gemacht worden, jedoch sind die Schulen sämmtlich nach kurzer Zeit wieder aufgelogen. Die andere Methode wäre die von Herrn Brückmann erwähnte, also den Unterricht in den Volksschulen zu ertheilen. Solche Einrichtung ist in vielen Städten des deutschen Vaterlandes getroffen, z. B. in Cassel, Marienburg, Eberswalde, Halle, Chemnitz, Hanau, Karlsruhe, Berlin, Königsberg, Leipzig, Posen. Auch in den Schulen kann wieder in zweierlei Weise vorgegangen werden, nämlich entweder im Rahmen des gewöhnlichen Unterrichts, indem z. B. im deutschen Unterrichte die entsprechenden Abschnitte berücksichtigt werden, wie: Wohnung, Staub, Feuer, Kohlen, Nahrungsmittel, Kleider, Nähmaschinen etc. Die andere Möglichkeit besteht darin, daß der Haushaltungsunterricht als besonderer Lehrgegenstand eingestellt wird, wie das z. B. in Schulitz geschieht. Dort werden bei wöchentlich 32 Stunden 2 Stunden Unterricht in der Haushaltungskunde gegeben, und erhalten die jungen Mädchen in einem vollständig als Küche eingerichteten Raume theoretischen und praktischen Unterricht.

Sie ergeben hieraus, daß die Frage eine brennende ist und in irgend einer Weise gelöst werden muß. Die verstärkte Schulcommission hat nun nach reiflicher Berathung Ihnen vorzuschlagen, Folgendes zu beschließen:

- „1) daß das Bedürfniß eines Haushaltungsunterrichtes absolut anzuerkennen sei,
- 2) den Magistrat zu ersuchen, Ermittlungen darüber anzustellen, ob und wie sich ein solcher Unterricht am besten ermöglichen läßt, insbesondere ob es möglich ist, denselben obligatorisch im Rahmen des Volksschulunterrichtes zu ertheilen.“

Da die Schulcommission diese Ermittlungen nicht anstellen kann, so muß der Magistrat darum ersucht werden. Herr Brückmann ist mit dieser Lösung einverstanden.

Herr Günther fürchtet, daß die Sache zu sehr in die Länge gezogen werde, da schon das Referat hierauf schließen lasse, indem dort gesagt sei, daß hier schon

verschiedene Versuche gescheitert seien. Der Antrag der Commission gehe eigentlich noch weiter, als der Antrag des Herrn Brückmann. Wollte man aber nicht mehr thun, als hier beantragt werde, so würde das zu nichts führen. Seiner Meinung nach bleibe nichts weiter übrig, als den Unterricht für die ersten Classen obligatorisch zu machen und ihn später in die Fortbildungsschule hinüberzupflanzen; denn in einem Jahre könne das ein Mädchen überhaupt nicht lernen. Die Mutter müsse vielfach mit auf Arbeit gehen und die älteren Mädchen hätten im Hause die kleineren Kinder zu beaufsichtigen, oder müßten selbst mitarbeiten. Es sei statistisch nachgewiesen, daß im Herzogthume Braunschweig 24 % der schulpflichtigen Kinder mitarbeiten und mitverdienen müßten. Den Unterricht nur für die unteren Bürgerschulen einführen zu wollen, sei nicht richtig, da den Kindern der mittleren Bürgerschulen und der höheren Mädchenschulen ebenso sehr damit gedient sei. Man wisse doch sehr wohl, daß gerade die Frauen aus den höheren Ständen vielfach gar nicht kochen können und daß man dort in nicht geringe Verlegenheit gerathe, wenn die Köchin einmal streike. Deshalb müsse man die Kochschule auch für diese Kreise einführen, und empfehle sich die Einführung eines allgemeinen obligatorischen Unterrichtes vielleicht bis zum 17. Lebensjahre. Auch würde es zweckmäßig sein, den Unterricht nicht erst in den Abendstunden stattfinden zu lassen, weil sonst die jungen Mädchen theilweise am Tage in die Fabrik und Abends in die Kochschule gehen müßten. Ein anderer Weg sei nicht möglich, als den Unterricht von Seiten der Schule obligatorisch einzuführen und zwar in einem besonderen für die Fortbildungsschule eingerichteten Gebäude. Die jetzige Mädchen-Fortbildungsschule könne als solche kaum bezeichnet werden, weil sie nur von etwa 50 Mädchen besucht werde. Die Frage, was mit den in der Kochschule zubereiteten Speisen angefangen werden solle, lasse sich leicht aus der Welt schaffen; denn man könne ja arme Kinder damit speisen. Da die Speisung armer Kinder in ihrer heutigen Ausdehnung nicht als ausreichend angesehen werden könne, so biete sich hier eine schöne Gelegenheit, auch in dieser Sache mehr zu thun. Für eine derartige allgemeine Fortbildungsschule, verbunden mit Kochschule, würde sich der Bauplatz am Augustthore ganz vorzüglich eignen. Indem er dem Antrage zustimme, ersuche er, denselben dahin zu erweitern, daß der Magistrat gleichzeitig ersucht werde, die Sache etwas zu beschleunigen.

Herr Nolte möchte bemerken, daß Herr Günther schon viel zu sehr auf Einzelheiten eingegangen sei. Der Antrag der Schulcommission bezwecke, die Nothwendigkeit solcher Schule zu betonen und eine Statistik zu beschaffen, um beurtheilen zu können, wie sich die Sache am besten ermöglichen lasse. Damit sei dieselbe aber vorläufig für die Versammlung erledigt.

Herr Blasius stimmt dieser Auffassung zu. Man habe hier nur das Bedürfnis anerkennen wollen, zumal noch große Bedenken gegen die Sache, nament-

lich in Lehrerkreisen beständen. Es müsse dem Magistrate überlassen bleiben, zunächst von verschiedenen Städten Berichte einzufordern und dann der Versammlung eine Vorlage zu machen.

Nachdem hierauf Herr G ü n t h e r seinen Antrag zurückgezogen hatte, wird der Antrag der Schulcommission von der Versammlung angenommen.

III. Antrag G ü n t h e r : Schaffung einer Einheitschule :c.

Der in der Sitzung am 27. März d. J. gestellte Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, seine Zustimmung zu geben, daß die mittlere und untere Bürgerschule in eine Einheitschule umgewandelt und für alle städtischen Schulen die Schulgeldfreiheit eingeführt werde, bei unentgeltlicher Gewährung aller Unterrichtsmittel.“

Auch dieser Antrag ist von der Schulcommission in Gemeinschaft mit Herrn Schuldirektor Schaarschmidt durchberathen worden, und berichtet Namens derselben Herr Blasius: Was zunächst die Geldfrage anlange, so würde die Stadt nach dem Etat für 1902/1903 eine Einbuße an Schulgeld erleiden in Höhe von 359 086 M., welche Summe sich auf rund 400 000 M. erhöhen würde, wenn man noch den Werth der Lehrmittel hinzunehmen müßte. Diese Ausgabe sei aber so hoch, daß man sie schwer würde verantworten können.

Was sodann die Einheitschule selbst anbetreffe, so müsse sich jede Schuleinrichtung nach den gegebenen häuslichen Verhältnissen der Eltern richten. Das ganze Unterrichtsverfahren, das Lernen der Kinder, sei von verschiedenen Momenten abhängig, und zwar zunächst von der Zeitdauer, welche das Kind in die Schule geschickt werden könne, und von der Regelmäßigkeit des Schulbesuchs; ferner von der Zeit und der Kraft, welche die Kinder auf ihre geistige Ausbildung verwenden können, und endlich auch von dem Umfange der Vorbereitung, welche die Kinder für den Eintritt in die Schule durch die Familie finden, also von der Kinderstube. Nach diesen drei Momenten müßten die Schuleinrichtungen aufgebaut werden. Da diese Momente aber in den verschiedenen Bevölkerungsschichten ganz und gar verschieden seien, so sei schon a priori eine Eintheilung der Schulen in mittlere und untere gegeben. Vom pädagogischen Standpunkte aus sei daher die Einheitschule zu verwerfen. Man müsse sich hierbei Folgendes klar machen: Wenn man die gesammte Einrichtung solcher Schule nach den besser gestellten Bürgerkindern einrichte, so ergeben sich daraus Forderungen an die Gesammtheit der Kinder, welchen die Kinder aus den ärmeren Volkschichten nicht zu entsprechen vermöchten, indem es diesen an Zeit, Platz und Licht zu den häuslichen Arbeiten mangle und auch der Schulbesuch zu wünschen übrig lassen würde. Hierunter dürften also

die ärmeren Kinder zu leiden haben. Wenn man aber die Schulen nach den ärmeren Kindern einrichten wollte, so könne die Bildung der besser gestellten Kinder nicht genügend gefördert werden und würden dieselben von der Schule abgehen, um anderweitig sich für ihren Beruf besser vorbereiten zu können. Nach den Mittheilungen des Herrn Schuldirector Schaarschmidt in der Commission habe man in Berlin solche Einheitschulen eingerichtet, jedoch seien die Resultate so schlecht gewesen und seien so wenige Kinder bis zur ersten Classe hinaufgerückt, daß man nach den hierüber vorliegenden statistischen Zahlen nicht wünschen möchte, hier jemals eine derartige Einrichtung zu erhalten.

Nach der Ansicht der Schulcommission sei die hiesige Eintheilung der Bürgerschulen ganz entschieden vorzuziehen, also: gegliederte städtische Bürgerschulen mit vollständig gleicher äußerer Herstellung der Schulgebäude, gleichen Lehrmitteln und gleich gutem Lehrermateriale, aber verschiedenen Lehrzielen in den unteren und den mittleren Bürgerschulen. Da hier auch noch die Möglichkeit gegeben sei, jederzeit aus einer unteren in eine mittlere Bürgerschule überzugehen, so empfehle es sich jedenfalls mehr, die weniger befähigten und die in ihren häuslichen Verhältnissen ungünstiger veranlagten Kinder von den Kindern mit besserer Kinderstube zu trennen, als sie gemeinsam zu unterrichten.

Aus allen diesen Gründen habe sich die Schulcommission der Ansicht des Herrn Schuldirector Schaarschmidt angeschlossen und beantrage, über den Antrag Günther zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Günther: Ueber das Schicksal des Antrages bin ich nicht im Zweifel gewesen, da derselbe einen solchen Sprung über die heutigen Verhältnisse hinwegmacht, daß es begreiflich erscheint, wenn die heutige bürgerliche Gesellschaft sich nicht gleich hineinfinden kann. Herr Schuldirector Schaarschmidt hat sich als Feind der Einheitschule gezeigt. Ich bedaure, daß derselbe nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, hier erschienen ist, besonders weil ich nachweisen werde, daß die Berliner Verhältnisse in der Commission ganz falsch vorgetragen sind. Bis jetzt hat sich der Staat zu den Schulen nicht so väterlich verhalten, wie es hätte geschehen müssen. Während man früher glaubte, den Arbeiter nur so weit ausbilden zu brauchen, daß er seine Arbeit verrichten konnte, hat sich diese Anschauung heute wesentlich geändert; auch der Fabrikant weiß, daß er recht intelligente Arbeiter am besten gebrauchen kann. Wir werden in dieser Beziehung auch noch weiter kommen. Die Eltern wissen heutzutage sehr wohl, daß ihre Kinder einen gewissen Grad von Bildung erreichen müssen. Deshalb kommen heute auch nicht mehr so viele Schulver säumnisse vor, wie früher. Wenn die Bürgerschaft in dieser Hinsicht meist recht gleichgültig ist, so liegt das bei der Arbeiterschaft anders. Sie sehen z. B. bei den Hochschulcursen, welche Mühe sich die Arbeiter gegeben haben, um ihre Bildung zu

erweitern. Die Arbeiterschaft will eben mehr Wissen und Bildung einheimfen und wird so lange treiben, bis ihre Forderung in Erfüllung geht.

Wenn der Herr Referent meint, die ärmeren Kinder würden unter der Einheitschule leiden, weil sie aus Mangel an Zeit dem Ziele nicht folgen könnten, so wollen wir ja gerade durch die Einheitschule erzwingen, daß bereits die heutige Gesellschaft die socialen Verhältnisse zu ändern sucht. Es könnte mir nun vorgeworfen werden, ich verstehe nichts vom Schulwesen; aber schon seit Langem stellen namhafte Pädagogen, wie Comenius, Diesterweg u. A., diese Forderung. Letzterer soll ja allerdings nach der Ansicht des Herrn Schuldirektor Schaarschmidt ein Revolutionär gewesen sein. Seitens des preußischen Ministeriums waren f. B. sogar die Kindergärten verboten, weil sie den communistischen Ideen Vorſchub leisten sollten.

In Halle a. S. hat eine Lehrerinnen-Versammlung stattgefunden, welche im Sinne der Einheitschule eine Resolution gefaßt hat. Auch der Schuldirektor Wahlrabe aus Halle, jedenfalls ein anderer Mann als unser Schuldirektor, hat für die Resolution gestimmt, welche lautet:

- „1. Der Capitalismus und die Verfeinerung der geistigen Cultur schaffen immer größere Schranken zwischen den Bürgern desselben Volkes.
2. Die socialen Reformbestrebungen werden ihr Ziel: Die Annäherung der einzelnen Volksschichten, leichter erreichen, wenn sie ein sicheres Fundament erhalten
 - a) in der gemeinsamen Erziehung des gesamten Volkes;
 - b) in der Freigabe der höheren Bildungsanstalten für begabte, aber unbemittelte Kinder.
3. Die politische Einheit des deutschen Volkes fordert einen inneren Ausbau durch die Einheitlichkeit des Bildungswesens.
4. Die von allen fremdsprachlichen Elementen freie deutsche Schule muß die Grundlage der gesamten Volksbildung werden.
5. Die höheren Schulen müssen durch stärkere Pflege der deutschen Literatur und Geschichte den Charakter nationaler Bildungsanstalten erhalten.
6. Durch kräftige Ausprägung seiner nationalen Eigenart kann das deutsche Volk noch besser seine Aufgaben im Weltverkehr der Völker erfüllen.
7. Der einheitliche Aufbau aller Bildungsanstalten fördert die Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft:
 - a) indem er die gleichzeitige Beobachtung der Kinder verschiedener socialer Schichten ermöglicht;

- b) indem er eine größere Einheitlichkeit der Lehrerbildung und eine Verbindung zwischen Volksschullehrern und wissenschaftlichen Lehrern herbeiführen muß;
- c) indem er die gemeinsame Erziehung der Geschlechter zur nothwendigen Folge hat.

8. Der Eintritt der Kinder aller Stände in die Volksschule kettet das Interesse des gesammten Volkes an dieselbe und sichert ihr die innere und äußere Ausgestaltung, welche ihrer Bedeutung entspricht."

Wenn die Kinder armer und reicher Leute auf derselben Schulbank sitzen, so muß das für beide Theile von einer guten Wirkung sein. Die armen Kinder werden vielleicht durch die reichen Kinder gehoben, und, soweit eine größere Ausbildung vorhanden ist, auch sittlich verbessert, während andererseits die Kinder der Reichen wieder an den Kindern der Armen erwärmt werden. Viele kennen die Armuth überhaupt nicht und zieht sich das bis in das Richterthum hinein, woraus die vielen unverständlichen Urtheile resultiren, die gefällt werden. Es ist vorgekommen, daß Kinder wegen geringen Diebstahls zu hohen Gefängnißstrafen verurtheilt wurden, was unter den heutigen Verhältnissen geradezu als eine Schande bezeichnet werden muß.

In Bezug auf die höheren Schulen bin ich der Meinung, daß auch vollständige Schulgeldfreiheit nöthig ist. Es giebt hochbegabte Kinder armer Eltern, welche die höhere Schule nur nicht besuchen können, weil ihnen die Mittel dazu fehlen, während andererseits unbegabte Kinder wohlhabender Eltern in den höheren Schulen Aufnahme finden und den Unterricht nur stören. Das würde geändert werden, wenn die Einheitlichkeit der Volksschule mit der Fortführung nach Oben und die Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs eingeführt würde. Bei der Lehrerschaft finden diese Einheitschulen großen Beifall. Die Sache liegt also anders, wie sich unser Schuldirector dazu gestellt hat, welcher meinte, die Einheitschule sei nur zum großen Schaden der Armen, welche in ihrem Fortschreiten gehindert würden. Wenn in der Commission gemeint ist, daß die Reichen sich den unentgeltlichen Unterricht für ihre Kinder nicht würden gefallen lassen, so will ich das dahingestellt sein lassen; die Reichen werden das ganz gern hinnehmen. Außerdem würde auch der Unterricht eigentlich nicht geschenkt, weil der Zuschuß in den höheren Steuern zum Ausdruck kommen würde. Wenn wir die Schulgeldfreiheit einführen, würden dadurch der Stadt allerdings große Lasten erwachsen, aber es bleibt dabei zu bedenken, daß dann nicht nur die Verheiratheten, welche mit Kindern gesegnet sind, die Kosten des allgemeinen Bildungswezens tragen müssen, sondern auch Diejenigen, welche weniger und welche gar keine Kinder haben, aber die Wohlthaten der allgemeinen Bildung mit genießen. Heute dagegen sollen nur Diejenigen die Kosten der Schule tragen, welche so schon schwere Lasten haben.

Nun komme ich zu der Berliner Einheitschule. Zunächst ist die Schule eigentlich gar keine Einheitschule, sondern eine Armenischule, neben welcher noch 53 Privatschulen für die Kinder der Reichen existiren. (Heiterkeit.) Wenn diese Schulen durch das Gesetz verboten würden, so können solche Zustände nicht kommen. Wir haben Zwangsschulen, in denen Jeder sein Kind unterrichten lassen muß; ich sehe daher nicht ein, wenn auf dem Gebiete der Religion ein solcher Zwang z. B. in Bezug auf die Dissidenten eingeführt wird, weshalb nicht auch Privatschulen untersagt werden sollen. Wenn Herr Schuldirektor Schaarschmidt meint, daß in Berlin viele Kinder vor Erreichung der ersten Classe abfallen, so liegen hier die Verhältnisse nicht besser, sofern man alle Umstände in Rücksicht zieht. — Redner sucht dieses an Zahlen nachzuweisen. — In Berlin hat man keine Hilfsschulen, sondern sämtliche Kinder, auch die schwachbegabten, besuchen dieselbe Schule. Gebrechliche Kinder werden dort auf städtische Kosten von Lehrern gegen geringe Entschädigung im Hause unterrichtet.

Die hier gegen die Einheitschule vorgebrachten Einwürfe halte ich nicht für stichhaltig, wenn die sociale Frage dabei eine maßgebende Rolle spielen soll. Die herrschende Gesellschaft müßte doch bald eingesehen haben, wie nothwendig es in ihrem eigenen Interesse ist, daß die Bildung so viel wie möglich gepflegt und das Wissen gesteigert wird. Wenn die bürgerliche Gesellschaft das aber nicht einsieht, nun so werden die Arbeiter nachschieben; es vergehen noch keine 10—15 Jahre und wir werden die Einheitschule haben. Es ist schon früher vielfach über Anträge von uns gelacht worden, und man hat doch dem Drucke schließlich nachgegeben und die gewünschten Zustände herbeiführen müssen.

Die Speisung armer Kinder müßte hier auch noch in größerem Umfange eingeführt werden, als bisher; in Berlin sind dafür ganze 10771 M. ausgegeben und bei uns werden dafür nur 1700 M. geopfert. Als ich vor einem Jahre den Wunsch aussprach, es möchte in dieser Beziehung vorgegangen werden, da antwortete Herr Bürgermeister Ketemeyer, es geschähe das schon; aber es ist doch recht kläglich, was geschieht, und ist man dabei noch dazu auf die private Wohlthätigkeit angewiesen. Wir werden das im Auge behalten und zu Beginn des Winters einen entsprechenden Antrag einbringen.

Aus den vorgebrachten Gründen bitte ich, den Antrag der Commission abzulehnen und meinen Antrag anzunehmen.

Auf dem Lehrerinnentage in Halle hat eine Lehrerin ihren Vortrag mit folgenden Worten geschlossen:

„Auf unsere Fahne sei geschrieben: die Pflege der Volksschule.
Der Worte sind genug gewechselt, nun endlich laßt uns Thaten sehen.
Gesagt sei hier, daß es nicht genügt, Wohlthaten zu thun. Damit

beseitige man keine Classengegenstände. Alle socialdenkenden Männer sollten für die Einheitschule mit aller Kraft eintreten und zur Beseitigung der Classengegenstände die Art am Baum anlegen. Und bietet sich ein Hinderniß, so sage man: Hic Rhodus, hic salta!"

Es mag nun Mancher vielleicht der Meinung sein, daß es sich dabei um revolutionäre Bestrebungen handle, oder es doch stark nach Socialdemokratie rieche. Daß das nicht der Fall ist, kann ich Ihnen aus einer Schrift des Dr. M. Lummert beweisen, der ebenfalls für die Einheitschule eintritt. Hiernach ist der Unterbau der sämtlichen Schulen bis zum 12. Lebensjahre die Einheitschule; vom 12. Jahre ab geht ein Theil nach der höheren lateinlosen Schule auf drei Jahre, ein anderer nach der Oberstufe der Knabengrundschule oder der Haushaltungsschule für Mädchen auf zwei Jahre, um dann einerseits nach den Gymnasien und Oberrealschulen, andererseits nach den beruflichen Fortbildungsschulen überzugehen. Den Schluß bildet auf der einen Seite der Besuch der Hochschulen, auf der anderen die Volkshochschule oder allgemeine Fortbildungsschule. Aus der Schrift möchte ich noch das Schlußwort vorlesen, damit Sie sehen, daß der Gedankengang des Verfassers, obwohl er dasselbe verlangt, wie wir, doch ein anderer ist, als bei uns. Das Schlußwort der Schrift lautet:

„Unter der Einwirkung der von uns gekennzeichneten Schuleinrichtungen wird die Jugend mit dem für den Lebenskampf erforderlichen Rüstzeuge ausgestattet: Sie gewinnt Liebe zur Arbeit, Liebe zum eigenen Herde und zu den Einrichtungen der Gemeinde und des Staates und gelangt, indem sie sich und die eigenen Volksgenossen mit anderen Völkern vergleicht, zu einem tieferen Verständniß des Weltbürgerthums, zu der Erkenntniß, daß die christliche Cultur alle gesitteten Nationen eint. Diese Erkenntniß aber wirft ihr strahlendes Licht auf die Botschaft des Heils, daß wir Alle in Christo Brüder und Schwestern sind. Von ihrem hohen, Alles überragenden Piedestal wird alsdann diese herrliche, göttliche Idee mit ihrem Glanze tiefer in die Menschenseelen dringen und fester darin wurzeln, um sich endlich zur That durchzuringen. Das ist unsere Hoffnung und Zuversicht.“

Eigentlich müßte ich nach dem Lesen dieser Schrift nicht für die Einheitschule eintreten, weil der Verfasser andere Hoffnungen daran knüpft, als wir, aber trotzdem verfolgt er dasselbe Ziel und stimmt mit unserer Ansicht überein. Wir wünschen also in erster Linie, daß Einheitschulen beschafft werden, daß das Volksschulwesen und das Bildungsweisen überhaupt anders ausgebaut werde als gegenwärtig, zum Heile der gesammten Menschheit.

Herr Bürgermeister Kete meyer möchte Herrn Schuldirector Schaarschmidt gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß er hier nicht anwesend sei. Ein städtischer Beamter habe an den Sitzungen nur theilzunehmen auf Anordnung des Magistrates. Da der Magistrat aber eine solche Anordnung nicht getroffen habe, so sei der Schuldirector weder verpflichtet, noch berechtigt gewesen, heute hier zu erscheinen.

Die Versammlung beschließt hierauf, über den Antrag Günther zur Tagesordnung überzugehen.

IV. Antrag Göcke und Gen.: Ausbau des Bültzenweges.

Ueber den in der Sitzung vom 24. April d. J. gestellten und begründeten Antrag berichtet Namens der Baucommission Herr Buchler: Die Commission habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß sich über den Antrag erst dann berathen lasse, wenn die Höhe der Kosten bekannt sei. Da bei dem Ausbau des Bültzenweges nicht nur Grund und Boden, sondern auch angrenzende Gebäude erworben werden müßten, so würde derselbe nicht billig sein. Ob man unter solchen Umständen die Anlieger werde zwingen können, die Kosten des Ausbaues zu tragen, könnte die Commission erst entscheiden, wenn sie einen Kostenanschlag gesehen haben werde. Die Baucommission empfehle daher, den Antrag dahin abzuändern, daß der Magistrat ersucht werde, der Versammlung einen Kostenanschlag vorzulegen.

Herr Göcke kann sich mit dieser Erledigung seines Antrages nicht befreunden, da er die Ausführung des Straßenbaues nicht fördern werde. Vor Jahren sei der Ausbau schon einmal in den Etat aufgenommen, aber nicht ausgeführt, und heute wolle man die Sache wieder verzögern. Die genaue Höhe der Kosten werde man durch den Anschlag auch nicht kennen lernen, weil diese sich erst nach Beendigung des Ausbaues herausstellen. Da eine Dringlichkeit vorliege, so bitte er, den Ausbau schon heute zu beschließen, und nicht erst die zwecklose Kostenaufstellung abzuwarten. Den Antrag der Commission würde er nur im Falle der Ablehnung seines Antrages unterstützen können.

Herr Meyerhoff: Unter den Straßenprojecten finde sich immer einmal ein Stiefkind des Magistrates vor. Früher hätte man den Ausbau des Bültzenweges unter Dach und Fach bringen wollen und jetzt sei es mit einem Male nicht nöthig. Man habe sich doch sonst nicht gescheut, eine offene Hand zu haben, aber ihm scheine der Bültzenweg in der Beziehung Stiefkind zu sein, daß man die Kosten für unerschwinglich hoch halte. Den oberen Theil des Bültzenweges habe man seiner Zeit doch ebenfalls ausgebaut, obwohl es den Bauenden auch schwer geworden sei, die Kosten zu tragen, und was auf dem einen Theile der Straße möglich sei, müßte sich doch auch auf dem anderen Theile ermöglichen lassen. Uebrigens wisse er gar nicht, daß dort noch ein Haus beseitigt werden müsse. Seines Wissens schwebten

Unterhandlungen mit den betreffenden Anliegern, um die Ringstraße vom Hagengänge bis zur Göttingstraße auszubauen. Sollte dieses geschehen, könnte man den Bülttenweg nicht liegen lassen. Da außerdem ein großer Theil der Kosten schon jahrelang deponirt sein solle, so bitte er den Magistrat, den Bülttenweg so bald als möglich auszubauen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will sich dagegen verwahren, daß der Magistrat den Bülttenweg sich als Stiefkind ausgesucht habe. Im Jahre 1900 habe die städtische Bauverwaltung einen Kostenanschlag über den nördlichen Theil des Bülttenweges, nicht über die ganze Strecke, eingereicht, welches Project an das Stadtbaupamt zur gutachtlichen Aeußerung gesandt sei, und sollte hiernach das Haus des Hagengartens stehen bleiben. Das Stadtbaupamt habe es für angemessen erachtet, darüber nicht sofort Beschluß zu fassen und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Umgestaltung des Nordbahnhofes auch eine wesentliche Umgestaltung der benachbarten Straßenzüge zur Folge haben könnte, was auch eingetroffen sei. Aus diesem Grunde habe man die Sache also liegen lassen.

Herr Buchler möchte Herrn Meyerhoff gegenüber bemerken, daß die Baucommission keinen Grund gehabt habe, zu dem Ausbau des Bülttenweges schon jetzt Stellung zu nehmen, da die Höhe der Baukosten ihr noch nicht bekannt gewesen sei. Die Nothwendigkeit des Ausbaues erkenne sie ebenfalls an.

Herr Sander muß sich auch gegen den Antrag der Commission erklären, welcher für den Antrag Gölke nur ein ehrliches Begräbniß bedeute. Da die Nothwendigkeit des Ausbaues überall anerkannt werde, so verstehe er nicht, weshalb man so viel Rücksicht auf die Anlieger nehmen wolle, was doch sonst nicht geschehe. Er bitte den Antrag Gölke anzunehmen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann nicht finden, daß zwischen den beiden Anträgen ein so großer Unterschied sei. Bei Annahme beider Anträge müsse der Magistrat ein Project mit Kostenberechnung vorlegen, so daß es ziemlich gleichgültig sei, welcher Antrag angenommen werde.

Herr Meyerhoff möchte noch darauf hinweisen, daß das Trottoir um das Haus des Hagengartens herumgeführt werden könne, sofern dasselbe im Wege stehe und noch nicht beseitigt werden solle. Das Plagge'sche Haus an der Ecke des Steinweges sei ja auch noch einmal ausgebaut, obwohl es in die Baufluchtlinie hineinrage. Da nun auch die Schöninger Bahn fertiggestellt sei und sich in der Umgebung des Nordbahnhofes nichts mehr ändere, so brauche man hierauf jetzt nicht mehr zu warten, sondern könne mit dem Ausbau anfangen. Es empfehle sich deshalb, den Magistrat zu ersuchen, den Ausbau des Bülttenweges so rasch wie möglich in die Wege zu leiten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte erwähnen, daß er persönlich den Ausbau des Bülttenweges wünsche. Vor einer Stunde sei ihm der Bericht des Stadt-

bauamts hierüber zugegangen, in welchem bemerkt worden, daß die Sache so lange zurückgestellt sei, um den Ortsbauplan in der Nähe des Nordbahnhofes sich klären zu lassen. Dieser Ortsbauplan sei aber erst vor ganz kurzer Zeit vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigt worden. Der Hagengarten bilde übrigens keinen Hinderungsgrund für den Ausbau des Bültenweges.

Herr Göcke will nochmals um Annahme seines Antrages bitten, da auch Herr Bürgermeister Ketemeyer erklärt habe, für den Ausbau des Bültenweges zu sein.

Herr Rieke hat für den Antrag der Baucommission gestimmt, um dem Magistrat Gelegenheit zu geben, sich näher darüber zu informiren, ob den Ausbau nur ein Anlieger des Bültenweges wünsche, oder ob mehrere diesen Wunsch haben. Wenn das vorhergegangen sei, würde wohl Niemand in der Versammlung gegen den Ausbau sein. Bis jetzt habe man immer nur von dem Bauunternehmer Königsdorf gehört, daß er den Ausbau herbeifühne, was ihm ja Niemand übel nehmen könne, da er dort die meisten Häuser besitze; nun müßten aber auch noch die anderen, dort wohnenden kleinen Leute gefragt werden. Wenn das geschehen sei, könne der Magistrat die Kostenrechnung vorlegen. Uebrigens sei die Sache mit dem Hagengarten doch nicht so einfach, wenn man an das Grundstück des Felsenkellers an der Juliusstraße zurückdenke, bei dessen theilweiser Inanspruchnahme der Wirth jeden Cognac und jede Cigarre in Rechnung gestellt habe, die von ihm einmal verkauft worden seien. Die Baucommission habe also nicht einen ablehnenden Standpunkt eingenommen, sondern habe nur gewünscht, daß diese Erhebungen voraufgingen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Baucommission angenommen.

V. Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Altemwiefing und Rosenstraße.

Nach einem von der städtischen Baubewaltung vorgelegten Projecte über den für Rechnung des Bauunternehmers Welsche zu bewirkenden Ausbau der Verbindungsstraße zwischen dem Altemwiefing und der Rosenstraße sind die Grunderwerbskosten zu 24 000 M, die Baukosten zu 21 000 M und der voraussichtliche Beitrag der Anlieger zu 118,10 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden. Der Magistrat giebt anheim, das Project nebst Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen. Von der 14 m breit projectirten Straße sollen 8 m auf die Fahrbahn entfallen. Letztere beabsichtigt man auf haussirter Unterlage mit Kleinpflastersteinen abzupflastern, während die je 3 m breiten Fußwege mit einem Cementplattenbelage von je 1,5 m Breite versehen werden sollen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Buchler berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VI. Erwerb einer Fläche zu der unter V erwähnten Verbindungsstraße.

Zu dem beschlossenen Ausbau der im Ortsbauplane vorgesehenen Verbindungsstraße zwischen Altewiekring und Rosenstraße ist außer den bereits erworbenen Flächen noch eine 6,45 a große Fläche des der Feldmarksgemeinde Altewief gehörigen Grabens № 177 erforderlich und der Stadt aufzulassen. Dem Antrage des Magistrates, ihn zum Erwerbe dieser Grundfläche auf Kosten des Bauunternehmers Wesche zu einem Einheitspreise von 5 M zu ermächtigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Buchler berichtet, zu.

VII. Erwerb einer Fläche zur Eichthalstraße.

Die Actien-Spargelbau-Gesellschaft ist bereit, eine an der Eichthalstraße gelegene, 139 qm haltende Fläche, welche der Straße zuzulegen ist, schon jetzt an die Stadt zum Einheitspreise von 11 M abzutreten, und ersucht der Magistrat, diesem Grunderwerb zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, geschieht.

VIII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Einwohner Langkopf, Müller, Kubrecht, Berwohlt und Voh um Erlaß der Steuer für einen Wachhund werden abgelehnt und die Gesuche der Einwohner Hesse, Höppner, Kruse, Polhga und Rau um Erlaß der Steuer für einen Ziehund genehmigt. Dem Gesuche des Einwohners Welge um Erlaß der Steuer für einen zu Beginn des Finanzjahres verstorbenen Hund wird entsprochen.

Herr Müller möchte anfragen, ob es nicht angängig sei, die vielen Hundesteuer-Erlaßgesuche an eine Commission zur Vorberathung zu überweisen, damit die Versammlung nicht so viel Zeit darauf zu verwenden habe.

Herr Stadtrath Meyer will dazu bemerken, daß auch vom Magistrate anheimgegeben werden sollte, diese Sachen in anderer Weise vorzubereiten.

Der Herr Vorsitzende erklärt, die Anregung des Herrn Müller in der Statutencommission zur Besprechung bringen zu wollen.

IX. Erwerb von Flächen zur Salzdhumerstraße.

Von dem Grundstücke der Erben des Uhrmachers Lönniges soll eine etwa 49 qm große, theilweise bebaute Fläche erst später der Straße zugelegt werden.

Da indessen hierdurch auf jeder Seite des Grundstücks ein zurückspringender Winkel entstehen würde, so empfiehlt die städtische Bauverwaltung, an beiden Seiten des Hauses eine weitere Fläche des Grundstücks, unter Abschrägung der betreffenden Ecken, der Straße zuzulegen. Der Magistrat ist hiermit einverstanden und ersucht, dem stadtseitigen Erwerbe zweier, zusammen 12 qm haltender Flächen dieses Grundstücks zum Einheitspreise von 20 M zuzustimmen,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet, entspricht.

X. Plattenbelag vor weiteren Grundstücken der Helmstedterstraße.

Auf Antrag der betreffenden Anlieger ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß auf dem südlichen Fußwege der Helmstedterstraße vor den Grundstücken Nr. 97—101 ein Plattenbelag hergestellt werde. Von den hierdurch entstehenden, zu 725 M veranschlagten Kosten würden die Anlieger 550 M und die Stadt 175 M zu tragen haben. Auf 1 m Frontlänge entfallen 9,70 M Kosten für die Anlieger.

Die Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet, empfiehlt die Genehmigung des Antrages.

Herr Müller möchte wünschen, daß noch mehr Hausbesitzer dem Vorbilde der hier bezeichneten Anlieger folgten und die Belegung der Fußwege vor ihren Grundstücken beantragten. Vielleicht könnte der Magistrat die betreffenden Hausbesitzer auffordern, einen entsprechenden Antrag einzureichen. Letztere würden sich dabei gar nicht schlecht stehen, weil die Wohnungen dadurch nur an Miethwerth gewinnen könnten. Wenn einzelne Hausbesitzer nicht sofort zu zahlen vermöchten, könnte man ihnen ja nach Möglichkeit entgegenkommen. Jedenfalls mache es einen schlechten Eindruck, wenn auf einzelnen Straßen die Fußwege nur theilweise in Stand gesetzt seien. Hoffentlich finde der Magistrat einen Weg, diesen Uebelstand zu beseitigen.

Herr Wagner steht auf demselben Standpunkte. Aber nicht nur die Fußwege vor Privatgrundstücken, sondern auch die Fußwege auf den Promenaden bedürften der Aufbesserung. Man solle nicht immer so viel Rücksicht auf die Anlieger nehmen, wenn es sich um das Gemeinwohl handle.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XI. Baulichkeiten in der Schule am Südklinte.

Das Abortgebäude der Schule am Südklinte ist am 19. December v. Js. durch eine Brenngasexplosion erheblich beschädigt worden. Da die Landesbrandversicherungsanstalt für den entstandenen Schaden nur 1471 M vergütet hat, die

Wiederherstellungsarbeiten aber einen Gesamtaufwand von 1933,61 M erfordert haben, so beantragt der Magistrat, den Mehrbetrag von 462,61 M nachzuverwilligen. Die Ueberschreitung der Kosten ist zum Theil dadurch verursacht worden, daß die Wasserclosetanlagen sich nicht mit in der Versicherung befunden haben.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

XII. Gebühren für Benutzung der Freibank.

Nachdem das bei dem städtischen Schlachthause errichtete Freibankgebäude fertiggestellt und in Gebrauch genommen ist, erscheint es dem Magistrate angezeigt, für die Inanspruchnahme der Freibank eine Gebühr einzuführen und solche dem Schlachthause als Entgelt für die ihm durch die Einrichtung aufgebürdete Last zu überweisen. Die Schlachthausdeputation hat folgende Gebührensätze in Vorschlag gebracht:

- 1) Bei Inanspruchnahme der Freibank für ein Großthier 5 M, ein Schwein 2 M, ein Kalb 75 \mathcal{L} , ein Schaf 50 \mathcal{L} und für Rindfleisch 5 \mathcal{L} pro kg.
- 2) Bei Benutzung des Sterilisationsapparates für ein Großthier 3 M, ein Schwein 1,50 M, ein Kalb 50 \mathcal{L} und ein Schaf 30 \mathcal{L} .
- 3) Die Gebührensätze unter 1 werden doppelt erhoben für Thiere oder Fleisch von Thieren, welche nicht im hiesigen Schlachthause geschlachtet sind; die Gebührensätze unter 2 kommen auf die nach 1 zu zahlenden Gebühren in Anrechnung.

Dem Antrage des Magistrates, die Gebühren in dieser Höhe festzusetzen, stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, zu.

XIII. An- und Verkauf von Flächen an der Pestalozzistraße und Aufhebung eines Straßentheils.

Zu der westlichen, jetzt Pestalozzistraße genannten Theilstrecke der Wendemachstraße ist vom Richter'schen Grundstücke noch eine 1 qm haltende Fläche zu erwerben, während eine 9 qm große Fläche des alten Weges den angrenzenden Grundstücken zuzulegen ist. Der Magistrat hält einen Einheitspreis von 8 M in Ansehung dieser Flächen für angemessen, und giebt anheim, ihn zu ermächtigen, zu diesem Preise die erstere Fläche zu erwerben und die letztere zu veräußern. Außerdem wird ersucht, der Aufhebung der westlichen Theilstrecke der alten Wendemachstraße zuzustimmen.

Beide Anträge werden genehmigt, nachdem Herr Niese dieselben namens der Baucommission befürwortet hatte.

XIV. Beschaffung einer Centesimalwaage für das Rieselgut.

Die Fuhrwerks-Centesimalwaage des Rieselgutes Steinhof ist in einem derartig schlechten Zustande, daß zu einer Neuanschaffung geschritten werden muß. Vom Magistrate wird beantragt, von der Firma August Böhmer u. Co. in Magdeburg-Neustadt eine solche, mit sämmtlichen Neuerungen versehene Waage zum Preise von 1500 M. zu beschaffen.

Die Finanzcommission ist mit dem Antrage einverstanden, sie wünscht jedoch nach dem Berichte des Herrn Seele die Frage offen zu lassen, ob die Ausgabe auf das Extraordinarium oder auf das Conto des Rieselgutes zu buchen sei und die Entscheidung hierüber dem Magistrate mit der Finanzcommission zu überlassen.

Die Versammlung stimmt der Magistratsvorlage mit diesem Vorbehalt zu.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

XV. Weitere Beihilfe für den Männer-Turnverein.

Der Braunschweiger Männer-Turnverein hat gebeten, die ihm seit dem vorigen Jahre gewährte Beihilfe von 500 M. auf 1000 M. zu erhöhen, da es ihm sonst zu schwer würde, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Begründet wird die Bitte damit, daß die Turnvereine in anderen Städten erheblich höhere Zuschüsse erhielten, so z. B. in Leipzig 900 M., in Dresden 1500 M. etc. Der Magistrat giebt anheim, zuzustimmen, daß dem Männer-Turnverein, vorbehaltlich demnächstiger Entschließung über Erhöhung des demselben aus der Gammereicasse gewährten laufenden Beitrages, für das gegenwärtige Jahr eine Beihilfe von 500 M. aus dem Cassenvorrathe der Luise-Ottmer-Stiftung bewilligt werde.

Wie Herr Brückmann berichtet, ersucht die Finanzcommission, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Stegmann will nicht gegen den Antrag sprechen, sondern nur die Frage anregen, ob es nicht angebracht erscheine, auch die verschiedenen anderen Turnvereine zu unterstützen. So müsse z. B. die Turner-Brüderschaft an Miete für die Turnhalle 480 M. jährlich zahlen, was dem Vereine sehr schwer falle. Wenn derselbe auch noch kein Unterstützungsgeßuch gemacht habe, so wäre es doch angezeigt, etwas dafür zu thun.

Herr Hauswaldt ist der Ansicht, daß die Zuwendung für den Männer-Turnverein nur unter dem Gesichtspunkte gemacht werden könne, daß derselbe die Turnlehrer der übrigen Turnvereine des Herzogthums ausbilde und ihm hierdurch erhebliche Kosten erwachsen. Den anderen hiesigen Turnvereinen könnte deshalb seiner Ansicht nach aus städtischen Mitteln keine Beihilfe gewährt werden, da bei denselben ein öffentliches Interesse nicht vorliege.

Herr Nieß möchte auch noch erwähnen, daß der Männer-Turnverein in dem Besitze eines Grundstückes die Lasten selbst trage, welche jeder andere Turnverein in Folge der Benutzung eines fremden Grundstückes von sich abwälzen könne. Hierauf wird die Magistratsvorlage gutgeheißen.

XVI. Unterbringung und Benutzung des Krankentransportwagens.

Durch den diesjährigen Haushaltsplan ist von den städtischen Behörden unter Bereitstellung von 2000 M die Anschaffung eines Krankentransportwagens beschlossen worden. In Ausführung dieses Beschlusses steht der Magistrat im Begriffe, einen vom Hofwagenfabrikanten Rathe zu einem Krankentransportwagen umgebauten Wagen zu kaufen, welcher den von der Stadt billigerweise an einen Krankentransportwagen zu stellenden Anforderungen entspricht: er ist aus vorzüglichem Material gebaut, hat den sehr großen Vorzug der Leichtigkeit und der leichten Federung und ist bequem in der Benutzung. Der Wagen soll 850 M kosten und werden somit von den ausgeworfenen Mitteln 1150 M erspart werden.

Um den Wagen möglichst gegen die ungünstigen Einflüsse der Witterung zu schützen, scheint es dem Magistrat erwünscht, für denselben auf dem städtischen Grundstücke an der Taubenstraße einen Schuppen zu bauen, welcher nach überschläglicher Schätzung für 300 M zu beschaffen sein wird. Die Versammlung wird daher ersucht, sich mit der Errichtung dieses Schuppens einverstanden zu erklären und eine Summe bis zu 300 M zu bewilligen.

Gleichzeitig wird beantragt, zuzugenehmigen, daß für die Benutzung des Wagens, wenn und soweit derselbe nicht als Reserve-Unfallwagen gebraucht wird, eine Gebühr von 5 M pro Transport zur Erhebung gelangt.

Wie Herr Blasius berichtet, bringt die Statutencommission in Vorschlag, die Vorlage zu bewilligen, jedoch mit dem Zusage, daß im Falle vorliegenden Bedürfnisses die Gebühr von 5 M seitens des Magistrates ermäßigt, oder ganz erlassen werden könne.

Herr Peplics findet den Satz von 5 M sehr hoch, zumal ihn in den meisten Fällen die Krankencassen würden zahlen müssen. Wenn man berücksichtige, welche hohen Verpflegungsksätze im Krankenhause zu zahlen seien und wie hoch sich die Familienunterstützungen belaufen, dann könne man ermessen, wie sehr diese neue Zugabe ins Gewicht falle. Da anderwärts nur eine Gebühr von 3 M berechnet werde, so halte er diesen Satz auch hier für ausreichend, namentlich da sich der Wagen so billig habe beschaffen lassen. Er bitte deshalb die Vorlage mit dieser Aenderung anzunehmen.

Herr Stadtrath Meyer hält es für selbstverständlich, daß man über die Höhe solcher Gebühr verschiedener Meinung sein könne, und habe der Magistrat geglaubt,

daß durch die Gebühr wenigstens die Unkosten gedeckt werden müßten. Wenn der Borredner meine, daß nur die ärmere Bevölkerung den Wagen benutzen werde, so scheine ihm das eine irrige Ansicht zu sein, da z. B. den Unfallwagen gerade die Begüterteren unter Zahlung der Gebühr von 6 M. benutzt haben. Wenn man daher nicht wolle, daß Geld zugelegt werden solle, so empfehle er den Satz beizubehalten. Um der ärmeren Bevölkerung entgegen zu kommen, könnte ja vielleicht der Magistrat ermächtigt werden, eine Ermäßigung, oder den Fortfall des Satzes vorzunehmen. Uebrigens gebe es auch in den Krankenhäusern Wagen, welche von Personen gezogen würden und deren Benutzung sich billiger stelle.

Herr Blasius kann den Preis von 5 M. nur für sehr billig halten, soweit begüterte Einwohner in Frage kommen. Da nun außerdem beantragt sei, bei Bedürftigen eine Ermäßigung oder den Fortfall der Gebühr eintreten zu lassen, so sei eigentlich dem Wunsche des Herrn Peplies schon entsprochen worden.

Herr Sander hält den Platz an der Taubenstraße nicht für geeignet zur Unterbringung des Wagens, da derselbe mitten in die Stadt gehöre. Deshalb möchte er zur Erwägung anheimgeben, den Wagen vielleicht im Feuerwehrgebäude unterzubringen.

Herr Stadtrath Meyer möchte darauf erwidern, daß der Wagen deshalb nicht immer sofort zur Stelle zu sein brauche, weil er zum Transport von Kranken dienen solle, welche schon im Krankenhause oder in der Wohnung gelegen haben. Abgesehen davon, daß im Feuerwehrgebäude kein Platz für den Wagen vorhanden sei, sei auch der Magistrat der Ansicht, daß der Wagen gerade an der Taubenstraße am besten untergebracht sein werde. Sollte die Versammlung wünschen, daß den Krankencassen entgegengekommen werde, so empfehle er, den Magistrat zu ermächtigen, auch den Krankencassen eine Ermäßigung zu gewähren.

Herr Peplies möchte seinen Antrag dahin ändern, daß die Gebühr auf 5 M. festgesetzt werde, daß indessen die Krankencassen nur 3 M. zu zahlen haben. Selbst wenn etwas bei dem Wagen zugelegt werde, so sei das mit Rücksicht auf den guten Zweck nicht schlimm.

Herr Meyerhoff will noch zu bedenken anheimgeben, daß es doch richtiger sein würde, den Wagen in der Münzstraße unterzubringen, weil dann ein geschultes Begleitpersonal in den ausgebildeten Feuerwehrleuten gleich zur Hand sei. Jedenfalls müsse er es für verfehlt halten, wenn der Wagen bei dem Transport von Schwerkranken nur von dem Kutscher begleitet sei.

Herr Stadtrath Meyer muß diese Bedenken für unbegründet halten. Wenn Jemand die Stellung des Wagens beantrage, so müsse er sagen, was für Begleitpersonal er zu haben wünsche, und dann werde im Bedarfsfalle der Krankenkassen im städtischen Krankenhause durch das Telephon benachrichtigt, was sehr schnell gehe.

Die Magistratsvorlage wird sodann mit den Anträgen der Statutencommission und des Herrn Replies angenommen.

XVII. Erwerb von Flächen in der Nähe der Eichthalstraße.

Zur Anlegung der auf Kosten des Cementsteinfabrikanten Becker auszubauenden beiden Straßenzüge im Eichthale sind stadtseitig noch sechs, zusammen 6,73 a große Flächen zu erwerben. Hiervon will Herr Becker vier 5,79 a haltende Flächen der Stadt zu einem von dieser festzusetzenden Preise überlassen, während die beiden anderen, 94 qm großen Grabenflächen zum Einheitspreise von 7,50 M erworben sind. Den Antrag des Magistrates, ihn zum Ankauf dieser Flächen zu ermächtigen, befürwortet Herr Ebeling Namens der Baucommission.

Herr Sander ist von Anliegern der Maschstraße gebeten worden, anzufragen, ob die leidige Maschstraße noch in diesem Jahre ausgebaut werden würde. Es falle den Anliegern schwer, ihre Wohnungen zu vermietthen, wenn sie nicht erklären könnten, daß die Straße ausgebaut werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann diese Frage zu seinem Bedauern nicht bejahend beantworten. Es gebe im Enteignungsverfahren allzuvielen Rechtsbehelfe der Expropriaten; würden diese geltend gemacht, so könne das Verfahren leicht jahrelang dauern.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XVIII. Legung von Gas- und Wasserröhren in der verlängerten Voigts-Rheßstraße u.

Es ist in Aussicht genommen, folgende drei Straßentheile mit Gas- und Wasserröhren zu belegen: 1) die verlängerte Voigts-Rheßstraße zwischen der Rußbergstraße und den Gräben № 176/177; 2) die im Zuge des Grabens 177 anzulegende Straße und 3) die verlängerte Voigts-Rheßstraße bis zur Marienstraße. Die Kosten würden 2985 M + 2334 M + 2849 M, zusammen 8168 M betragen.

Dem Antrage des Magistrates auf Bewilligung dieser Kosten stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Sander den Antrag Namens der Finanzcommission befürwortet hatte.

XIX. Erwerb einer weiteren Fläche zum Cyriaksringle.

Zu der von der Dampfziegelei Weinberg auszubauenden Theilstrecke des Cyriaksringes ist noch eine 71 qm große Fläche des Interessentenschaftsgrabens der Feldmarksgemeinde Wilhelmthor erforderlich und an die Stadt abzutreten. Der

Magistrat ersucht, dem stadtseitigen Erwerbe dieser Fläche zum Einheitspreise von 9 M auf Kosten der Ziegelei zuzustimmen,
was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, geschieht.

XX. Theilortsbauplan für die Theaterpromenade.

Für die Westseite der Theaterpromenade wird anlässlich des Antrages eines Anliegers auf Gestattung der Errichtung eines Vorbaues ein neuer Theilortsbauplan vorgelegt, dessen Genehmigung der Magistrat anheimgiebt. Nach diesem Bauplan bleiben die dort vorhandenen Vorgärten in einer Breite von 1,55—1,94 m erhalten.

Der Antrag wird nach Befürwortung durch die Baucommission, für welche Herr Frühling berichtet, und nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Meyerhoff genehmigt.

XXI. Beschaffungen für das alte Gaswerk.

In der Gasanstalt, an der Bahnhofstraße sind zur Kühlung des Gases besondere Luftkühler vorhanden, welche in der kühleren Jahreszeit ihrer Aufgabe, das Gas bis auf Erdtemperatur, d. h. durchschnittlich 12° C. abzukühlen, genügen. In den Monaten Mai bis September erfährt jedoch das Gas durch die vorhandenen Einrichtungen nur eine unzulängliche Kühlung, und gelangt oft mit Temperaturen über 30° C. in das Rohrnetz. Die Folge davon ist, daß Condensationsproducte, die schon in der Fabrik hätten zur Ausscheidung gelangen müssen, erst im Rohrnetz sich bilden und dieses, sowie die Hausleitungen verengen. Um diesem Uebelstande abzuhelpen, wird die Beschaffung eines Wasserkühlers bewährter Construction erforderlich. Gleichzeitig wird die Aufstellung eines Naphthalinwäschers und, unter Beseitigung der vorhandenen vier alten Ammoniak-Hordenwäscher, eines Standardwäschers empfohlen. Die Versammlung wird daher ersucht, die Beschaffung dieser Einrichtungen, unter Bewilligung des anschlagsmäßigen Kostenaufwandes von 22 150 M, zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wolters berichtet, geschieht.

XXII. Anfrage Stegmann: Stellungnahme des Magistrates gegenüber dem Zimmererstreik.

Die Anfrage lautet:

„Ist es wahr, daß seitens der hiesigen Baugewerkeninnung ein Gesuch an den Magistrat, bezw. an den Herrn Oberbürgermeister

gerichtet worden ist, angesichts des Zimmererstreiks die Vergebung der Bauarbeiten des städtischen Museums um vier Wochen zu verschieben? Wenn ja, welche Antwort ist den Gesuchstellern erteilt worden?"

Zur Begründung führt Herr Stegmann aus, daß durch den Streik der Zimmerer mehrere hundert Bauhandwerker in Mitleidenschaft gezogen seien. Die Baugewerkeninnung solle sich nun mit einem Gesuche an den Magistrat gewendet haben, die Vergebung der Bauarbeiten zu dem städtischen Museum um etwa vier Wochen hinauszuschieben, weil sie hoffe, daß der Streik bis dahin beendet sei. Diesem Vorgehen liege die Absicht zu Grunde, daß nicht ein Theil der in Mitleidenschaft gezogenen Bauhandwerker bei dem Neubau Verwendung finde, sondern daß auch diese ohne Beschäftigung bleiben und einen Druck auf ihre Kollegen vom Zimmerergewerbe ausüben. Leider habe man schon im Herbst 1900 gesehen, als die Baugewerkeninnung die Aufnahme der Streikclausel in die Verträge wünschte, daß der Magistrat eine offenkundige Parteinahme für die Arbeitgeber bewiesen habe. Hoffentlich seien seine Befürchtungen in dem vorliegenden Falle unbegründet.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, er habe zufällig gehört, daß mündliche Verhandlungen mit dem Herrn Oberbürgermeister Pockels stattgefunden haben, jedoch sei ihm von einer schriftlichen Eingabe nichts bekannt.

XXIII. Antrag Günther: Erhöhung des Zuschusses für die Sommerpflegen.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, dem Magistrate die Ermächtigung zu erteilen, zur Sendung von Kindern in die Sommerfrische größere Mittel zu bewilligen“,

führt Herr Günther aus, daß die bis jetzt aufgewendeten Mittel zu beschränkt seien, um eine genügende Anzahl Kinder in die so wohlthätig wirkenden Sommerfrischen zu entsenden. Man dürfe auch nicht nur Kinder der unteren Bürgerschulen zulassen, da sich in den mittleren Bürgerschulen häufig genug Kinder vorfinden, welchen die Wohlthat der Sommerfrische ebenfalls theilhaftig werden könne. Es sei darnach zu streben, daß möglichst alle Kinder, welche kränklich und bedürftig seien, in die Sommerfrischen geschickt werden können. Wenn man daher den stadtseitigen Zuschuß auf 3000—4000 M bemessen wolle, könnte schon eine stattliche Anzahl Kinder der Wohlthat theilhaftig werden.

Nachdem ein Antrag auf sofortige Berathung abgelehnt worden war, wird der Antrag der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

**XXIV. Antrag Brückmann: Nichtverwendung der Bauplanke des Hoftheaters
zu Reclamezwecken.**

Den Antrag:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, an entsprechender Stelle seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Bauplanke des Theaterumbaues nicht für Anzeigezwecke vermiethet werde“, zieht Herr Brückmann nach kurzer Begründung zurück, nachdem der Herr Vorsitzende seine Bedenken hinsichtlich des Antrages geäußert und empfohlen hatte, nur in Bezug auf solche Sachen einzugreifen, wo den städtischen Behörden ein gewisser Einfluß zur Seite stehe.
Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

1902|1903.N 4.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 3. Juli 1902.

Tagesordnung:

- | | |
|--|----------|
| I. Aenderung des Ortsbauplanes bei der Roßstraße | Seite 73 |
| II. Anfrage Meherhoff: Ergiebigkeit des neuen Wasserwerkes | " 74 |
| III. Antrag Günther: Erhöhung des Zuschusses für die Sommerpölegen | " 75 |

I. Aenderung des Ortsbauplanes bei der Roßstraße.

Die Braunschweigische Mühlenbauanstalt Amme, Giesecke und Konegen hat gebeten, mit Rücksicht auf eine von ihr beabsichtigte Erweiterung ihrer an der Roßstraße gelegenen Fabrik, an der West- und Nordseite dieser Straße den Ortsbauplan zu ändern. Der Magistrat ist im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte und der städtischen Bauverwaltung der Ansicht, daß es unbedenklich erscheint, diesem Antrage stattzugeben und zwar derart, daß die im Ortsbauplane vorgesehenen Straßenzüge 310, 311 und 313 etwas verschoben werden. Die hierbei in Aussicht

genommene Verlegung des von der Hofstraße jenseits des Grundstückes *N* ass. 4754 abzweigenden Straßenzuges 313 in der Weise, daß künftig die Straße 311 direct in die Hofstraße ausmündet, kann als Verbesserung des bestehenden Ortsbauplanes angesehen werden. Gegenüber dem etwaigen Bedenken, daß bei Wahl des neuen Straßenzuges die Beseitigung des Hauses *N* ass. 4754 wird erforderlich werden, soll angeführt werden, daß die genannte Firma sich bereit erklärt hat, im Falle des Ausbaues des fraglichen Straßenzuges auf eine Vergütung für den Wegfall des Bauwerkes zu verzichten. Zu der Verlegung der Straße wird auch noch die Zustimmung der Gemeinde Lehdorf einzuholen sein. — Der Magistrat giebt anheim, der fraglichen Aenderung des Ortsbauplanes unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß wegen des Gebäudes *N* ass. 4754 ein Vertrag mit der Firma zu Stande kommt.

Der Gegenstand wird ohne vorhergegangene Commissionsberathung zur Besprechung gestellt.

Herr Lange fragt an, weshalb die neu projectirte Straße einen kleinen Bogen bekommen und nicht gerade ausgeführt werden solle.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, man habe sich in letzter Zeit mehr auf den Standpunkt gestellt, daß es durchaus nicht schön sei, ganz gerade Straßen zu haben, sondern daß etwas gekrümmte Straßen vorzuziehen seien. So z. B. werde die Adolfsstraße allgemein für eine wunderhübsche Straße gehalten, während gegen die Kaiser-Wilhelmstraße schon viele Bedenken laut geworden seien. (Zustimmung.)

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

II. Anfrage Meyerhoff: Ergiebigkeit des neuen Wasserwerkes.

Herr Meyerhoff: Ich möchte mir erlauben, folgende Angelegenheit in Form einer Anfrage an den Magistrat zur Besprechung zu bringen: Wir Alle wissen, daß durch die städtische Wasserleitung der Bürgerschaft jetzt nur reines Quellwasser von dem Wasserwerk am Domesee geliefert wird. Nun ist aber im Publicum die Ansicht sehr stark verbreitet, daß dieses Quellwasser noch mit Oserwasser gemischt werde. Obgleich dieses purer Unsinn ist, so wird solches Geschwätz doch geglaubt, namentlich wenn auch die Zeitungen das wiedergeben. So hat z. B. der „berühmte Pfeffertüchler“ im Stadtanzeiger, dessen Person ich allerdings nicht kenne, am Sonntag geschrieben: „Bekommen wir doch schon jetzt aus der Oser einen kleinen Zuschuß, der nach Bedarf immer stärker werden wird, und haben auf Beschwerde aus obrigkeitlichem Munde vernommen, man müsse sich damit trösten, daß des Lebens ungemischte Freude keinem Sterblichen zu Theil würde“. Von den verständigsten Leuten, selbst städtischen Beamten in angesehenen Stellungen, bin ich darüber interpellirt worden und habe denselben nur erwidern können: Gehen Sie nach dem Bürgerpark und sehen Sie sich dort um, ob Wasser in den

Filtern ist und ob die Maschinen überhaupt gehen! Es muß deshalb dazu gethan werden, das Gerücht zu bannen und hierdurch den Ausstreuern eine Warnung zu erteilen, damit sie ihren Mund halten in einer Sache, von der sie nichts verstehen.

Herr Bürgermeister Kietemeyer beantwortet die Anfrage wie folgt: Eine große Erklärung ist wohl kaum erforderlich, denn nachdem Herr Meyerhoff soeben die Unbegründetheit des Gerüchts schon nachgewiesen hat, darf ich mich darauf beschränken, zu erklären, daß seit dem Grünen Donnerstag das alte Wasserwerk im Eisenbahnpark außer Betrieb gesetzt wurde und seitdem keinen Tag wieder in Betrieb gesetzt worden ist. Wir haben auch gar keine Veranlassung gehabt, das Werk wieder in Gang zu bringen. In den Brunnen am Domesee ist der Beharrungszustand jetzt erreicht und ist dort noch so viel Wasser vorhanden, daß es Herr Director von Feilitzsch für unbedenklich erachtet, das große Quantum Wasser, welches zur Condensation des Dampfes verbraucht wird, noch weiter aus den Brunnen zu entnehmen, obgleich er ermächtigt wurde, diese Art des Betriebes zu ändern. Er erklärte, daß er genug Wasser hätte — obwohl der kürzlich beschlossene Erweiterungsbau noch gar nicht fertiggestellt ist — und er deshalb in der bisherigen Weise weiterarbeiten werde. Das ist aber der schlagendste Beweis dafür, daß von einem Wassermangel absolut keine Rede sein kann. (Lebhafte Zustimmung.)

III. Antrag Günther: Erhöhung des Zuschusses für die Sommerpflegen.

Herr Blasius giebt anheim, den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 70 des Berichtes — noch heute zu berathen, da es keinen Zweck habe, vielleicht nach den Ferien einen Betrag zu dem fraglichen Zwecke zu bewilligen.

— Die Versammlung ist hiermit einverstanden. —

Wie Herr Blasius weiter ausführt, sei der Antrag in der Statutencommission allerdings noch nicht vorberathen worden, jedoch habe Herr Schuldirector Schaar-
schmidt erklärt, daß mit einer Bewilligung von 300 M. den Hauptansprüchen, welche für kränkliche Kinder noch gestellt werden könnten, annähernd zu genügen sei. Aus diesem Grunde beantrage er, zu dem Zwecke 300 M. zu bewilligen.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 12³/₄ bis nach 1 Uhr.

1902/1903.Nr. 5.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. August 1902.

Tagesordnung:

I. Verkauf von Terrain an der vormaligen H. Hagenstraße	Seite 78
II. Erhebung einer Klage	" 79
III. Gewährung von Ruhelohn an kirchliche Unterbeamte etc.	" 79
IV. Aufhebung der Calandstiftung	" 79
V. Einsprache in Betreff der Höfenstraße	" 81
VI. Hundesteuer-Erlaßgesuch	" 81
VII. Instandsetzung der Friesenstraße	" 81
VIII. Erweiterung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung	" 82
IX. Ausbau von Straßenzügen bei der Weststraße	" 84
X. Terrainerwerb zu einer projectirten Straße bei der Friedrichstraße	" 85
XI. Einsprache in Betreff der Theaterpromenade	" 85
XII. Einverleibung der Moritzburg in den Stadtbezirk	" 86
XIII. Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben für die Dampfwalze	" 86
XIV. Terrainerwerb zum Anstadienring	" 87
XV. Verlegung und Neuerrichtung von Bedürfnisanstalten	" 87
XVI. Terrainerwerb an der Rodestraße etc.	" 88

XVII.	Terrainerwerb zu einer von der Bodestraße abzweigenden Straße. . . .	Seite 89
XVIII.	Canalisationarbeiten in der Bismarckstraße	" 89
XIX.	Erlaß von Beiträgen für die Armen- und Wegeverbesserungscasse	" 89
XX.	Dienstwohnung im Schlachthause	" 90
XXI.	Miethvertrag mit der Handwerksammer wegen des Huneborstel'schen Hauses	" 90
XXII.	Wahl einer gemischten Deputation zur Prüfung des Bahnhofprojectes	" 91
XXIII.	Erfassungswahl für die Finanzcommission	" 91
XXIV.	Bekrönung der Kaiser-Wilhelm-Brücke	" 92
XXV.	Enthüllungsfeste für die Kaiser-Wilhelm-Brücke	" 92
XXVI.	Anfrage Wollweber: Untersuchung des eingebrachten Fleisches.	" 94

~~~~~

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, von Frankenberg und Seele.

Entschuldigt die Herren Blasius, Bührmann, Frühling, Günther, Jüdel, Koch, Lupprian, Müller, Nieß, Nolte, Ohlmer und Wolters.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, und begrüßt zunächst den Maschinenfabrikanten Paul Schmidt als neues Mitglied der Versammlung. Herr Schmidt ist für den zum unbesoldeten Mitgliede des Magistrates gewählten Kaufmann Friedrich Seele von der 1. Wahlclasse des 3. Wahlbezirks zum Stadtverordneten gewählt worden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

## I. Verkauf von Terrain an der vormaligen kl. Hagenstraße.

Der Aufhebung der südlichen Theilstrecke der kl. Hagenstraße zwischen Berg- und Husarenstraße haben die Theileute Bischoff nur unter der Bedingung zugestimmt, daß ihnen in Ansehung der vor ihrem Grundstücke liegenden, zu 2,97 a berechneten Wegefläche und des zwischen dieser und der Ringstraße gelegenen, 1,73 a großen städtischen Grundstücks vom Magistrate ein Vorkaufsrecht eingeräumt werde. Auch sollten die genannten Theileute noch das Vorkaufsrecht bezüglich einer anderen 1 qm großen Fläche erhalten. Nachdem im April d. Js. die Aufhebung der kl. Hagenstraße erfolgt ist, haben die Theileute Bischoff nachgesucht, ihnen an Stelle der Einräumung des Vorkaufsrechts schon jetzt das betreffende Terrain zu einem bestimmten Preise und zwar das Wegeterrain zum Einheitspreise von 6 M und das übrige Terrain zum Einheitspreise von 10 M zu überlassen und den Kaufpreis bis auf Weiteres gegen Verzinsung zu 3 $\frac{1}{2}$  % zu stunden. Wenn auch der wirkliche Werth des Terrains erheblich höher sein dürfte, so bittet der Magistrat

doch, zu berücksichtigen, daß die Bebauung der betreffenden Flächen durch die Höhe der Straßenkosten, die für den Altewiekring mehr als 400 M für 1 m Frontlänge betragen werden, sehr erschwert wird. Deshalb hat der Magistrat keine Bedenken, die Versammlung zu ersuchen, dem Verkaufe der betreffenden Flächen an die Eheleute Bischoff unter den angegebenen Bedingungen die Zustimmung zu geben.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, stimmt auch die Versammlung der Vorlage zu.

## II. Erhebung einer Klage.

Bei dem Ausbau der Goslarischenstraße ist für das Grundstück A2. 19 innerhalb des Fußweges eine gepflasterte Einfahrt durch die städtische Bauverwaltung hergerichtet, wodurch Kosten im Betrage von 96,01 M erwachsen sind. Da der Kunstgärtner Löther als jetziger Besitzer des Grundstücks, ungeachtet seiner früher gemachten Zusage, diese Kosten trotz wiederholter Mahnung nicht gezahlt hat, so ersucht der Magistrat, ihn zur Erhebung der Klage gegen Löther zu ermächtigen, was auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, geschieht.

## III. Gewährung von Ruheohn an kirchliche Unterbeamte etc.

Das Kirchencassen-Collegium hat beschlossen, denjenigen Grundbesitzern, welche die hiesige Stadtverwaltung für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenen-Versorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt beschäftigten Personen eingeführt hat, auch auf die Personen Anwendung zu verschaffen, welche in ihrem Haupterwerbe den kirchlichen Verwaltungen gegen Lohn oder Gehalt, aber ohne Anspruch auf Pension, dienen. Als solche Bedienstete kommen in Betracht die Angestellten und die ständigen Arbeiter des Central-Friedhofes, sowie die Kirchenvoigte und die Todtengräber auf einigen der Einzelfriedhöfe. Dem Ersuchen des Magistrates, diesen Grundbesitzern zuzustimmen, entspricht die Versammlung, nachdem Herr Wolff den Antrag namens der Statutencommission befürwortet hatte.

## IV. Aufhebung der Calandstiftung.

Es ist in Anregung gebracht, die hiesige Calandstiftung aufzuheben. Die darüber mit den Betheiligten geführten Verhandlungen sind zu einer vom Herzöglichen Staatsministerium im Princip bereits genehmigten Vereinbarung geblieben, nach welcher die Calandstiftung aufgehoben und deren Vermögen, welches aus Werthpapieren im Nennwerthe von 30 600 M und einem Arariencapitale von 1531 M 19 S 4 L in alten Species besteht, wie folgt zur Vertheilung gebracht werden soll:

- 1) Rückzahlung der Schuld an die Catharinenkirche zu 1600 Mariengulden = 2740,75 M durch Ueberweisung von Werthpapieren im Nennwerthe von 2750 M;
- 2) Sicherstellung der Einnahmen der beiden Predigerstellen zu St. Catharinen mit jährlich 665,25 M und 208 M = 873,25 M durch Ueberweisung von Werthpapieren im Nennwerthe von 21950 M;
- 3) Für die drei Cooperatoren (Calandsbrüder) und den Kirchenvoigt, welche jährlich je 56 M und bezw. 16 M erhalten, werden Werthpapiere im Nennwerthe von 5260 M reservirt;
- 4) Für die beiden Stiftungen St. Elisabeth und St. Ant. und Christophori, die bisher eine jährliche Einnahme von 17 M hatten, sollen Werthpapiere im Nennwerthe von 500 M reservirt werden.

Die von dem Vermögen zu 30 600 M hiernach übrigbleibende Summe von 140 M, sowie die Zinsen des Merariencapitals von 144,39 M sollen die Gemeindepflegen von St. Catharinen und St. Pauli je zur Hälfte erhalten.

Mit Rücksicht auf die Verpflichtung der Stadtgemeinde, die Mittel zur Bestreitung derjenigen Ausgaben der verbundenen Stadtkirchen, zu deren Deckung die eigenen Einnahmen der letzteren nicht ausreichen, durch die Gemeinde-Kirchensteuer aufzubringen, wird die Zustimmung der Versammlung zu der vorerwähnten Vereinbarung insoweit für erforderlich erachtet, als es sich dabei um Sicherung solcher Forderungen und Bezüge handelt, die der Kirche zu St. Catharinen, bezw. den jeweiligen dortigen Geistlichen und dem derzeitigen Kirchenvoigte gegen die Stiftung zustehen. Da diese Forderungen und Bezüge durch die Vertheilungsberechnung voll gesichert werden, so giebt der Magistrat die Ertheilung der Zustimmung zur Aufhebung des Calands und zu der vorgeschlagenen Vertheilung dessen Vermögens anheim.

Namens der Statutencommission berichtet hierüber Herr Schöttler: Es handelt sich bei dieser Stiftung um eine aus dem Mittelalter stammende Einrichtung. Damals hatte sich eine Bruderschaft gebildet zu dem Zwecke, gemeinschaftliche Andachtsübungen abzuhalten, was dann auch während des ganzen Mittelalters bis zur Reformation geschehen ist. Die Betheiligten mußten gewisse Beiträge leisten, aus denen sich das vorhandene Vermögen gebildet hat. Die Einrichtung hat die Reformation wohl überdauert, ist dann aber sehr in Verfall gerathen und hat sich bis auf den heutigen Tag so hingeschleppt. Heute sind nun noch drei Calandherren vorhanden, welche am Sonntag Nachmittag in der Catharinenkirche zusammenkommen und einen Choral singen, oder wenn sie dazu keine Neigung haben, sich von einem Chorknaben den Gesang vorlesen lassen. Diese Einrichtung wird nicht mehr für zeitgemäß gehalten und haben die betheiligten Factoren sich entschlossen, dieselbe aufzuheben. Da bei der Vertheilung

des vorhandenen Capitals alle Rechte genügend gewahrt sind, so giebt die Statutencommission anheim, der Vorlage zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

#### V. Einsprache in Betreff der Höfenstraße.

Um den Wünschen der Wittve Busse entgegenzukommen, hat die Versammlung in der Sitzung vom 24. April d. Js. — Seite 23 des Berichts — genehmigt, daß die jetzige Höhenlage der Höfenstraße vor dem Busse'schen Grundstücke beibehalten werden solle. Gegen das wegen dieser Aenderung nochmals ausgelegte Project hat die Wittve Busse abermals Einsprache erhoben, die sich darauf stützt, daß, während jetzt die Außenkante der Straße durch eine tiefer liegende Rinne gebildet wird, künftig in Folge der höheren Lage des Fußweges die Außenkante dieses letzteren 7 cm über der nach dem letzten Projecte beizubehaltenden Höhe der Fahrbahnmittle und 20 cm über der jetzigen, in Wegfall kommenden Rinne liegen wird. Da zwischen der künftigen Straße und dem Busse'schen Grundstücke ein Streifen von 3 m Tiefe liegen bleibt, so läßt sich in diesem die geringe Höhendifferenz unschwer ausgleichen, so daß jede Schädigung des Busse'schen Grundstückes ausgeschlossen sein dürfte. Nach der Ansicht des Magistrates liegt kein Grund vor, das Project nochmals zu ändern; es wird deshalb beantragt, die Einsprache der Wittve Busse zu verwerfen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß, nachdem sich auch Herr Kiefe namens der Baucommission dafür ausgesprochen hatte.

#### VI. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Das Gesuch des Rangirmeisters Sagebiel um Erlaß der Steuer für einen Wachhund wird, wie in allen solchen Fällen, abgelehnt.

#### VII. Instandsetzung der Friesenstraße.

Für die Instandsetzung der Friesenstraße werden unter Vorlegung eines Projectes 33000 M gefordert, während im Haushaltsplane für das laufende Rechnungsjahr dafür 36000 M eingestellt sind. Von den 33000 M würden die Stadt 25000 M und die Anlieger 8000 M beizutragen haben. Der Unterschied zwischen dem Etatsansatz und der Veranschlagung rührt daher, daß für die Pflasterung der Fahrbahn Granitpflastersteine vorgeesehen sind, während bei der Ermittlung des Etatsansatzes erstklassiges Gabbropflaster in Aussicht genommen war. Da indessen mit einer gewissen Berechtigung angenommen werden kann, daß das Granitpflastermaterial für den in der Friesenstraße vorhandenen Verkehr eine



ausreichende Widerstandsfähigkeit hat, so wird empfohlen, dieses Pflaster zu wählen. Der Magistrat ersucht, das Project zu genehmigen und die veranschlagten Kosten zu bewilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Ebeling giebt die Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen. Mit Rücksicht auf die geringe Breite der Straße werde es sich wohl empfehlen, den Fahrverkehr später nach nur einer Richtung zu verlegen.

Herr Alßmann muß bedauern, daß die Straße nicht mit Asphalt belegt werden soll, da hierdurch das Geräusch in der schmalen Straße wesentlich vermindert und auch die Reinlichkeit gefördert werden würde.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

### VIII. Erweiterung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung.

Zur Erweiterung bezw. Verbesserung der Straßenbeleuchtung beabsichtigt der Magistrat 12 Candelaberlaternen, 5 Wandlaternen, 8 Petroleumlaternen neu aufzustellen, sowie 7 Laternen versehen zu lassen. Die anschlagsmäßigen Kosten betragen 2415 M. Von den 12 Candelaberlaternen sollen aufgestellt werden: 3 auf dem Platze an der Einmündung von Eberts- und Juliusstraße in die Frankfurterstraße, 1 an der Ecke von Kastanienallee und Altwiekring, 4 an der Campestraße und 4 an der Gliesmaroderstraße. Von den 4 Wandlaternen sollen die Wilhelmstraße 3 und die Straßen vor der Burg und Herrendorfschwette je 1 erhalten. Die 8 Dellaternen vertheilen sich auf den Hasenwinkel (3) und die Schillstraße, sowie die Lutterstraße.

Wegen der 4 Candelaberlaternen an der Gliesmaroderstraße wird die Verlängerung des Gasrohres erforderlich; es wird deshalb geplant, die Rohrverlegung bis zur Stadtgrenze an der nördlichen Seite der Gliesmaroderstraße auszudehnen. Es ist dort ein 72 m langes und 150 mm weites, sowie ein 150 m langes und 100 mm weites Eisenrohr zu verlegen, wofür 1720 M. gefordert werden. Der Magistrat giebt anheim, die erwähnten Anlagen zu genehmigen und die anschlagsmäßigen Kosten zu bewilligen.

Namens der Finanzcommission ersucht Herr Wagner, die Vorlage anzunehmen, da die Neuerungen und Veränderungen dringend wünschenswerth, ja sogar theilweise dringend nothwendig seien.

Herr Alßmann: Die Stadt wolle sich den Luxus erlauben, noch Dellampen aufzustellen, während die Nachbardörfer ihre Straßen schon elektrisch beleuchten. Man könne sich denn auch nicht wundern, daß hier und da ironische Bemerkungen fielen, die Stadt beabsichtige, die Dellaternen auf den Dörfern aufzulaufen. Er wisse auch nicht, was die Stadt veranlassen könne, jetzt noch Dellaternen aufzustellen, da sie doch ein elektrisches Lichtwerk habe. Deshalb bitte er, statt der Dellaternen elektrische Lampen zu nehmen. Wenn man vielleicht ein-

wende, daß es verkehrt sein würde, an jenen Stellen elektrisches Licht zu nehmen, während man in der Mitte der Stadt noch Gaslicht verwende, so erwidere er darauf, daß er es nicht für angängig halte, die ganze Gasbeleuchtung auf einmal fortzubringen, daß aber bei Neuanlagen stets elektrisches Licht genommen werden müsse, zumal dieses auch nicht viel theurer sein würde, als Gaslicht.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß es sich hier um nicht ausgebaute Straßen handle, welche noch keine Gasröhren hätten. Das Elektrizitätswerk würde sich wohl weigern, seine Drähte in so entfernte Gegenden zu ziehen, weil das viel Geld koste und der zu erzielende Nutzen gleich Null sein würde. Deshalb müsse man vorläufig bei den Petroleumlaternen stehen bleiben.

Herr Bues möchte bitten, an der Verlängerung der Salzdhumerstraße noch einige Dellaternen aufzustellen. Auf der rechten Seite des unbeleuchteten Theiles der Straße lägen noch eine Menge Häuser, auch sei der hinterliegende Lämmchen-teich ziemlich bevölkert und die dort vorhandenen Grandgruben böten bei Abendzeit eine so große Gefahr für die Passanten, daß eine Beleuchtung des Straßentheils, wenn auch nur durch Dellaternen, nothwendig erscheine. Er bitte deshalb, in das vorliegende Beleuchtungsprogramm noch 2—3 Dellaternen für die Salzdhumerstraße einzuschieben.

Herr Löschigk wünscht für die Gartenstraße und die Fuchstweie eine bessere Beleuchtung. Es treibe sich dort viel lichtscheues Gefindel umher, dem man durch Beleuchtung der Gegend entgegenreten müsse. Bei der mangelhaften Reinigung und Instandsetzung der wenigen dort vorhandenen Lampen sei die Beleuchtung gleich Null. Wenn ihm etwa entgegengehalten würde, daß dort nur wenig Leute wohnten, so müsse er darauf erwidern, daß dort eine ganze Reihe von Grundstücken während des ganzen Jahres bewohnt sei.

Herr Stadtrath Haake möchte bemerken, daß es bisher üblich gewesen sei, die in der Versammlung laut werdenden Wünsche dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen. Der Magistrat werde auch in diesem Falle die Anregungen prüfen und der Versammlung demnächst, im vorliegenden Falle wahrscheinlich aber erst im nächsten Frühjahr, eine Vorlage machen.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, das bisherige Verfahren auch in Zukunft beizubehalten, da nicht jeder Wunsch auf Anbringung einer Laterne zum Gegenstande einer Berathung und Beschlußfassung gemacht werden könne. Er nehme an, daß die vorgetragenen Wünsche dem Magistrate als Anregung dienen sollen. (Zustimmung)

Herr Lange will noch erwähnen, daß ihn eine größere Anzahl von Bewohnern der Frankfurterstraße zwischen der Lutherischen Fabrik und der Fabrikstraße gebeten habe, für eine bessere Beleuchtung des betr. Straßentheiles besorgt zu sein. Die Beleuchtung durch Petroleumlaternen erscheine ihm auch bei der großen Zahl von Arbeitern, welche die Straße zu passiren haben, vollständig

ungenügend zu sein und empfehle es sich vielleicht, wenn Gasbeleuchtung dort noch nicht angebracht werden könne, die Beleuchtung durch Spiritus-Flüßlicht einzurichten.

Herr Sander möchte auf Wunsch von Anliegern der Rudolfstraße bitten, auf der Südseite der Petristraße eine Gaslaterne anzubringen. Wenn auf der Seite auch nur wenige Häuser ständen, so bilde die Petristraße doch einen Hauptzugangsweg zu dem hinterliegenden neuen Stadtviertel und müßte deshalb angemessen beleuchtet werden.

Herr Stegmann ersucht, die Pestalozzistraße auch während des Neubaus der Häuser besser zu beleuchten, da dort in der Dunkelheit schon kleine Unfälle vorgekommen seien. Die Laternen seien bereits aufgestellt, würden aber noch nicht in Benutzung genommen.

Herr Wagner kann es nicht für angebracht halten, die hier vorgetragenen vielen Wünsche auf Besserung der Beleuchtung bis zum nächsten Jahre zu vertragen. Er gebe deshalb anheim, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung in kürzerer Frist noch eine Vorlage zu machen und darin die hier vorgetragenen Wünsche nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Herr Löschigt möchte sich diesem Wunsche anschließen, namentlich soweit es sich um Oellaternen handle, welche jederzeit in das Beleuchtungsnetz eingefügt werden könnten. Die Gartenstraße habe übrigens auch einen starken Durchgangsverkehr über die Wehrstraße in die Stadt hinein.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

#### IX. Ausbau von Straßenzügen bei der Weststraße.

In Veranlassung des auf Antrag der Braunschweigischen Baugenossenschaft in der Sitzung vom 19. December 1901 — Seite 273 des Berichtes — gefaßten Beschlusses ist der Ortsbauplan für die Gegend südlich der Weststraße festgestellt und auch nicht beanstandet worden. Vom Magistrat wird daraufhin ein Straßenbauproject nebst Kostenberechnung vorgelegt und dazu Folgendes bemerkt. Es sind veranschlagt worden:

- a. die Kosten des Ausbaues des 16 m breiten Behmweges zwischen der Weststraße und der Straße *N* 500 zu 8600 *M* und hiernach der Anliegerbeitrag zu 96,10 *M* für 1 m Frontlänge;
- b. die Baukosten der 14 m breiten Straße *N* 500 zu 29000 *M*;
- c. die Baukosten des 5 m breiten Verbindungsweges *N* 501 zwischen der Weststraße und der Straße *N* 500 zu 8900 *M*;
- d. die Kosten des Ausbaues der 18 m breiten Straße *N* 503 zu 16000 *M* und der Anliegerbeitrag zu 191,80 *M* für 1 m Frontlänge.

Die Kosten der unter b und c aufgeführten Straßen trägt die Braunschweigische Baugenossenschaft, ebenso die gesamten Kosten, welche durch den ober-

unterirdischen Ausbau der genannten Straßen und Wege erwachsen, mit Ausnahme der Kosten für das Gasrohr und die Straßenlaternen. Die vorerwähnte Strecke des Lehmweges, die östliche Hälfte der Straße N<sup>o</sup> 500 und der Verbindungsweg N<sup>o</sup> 501 sollen noch in diesem Jahre ausgebaut werden, während der Ausbau der übrigen Straßentheile erst später, je nach dem Fortschreiten der Verbauung, erfolgen wird.

Magistratsseitig wird anheimgegeben, der Erklärung der vorgedachten vier Straßenzüge zu Ortsstraßen zuzustimmen, die einzelnen Projecte nebst den Kosten- und Vertheilungsberechnungen zu genehmigen, sowie sich mit den Bedingungen, unter welchen der Straßenausbau erfolgen soll, einverstanden zu erklären und den unentgeltlichen Erwerb der zu den Straßenzügen N<sup>o</sup> 500 und 501 erforderlichen Flächen gutzuheissen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, wird die gesammte Vorlage angenommen.

#### X. Terrainerwerb zu einer proj. Straße bei der Friedrichstraße.

Zu einer von der Friedrichstraße abzweigenden projectirten Straße ist von dem Grundstücke des Kunstgärtners Wilhelm Kohlstock zunächst eine 58 qm große Fläche erforderlich, welche der Genannte schon jetzt an die Stadt abtreten will. Als Entschädigung ist ein Einheitspreis von 10 M mit der Maßgabe vereinbart worden, daß, wenn künftig für die übrigen zu der fraglichen Straße noch zu erwerbenden Privatflächen höhere Entschädigungen sollten gezahlt werden, auch dieses Terrain mit dem Durchschnittswerthe in Rechnung gestellt werden solle.

Dem Antrage des Magistrates, ihn zum Ankauf der betr. Fläche zu ermächtigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Ebeling berichtet, zu.

#### XI. Einsprache in Betreff der Theaterpromenade.

Der Tischlermeister Aug. Willens hat gegen den von den städtischen Behörden beschlossenen Theilortsbauplan für die Theaterpromenade — Seite 69 des Berichtes — Einsprache erhoben mit der Begründung, daß er beabsichtige, an seinem, Theaterpromenade N<sup>o</sup> 5 gelegenen, Grundstücke einen Vorbau in Form einer Veranda u. errichten zu lassen. Von dem Magistrate wird anheimgegeben, die Einsprache zu verwerfen, da die Absicht des Willens, einen Vorbau aufzuführen, die Stadt nicht wohl hindern könne, von der im öffentlichen Interesse erfolgten Anordnung von Vorgärten Abstand zu nehmen.

Nachdem auch Herr Buchler die Verwerfung der Einsprache namens der Baucommission befürwortet hatte, beschließt die Versammlung demgemäß.

## XII. Einverleibung der Moritzburg in den Stadtbezirk.

Bei den Verhandlungen über die Erweiterung des Stadtbezirks durch Zuglegung von Grundflächen der Gemeinde Riddagshausen wurde von der Versammlung in der Sitzung vom 20. März d. Js. angeregt, wenn möglich auch die Gastwirthschaft „Moritzburg“ der Stadt einzuverleiben. — Seite 387 des Berichtes. — Die Gemeinde Riddagshausen hat sich zur Abtretung dieses 52,92 a großen Grundstücks gegen Ersatz der ihr entgehenden Gemeindesteuern und Abgaben für öffentliche Tanzmusiken bereit erklärt und fordert als einmalige Entschädigung für die Abtretung den 25fachen Betrag dieser Einnahmen, welche im verflossenen Jahre 54 M an Gemeindesteuern und 172 M an Abgabe für Tanzmusiken betragen haben, mit 5650 M.

Wenn diese Forderung auch ziemlich hoch erscheint und zwar in Anbetracht des Umstandes, daß der Gemeinde Riddagshausen die Sorge für das entfernt liegende Grundstück abgenommen wird, so ersucht der Magistrat doch um Ertheilung der Zustimmung dazu, daß die Moritzburg, gegen Zahlung einer einmaligen Entschädigung von 5650 M an die Gemeinde Riddagshausen, dem Stadtbezirke einverleibt werde.

Nach dem Berichte des Herrn Hauswaldt empfiehlt die Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage, obwohl die Forderung der Gemeinde Riddagshausen als reichlich hoch zu erachten sei. Die Stadt werde finanziell wohl dabei herauskommen, wenn ihr auch nicht das ganze Tanzgeld zufließe und wenn auch anzunehmen sei, daß unter der Herrschaft der Herzoglichen Polizeidirection nicht mehr so oft getanzt werde, wie unter der liberalen Herrschaft des Gemeindevorstehers in Riddagshausen. Durch die Biersteuer werde der Stadt auch eine ganz hübsche Einnahme zufließen. Die hygienischen Verhältnisse der Wirthschaft seien sehr trostlos, indem eine Entwässerung und eine Wasserleitung nicht vorhanden seien, obwohl der städtische Canal und das Wasserrohr in unmittelbarer Nähe der Moritzburg liegen. Auch von diesem Standpunkte aus empfehle sich die Genehmigung der Vorlage.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

## XIII. Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben für die Dampfwalze.

Im Jahre 1890 ist eine Dampfwalze zu Lasten des außerordentlichen Etats der Cämmereicasse mit der Bestimmung angeschafft worden, daß der Lieferungspreis derselben aus den durch ihren Betrieb zu erzielenden Einkünften mit 4 % zu verzinsen und allmählig zu tilgen sei. Nachdem in derselben Weise hinsichtlich der Verzinsung und Tilgung der Kosten für einen im Jahre 1900 angeschafften Steinbahnbrecher als Zubehör der Walze verfahren worden ist, hat nunmehr nicht nur eine vollständige Abtragung der betreffenden Aufwendungen stattgefunden,

es ist vielmehr nach Abschluß der vorjährigen Rechnung ein Ueberschuß von 1110,<sup>38</sup> M dem Extraordinarium der Cämmereicasse verblieben. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß sich die Dampfwalze im Laufe der nächsten Jahre so weit abgenutzt haben wird, daß auf einen Ersatz derselben Bedacht genommen werden muß, und da es außerdem für manche Zwecke wünschenswerth ist, eine etwas leichtere Dampfwalze zur Verfügung zu haben, so kam in Frage, ob der aus dem Betriebe der Dampfwalze erzielte Ueberschuß für die Beschaffung einer zweiten Walze angesammelt, oder ob der Ueberschuß ohne Weiteres bei den ordentlichen Einnahmen verrechnet werden solle. Der Magistrat hat sich für das Letztere entschieden, und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Betrieb der Dampfwalze in der Folgezeit nicht mehr im Extraordinarium, sondern im Ordinarium der Cämmereicasse zur Verrechnung zu bringen und mit Rücksicht hierauf auch der aus der Rechnung für das laufende Jahr zu erwartende Ueberschuß an das Ordinarium abzuliefern sei. Alsdann dürften auch die Kosten der etwaigen Beschaffung einer neuen Walze dem Ordinarium zur Last zu legen sein, auch würden dorthin diejenigen Miethgelder abzuführen sein, welche für Venuhung der Walze zu Straßenneubauten zu zahlen sind. Die Versammlung wird ersucht, sich mit diesen Vorschlägen einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, geschieht.

#### XIV. Terrainerwerb zum Altstadtring.

Von dem Grundstücke des Schlossermeisters Küster ist noch eine 1 qm große Theilfläche an der Ecke des Madamenweges und des Altstadtringes zu erwerben. Dem Ersuchen des Magistrates, diesem Erwerbe unter Bewilligung des Preises von 12 M zuzustimmen,

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Ebeling den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

#### XV. Verlegung und Neuerrichtung von Bedürfnisanstalten.

Die bevorstehende Errichtung des Bugenhagen-Denkmal's auf dem Platze vor dem Westportale der Brüdernkirche macht eine Verlegung der an der Ecke jenes Platzes befindlichen Bedürfnisanstalt dringend wünschenswerth. Als geeigneten Platz für den Wiederaufbau hat der Magistrat im Einvernehmen mit den zuständigen anderen Behörden und Organen eine Stelle auf dem alten Zeughose in Auszichten genommen. Es empfiehlt sich jedoch nicht, hier die von dem Brüdernkirchplatze zu beseitigende große Anstalt wieder aufzubauen, sondern es wird beabsichtigt, dort ein kleines eisernes Häuschen mit drei Ständen aufzustellen, welches dem vorhandenen Bedürfnisse völlig genügt. Die Kosten dieser neuen Bedürfnisanstalt sind zu 1650 M veranschlagt worden.

Daß vom Brüdernkirchplatze zu beseitigende Häuschen ist nach der Ansicht des Magistrates am zweckmäßigsten auf dem Leonhardplatze wieder aufzubauen, und würden die Kosten des Abbruchs und Wiederaufbaues etwa 900 M betragen. Es wird ersucht, der Errichtung der beiden Bedürfnisanstalten zuzustimmen und die Kosten mit 2550 M zu verwilligen.

Wie Herr Kieke berichtet, ist in der Baucommission die Frage erwogen worden, ob sich auf dem Leonhardplatze nicht eine andere, passendere Stelle für die Anstalt finden lasse, jedoch habe man sich schließlich auf die vom Magistrate vorgeschlagene Stelle im Hinblick darauf geeinigt, daß solche Anstalt, sobald sie angelegt werden solle, jedem Anlieger im Wege stehe und es hauptsächlich erst einmal darauf ankomme, daß auf dem Platze überhaupt eine Anstalt errichtet werde. Die Baucommission gebe daher Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Sander ist der Ansicht, daß der Platz am alten Zeughofe durchaus ungeeignet sei, da dort die Anstalt Niemand finden werde. Er möchte deshalb anheimgen, einen anderen Platz für diese Anstalt auszuwählen. (Rufe: Vorschläge.)

Herr Bürgermeister Ketemeyer will anerkennen, daß die Anstalt jetzt einen geeigneteren Platz habe. Der Magistrat habe indessen einen besseren Platz nicht finden können und sei daher nicht im Stande, einen anderen Vorschlag zu machen. Wenn vielleicht die Baucommission noch einmal beauftragt werden sollte, nach einem anderen Platze zu suchen, so bitte er, wenigstens der Verlegung der Anstalt nach dem Leonhardplatze zuzustimmen.

Auf die Anfrage des Herrn Böschigt, ob diese Anstalt eine Wasserspülung oder eine Delzuführung erhalte, wird erwidert, daß letztere Art der Zuführung beabsichtigt werde.

Herr Beplies glaubt, daß die Anstalt auf dem alten Zeughofe von Niemand gefunden werde, wenn nicht an beiden Eingängen desselben Wegweiser angebracht würden.

Herr Meyerhoff möchte bitten, der Baucommission anheimzugeben, für die Anstalt Hintern Brüdern einen günstigeren Platz auszuwählen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird beschlossen, die Vorlage noch einmal an die Baucommission zurückzuverweisen, soweit es sich um die Anstalt am alten Zeughofe handelt, dagegen die Errichtung der Anstalt auf dem Leonhardplatze zu genehmigen.

## XVI. Terrainerwerb an der Bodestraße 1c.

Von den im Zuge der Bodestraße gelegenen Grabenflächen sind noch 18 qm zur Carlstraße und 11 qm zur Heinrichstraße zu erwerben. Der Magistrat ersucht um die Ermächtigung zum Erwerbe dieser Flächen für den Einheitspreis von 5 M. Einer Erwerbung verschiedener zu den Straßen erforderlichen Interessentenwege

bedarf es nach der Angabe des Magistrates nicht, weil der Stadt das Recht zustehen dürfte, dieselben ohne Weiteres zu Ortsstraßen auszubauen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Buchler berichtet, wird die Vorlage angenommen.

#### **XVII. Terrainerwerb zu einer von der Bodestraße abzweigenden Straße.**

Der Malermeister Schmiß hat von seinen an der Bodestraße gelegenen Grundstücken eine 239 qm große Fläche, welche zu einer von der Bodestraße abzweigenden projectirten Straße erforderlich ist, an die Stadtgemeinde abzutreten. Die Auffassung soll sofort erfolgen, und der nach Verhältniß der Preise der übrigen zu der fraglichen Straße zu erwerbenden Flächen demnächst von den städtischen Behörden festzusetzende Kaufpreis mit den Kosten der projectirten Straße verrechnet werden. Es wird anheimgegeben, den hierherhalb aufgenommenen Vertrag zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Kiefe den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

#### **XVIII. Canalisationsarbeiten in der Bismarckstraße.**

Der Fabrikbesitzer Bruno Lange hat als Eigenthümer des Grundstücks Bismarckstraße 13 darüber Klage geführt, daß bei starken Regengüssen die Abwässer des Canals der Bismarckstraße in die Keller seines und der übrigen Häuser dieser Straße eindringen, und hat gleichzeitig ersucht, dem Uebelstande abzuhelpfen. Nach dem Berichte der städtischen Bauverwaltung läßt sich der Uebelstand dadurch abstellen, daß Rückstauventile in die Hausentwässerungscanäle eingeschaltet werden; außerdem wird es erforderlich, den jetzt in der Bismarckstraße zwischen der Fasanen- und der Kaiser-Wilhelmstraße befindlichen 0,30 m weiten Thonröhrencanal gegen einen solchen von 0,50 m Lichtweite auszuwechseln, sowie den Ueberlauf dieses Canals zum Nothauslaß in der Kaiser-Wilhelmstraße etwas zu verbreitern. Dem Ersuchen des Magistrates, zur Ausführung dieser Arbeiten die Summe von 3000 M. zu verwilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Wagner, welcher für die Finanzcommission berichtet, zu.

#### **XIX. Erlaß von Beiträgen für die Armen- und Wegebetterungscaße.**

Das dem Braunschweiger Männerturnvereine gehörige, an der Gildenstraße gelegene Turnhallengrundstück ist bereits seit dem Jahre 1886 im Besitze des Vereins. Bei dem Erwerbe des Grundstücks war der Verein gezwungen, dasselbe auf den Namen einer Mittelsperson eintragen zu lassen, weil dem Vereine damals



die Rechtsfähigkeit fehlte. Nachdem diese jetzt erlangt ist, hat der Verein das Grundstück auf seinen Namen umschreiben lassen und soll nun eine Abgabe in Höhe von 105 M an die Armen- und Begebefferungscasse zahlen. Diese Auflage empfindet der Verein als eine Unbilligkeit, oder doch als eine Härte, weil solche Abgabe von ihm schon bei dem früheren Erwerbe des Grundstücks geleistet worden ist. Es wird deshalb gebeten, die jetzt geforderte Abgabe dem Vereine zu erlassen, welchem Antrage sich der Magistrat anschließt.

Nach Befürwortung des Antrages durch die Statutencommission, für welche Herr Brückmann berichtet, wird derselbe angenommen.

## XX. Dienstwohnung im Schlachthause.

Der erste Thierarzt im Schlachthause, Herr Meyer, hat gebeten, seine ihm zu klein gewordene Dienstwohnung entweder durch Hinzulegung eines Raumes der angrenzenden Dienstwohnung des Hallenaufsehers Fricke zu vergrößern, oder ihm unter gleichzeitiger Bewilligung einer Miethsentschädigung die Vermiethung einer anderen Wohnung zu gestatten. Da sich die Gelegenheit bietet, den neu angenommenen dritten Thierarzt auf diese Dienstwohnung zu verpflichten, so wird beantragt, den Thierarzt Meyer aus der Wohnung zu entlassen und ihm als Miethsentschädigung die ihm bisher für die Wohnung vom Baargehalte abgezogenen 600 M zu gewähren. Der Magistrat ersucht, diese Aenderung gutzuheißen und den dadurch hervorgerufenen Mehraufwand von 200 M — als Differenz zwischen der von Herrn Meyer gezahlten und von dem dritten Thierarzte zu zahlenden Wohnungsentchädigung — zu verwilligen.

Wie Herr Sander berichtet, ist die Finanzcommission bei Berathung der Vorlage zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Wohnung für den Thierarzt Meyer thatsächlich zu klein sei und daher anheimgegeben werden müsse, ihn aus derselben zu entlassen. Gleichzeitig sei aber auch betont worden, daß man die Wohnung dem Genannten bisher zu theuer angerechnet habe und deren wirklicher Werth den Betrag von 400 M nicht übersteige.

Der Vorlage wird darauf von der Versammlung die Genehmigung ertheilt.

## XXI. Miethvertrag mit der Handwerksammer wegen des Huneborstel'schen Hauses.

Die hiesige Handwerksammer hat ersucht, ihr das vormalig Huneborstel'sche Haus zum 1. October d. J., wenn möglich noch etwas früher, gegen den bereits früher festgesetzten Miethspreis von 2500 M jährlich, und zwar zunächst auf zehn Jahre zu überlassen. Nachdem sich die Versammlung schon durch Beschluß vom 15. November 1900 — Seite 153 des Berichtes — mit einer derartigen Verwendung des Hauses im Princip einverstanden erklärt hat, beabsichtigt der Magistrat, mit der Handwerksammer einen Miethsvertrag folgenden Inhalts abzuschließen:

Der Vertrag gilt zunächst auf zehn Jahre, also bis zum 1. October 1912; wird derselbe nicht spätestens am 1. April 1912 gekündigt, so gilt er als auf unbestimmte Zeit verlängert. Vom 1. October 1912 ab besteht eine halbjährige Kündigungsfrist. Die Ueberlassung von Räumen an die hiesigen Innungen und den Innungsauschuß ist der Handwerksammer gestattet, wogegen zur Aufnahme von anderen Untermiethern die besondere Erlaubniß des Magistrates erforderlich ist. Die Verweigerung solcher Erlaubniß soll aber in keinem Falle die Handwerksammer berechtigen, das Miethsverhältniß zu kündigen. — Der Magistrat ersucht, ihn zum Abschluß dieses Vertrages zu ermächtigen.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff hat die Statutencommission Einwendungen gegen den Vertrag im Allgemeinen nicht zu erheben, sie sei jedoch der Meinung, daß in Anlehnung an den desfalligen früheren Ausspruch der Versammlung noch eine Bestimmung folgenden Inhalts in den Vertrag aufzunehmen sei: „Die Verabreichung von Speisen und Getränken gegen Entgelt ist nicht statthaft.“ Mit diesem Zusätze befürwortete die Statutencommission die Genehmigung des Vertrages.

Die Vorlage wird darauf nach dem Antrage der Statutencommission angenommen.

## XXII. Wahl einer gemischten Deputation zur Prüfung des Bahnhofprojectes.

Von dem Herzoglichen Eisenbahn-Commissariate ist dem Magistrate ein neues Project über den Umbau des hiesigen Haupt- und Ostbahnhofes zur Neußerung zugefertigt worden. Im Hinblick auf die hohe Bedeutung des umfangreichen Projectes hält der Magistrat dessen Prüfung durch eine gemischte Deputation, bestehend aus 2 Magistratsmitgliedern und 5 Stadtverordneten, für angezeigt und ersucht, dieser Maßnahme zuzustimmen und die erforderliche Wahl vorzunehmen.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Wolff der gleichen Meinung und beantragt, vorbehaltlich anderweiter Vorschläge, die Herren Frühling, Hauswaldt, Lange, Kieke und Schöttler in die Deputation abzuordnen.

Anderere Vorschläge werden nicht gemacht, auch erklärt sich die Versammlung mit der Wahl der Deputationsmitglieder durch Zuzuf einverstanden und wählt darauf die vorgenannten fünf Herren in die Deputation.

## XXIII. Erjatzwahl für die Finanzcommission.

An Stelle des zum unbesoldeten Mitgliede des Magistrates gewählten Herrn Seele ist ein weiteres Mitglied der Versammlung in die Finanzcommission zu wählen. Auf Vorschlag dieser Commission wird Herr Schmidt zum Mitgliede der Finanzcommission gewählt.

## XXIV. Bekrönung der Kaiser Wilhelm-Brücke.

Bei den mit verschiedenen Firmen geführten Verhandlungen über die Gestaltung der auf den Zwischenpostamenten der Kaiser Wilhelm-Brücke aufzustellenden Candelaber stellte sich heraus, daß für den vorliegenden Zweck geeignete Modelle nicht aufzufinden waren und daß es daher erforderlich werden würde, einen Entwurf dafür anzufertigen. Der Bildhauer Müller in Charlottenburg hat darauf ein Modell angefertigt, das sich dem übrigen Brückenschmuck und der Architectur der Brücke selbst sehr passend anfügen würde, hat dabei aber den dringenden Wunsch geäußert, es möchten die Candelaber nicht in Gußeisen, wie in Aussicht genommen war, sondern in einem edleren Materiale, Kupfer oder Bronze, ausgeführt werden. Die Kosten der vier Candelaber würden sich bei Ausführung in getriebenem Kupfer auf 2500 M belaufen, so daß ein Mehrbetrag von 700 M nachzuverwilligen wäre. Die städt. Bauverwaltung ersucht, die Ausführung der Candelaber in der vorerwähnten Weise gutzuheißen und dafür statt der früher bewilligten 1800 M einen Betrag von 2500 M zur Verfügung zu stellen.

Außerdem ist von Herrn Müller ein Entwurf für die Mittelbekrönungen der Brücke angefertigt worden. Auch dieser Entwurf muß als durchaus geeignet zur Ausführung erachtet werden und zwar ist geplant, denselben zum Theil aus Dolomit und zum Theil aus Kupfer oder Bronze herzustellen. Nach dem von Herrn Müller vorgelegten Kostenanschlag würde für die beiden Mittelbekrönungen bei einer Ausführung des unteren Haupttheiles aus Dolomit und der Kaiserkrone nebst Rissen, sowie des Schildes aus getriebenem Kupfer ein Aufwand von 2200 M erwachsen. Da der Kostenanschlag für die Mittelbekrönungen bei Ausführung in Stein nur 1750 M aufwies, so würde noch ein Mehrbetrag von 450 M erforderlich werden, dessen Bewilligung die städt. Bauverwaltung gleichfalls anheimgibt.

Der Magistrat empfiehlt, den Vorschlägen der städt. Bauverwaltung zuzustimmen und die nachgeforderten Summen mit insgesammt 1150 M zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Hauswaldt ist die Finanzcommission der Meinung, daß die Ausschmückung der Brücke, da sie einmal unternommen sei, auch würdig durchgeführt werden müsse und daher die Nachverwilligung der geforderten Summen empfohlen werde.

Die Versammlung beschließt darauf dem Antrage gemäß.

## XXV. Enthüllungsfeier für die Kaiser Wilhelm-Brücke.

Die mit der Ausschmückung der Kaiser Wilhelm-Brücke betraute Commission hat sich dahin ausgesprochen, daß die Enthüllung der für die Brücke bestimmten Schmuckstücke am 2. September d. Jz. mit einer Feier verbunden werden möchte. Dieser Ansicht wird magistratsseitig beigetreten und ersucht, die für solche Feier

veranschlagten Kosten von 800  $\text{M}$  zu bewilligen. An Kosten entstehen: 500  $\text{M}$  für die Verdeckung der Ostfront des Herzoglichen Hoftheaters durch eine geeignete Decoration; 73,55  $\text{M}$  für die Hüllen der einzelnen Figuren und rund 225  $\text{M}$  an sonstigen Ausgaben für Militärmusik, für Befrängung der Brücke und dergl. Geplant ist auch, die hiesigen Bundesliedertafeln zu erjuchen, einige patriotische Lieder vorzutragen.

Namens der Finanzcommission beantragt Herr Hauswaldt, auch diese Forderung zu bewilligen, da die Brückenaus schmückung nicht ganz sang- und klanglos der Oeffentlichkeit übergeben werden könne und die beabsichtigte Feier sich in sehr bescheidenen Grenzen halte.

Herr Rieke: Wenn man berücksichtige, daß die Brücke dazu dienen solle, den Verkehr zu vermitteln, so seien 50000  $\text{M}$  doch ein schönes Stimmchen für die Bekrönung der Brücke, namentlich in Anbetracht der finanziellen Verhältnisse Braunschweigs. Ein großer Theil der Bevölkerung werde es deshalb nicht verstehen, wozu man noch Geld für eine Enthüllungsfeier ausgeben wolle. Wenn man sich an die ersten, erheblich billigeren Anschläge gehalten hätte, wäre dem Ansehen und der Ehre der Stadt Braunschweig auch Genüge geschehen.

In einer Zeit, wo die Krisis so groß sei und der Steuersäkel schon erheblich in Anspruch genommen werde, solle man von solchen Feiern Abstand nehmen. Wenn andere Städte dafür Geld ausgäben, so brauche man sich danach nicht zu richten, da manche Städte es auch schon abgelehnt hätten. Bei der heutigen Geseßgebung würden auch die Minderbemittelten durch die indirecten Steuern mit zu den städtischen Einnahmen herangezogen, so daß man unnöthige Ausgaben vermeiden müsse. Er könne sich deshalb nicht für die Bewilligung der 800  $\text{M}$  aussprechen.

Herr Lord: Es handle sich um einen Betrag von 800  $\text{M}$ , den er in Anbetracht der Feier außerordentlich mäßig finde. Welches sei die Idee des Brückenschmuckes gewesen? Man wolle damit dem alten Kaiser Wilhelm und der großen Zeit, die in ihm repräsentirt sei, ein Denkmal setzen und thue es nicht in der Form eines Reiterstandbildes und dergleichen, wie es in vielen anderen Städten geschehen sei, sondern habe dafür die Schmückung einer Brücke gewählt. Wenn dazu eine bescheidene Feier veranstaltet werden solle, so halte er das für durchaus gerechtfertigt und die geforderte Summe für sehr mäßig. Er bitte deshalb um Bewilligung der Summe.

Herr Schöttler: An den für die Feier geforderten Betrag stoße er sich nicht, wohl aber sei er sich über den Gedanken der Feier nicht klar geworden. Die Sache komme ihm namentlich deshalb ein wenig wunderlich vor, weil die Brücke schon seit langer Zeit eröffnet sei und nun noch eine Enthüllungsfeier stattfinden solle. Wenn man mit der Errichtung eines Standbildes eine Enthüllungsfeier verbinde, so erscheine ihm das passend und schön, hier handle es sich aber um die

Enthüllung von Candelabern, Löwen und Emblemen, was ihm etwas wunderbar vorkomme. Er könne der Feier, weil es ihm dabei an einem eigentlichen Gegenstande zu fehlen scheine, keine Sympathie abgewinnen.

Herr Löschigt findet die Feier wohl angebracht und kann die Ausführungen des Vorredners nicht für richtig halten. Der Magistrat werde anscheinend von der Idee geleitet, die Brücke einzuweihen, nachdem sie fertig geworden sei, was er auch für richtig halte. Bis jetzt sei aber die Brücke nicht fertig gewesen, obwohl sie schon früher dem Verkehre übergeben gewesen sei. Für die Grundsteinlegung der neuen Kirchen habe der Magistrat auch nichts gegeben, während er für eine feierliche Einweihung derselben wohl zu haben sein würde. Aus diesem Grunde bitte er um Bewilligung der Summe.

Die geforderte Summe wird darauf bewilligt.

#### XXVI. Anfrage Wollenweber: Untersuchung des eingebrachten Fleisches.

Die Anfrage lautet:

„Warum werden hier in Braunschweig bei eingebrachtem Fleisch nicht die Eingeweide betreffs Untersuchung mit zur Stelle gebracht?“

Zur Begründung führt Herr Wollenweber Folgendes aus: Die jüngsten Vorkommnisse in der Markthalle und im städtischen Schlachthause dürften bekannt sein. Der Fall in der Markthalle wäre nicht vorgekommen, wenn die Eingeweide zur Stelle gewesen wären. Ohne Eingeweide könnte aber die Krankheit eines Thieres, von dem Fleisch eingebracht würde, nicht festgestellt werden. In Hannover, Magdeburg, Hildesheim und den Städten bis Lüneburg hinauf dürfe eingebrachtes Fleisch nur mit den anhaftenden Eingeweidetheilen zum Verkauf gestellt werden, während in anderen Städten nur lebendes Vieh eingeführt werden dürfe. Da Braunschweig in der Mitte dieser Städte liege, so müßten hier gleiche Bestimmungen eingeführt werden, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, daß das sogenannte Polkasfleisch sich mehr und mehr hierher ziehe. Als Vertreter der Schlachterinnung habe er die Pflicht, immer und immer wieder auf diese Sache zurückzukommen, zumal in letzterer Zeit sogar der Innung direct und indirect die Schuld an den Vorkommnissen gegeben sei. Dagegen müsse er sich entschieden verwahren, denn er habe sich genügend bemüht, die Schäden abzustellen. Er erinnere dabei nur an seinen am 13. Juli 1899 eingebrachten Antrag, durch welchen der Magistrat ersucht worden sei, dahin zu wirken, daß nur Fleisch mit den anhaftenden Eingeweidetheilen eingeführt werden dürfe. Der Antrag sei in der Sitzung vom 2. November 1899 angenommen, jedoch habe man nichts wieder Braunschweig wegen seines Fleisches noch in Verruf. Als die Fleischerinnung den Bau der Freibank befürwortete, nahm sie an, es sollte auf derselben nur solches Fleisch zum Verkauf gestellt werden, welches im städtischen Schlachthause

als vollwerthiges Fleisch beanstandet werde. Die Volkaschlächter bringen aber jetzt das Fleisch theils in gefochtem, theils in rohem Zustande auf die Freibank und machen es dort zu Gelde, während sie früher ihre Last hatten, es los zu werden. Der Bauer mag von dem Zeuge nichts essen, sondern er verkauft es nach Braunschweig, wo Alles consumirt wird. Durch das demnächst zur Einführung kommende Fleischschau-gesetz möge sich wohl etwas ändern, aber das Volkasfleisch werde auch dann hier verbleiben, wenn man sich nicht dagegen wehre. Braunschweig müsse bessere Vorschriften in sanitärer Beziehung haben, wenn es seinen guten Ruf sich erhalten wolle.

Herr Oberbürgermeister Bockels: Eine Vorschrift, daß bei der Untersuchung eingebrachten Fleisches die Eingeweide mit vorgelegt werden müssen, besteht hier allerdings nicht. Die Fleischuntersuchung ist eine polizeiliche Angelegenheit und die Herzogliche Polizeidirection hat darüber zu befinden, wie die Untersuchung des eingebrachten Fleisches stattzufinden hat. So viel mir bekannt ist, wird factisch das Verfahren beobachtet, daß eine Vorlegung der Eingeweide nur in Ausnahmefällen gefordert wird, wenn der untersuchende Thierarzt das für nöthig hält. Es ist wohl bekannt, daß zwischen der Herzoglichen Landesregierung und der Landesversammlung bereits ein Gesetz vereinbart worden ist über die Einführung einer obligatorischen Fleischschau, dieses Gesetz ist damals aber nicht erlassen, weil inzwischen auch von Reichswegen die Ordnung dieser Materie eingeleitet war. Das betreffende Reichsgesetz ist jetzt beschlossen und wird voraussichtlich am 1. Januar 1903 in Kraft treten. Bis dahin wird allerdings keine ausreichende Garantie dafür gegeben werden können, daß alles eingebrachte Fleisch auch voll gesund ist, d. h. von solchen Thieren stammt, die vor der Schlachtung untersucht und für gesund befunden worden sind.

Die Errichtung unserer Freibank, die sich im Uebrigen gut bewährt hat, hatte die leidige Folge, daß Schlächter sich ein Geschäft daraus machten, im weiten Umkreise von Braunschweig minderwerthiges Fleisch aufzukaufen, und es auf die Freibank zu bringen. Die Frage, wie diesem Volkasfleischhandel beizukommen sei, ist nach verschiedener Richtung hin eine recht schwierige. Wir haben vor längerer Zeit bei mehreren anderen Städten Erkundigungen darüber eingezogen, wie man dort diesem Auswuchse entgegenrete und haben auch später bei der Königl. technischen Deputation für das Veterinärwesen in Berlin ein Gutachten darüber eingefordert, ob vom gesundheitlichen Standpunkte aus gefordert werden müsse, daß bei der Untersuchung des eingebrachten Fleisches die Eingeweide unter allen Umständen vorzulegen seien. Diese Auskünfte sind magistratsseitig der Herzoglichen Polizeidirection mitgetheilt worden, bilden also gegenwärtig den Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Herzoglichen Polizeidirection und uns. Hoffentlich werde ich sehr bald in der Lage sein, der Versammlung darüber weitere Mittheilungen machen zu können.

Bei diesem Anlaß möchte ich auf die Angriffe zurückkommen, welche seitens der Tagespresse gegen die Schlachthaus-Verwaltung und die Deputation in Bezug auf ein bestimmtes Vorkommniß gemacht worden sind. Wir haben darüber die Schlachthausdeputation gehört, und diese erklärt, daß allerdings zu Anfang dieses Monats 50—60 Pfund Fleisch von einem an Rothlauf erkrankt gewesenen Thiere in die Kühlhalle des Schlachthauses eingeschmuggelt seien, und äußert sich dann weiter wie folgt:

„Der Zweck des Kühlhauses besteht darin, Schlachtern und, soweit Platz ist, auch anderen Personen, die Möglichkeit zu bieten, Fleisch gut aufzubewahren, so daß die Gefahr des Verderbens möglichst ausgeschlossen ist. In Berücksichtigung dieses nicht allein das Interesse der Schlachter, sondern auch des Publicums verfolgenden Zweckes ist denn auch durch die Kühlhausordnung grundsätzlich gestattet, daß Fleisch, welches vom Kühlhause bereits nach dem Geschäfte des betreffenden Zelleninhabers gebracht war, nochmals in die Kühlhalle zurückgeführt werde. Die Schlachter können nicht immer genau wissen, wie viel Fleisch sie im Geschäfte gebrauchen werden, sie sehen sich deshalb vor und bringen die unverkauft gebliebene Waare wiederum in die Kühlhalle. Eine Controle dieser wiedereingeführten Waare ist schlechterdings unmöglich; einmal ist die Frequenz in den wenigen Stunden, in welchen das Kühlhaus geöffnet ist, ungemein stark, so daß für diese Zeit mindestens zwei Thierärzte bereit gehalten werden müßten; sodann aber, und das ist die Hauptsache, kann das wiedereingebrachte Fleisch einer ausreichenden Untersuchung gar nicht unterzogen werden, weil jeder Anhalt über das Herkommen dieser Fleischstücke fehlt; denn der Umstand, daß der betreffende Schlachter vielleicht 8 Tage zuvor im Schlachthause ein Kind geschlachtet hat, reicht natürlich nicht hin, um die Gewißheit zu haben, daß die jetzt eingeführten Stücke Rindfleisch von jenem Thiere stammen. — Die Möglichkeit der Einführung minderwerthigen Fleisches — sei es nun vorher untersucht oder nicht untersucht — wird so lange bestehen bleiben, als man nicht die Wiedereinbringung von Fleisch verbietet“.

Wir sind nun mit der Schlachthausdeputation der Meinung, daß es vollständig den Zweck der Kühlhausanlage verkennen hieße, aus solchem vereinzelt Vorkommnisse wie dem vorliegenden, ein Verbot der Wiedereinführung von Fleisch in die Kühlhalle herzuleiten, ja wir sind der Ansicht, daß die 60 Pfund Fleisch, nachdem sie einmal in die Stadt eingeschmuggelt waren, im Kühlhause besser aufbewahrt waren, als anderswo. Ich wiederhole also, daß wir mit der Herzoglichen Polizeidirection verhandeln und daß voraussichtlich bald eine Vorlage darüber wird erfolgen können.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer der Sitzung von 4½ bis 6 Uhr.

1902/1903.

Nr. 6.

# **Bericht**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 25. September 1902.

### **Tagesordnung:**

|                                                                                              |          |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| I. Badeeinrichtung für die Desinfectoren . . . . .                                           | Seite 99 |
| II. Beleuchtungsanlage in der Bürgerschule an der Leopoldstraße . . . . .                    | " 99     |
| III. Erwerb von Flächen zu verschiedenen Straßen und Erstattung von Canalbaukosten . . . . . | " 99     |
| IV. Terrainaustausch an der Mauernstraße . . . . .                                           | " 100    |
| V. Ausgabe von Kreisobligationen . . . . .                                                   | " 101    |
| VI. Verlängerung des Wasserrohres am Büldenwege . . . . .                                    | " 102    |
| VII. Terrainerwerb zur Körnerstraße . . . . .                                                | " 102    |
| VIII. Gasabgabe an ein auswärtiges Grundstück . . . . .                                      | " 103    |
| IX. Uebernahme der Reinigung von Promenadenflächen . . . . .                                 | " 103    |
| X. Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardplatz . . . . .                                          | " 104    |
| XI. Beschaffung eines Dampfseifels und einer Kucheneinrichtung für das Pflegehaus . . . . .  | " 104    |
| XII. Dienstwohnung beim alten Wasserwerke . . . . .                                          | " 105    |
| XIII. Hundesteuer = Erlaßgejuch . . . . .                                                    | " 105    |
| XIV. Wasserrohr in der Goslarischenstraße . . . . .                                          | " 106    |
| XV. Ortsbauplan in der Nähe des Büldenweges . . . . .                                        | " 106    |
| XVI. Bauliche Aenderungen im ehemaligen Stadthause . . . . .                                 | " 106    |
| XVII. Erweiterung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung . . . . .                          | " 108    |
| XVIII. Weg für die Johannisikirche und Verwilligung von Canalbaukosten etc. . . . .          | " 110    |
| XIX. Antrag Stegmann: Fleischvertheuerung . . . . .                                          | " 110    |
| XX. Bedürfnisanstalt bei der Bräuerkirche . . . . .                                          | " 113    |
| XXI. Miethvertrag wegen des Huneborstel'schen Hauses . . . . .                               | " 113    |
| XXII. Neueintheilung der Wahlbezirke der Stadt . . . . .                                     | " 117    |
| XXIII. Beschickung des 6. Deutschen Fortbildungsschultages . . . . .                         | " 118    |
| XXIV. Antrag Rieke: Befreiungen von der Hundesteuer . . . . .                                | " 118    |
| XXV. Antrag Masius: Beseitigung von Verkehrshindernissen . . . . .                           | " 119    |



|                                                                                |           |
|--------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XXVI. Anfrage Löschigk: Benutzung der Hammelsburgerbrücke. . . . .             | Seite 119 |
| XXVII. Antrag Sander: Verwendung von Petroleum = Glühlicht = Laternen. . . . . | „ 120     |
| XXVIII. Vermietung des Rathskellers. . . . .                                   | „ 120     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, von Frankenberg und Seele, sowie Reg.-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Buchler, Göcke, Lupprian, Schöttler und Wagner; später erscheint Herr Wolff.

Der Vorsitzende, Herr Semler, giebt nach Eröffnung der Sitzung folgende Eingänge bekannt:

- 1) Resolution, welche in einer am 19. September 1902 stattgehabten Volksversammlung in Bezug auf die Steigerung der Fleischpreise gefaßt worden ist. — Die Abdrücke der Resolution werden auf Wunsch des Herrn Günther vertheilt.
- 2) Schreiben des Bureau's der Versammlung vom 19. September 1902, mit welchem die unter 1 erwähnte Resolution zur Kenntniß der Versammlung gebracht wird. — Das Schreiben wird zur Einsichtnahme ausgelegt.
- 3) Einladung des Braunschweiger Lehrervereins zur Theilnahme an den Verhandlungen und Veranstaltungen des 74. Braunschweiger Lehrertages, welcher hier in den Tagen vom 30. September bis 2. October 1902 stattfindet. — Die Programme gelangen zur Vertheilung.
- 4) Schreiben des Magistrates, in welchem mitgetheilt wird, daß die Erbauung und Einrichtung des Rathhauses nach Ausweis der Schlußrechnung einen Kostenaufwand von 1954 096 M 99  $\text{S}$  erfordert hat und daß darnach von den dazu mit insgesammt 2 016 900 M zur Verfügung gestellten Summen der Betrag von 62 803 M 01  $\text{S}$  erspart worden ist. (Beifall.)
- 5) Eingabe von Hausbesitzern an der Stecherstraße, welche die Festsetzung einer Baulinie bei Ausführung von Neubauten in der Stecherstraße anregen und bitten, die Fluchlinie des vom Färbermeister Kabe beabsichtigten Neubaus und der Straße so zu legen, daß sie sich der Fluchlinie am Hause  $\text{N}^{\circ}$  13 anschließt und da, wo sie das Haus  $\text{N}^{\circ}$  14 berührt, 1,50 m zurücktritt. — Nach der bisherigen Gepflogenheit der Versammlung kann über diese Eingabe z. B. nicht verhandelt werden, weil dem Magistrate eine gleiche Eingabe zugegangen und von diesem noch nicht erledigt ist. Das Stadtbauamt soll sich gegen den Wunsch der Anlieger ausgesprochen haben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt zur Geschäftsordnung

Herr Peplics, den Antrag Stegmann — Punkt XIX der Tagesordnung — an erster oder doch an einer der ersten Stellen zu verhandeln. Es handle sich dabei um eine sehr wichtige, alle Volksklassen berührende Angelegenheit, welcher nach der Erledigung von 18 Punkten der Tagesordnung möglicherweise nicht mehr diejenige Aufmerksamkeit zu Theil werden könne, die ihr gebühre.

Die Versammlung stimmt dem Antrage nicht zu, so daß die Tagesordnung aufrecht erhalten bleibt.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Badeeinrichtung für die Desinfectoren.

Das Interesse für eine angemessene Ausgestaltung des städtischen Desinfectionswesens verlangt die Herstellung einer Badeeinrichtung für die Desinfectoren, um diesen Gelegenheit zu geben, sogleich nach beendigter Arbeit sich von den ihnen anhaftenden Krankheitserregern zu befreien, und zwar nicht allein zum Schutze ihrer eigenen Person, sondern auch zum Schutze gegen Weiterverbreitung des Krankheitsstoffes. Dieses Bad wird am zweckmäßigsten auf dem Grundstücke der Gasanstalt an der Taubenstraße eingerichtet und legt der Magistrat einen Entwurf vor, nach welchem dasselbe als Anbau an die Desinfectionsanstalt selbst gedacht ist. Dem Ersuchen des Magistrates, das vorgelegte Project zu genehmigen und zu dessen Ausführung eine Summe von 1550 M zu bewilligen,

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Blasius den Antrag warm befürwortet hatte.

### II. Beleuchtungsanlage in der Bürgerschule an der Leopoldstraße.

Nachdem in das Knabenhaus der Bürgerschule an der Leopoldstraße vier Classen der Fortbildungsschule gelegt worden sind, muß nach dem Berichte des Schuldirectors Schaarschmidt in den in beiden Obergeschossen gelegenen Zimmern, sowie im Treppenhaus Gasbeleuchtung angelegt werden. Der Magistrat ersucht dem Antrage zuzustimmen und hierfür 237,80 M zu bewilligen,

was auf Befürwortung der Schulcommission, für welche Herr Lange berichtet, geschieht.

### III. Erwerb von Flächen zu verschiedenen Straßen und Erstattung von Canalbaukosten.

Zusolge des mit dem Holzhändler Severin und dem Fabrikant Meyer abgeschlossenen Vertrages hat sich die Stadt verpflichtet, die verlängerte Wiesenstraße zwischen Hagenring und Bodestraße, die beiden Verbindungsstraßen zwischen

Kaiser Wilhelmstraße und der vorstehend bezeichneten Straße zu beiden Seiten des Kirchenbauplatzes, sowie die beiden äußeren Fortsetzungen dieser Verbindungsstraßen bis zur Heinrichstraße bis zum 1. October 1904 auszubauen. Die gesammten Kosten mit Ausnahme der Kosten für unterirdische Anlagen haben die Herren Severin und Meyer zu tragen. Sie haben indessen gebeten, schon jetzt mit dem Ausbau der verlängerten Wiesenstraße zwischen Hagenring und Kirchenbauplatz und der westlichen Verbindungsstraße zwischen Kaiser Wilhelmstraße und Heinrichstraße zu beginnen und haben zu dem Zwecke die dazu erforderlichen Canalbaukosten von 10 000 M mit dem Ersuchen eingezahlt, ihnen diese, sowie die gleichfalls von ihnen vorzuschießenden Kosten des Wasserrohrs am 1. Mai 1903 zu erstatten. — Der Magistrat hält es für gerechtfertigt, diesem Ersuchen zu entsprechen. — Ferner haben sich die Herren Meyer und Severin bereit erklärt, schon jetzt der Stadt sieben verschiedene Straßenflächen, davon sechs Flächen zu insgesammt 18,99 a und eine Fläche zu 1,20 a, unentgeltlich aufzulassen, und ersuchen, die ersteren sechs Flächen bei der demnächstigen Ermittlung der Anliegerbeiträge mit 14,50 M pro qm und die letztere Fläche mit 10 M zu bewerthen. Auch gegen diesen Antrag findet der Magistrat nichts zu erinnern und giebt deshalb anheim, sämmtlichen Anträgen zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

#### IV. Terrainaustausch an der Mauernstraße.

Der Gastgeber Kalms beabsichtigt, sein Grundstück *N* ass. 1917 theilweise neu zu bebauen und hat deshalb um Ueberlassung einer 27 qm großen entbehrlichen Theilfläche der Mauernstraße gebeten. Gleichzeitig hat sich Herr Kalms bereit erklärt, eine zur Verbreiterung der Mauernstraße erforderliche, zu dem Grundstück *N* 249 gehörende 11 qm große Fläche der Stadt tauschweise zu überlassen. Wenn gleich der Einheitswerth beider Flächen derselbe sein dürfte, so schien es dem Magistrate doch angezeigt, auf das Anerbieten einzugehen, weil sonst der Erwerb dieser 11 qm der Stadt vermuthlich theuer zu stehen kommen würde. Um die demnächstige Verwerthung der nach dem Ortsbauplane dem Grundstück *N* ass. 1916 zuzulegenden Straßenfläche zu 6 qm nicht zu erschweren, soll Herrn Kalms die Verpflichtung auferlegt werden, in der Umfangswand seines projectirten Neubaus auf der künftigen Grenzlinie keine Oeffnungen anzubringen. Hiernach giebt der Magistrat anheim, dem Austausch der beiden 11 und 27 qm großen Flächen unter der vorerwähnten Bedingung zuzustimmen.

Auch hier empfiehlt Herr Ebeling namens der Baucommission, die Vorlage zu genehmigen, da für die Mauernstraße dann eine gerade Fluchtlinie geschaffen werde.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

## V. Ausgabe von Kreisobligationen.

Der diesjährige außerordentliche Geldbedarf der Stadt ist, soweit derselbe durch Aufnahme von Anleihen unter Verpflichtung zu regelmäßiger Tilgung derselben gedeckt werden soll, durch den Stadthaushalt bei der Cämmereicasse auf 932 600 M und bei der Canalbaukasse auf 166 700 M beziffert; auch sind zur Bestreitung des Restes der Kosten des neuen Wasserwerkes voraussichtlich noch etwa 470 000 M zu beschaffen. In dem erstbezeichneten Bedarf ist eine etatsmäßig zu 400 000 M angenommene Fehlsomme der Ausföhrung des Voretats enthalten, die nach dem bevorstehenden Rechnungsabschlusse 687 000 M betragen dürfte, daher der wirkliche Anleihebedarf auf 1 386 300 M zu berechnen sein wird. Daneben ist Bedacht zu nehmen auf die Beschaffung von Geld zur Darlehnung an die Gemeinekirchenkasse behufs der Bestreitung von Kirchenbaukosten. Zu vorläufiger Deckung der für die vorerwähnten Anleihe- und Darlehnszwecke seither bereits gemachten Aufwendungen hat der Magistrat beim Herzoglichen Leihhause Vorschußdarlehen von insgesammt 350 000 M aufgenommen, welche zum 1. October zurückgezahlt werden müssen. Der Magistrat beabsichtigt hiernach, den aus der Obligationenanleihe des Kreiscommunalverbandes Braunschweig von 1900 noch vorrätigen Nennwerth von einer Million Mark zum 1. October d. J. an den Markt zu bringen und ersucht, die Finanzcommission mit Ermächtigung dahin zu versehen, daß sie in Vereinbarung mit dem Magistrate den Verkaufspreis des bezeichneten Nennwerthes namens des Kreiscommunalverbandes und der Stadt festsetze.

Die Finanzcommission beantragt durch Herrn Födel, die Vorlage zu genehmigen.

Herr Bues möchte anfragen, ob es sich nicht empfehle, auch hier einmal einen Versuch mit der Ausschreibung einer Concurrenz zu machen, anstatt die Obligationen nur dem Bankconsortium anzubieten. In Wolfenbüttel habe man mit der freien Vergebung solcher Anleihe ganz günstige Erfahrungen gemacht.

Herr Födel erwidert, daß es sich hier um die Verausgabung des letzten Theiles der großen Anleihe von 1900 handle und es doch wohl einen eigenthümlichen Eindruck machen müßte, wenn man wegen dieses Restes von dem bisherigen Verfahren abweichen wollte. Bei der Aufnahme neuer Anleihen könnte man das Verfahren vielleicht ändern, aber hier empfehle er, bei dem Consortium zu bleiben, auf welches man auch in ungünstigen Zeiten werde zählen können. Es sei ja möglich, daß Jemand, um in das Geschäft zu kommen,  $\frac{1}{4}$  % mehr biete, als das Consortium, aber dieser kleine Vortheil wiege den angenehmen Verkehr mit dem Consortium und den Umstand nicht auf, daß man auch in ungünstigen Zeiten auf dasselbe werde rechnen können.

Herr Hauswaldt hält das bisherige Vorgehen im Interesse der Stadt für richtig, so daß es sich empfehle, dabei zu bleiben.

Der Vorlage wird darauf zugestimmt.

## VI. Verlängerung des Wasserrohres am Bültenwege.

Die Direction der Braunschweigischen Landeseisenbahn-Gesellschaft hat gebeten, ihrem im Bau begriffenen Locomotivschuppen Wasser aus der städtischen Wasserleitung zuzuführen und sich bereit erklärt, zur Beseitigung der Abwässer auf ihre Kosten einen provisorischen Anschlußcanal an den im Bültenwege gelegenen herzustellen zu lassen. Ferner hat die Firma F. Schacht den Wunsch ausgesprochen, Anschluß an die städtische Wasserleitung zu bekommen. Mit Rücksicht darauf, daß in der betreffenden Gegend allgemein, vermuthlich in Folge des Betriebes des neuen Wasserwerkes, Wassermangel herrscht, hält es der Magistrat für erforderlich, das Wasserrohrnetz in dem Bültenwege zu verlängern und in eine projectirte Straße fortzuführen zu lassen. Vorgeesehen sind im Bültenwege bis zum Bienroder Wege ein 190 m langes und 100 mm weites Rohr, in der projectirten Straße ein 120 m langes und 150 mm weites Rohr, sowie ein Anschlußrohr von der Hauptdruckleitung von 20 m Länge und 350 mm Weite. Der Magistrat giebt anheim, die Legung der Wasserröhren zu genehmigen und die Kosten mit 3052,20 Mark zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Lord stellt die Finanzcommission hierzu folgende Anträge: 1) die Vorlage, soweit es sich um den von der Direction der Landeseisenbahn gewünschten Anschluß handelt, zu genehmigen; 2) den Magistrat aufzufordern, Versuche anzustellen, ob sich nicht auch der von der Firma F. Schacht erbetene Anschluß ausführen lasse und 3) zu genehmigen, daß der Magistrat in Gemeinschaft mit der Deputation in der Gegend etwa weiter geforderte Anschlüsse an die Wasserleitung ohne besondere Ermächtigung der Versammlung ausführen lassen dürfe. Dem Schacht'schen Antrage seien insofern erhebliche Schwierigkeiten in den Weg getreten, als es sich in Folge von Terrain-schwierigkeiten bislang nicht habe ermöglichen lassen, von dem Schacht'schen Grundstück aus einen Ableitungscanal in den städtischen Canal herzustellen.

Den Commissionsanträgen stimmt die Versammlung zu.

## VII. Terrainerwerb zur Körnerstraße.

Auf Antrag der Bauunternehmer Dorn u. Friedrich hat sich der Magistrat bereit erklärt, die von deren Grundstück Nr. 2916 zur Körnerstraße erforderliche Fläche von 80 qm zum Preise von 30 M für 1 qm mit der Maßgabe zu erwerben, daß der Betrag auf die für das Grundstück zu zahlenden Straßen-

kosten in Anrechnung gebracht werde. Die Versammlung wird ersucht, den Magistrat zum Anlauf der betr. Fläche unter dieser Bedingung zu ermächtigen, was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, geschieht.

### VIII. Gasabgabe an ein auswärtiges Grundstück.

Der Kaufmann Richard Eichler hat gebeten, seinem am Riddagshäuserwege gelegenen, zum Gebiete von Riddagshausen gehörenden Grundstück Gas zuzuführen. Da das Gasrohr schon bis an das Eichler'sche Grundstück verlängert ist, so stehen der Genehmigung des Antrages technische Bedenken nicht entgegen. Mit Rücksicht darauf, daß Herr Eichler hier für seinen Geschäftsbetrieb Gemeindesteuer zahlt, auch wohl als sicher anzunehmen ist, daß die von den städtischen Behörden beschlossene Einverleibung des Eichler'schen Grundstücks in das Stadtgebiet binnen kürzester Frist endgültig genehmigt wird, erscheint es dem Magistrate unbedenklich, dem Antrage zu entsprechen. Es soll das mit der Maßgabe geschehen, daß die Abgabe von Gas an Herrn Eichler unter gleichen Bedingungen wie an hiesige Einwohner erfolgt, daß aber, wenn vor der Einverleibung seines Grundstücks in das städtische Gebiet die Zahlung von Gemeindesteuer seitens des p. Eichler an die hiesige Stadt entweder ganz aufhören, oder die Gemeindesteuer weniger als 300 M jährlich betragen sollte, das Gas an Genannten nur dann noch geliefert wird, sofern er 3 Pfennig pro cbm mehr zahlt, als die hiesigen Einwohner. Dem Ersuchen des Magistrates, diesem Abkommen zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Lorb berichtet.

### IX. Uebernahme der Reinigung von Promenadenflächen.

Bekanntlich ist die Reinigung der innenstädtischen Straßen im Jahre 1889 gegen Gewährung einer staatsseitig zu zahlenden Rente von jährlich 13500 M stadtsseitig übernommen worden. Da das Reinigungsgebiet bislang aber nicht fest abgegrenzt war, so sind dieserhalb mit der Herzogl. Vaudirection inzwischen Verhandlungen gepflogen worden, welche jetzt zu einem Abschluß dahin gekommen sind, daß die Stadt die näherbezeichneten Straßen gegen eine jährliche Gesamtrente von 13670 M reinigen läßt. Der Versammlung wird anheimgegeben, der gedachten Abgrenzung des städtischen Reinigungsgebietes gegen Erhöhung der staatsseitig zu zahlenden Rente um 170 M zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Sander ersucht die Finanzcommission, die Vorlage zu genehmigen. Die Höhe der Entschädigung entspreche im Verhältniß der früher vereinbarten Rente.

Der Vorlage wird darauf zugestimmt.

## X. Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardplatz.

In der Sitzung vom 21. August d. Js. — Seite 87 des Berichtes — ist beschlossen worden, die an der Brüdernkirche stehende Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardplatz neu aufzustellen. Gegen den von den städtischen Behörden zu diesem Zwecke ausgewählten Platz sind indessen die Anlieger vorstellig geworden, weshalb die städt. Bauverwaltung vorschlägt, die Anstalt dicht an der Einfriedigung des Domfriedhofes zu errichten. Da der Friedhof aber etwa 1,50 m höher liegt, als der Leonhardplatz, so ist es erforderlich, erstere an dieser Stelle mit einer Futtermauer zu versehen. Der Magistrat findet gegen die Wahl dieses Platzes für die Anstalt nichts einzuwenden und giebt anheim, der Errichtung der Anstalt an jener Stelle zuzustimmen und die durch die Ziehung der Futtermauer bedingten Mehrkosten von 250 M., sowie noch 100 M. für den längeren Abflußcanal nachzuverwilligen.

Hierzu hat Herr Koch folgenden Antrag eingereicht:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die für den Leonhardplatz bestimmte Bedürfnisanstalt auf die nordöstliche Ecke in der Nähe des Domfriedhofes aufstellen lassen zu wollen“.

Namens der Baucommission berichtet hierüber Herr Rieke: Wenn hier einmal eine Bedürfnisanstalt errichtet werden solle, so seien die Anlieger darüber stets aufgebracht, weshalb solche Anstalten immer mit Hindernissen errichtet würden. Auch hier habe sich zunächst der Lehrer Herbst über den zuerst ausgewählten Platz beschwert und als man einen anderen Platz ausgesucht habe, sei wieder ein Protest mit 13 Unterschriften eingegangen. Man mache immer geltend, daß die benachbarten Grundstücke durch die Nähe solcher Anstalt entwerthet würden, was indessen grundlos sein dürfte. Um nun den vorgetragenen Wünschen gerecht zu werden, habe man sich entschlossen, den Platz am Domfriedhofe trotz der höheren Kosten zu nehmen und gebe auch die Baucommission anheim, diesen Platz gutzuheißen und die Mehrkosten nachzuverwilligen.

Nachdem Herr Koch seinen Antrag zurückgezogen hatte, wird die Magistratsvorlage genehmigt.

## XI. Beschaffung eines Dampfkessels und einer Kucheneinrichtung für das Pflegehaus.

Die Ausbesserungen des auf dem Pflegehausgrundstücke befindlichen Dampfkessels würden so erhebliche Kosten verursachen, daß sich die Beschaffung eines ganz neuen, den heutigen Anforderungen entsprechenden Kessels als wesentlich vorthelhafter empfiehlt. Der Magistrat hat deshalb die Beschaffung eines neuen Einflammrohrkessels bereits veranlaßt und ersucht, die hierdurch entstandenen Kosten, welche neben der mehrmonatlichen Aufstellung von Locomobilen, für die 1331,40 M. gezahlt sind, 4217,10 M. betragen, nachträglich zu bewilligen.

Bei dieser Gelegenheit hat sich gezeigt, daß auch die Dampfkocheinrichtung sich in schadhaftem Zustande befindet und eine durchgreifende Aenderung nothwendig erscheint. Es wird daher ein neuer Plan für die Einrichtung einer zeitgemäßen, für etwa 650 Personen berechneten Kücheneinrichtung in Vorschlag gebracht und beantragt, deren Kosten mit 11200 M zu bewilligen, sowie die Ausführung der Hildesheimer Sparherdfabrik (H. Senking) zu übertragen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, wird der gesammten Vorlage zugestimmt.

## XII. Dienstwohnung beim alten Wasserwerke.

In Folge der Pensionirung des Maschinenmeisters Wüstner und der Außerbetriebsetzung des alten Wasserwerkes kann über die von dem genannten Beamten bislang benutzte Dienstwohnung anderweit verfügt werden. Seitens des Magistrates wird anheimgegeben, zu genehmigen, daß diese Wohnung dem Werkmeister Franz vom 1. April k. Js. ab nebst Feuerung, Beleuchtung und Wasserversorgung bis auf Weiteres unter Festsetzung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten mit der Maßgabe übertragen werde, daß eine Anrechnung des Werthes der Wohnung auf das Gehalt des p. Franz nicht stattfinde, Letzterer aber gehalten sei, ohne besondere Vergütung die Anlagen des alten Wasserwerkes und die dort lagernden Röhrenbestände zu überwachen. Ferner beantragt der Magistrat, für die Instandsetzung der Wohnung und des zugehörigen Waschhauses, sowie für den Anschluß beider Gebäude an den Abzugscanal die Summe von 2780 M zu bewilligen. Einem Wunsche der Parkdeputation entsprechend würde dem p. Franz die Haltung von Vieh untersagt werden.

Namens der Finanzcommission beantragt Herr Sander, die Vorlage gutzuheißen, was seitens der Versammlung geschieht.

## XIII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Wittwe Riedel, der Frau Höppner und des Milchhändlers Raft um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund werden genehmigt, während dem Kutscher Müller und dem Schneidermeister Otto eine Ermäßigung der Steuer auf 3 M bewilligt wird.

Dem Schlächtermeister Haase wird die Hundesteuer unter den vorliegenden besonderen Verhältnissen erlassen und die Gesuche von Paula Böse, sowie dem Invaliden Krafekopf um Erlaß der Steuer für einen Wachhund werden abgelehnt.

Herr Müller will bei dieser Gelegenheit nochmals bitten, die Hundesteuer-Erlaßgesuche einer Commission zur Vorberathung zu überweisen, damit die Versammlung nicht so viel Zeit darauf zu verwenden habe.



Der Herr Vorsitzende sagt zu, diese Anregung in der Statutencommission zur Sprache bringen zu wollen.

#### XIV. Wasserrohr in der Goslarischenstraße.

Aus Anlaß der Aufführung einer Anzahl Neubauten wird magistratsseitig beantragt, die Verlegung eines Wasserrohrs in der Goslarischenstraße zwischen der Höfenstraße und dem Rudolphplatz zu genehmigen und die anschlagsmäßigen Kosten mit 2655 M zu bewilligen. Es soll für diesen Betrag die bezeichnete Strecke mit einem Hauptrohre belegt werden, um dadurch die Circulation des Wassers in der Höfen- und Klosterstraße herbeizuführen.

Auf Empfehlung des Herrn Fiedel, welcher für die Finanzcommission berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

#### XV. Ortsbauplan in der Nähe des Bültenweges.

Die städtische Bauverwaltung legt einen Ortsbauplan über die Anordnung von Vorgärten auf der Ostseite des Bültenweges zwischen der Straße in der Verlängerung der Nebenstraße und der Nordgrenze des Grundstücks *N. ass.* 3752, sowie über die Abänderung, Aufhebung und neue Festsetzung verschiedener, in der Nähe des Bültenweges gelegener Straßenzüge vor. Vom Magistrate wird ersucht, die beiden Theilortsbaupläne zu genehmigen.

Die Baucommission läßt durch Herrn Rieke anheimgeben, der gesammten Vorlage zuzustimmen,

was nach einigen erläuternden Bemerkungen des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer geschieht.

#### XVI. Bauliche Aenderungen im ehemaligen Stadthause.

Wie der Magistrat mittheilt, hat er sich nicht entschließen können, der Anregung der Versammlung vom 20. November 1891, betr. die Versicherung der Schätze des Museums und der Bibliothek gegen Feuerfchaden, zu entsprechen, weil die hiermit verbundenen Schwierigkeiten — Aufstellung eines genauen Verzeichnisses und einer genauen Schätzung jedes Gegenstandes — unüberwindlich seien. Es wird aber anerkannt, daß, so lange die Museumschätze im ehemaligen Stadthause und Archive nebst Bibliothek im Neustadt-Rathhause untergebracht sind, für beide Sammlungen besondere Gefahren vorhanden sind, die durch die mangelhafte Beschaffenheit beider Gebäude bedingt werden. Die städtische Bauverwaltung hat die im Interesse der Sammlungen des Museums als geboten erscheinenden baulichen Aenderungen und sonstigen Einrichtungen im Stadthause zu 7000 M veranschlagt und giebt der Magistrat anheim, zur baldigen Ausführung der in Vorschlag gebrachten Sicherungsmaßregeln diese Summe zu verwilligen.

Im Interesse der Sicherung des Neustadt-Rathhauses sind 70 000 M, event. aber vorläufig nur 13 000 M angefordert. Der Magistrat hat sich aber nicht entschließen können, für dieses Gebäude der Versammlung größere Aufwendungen zu empfehlen, sondern er wird veranlassen, daß die werthvollsten Stücke einstweilen anderweit untergebracht werden und behält sich wegen Sicherung dieser Sammlungen weitere Anträge vor. Dabei wird bemerkt, daß das Neustadt-Rathhaus ein angemessenes und wohnliches Heim für Archiv und Bibliothek überhaupt nicht zu bieten vermag.

Wie Herr Frühling berichtet, empfiehlt die Baucommission, die Vorlage zu genehmigen. In der Baucommission habe man auch die Frage erwogen, ob es nicht möglich sei, die Kosten für die Sicherung des Gebäudes dadurch zu ersparen, daß man die Sammlungen anderweit unterbringe; es habe sich jedoch kein geeigneter Raum dafür finden lassen. Wenn die Museumschätze aber im Stadthause bleiben müßten, könne man sich nur den Ausführungen des Magistrates anschließen.

Herr Altmann muß es für bedenklich halten, in dem alten Stadthause noch 7000 M zu verbauen, zumal das Gebäude später zu anderen Zwecken benutzt werden solle. Deshalb möchte er anheimgeben, den Magistrat zu veranlassen, Versuche anzustellen, ob sich die Kunstgegenstände nicht anderweit an einem feuer-sicheren Orte unterbringen lassen. Da sich das Gebäude für das neue Museum im Bau befinde, so würde es sich vielleicht mehr empfehlen, die Fertigstellung des Neubaus zu beschleunigen, als daß man in das alte Stadthaus noch solche hohe Summe stecke. Vielleicht fänden sich auch im neuen Rathhause geeignete Räume zur einstweiligen Unterbringung der Schätze. Daß die Baucommission die Forderung der 70 000 M für das Neustadt-Rathhaus abgelehnt habe, halte er für ganz richtig. Es sei besser, für Archiv und Bibliothek einen Neubau zu errichten, als daß man für das alte, im Wege stehende Gebäude noch solche Summe ausbebe.

Herr Frühling will hierzu bemerken, daß die von Herrn Altmann vorgebrachten Bedenken schon sämmtlich erwogen seien, daß man aber einen anderen sicheren Platz für die Schätze nicht habe finden können. Auch im neuen Rathhause haben sich die erforderlichen Räume nicht ermitteln lassen. Die Schätze könnten auch nicht einfach auf einander gestapelt werden, weil man sehr intensiv an deren Katalogisirung arbeite. In Bezug auf das Neustadt-Rathhaus sei der Versammlung gar keine Vorlage zugegangen, weshalb auch die Baucommission dazu nicht habe Stellung nehmen können.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Herr Altmann hat offenbar keine Ahnung von dem Umfange der städtischen Sammlungen und von dem Raume, welchen sie in Anspruch nehmen, sonst würde er solchen Vorschlag nicht gemacht haben. In dem alten Stadthause und dem alten Stadtcassengebäude ist kein einziger Raum

vorhanden, der nicht vollständig mit den Museumschätzen belegt wäre. Man würde die Sammlungen allerdings wohl in den oberen Räumen des Rathhauses zusammengepfercht unterbringen können, sie würden dort aber jedem Witterungswechsel und der Verunreinigung durch Staub ausgesetzt sein, so daß man demnächst für die Reinigung der Sachen mehr Geld auszugeben hätte, als jetzt für die Sicherungsmaßnahmen im Stadthause. Der Neubau des Museums wird auch wohl zwei Jahre in Anspruch nehmen und ist die Verzinsung des darauf verwendeten Capitals, wollte man diesen Bau beschleunigen, jedenfalls erheblich kostspieliger als die hier geforderte zweimalige Jahresausgabe von 3500 M. Zu unserer Aller Veruhigung möchte ich daher anheimgeben, die geforderten 7000 M zu bewilligen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

#### XVII. Erweiterung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung.

Den in der Sitzung vom 21. August d. Js. — Seite 82 des Berichtes — gegebenen Anregungen und einem inzwischen eingegangenen Antrage zufolge beabsichtigt der Magistrat, nachstehend verzeichnete Laternen neu aufstellen, sowie eine Petroleumlaterne in der Gartenstraße versehen zu lassen: zwei Petroleumlaternen in der Gartenstraße, je eine Petroleumlaterne in der Fuchstwete und der Howaldtstraße, sowie eine Gasglühlichtlaterne in der Amalienstraße. Dem Ersuchen des Magistrates, hierfür an Kosten 355 M zu verwilligen,

schließt sich Herr Sander namens der Finanzcommission an.

Herr Blasius möchte bei dieser Gelegenheit anregen, das Straßenschild an der Fuchstwete, welches man seit Jahren schon nicht mehr lesen könne, zu erneuern.

Herr Stadtrath Haake will die in der vorigen Sitzung von Herrn Bues gegebene Anregung in Bezug auf die Beleuchtung der verlängerten Salzdhallumerstraße dahin beantworten, daß an dieser Strecke nur sechs Häuser stehen, welche noch dazu weit von einander abliegen, und der Magistrat meine, daß diese Strecke nicht beleuchtet werden dürfe, wenn daraus nicht Konsequenzen gezogen werden sollten. Es gebe noch andere Strecken, welche die Beleuchtung viel nöthiger haben, als dieser Straßenthail. — Ferner habe Herr Lange gebeten, an der Frankfurterstraße zwischen der Luther'schen Fabrik und der Fabrikstraße einige Spiritus-Glühlichtlaternen anzubringen. An der Straßenstrecke, welche rechts ein Fabrikgebäude und am Ende zwei kleine Wohnhäuser aufzuweisen habe, finde man vier Petroleumlaternen in der als angemessen zu erachtenden Entfernung von je 60 m. Immerhin solle einmal ein Versuch mit Petroleumglühlicht gemacht werden, bei dessen Bewährung eine weitere Vorlage folgen solle.

Herr Löffigk kann nicht einsehen, weshalb man heute noch Petroleumlaternen aufstellen wolle, da doch das Spiritusglühlicht sich im Bürgerparke gut

bewährt haben solle und dieses erheblich besser leuchte, als das gewöhnliche Petroleum.

Herr Stadtrath Haake will darauf erwidern, daß man nicht Spiritusglühlicht, sondern Petroleumglühlicht in Aussicht genommen habe, da ersteres doppelt so theuer sei als letzteres.

Herr Altmann möchte Herrn Löschigt voll und ganz unterstützen. An den Stellen, wo sich Gasbeleuchtung nicht anbringen lasse, empfehle es sich, Spiritusglühlicht zu nehmen. Was die Beleuchtung des oberen Theiles der Salzdhumerstraße anlange, so könne er nicht begreifen, weshalb man mit der Beleuchtung so knausern wolle, da doch die dortigen Anwohner ihre Steuern auch bezahlen müßten.

Herr Koch muß constatiren, daß die Spiritusglühlichtlampen im Bürgerparke gar nichts taugen. Die Lampen seien im Winter fast jeden Abend ausgegangen, obwohl sich der Wärter die größte Mühe gegeben habe, sie im Gange zu erhalten.

Herr Lange hält diese Angaben für übertrieben. Die Lampen hätten wohl einmal versagt, doch passire das bei jeder Lampenart einmal. Im Ganzen genommen habe sich das Spiritusglühlicht auch im Bürgerparke bewährt. Das einzige Bedenken liege in dem hohen Preise, weshalb Herr Stadtrath Haake sich schon veranlaßt gesehen habe, Versuche mit Petroleumglühlicht in Aussicht zu nehmen. In Düsseldorf werde ein großer Theil des Ausstellungsparkes mit Petroleumglühlicht beleuchtet und habe sich diese Beleuchtungsart durchaus bewährt. Es sei das ein ganz vorzügliches Licht für die Außenbeleuchtung — weniger für die Beleuchtung von Räumen — so daß es sich empfehle, mit dieser Lampe einmal Beleuchtungsversuche anzustellen und sofern sie sich bewähren, von der Einführung des Spiritusglühlichtes abzusehen und dafür Petroleumglühlicht zu nehmen. Bezüglich der Frankfurterstraße habe er die Erklärung vom Magistratsstiche so verstanden, daß dort neue Lampen aufgestellt und die Anlieger befriedigt werden sollen.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß in Bezug auf den letzteren Punkt ein fester Beschluß noch nicht gefaßt sei, sondern die Deputation erst noch Versuche anstellen wolle.

Herr Bues muß bedauern, daß die von ihm hinsichtlich der Salzdhumerstraße gegebene Anregung abgelehnt worden sei. Bei dem starken Fußgänger- und Wagenverkehre auf diesem Straßentheile wäre es wohl angebracht gewesen, dort noch eine Petroleumlaterne aufzustellen.

Herr Sander möchte beantragen, an Stelle der Petroleumlaternen versuchsweise Petroleumglühlichtlaternen aufzustellen. Namentlich an der Gartenstraße und der Fuchstweide reiche die Leuchtkraft der Petroleumlaternen nicht hin, da sich dort zu viel lichtcheues Gefindel umhertreibe.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

### XVIII. Weg für die Johannis Kirche und Verwilligung von Canalbaukosten etc.

Für den Ausbau der nördlichen Theilstrecke der das Grundstück der Johannis-Kirche im Westen begrenzenden Verbindungsstraße zwischen Leonhard- und Wörthstraße sind im diesjährigen Haushaltsplane 13500 M. ausgeworfen. Hinterher hat sich aber herausgestellt, daß diese Kosten 31500 M. betragen würden. Die Kosten für die inzwischen schon hergestellten unterirdischen Anlagen betragen 2500 M. für den Canal, 503,44 M. für das Gasrohr und 527,92 M. für das Wasserrohr. Bei nochmaliger Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse ist indessen der Magistrat zu der Ueberzeugung gekommen, daß einstweilen vom Ausbau der Straßenstrecke Abstand zu nehmen und die Zugänglichkeit des Kirchengrundstücks innerhalb der Grenzen der projectirten Straße durch Anlegung eines provisorischen Weges zu beschaffen sei. Die Versammlung wird deshalb ersucht, der Herrichtung solcher provisorischen Wegeanlage zuzustimmen und die zu 3100 M. veranschlagten Kosten, sowie nachträglich die Kosten für die unterirdischen Anlagen zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, geschieht.

### XIX. Antrag Stegmann: Fleischvertheuerung.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, angesichts des herrschenden Viehmangels und der allgemeinen Fleischtheuerung den Magistrat zu ersuchen,

- 1) an den Bundesrath wegen Aufhebung der Grenzsperrre zu petitioniren,
- 2) an das Herzogliche Staats-Ministerium die Bitte zu richten, den Braunschweigischen Bevollmächtigten zum Bundesrathe anzuweisen, für Aufhebung der Grenzsperrre einzutreten“.

Zur Begründung führt Herr Stegmann Folgendes aus: Es wird allgemein bekannt sein, daß sich in den letzteren Jahren eine allgemeine Fleischtheuerung bemerkbar gemacht hat und daß namentlich in den letzten Monaten d. Js. besonders Schweinefleisch und Wurstwaaren, also diejenigen Sachen, welche von den ärmeren Bevölkerungsschichten am meisten consumirt werden, eine ungeheure Preiserhöhung erfahren haben. In Folge dessen ist auch seit einigen Monaten ein allgemeiner Nothschrei nicht nur von der consumirenden Bevölkerung, sondern auch von den Schlachtern durch Deutschland gegangen. Daß diese Kundgebungen keine künstliche Sache sind und nicht mit Recht als „Fleischrummel“ bezeichnet werden können, weiß Jeder aus eigener Erfahrung, insbesondere aber die Hausfrauen und die ärmeren Bevölkerungsschichten. Man könnte das durch viele Zahlen beweisen, welche in der Presse veröffentlicht worden sind, jedoch will ich davon absehen in der Annahme, daß die Zahlen bekannt sind und will mich auf die Mittheilung weniger Zahlen beschränken.

Nach dem amtlichen statistischen Jahrbuche stellten sich die Großhandelspreise für Schweine, Lebendgewicht mit 20 % Tara, pro Doppelcentner in Berlin im Durchschnitt: 1899 = 94,80 M., 1900 = 95,50 M., 1901 = 112 M. und am 6. September 1902 = 124—128 M., so daß gegen 1899 eine Preissteigerung von über 30 % vorliegt. In Hamburg betrugen die Großhandelspreise in den letzten Jahren: 1896 = 87,72 M., 1900 = 97,92 M., 1901 = 114,44 M. und Ende August 1902 = 128—130 M., was eine Preissteigerung von etwa 33 % ausmacht.

Dementsprechend sind die Fleischpreise im Kleinverkauf gestiegen und zwar erhöhten sich die Preise gegen das Vorjahr in den verschiedensten Theilen Deutschlands pro Pfund wie folgt: Rindfleisch um 10—20 S., Kalbfleisch um 15 bis 25 S., Schweinefleisch und Wurstwaaren um 10—30 %; in einigen Gegenden, namentlich im Elsaß, war die Steigerung noch größer. Auch in Braunschweig können wir die Beobachtung der Preissteigerung machen, wenn sie auch nicht so hoch war, wie in verschiedenen anderen Gegenden Deutschlands. Der Preis stieg hier für Speck von 80 S. auf 100 S., für Schweinefleisch von 65 S. auf 80 S., für frische Wurst von 80 S. auf 100 S., für Cotelettes von 80 S. auf 90 S., für Rindfleisch um 5—10 S. und für Kalbfleisch um 10—15 S.

Wie der Viehmangel um sich gegriffen hat, möge durch folgende Zahlen bewiesen werden: Auf dem Schlachthofe in Posen wurden gegen das Vorjahr weniger geschlachtet 6211 Schweine; in Gera 1901 gegen 1900 weniger 600 Schweine und in diesem Jahre gegen 1901 wieder weniger rund 1000 Schweine; in Hannover 1901 gegen 1900 weniger 642 Ochsen und 11081 Schweine, in diesem Jahre wird der Rückgang voraussichtlich am Jahreschlusse 2048 Ochsen und 19483 Schweine betragen; in Dresden ging der Viehauftrieb in den ersten sieben Monaten d. Jz. gegen denselben Zeitraum 1901 um 38 % zurück; auf dem hiesigen Schlachthofe wurden im August d. Jz. gegen August 1901 weniger geschlachtet: 35 Stück Rindvieh, 671 Schweine, 255 Kälber, 49 Schafe und 2 Pferde, zusammen 1012 Stück.

Dabei muß in Erwägung gezogen werden, daß die Vieheinfuhr trotz der Viehzölle früher eine sehr respectable gewesen ist, denn sie betrug in dem Jahrzehnt 1887—1896 im Durchschnitt jährlich 144000 Stück Rindvieh, 68000 Stück Jungvieh und 1432800 Stück Schweine. Die Bevölkerungszunahme beträgt jährlich  $\frac{3}{4}$  Millionen. Daraus geht aber hervor, daß unsere Landwirtschaft nicht im Stande ist, das in Deutschland erforderliche Vieh selbst zu erzeugen, und wir daher auf die Einfuhr von Vieh angewiesen sind. Seit mehreren Jahren sind nun aber die Grenzen für Vieh so ziemlich gänzlich gesperrt und zwar angeblich, um das einheimische Vieh vor Seuchen zu bewahren. Wir haben auch hierbei empfunden, daß den Forderungen der Agrarier von der Regierung immer mehr nachgegeben wird. In den Seehäfen hat man eine lange Quarantäne eingerichtet,

wodurch die Einfuhr immer mehr abnimmt. Nun tritt noch ein anderer Umstand hinzu: seit zwei Jahren haben wir auch ein Fleischschaugesetz bekommen und haben dabei die Beobachtung gemacht, daß dasselbe weniger auf das inländische, als auf das ausländische Fleisch angewendet wird. Es ist verboten worden Wurst, Pöfel-  
fleisch in Büchsen zc. einzuführen, welche also vom deutschen Markte vollständig verschwinden. Die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaaren betrug aber z. B. im Jahre 1898 nahezu eine Million Doppelcentner, war also nicht unbedeutend. Ferner ist die Wurstfabrikation in Deutschland besonders auf ausländische Zungen, Lebern zc. angewiesen, weil wir diese Sachen hier nicht genug haben; mit dem 1. April 1903 hört nun aber auch die Einfuhr dieser Materialien auf, weil dann nur noch Leber, Herz, Lunge zc. zusammenhängend eingeführt werden darf, was die Beseitigung der ganzen Einfuhr bedeutet.

Das sind die Hauptgründe der Fleischvertheuerung in ganz Deutschland. Eine Besserung dieser Verhältnisse ist nicht zu erwarten, die Hamburger Fleischer-  
innung hat vielmehr constatirt, daß sich die Calamität noch wesentlich verschärfen würde. Die Presse aller Parteien, mit Ausnahme der agrarischen, hat hierzu Stellung genommen und selbst nationalliberale Organe, sowie die Centrumpresse, speciell die Germania, fordern ganz energisch die Oeffnung der Grenzen. Auch die Fleischerinnungen haben sich mit dieser Angelegenheit befaßt und der Verband der Deutschen Wurstfabrikanten hat hier vor Kurzem eine scharfe Resolution gegen die Grenzsperrre gefaßt. Eine Anzahl Handelskammern, der Bund der Berliner Industriellen, zahlreiche Magistratsverwaltungen z. B. in Berlin, Frankfurt a. M., Wülheim, Ansbach, Erlangen, Schöneberg, München, Stuttgart, Thorn, Fürth, Elbing zc., ja selbst verschiedene Regierungen haben sich mit der Frage befaßt und nach Mitteln und Wegen gesucht, um dem Nothstande zu begegnen.

Die Frage ist also keine socialdemokratische, sondern sie berührt alle Bevölkerungsklassen. Wohl selten hat in einer Frage solche Einmütigkeit geherrscht wie hier. Daß aber von dem Nothstande die Arbeiter und die sonstigen minder-  
bemittelten Classen am meisten betroffen werden, ist selbstverständlich, und zwar geschieht das um so schlimmer, als durch die wirthschaftliche Krisis eine größere Arbeitslosigkeit eingetreten ist und dadurch auch die Krankheiten zunehmen werden, namentlich wenn die Arbeitslosigkeit wieder die Dimensionen des vorigen Winters annehmen wird. Deshalb liegt es im Interesse unserer Stadt, daß auch sie Schritte thut, was schon mit Rücksicht auf unsere Armenkasse, sowie das zu erwartende Steuermanko nothwendig ist. Auf den landwirthschaftlichen Minister in Preußen dürfen wir uns nicht verlassen, denn der sagt, es sei eine vorübergehende Erscheinung. Der Herr befindet sich im Banne der Agrarier, so daß von ihm nichts zu erwarten ist. Es ist deshalb nöthig, daß auf den Bundesrath ein Druck ausgeübt wird. Im Interesse der Allgemeinheit muß dagegen eingeschritten werden

und hoffe ich deshalb, daß mein Antrag angenommen wird. Auch von der Bevölkerung selbst werden zahlreiche Versammlungen abgehalten und Proteste gefaßt, jedoch wird das Wort der Behörden noch mehr nützen.

Ferner beantrage ich, meinen Antrag als dringlich zu behandeln, was eigentlich wohl selbstverständlich ist und nicht vieler Worte bedarf. Die Sache läßt sich eben nicht auf die lange Bank schieben. Bei Annahme des Antrages bitte ich auch den Magistrat, die nöthigen Schritte zu unternehmen, um den Antrag zur Geltung zu bringen.

Nachdem die Dringlichkeit für den genügend unterstützten Antrag abgelehnt war, wird derselbe auf den Antrag des Herrn Kieß der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

## XX. Bedürfnisanstalt bei der Brüdernkirche.

In der Sitzung vom 21. August d. Js. — Seite 87 des Berichtes — war beschlossen worden, die Vorlage hinsichtlich der Errichtung einer neuen Bedürfnisanstalt in der Nähe der Brüdernkirche an die Baucommission zwecks nochmaliger Prüfung der Platzfrage zurückzuverweisen.

Wie Herr Kiese berichtet, ist die Baucommission nach eingehender Verathung zu der Ueberzeugung gelangt, vorzuschlagen, daß die Anstalt dort hingebracht werde, wo sie früher schon ein Mal gestanden habe, nämlich zwischen den ersten und zweiten, oder zweiten und dritten Pfeiler der Brüdernkirche. Da an der Catharinen- und der Martinikirche auch solche Anstalten ständen und das Kirchengebäude sich gegen eindringende Feuchtigkeit sichern lasse, so werde ersucht, diesem Platze zuzustimmen.

Nachdem sich auch Herr Sander für den Platz ausgesprochen hatte, wird derselbe von der Versammlung gutgeheißen.

## XXI. Miethvertrag wegen des Huneborstelschen Hauses.

Die Handwerkskammer für das Herzogthum Braunschweig hat dem Magistrat mitgetheilt, daß sie sich mit dem übersandten Miethvertrage bezüglich des Huneborstelschen Hauses einverstanden erkläre, jedoch bitte, die Ziffer 6 des Vertrages in Wegfall zu bringen. Nach der Ziffer 6 ist die Verabreichung von Speisen und Getränken gegen Bezahlung in dem Gildehause verboten. Der Magistrat will die Entscheidung darüber, ob auf die Seitens der Versammlung beschlossene Bedingung stadtseitig zu verzichten sei, dem Ermessen der Versammlung überlassen und ersucht um entsprechende Beschlußfassung.

Namens der Statutencommission berichtet hierüber Herr Wolff: In der Sitzung vom 15. November 1900 — Seite 156 des Berichtes — habe sich folgende Besprechung entwickelt: „Herr Bues fragt an, ob das Haus demnächst überhaupt zu wirthschaftlichen Zwecken benutzt, oder die Wirthschaft nur während



der Innungsversammlungen ausgeübt werden solle. Wenn man das Haus etwa als ein Heim für die sämmtlichen Innungen betrachten wolle, so würde er das nicht für richtig halten, da er angenommen habe, es solle nur den Versammlungen der Innungen dienen, bei welcher Gelegenheit allerdings etwas gereicht werden könne. — Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, es sei bisher überhaupt noch von keiner Seite angeregt worden, daß in dem Hause ein Wirthschaftsbetrieb gebuldet werden möchte, im Gegentheile wollen die Innungen ihre Versammlungen nicht gern immerfort im Wirthshause abhalten. Würden die Innungen aber, wenn auch nur zeitweise, den Wirthschaftsbetrieb einführen wollen, so müßten sie dieserhalb erst den Magistrat fragen und dieser würde das Gesuch ablehnen. — Herr Nieß will auch noch hervorheben, daß es der dringende Wunsch der Innungen sei, dort keinen Wirthschaftsbetrieb einzurichten. Seines Wissens beabsichtigen dieselben das Aus- und Einschreiben der Lehrlinge und Junggesellen dort vorzunehmen, und dazu empfehle es sich, ein Local ohne Wirthschaftsbetrieb zu wählen, weil es vorgekommen sei, daß die jungen Leute in beraushtem Zustande vor den Tisch getreten seien, was man gern vermeiden möchte“.

In der Erinnerung an diese damalige Unterhaltung habe die Statutencommission in der Sitzung vom 21. August d. Js. vorgeschlagen, einen entsprechenden Zusatz in den Vertrag aufzunehmen, der auch die Genehmigung der Versammlung gefunden habe. Inzwischen habe sich nun aber herausgestellt, daß unter gewissen Verhältnissen doch ein gerechtfertigtes Bedürfniß zur Abgabe von Erfrischungen an die Innungsmitglieder vorliege, jedoch sei nach den oben angeführten Verhandlungen die Entrüstung, welche sich nach der Presse in den Kreisen der Innungsmitglieder über die fragliche Vertragsbestimmung gezeigt haben solle, nicht gerechtfertigt gewesen. (Zustimmung.) Die zuständigen Organe hätten, wenn die Verhandlungen vom 15. November 1900 ihrer Anschauung zuwider gewesen wären, beim Magistrate noch einmal vorstellig werden können, ehe sie ihrer Entrüstung Ausdruck gegeben hätten; da das nicht geschehen sei, habe die Commission geglaubt, daß der Zusatz der Sachlage entspreche. Man müsse nun aber anerkennen, daß für längere Sitzungen wohl ein Bedürfniß vorliegen könne, eine Erquickung zu sich zu nehmen und habe sich die Statutencommission bemüht, eine Grenze in der Verabreichung solcher Erquickungen zu finden, wie sie der Sachlage entspreche. Einen Wirthschaftsbetrieb im eigentlichen Sinne des Wortes wolle man nicht; wo sei nun aber die Grenze zwischen einem Wirthschaftsbetriebe und einer an sich wünschenswerthen Verabreichung von Speisen und Getränken? Da sich solche Bestimmung kaum werde finden lassen, so müßte die in den Vertrag aufzunehmende Bestimmung immerhin eine solche sein, daß die Erlaubniß zum beschränkten Wirthschaftsbetriebe jederzeit zurückgezogen werden könne. Aus diesem Grunde schlage die Statutencommission vor, folgende Bestimmung in den Miethvertrag aufzunehmen:

„Die Verabreichung von Speisen und Getränken gegen Entgelt ist gelegentlich der Sitzungen statthaft. Der Magistrat ist befugt, derartige Verabreichungen zu untersagen“.

Dabei spreche aber die Statutencommission die Meinung aus, daß eine Unter-  
sagung nur stattfinden werde, wenn mit der Erlaubniß Mißbrauch getrieben werden  
sollte, also wenn z. B. eine geheime Wirthschaft dort geführt würde u. dgl. m.

Herr Rieß stimmt den Ausführungen des Herrn Wolff zu. Man wünsche  
einen eigentlichen Wirthschaftsbetrieb nicht, sondern es solle nur erreicht werden,  
denjenigen Herren, welche z. B. mit dem Quartale der Baugewerkeninnung zu  
thun haben, eine Erfrischung zu bieten, wenn sie von Nachmittags 4 Uhr bis  
Abends 8 Uhr ununterbrochen im Gildehause beschäftigt seien. Man sei in den  
Innungen sogar der Ansicht gewesen, daß die städtischen Behörden gar nicht ver-  
bieten könnten, wenn eine Innung ihrem Voten aufgabe, ihr Flaschenbier zu ver-  
schaffen, jedoch haben die Innungen solche Ermächtigung nicht ertrogen, sondern  
sie in Uebereinstimmung mit den städtischen Behörden erbitten wollen. Wenn auch  
zugegeben werden müsse, daß Innungsmitglieder, mangels parlamentarischer  
Schulung, sich in der Form einmal vergriffen haben können, so müsse er doch  
constatiren, daß von einer großen Aufregung in der Versammlung keine Rede sein  
könne. (Rufe: Presse!)

Herr Bues hat gegen den Antrag der Statutencommission nichts einzuwenden  
und möchte nur bemerken, daß die Bestimmung in den Miethvertrag wesentlich  
mit dadurch gekommen sei, weil von den Innungen als Beitrag zu dem Innungs-  
hause auf den Castellan ein Zuschuß in Höhe von 500—600 M gerechnet sei.  
Hiermit wäre aber eine Verpachtung der Wirthschaft gleichbedeutend gewesen und  
das habe man vermeiden wollen. Diese Mittheilung habe er in bestimmter Form  
von zuverlässiger Seite erhalten, so daß er nicht daran gezweifelt habe. (Wider-  
spruch.) Die Vorsicht, daß den jungen Leuten bei dem Aus- und Einschreiben  
nichts gereicht werden dürfe, sei auch schon früher bei der Baugewerkeninnung  
beobachtet worden. Nichts destoweniger sei aber dagegen nichts einzuwenden ge-  
wesen, wenn während der Innungssitzungen ein Glas Bier gereicht würde. Hier  
habe aber anscheinend die Absicht vorgelegen, einen Wirthschaftsbetrieb zu eröffnen.  
(Widerspruch.)

Herr Meyerhoff: Wenn Herr Bues sage, die Innungen hätten in dem  
Gildehause einen vollen Wirthschaftsbetrieb einrichten wollen, so behaupte er, daß  
das nicht zutrefte. Außerdem möchte er zur Erwägung verstellen, ob denn der  
Wirthschaftsbetrieb eine so große Berechtigung habe, vor allen anderen Gewerben  
geschützt zu sein; wer schütze denn andere Gewerbe vor der Concurrenz? Hier  
befinde sich Herr Bues auf dem Holzwege. Die Entrüstung sei in der Ver-  
sammlung der Innungen allgemein gewesen, weil man geglaubt habe, es handle  
sich bei dem Beschlusse um eine Bevormundung. Herr Rieß könne das nicht

wissen, weil er erst später in die Versammlung gekommen sei. Redner habe sich Mühe gegeben, die Leute von Schritten abzuhalten, welche nach Außen unangenehm wirken könnten; später seien die Innungsmitglieder dann auch willfährig geworden. Es sei Niemand in den Sinn gekommen, dort ein Kneiplocal zu errichten, und habe Herr Nieß f. B. nur sagen wollen, daß den Lehrlingen nichts verabreicht werden dürfe. Er sei dazu ausersehen gewesen, als Verwalter des Hauses zu fungiren und müsse deshalb wohl wissen, was man dort beabsichtigt habe. In Hamburg habe man den Innungen vom Senate ein Haus zu einem jährlichen Miethbetrage von 3 M überlassen, während hier die Stadt 2500 M für die Hergabe des Gebäudes jährlich erhalten werde. Die Innungen seien auch gern bereit, ihren Antheil dazu beizutragen und habe noch Niemand geäußert, dort billiger zu sitzen. In Hamburg spiele allerdings der Hauswart zugleich den Wirth und erhalte derselbe von jeder dort verzehrten Flasche Bier 2 S. In den hiesigen Innungsversammlungen gehe es aber genau so, wie in der Stadtverordnetenversammlung: Jeder sei froh, wenn die Sitzung geschlossen sei und er fortgehen könne, so daß an ein nachheriges Kneipen im Gildehause nicht gedacht werde. Einer Aeußerung des Herrn Nieß gegenüber wolle er noch erwähnen, daß die Quartalsitzungen oft schon Morgens um 8 Uhr und nicht erst Nachmittags um 4 Uhr beginnen, und daß die Herren, namentlich wenn Prüfungen in Frage kommen, oft von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr in der Innung beschäftigt seien. Wenn nun ein Magistratsmitglied geäußert haben solle, es könnte sich Jeder seine Flasche Bier mitbringen (Heiterkeit), so wolle er dazu bemerken, daß ein solches Vorgehen doch wohl etwas absonderlich aussehn müßte und er wissen möchte, was das Magistratsmitglied dazu sagen würde, wenn man ihm solches zumuthen würde. Im Uebrigen könne er erklären, daß die Innungen mit dem Antrage der Statutencommission vollständig zufriedengestellt sein würden.

Herr Frühling möchte sich die Anfrage erlauben, ob in dem Miethvertrage Vorsorge getroffen sei, daß das Haus, welches wahrscheinlich eine Sehenswürdigkeit Braunschweigs bilden werde, auch innen besichtigt werden könne, soweit dort nicht Sitzungen stattfinden. Er habe sich überzeugt, daß das Innere des Hauses ebenso interessant sei, wie dessen Aeußeres. Sollte solche Vorsorge nicht getroffen sein, so möchte er fragen, ob dem Magistrate die nöthige Befugniß nicht noch eingeräumt werden könne. Den Gegenstand einer zweiten Frage bilde der Baum, welcher leider das Haus decke (Widerspruch), und möchte er wissen, ob es sich nicht empfehle, denselben wesentlich auszuheuen und zu stützen, damit man den schönen Bau besser sehen könne. (Widerspruch.)

Herr Alßmann will darauf hinweisen, daß auf eine Aeußerung des Herrn Bues, nach welcher ursprünglich von den Innungen geplant sei, von dem Hauswart eine Entschädigung oder Miethe von 500—600 M zu nehmen, keine Antwort erteilt worden sei. Wenn das zutrefte, so müßten die Herren auf einen schwung-

vollen Handel mit Speisen und Getränken gerechnet haben, was doch die städtischen Behörden gerade nicht gewollt haben. Andererseits habe es wohl jedes Mitglied der Versammlung als selbstverständlich erachtet, daß die an den Innungsverksammlungen theilnehmenden Personen ihr Bedürfniß nach Speise und Trank dort befriedigen können, zumal ja auch ein Willkommmentrunk müsse gegeben werden können. Anscheinend habe aber doch wohl die Absicht vorgelegen, dort eine Wirthschaft einzurichten. Wenn das nun nicht geglückt sei, so werden die Herren darüber nicht böse sein, da doch in allernächster Zeit in unmittelbarster Nähe ein sehr schönes Restaurant eröffnet werden würde, das ja auch die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung benutzen könnten. (Weiterkeit.)

Herr Bürgermeister Metemeyer möchte auf die Anfrage des Herrn Frühling bemerken, daß in dem Miethvertrage eine Bestimmung wegen Besichtigung des Hauses nicht enthalten sei, daß indessen eine solche Bestimmung sehr zweckmäßig sein würde, weil thatsächlich das Innere des Hauses durchaus sehenswerth sei. Die Handwerkskammer werde auch kaum Bedenken gegen eine solche Vertragsbedingung haben, weshalb mit ihr wegen Aufnahme derselben in Verhandlung getreten werden solle. Mit dem vor dem Hause stehenden Baume habe sich der Magistrat auch schon beschäftigt und sei von einer Beseitigung des Baumes Abstand genommen worden. (Zustimmung.) Die Frage, ob der Baum von seinen unteren Zweigen befreit werden solle, wolle man erst nach Fertigstellung des Hauses entscheiden.

Herr Meyerhoff will noch mittheilen, daß der Hauswart mit den Innungen nur insofern zu thun habe, als er Botendienste für sie besorge; im Uebrigen stehe derselbe mit festem Gehalte im Dienste der Handwerkskammer, so daß die Innungen gar keine Einwirkung auf sein Einkommen haben können.

Nach Annahme eines Schlußantrages wird die Magistratevorlage genehmigt.

## XXII. Neueintheilung der Wahlbezirke der Stadt.

In Gemäßheit der Bestimmungen im §. 3 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig vom 24. März 1893 betreffend, ist die Stadt Braunschweig in 4 Wahlbezirke mit je 2 Districten so einzutheilen, daß auf jeden Bezirk eine annähernd gleich große Zahl von Wahlberechtigten in den einzelnen Classen entfallen. Nach §. 5 des Statuts sind alle zehn Jahre die Grenzen der Bezirke und Districte auf ihre andauernde Richtigkeit zu prüfen und nach Bedarf neu zu ordnen. Bei der deshalb vorgenommenen Revision hat sich nun herausgestellt, daß namentlich die östlichen Districte der Stadt nicht unwesentlich zugenommen haben, während die übrigen Districte sich annähernd gleich geblieben sind. Unter diesen Umständen ist eine Verschiebung der Bezirke und zugleich eine Aenderung des §. 4 des Statuts nothwendig geworden. Die Versammlung wird ersucht, diese Angelegenheit zu prüfen und zu begutachten, sowie eventuell die Aenderung des betreffenden Statuts vom 1. April 1903 ab zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, wird den Aenderungsanträgen zugestimmt.

### XXIII. Besichtigung des 6. Deutschen Fortbildungschultages.

Am 4. und 5. October d. Js. wird in Düsseldorf der 6. Deutsche Fortbildungschultag abgehalten werden. Die Hauptgegenstände der Tagesordnung sind: der gesammte Unterrichtsplan für Zeichnen in der obligatorischen Gewerbe-Fortbildungsschule mit drei Jahresklassen und die Fortbildungsschule für Mädchen. Da beide Themata angesichts der Entwicklung, welche das gewerbliche Fortbildungsschulwesen hier zu nehmen beginnt, die Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung in hohem Grade in Anspruch nimmt, so hält es der Magistrat für erwünscht, daß den Herren Stadtrath Meyer, Professor Schaarschmidt und Director Leitzen Gelegenheit gegeben werde, den Fortbildungschultag zu besuchen. Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Entsendung der drei Herren nach Düsseldorf einverstanden zu erklären und die Reisekosten zu annähernd 270 M zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Blasius ist bei der Besprechung der Angelegenheit in der Statutencommission von einer Seite angeregt worden, ob es nicht wünschenswerth wäre, auch einige Stadtverordnete zu der Versammlung zu entsenden. Die Schulcommission, der diese Anregung bekannt gegeben sei, habe aber gemeint, daß es ausreiche, wenn die genannten drei Herren abgeordnet würden, da es sich bei den Verhandlungen doch immer nur um vorbereitende Schritte handle.

Herr Ahmann will mittheilen, daß er den Vorschlag in der Statutencommission gemacht habe und denselben auch noch für zweckmäßig halte. Da die Kosten für zwei Stadtverordnete nur 180 M betragen, so dürfte diese Ausgabe nicht in die Wagschale fallen, namentlich gegenüber dem Vortheile, daß zwei Männer aus dem praktischen Leben dort Anregung erhalten und geben können. Er beantrage daher, neben den drei genannten Herren noch zwei Stadtverordnete nach Düsseldorf abzuordnen.

Herr Brückmann möchte diesen Vorschlag unterstützen. Es könne nichts schaden, wenn einige Mitglieder der Versammlung mit nach Düsseldorf abgeordnet würden, zumal die Herren Stadtrath Meyer und Schuldirector Schaarschmidt Gegner des obligatorischen Unterrichtes in der Fortbildungsschule seien.

Nach Ablehnung des Antrages Ahmann wird der Magistratsvorlage zugestimmt.

### XXIV. Antrag Riecke: Befreiungen von der Hundesteuer.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, in Anbetracht der vielen Hundesteuer-Erlassgesuche sich damit einverstanden zu erklären, daß

alle Einwohner, die an Straßen oder Interessentenwegen wohnen, welche von Wächtern nicht begangen werden, je einen Hund steuerfrei haben, und dementsprechend dem §. 65 der Sammlung der Statuten der Stadt Braunschweig einen Absatz 3 mit der beantragten Maßregel anzufügen“.

Wie Herr Kiefe zur Begründung des Antrages ausführt, sei es als eine Härte zu betrachten, daß man den Leuten, welche an unbewachten Straßen wohnen, nicht wenigstens einen Wachhund steuerfrei lasse. Da der Erlass dieser Steuer auf den städtischen Etat nicht einwirke und es der Gerechtigkeit und Billigkeit entspreche, den Anwohnern, welche weder eine nächtliche Bewachung, noch eine Beleuchtung ihrer Straße haben, die Steuer für einen Hund zu erlassen, so bitte er um Unterstützung und demnächstige Annahme seines Antrages.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

## XXV. Antrag Blasius: Beseitigung von Verkehrsstörungen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, geeignete Schritte zu thun, daß die Verkehrsstörungen besonders im Betriebe der elektrischen Straßenbahn, hervorgerufen durch Rangiren von Eisenbahnzügen an der Kreuzungsstelle der Landeseisenbahn mit der Cellerstraße, auf ein möglichst geringes Maß beschränkt werden“.

Zur Begründung führt Herr Blasius aus, daß es ihm in den letzten Wochen mehrfach unangenehm aufgefallen sei, wie die Wagen der Strecke nach Delper in den Weichen 6 bis 8 Minuten haben warten müssen, weil an der Cellerstraße der Uebergang über die Landeseisenbahn in Folge Rangirens von Zügen gesperrt worden sei. Wenn man bei solchen Uebergängen im Straßenniveau auch damit rechnen müsse, daß dieselben bei der Durchfahrt von Zügen einige Minuten gesperrt würden, so dürfte doch die Sperrung durch das Rangiren von Zügen nicht stattfinden. Da die Direction der Straßeneisenbahn-Gesellschaft schon vergeblich versucht haben solle, Abhülfe zu schaffen, so beantrage er, den Magistrat zu ersuchen, die entsprechenden Schritte zu thun.

Den ausreichend unterstützten Antrag erhält die Finanzcommission zur Vorberathung.

## XXVI. Anfrage Löschigk: Benutzung der Bammelsburgerbrücke.

Wie Herr Löschigk zur Begründung der Anfrage:

„Ist die Bammelsburgerbrücke für den gesammten Wagenverkehr freigegeben, oder nur in beschränktem Umfange?“

ausführt, seien verschiedene Einwohner von der Polizei bestraft worden, welche nach dem Passiren der Brücke mit ihren Fuhrwerken über die Promenade ihren Weg in die Stadt genommen haben. Man habe die Brücke doch wohl so groß gebaut, um durch sie jene Gegend für den Fuhrverkehr aufzuschließen. Wenn aber die kleine Promadenstrecke für den Fuhrverkehr nicht allgemein freigegeben werde, so sei der Zweck der Brücke nicht voll erreicht worden. Bei der Ferdinandbrücke dürfe man doch auch einen Theil der Promenade mit Lastfuhrwerk befahren (Widerspruch), wenn nicht, so müßte auch darauf gedrungen werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann die gestellte Frage mit gutem Gewissen bejahend beantworten; dagegen sei es allerdings verboten, die Promenade auch an der Ferdinandbrücke mit Lastfuhrwerk zu befahren. Weil aber der Zweck der Brücke unter solchen Verhältnissen ein ziemlich illusorischer sein würde, so habe der Magistrat mit der Herzoglichen Baudirection schon Verhandlungen eingeleitet wegen stadtseitiger Uebernahme des betr. Theiles der Promenade am Gaußberge, jedoch seien diese Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

#### XXVII. Antrag Sander: Verwendung von Petroleum-Glühlichtlaternen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, statt der in der Vorlage vom 15. September 1902 projectirten Beschaffung von gewöhnlichen Petroleumlaternen versuchsweise Petroleum-Glühlichtlaternen aufstellen zu lassen“.

Nach kurzer Begründung durch Herrn Sander wird der genügend unterstützte Antrag der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

#### XXVIII. Vermietbung des Rathskellers.

Auf Ersuchen des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer wird die Vorlage in die vertrauliche Sitzung verwiesen.

Darauf erfolgte Schluß der öffentlichen Sitzung.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

1902/1903.N<sup>o</sup> 7.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. October 1902.

---

#### Tagesordnung:

|                                                                                                                         |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Plattenbelag auf einem Theile des Altwiekringes . . . . .                                                            | Seite 122 |
| II. Aufwendungen für die öffentlichen Spielplätze. . . . .                                                              | " 122     |
| III. Erhöhung des Rabatts und Einführung von Prämien für Entnahme elektrischer Energie zu Beleuchtungszwecken . . . . . | " 123     |
| IV. Antrag Blasius: Beseitigung von Verkehrshindernissen . . . . .                                                      | " 130     |
| V. Antrag Riecke: Befreiungen von der Hundesteuer . . . . .                                                             | " 131     |
| VI. Antrag Sander: Verwendung von Petroleum-Glühlampen . . . . .                                                        | " 132     |
| VII. Einrichtung einer neuen Bürgerwehr . . . . .                                                                       | " 133     |
| VIII. Beschaffung von Luftmessern für die Gasanstalten . . . . .                                                        | " 134     |
| IX. Aufstellung von Hydranten und Einfriedigung d. des alten Wasserwerkes . . . . .                                     | " 134     |
| X. Vermehrung des Lehrpersonals bei der Oberrealschule . . . . .                                                        | " 134     |
| XI. Erweiterung der höheren Mädchenschule . . . . .                                                                     | " 135     |
| XII. Antrag Stegmann: Fleischvertheuerung . . . . .                                                                     | " 142     |
| XIII. Antrag Mann: Anstellung von Schulärzten. . . . .                                                                  | " 146     |
| XIV. Antrag Stegmann: Bau einer zweiten Freibadanstalt . . . . .                                                        | " 146     |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer und von Frankenberg, sowie Reg.-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Buchler und Götke; später erscheinen die Herren Semler und Blasius.

Die Versammlung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

### I. Plattenbelag auf einem Theile des Altwiekringes.

Auf den Antrag verschiedener Anlieger des Altwiekringes beabsichtigt der Magistrat, den Altwiekring auf der Strecke zwischen Kastanienallee und Leonhardstraße mit Platten zu belegen. Unter den auf 8700 M veranschlagten Kosten befinden sich 1400 M, welche durch die Herstellung des breiteren Plattenbelages an den Straßenkreuzungen erwachsen. Der Magistrat empfiehlt, den Plattenbelag zu genehmigen, diese Mehrkosten stadtseitig zu übernehmen und den Anliegerbeitrag auf 9,<sup>20</sup> M festzusetzen.

Wie Herr Gehling berichtet, giebt die Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen. Wenn es bisher auch nicht allgemein üblich gewesen sei, solche Mehrkosten auf die Stadtcasse zu übernehmen, so glaubte man hier mit Rücksicht auf die vielen Straßenkreuzungen eine Ausnahme machen zu können.

Die Vorlage wird genehmigt.

### II. Aufwendungen für die öffentlichen Spielplätze.

Der hier bestehende Ausschuß für Volks- und Jugendspiele hat gebeten, die öffentlichen Spielplätze (Amalienplatz, kl. Exercierplatz und Leonhardplatz) während der Abhaltung von Jugendspielen für den öffentlichen Verkehr zu sperren. Wenn sich auch der Magistrat nicht dazu verstehen konnte, diesem Antrage zu entsprechen, so hält er es doch für zulässig und zweckmäßig, durch öffentliche Anschläge das Publicum zu ersuchen, die Plätze während des Spielbetriebes zu meiden und zu dem Zwecke auf denselben Inschrifttafeln aufzustellen, deren Kosten zu 360 M veranschlagt sind. Auf Wunsch des genannten Ausschusses hat der Magistrat ferner beschlossen, zunächst auf einem der Plätze einen Hydranten mit Zapfhahn aufstellen zu lassen, dessen Kosten zu 350 M veranschlagt sind. Der Versammlung wird anheimgegeben, die beiden Beträge mit 710 M zu bewilligen.

Was die seit Jahren geplante Instandsetzung des Leonhardplatzes betrifft, so ist von der städt. Bauverwaltung zwar ein zu 62500 M veranschlagtes Project vorgelegt, jedoch seitens des Ausschusses gebeten worden, von dessen Ausführung

Abstand zu nehmen. Nachdem nun der Platz ringsum mit Bäumen bepflanzt ist, empfiehlt der Magistrat, von einer weiteren Instandsetzung vorläufig überhaupt Abstand zu nehmen, zumal der Platz für die jetzt alljährlich stattfindenden Pferdemusterungen unentbehrlich ist.

Auf Empfehlung des Herrn Rieß, welcher für die Baucommission berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

### III. Erhöhung des Rabatts und Einführung von Prämien für Entnahme elektrischer Energie zu Beleuchtungszwecken.

Die Straßeneisenbahn-Gesellschaft hat bezüglich des Electricitätswerks beantragt, den zur Zeit gewährten Rabatt für Entnahme von elektrischer Energie zu Beleuchtungszwecken zu erhöhen und außerdem eine Prämie für umfangreiche Benutzung der Gesamtanlage in einem Grundstück einzuführen, diesen erhöhten Rabatt, sowie die Prämie aber auf die etwa erfolgende Straßenbeleuchtung keine Anwendung finden, die in dem betreffenden Vertrage vereinbarten desfallsigen Bedingungen vielmehr bestehen zu lassen.

Aus der Begründung der Anträge wird Folgendes hervorgehoben: Was zunächst die Erhöhung des Rabatts und die Einführung von Prämien anbelangt, so handelt es sich dabei um die Gewinnung solcher großen Etablissements, die einen bedeutenden Stromverbrauch haben und für welche es vorteilhafter sein würde, eine eigene elektrische Anlage einzurichten, wenn die zur Zeit bestehenden Rabattsätze einfach bestehen bleiben. Die Prämie, welche, wenn dieselbe weniger als 2 % betragen würde, nicht berücksichtigt werden soll und den Satz von 15 % nicht übersteigen darf, bezweckt, denjenigen Abnehmern von elektrischem Strom, welche die Gesamtanlage des Grundstücks durchschnittlich viele Stunden in Benutzung nehmen, Vorteile zu gewähren denjenigen gegenüber, welche ihre Anlage nur wenig benutzen. Für beide Arten der Abnehmer muß aber das Electricitätswerk die ganze Energie, welche die Anlage erfordert, in Bereitschaft halten, woraus folgt, daß bei geringerer Benutzung eine verhältnismäßig stärkere Belastung des Electricitätswerkes vorhanden ist.

Als Prämie soll für je 150 durchschnittliche Benutzungsstunden der Anlage 1 % des nach Abzug des Rabatts verbleibenden Betrages gewährt werden. Wie die durchschnittliche Benutzungsdauer in Stunden ermittelt wird, wird nachstehendes Beispiel erläutern: In einem Grundstücke sind 20 Glühlampen zu je 16 Kerzen Lichtstärke angeschlossen. Diese erfordern einen stündlichen Energieverbrauch von rund 11 Hektowatt; wenn nun am Schlusse des Rechnungsjahres die Gesamtanlage 1100 Hektowatt in Anspruch genommen hat, so würde sich eine durchschnittliche Benutzungsdauer von  $1100 : 11 = 100$  Stunden ergeben.

Der zur Zeit bestehende Rabatt für elektrische Beleuchtung beträgt im Höchst-  
saze 25 % und soll für größere Abnehmer auf 30 % und 35 % erhöht werden.

Der Magistrat ist geneigt, den vorstehenden Anträgen der Straßeneisenbahn-  
Gesellschaft zuzustimmen, da er die vorgebrachten Gründe anerkennen muß. Es liegt  
einerseits im Interesse des Elektrizitätswerks, größere Abnehmer zu gewinnen, um  
die Leistungsfähigkeit desselben mehr ausnützen zu können, andererseits ist es auch  
für die Stadt wegen der von derselben zu beanspruchenden Abgabe von der  
Bruttoeinnahme von Vortheil.

Was den Antrag, die einzuführenden erhöhten Rabattsätze und die Prämien  
nicht auf die Straßenbeleuchtung anzuwenden, betrifft, so scheint es dem Magistrate  
billig, dem Antrage zuzustimmen und zwar unter Berücksichtigung des Umstandes,  
daß sowohl Glühlampen, als auch Bogenlampen einschließlich der zugehörigen  
Leitungen, sowie die Unterhaltung dieser Anlagen von dem Elektrizitätswerke  
kostenlos geliefert werden müssen. Außerdem wird in absehbarer Zeit die Be-  
leuchtung der Straßen durch Elektrizität wohl nicht erforderlich werden. Ein-  
tretendenfalls würde man auch eine neue Vereinbarung treffen können.

Bei Annahme der Anträge würden die Absätze 1 und 2 des §. 14 des Ver-  
trages zwischen der Stadt und der Straßeneisenbahn-Gesellschaft vom 16. Juni  
1898, sowie im §. 5 der Lieferungsbedingungen der Absatz A eine Aenderung  
erfahren müssen. Der Magistrat giebt deshalb anheim, den vorbenannten Anträgen  
zuzustimmen und nachstehende Aenderungen in dem Vertrage u. zu genehmigen:

§. 14 des Vertrages: Die Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„Für das Verhältniß zwischen der Unternehmerin und den Abnehmern gelten  
die als Anlage beigefügten Stromlieferungsbedingungen.

a. Für Stromlieferung zur Beleuchtung von Straßen, Plätzen und öffentlichen  
Park- und Garten-Anlagen sollen die für die übrigen Abnehmer geltenden  
Bestimmungen und Tariffsätze mit der Maßgabe Anwendung finden, daß nur  
nachstehender Rabatt gewährt wird:

Bei einem jährlichen Verbrauch über 10000 bis 15000 Hektowattstunden  
= 10 %, über 15000 bis 20000 Hektowattstunden = 15 %, über 20000 bis  
25000 Hektowattstunden = 20 %, über 25000 Hektowattstunden = 25 %. Bei  
der Berechnung des für die Höhe des Rabatts maßgebenden jährlichen Strom-  
verbrauchs der installirten Lampen soll die elektrische Beleuchtung von Straßen,  
Plätzen und öffentlichen Park- und Garten-Anlagen als ein Ganzes angesehen  
werden. Prämien werden außerdem nicht gewährt.

b. Für Stromlieferung zur Beleuchtung von städtischen Gebäuden, soweit  
dieselben für städtische Zwecke verwendet werden und nicht etwa an andere Unter-  
nehmer verpachtet oder vermietet sind, sowie zu sonstigen städtischen Verwendungen  
sollen die für die übrigen Abnehmer geltenden Bestimmungen, Tariffsätze, Rabatte

und Prämien Geltung haben. Die Rabatte und Prämien werden jedoch nach der für jedes selbständige Grundstück sich ergebenden Elektrizitätsmenge besonders berechnet. Neben den unter a und b bezeichneten Rabatten und Prämien wird der Stadt ein weiterer Abzug von 20 % von denjenigen Beträgen gewährt, welche sich nach Abzug des Rabatts, bezw. nach Abzug des Rabatts und der Prämien ergeben.

Abſatz 3 und 4 bleiben unverändert.

§. 5 der Lieferungsbedingungen erhält als Eingang und unter „A. Für elektrische Beleuchtung“, folgende Fassung: „Bei größerer Stromentnahme werden nachstehende Rabatte und Prämien gewährt:

A. Für elektrische Beleuchtung. 1) Rabatt. Bei einem jährlichen Stromverbrauch über 10 000 bis 15 000 Hektowattstunden = 10 %, über 15 000 bis 20 000 Hektowattstunden = 15 %, über 20 000 bis 25 000 Hektowattstunden = 20 %, über 25 000 bis 40 000 Hektowattstunden = 25 %, über 40 000 bis 100 000 Hektowattstunden = 30 %, über 100 000 Hektowattstunden = 35 %.

2) Prämien. Am Schlusse des Rechnungsjahres wird auf die nach vorstehendem Tarif zu zahlenden Beträge eine nach der jährlichen durchschnittlichen Benutzungsdauer der in der betreffenden Anlage angeschlossenen Hektowatts sich berechnende Prämie gewährt. Die Prämie beträgt: Bei je 150 jährlichen Benutzungsstunden des angeschlossenen Hektowatts 1 %. Die durchschnittliche Benutzungsdauer in Stunden des angeschlossenen Hektowatts ergibt sich am Schlusse des Rechnungsjahres durch Division des Jahresverbrauchs in Hektowatts durch den Anschlußwerth in Hektowatts; der Anschlußwerth wird berechnet nach Zahl und Energie-Verbrauch der Lampen. Prämien unter 2 % und mehr als 15 % werden nicht gewährt. — Im Uebrigen bleibt §. 5 unverändert.

Schließlich bemerkt der Magistrat noch, daß die Straßeneisenbahn-Gesellschaft beantragt hat, für den Betrieb von Aufzugsmotoren den zur Zeit bestehenden Tariffatz von zwei Pfennig pro Hektowatt auf 6 Pfennig, also den Tariffatz für Beleuchtungszwecke, zu erhöhen, daß der Magistrat aber den Antrag abgelehnt hat, da ihm ein genügender Anlaß nicht vorhanden zu sein scheint.

Zum §. 9 des Vertrages wird dann noch beantragt, daß für die Prüfung der ausgeführten Hauseinrichtungen die bisherigen Sätze um die Hälfte ermäßigt werden sollen und demnach betragen: Für jede 16kerzige Glühlampe 50  $\mathcal{M}$ , für jede Bogenlampe 3,75  $\mathcal{M}$ , für eine Motor-Anlage 2 1/2 % des Kostenanschlages. Der Mindestbetrag soll 3  $\mathcal{M}$ , der Höchstbetrag 50  $\mathcal{M}$  betragen. Die neuen Bestimmungen sollen am 1. April 1903 in Kraft treten.

Namens der Finanzcommission berichtet über diese Vorlage Herr Fudel: Was zunächst die Einführung der Prämien anlangt, so handelt es sich darum, daß

als Einheitsfuß angesehen wird, wenn die sämmtlichen in einer Anlage angeschlossenen Lampen 150 Stunden im Laufe eines Jahres gebrannt haben. Wenn z. B. in einer Anlage 10 Lampen sind, und jede Lampe hat eine Stärke von 10 Normalkerzen, so würde das einem Verbrauch von 100 Normalkerzen in der Stunde entsprechen. Eine Normalkerze verbraucht aber rund  $3\frac{1}{2}$  Watt, was in einer Stunde 350 Watt ausmacht und in 150 Stunden als Einheit 525 Hektowatt. Würde also der Jahresverbrauch 525 Hektowatt betragen und bezahlt werden, so wäre eine Prämie nicht zu berechnen, würden aber 2625 Hektowatt verbraucht sein, so würde dafür, als für das Fünffache der Einheit, eine Prämie von 5 % zu bezahlen sein. Diese Vergütung ist von dem Elektrizitätswerke mit Rücksicht darauf gewünscht, daß dasselbe bei der Anlage schon größere Kosten für solche Anlagen hat aufwenden müssen, die eine größere Anzahl von Lampen enthalten, und daß das Werk gezwungen ist, für die Möglichkeit, daß sämmtliche Lampen gleichzeitig brennen sollten, einen Vorrath zu halten, obwohl eine Ausnutzung des Stromes in der verschiedensten Weise stattfindet, indem der Eine die Anlage wenig, der Andere mehr ausnützt. Es soll also eine Prämie für Diejenigen gegeben werden, welche ihre Gesamtanlage ganz ausnützen. —

Die Finanzcommission empfiehlt ihrerseits, diesem Wunsche zu entsprechen.

Was die Aenderung des Vertrages betrifft, so könnte die Fassung des §. 14 unter b. „für Stromlieferung zur Beleuchtung von städtischen Gebäuden, soweit dieselben für städtische Zwecke verwendet werden und nicht etwa an andere Unternehmer verpachtet oder vermietet sind . . .“ zu der Auffassung Veranlassung geben, als ob diesen Unternehmern der Rabatt und die Prämie nicht bewilligt würden, was aber nicht gemeint ist. Es wird daher wünschenswerth sein, wenn hier eine kleine Aenderung in der Fassung vorgenommen wird, damit dieser Zweifel ausgeschlossen wäre.

Auch der §. 5 der Lieferungsbedingungen könnte zu Unklarheiten und Zweifeln Veranlassung geben. Es ist nun schon auf die verschiedenste Weise versucht worden, und zwar nicht nur hier, sondern auch in anderen Städten, eine Fassung zu finden, welche jede Unklarheit ausschließt, jedoch ist dieses noch nicht gelungen. Die Finanzcommission ist daher der Ansicht, daß den Lieferungsbedingungen einige Beispiele beizugeben seien. Vielleicht könnte das vorhin angeführte Beispiel dazu gewählt und ihm noch ein zweites in folgender Form beigegeben werden: „Es sind in einer Anlage 22 Lampen angeschlossen, wovon 2 mit 10, 11 mit 16 und 9 mit 25 Normalkerzenstärke versehen sind. Das ergibt zusammen 421 Normalkerzen, für welche  $3,5$  Wattstunden Strom verbraucht werden, was 1474 Watt oder  $14,74$  Hektowatt ausmacht. Dieses würde als Normalverbrauch anzusehen sein. Ergiebt nun, wie in diesem Falle, der Zähler einen Verbrauch von 10408 Hekto-

watt im Jahre, so würde bei einer Einheit von 2214,5 Watttheilen eine Mehrleistung von 4,7 herauskommen, wofür eine Prämie von 4,7 % einzurechnen sein würde". — Es wird beantragt, solche Beispiele anzufügen, wozu sich auch der Magistrat schon bereit erklärt hat.

Die Finanzcommission ersucht hiernach, die gesammte Magistratsvorlage zu genehmigen.

Herr Frühling: Der sehr interessante Vortrag ist mir in seinen Einzelheiten nicht ganz klar geworden, weil er eine solche Fülle von Zahlen brachte, daß ich durch alle diese Zahlen nicht mehr durchfinden konnte. Die Sache bezweckt eine Prämienvertheilung für die größeren Verbraucher, jedoch soll die Stadt davon hinsichtlich einer einzuführenden Straßenbeleuchtung ausgeschlossen sein; ich sehe aber keinen Grund ein, weshalb das geschehen soll. In diesem Punkte würde ich daher der Vorlage nicht zustimmen können. Eine Herabsetzung der Prüfungsgebühren finde ich dagegen sehr erwünscht.

Herr Födel: Hinsichtlich der Straßenbeleuchtung hat sich nach einer genauen Berechnung der Straßeneisenbahn-Gesellschaft herausgestellt, daß für die Gesellschaft bei freier Lieferung der Kohlenliste und der Bedienung der Laternen nur eine Einnahme von 2,37  $\text{S}$  für die Seftowattstunde verbleiben würde, welchen Betrag sie nicht weiter ermäßigen könne. Der Magistrat hat dies als berechtigt anerkannt und zugestimmt, daß von einer weiteren Erhöhung des Rabatts für Straßenbeleuchtung Abstand genommen werden soll.

Herr Lange: Daß der Magistrat die Erhöhung des Tariffages für den Betrieb von Aufzugsmotoren abgelehnt hat, finde ich sehr richtig, weil die betr. Inhaber diese Anlagen unter der Voraussetzung eingerichtet haben, daß sie den Tariffag dauernd zu bezahlen haben. Wenn übrigens dem Pächter des Rathskellers nicht mitgetheilt worden ist, daß er den Rabatt nicht genieße, so wird der Mann dagegen vorstellig werden können.

Herr Födel: Selbstverständlich genießt der Pächter ebenso wie die Stadt selber den Rabatt. Der durch den neuen Vertrag erhöhte Rabatt soll nur nicht auf die Straßenbeleuchtung Anwendung finden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Es ist mir nicht recht verständlich, weshalb Herr Lange diese Frage hier bei der Abänderung des Vertrages erörtert, da es sich dabei doch nur um Vortheile für die Abnehmer handelt. Mit dem Rathskellerrwirth ist bei den Verhandlungen über den Preis der Electricität gar nicht gesprochen und wird sich derselbe schon allein darnach erkundigt haben. Selbstverständlich kann er an dem der Stadt allein zustehenden besondern Rabatt von 20 % keinen Antheil haben. Eine Aenderung dieses besondern Rabatts tritt jetzt aber auch gar nicht ein.

Herr Alßmann: Bei dieser Vorlage sind wir recht wenig über die Sachlage informiert, was sehr bedauerlich ist. Mich freut an der Vorlage besonders, daß auch die Abnahmegebühren heruntergesetzt werden sollen, denn die waren zu hoch. Im Uebrigen möchte ich Aufklärung über folgende Angelegenheit haben: Die Straßeneisenbahn-Gesellschaft soll längere Zeit hindurch unter den Rechnungen per Stempel die Bemerkung angebracht haben, daß bei einer beabsichtigten Vergrößerung der Anlage die Genehmigung der Gesellschaft einzuholen sei. Eine solche Genehmigung hat sie aber doch wohl nicht zu erteilen, sondern es kann sich nur darum handeln, daß sie über jede Aenderung informiert wird. Derartige Schreckschüsse sollte man unterlassen. Wenn man in solchen Sachen von der Straßenbahn-Gesellschaft abhängig wäre, könnte man unter Umständen in eine unangenehme Lage kommen.

Herr Frühling: Ich bestreite nicht, daß die Lichtanlage für die Straßenbeleuchtung der Gesellschaft theurer zu stehen kommt, als andere Anlagen und nicht so viel dabei verdient wird, aber ich kann dies nicht als Grund anerkennen, daß die Straßenbeleuchtung von dem Rabatt ausgeschlossen sein soll. Daß der Gesellschaft zugestandene Monopol für die elektrische Beleuchtung ist eine so große Vergünstigung für dieselbe, daß diesem Umstande im vorliegenden Falle Rechnung getragen werden muß.

Herr Meyerhoff: Da ich ebenso wie andere Mitglieder der Versammlung nicht Alles von der Vorlage verstanden habe, so möchte ich bitten, heute die Beschlußfassung darüber zurückzustellen und die Vorlage den Mitgliedern zunächst gedruckt zuzusenden.

Herr Fudel: Ich bedaure sehr, daß ich mich der Versammlung nicht habe verständlich genug machen können. Es handelt sich bei der ganzen Sache lediglich darum, daß das Elektrizitätswerk wünscht, seinen Abnehmern größere Vortheile als bisher zu gewähren. Das kann doch aber die Versammlung nur mit Freuden begrüßen, namentlich wenn die Stadt selbst keine Einbuße darunter erleidet. Durch die Mehrgewährung von Rabatt und die Einrichtung der Prämien hofft das Werk den Anschluß größerer Abnehmer zu erzielen. Hierdurch würde die Bruttoeinnahme der Gesellschaft wachsen und an dieser Einnahme hat auch die Stadt ihren 10 %igen Antheil. Andererseits wird durch die in Vorschlag gebrachten Aenderungen kein Abnehmer beschränkt oder beeinträchtigt; im Gegentheil soll Jeder, der thatsächlich mehr Energie verbraucht, oder seine Anlagen nach dem Begriffe der Gesellschaft ordnungsmäßig ausnußt, noch eine Prämie erhalten. Damit könnte man aber wohl zufrieden sein und dürfte es sich erübrigen, die Vorlage noch zu vervielfältigen.

Den Bedenken des Herrn Frühling gegenüber will ich noch besonders erwähnen, daß die Straßeneisenbahn-Gesellschaft bei der Straßenbeleuchtung noch

die Verpflichtung übernommen hat, die Kohlenstifte zu liefern, die Bedienung zu stellen und die Installationskosten zu tragen, Bedingungen, welche doch berücksichtigt werden müssen. Diese Kosten berechnen sich nach der Angabe der Gesellschaft auf 1,<sup>43</sup>  $\text{S}$  pro Hektowatt, um welchen Betrag sich also der Preis ermäßigt. Aus diesem Grunde scheint es richtig zu sein, vorläufig von einer weiteren Vergrößerung des Rabatts in Bezug auf die Straßenbeleuchtung abzusehen.

Vorsitzender: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß hierbei nicht der finanzielle Gesichtspunkt, also die Frage maßgebend war, ob die Gesellschaft dabei herauskam oder nicht, sondern daß es sich darum handelte, daß wir uns die günstige Position, auch bei der Straßenbeleuchtung als Theilnehmerin am Vertrage zu fungiren, sichern wollten.

Herr Löschigt: Nach meinem Gefühle sind wir von der Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung trotz unserer günstigen Position zur Gesellschaft nur durch den hohen Preis abgehalten. Lassen Sie uns daher der Gesellschaft die dringende Bitte vortragen, die erweiterten Rabattsätze auch für die Straßenbeleuchtung zu bewilligen, damit wir recht bald die elektrische Beleuchtung erhalten. Je mehr producirt wird, desto billiger wird die Production. Das Lichtwerk wird dabei auch nicht zu Grunde gehen.

Herr Hauswaldt: Wenn auch nur eine kleine Minorität die Vorlage nicht sollte verstanden haben, so würde der Majorität die Pflicht erwachsen, auf den Antrag Meyerhoff einzugehen. Ich halte es aber nicht für nöthig, diese umfangreiche Vorlage umdrucken zu lassen. Es handelt sich um eine Aenderung des Vertrages, welcher für die Abnehmer von Energie verbessert werden soll und können wir solcher Aenderung um so mehr zustimmen, weil wir mit der Leitung der Straßenbahn hoffen, daß durch diese Verbilligung sich ein größerer Theil der Einwohnerschaft anschließen wird und wir uns hierdurch besser stehen. Deshalb sehe ich nicht ein, weshalb es nothwendig sein sollte, die vielen Einzelheiten der Vorlage der Versammlung noch weiter zugänglich zu machen.

Vorsitzender: Ich glaube, das Interesse der Versammlung dreht sich hauptsächlich darum, ob die Magistratsvorlage in der neuen Fassung angenommen werden soll, oder ob Sie die Bedingung daran knüpfen wollen, daß die Stadt auch bei der Straßenbeleuchtung den höheren Rabatt genießen soll.

Herr Frühling: Ich stelle den Antrag, daß die Magistratsvorlage angenommen wird mit der Erweiterung, daß die Stadt ihr Meistbegünstigungsrecht behält und auch hinsichtlich der Straßenbeleuchtung an den erhöhten Rabattsätzen theilnimmt.

Herr Fiedel: Bei einer Entnahme von 460 000 Hektowatt bezahlt jetzt der Abnehmer 4,<sup>55</sup>  $\text{S}$  für eine Hektowattstunde, nach der Erhöhung des Rabatts aber 3,<sup>78</sup>  $\text{S}$ . Nach den Berechnungen der Straßeneisenbahn-Gesellschaft würden aber



die Selbstkosten des Electricitätswerks für die Straßenbeleuchtung 2,77  $\mathcal{L}$  betragen. Ich glaube also, der Satz ist schon so niedrig, daß es mir, mit Rücksicht auf die Nebenleistungen des Electricitätswerks, etwas zu viel verlangt sein würde, wollte man den erhöhten Rabatt auch noch für die Straßenbeleuchtung beanspruchen. Außerdem hat auch der Magistrat ausdrücklich erklärt, daß hinsichtlich der Straßenbeleuchtung eine neue Vereinbarung getroffen werden könne, sofern diese Frage einmal perfect werden würde.

Herr Stadtrath Haake: Ich möchte bitten, den Antrag Frühling abzulehnen. Man muß doch der Straßeneisenbahn-Gesellschaft gegenüber auch billig sein und berechnen, welche Kosten ihr für die Unterhaltung der Laternen entstehen, und welche Entschädigung sie erhält.

Herr Bürgermeister Metemeyer: Es handelt sich heute darum, sollen wir den Vertrag ändern oder nicht, denn decretiren können wir nicht, wie es gemacht werden soll. Bei Annahme des Antrags Frühling würde die ganze Vorlage abgelehnt sein. Da die Straßenbahn aber keinen Vortheil verlangt, der für übermäßig hoch angesehen werden kann und andererseits die in Aussicht genommene Verbilligung des Electricitätsverbrauchs den Abnehmern verloren gehen würde, so möchte es sich doch empfehlen, der Vorlage zuzustimmen. Wir würden nach der Vorlage neben unserem Rabatt von 20 % noch 25 % erhalten, zusammen also 45 %, ein Rabatt, mit dem wir wohl zufrieden sein können.

Herr Meyerhoff: Um eine größere Klarheit in der Angelegenheit zu schaffen, möchte ich um Unterstützung meines Antrages auf Rückverweisung der Vorlage an die Commission bitten.

Herr Frühling: Unter dem Gesichtspunkte, daß die durch die Vorlage beabsichtigte Ermäßigung der Sätze für die Abnehmer bei Annahme meines Antrages nicht zur Einführung kommen könnte, ziehe ich den Antrag zurück.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Meyerhoff abgelehnt und die Magistratsvorlage nach dem Antrage der Finanzcommission angenommen.

#### IV. Antrag Blasius: Beseitigung von Verkehrsstörungen.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 119 des Berichtes — ist von der Finanzcommission vorberathen worden und berichtet namens derselben Herr Schmidt: Der Antrag ist nicht einer momentanen Laune entsprossen, sondern das gerügte Uebel tritt chronisch auf, indem die Cellerstraße namentlich Morgens und Abends oftmals in Folge Ueberschiebens einzelner Eisenbahnwagen gesperrt wird. Mit großer Promptheit hat der Magistrat in dieser Richtung Schritte gethan und von der Direction der Braunschweigischen Landes-

eisenbahn-Gesellschaft bereits eine Antwort erhalten. Diese Antwort befriedigt mich nicht ganz, indem sie es in gewisser Weise ablehnt, daß das Uebel ein chronisches sei und meint, es käme nur hier und da einmal vor. Das trifft nach den eingezogenen Erkundigungen nicht zu. Wenn aber ein Wagen der Straßeneisenbahn auch nur 5 Minuten an einer Stelle aufgehalten wird, so ist dadurch der ganze Betrieb gestört und das muß nach Möglichkeit vermieden werden. Wir sind der Landeseisenbahn zu großem Danke verpflichtet, denn sie leistet für die Stadt mehr, als wir je erwartet haben. Was sollte wohl die Staatseisenbahn machen, wenn sie diesen Verkehr auch noch hätte bewältigen müssen. Dazu kommt, daß wir die Scherereien bei der Staatseisenbahn kennen: wir müssen häufig auf die bestellten Wagen warten, was bei der Landeseisenbahn nicht vorkommt, indem diese stets prompt bedient. Wir wollen also hier nicht erschwerende Bedingungen für die Landeseisenbahn schaffen, sondern wir wollen nur fordern, wozu wir verpflichtet und berechtigt sind. Die Störungen des Straßenverkehrs finden sich übrigens nicht nur auf der Gellerstraße, sondern auch noch an anderen Stellen der Stadt. Eine Verkehrsstörung im Umfange von 6 und mehr Minuten will die Landeseisenbahn nicht veranlaßt haben, sondern sie meint, es könne sich nur um 2—3 Minuten handeln. Dem gegenüber muß aber betont werden, daß die Störungen thatsächlich häufig im ersteren Umfange stattgefunden haben und man sich kleine Störungen auch schon gefallen lassen würde. Wenn die Direction der Landeseisenbahn schreibt, daß die Straßeneisenbahn nur ein Mal im Jahre 1901 gegen die Fahrtunterbrechungen vorstellig geworden sei, so kann ich das allerdings bestätigen, jedoch ist dieses für die Versammlung von untergeordneter Bedeutung. Da die Vorstellung des Magistrates voraussichtlich Veranlassung geben wird, daß die Verkehrsstörungen auf das Mindestmaß eingeschränkt werden, so wird anheim gegeben, den Antrag Blasius hierdurch als vorläufig erledigt zu betrachten, was geschieht.

#### V. Antrag Rieck: Befreiungen von der Hundsteuer.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 118 des Berichtes — berichtet Herr Wolff, daß die Statutencommission bei ihren Verathungen zu dem Ergebnisse gekommen sei, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht der §. 65 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, vom 24. März 1893, einen Zusatz etwa folgenden Inhalts bekommen könne:

„Auf Antrag kann ein Hund für steuerfrei erklärt werden, so lange der Hund vom Grundstückseigenthümer oder Vicewirth als Wachhund für ein solches Grundstück gehalten wird, das außerhalb des Beganges der städtischen Nachtwächter liegt.“

Die Commission sei der Meinung, daß durch eine solche Begrenzung des Steuerfasses sehr wohl die berechtigten Interessen der theilhabenden Einwohner berücksichtigt würden, daß indessen die Ansichten noch nicht genügend geklärt seien, um in ganz bestimmter Form dem Magistrate einen Antrag zu unterbreiten. Es werde um Annahme dieses Vorschlages gebeten.

Herr Kiefe ist mit dem Antrage der Statutencommission einverstanden, möchte aber bitten, den Magistrat noch zu ersuchen, daß der Zusatz auch vom 1. April 1902 ab in Kraft trete.

Der Herr Vorsitzende muß es für selbstverständlich halten, daß die Versammlung, wenn sie jetzt dem Magistrate diese Sache zur Erwägung verstelle, auch in angemessener Frist eine Antwort darauf erhalte, so daß es des Antrages Kiefe nicht bedürfe.

Herr Müller will seiner Freude Ausdruck geben, daß Herr Kiefe diesen Antrag eingebracht habe, einen Antrag, welchen er schon im Jahre 1894 gestellt habe. Damals sei sein Antrag von der Versammlung angenommen, vom Magistrate aber verworfen worden. Seiner Meinung nach sei es nicht schwer, die Straßen herauszufinden, welche von Wächtern nicht begangen werden, und stehe zu hoffen, daß seine damalige Anregung jetzt noch nachträglich zur Geltung komme.

Der Antrag der Statutencommission gelangt darauf zur Annahme.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

## VI. Antrag Sander: Verwendung von Petroleum-Glühlichtlaternen.

Der in der vorigen Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 120 des Berichtes — ist von der Finanzcommission vorberathen worden und berichtet namens derselben Herr Wolters, daß nach der in der Commission gegebenen Auskunft die Petroleum-Glühlampen bis jetzt durchaus nicht in wünschenswerther Weise gearbeitet und sich demnach nicht bewährt haben. Die Finanzcommission empfehle deshalb, über den Antrag Sander zur Tagesordnung überzugehen und den früheren Beschluß der Versammlung — Seite 108 des Berichtes — aufrecht zu erhalten.

Herr Stadtrath Haake bittet, diesem Antrage zuzustimmen. Die Düsseldorf-Lampe sei viel zu complicirt und könne hier gar keine Verwendung finden, während eine andere, einfacher construirte Lampe in Bestellung gegeben sei und erst versucht werden müsse. Sollte die Lampe sich bewähren, könnten die Petroleumlaternen durch sie immer noch ersetzt werden.

Herr Lange will hierzu bemerken, daß er die Petroleum-Glühlichtlampe empfohlen habe, weil sie ihm in Düsseldorf gefiel. Nach seinen an verschiedenen Abenden dort vorgenommenen Beobachtungen sei die Beleuchtung des einen ganzen Parttheiles durch solche Lampen eine ganz vorzügliche gewesen, auch wäre die Einrichtung nicht so complicirt, wie Herr Stadtrath Haake annehme. Inzwischen sei ihm allerdings ein Bedenken gegen die Lampe bekannt geworden, welches er mittheilen müsse. Man habe nämlich noch nicht festgestellt, ob die Lampen auch im Winter im Freien gut functioniren und das sei doch eine heikle Sache. Die andere, von Herrn Stadtrath Haake erwähnte Lampe, welche jetzt angekommen sei, solle nach der Ansicht des Herrn von Feilich im Winter auch nicht zu gebrauchen sein, weil sie einfriere. Unter diesen Umständen halte er es jetzt für richtiger, von der Einführung der Petroleum-Glühlichtlampen abzusehen und dafür Spiritus-Glühlichtlampen zu nehmen, welche gut seien. Die Brennstunde dieser Lampen solle  $2\frac{3}{4}$  Pfennig kosten, also bei einer dreifach größeren Lichtstärke nicht mehr als das elektrische Licht, sei also nicht zu theuer. Er möchte empfehlen, die betr. Laternen mit Spiritus-Glühlicht zu versehen, aber von der Anbringung gewöhnlicher Petroleumlaternen Abstand zu nehmen, da sie nichts taugen und nur eine erbärmliche, unzuverlässige Beleuchtung ermöglichen.

Herr Sander führt aus, daß er das Petroleum-Glühlicht auf die warme Empfehlung des Herrn Lange befürwortet habe. Wenn dieses Licht aber für den Winter nichts taue, könne es auch nicht eingeführt werden. Da nun vom Magistratsrath erklärt worden sei, es sollten noch Versuche mit anderen Lampen angestellt und diese bei ihrer etwaigen Bewährung an Stelle der Petroleumlaternen eingeführt werden, so sei er befriedigt und halte seinen Antrag für erledigt. Dem Wunsche des Herrn Lange, den Antrag dahin zu ändern, daß Spiritus-Glühlichtlaternen gewählt würden, könne er nicht entsprechen, da diese Beleuchtungsart von anderer Seite bemängelt worden sei; er ziehe daher den Antrag zurück.

## VII. Einrichtung einer neuen Bürgererschulklasse.

Im Laufe dieses Schuljahres hat sich herausgestellt, daß in der mittleren Mädchen-Bürgererschule an der Sidonienstraße zu Ostern 1903 eine neue erste Klasse errichtet werden muß. Die Versammlung wird ersucht, für die Beschaffung der erforderlichen Mobiliargegenstände 1100 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Schulcommission, für welche Herr Lange berichtet, geschieht.

### VIII. Beschaffung von Luftmessern für die Gasanstalten.

Es ist erwünscht, in der sogen. neuen Gasfabrik an der Bahnhofstraße und in der Gasanstalt an der Taubenstraße je einen Luftmesser einzubauen. Dem Antrage des Magistrates, hierfür 600 M zu bewilligen,

stimmt die Versammlung nach Befürwortung durch die Finanzcommission, für welche Herr Wolters berichtet, zu.

### IX. Aufstellung von Hydranten und Einfriedigung zc. des alten Wasserwerkes.

Zum Zwecke schnellerer Hülfeleistung bei etwa eintretender Feuergefährdung wird beantragt, auf der Helmstedterstraße, östlich vom Ribdagshäuserwege, drei Hydranten aufstellen zu lassen und hierfür 435 M zu bewilligen. Ferner hat die Deputation empfohlen, zur Sicherung der beim Wasserwerke im Bürgerparke lagernden Vorräthe an Gas-, Wasser- und Canalröhren zc. das Grundstück einzufriedigen, sowie zum Schutze der Fenster des Maschinenhauses diese mit Drahtvergitterung zu versehen. Die Kosten hierfür betragen 1500 M, und wird ersucht, diese beiden Beträge zu bewilligen.

Herr Wagner giebt namens der Finanzcommission anheim, dem Antrage gemäß zu beschließen.

Herr Rieke kann sich wohl für die Einfriedigung des Grundstücks, nicht aber auch für die Vergitterung der Fenster aussprechen, da doch Leute in dem Wasserwerke sein müssen, welche die Kessel zu putzen haben und die gleichzeitig Wache halten können.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß eine solche Wache nicht vorhanden sei. Wenn auch die Maschinen einmal geputzt würden, so blieben doch die Leute deshalb nicht immer dort. Als Wache könnte nur die Familie des Werkmeisters Franz angesehen werden. Da es nun eine alte Erfahrung sei, daß hier die Fenster Scheiben leer stehender Häuser bald eingeworfen würden, so halte er es für zweckmäßig, die Fenster zu vergittern.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

### X. Vermehrung des Lehrpersonals bei der Oberrealschule.

Durch die Einführung der neuen preussischen Lehrpläne erhöht sich die gesamte Stundenzahl für die städtische Oberrealschule um 7—9 Stunden wöchentlich. Nach Einfügung dieser Stunden werden nunmehr insgesammt 26 Stunden wöchentlich remuneratorisch mit 2080 M zu bezahlen sein. Um die remuneratorische Beschäftigung der betr. Lehrkräfte in Wegfall zu bringen, wird empfohlen, von

Ostern 1903 ab eine seminaristisch gebildete Lehrkraft für elementare Fächer, für Turnen und Singen einzustellen. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an und giebt anheim, die Neuschaffung der Dienststelle eines seminaristisch gebildeten Lehrers zu Ostern l. Jz. zu beschließen,

was auf Empfehlung der Schulcommission, für welche Herr Nolte berichtet, geschieht.

## XI. Erweiterung der höheren Mädchenschule.

Die in den Sitzungen vom 9. Januar 1902 — Seite 300 des Berichtes — und vom 24. April 1902 — Seite 12 des Berichtes — berathene Vorlage über die Erweiterung der höheren Mädchenschule war auf Beschluß der Versammlung behufs weiterer Klärung strittiger Punkte an die Schulcommission zurückverwiesen.

Namens der Schulcommission berichtet über die Vorlage Herr Nolte, indem er zunächst die Vorlage selbst, sowie die früheren Verhandlungen über dieselbe in ihren Grundzügen erläutert und darauf etwa Folgendes ausführt: Heute Morgen findet sich in der Landeszeitung ein Artikel, der eigentlich schon über diese Sache referirt; da das Referat aber etwas einseitig und unvollständig gehalten ist, so muß ich doch noch einmal darüber berichten. Selbstverständlich steht auch die Schulcommission auf dem Standpunkte, daß es an sich vorzuziehen sei, eine neue Schule ins Leben zu rufen; allerdings unter der Voraussetzung, daß die einheitliche Leitung der beiden Schulen gewahrt werde. Trotz dieses Standpunktes empfiehlt Ihnen die Schulcommission auch heute wieder, principaliter dem Ausbau der höheren Mädchenschule zu einer dreigliedrigen Anstalt zuzustimmen. Der hierauf gerichtete Principalantrag des Magistrates bezweckt durchaus nicht, daß der Director der höheren Mädchenschule ein solches Schulmonstrum leiten soll, wie die Landeszeitung schreibt und wie auch Herr Hauswaldt früher schon erwähnt hat. Vom Magistrate ist vielmehr beantragt, daß die Classen X—VIII quer von der Schule abgetrennt und, unter der Oberleitung des Directors, der Leitung eines erfahrenen pro rectoratu geprüften Lehrers unterstellt würden. Der Director hätte dann also die übrigen 21 höheren Classen, sowie das Lehrerinnenseminar zu leiten, auch würden seiner Oberleitung die Unterstufe der höheren Mädchenschule und die zur Unterrichtung der Seminaristinnen zu gründende Hülfschule unterstehen. Die Durchführung dieses Planes hält nicht nur der Schulvorstand, sondern auch der Director der städtischen Bürgerschulen und der Referent des Herzoglichen Consistoriums in Schul-sachen für sehr wohl möglich. Letzterer besonders hat erklärt, daß er nicht einsehe, weshalb sich das nicht ermöglichen lasse und daß er es für technisch durchführbar halte. Daß die Beaufsichtigung der Unterstufe nicht eine so bedeutende Arbeitslast

mit sich bringt, wie wohl hier und da angenommen wird, geht schon daraus hervor, daß die Stellung des Leiters dieser Unterstufe analog der Stellung eines Inspectors bei den Bürgerschulen gedacht ist und daß Herr Professor Schaarschmidt doch Oberleiter einer ganzen Reihe solcher Schulen ist. Das Princip der Quertheilung wird auch bei allen höheren Knabenschulen, sowie bei der von socialdemokratischer Seite befürworteten Einheitschule beobachtet. Der Vorschlag des Herrn Rathe in der Sitzung vom 9. Januar d. Js., die Unterstufe der höheren Mädchenschule überhaupt aufzuheben und die Kinder zunächst in die Bürgerschule zu schicken, erscheint nach der übereinstimmenden Ansicht der Directoren der beiden gehobenen Mädchenschulen und der Volksschulen nicht durchführbar.

Gegen die vom Stadtbauamte ausgearbeiteten Pläne an sich ist von keiner Seite ein Einwand erhoben worden; es handelt sich lediglich um das Princip. Der Raum für die Schule ist auf dem Grundstücke der höheren Mädchenschule vorhanden; auch liegt dieselbe günstig, etwa in der Mitte der Stadt.

Nach den vorliegenden Kostenanschlägen würde der Erweiterungsbau auf dem Grundstücke in der Kl. Burg 184000 M kosten, von welchem Betrage noch 3000 bis 4000 M für vorhandenes Mobiliar abgesetzt werden könnten, so daß rund 180000 M verblieben. Rechnet man für den Bauplatz einen Betrag von 30000 M, so würden für das Project 210000 M, oder eine Verzinsung von 8400 M aufzuwenden sein. Eine im östlichen Stadtgebiete zu errichtende höhere Mädchenschule kostete dagegen 450000 M, welcher Betrag sich durch den Bauplatz auf 550000 M erhöhen würde. Wenn auch zunächst nur eine zehnclassige Schule nöthig sein würde, so müßte man zur Vermeidung eines Anbaues doch gleich eine zwanzigclassige Schule bauen. Wollte man diese Kosten auch nicht sofort der höheren Mädchenschule aufs Conto setzen, so wäre doch mit der sofortigen Verzinsung eines Baucapitals von 450000 M, also mit einer Zinsauswendung von 18000 M zu rechnen, welcher Betrag den ersteren um 9600 M übersteigt.

Da nun das erstere Project technisch durchführbar erscheint und erheblich billiger ist, als das letztere, so hat die Schulcommission die Verantwortung nicht übernehmen können, das zweite Project principaliter zu befürworten, sondern sie steht auf dem Standpunkte, auch jetzt wieder den Erweiterungsbau an erster Stelle zu empfehlen. Sollte die Versammlung indessen diesen Standpunkt nicht theilen, so empfiehlt die Commission, jedenfalls den zweiten Antrag des Magistrates anzunehmen. — Was die Bedürfnisfrage anbetrifft, so darf man wegen des augenblicklichen geringeren Andranges zu den Unterclassen der Schule nicht annehmen, daß die Anstalt in der Zukunft nicht mehr wachsen werde; man muß vielmehr damit rechnen, daß die Räumlichkeiten schon in kurzer Zeit nicht mehr ausreichen werden. Zur Zeit sind schon drei Classen auf dem Eiermarke untergebracht worden,

was zu Unzuträglichkeiten führen muß; auch ist der Andrang zu den mittleren und höheren Classen noch groß genug, um ein Zurückgehen oder Stehenbleiben der Schule nicht befürchten zu brauchen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Als wir zu Ende des vorigen Jahres die heute wieder zur Verhandlung stehende Vorlage einbrachten, hielten wir uns überzeugt, daß der Andrang zu der höheren Mädchenschule in demselben verstärkten Umfange, wie er seit Ostern 1899 regelmäßig stattgefunden hatte, andauern werde. Darin haben wir uns aber getäuscht. Zu Michaelis sind wie bisher einige 30 Anmeldungen gekommen, welche Zahl mit Rücksicht darauf zu erklären ist, daß die Einrichtung der Michaelisclassen in der Bürgerschaft sich noch nicht hinreichend eingebürgert hat; ebenso sind die Anmeldungen zu den mittleren und oberen Classen so zahlreich gewesen, daß sie nicht voll haben berücksichtigt werden können. Dagegen ist die Zahl der Anmeldungen zu den untersten Osterclassen sehr zurückgegangen und zwar auf 33, während sie in den letzten Jahren regelmäßig 60 und darüber betragen hatte. Dieser Rückgang ist meiner Ansicht nach nicht vorwiegend auf die augenblickliche wirthschaftliche Depression zurückzuführen, sondern auch auf die Erhöhung des Schulgeldes, welches bekanntlich in voller Höhe auch in den unteren Classen erhoben wird. Auch mag es manchen Eltern unbehaglich gewesen sein, ihre Tochter in die abgelegenen Schulräume am Eiermarke zu schicken. Wir haben deshalb die in Aussicht genommene Eröffnung der neuen untersten Classe am Eiermarke noch gar nicht vorgenommen. Wenn der Andrang zu der Schule in den späteren Osteraufnahmen in demselben geringen Umfange wie dieses Mal stattfindet, so kann unsere gegenwärtige höhere Mädchenschule als eine zweigliedrige Anstalt das Bedürfniß noch lange befriedigen. Mit anderen Worten: Die Frage, ob ein Erweiterungsbau oder der Neubau einer zweiten Schule stattfinden soll, hat augenblicklich keine praktische Bedeutung. Trotzdem müssen wir aber großen Werth darauf legen, daß Sie sich im Princip schon heute darüber aussprechen, ob Sie eine Erweiterung der Schule zu einer dreigliedrigen Anstalt, oder den Neubau einer zweiten selbstständigen Schule haben wollen. Das ist nothwendig, damit wir die erforderlichen Vorbereitungen auch wegen des Bauplatzes rechtzeitig treffen können, wenn in den nächsten Jahren der Andrang zu der untersten Classe wieder steigen und die Versammlung sich etwa gegen eine Erweiterung der Schule auf ihrem jetzigen Grundstücke aussprechen sollte. Auch müssen wir davon die schon vereinbarte Neuordnung unseres Lehrerinnenseminars abhängig machen.

Was die Magistratsvorlage selbst anlangt, so hat der Herr Referent schon mitgetheilt, daß wir vom schultechnischen Standpunkte aus für den einfachsten und besten Weg die Auflösung der dreigliedrigen Classen von der jetzigen Schule



und den Aufbau zu einer neuen Schule halten und hatten wir uns nur wegen der Kosten dazu verstanden, den Ausweg der Angliederung an die jetzige Schule zu wählen, welcher von schultechnischer Seite auch für gangbar gehalten wird. Ich stehe deshalb auch heute noch auf dem Boden des principaliter in der Magistratsvorlage gestellten Antrages auf Errichtung einer dreigliedrigen Anstalt. Wenn die Herren aber einem Neubau den Vorzug geben wollen, so wird sich Schulvorstand und Schulleitung außerordentlich gern damit einverstanden erklären, zumal sich dann die Classen kleiner als jetzt werden gestalten lassen, was nur erwünscht sein kann. Wollen Sie also den Erweiterungsbau ablehnen, so wird sich nicht nur der Schulvorstand, sondern auch der Magistrat damit abfinden.

Herr Hauswaldt: Es handelt sich bei dieser Vorlage nicht mehr um eine schultechnische, sondern um eine finanzielle Frage. In dem sonst so klaren Referate des Herrn Nolte sind immer die Kosten zweier zweistufigen und einer dreistufigen Schule gegen einander abgewogen, was aber kein zutreffendes Bild giebt. Wenn in der Vorlage gesagt war, es handele sich darum, entweder das Schulmonstrum dorthin zu stellen oder 500 000 M für eine neue Schule auszugeben, so hatte ich dabei die Empfindung, daß hiermit ein Popanz aufgerichtet wurde, um uns zu schrecken. Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters ist aber dieses Schreckbild geschwunden und es bleibt jetzt nur die reine finanzielle Frage übrig. Mit den Zahlen in der Vorlage brauchen wir hier nicht zu operiren, denn die stimmen nicht. Wir dürfen nur sagen, was kosten 10 Classen hier und was 10 Classen da. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir bei dem Bau einer neuen selbstständigen Schule höhere Kosten haben, als bei einem Anbau an die bestehende Schule, weil die Kosten für den Grund und Boden, für die Besoldung des Directors zc. hinzukommen. Können wir es aber mit unserem Gewissen vereinbaren, daß wir mit dieser Schule, welche uns finanziell am allerwenigsten kostet und für die wir das höchste Schulgeld nehmen, noch Geld verdienen sollen? Wenn wir die Schule später für sich bauen, so kostet sie, richtig berechnet, doch nur eine absolut geringfügige Summe mehr, denn den freien Platz bei der jetzigen Schule müssen und wollen wir dann anderweit ausnutzen. Geschieht das aber, so kann der Neubau gar nicht so viel mehr kosten, wenn er nöthig wird; ich glaube aber gar nicht, daß er sobald nöthig werden wird, weil wir voraussichtlich noch Jahre hindurch mit den vorhandenen Classen auskommen werden. Ich glaube auch nicht, daß der Niedergang des Gewerbes an dem Zurückgehen der Schulfrequenz Schuld sei, sondern ich meine, es ist durch die mittleren Mädchenschulen, welche heutzutage die Kinder in vorzüglicher Weise ausbilden, ein Ausgleich geschaffen. Wenn wir den vorhandenen Platz dazu benutzen, das Lehrerinnenseminar und die projectirte Hülfschule dort zu errichten, so

genügt das vollkommen. Jedenfalls ist dieser Platz geeigneter für die Probeschule, als welche eine untere Mädchenschule gedacht ist, als ein früheres Bierbrauerhaus an der Wendenstraße. Wenn dem gegenüber gesagt wird, es wäre nicht gut und nicht passend, eine untere Bürgerschule mit der höheren Mädchenschule zusammenzupferchen, so bin ich der Ansicht, daß wir das gerade thun müssen. Es ist sogar eine sehr gute Idee, diese beiden Schulen zusammenzubringen: die Mädchen lernen sich gegenseitig kennen, und für die Seminaristinnen ist es von großem Vortheile, ihre Schülerinnen gleich zur Hand zu haben.

Wenn wir die Sache so ausnützen, so erhalten wir Alles, was wir vernünftigerweise verlangen können; mehr dürfen wir einem Director überhaupt nicht aufpacken. Tritt dann später das Bedürfnis auf, die höhere Mädchenschule erweitern zu müssen, so muß so viel Geld vorhanden sein, um eine neue Schule im Osten der Stadt zu erbauen, zumal eine Centralisirung solcher Schulen inmitten der Stadt unzweckmäßig erscheint. Die mittlere Mädchen-Bürgerschule am Sandwege wird fast ausschließlich von Kindern besucht, deren Eltern vor dem Stein- und Augustthore wohnen; man schließe nun zwei Fliegen mit einer Klappe, wenn man an der Peripherie des August- oder Magnithorbezirkes eine dort schon lange ersehnte mittlere Mädchen-Bürgerschule errichtete und die Sandwegschule der zweiten höheren Mädchenschule einräumte. Damit würde Alles erreicht werden.

Herr Wolff: Ich stehe auf demselben Standpunkte und möchte mit aller Energie betonen, daß es unsere Aufgabe ist, für die Schule das Beste nicht nur im Bau und in der Einrichtung, sondern auch im Organismus zu schaffen. Der vom Magistrate an erster Stelle vorgeschlagene Organismus für die Schule hinkt aber sehr. Wenn wir aus finanziellen Gründen den Schulen Parallellassen geben müssen, so ist das traurig genug, denn kleine Schulen sind und bleiben das Ideal und eine Schule mit je zwei Parallellassen ist doch wohl das Neueste, was man einem Director übertragen kann. Auch soll der Director von der untersten bis zur obersten Classe mit der Schule verwachsen sein, welches Ziel so wichtig ist, daß wir keine Opfer scheuen dürfen, es zu erreichen. Es ist wohl die Aeußerung gefallen, daß es nicht schwer fallen müsse, in den Geist der unteren Classen einer Schule einzudringen. Wer der Erziehung von Mädchen aber sein Interesse widmet, der wird sagen müssen, daß gerade in den untersten Classen die Grundlage fürs Leben gelegt wird, daß hier also für den Leiter einer Schule die wichtigste und schwierigste Aufgabe liegt. Die Behauptung, daß der allerschwierigste Unterricht derjenige der untersten Classe ist, vertritt ich, gestützt auf die Anschauung von Autoritäten. Aus diesem Grunde bin ich auch der Meinung, daß wir die horizontale Theilung der Schule unter keinen Umständen zulassen. Liegt ein Bedürfnis für

eine weitere Ausdehnung der höheren Mädchenschule vor, so lassen Sie uns im Princip die Errichtung einer neuen Schule beschließen. Die heutigen Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters unterschreibe ich von A bis Z, nur mit dem Unterschiede, daß er das finanzielle Gepeinst scheut, während für mich der Kostenpunkt gleichgültig ist. Wird die Bedürfnisfrage bejaht, haben wir die Pflicht, eine eigene Schule zu schaffen. Uebrigens stehen wir heute durchaus nicht im Begriffe, das Project zu 550 000 M zu genehmigen, sondern wir wollen heute nur die Errichtung einer selbstständigen Schule im Princip beschließen. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, bleibt zunächst dem Magistrate überlassen und kann dieser uns mit Vorschlägen kommen. Vielleicht läßt sich dabei auch in Erwägung ziehen, ob nicht zunächst ein Provisorium, z. B. im alten Amtsgerichtsgebäude an der Auguststraße etc., geschaffen werden kann. Ich bitte also, dem Eventualantrage in der Magistratevorlage zuzustimmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Ich möchte noch constataren, daß wir den Principalantrag unserer Vorlage dahin ändern wollen, daß der Beschluß wegen Erweiterung der höheren Mädchenschule nur im Princip gefaßt werden soll, weil augenblicklich ein Bedürfnis zu solcher Erweiterung nicht vorliegt.

Herr Günther: Wenn dem Magistrate der gegenwärtige Stand der Schulfrequenz schon im vorigen Jahre bekannt gewesen wäre, so würde er diese Vorlage wahrscheinlich nicht eingebracht haben. Auch für die Zukunft wird eine Erhöhung der Frequenz dieser Schule nicht zu erwarten sein und es ist leicht möglich, daß wir mit dem alten Gebäude noch lange auskommen können, namentlich wenn der Vorschlag des Herrn Rathe Berücksichtigung findet, daß die untersten Classen der Schule ganz aufgehoben und die Kinder in den ersten Schuljahren den Bürgerschulen überwiesen werden. Wenn aber angenommen wird, daß der Grund für die geringere Frequenz in der Erhöhung des Schulgeldes liegt, so sehe ich nicht ein, weshalb man die Einrichtung nicht ebenso trifft wie bei den Knabenschulen und den Rathe'schen Vorschlag durchführt. Das würde das Allerrichtigste sein und die Kosten des Neubaus könnten erspart werden. Ich bin aber gegen die Vorlage nicht eingenommen, um Geld zu ersparen, denn wenn es sich um die Schule handelt, trete ich für die höchsten Ausgaben ein, aber hier handelt es sich um Ausgaben für eine bestimmte Bevölkerungsklasse, denen ich nicht beitreten kann, so lange andere Kreise von der Schule ausgeschlossen werden. Ich bin stets für die Einheitschule eingetreten, muß mich aber consequenterweise hier mit der Magistratevorlage befassen und will dazu erklären, daß ich für die höchste Ausgabe stimmen würde, wenn Sie unserer Forderung entgegenkämen und die befähigteren Kinder der unteren Volksclassen in die höhere Mädchenschule, möglichst unter Schulgeldfreiheit, aufnehmen würden. Es soll ja ein Schulgelderlaß in den städtischen Schulen

häufiger vorkommen, aber bei der höheren Mädchenschule dürfte dieses nur in geringerem Maße der Fall sein. In dieser Beziehung müssen wir mehr thun, und da die Einheitschule abgelehnt worden ist, müßte man dahin streben, in den bestehenden Schulen dem Bildungsdrange mehr nachzukommen. Der Magistrat müßte vor allen Dingen das Versprechen geben, von dem Schulgelberlasse in ausgedehntestem Maße Gebrauch zu machen, sofern die Schulbehörde sich darauf einläßt. Ich für meine Person kann die Mittel für die Schule nicht bewilligen, weil es sich um eine Schule für specielle Zwecke handelt und das ist eine allgemeine und nicht eine socialdemokratische Forderung, wie der Herr Referent sich ausdrückte. Es ist wohl das erste Mal, daß in der Versammlung eine Forderung von uns als eine von socialdemokratischer Seite kommende Forderung bezeichnet wurde. Das trifft auch nicht zu, ebenso wie man die Vorlage des Magistrates nicht als einen nationalliberalen Antrag oder dergleichen wird bezeichnen können. Wer für die möglichste Ausbreitung der Bildung eintreten will, der kann keinen anderen Weg, als den von mir und von meinen Freunden vorgezeichneten einschlagen; der von Ihnen eingeschlagene Weg ist der verkehrte, denn Sie treten nur für bestimmte Kreise ein und nicht für die Allgemeinheit. In der Commission ist auch ausgesprochen worden, daß es gut wäre, wenn nur 10 Schüler in einer Classe unterrichtet würden; diesen Standpunkt vertreten wir auch und wünschen ihn durchgeführt zu sehen. Den Magistrat möchte ich ersuchen, sich darüber zu äußern, wie er bezüglich der Uebernahme befähigter Kinder aus den Bürgerschulen in die höhere Mädchenschule unter möglichster Schulgeldfreiheit denkt.

Herr Hauswaldt: Ich glaube, die Idee ist Jedem sympathisch, daß man seitens der Commune Alles thun soll, um ärmeren, aber begabteren Kindern den Weg zu ebnen, etwas zu lernen; darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Wie das aber zu erreichen ist, läßt sich bei dieser Vorlage nicht entscheiden. Auch die zweite Frage, ob es nicht möglich wäre, die unteren Classen der höheren Mädchenschule ganz zu streichen und die Mädchen während der ersten Schuljahre in die Bürgerschule zu schicken, wie das bei den Knaben geschieht, diese Maßnahme würde mir persönlich sehr sympathisch sein; denn die mittleren Bürgerschulen sind so ausgezeichnet, daß ich es für wünschenswerth halten würde, wenn die höheren Töchter dort erst einmal einige Jahre säßen. Aber ich will hier ein Geschäftsgeheimniß verrathen: Wenn wir das thun, kostet es der Stadt einige 30 000 M jährlich, weil wir dann für die Kinder nicht 120 M, sondern nur 24 M Schulgeld jährlich erhalten. Das könnte doch auch Herrn Günther nicht sympathisch sein, da es sich um eine Besteuerung der wohlhabenden Classen handelt.

Herr Rathe: Ich bedaure unendlich, daß mein Vorschlag auf Abtrennung der drei untersten Classen von der höheren Mädchenschule verworfen ist; der

idealfte ist es jedenfalls und ich bin der Meinung, daß der gesunde Sinn der Braunschweiger, sowie die Liebe zum Geldbeutel uns noch dahin bringen werden, wohin es schon jetzt gekommen ist, daß nämlich der Andrang nach den unteren Classen der Schule nachläßt. Ich würde es auch für richtiger halten, wenn wir bei der höheren Mädchenschule ein mit den Classen steigendes Schulgeld einführen. Es mögen das vorläufig noch Phantasiegebilde meinerseits sein, aber ich meine, es wäre richtiger, die drei unteren Classen nach der Bürgerschule zu schicken. Im Uebrigen muß ich mich den Anschauungen der Herren Hauswaldt und Wolff anschließen, da ich für eine Vergrößerung der jetzigen Schule nicht zu haben sein würde, sondern nur für einen etwa nöthig werdenden Neubau einer zweiten höheren Mädchenschule. Die Gegenüberstellung der 184 000 M und der 450 000 M ist wohl nur als ein Schreckbild anzusehen, denn in Wirklichkeit würden wir doch nur die Hälfte an Schulclassen für die erstere Summe erhalten. Ich bitte deshalb, das zweite Project im Principe gutzuheißen.

Herr Lord: Nach den ziemlich erschöpfenden Erklärungen der Herren Hauswaldt und Wolff kann ich mich darauf beschränken, zu betonen, daß ich auf dem früheren Standpunkte beharre, also den Principalantrag des Magistrates zu verwerfen und den Eventualantrag zu genehmigen. Bestärkt bin ich in dieser Anschauung durch die Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Referenten, daß unter allen Umständen eine neue und unter eigener Direction stehende Anstalt das Beste sei. Da wir aber seither stets das Princip haben walten lassen, daß in Fragen der Erziehung unserer Jugend uns die finanziellen Mittel gleichgültig lassen, so bitte ich, auch hier das Beste zu wählen und den Eventualantrag anzunehmen.

Herr Müller: Ich möchte die Erklärung abgeben, daß ich nach den hier gehörten Ausführungen, ebenso wie Herr Lange, jetzt entgegen dem Beschlusse der Schulcommission für den Bau einer selbstständigen neuen Schule eintrete.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Nolte wird zur Abstimmung geschritten und der Principalantrag der Vorlage mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt, dagegen die demnächstige Errichtung einer zweiten selbstständigen höheren Mädchenschule im Principe beschlossen.

## XII. Antrag Stegmann: Fleischvertheuerung.

Nach dem Berichte des Herrn Blasius hat die Statutencommission mit Einwilligung des Antragstellers beschlossen, zu beantragen, daß der in der vorigen Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 110 des Berichtes — vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt werde, weil das Herzogliche Staats-Ministerium bei den Landesbehörden Anordnung getroffen habe, eine Statistik darüber zu

erheben, inwieweit eine derartige Fleischnoth bestehe, und es für richtig gehalten werde, den Abschluß dieser Erhebungen abzuwarten.

Herr Stegmann möchte an den Magistrat die Anfrage richten, ob die Erhebungen bereits abgeschlossen seien. Bejahendenfalls bitte er, das Ergebniß der Erhebungen der Versammlung vorzulegen, damit die Angelegenheit nicht noch einmal verschoben zu werden brauche.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß die Erhebungen voraussichtlich noch Ende der Woche abgeschlossen werden könnten und habe der Magistrat in Aussicht genommen, das Ergebniß dem Referenten und der Commission zugänglich zu machen, sobald der Bericht an das Herzogliche Staats-Ministerium abgegangen sei. In der nächsten Sitzung könnte die Sache also zur Verhandlung kommen.

Herr Alßmann hält es für nothwendig, die Sache nicht noch weiter hinzuziehen, da andere Körperschaften schon Stellung genommen haben und Jeder wisse, wie die Fleischpreise in die Höhe gegangen seien. Da sich wohl schon Jeder ein bestimmtes Urtheil gebildet habe, so dürfte eine weitere Vertagung der Verhandlung höchstens darauf hinauslaufen, daß eine Beschlußfassung zu spät komme. Er empfehle deshalb, schon heute in die Berathung einzutreten und den Magistrat zu ersuchen, das Material vorzulegen, soweit solches schon vorhanden sei.

Herr Wollenweber will bemerken, daß er von der Fleischerinnung beauftragt sei, hier die Wünsche derselben in Form einer Resolution vorzutragen, daß er sich aber bis zur nächsten Versammlung bescheiden und die Beendigung der Erhebungen abwarten wolle.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß man in der Commission einstimmig der Ansicht gewesen sei, die Berathung heute zu vertagen. Da indessen jetzt Bedenken gegen eine Vertagung erhoben seien, wolle er darüber abstimmen lassen.

Herr Blasius möchte noch bemerken, daß er sich auf eine sachliche Besprechung des Antrages vorbereitet hätte, daß er aber meine, die Versammlung könne doch erst einen Beschluß fassen, wenn ihr die Erhebungen des Magistrates bekannt geworden seien und sie demnach eine feste Grundlage für ihre Beschlußfassung habe. Deshalb bitte er, die Sache bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Herr Alßmann würde Herrn Blasius zustimmen, wenn es sich um eine Frage handelte, die heute noch nicht beurtheilt werden könne. Das vom Herzoglichen Staats-Ministerium eingeforderte Material bilde eine Sache für sich, von der die Versammlung nicht abhängig sei, wenn sie den Magistrat ersuchen wolle, in dieser Angelegenheit vorzugehen. Nachdem so viele andere städtische Körperschaften schon ähnliche Beschlüsse gefaßt haben und so viel statistisches Material

darüber vorliege, sollte man so weit orientirt sein, um die Wünsche der Versammlung dem Magistrate kundgeben zu können.

Der Herr Vorsitzende möchte noch darauf hinweisen, daß in der Statutencommission unter Zustimmung der sämmtlichen anwesenden Mitglieder beschlossen sei, die Berathung zu vertagen, in Folge dessen die Commission gar nicht in der Lage sei, heute über die Angelegenheit zu berichten. Es müsse deshalb überraschen, daß trotz dieses Beschlusses heute ein Bericht von der Commission verlangt werde, der gar nicht erstattet werden könne.

Herr Günther hat sich schon in der vorigen Sitzung gewundert, daß man diese Sache, welche für Jedermann so klar liege, noch einer Commission überwiesen habe. Wer noch nicht aus Erfahrung oder aus den Zeitungen wisse, daß Fleisch und Wurst sehr theuer geworden seien, der brauche nur seine Frau oder seine Haushälterin zu fragen. Er sehe deshalb nicht ein, weshalb die Angelegenheit heute nicht verhandelt werden solle.

Herr Nieß: Bei den Herren, welche hinter ihm sitzen und die fortwährend für sofortige Berathung eintreten, hege er das Mißtrauen, daß die von ihnen vorgebrachten Gründe für eine sofortige Berathung der Frage nicht die wirklichen Gründe seien, welche sie zu ihrem Vorgehen veranlassen. Es scheine ihm, als ob hier andere Gründe, namentlich Parteigründe mitsprächen, als ob hier ein Rummel inscenirt werden solle, der der Partei auf die Beine helfen solle. (Widerpruch.) Wenn diese Annahme auf Widerspruch stoße, könne er aus einem ihm vorliegenden Blatte vom 8. März d. Js. auf Wunsch eine Anweisung für die Genossen vorlesen, wie der Parteirummel angestellt werden müsse zum Segen der Partei. Aber abgesehen davon sei es doch eine Thorheit, wenn die Versammlung veranlaßt werden solle, einen Beschluß zu fassen, ohne daß ein Bericht der Commission vorliege. Weshalb müßte denn heute gerade über die Sache verhandelt werden? Lebe bei den Herren vielleicht die Einbildung, daß der Bundesrath die Grenzsperrre aufhebe, sobald hier ein dahinzielender Beschluß gefaßt sei? Dieser Einbildung lebe er nicht.

Herr Niese: In der betr. Commissionsitzung sei er wohl anwesend gewesen, hätte aber zu der Sache nicht zu sprechen gehabt. Wenn übrigens Herr Nieß und das Herzogliche Staats-Ministerium die hohen Fleischpreise nicht spüren, so könne Niemand dafür. Herr Nieß prahle immer mit seinem dicken Buckel; wodurch er den gekriegt habe, sei dessen Sache. Er wisse mit seinen Freunden wohl, was sie als Arbeiter zu thun haben, auch fühlten sie, wo der Schuh sie drücke, und in dieser Sache werde die ganze Bevölkerung gedrückt. Seit bald 25 Jahren sei er Mitglied der Versammlung und deren Mitglieder würden schon wissen, was sie von ihm zu halten haben; er habe auch keine Veranlassung, sich über die ihm gewordene

Behandlung zu beklagen und könne constatiren, daß Herr Nieß der Einzige sei, welcher ihm fortgesetzt etwas am Zeuge flicken wolle und die anderen Mitglieder der Versammlung anständig genug gewesen seien, das nicht zu thun. Er danke aber bestens für die fortgesetzten Rüpeleien des Herrn Nieß.

Herr Stegmann: Wenn ihm vorgeworfen werde, daß er als Antragsteller mit der Vertagung der heutigen Berathung in der Commission einverstanden gewesen sei, so wolle er darauf erwidern, daß das nur geschehen sei, weil er nicht den Anschein habe erwecken wollen, daß er mit dem Antrage noch Nebenzwecke verfolge. Nun sei aber ein neues Moment aufgetreten, welches ihn veranlasse, von dem damaligen Standpunkte abzuweichen und das sei der Umstand, daß die hiesige Fleischerinnung für allernächste Zeit eine allgemeine Preissteigerung angekündigt habe. Wenn nun eben erwähnt worden sei, daß es sich darum handeln solle, hier einen Rummel in Scene zu setzen, so bitte er zu berücksichtigen, daß viele städtische Körperschaften schon solche Beschlüsse gefaßt haben, ohne daß ihnen der Vorwurf gemacht sei. Im Berliner Rathhause habe die altliberale Fraction der Stadtverordneten den Antrag eingebracht und habe deren Redner besonders erklärt, daß es sich dabei nicht um einen künstlich gemachten Rummel handle, was schon durch die aus allen Theilen Deutschlands kommenden Nothschreie bewiesen werde. Selbst conservative und antisemitische Körperschaften, wie z. B. der Magistrat in Dresden, haben dieser Tage den Beschluß gefaßt, den Reichskanzler zu ersuchen, die directe Einfuhr von Schweinen in deutsche Schlachthäuser zu gestatten. Wundern müsse es ihn, daß Herr Nieß über derartige Dinge noch lachen könne, durch welche der kleine Beamte und Handwerker, sowie der Arbeiter so schwer getroffen werden; wenn derselbe nur ein bißchen Herz für die Menschheit hätte, würde er darüber nicht lachen und spotten. Denjenigen Herren, welche über solche Dinge noch lachten, wünschte er nur, daß sie einmal Pferdefleisch und Pollakfleisch essen müßten. Es sei scandalös, daß derartige Dinge hier vorkommen könnten. Wer einen Funken socialen Verständnisses habe, der müsse für den Antrag eintreten. Wenn alle Stadtverwaltungen in diesem Punkte ihre Pflicht thäten, würde die Regierung schon ihren Schooßkindern, den Agrariern, gegenüber auf die Grenzperre verzichten. Darum sollte auch hier dafür eingetreten werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Abstimmung ist auf Antrag des Herrn Günther eine namentliche.

Die sofortige Berathung und Beschlußfassung über den Antrag Stegmann wird mit allen gegen die Stimmen der Herren Ahmann, Günther, Ohlendorf, Replies, Nieße und Stegmann abgelehnt.



### XIII. Antrag Alßmann: Anstellung von Schulärzten.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage einzubringen zwecks Anstellung von Schulärzten“,

wird von Herrn Alßmann wie folgt begründet: Schon bei der letzten Statsberatung habe er den Wunsch ausgesprochen, daß in dieser Sache etwas geschehen möchte — Seite 403 des Berichtes —, bis jetzt habe sich aber noch nichts gerührt. Andere Behörden hätten sich schon wiederholt mit dieser Frage beschäftigt und seien deren Lösung auch schon näher getreten, wie z. B. die sächsische und die meiningensche Regierung. Die Frage werde wohl keine große Discussion hervorrufen, nachdem der Herr Oberbürgermeister erklärt habe, daß der Magistrat sich mit einem Hygienegesetz beschäftige.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Statutencommission zur Vorberatung.

### XIV. Antrag Stegmann: Bau einer zweiten Freibadeanstalt.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung baldigst eine Vorlage zum Bau einer zweiten Freibadeanstalt, oder falls dies aus wichtigen Gründen nicht angängig ist, zur Vergrößerung der jetzigen Freibadeanstalt im Bürgerparke zu unterbreiten“.

Zur Begründung führt Herr Stegmann Folgendes an: Ueber den Werth des Badens in sanitärer Beziehung zu sprechen, halte er für überflüssig. Es handle sich darum, hier mehr Gelegenheit zu schaffen, ein erfrischendes Bad zu nehmen. Für die Minderbesitzenden gebe es hier nur wenig Badegelegenheiten und seien die vorhandenen Volksbäder, welche man eigentlich nur als Waschanstalten bezeichnen könne, vollständig ungenügend. Im Sommer komme die Freibadeanstalt hinzu, die aber nicht ausreiche. Sein Ideal gehe dahin, eine Centralbadeanstalt mit Schwimmbassin auch für den Winter zu schaffen, doch wolle er einen bezüglichen Antrag nicht stellen, weil derselbe z. B. doch keine Aussicht auf Annahme habe, sondern er wolle nur da eingreifen, wo es am nöthigsten sei. Die hiesige Freibadeanstalt möge wohl für eine Stadt mit höchstens 40 000 Einwohnern ausreichen, nicht aber für eine Stadt von der Größe Braunschweigs; denn an heißen Tagen seien die Bassins für Nichtschwimmer überfüllt und könnten nicht einmal alle Babelustigen fassen. Dazu trete noch der Uebelstand,

daß Kinder und Erwachsene sich in gemeinschaftlichen Räumen ausziehen müssen und dort namentlich von halbwüchsigen Burschen Unfug getrieben werde. Auch die Aufsicht sei ungenügend, zumal der Badeaufseher meistens Schwimmunterricht ertheile. Die Ueberfüllung in der Anstalt würde noch größer sein, wenn sie mitten in der Stadt läge und nicht viele Einwohner den weiten Weg nach ihrer jetzigen Stelle scheuten. Deshalb müßte eine zweite Anstalt möglichst in der Umgebung des Wendenthores, vielleicht am Wendenringe, errichtet werden. Früher habe man hierüber schon einmal verhandelt, jedoch sei davon Abstand genommen, weil damals noch die Canäle in die Oker geleitet seien und das Wasser in der Gegend schmutzig gewesen sei. Dieser Umstand dürfte aber jetzt nicht mehr in Betracht kommen. Sollte es aber doch der Fall sein, so müßte mindestens eine wesentliche Vergrößerung der jetzigen Freibadeanstalt vorgenommen werden.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7<sup>14</sup> Uhr.

---



1902/1903.

N. 8.

# Bericht

## über die

# Verhandlungen der Stadtverordneten

## zu Braunschweig

### in deren Sitzung am 6. November 1902.

#### Tagesordnung:

|        |                                                                             |           |
|--------|-----------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.     | Errichtung einer Bürgerschule an der verlängerten Voigts-Nießstraße . .     | Seite 150 |
| II.    | Antrag <i>Stegmann</i> : Fleischvertheuerung . . . . .                      | " 161     |
| III.   | Erwerb einer Fläche zur Eichthalstraße . . . . .                            | " 175     |
| IV.    | Antrag <i>Altmann</i> : Aufstellung von Schulärzten . . . . .               | " 175     |
| V.     | Antrag <i>Stegmann</i> : Bau einer zweiten Freibadeanstalt . . . . .        | " 175     |
| VI.    | Erwerb von Flächen zur Andtsstraße zc. . . . .                              | " 178     |
| VII.   | Gehaltsordnung für die wissenschaftlichen Lehrer . . . . .                  | " 179     |
| VIII.  | Gehaltsbestimmungen für städtische Beamte . . . . .                         | " 180     |
| IX.    | Anleihe eines Capitals an das Kirchencassen-Collegium . . . . .             | " 181     |
| X.     | Erhöhung der Honorare für die städtischen Armenärzte . . . . .              | " 181     |
| XI.    | Vorgärten für die Nordseite der Heinrichstraße . . . . .                    | " 181     |
| XII.   | Verlängerung des Gasrohrs im Büldenwege zc. . . . .                         | " 182     |
| XIII.  | Deckung von Kosten für das vormalig Huneborstel'sche Haus . . . . .         | " 182     |
| XIV.   | Beihilfe zu den Kosten der Schunterthalbahn . . . . .                       | " 182     |
| XV.    | Leitfäden für die Neuordnung des Lehrerinnenseminars . . . . .              | " 184     |
| XVI.   | Ausbau eines weiteren Theiles des Fußweges an der Helmstedterstraße . .     | " 185     |
| XVII.  | Canalisierung eines Theiles der Pflegehausstraße . . . . .                  | " 186     |
| XVIII. | Nachverwilligung von Kosten für das Volksbad an der Ritterstraße . . .      | " 186     |
| XIX.   | Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .                                          | " 188     |
| XX.    | Außerordentliche Dotirung des Schulhausbaufonds . . . . .                   | " 188     |
| XXI.   | Austausch von Flächen am Leisingplatze zc. . . . .                          | " 189     |
| XXII.  | Anfrage <i>Günther</i> : Ungültigkeit eines Beschlusses der Versammlung . . | " 189     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer, Stadtrath Meyer, Stadtrath von Frankenberg und Regierungs-Assessor Pingel.

Entschuldigt Herr Rathe.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst den Eingang folgender Sachen bekannt:

- 1) Dankschreiben des Stadtbauraths Winter für die ihm auf Beischluß der Versammlung bewilligte Ehrengabe;
- 2) Gesuch des beim Canalbau verunglückten Arbeiters Eduard Gessers um Unterstützung;
- 3) Einladung des Comitees für das Bugenhagen-Denkmal zur Enthüllungsfeier am 10. November d. Js.;
- 4) Eingabe der Herren Bauernmeister, Riemschneider und Krause wegen einer Beihilfe zu der von ihnen geleiteten Lehmofnferei;
- 5) Bericht über die 5. Hauptversammlung des Radfahrerschutzbundes für das Herzogthum Braunschweig vom 29. September 1902.

Die Eingabe zu 2 wird an den Magistrat abgegeben und die Eingabe zu 4 in der Versammlung noch weiter behandelt werden.

Sodann tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

### **I. Errichtung einer Bürgerchule an der verlängerten Voigts-Rheßstraße.**

In der Sitzung vom 21. November 1901 — Seite 244 des Berichtes — hat die Versammlung die Errichtung einer 20classigen mittleren Knabenbürgerchule auf der dazu angekauften, an der verlängerten Voigts-Rheßstraße gelegenen Grundfläche beschlossen. Es erübrigt noch, den Plan zu dem Bau und die auf dessen Ausführung und seine innere Einrichtung zu verwendende Summe festzustellen. Zu diesem Zwecke überreicht der Magistrat einen von der städtischen Bauverwaltung entworfenen, vom Schulvorstande der Bürgerchulen geprüften und genehmigten Bauplan nebst zugehörigem Kostenanschlage mit dem Antrage, den in Höhe von 392000 M angeforderten Credit für Bau und Mobiliar zu bewilligen. Der Bauentwurf weicht von der Ausführung der in den letzteren Jahren neu erbauten Schulen insofern ab, als aus künstlerischen Rücksichten an Stelle der Verblendung mit Ziegeln eine mit Erhöhung der Kosten nicht verbundene Verputzung der äußeren Mauerflächen, gleich wie beim Neubau der Gewerbeschule, in Aussicht genommen worden ist; auch hat der Entwurf auf die von der Schulleitung gewünschte Beschaffung einer Uhr mit Schlagwerk Bedacht genommen.

Namens der vereinigten Bau- und Schulcommission berichtet über die Vorlage Herr Frühling: Gegen das Project im Allgemeinen und dessen Gesamtanordnung

haben die Commissionen zunächst nichts einzuwenden gehabt, wohl aber würde an der für das Project geforderten Summe von 392000 M. Anstoß genommen. Bei einer solchen Summe entfiel auf jede der 20 Classen ein Aufwand von 19600 M. und auf jeden der für die Schule in Aussicht genommenen 1064 Schüler ein Aufwand von 368 M. Das erscheine überaus hoch, und berühre er hier einen Punkt, der schon seit langer Zeit in weiten Kreisen Beachtung und Widerspruch gefunden habe. Bei einer Vergleichung der Kosten mit denjenigen, welche andere Städte für diesen Zweck ausgeben, komme man zu der Einsicht, daß hier sehr viel mehr Geld für solche Schulbauten aufgewendet werde, als in anderen Städten. Die Commissionen hätten sich bemüht, den Grund der Vertheuerung zu finden, um dort eingreifen und eine Verbilligung der Kosten herbeiführen zu können. Zunächst kämen in dieser Richtung die in dem Kostenanschlage vorgesehenen Einheitsätze in Frage, und sei zu prüfen, ob dieselben heruntergesetzt werden könnten. In dieser Beziehung hätten sich indeß die Commissionen im weitesten Sinne Beschränkung auferlegt, indem sie der Meinung seien, daß sie die Preise für die Handwerker nicht herunterdrücken wollten, zumal schon jetzt vielfach darüber Klage geführt werde, daß die Handwerker bei den städtischen Bauten nichts verdienen. An den Einheitsätzen wolle man also nichts heruntersetzen, sondern man sei im Gegentheil bemüht gewesen, die Klagen der Handwerker möglichst zu beseitigen, und wolle zu diesem Zwecke den Wunsch aussprechen, daß die Zeichnungen und Kostenanschläge vor Inangriffnahme und Ausschreibung der Bauten vollständig fertig gestellt werden möchten, so daß die Handwerker bei der Preisfeststellung bereits alles Nöthige erhielten, und daß übermäßige Aenderungen und Behinderungen bei der Ausführung vermieden würden. Gehehe dies, so würde ein großer Theil der Klagen und mancher Grund für Verluste bei den Ausführungen beseitigt sein.

Bezüglich der Materiallieferung hätten die Commissionen indeß nicht geglaubt, eine gleiche Rücksicht walten lassen zu sollen, sondern gemeint, daß die Preise das übliche Maaß nicht übersteigen dürften. In dieser Beziehung gebe aber der Kostenanschlag keinen genauen Anhalt, weil die Arbeitslöhne und die Materialpreise in den Hauptpositionen nicht getrennt seien. Es wäre erwünscht, daß solche Trennung in Zukunft vorgenommen würde. Die Commissionen seien fest überzeugt, daß sich Ersparnisse in dieser Richtung machen lassen, da dieselben jedoch jetzt ziffermäßig nicht festzustellen seien, so müsse es genügen, diese Meinung hier zum Ausdruck zu bringen, zumal die an diesen Posten zu machenden Ersparnisse der Stadt doch später bei der Abrechnung zu Gute kommen würden.

Sodann habe man erwogen, ob man an der gesamten Anordnung der Schulräume etwas ersparen könne, sei aber auch hier der Meinung gewesen, daß eine Herabsetzung des inneren Werthes des Schulbaues nicht ins Auge gefaßt werden dürfe, so sei im Besonderen abgesehen von jeder Aenderung an der Schülerzahl in

den Classen, an den Subsellien, den Stagenhöhen und den Classengrößen, der Construction der Fenster, Thüren, Heizung und der gewölbten Decken, auch die Wandtäfelung wolle man beibehalten, kurzum man wolle eine Reduction des inneren Werthes der Schule nicht eintreten lassen. Dagegen hätten das Dachgeschoß und das Erdgeschoß eine nutzbringende Verwendung nicht gefunden, vielleicht könnten dieselben vereinfacht und damit Ersparnisse erzielt werden. Bei der Heizung im Keller seien die Luftzuführungsanäle unter der Kellersohle angeordnet worden, was sehr theuer sei; die städtische Bauverwaltung habe sich bereits auf Ersuchen der Commissionen bereit finden lassen, dieses Project aufzugeben, wodurch 13000 M erspart würden. Ebenso lasse sich an der Turnhalle sparen; da nämlich das Dachgeschoß keinem besonderen Zwecke diene, so werde empfohlen, das Dach niedriger zu setzen oder einfacher zu gestalten. Für die Einfriedigung seien 14000 M und für die Befestigung des Platzes 17000 M, zusammen also 31000 M im Anschlage vorgesehen, das erscheine überaus viel und glauben die Commissionen, daß sich wenigstens an den Kosten für die Einfriedigung sparen lassen müsse.

Nun komme er zu demjenigen Punkte, der eine wesentliche Einschränkung der Kosten ermögliche, das sei eine Aenderung in der Benutzung der vorhandenen Räume in der Weise, daß die jetzigen Nebenräume noch mit zu Classenzimmern ausgebaut und dafür die Nebenräume in einen Anbau verlegt würden. In dem Schulhause sollen 20 Classen untergebracht werden und stellen sich die Kosten für die Classen incl. Corridore und Treppen auf 200000 M, während die Nebenanlagen 192000 M kosteten. Es liege ein großes Mißverhältniß darin, daß die Nebenräume beinahe ebenso viel kosten, wie die Classenzimmer. Wenn man nun die vorhandenen Nebenräume noch als Classen nutzbar machte, könnten 7 Classen mehr untergebracht und damit sehr wesentliche Ersparnisse erzielt werden. Die Schuldienerwohnung, das Lehrer- und Inspectorzimmer, sowie der größere Vorraum, welche 50000 M Bau-capital darstellten, könnten im Hauptgebäude beseitigt und in einen Anbau verlegt werden. Der Zeichenaal könnte in das Dachgeschoß eingebaut werden. Alsdann würden, wie gesagt, in dem Gebäude statt der geplanten 20 Classen deren 27 vorhanden sein. Hierdurch würde sich aber ein wesentlicher Unterschied in dem Kostenpunkte ergeben. Die Mehrkosten für den Anbau und das Inventar der 7 Classen würden durch die vorerwähnten Ersparnisse in der Hauptsache aufgewogen, so daß die Gesamtanlage sich für rund 400000—420000 M werde herstellen lassen. Die Kosten pro Classe würden alsdann von 19600 M auf 15000—15600 M und pro Schüler von 368 M auf 290—300 M heruntergehen. Diese wesentlichen Ersparnisse würden dabei erzielt werden, ohne daß in dem Werthe der Classe für den Schüler irgend etwas geändert werde.

Eine derartige Aenderung würde davon abhängig sein, ob sie auch in schultechnischer Beziehung zulässig sei. Der Herr Schuldirektor Schaarschmidt habe sich

dahin geäußert, daß die Leitung einer derartig vergrößerten Schule eine wesentliche Erschwerniß für deren Leiter mit sich bringe und daß auch der Zusammenhang mit dem einzelnen Schüler leide, daß es aber möglich sei, eine solche Einrichtung zu treffen. Gegen die Höherlegung des Zeichenkaales seien Einwendungen nicht erhoben. Man müsse anerkennen: je kleiner die Schule sei und je weniger Schüler eine Classe habe, desto besser sei es, aber man müsse auch in Betracht ziehen die Kosten, die man gerechter Weise aufwenden könne und den Nutzen, der in pecuniärer Beziehung durch die Vergrößerung der Anlage erreicht werde. Außerdem spräche für eine Vergrößerung der Umstand, daß in anderen Städten sehr viele solche großen Schulen gebaut werden, indem dort sogar Schulen mit 30, 36 und mehr Classen beständen. Wenn das anderwärts gehe, würden die hiesigen Lehrer die Schwierigkeiten wohl auch überwinden. Im Uebrigen scheine ihm eine Vermehrung der Classenzahl von 20 auf 27 nicht so groß zu sein, daß sie in schultechnischer Beziehung unausführbar wäre. Ein bedeutender Hinderungsgrund scheine sich der Aenderung allerdings entgegen zu stellen und daß sei die Calamität, welche schon jetzt in Bezug auf die Unterbringung der Schüler herrsche und welche eine Verzögerung in dem Baue der Schule nicht zulasse. Eine solche werde aber gefürchtet, wenn Aenderungen am Project beschlossen würden. Dieser Grund verschwinde indessen, sobald man die in Aussicht genommenen Bautermine betrachte. Es sei angenommen, daß der Schulbau am 1. April 1905 zum Schulbetriebe fertig sein solle, und habe man daran die Erwartung geknüpft, daß es gelingen werde, mit dem Bau schon etwas früher fertig zu werden, so daß schon im Herbst 1904 ein Theil der Classen würde benutzt werden können. Nun lasse sich der Schulbau aber in diesem Zeitraume unzweifelhaft fertig stellen, wenn am 1. April 1903 mit dem Bau begonnen werden könne. Die dann noch vor dem Beginne der Bauzeit liegenden  $4\frac{1}{2}$  Monate würden zur Projectirung des Erweiterungsbaues gleichfalls reichlich genügen. Seiner Meinung nach würde die städtische Bauverwaltung sogar im Stande und auch bereit sein, die Schule zum Herbst 1904 vollständig fertig zu stellen, wenn man dieses für nöthig befinden sollte und der Bauverwaltung die nöthigen Hilfskräfte zur Verfügung gestellt würden. Er empfehle daher, der Bauverwaltung diesen Termin vorzuschreiben.

Unter diesen Gesichtspunkten stellen die beiden vereinigten Commissionen folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle die verlangte Summe von 392000 M zum Bau der Schule an der Voigts-Rheßstraße bewilligen mit der Einschränkung, daß die Classenzahl von 20 auf 27 erhöht werde und daß dabei die Gesamtkosten, unter Berücksichtigung der im Dach- und Kellergechoß, an der Heizung, den Nebenanlagen und den Nebenräumen zu machenden Ersparnisse, die Summe von 15000—15600 M pro Classe nicht übersteigen



werden, auch über das definitive Project noch eine Verständigung herbeigeführt wird“.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat gegen die Erweiterung des Projectes auf einen Bau mit 27 Classen schwere Bedenken, weil dadurch eine Schule geschaffen würde, welche bei normaler Besetzung der einzelnen Classen 1400 Kinder unterzubringen habe. Das sei aber zu viel. Wenn der Herr Referent erwähnte, daß Herr Schuldirector Schaarschmidt es für möglich erklärt habe, eine so große Schule einheitlich zu leiten, so sei dies wohl richtig, Herr Schuldirector Schaarschmidt habe aber auch gesagt, daß er sehr schwere Bedenken gegen einen Bau in so erweitertem Umfange haben müsse, und zwar wesentlich aus dem Grunde, weil der Leiter einer so großen Schule nicht mehr im Stande sei, seine verschiedenartigen Aufgaben nach jeder Richtung hin zu erfüllen und der Schulinspector dann von der eigenen Ertheilung von Unterricht vollständig befreit werden müßte, um nur noch Verwaltungsbeamter zu sein. Das wäre aber sehr zu bedauern, weil dann sein sehr hoch anzuschlagender persönlicher Einfluß verloren ginge, den er in Bezug auf die Unterrichtung und Erziehung der Kinder, sowie auf die Unterweisung der jungen Lehrkräfte ausüben könne. Daß aber eine solche Schule mit 1400 Kindern und nur einem Leiter eine ungesunde Einrichtung sei, habe die Versammlung kürzlich erst selbst erklärt. Als der Magistrat vor nicht langer Zeit lediglich aus Sparankheitsrückichten beantragt habe, die räumlichen Verlegenheiten der höheren Mädchenschule zu beseitigen nicht durch einen Neubau, sondern durch den Ausbau zu einer dreigliedrigen Anstalt, habe die Versammlung das für verwerflich erklärt. Die höhere Mädchenschule würde aber bei Annahme des Magistratsantrages nur von 1050 Kindern besucht worden sein, wobei noch zu berücksichtigen sei, daß man geplant hätte, die drei untersten Stufen, also 9 Classen, auszuweisen und einem eigenen Schulinspector zu unterstellen. Das, was für die höhere Mädchenschule aber als recht erkannt sei, müsse für eine Knabenbürgerschule in erhöhtem Maße als recht gelten, da man ein viel höheres Interesse an der Unterrichtung der Knaben, als der Mädchen haben müsse.

Was die finanzielle Frage anlange, so sei zuzugeben, daß bei sonst gleichen Anforderungen der Neubau sich verhältnißmäßig billiger stelle, wenn er vergrößert werde. Es frage sich aber, ob man in der Lage sein würde, einen solchen vergrößerten Gebäuderaum voll auszunutzen, und diese Frage sei zu verneinen. Man beabsichtige, durch die Erbauung der neuen Schule es unter Verschiebung der gegenwärtigen Schulbezirke dahin zu bringen, daß die in ihren 18 Classen voll besetzten mittleren Knabenschulen an der Ottmerstraße und am Büstenwege einen Theil der Kinder an die neue Schule abgeben, um dadurch Raum für die überzähligen Kinder der Schule an der Osterstraße und dem Hohenstiege zu gewinnen. Mit einer solchen

Verchiebung der Schulbezirke habe es aber seine natürlichen Grenzen, sonst würde man bald dahin kommen, daß Kinder aus dem Westen der Stadt nach dem Osten geschickt werden müßten unter Auferlegung eines Schulweges von  $\frac{1}{2}$  bis zu  $\frac{3}{4}$  Stunden und das würde auf die Dauer wohl die Bürgerschaft nicht gestatten. Nach der Ansicht des Schuldirectors Schaarschmidt werde aber eine 20classige Schule etwa zehn Jahre ausreichen, so daß das in die überzähligen Classen gesteckte Capital zehn Jahre erst einmal brach liegen würde. Nach Ablauf dieser Zeit müßte man dann die Knaben zwingen, theilweise aus sehr weiter Entfernung, die überzähligen Classen zu besuchen, und das würde man nicht fertig kriegen. Zu diesen Bedenken komme noch ein besonderer Umstand, den man nicht außer Betracht lassen dürfe. Bekanntlich sei man jetzt in großer Verlegenheit wegen der Einschulung der Knaben in die mittleren Bürgerschulen und werde zu Ostern voraussichtlich schon Schulzimmer miethen müssen. Je länger man aber miethen müsse, desto größer werde das Miethbedürfniß, weil jede Ostern wieder eine größere Zahl von Schülern hinzukomme; man müßte sonst, wie in Bremen, Schulbaracken aufbauen, die aber auch wieder Geld kosten. Um also möglichst bald Luft zu schaffen, bitte er, den Antrag der Commissionen, soweit er darauf hinauslaufe, ein Schulgebäude mit 27 Classen zu schaffen, abzulehnen, während sich über die sonstigen Anregungen in Bezug auf die Ersparung der Kosten reden lasse.

Herr Günther bedauert außerordentlich, daß auch heute wiederum der Leiter der Bürgerschulen hier nicht vertreten sei und der Magistrat verjäumt habe, ihn einzuladen; er bitte daher den Magistrat nochmals, zu derartigen Verhandlungen in Zukunft den Schuldirector Schaarschmidt zuzuziehen, damit auch Anfragen an ihn gestellt werden können. Im Uebrigen stehe er auf dem Boden der Magistratsvorlage und bedaure, daß man in der Versammlung plane, gerade bei Schulbauten zu sparen, bei denen es am allerwenigsten angebracht sei. Das in den Schulen angelegte Capital verzinse sich am allerbesten und es sei ein Frevel, ja förmlich ein Verbrechen, hier sparen zu wollen.

Es sei nicht richtig, daß der Schulinspector eine 27classige Schule ebenfogut übersehen könne, wie eine 18classige; etwas müsse darunter leiden. Entweder habe ein Schulinspector bei einer 18classigen Schule nicht genug zu thun, oder er sei bei einer 27classigen Schule überlastet. Deshalb trete er dafür ein, es bei 18 Classen bewenden zu lassen. In der Commissionsitzung habe man dem Stadtbaumeister auch gesagt, er erhalte für die Befestigung des Platzes und die Einfriedigungsmauer statt der geforderten 31000 M. trotz seines Widerspruches nur 25000 M. und müsse es dafür machen; dieses Vorgehen bei den Schulbauten sei kennzeichnend. Wenn man außerdem die Wohnung des Schulpedellen in ein Nebengebäude legen wolle, so möge das angehen, aber es sei entschieden nicht richtig, auch das Zimmer des Inspectors

und der Lehrer außerhalb des Schulhauses anordnen zu wollen, und habe er sich gefreut, daß von dem Herrn Oberbürgermeister Herr Lange in energischer Weise zurückgewiesen sei, als dieser den Standpunkt vertreten habe. Schließlich könnten die Commissionen noch dahin kommen, das Lehrerzimmer in einen Stall verlegen zu wollen, oder den Lehrern zu jagen, sie könnten ihr Frühstück im Schulzimmer verzehren. Was die Verzögerung des Baues anlange, so sei es ja für möglich gehalten, ihn in der angegebenen Zeit fertig zu kriegen. Wenn der Magistrat beabsichtige, die Erdarbeiten zu dem Bau als Nothstandsarbeiten machen zu lassen, so gebe er anheim, mit solchen Arbeiten nicht so lange zu warten, wie im Vorjahre, da recht bald kalte Witterung eintreten könne und die Arbeitslosigkeit dann sehr groß sein werde. Er ersuche ebenfalls, den Antrag der Commissionen abzulehnen.

Herr Wolff bittet um Annahme der Magistratsvorlage in dem vom Herrn Oberbürgermeister angedeuteten Sinne. Im Uebrigen könne man aber den Commissionen nur außerordentlich dankbar sein, daß sie einmal die finanzielle Seite bei den Schulbauten angeregt und geprüft haben, denn so lange er Mitglied der Versammlung sei, werde über die hohen Kosten für die Schulbauten Klage geführt. Ohne beurtheilen zu können, ob die Commission oder die Bauleitung in dem vorliegenden Falle Recht habe, wünsche er nur, daß die gegebenen Anregungen sorgfältig geprüft und in Zukunft auch beachtet werden. Sollte die Versammlung sich heute für den Bau einer 20classigen Schule entscheiden, so könnte dieses mit Rücksicht auf die von den Commissionen vorgeschlagenen Ersparnisse wohl nur in der Weise geschehen, daß der Bau einer 20classigen Schule im Principe genehmigt und dem Magistrate anheimgegeben würde, die beantragten Ersparnisse nach Möglichkeit eintreten zu lassen.

Herrn Wolters scheint der Gedanke einer Abtrennung der Nebenräume von den Schulzimmern der Erwägung werth zu sein; denn es scheine möglich zu sein, mit fast denselben Kosten durch Abtrennung der Nebenräume einen Bau zu schaffen, der eine größere Anzahl von Schülern aufzunehmen vermöge. Es würde sich deshalb empfehlen, einmal zu prüfen, was der Bau kosten würde, wenn man nur eine 20classige Schule errichten und die Nebenräume trotzdem aus dem Hauptgebäude hinauslegen wollte, und ersuche er den Herrn Referenten um Auskunft hierüber.

Herr Frühling möchte zunächst Herrn Günther gegenüber constatiren, daß das etwas scharfe Wort, es sei eine frevelhafte Beeinträchtigung der Schule von den Commissionen beabsichtigt, sich doch wohl nach seinen Ausführungen nicht aufrecht erhalten lasse, denn die frevelhafte Einschränkung solle doch nur in der Vermehrung der Classen bestehen, während man sonst an der Einrichtung der Classen zc. nichts ändern wolle. Niemals sei aber im Entferntesten davon die Rede gewesen, daß die

Lehrer in einem Stalle untergebracht werden sollen. Was die Vermehrung der Classen anlange, so könne er sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß dieser Vorschlag schultechnisch unausführbar wäre und so große Nachtheile hätte. Bei der höheren Mädchenschule liege der Fall ganz anders, denn da habe es sich um 34 Classen und hier nur um 27 Classen gehandelt; auch sei die Leitung einer höheren Schule immer schwieriger, als die Leitung einer mittleren Schule. Dazu komme noch, daß bei der höheren Mädchenschule die finanzielle Frage lange nicht in dem Maße in Betracht gekommen sei, wie hier, wo es sich darum handle, daß man bei Durchführung des Commissionsvorschlages bei drei Schulbauten schon die Kosten für einen vierten einspare. Auch scheine es ihm nicht ausschlaggebend zu sein, daß der Schulweg für die Jungen zu weit sein solle, denn nach den Gymnasien und der höheren Mädchenschule müßten die Schüler und Schülerinnen sogar durch die ganze Stadt gehen. Wesentlich sei bei der Beurtheilung der Frage der Umstand, wie viele Classen in anderen Städten derartige Schulen umfassen, und da habe er gefunden, daß es sich dort um sehr viel mehr Classen handle. So habe man in Stettin 30 Classen, in Berlin 36 Classen, in Charlottenburg 40 Classen, in Cassel 28 Classen 2c. Wenn sich aber in anderen Städten eine solche Classenzahl bewältigen lasse, so müsse das hier auch gehen. Außerdem würde man nach den bisherigen Erfahrungen, welche zeigten, daß alle zwei Jahre eine neue Schule nöthig werde, wohl nicht in die Lage kommen, daß die Räume leer ständen und man keine Verwendung dafür hätte.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn sich der Herr Referent auf die Einrichtungen in anderen Städten beziehe, so sei darauf zu erwidern, daß dort die Verhältnisse vielfach anders liegen, indem man nur eine Volksschule und keine zweigliedrigen Schulen habe; er wisse auch nicht, ob solcher großen Schule nicht mehrere Inspectoren vorstehen. Trete dort also der Fall ein, daß es in einer Schule an Raum fehle, während in einer anderen solcher übrig sei, so können leicht Schüler oder Schülerinnen nach der anderen Schule hinübergeschickt werden. Solche Verchiebung lasse sich aber hier bei den vier Arten von Bürgerschulen nicht vornehmen. Bei der Vorlage in Betreff der höheren Mädchenschule sei gerade die Finanzfrage maßgebend gewesen, denn der Magistrat habe nachgewiesen, daß bei Annahme seines Vorschlages sich eine Ersparniß im Jahreswerthe von 30000 M. erzielen lasse. Wenn nun den Anregungen der Commissionen auf Errichtung eines 27classigen Schulgebäudes Folge gegeben werden sollte, so würde die Vorlage zunächst an den Schulvorstand zurückgehen müssen, um durch diesen das Bedürfniß nach einer solchen Schule feststellen zu lassen. Hiernach würde auf die Vergrößerung des Schulhofes Bedacht genommen werden müssen, da die Versammlung doch für 1400 Kinder einen größeren Schulhof wünschen würde, als für 1000 Kinder. Wenn

es nun auch möglich sein werde, dort noch Land zu bekommen, so müßte doch dafür ein Preis gezahlt werden, wie man ihn fordere. Sodann würde von Neuem ein Project aufzustellen und zu veranschlagen sein, auch müßten dasselbe Schulvorstand, Magistrat und Stadtverordnete prüfen, worauf erst der Bau beginnen könnte, und darüber würde mindestens ein Jahr verloren gehen.

Wie schon erwähnt, lasse sich über die Frage, ob an dem Projecte Dieses und Jenes nach den Anregungen der Commissionen geändert werden könnte, noch sprechen, und sei ja auch die Aenderung an der Heizanlage von Herrn Stadtbaumeister Osterloh schon zugegeben worden. Was die getrennte Ausführung der Gebäulichkeiten anbelange, so sei von schultechnischer Seite aus nichts dagegen zu erinnern, wenn der Pedell in einem Nebengebäude wohne, jedoch halte er es für unzulässig, das Lehrerzimmer in ein Nebengebäude zu verlegen und zwar nicht nur wegen der Hinaufführung der Kinder in die verschiedenen Classen, sondern auch wegen der Beaufsichtigung der Kinder auf dem Schulhofe. Die Lehrer hätten nämlich die Kinder auf dem Schulhofe zu beaufsichtigen und seien haftpflichtig, wenn sie sich dabei etwas zu Schulden kommen ließen; nehme die Stadtverwaltung aber den Lehrern die Möglichkeit solcher Beaufsichtigung, so sei sie haftpflichtig, was verschiedene andere Gemeinden zu ihrem Leidwesen schon hätten erfahren müssen. Auch hier seien bereits solche Kleinigkeiten vorgekommen, ohne daß den Lehrer ein Verschulden getroffen habe und seien den Eltern vom Magistrate die geringfügigen Kurkosten ersetzt worden; es könne aber auch einmal ein größeres Unglück vorkommen, welches die Zahlung von Jahresrenten erfordere. Die nothwendig werdende Vergrößerung des Schulhofes habe der Herr Referent ebenfalls nicht in Betracht gezogen. Wenn sodann der Herr Referent meine, es könnte in Bezug auf die Befestigung des Schulhofes gespart werden, so wolle er darauf hinweisen, daß in der Versammlung von Herrn Böschigt schon einmal gebeten sei, die Schulhöfe besser in Stand zu setzen, der Magistrat also nicht mehr wisse, wie er es der Versammlung recht machen solle.

Sollte nun die Versammlung dem Bau einer größeren Schule keine Sympathie entgegenbringen, so sei er mit Herrn Wolff der Meinung, daß es zweckmäßig erscheine, dem Magistrate einen Maximalcredit zu gewähren unter vollem oder theilweisem Abstrich der vom Herrn Referenten vorgeschlagenen Ersparnisse. In solchem Falle sei es möglich, noch in diesem Winter mit der Ausschachtung des Baugrundes zu beginnen und die Schule ein Jahr früher fertig zu stellen.

Herr Lange möchte zunächst Herrn Oberbürgermeister Pockels erwidern, daß dessen Befürchtung hinsichtlich der nicht ausreichenden Größe des Schulhofes kaum zutreffen dürfte. Es könnte sein, daß er einige Quadratmeter weniger umfasse, als sonst, auf das Kind berechnet, angenommen würden, aber die nutzbare Fläche des

Hofes werde bei anderer Anordnung der Gebäudelage nicht viel kleiner werden. Nach dem jetzigen Projecte liege ein großer Theil des Schulhofes derartig zwischen den Gebäuden, daß dieser Theil kaum als Schulhof benutzt werden könne. Bei dem von den Commissionen vorgeschlagenen Projecte würden dagegen die Gebäude derartig nach vorn geschoben, daß man den übrig bleibenden Theil des Grundstücks als nutzbaren Schulhof frei bekomme und so einen ausreichenden Spielplatz erhalte.

Wenn die Ausarbeitung des neuen Projectes nach der vom Herrn Oberbürgermeister in der Commissionsitzung geäußerten Ansicht die Fertigstellung der Schule um ein Jahr verzögern solle, so habe er darauf zu bemerken, daß Herr Stadtbaumeister Osterloh schon zugegeben habe, als man ihm scharf aufs Leder gerückt sei und der Herr Referent ihm verschiedene Handgriffe gegeben habe, daß sich die Sache auch in sehr viel kürzerer Zeit werde ausführen lassen. Die bei der Berathung in den Commissionen zugegen gewesenem Herren würden wohl die Ueberzeugung gewonnen haben, daß eine Verzögerung in der Fertigstellung der Gebäude durch die beantragten Aenderungen überhaupt nicht eintreten werde. Man habe sich dann auch mit der Frage befaßt, ob es nothwendig oder doch wünschenswerth sei, daß der Schulhof vom Schulgebäude aus beaufsichtigt werden könnte, und sei zugegeben worden, daß dieses nicht absolut nothwendig erscheine. Da eine Aufsicht auf dem Schulhofe selbst vorhanden sein müsse, so brauchten doch nicht auch die übrigen Lehrer noch vom Schulgebäude aus zuzusehen; wenn der aufsichtsführende Lehrer nur seine Schuligkeit thue, dann reiche das wohl hin. Auch die ferneren Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters seien schon in der Commissionsitzung widerlegt worden; denn trotz dieser Bedenken hätten die beiden Commissionen mit allen gegen eine Stimme beschloffen, der Versammlung den Bau in der vom Herrn Referenten vorgetragenen Weise zu empfehlen. Dieser Beschluß sei natürlich aus rein finanziellen Gründen gefaßt worden, denn die Commissionen befänden sich hier voll und ganz in Uebereinstimmung mit der schon wiederholt in der Versammlung kundgegebenen Ansicht, daß jedes Mal, wenn der Bau einer neuen Schule in Aussicht gestanden habe und die Kostenanschläge gekommen seien, die Mitglieder der Versammlung ein gewisses Graulen ergriffen habe. Auch Herr Schuldirektor Schaarschmidt habe mit anerkennenswerther Offenheit erklärt, es graule ihm schon jetzt, daß er demnächst wieder mit der Forderung einer neuen Schule hervortreten müsse, obwohl der Bau dieser Schule noch nicht einmal in Angriff genommen sei.

Wenn das so fortgehe, sei das Gefühl gerechtfertigt, daß uns die Schulen noch aufressen und daß wir dahin streben müssen, ein anderes System in unsere Schulbauten zu bringen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, hätten die Commissionen ihre Beschlüsse gefaßt. Es handle sich darum, ob hier hunderttausend Mark mehr oder weniger ausgegeben werden sollen, und sei es Pflicht und Schuldigkeit der

Versammlung, dahin zu streben, die für die Schule veranschlagten Kosten nach Möglichkeit herabzusetzen. Er empfehle deshalb dringend, den Antrag der vereinigten Commissionen anzunehmen.

Herr Meyerhoff will bemerken, daß in Leipzig eine Schule mit 48 Classen bestehe, nämlich eine Mädchen- und eine Knabenschule, welche aber wahrscheinlich nicht durch einen Inspector geleitet werde; diese Schule besitze auch gesonderte Spielplätze. Wenn man wünsche, eine 27classige Schule zu bauen, so könne man es machen wie in Leipzig, also an die mittlere Knabenschule noch eine mittlere Mädchenschule anhängen, dann würden keine überzähligen Classen vorhanden sein. Solle das aber nicht geschehen, so möge man nicht über die gewöhnliche Classenzahl hinausgehen, denn die Schulinspectoren müßten schon jetzt ihre volle Kraft der Schule widmen, wenn sie ihre Pflicht erfüllen wollten, und könnten eine höhere Classenzahl nicht beaufsichtigen. Ebenso möchte er davor warnen, das Dienstzimmer des Inspectors und der Lehrer aus dem Schulgebäude herauszulegen, weil sonst das Publicum den Schulinspector nur schwer auffinden könne. Dagegen würde man die Wohnung des Bedellen in das Seitengebäude legen können.

Herr Günther möchte dem Herrn Referenten erwidern, daß er nicht habe sagen wollen, die Commissionen hätten vorgeschlagen, die Lehrer in einen Stall zu sperren, sondern daß er gesagt hätte, es sollte ihn nicht wundern, wenn man das schließlich auch noch thue. Herr Lange habe durch seine Ausführungen gezeigt, wie er über die Lehrer denke, von denen er meine, daß sie nicht auf den Schulhof zu sehen brauchen. Hierbei zeige sich am allerbesten, daß der Schuldirektor heute hier fehle. Dieser habe es zuerst für nöthig gehalten, daß die Zimmer des Inspectors und der Lehrer nicht außerhalb des Schulgebäudes liegen und habe sich erst später breit schlagen lassen. Hinsichtlich der zu machenden Ersparnisse könne er sich nur für diejenigen erklären, welche sich auf die Materialien beziehen, sofern diese zu hoch veranschlagt sein sollten, aber bei allen anderen Dingen dürften Ersparnisse nicht gemacht werden. Wenn Herr Lange das Geipenst an die Wand male, daß bald wieder eine Schule gebaut werden müßte, so sei es ja allerdings schlimm, daß so viele Kinder auf die Welt kommen und gebe es dagegen nur ein Mittel, die Population einzuschränken, jedoch wisse er nicht, woher dann die Fabrikanten ihre Arbeiter nehmen sollten. Für eine 27classige Schule würde er nur dann sein, wenn die Classenzahl der Schüler auf 35—37 heruntergesetzt werden könnte. Schon heute werde das Classenziel von vielen Schülern nicht erreicht und komme das daher, daß die Lehrer zu viele Schüler zu unterrichten haben. (Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.) Wenn die Versammlung das Bedürfnis empfinde, sich zu unterhalten, dann könne er seine Ausführungen erst einmal unterbrechen. — Er bitte also, dem Vorschlage der Commissionen nicht zuzustimmen.

Herr Fröhling will die Anfrage des Herrn Wolters noch dahin beantworten, daß die von den Commissionen vorgeschlagenen Ersparnisse in der Hauptsache darauf beruhen, die Nebenräume, für welche ein Aufwand von 192000 M. gefordert werde, für mehr Classen, als die Vorlage befürworte, nutzbar zu machen. Das Lehrerzimmer könne selbstverständlich auch in dem Nebengebäude leicht so gelegt werden, daß es Aussicht auf den Spielplatz habe, auch lasse sich das Nebengebäude als ein Anbau an das Schulgebäude herrichten, mit welchem es durch einen Corridor verbunden werden könne.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird zur Abstimmung geschritten und zunächst der Antrag der Commissionen, die Classenzahl von 20 auf 27 zu erhöhen mit 20 : 14 Stimmen abgelehnt. Sodann wird die Vorlage nochmals an die Commissionen behufs Vorlegung eines Kostenanschlages, welcher die von den Commissionen befürworteten Ersparnisse zu berücksichtigen habe, zurückverwiesen.

## II. Antrag Stegmann: Fleischvertheuerung.

Der in der Sitzung vom 25. September d. Jz. — Seite 110 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, angesichts des herrschenden Viehmangels und der allgemeinen Fleischtheuerung den Magistrat zu eruchen,

- 1) an den Bundesrath wegen Aufhebung der Grenzsperrre zu petitioniren,
- 2) an das Herzogliche Staats-Ministerium die Bitte zu richten, den Braunschweigischen Bevollmächtigten zum Bundesrathe anzuweisen, für Aufhebung der Grenzsperrre einzutreten“.

Herr Blasius: Der Antrag war in der letzten Sitzung — Seite 142 des Berichtes — zurückgestellt worden, weil der Magistrat erst noch Erhebungen angestellt hatte über den Fleischmangel und die Fleischtheuerung in der Stadt. Nachdem nunmehr die betreffenden statistischen Zahlen von dem Magistrate eingegangen sind und auch noch anderweitig statistisches Material beschafft worden ist, hat die Statutencommission den Antrag definitiv beraten. Sie ist dabei von dem Grundsatz ausgegangen, daß wir uns in dieser Frage als Vertretung der Stadt Braunschweig nicht mit der allgemeinen Frage des Fleischmangels und der Fleischtheuerung in ganz Deutschland zu beschäftigen, sondern uns nur um die speciell Braunschweigischen Verhältnisse zu kümmern hätten.

In der Motivirung des Antrages ist als Grund für denselben zunächst der herrschende Viehmangel angegeben worden. Nach einer den Mitgliedern der Versammlung überreichten Uebersicht der gefundenen statistischen Zahlen stellte sich



der Preis und die Anzahl der auf den hiesigen Viehmärkten in den Jahren 1901 und 1902 angetriebenen Schweine wie folgt:

| Jahr | Tag     | 6wöchige<br>Ferkel | $\frac{1}{4}$ jährige<br>Schweine | $\frac{1}{2}$ jährige<br>Schweine | $\frac{3}{4}$ jährige<br>Schweine | Zahl der<br>ange-<br>triebenen<br>Schweine |
|------|---------|--------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|--------------------------------------------|
|      |         | M                  | M                                 | M                                 | M                                 |                                            |
| 1901 | 11./2.  | 27,5               | 55                                | 82,5                              | 110                               | 1100                                       |
|      | 18./3.  | 31,5               | 52,5                              | 75                                | —                                 | 1212                                       |
|      | 1./7.   | 33                 | 59                                | 97,5                              | 140                               | 1438                                       |
|      | 12./8.  | 27                 | 52,5                              | 110                               | 170                               | 1946                                       |
|      | 26./8.  | 29,5               | 75                                | 110                               | 150                               | 1418                                       |
|      | 25./9.  | 23                 | 60                                | 95                                | 125                               | 739                                        |
|      | 22./10. | 33                 | 77,5                              | 105                               | 140                               | 844                                        |
| 1902 | 3./2.   | 37,5               | 57,5                              | 105                               | 150                               | 1437                                       |
|      | 10./3.  | 47,5               | 65                                | 100                               | 125                               | 1514                                       |
|      | 30./6.  | 37,5               | 57,5                              | 82,5                              | 120                               | 1639                                       |
|      | 11./8.  | 37,5               | 67,5                              | 95                                | 147,5                             | 2486                                       |
|      | 25./8.  | 33                 | 85                                | 125                               | 170                               | 1450                                       |
|      | 24./9.  | 26                 | 65                                | 115                               | 155                               | 1148                                       |

Es geht daraus hervor, daß die Zahl der auf den hiesigen Viehmärkten ange- triebenen Schweine sich vom Monat Februar bis zum Monat August d. Js. ständig vermehrt hat und nur im September d. Js. etwas gesunken ist. Eine andere Möglichkeit, sich über den Fleischmangel in hiesiger Stadt zu informiren, liegt darin, daß man die Menge des hier eingebrachten Fleisches in Betracht zieht. Es sind aber eingeführt worden in der Markthalle, auf dem Wochenmarkte am Altstadtmarkte und im städtischen Schlachthause zusammen: im Jahre 1900 = 1 195 054 kg Fleisch, im Jahre 1901 = 1 198 342 kg und im Jahre 1902 = 1 293 185 kg. Die letztere Zahl ist gefunden, indem für die Monate October, November und December die betreffenden Zahlen der drei Monate des Vorjahres eingestellt wurden. Hieraus geht hervor, daß im laufenden Jahre mehr Fleisch als in den beiden Vorjahren hier eingeführt worden ist. Einen Ueberblick über die hier vorhanden gewesenen Schweine geben in gewisser Weise auch die Schlachtungen der hiesigen Exportschlächter. Aus der Uebersicht geht in Bezug hierauf hervor, daß die Schweine Schlachtungen bei den sechs größten hiesigen Exportschweine Schlachtern betragen haben:

in der Zeit vom 1./4. bis 31./7.:

|             |          |
|-------------|----------|
| 1898 = 3182 | } Stück; |
| 1899 = 2895 |          |
| 1900 = 3262 |          |
| 1901 = 4086 |          |
| 1902 = 4086 |          |

in der Zeit vom 1./8. bis 31./3.:

|                  |          |
|------------------|----------|
| 1898/99 = 12 997 | } Stück. |
| 1899/00 = 13 359 |          |
| 1900/01 = 16 080 |          |
| 1901/02 = 14 368 |          |

In den Sommermonaten hat also ständig eine Zunahme dieser Schlachtungen stattgefunden, während sich in den Herbst- und Wintermonaten bis 1900/1901 auch eine Zunahme zeigte und erst 1901/1902 eine geringe Abnahme zu constatiren war. Was die Anzahl der im Schlachthause geschlachteten Thiere anbetrifft, so sind in den Monaten Januar bis September geschlachtet worden:

|               |        |
|---------------|--------|
| 1900 = 66 347 | Stück, |
| 1901 = 73 244 | "      |
| 1902 = 70 591 | "      |

Also erst im laufenden Jahre hat hier eine geringe Abnahme der Schlachtungen stattgefunden. Aus diesen Zahlen dürfte hervorgehen, daß im großen Ganzen von einem Viehmangel in Braunschweig keine Rede sein kann.

Das zweite Moment, welches Herr Stegmann zur Motivirung seines Antrages anführte, war die Fleischtheuerung. Die Uebersicht bringt nun die Fleischpreise in der Stadt Braunschweig auf Grund der Feststellungen der Markt-Commission für den Zeitraum von 1891 bis 1901 im Jahresdurchschnitt und für 1902 im Monatsdurchschnitt. Diese Preise betragen:

| Jahr                                                  | Preise für 1 kg in Mark:                |         |                      |                  |                  |                      |
|-------------------------------------------------------|-----------------------------------------|---------|----------------------|------------------|------------------|----------------------|
|                                                       | Rindfleisch<br>von der Keule vom Bauche |         | Schweine-<br>fleisch | Kalb-<br>fleisch | Lamm-<br>fleisch | Speck,<br>geräuchert |
|                                                       | im Jahres = Durchschnitt                |         |                      |                  |                  |                      |
| 1891                                                  | 1,30                                    | 1,20    | 1,35                 | 1,44             | 1,40             | 1,70                 |
| 1892                                                  | 1,30                                    | 1,20    | 1,35                 | 1,45             | 1,40             | 1,70                 |
| 1893                                                  | 1,30                                    | 1,20    | 1,35                 | 1,45             | 1,40             | 1,70                 |
| 1894                                                  | 1,25                                    | 1,14    | 1,30                 | 1,19             | 1,22             | 1,55                 |
| 1895                                                  | 1,25                                    | 1,15    | 1,30                 | 1,20             | 1,25             | 1,55                 |
| 1896                                                  | 1,25                                    | 1,15    | 1,29                 | 1,21             | 1,24             | 1,49                 |
| 1897                                                  | 1,25                                    | 1,15    | 1,31                 | 1,24             | 1,25             | 1,42                 |
| 1898                                                  | 1,24                                    | 1,12    | 1,33                 | 1,26             | 1,21             | 1,49                 |
| 1899                                                  | 1,26                                    | 1,12    | 1,28                 | 1,26             | 1,16             | 1,47                 |
| 1900                                                  | 1,26                                    | 1,12    | 1,27                 | 1,25             | 1,17             | 1,47                 |
| 1901                                                  | 1,26                                    | 1,14    | 1,32                 | 1,27             | 1,20             | 1,51                 |
| 1902                                                  | im Monats = Durchschnitt:               |         |                      |                  |                  |                      |
| Januar . .                                            | 1,28                                    | 1,15    | 1,39                 | 1,27             | 1,20             | 1,57                 |
| Februar . .                                           | 1,25                                    | 1,15    | 1,41                 | 1,30             | 1,20             | 1,57                 |
| März . . .                                            | 1,28                                    | 1,14    | 1,42                 | 1,29             | 1,20             | 1,53                 |
| April . . .                                           | 1,27                                    | 1,15    | 1,39                 | 1,28             | 1,20             | 1,55                 |
| Mai . . . .                                           | 1,23                                    | 1,15    | 1,38                 | 1,29             | 1,20             | 1,54                 |
| Juni . . . .                                          | 1,30                                    | 1,15    | 1,36                 | 1,32             | 1,20             | 1,53                 |
| Juli . . . .                                          | 1,30                                    | 1,15    | 1,31                 | 1,26             | 1,20             | 1,50                 |
| August . . .                                          | 1,27                                    | 1,16    | 1,44                 | 1,29             | 1,19             | 1,63                 |
| September .                                           | 1,30                                    | 1,16    | 1,56                 | 1,39             | 1,24             | 1,69                 |
| berechnet für<br>den Zeitraum<br>vom<br>1./10.-30./9. | Rind                                    | Schwein | Kalb                 | Lamm             | Speck            |                      |
|                                                       | Jahres = Durchschnittspreise für 1 kg:  |         |                      |                  |                  |                      |
| 1898 - 1899                                           | 1,26                                    | 1,29    | 1,25                 | 1,16             | 1,47             |                      |
| 1899 - 1900                                           | 1,27                                    | 1,27    | 1,26                 | 1,17             | 1,46             |                      |
| 1900 - 1901                                           | 1,26                                    | 1,29    | 1,26                 | 1,18             | 1,49             |                      |
| 1901 - 1902                                           | 1,28                                    | 1,41    | 1,30                 | 1,20             | 1,57             |                      |

Wenn Sie die Zahlen spaltenweise durchgehen, so sehen Sie zunächst, daß für Rindfleisch aus der Keule im Jahre 1901 ein geringerer Preis bezahlt wurde, als in den Jahren 1891/93 und daß sich im Jahre 1902 eine ganz geringe Steigerung erst in den letzten Monaten zeigt. Was die Preise für Rindfleisch vom Bauche betrifft, so zeigt sich gegen früher sogar eine Abnahme im Preise. Hinsichtlich des Schweinefleisches finden Sie, abgesehen vom laufenden Jahre, ebenfalls eine Abnahme der Preise gegen frühere Jahre und erst im Jahre 1902 tritt eine Steigerung ein, welche im September eine Höhe von 1,56 M. erreicht hat. Bei diesem Fleische ist also eine Preistheuerung zu verzeichnen. Das Kalbfleisch verhält sich ähnlich wie das Rindfleisch und ist nur im letzten Monat September ein erheblicher Aufschlag erfolgt. Das Hammelfleisch ist im Allgemeinen gegen früher billiger geworden, wogegen der Speck in den letzten Monaten theurer geworden ist.

Die Statutencommission hat sich nun nach Besprechung der Motive des Antrages mit dem Antrage selber befaßt. Wenn Herr Stegmann meint, daß durch eine Aufhebung der Grenzsperrre eine Verbilligung des Fleisches stattfinden würde, so ist die Commission demgegenüber der Ansicht, daß die Grenzsperrre durchaus nicht so schlimm ist, wie sie vielfach dargestellt wird. Es ist in der Commissionsfikung geschildert worden, wie die Grenzsperrre in Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Rußland u. ausgeführt wird und geht daraus hervor, daß dieselbe für lebendes Vieh allerdings sehr energig gehandhabt wird, um zu vermeiden, daß aus den benachbarten Ländern ansteckende Krankheiten importirt werden. Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, welche große Mengen verführigen Fleisches noch heute aus Dänemark zu uns kommen. Auch ist die Rede davon gewesen, daß man eine Verbilligung der Fleischpreise eventuell auch dadurch würde erreichen können, daß man die größeren Volksmengen auf eine andere einweißhaltige Ernährung, wie z. B. auf die Hülsenfrüchte hinzuweisen versuchte. Außerdem wurde zum Ausdruck gebracht, daß nach der Ansicht der Viehzüchter sehr wohl eine dem Consume des deutschen Volkes entsprechende Menge Fleisch in Deutschland selbst gezüchtet und eventuell auch der Ausbau von Hülsenfrüchten noch mehr als bisher pouffirt werden könne. Es giebt also eine große Menge von Möglichkeiten, um der Fleischtheuerung zu steuern. Die Commission ist aus allen diesen Gründen zu der Ansicht gekommen, daß es kaum möglich wäre, sich seitens der Versammlung eine zutreffende Meinung darüber zu bilden, in welcher Weise wir der Fleischtheuerung beikommen könnten; die Commission schlägt deshalb vor, den bestimmten Antrag des Herrn Stegmann abzulehnen und folgende Resolution zu fassen:

„In Erwägung, daß eine Verbilligung der Fleischpreise zwar im dringendsten Interesse der Bevölkerung liegt, daß jedoch die Frage, auf welche Weise eine solche Verbilligung zu erzielen sei, zur Zeit nicht

genügend geklärt und von den städtischen Behörden auch nicht weiter zu klären ist, beschließt die Versammlung, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.“

Herr Stegmann: Als ich den Antrag heute vor sechs Wochen stellte, hatte bereits eine Anzahl Gemeindevertretungen, Handelskammern u. sich mit der Frage befaßt. Ich konnte natürlich nicht ahnen, daß der Antrag einen solchen Verlauf nehmen und man nach sechs Wochen noch eine Menge Material beibringen würde, nach welchem kein Viehmangel bestehe und keine Fleischtheuerung eingetreten sei. Wenn das die Einwohnerschaft von Braunschweig erfährt, so wird sie, namentlich aber die Hausfrauen der ärmeren Classen, erfreut sein und wird sich wundern, in einem Irrthum befangen gewesen zu sein. In meiner Begründung hatte ich nicht nur das braunschweigische Gebiet, sondern auch das weitere deutsche Gebiet in Betracht gezogen; ich hatte Zahlen über die Großeinkaufspreise, über den Rückgang der Schlachtungen, über die Grenzsperrre u. angeführt, auch die Folgen des Fleischangebots berührt und ich folgerte aus allen diesen Sachen, daß angesichts der fortgesetzten Bevölkerungszunahme die deutsche Landwirtschaft nicht im Stande sei, den Bedarf an Fleisch zu decken und daß es nur ein Mittel gebe, dieser Calamität abzuhelpfen, nämlich die Grenzsperrre aufzuheben. Auf diese meine Begründung ist die Commission gar nicht eingegangen. Es ist uns zwar statistisches Material vorgelegt worden, jedoch halte ich das für sehr ansehtbar, und zwar schon deshalb, weil dabei mit dem Jahre 1891 begonnen wird, in dem wir gerade hohe Fleischpreise hatten. Bekanntlich wurde im Jahre 1888 ein neuer Zolltarif eingeführt, der zur Folge hatte, daß die Getreide- und Fleischpreise bedeutend in die Höhe gingen. Erst nach dem Inkrafttreten der Caprivischen Handelsverträge sehen wir die Preise wieder heruntergehen. Man ist also bei der Statistik nicht darauf ausgegangen, ein Material zu schaffen, um im Interesse Braunschweigs vorgehen zu können, sondern um den Beweis zu bringen, daß überhaupt kein Viehmangel vorhanden sei und um meinen manchen Kreisen verhassten Antrag abzulehnen. Die vorgebrachten Zahlen beweisen nur sehr wenig, denn in Wirklichkeit sind die Preise in den Läden, namentlich für Diejenigen, welche Fleisch nur in kleinen Quantitäten einkaufen können, ganz bedeutend mehr gestiegen, als hier in den statistischen Zahlen nachgewiesen worden ist. Außerdem hatte ich besonders betont, daß es sich bei der Theuerung hauptsächlich um Schweinefleisch handle.

Wenn angeführt wird, es bestehe kein Viehmangel, so ist es doch merkwürdig, daß trotzdem die Fleischpreise derartig haben steigen können. Die Sache wird wohl so liegen, daß die hiesigen großen Wurstfabrikanten sehen müssen, Schweine zu beschaffen, woher es auch sei, zum Theil aus der Heide, zum Theil auch von den großen deutschen Märkten und bei diesen dann die Marktpreise in Betracht kommen,

welche an verschiedenen Plätzen um 30—38 % gestiegen sind. Die hohen Viehpreise gehen auch mit daraus hervor, daß die hiesige Firma: Denecke's Braunschweiger Wurst- und Fleischwaarenfabrik, A. G., Zeitungsnachrichten zufolge bei einem Umsatz von 1 480 185 M im vorigen Jahre einen Verlust von rund 1900 M gehabt hat und zwar sollen dieses ungünstige Ergebniß die hohen Schweinepreise verursacht haben. Im Uebrigen bin ich auch der Meinung, daß es verkehrt ist, wenn wir uns bei der Beurtheilung dieser Frage auf das enge Gebiet der Stadt Braunschweig beschränken wollen, da sie das ganze Deutsche Reich berührt und Besserung nur eintreten kann, wenn von Reichs wegen Mittel und Wege eingeschlagen werden, die Theuerung zu beseitigen. Aus diesem Grunde haben sich auch schon verschiedene Stadtverwaltungen an das Reich gewandt und hat dieses unter Anderen auch Berlin gethan, welches in seiner Eingabe die Fleischverhältnisse von ganz Deutschland in Rücksicht gezogen hat, und welches auch darauf hinweist, wie die Einfuhr von lebenden Thieren zurückgegangen ist und in welchem Verhältniß sie zu der Vermehrung der Bevölkerung steht. Dieses Mißverhältniß ist auch nicht schwer zu erkennen, wenn man erwägt, daß seit der Viehzählung im Jahre 1873 die Entwicklung der Viehzucht mit der Bevölkerungszunahme nicht Stuch gehalten hat, sondern um 12 1/2 % dagegen zurückgeblieben ist, wie das im Reichstage mitgetheilt wurde. Bedenkt man, daß außerdem die Einfuhr von geschlachtetem Vieh stark zurückgeblieben ist und daß durch das Fleischbeschaugesetz nun auch noch die Einfuhr von conservirtem Fleisch unterbunden wird, so geht hieraus hervor, daß sich eine Besserung nur durch die Oeffnung der Grenzen erzielen lassen kann. Daß die deutsche Landwirthschaft im Stande wäre, eine Besserung eintreten zu lassen, ist ausgeschlossen und zwar schon deshalb, weil die Futtermittel dazu gar nicht ausreichen.

In Betreff der Seuchengefahr hat es der Herr Referent für eine patriotische Pflicht erklärt, das einheimische Schwein zu schützen, aber mit diesem Geispenst lassen sich doch wohl nur politische Kinder erschrecken. Früher sind allerdings von Rußland her Seuchen eingeschleppt worden, aber seit dem Jahre 1890 ist das nicht mehr vorgekommen. Andererseits waren aber im Jahre 1894, als das Seuchengesetz in Deutschland schon längst bestand, 500 Gehöfte verseucht und trotzdem die Grenzperre später noch rigoröser gehandhabt wurde, waren doch im Jahre 1899 noch 6000 Gehöfte in Deutschland verseucht. Die verseuchten Thiere waren aber nicht durch ausländisches Vieh angesteckt worden, zumal sich die verseuchten Orte und Districte nicht unmittelbar an der Grenze, sondern in der Mitte des Reiches, wie in Hildesheim, Merseburg &c. befanden. Wenn aber das verseuchte Vieh aus dem Inlande direct in die Schlachthäuser gebracht werden kann, so muß das doch mit dem ausländischen gesunden Vieh eben so gut geschehen können. Da man 70 000 Schweine gegenwärtig im Jahre nach Deutschland hereinlassen will, so liegt

kein Grund vor, weshalb man diese Zahl nicht auf 700000 Stück erhöhen will. Diese Frage zu lösen bin ich nicht im Stande, dazu gehört wohl eine besondere Regierungsweisheit. Ebenso liegt es mit der Besorgniß der Regierung um die Gesundheit des Volkes, welches kein Büchsenfleisch essen soll; die Regierung ist doch sonst nicht so sehr um das Volk besorgt. Man will also das Büchsenfleisch nicht mehr nach Deutschland hineinlassen, obwohl es in anderen Staaten consumirt werden kann und obwohl die deutsche Marine in ausländischen Häfen große Kosten für ihren Bedarf hat aufstapeln lassen. Wenn man alle diese Verhältnisse betrachtet, kann man kaum daran glauben, daß nur die Furcht vor der Seuchengefahr die Einführung ausländischen Viehes verhindert und man kann es den Fleischern nicht verdenken, wenn sie sagen, es sei das ein Ammenmärchen und nur ein Vorwand, um zu Gunsten der Agrarier gute Preise für das inländische Vieh zu erzielen. Es ist traurig genug, daß die Leute jetzt das Fleisch so theuer bezahlen müssen und die ärmeren Leute gezwungen sind, den Fleischconsum immer noch mehr einzuschränken. Auch die Bedenken gegen ein directes Vorgehen an den Bundesrath sehen einem Vorwande sehr ähnlich. Es handelt sich hier um eine rein wirtschaftliche Frage und es liegt kein Grund vor, von der Verfolgung des Antrages Abstand zu nehmen, da der §. 51 der Städteordnung ausdrücklich gestattet, daß behuf Förderung der Wohlfahrt der Stadt und der Gemeindengenossen Anträge gestellt werden dürfen. Es kann aber auch nichts passieren, wenn Sie meinen Antrag annehmen. Die Hinweise des Herrn Referenten auf die vorliegende Statistik sind durchaus nicht maßgebend, weil man sich bei dieser Sache nicht auf den engen Braunschweiger Standpunkt stellen darf, denn Braunschweig bildet doch nicht die Welt. Sollte es hier noch nicht so schlimm sein, wie anderwärts, so können wir doch sicher darauf rechnen, daß die allgemeinen Verhältnisse schließlich ihre rückwirkende Kraft auch auf Braunschweig ausüben werden. Deshalb bitte ich nochmals um Annahme meines Antrages; wir erfüllen damit eine dringende Pflicht gegenüber den Einwohnern der Stadt Braunschweig und namentlich gegenüber der minder bemittelten Bevölkerung.

Herr Wolkenweber: Ich hatte einen speciellen Auftrag von der Fleischereinnung, hierzu das Wort zu nehmen und habe damit gern so lange gewartet, bis die statistischen Erhebungen abgeschlossen waren. Wir leben in diesem Punkte hier noch sehr glücklich, weil die Fleischpreise hier noch nicht erhöht worden sind. (Widerpruch.) Ich kann Ihnen den Beweis liefern, daß das nicht der Fall ist (Widerpruch), nur das Schweinefleisch ist etwas theurer geworden. Es wird sich allerdings am Jahreschlusse noch herausstellen, daß nicht nur die eine Firma, welche ein Deficit von annähernd 2000 M gemacht hat, in dieser Weise abgeschlossen haben wird, und dürfte bei der Steuereinschätzung für Manchen noch ein erhebliches Deficit herauskommen. Ich behaupte, daß in anderen Städten die Fleischpreise

bedeutend höher sind als hier, trotzdem wir das Vieh hier ebenso theuer bezahlen müssen, als die Schlächter in anderen Städten. Statt der Marktpreise für mageres Vieh hätte man sollen eine Statistik der Preise für fettes Vieh aufstellen, denn nur die Marktpreise des Schlachtviehes kommen hierbei in Betracht. Aus meinen Erfahrungen der Jahre 1891 und 1892 weiß ich, daß damals nicht alle Gattungen von Vieh theurer waren, sondern nur einzelne, während jetzt alle Viehgattungen theurer sind. Außerdem haben frühere Fleischtheuerungen immer nur kurze Zeit gedauert, während jetzt die Preise schon seit zwei Jahren gestiegen sind, ohne Hoffnung, daß sie sich wieder reduciren werden. Nach den Erhebungen des Deutschen Fleischerverbandes sind die deutschen Landwirthe nicht in der Lage, die für Deutschland erforderliche Anzahl Schweine produciren zu können. Von Seiten des Fleischer- und des Handelsstandes sind schon verschiedene Petitionen an den Bundesrath abgegangen und haben theilweise Annahme, theilweise Ablehnung erfahren. In vielen Städten haben sich die Magistrate schon an den Bundesrath gewandt und es wäre erwünscht, wenn das auch hier geschähe. Eine Stadt hat es nicht gethan, nämlich Staßfurt, wo der Magistrat selbst geschlachtet hat (Heiterkeit); ob der Bürgermeister dabei die weiße Schürze vorgethan hat, glaube ich nicht (Heiterkeit), jedoch sind die Magistratsdiener auf dem Laude herumgeschickt und haben Schweine aufkaufen müssen und dann ist darauf losgeschlachtet (Widerpruch); es hat aber nicht lange gedauert, dann sind die Schlachtungen wieder aufgesteckt, weil das Geld nicht hingereicht hat.

Nach meiner persönlichen Ansicht wird der Preis des Rindviehes sich auf der jetzigen Höhe halten, während der Preis der Schweine sich noch weiter erhöhen wird. Die größeren hiesigen Wurstfabriken haben ja ihren Bedarf an Schweinen immer noch gedeckt, aber woher sie sie nehmen und welche hohen Preise sie bezahlt haben, weiß ich nicht. Eine eigentliche Fleischnoth existirt nicht, sondern nur eine Fleischtheuerung; denn wenn eine Fleischnoth vorläge, würde das Publicum kein Fleisch mehr bekommen können. Das Schweinefleisch ist eins der besten Nahrungsmittel für den kleinen Mann, wenn die kleinen Leute aber 45 S. für  $\frac{1}{2}$  Pfund Schweinefleisch bezahlen sollen, so ist das zu viel. Aus diesem Grunde wenden sie sich in anderen Städten mehr und mehr dem Genuße von Pferdefleisch zu, welches als ein zweckmäßiges Nahrungsmittel aber nicht anzusehen ist, weil dadurch häufig Krankheiten entstehen sollen.

Meine Ausführungen sollen darin gipfeln, daß ich mich der Ansicht des großen Deutschen Fleischerverbandes anschließe, nach welcher die Grenzen für das Vieh geöffnet werden müssen. Geschieht das nicht, sehen wir keinen billigeren Fleischpreisen entgegen, sondern diese Preise werden von Stufe zu Stufe weiter steigen.



— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

Herr Ebeling: Gegenüber verschiedenen Ausführungen, welche gegen den Antrag der Commission hier vorgebracht sind, glaube ich einige Aufklärungen schuldig zu sein. Was zunächst die Schweinepreise anbetrifft, so haben sie allerdings eine Höhe erreicht, wie lange zuvor nicht. Im Auslande liegen die Verhältnisse aber ebenso und zwar in Folge der Knappheit der Futtermittel. Die Schweinepreise stiegen deshalb auch in Amerika ganz erheblich, was von den großen Exportschlachtereien in Chicago noch mehr ausgenutzt wurde. Dazu kam der Rückgang an Hammeln in Australien, welcher die Preise in die Höhe trieb. Sie sehen also, daß nicht allein in Deutschland, sondern allenthalben die Fleischpreise in die Höhe gingen. Wollte man diesen Umstand aber benutzen, um die deutschen Grenzen für ausländisches Vieh zu öffnen, so würden wir wegen der Bekämpfung der Seuchengefahr in eine ungeheure Verlegenheit kommen. Bezüglich der Seuchen ist aber ein ganz bedeutender Rückgang in den letzten Jahren bei uns eingetreten. Nehmen wir einmal das Rieselgut, so haben wir dort in den ersten Jahren drei Mal in zwei Jahren die Maul- und Klauenseuche durchgemacht, welche uns 30 M Verlust auf das Stück Rindvieh brachte. Wenn man ein solches erkranktes Thier auch nicht immer als directen Verlust ansehen kann, so wird es doch meist als Polkawaare behandelt. Diese Seuchen haben wir in den beiden letzten Jahren gar nicht gekannt. Im ganzen Herzogthume ist heute nur ein einziges Gehöft verseucht. Die Rinderpest, den Milzbrand, die Lungenseuche und derartige Viehepidemien kennt man jetzt gar nicht mehr. Früher ist an dem Schlachthause das Schild „Hier herrscht Maul- und Klauenseuche“ gar nicht weggekommen. Wenn aber solche Krankheiten in eine Viehherde gerathen, so erwachsen dadurch bedeutende Verluste; denn die angesteckten Thiere müssen mit größter Vorsicht behandelt oder gar getödtet werden.

Was nun die Viehnoth betrifft, so möchte ich das Rieselgut als Beispiel anführen. Wir hätten auf dem Rieselgute gern 40 Stück Vieh verkauft, aber trotz dem so viele Schlachtermwagen die Cellerstraße entlang fahren, hat nicht ein einziger Schlachter einmal gefragt, ob nicht ein Handel mit Vieh zu machen sei, selbst der Herr College Wollenweber nicht. (Heiterkeit.) Wir müssen das Vieh immer an den Händler verkaufen, welcher es nach dem Schlachthause bringt und dort mit einem Aufgelde von 25—50 M an die Schlachter verkauft. Dieses Aufgeld könnten die Schlachter sparen, wenn sie mehr aus dem Hause gingen und sich nicht auf die Zwischenhändler verließen.

Aus diesen Gründen bitte ich, den Antrag der Statutencommission anzunehmen. Wenn Herr Stegmann sich bei unparteiischen Leuten, die nicht auf ihre Idee ver-

rannt sind, gründlich informiert hätte, würde er wohl nicht beantragt haben, die Grenzen wegen der Viehnoth zu öffnen. Besser würde es schon sein, wenn an der Grenze noch mehr Schlachthöfe eingerichtet würden, welche für eingeführtes Vieh zu öffnen wären; denn hierdurch könnte der Import des Viehes noch gehoben werden. Den Antrag auf Oeffnung der Grenzen hätte ich noch nicht einmal von einem Schlachtermeister erwartet, denn das hieße nur, einen Geschäftszweig zum Nachtheile Anderer zu bevorzugen. Ob man durch die Oeffnung der Grenzen überhaupt billigere Fleischpreise erzielen würde, ist noch sehr fraglich; jedenfalls sollte man solche Sachen gründlicher prüfen. (Zustimmung.)

Herr Blasius: Ich kann nicht auf Alles eingehen, was hier gegen den Antrag der Commission vorgebracht worden ist und will daher nur Einiges herausgreifen. Wenn Herr Wollemweber das Selbstschlachten in Staßfurt erwähnt, so ist das vielleicht ein ganz praktisches Mittel, die Fleischpreise zu ermäßigen. Wie mir gestern der Director einer größeren auswärtigen Fabrik mittheilte, hätte er mit Rücksicht auf die hohen Fleischpreise angekündigt, daß er binnen acht Tagen einen Ochsen schlachten und zwei Centner Fisch kommen lassen würde, wenn die Fleischpreise nicht heruntergehen, und schon am folgenden Tage seien sie heruntergegangen. Es giebt also viele Mittel zur Herabminderung dieser Preise. Was die Grenzsperrre anbetrifft, so kann ich nur wiederholen, welche großen Gefahren daraus erwachsen, wenn die Grenzen unbedingt geöffnet würden und unterschreibe ich Alles, was Herr Ebeling dazu erwähnt hat. Wenn dann ferner vorgebracht wurde, daß in der statistischen Zusammenstellung die Preise für wirkliche Schlachtthiere nicht angegeben seien, so muß ich dem widersprechen, da die Preise für  $\frac{3}{4}$ jährige Schweine angeführt sind, welche schlachtbar sein sollen. (Widerpruch.) In Bezug auf die Ansicht des Herrn Wollemweber, daß die deutsche Landwirthschaft nicht genug Schweine liefern könne, sind andere Autoritäten anderer Anschauung. Was das Exportgeschäft von Denecke betrifft, so soll dessen Verlust daher gekommen sein, daß es trotz der erhöhten Einkaufspreise die Verkaufspreise nicht habe erhöhen können, weil diese vorher mit den Kunden schon fest vereinbart worden seien. Das hat also mit dieser Frage nichts zu thun.

Das hier vorgebrachte statistische Material stammt vom Magistrate und dem Herzoglichen statistischen Bureau und ist vollständig unparteiisch zusammengestellt. Wenn Herr Stegmann sagt, wir hätten uns nicht mit den von ihm hervorgehobenen allgemeinen Gesichtspunkten, also mit der Grenzsperrre zc. befaßt, so kann ich darauf nur erwidern, daß wir das mit voller Absicht nicht gethan haben. Wir wollten uns eben nicht mit allgemeinen politischen, das ganze Deutsche Reich tangirenden Sachen befassen, sondern nur mit solchen, die uns speciell hier etwas angehen, um unsere Competenzen nicht zu überschreiten. Auch die Ansicht des Herrn Stegmann, daß sein

Antrag verfaßt zu sein scheine, trifft nicht zu, denn wir würden es mit großer Freude begrüßt haben, wenn der Antrag uns billige Fleischpreise hätte verschaffen können.

Herr Stadtrath Meyer: Herr Stegmann hat die der Versammlung unterbreitete statistische Zusammenstellung bemängelt und dagegen in bedingter Weise den Vorwurf erhoben, es scheine ihm, als ob die Zahlen so herausgesucht seien, daß sie die Unhaltbarkeit seines Antrages beweisen müßten. Diesen Vorwurf muß ich unbedingt und energisch zurückweisen. Ich kann die Zahlen heute nicht ändern, und wenn sie dem Antrage nicht günstig erscheinen, so liegt das nicht an der Zusammenstellung, sondern an den Verhältnissen. Wenn Herr Stegmann ferner nicht damit einverstanden ist, daß die Marktpreise herangezogen werden, um ein objectives Urtheil über die Höhe der Fleischpreise zu fällen, so bin ich darüber anderer Meinung. Gerade durch die Oeffentlichkeit, in welcher der Wochenmarkt stattfindet, ist meiner Ansicht nach die beste Gewähr geboten, daß man die Preise als maßgebend ansehen kann. Die in der Zusammenstellung angeführten Zahlen sind Durchschnittszahlen, so daß daneben ein höchster und ein niedrigster Preis vorhanden ist. Aus meinem privaten Fleischbuche geht z. B. hervor, daß ich in den letzten zwölf Monaten für gutes Fleisch 1,80 M pro kg bezahlt habe, das sind nur 4 S. mehr, als der in der Statistik angegebene Durchschnittspreis, so daß dieser wohl zutreffen dürfte. In Bezug auf die von Herrn Wolkenweber ausgesprochene Befürchtung, daß auch in Zukunft die Schweinepreise nicht sinken, sondern noch weiter in die Höhe gehen würden, kann ich mittheilen, daß nach einer mir amtlich zugegangenen Mittheilung bei den vom Herzoglichen Staats-Ministerium angestellten Erhebungen der Kreis-thierarzt geäußert hat, die Leute, welche sich nur wenige Schweine fett machten, könnten ihre Thiere gar nicht los werden. Das bezieht sich nicht nur auf die nähere Umgebung der Stadt Braunschweig, sondern auf das ganze Herzogthum. Gleichzeitig habe ich erfahren, daß ein Gut in der Nähe von Königslutter, welches sich hauptsächlich auf die Schweinezucht gelegt hat, seine Schweine für 46—47 M Lebendgewicht nicht los werden kann. Daraus schließe ich, daß die Preissteigerung nicht bloß auf die Grenzperre, sondern auch auf andere Umstände zurückzuführen ist. Diese Frage können wir hier nicht berühren.

Herr Günther: Ich habe es für selbstverständlich gehalten, daß der Antrag von der Commission in der Weise aufgefaßt werden würde. Wer aber noch nicht begriffen hat, daß die Fleischpreise in die Höhe gegangen sind, an dem ist Hopfen und Malz verloren. Der Antrag der Commission hat nicht die geringste Bedeutung; wenn unser Antrag nicht angenommen wird, so kann nicht erreicht werden, was wir möchten. Von Herrn Ebeling ist zu verstehen gegeben, daß der Antrag Stegmann gewissermaßen von außerhalb beeinflusst sei; das ist nicht der Fall, und wissen Sie wohl auch selber, daß verschiedene Magistrate aus sich heraus einen solchen Antrag gestellt haben, wie z. B. in Danzig, Düsseldorf, Berlin &c. In Düsseldorf sollen in

den letzten Monaten allein 30 Schlächter bankrott geworden sein. Merkwürdigerweise soll hier sogar das Fleisch auf der Freibank theurer geworden sein, was doch wohl auf die höheren Fleischpreise zurückzuführen sein dürfte. Man kann aber auch den Schlachtern nicht ohne Weiteres den Vorwurf machen, daß sie die Zeitlage dazu benutzen, das Fleisch künstlich im Preise zu steigern. Wir sind die Schlächter durchaus nicht besonders ans Herz gewachsen, aber es steht meiner Ansicht nach fest, daß die Preissteigerung nicht künstlich von den Schlachtern erzeugt worden ist. Fühlbar ist die Steigerung aber jedenfalls und besonders bei den Arbeitern, welche schon früher nur wenig Fleisch essen konnten und die den Fleischconsum jetzt nur ganz aufstecken können. Aus diesem Grunde ist es begreiflich, daß die Schlächter ihren Vieheinkauf dem verminderten Consum anpassen. Bei den besser gestellten Volksklassen ist die Theuerung natürlich nicht so fühlbar, zumal die Schlächter diesen das Fleisch vielleicht zu mäßigeren Preisen verkaufen, als den kleinen Leuten, welche nur wenig kaufen können. Heute ist der hohe Fleischpreis in den unteren Volksklassen auch empfindlicher, als zu Beginn der neunziger Jahre, weil damals die Arbeiter besser verdienten, als heute. Meiner Ansicht nach können Sie gar nicht anders, als unseren Antrag anzunehmen.

Herr Blasius hat dann noch darauf hingewiesen, daß die Hülsenfrüchte das Fleisch als Nahrungsmittel theilweise ersetzen könnten. Anderwärts ist man noch weiter gegangen und hat den Quark als Fleischerjag empfohlen. Schließlich werden die arbeitenden Classen noch auf die dürrtigiten Nahrungsmittel herunterkommen. Wenn man aber den Quark allgemein als Nahrungsmittel einführen würde, so würde auch der ebenso wie die Milch bald im Preise steigen. Das sind alles Mitteltchen, die hierbei nicht helfen können, zumal der Arbeiter bei seiner angestrengten Thätigkeit wohl nöthig hat, hin und wieder einmal ein Stückchen Fleisch zu essen, was schon jetzt in den meisten Familien nur sehr selten, häufig nur ein Mal in der Woche geschieht. Den Antrag der Commission kann ich als nichts Anderes bezeichnen, als daß man sich um die Sache herumdrücken will, und wird die Bürgerschaft schon wissen, wie sie darüber zu denken hat.

(Stimme des Vorsitzenden.)

Vorsitzender: Die Aeußerung, daß die Commission sich um die Sache habe herumdrücken wollen, muß ich als ungehörig zurückweisen. Jeder von uns empfindet das lebhafteste Bedürfniß und den dringendsten Wunsch, billigere Fleischpreise herbeizuführen, denn nicht allein in den Kreisen der Antragsteller, sondern auch in anderen bürgerlichen Kreisen leidet man unter den heutigen Verhältnissen. Wenn wir daher ein Mittel wüßten, die Verhältnisse zu ändern, so würden wir es gern ergreifen, aber wir wissen keins. Derartige Bemerkungen sind daher vollständig ungehörig. (Zustimmung.)

Herr Wollenweber: Es kommen häufig genug Fälle vor, daß ein Landwirth jagt, ich kann meine Schweine nicht los werden und wenn dann die Waare an den Markt kommt, kann sie Niemand gebrauchen. Hierbei entscheidet die Frage, was ist Schlachtwaare und was nicht. Ich erkläre offen, daß gute Schlachtwaare jetzt 50 bis 52 M pro Centner Lebendgewicht kostet. Bei Preisen von 46 und 47 M kann es sich nur um Schweine handeln, die zum Schlachten noch nicht reif sind. Der Versuch mit eigenen Schlachtungen kann ja einmal gemacht werden, aber ich habe schon bemerkt, daß der Magistrat in Staßfurt dabei nicht hat aus dem Ende finden können. Wenn das geschieht, haben wir aber keine Fleischer mehr nöthig. Auf die Bemerkung des Herrn Ebeling bezüglich des Rieselgutes Steinhof will ich erwidern, daß die Braunschweiger ein recht leckeres Publicum im Fleisshessen sind und junge Waare haben wollen, welche ich auf dem Gute Steinhof noch nicht gefunden habe. Alte Kühe und Ochsen gehen in andere Gegenden, weil wir sie hier nicht gebrauchen können; es ist eben ein großer Unterschied in der Waare. Wenn das Rieselgut uns einmal recht schöne Waare liefern könnte, würden wir auch gern einen guten Preis dafür ausgeben, aber mit solchem Fleische würde uns die Einwohnerschaft auf den Trab bringen. Was nun die Vorsichtsmaßregeln gegen die Seuchengefahr in Deutschland anbetrifft, so geht man jenseits der Grenze mit eben so großer Vorsicht vor, wie hier. Die Abnahme der Maul- und Klauenseuche wird mehr der besseren Fütterung zuzuschreiben sein, denn die Vorsichtsmaßregeln sind außerhalb, z. B. in Dänemark, ebenso scharf wie hier.

Herr Stegmann: Obwohl Herr Stadtrath Meyer meinen Vorwurf glaubt zurückweisen zu müssen, daß ich gesagt haben soll, die Statistik wäre absichtlich gegen meinen Antrag zurecht gemacht, so muß ich doch dabei bleiben, daß die ganze Sache den Eindruck auf mich macht, als ob man meinen Antrag habe zu Falle bringen wollen und zwar schon deshalb, weil man mit dem theuren Jahre 1891 begonnen und daran nachzuweisen versucht hat, es bestche jetzt überhaupt keine Theuerung. Wenn Herr Stadtrath Meyer ferner sagt, es gehe aus seinem Fleischbuche hervor, daß die Fleischpreise nicht wesentlich gestiegen seien, so will ich dazu nur bemerken, daß die Fleischer ihre festen Kunden auch nach Möglichkeit nicht groß steigern werden, daß aber die Arbeiter ihren geringeren Fleischbedarf am theuersten bezahlen müssen. Herrn Ebeling's Aeußerung, daß ich mich besser hätte informiren müssen, verstehe ich nicht im Hinblick darauf, daß ich das beste Material vorgebracht habe, ohne daß es hat widerlegt werden können. Auch die Ansicht des Herrn Blasius kann ich nicht theilen, daß man absichtlich nicht habe auf die allgemeinen Verhältnisse eingehen wollen, denn man muß sich mit diesen Verhältnissen befassen, weil im Allgemeinen auch für uns der deutsche Großhandelspreis für Vieh gilt. Wer sich dagegen sträubt, der braucht dieses allerdings nur als Vorwand, um sich um die Sache herumzudrücken.

Der Antrag der Statutencommission wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

### III. Erwerb einer Fläche zur Eichthalstraße.

Zu dem ausgebauten Theile der Eichthalstraße zwischen Spinnerstraße und dem Grundstücke *M. ass.* 4546 ist von dem früher Behme'schen Grundstücke eine 9 qm große Fläche noch nachträglich zu erwerben. Dem Antrage des Magistrates, den Erwerb dieser Fläche zum Einheitspreise von 15 *M.* zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet, zu.

### IV. Antrag *Asmann*: Anstellung von Schulärzten.

Herr *Blasius* empfiehlt namens der Statutencommission und im Einverständniß mit dem Antragsteller den in der vorigen Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 146 des Berichtes — vorläufig zurückzustellen, da nach einer Mittheilung des Magistrates entsprechende Vorverhandlungen bereits schweben und der Magistrat beabsichtigt, der Versammlung mit einer Vorlage zu kommen, sofern die Vorverhandlungen ein entsprechendes Ergebnis haben werden.

Der Antrag gilt damit als vorläufig erledigt.

### V. Antrag *Stegmann*: Bau einer zweiten Freibadeanstalt.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 146 des Berichtes — berichtet namens der Finanzcommission Herr *Hauswaldt*: Der Antrag sei wieder einmal mit Bleistift geschrieben, was als eine unpraktische und unwürdige Manier anzusehen sei; er möchte deshalb dem Wunsche Ausdruck geben, daß recht bald ein Tintenfaß gefunden würde, welches sich dem Stile des Rathhauseaales anpaßte.

Die Finanzcommission müsse anerkennen, daß die jetzige Freibadeanstalt zu einzelnen Tageszeiten an warmen Sommertagen sehr stark belastet sei. Selbstverständlich würde es für einen Theil der Besucher der Anstalt am angenehmsten sein, wenn im Nordwesten der Stadt eine zweite Freibadeanstalt angelegt werden könnte; leider sei aber das Wasser der Oker nicht derartig, daß man in jener Gegend mit der Errichtung einer zweiten Badeanstalt vorgehen könnte, weshalb nichts Anderes übrig bleibe, als die jetzige Freibadeanstalt zu vergrößern, damit sie für alle Verhältnisse ausreiche. Die Finanzcommission bringe daher in Vorschlag, den Antrag dem Magistrate zur Berücksichtigung zu überweisen und ihn zu bitten, denselben zu prüfen und eventuell eine Vergrößerung der Freibadeanstalt vorzubereiten.

Herr Stegmann ist erfreut, daß der Antrag nicht das Schicksal so mancher anderen Anträge von seiner und seiner Freunde Seite theile. Der Antrag der Finanzcommission genüge ihm aber noch nicht, weil die Erwägungen des Magistrates sich lange hinschleppen könnten. Da die zeitweise Ueberfüllung der Freibadeanstalt nicht bestritten sei, so ersuche er, seinem Antrage in vollem Umfange stattzugeben und den Magistrat zu bitten, den Erweiterungsbau so zeitig einzuleiten, daß die Badeanstalt vor dem Beginne der nächsten Badesaison fertiggestellt sein werde.

Herr Günther fürchtet ebenfalls, daß die Sache sehr in die Länge gezogen werden könne. Wenn aber doch seitens des Magistrates etwas geschehen sollte, so möchte er sich einige Verbesserungsvorschläge erlauben. Am besten würde es natürlich sein, wenn hier eine auch im Winter benutzbare Centralbadeanstalt vorhanden wäre, wie sie selbst kleinere Städte besitzen, jedoch sei ein dahingehender Antrag früher schon einmal abgelehnt worden. Mißlich sei es auf der Freibadeanstalt, daß sie vielen Besuchern zugleich als Waschanstalt diene, welcher Zustand nothwendig geändert werden müsse. An gewissen Tagen, namentlich Sonnabends und Sonntags, wüßten sich eine Menge Arbeiter in dem Bassin, wodurch das Wasser binnen einer Stunde dickflüssig werde und zum Baden untauglich sei. Selbstverständlich dürfte diesen Leuten die Möglichkeit solcher Reinigung nicht verkümmert werden, weshalb es sich empfehle, je ein besonderes Bassin für solche Leute zu schaffen, die sich waschen und für solche, die baden wollen. In dem Bassin sei oft die reine Saube enthalten und in der Oer sei es nicht besser. Das Wasser sei auch häufig so überfüllt, daß sich die Leute im Wege ständen. Deshalb würde er es für richtiger halten, wenn noch eine Badeanstalt vor dem Wendenthore errichtet werden könnte. Seiner Meinung nach müßte das auch gehen, da doch wohl eine Filtrirung des Wassers bis zur langen Tiefe stattfinden dürfte. Außerdem möchte er zur Erwägung verstellen, ob nicht auch die Filterbassins im Bürgerparke zur Badeanstalt benutzt werden könnten; denn wenn etwas geschehen solle, müßte nothwendigerweise ein zweites großes Bassin angelegt werden. Herr Stegmann habe in der vorigen Sitzung gemeint, es müßte eine Trennung zwischen den Altersklassen in den Ankleideräumen stattfinden, jedoch halte er das nicht für nöthig, da ihm Unzuträglichkeiten in dieser Beziehung noch nicht aufgestoßen seien. Vielleicht könnte eine andere Badezeit für die Schulkinder vorgeschrieben und ihnen etwa Sonntags das Baden ganz unterjagt werden.

Dem Magistrate empfehle er eine Aenderung des Badereglements insofern, als gestattet werde, Sonnenbäder zu nehmen und ein Schnäpßchen vom Bademeister zu erstehen. Die Sonnenbäder würden heute vielfach verordnet und ein Schnäpßchen, dessen Verkauf dem Bademeister kürzlich verboten sei, wäre bei der schlechten Beschaffenheit des Oerwassers dort sehr am Plage.

Herr Blasius will bemerken, daß ihm Anträge auf Verbesserung der Bade-einrichtungen hiesiger Stadt immer sympathisch gewesen seien und er auch diesen Antrag unterstützt haben würde, wenn in demselben nicht auch der Wunsch geäußert wäre, eine neue Flußbadeanstalt unterhalb der Stadt anzulegen. Er möchte dringend warnen, diesen Gedanken zu verfolgen, da man nicht wissen könne, was in die Oser noch hineinkomme und es ein Fehler sei, unterhalb einer großen Stadt eine Flußbadeanstalt anzulegen. Die Vergrößerung der Freibadeanstalt sei als nothwendig anerkannt und deshalb von der Finanzcommission beantragt worden, den Antrag Stegmann dem Magistrate zur Berücksichtigung zu überweisen. Etwas Anderes habe nach Lage der Sache auch gar nicht geschehen können. Was die von Herrn Günther angeregten Aenderungen des Reglements betreffe, so möchte er sich weniger für das Schnäpßchen als für die Sonnenbäder aussprechen, da letztere thatsächlich nur warm empföhlen werden könnten.

Herr Hauswaldt möchte für die Finanzcommission das Lob in Anspruch nehmen, daß sie über den Antrag Stegmann in genügender und ernster Weise berathen und berichtet habe und daß sie keinen Unterschied darin mache, von welcher Seite ein ihr zur Vorberathung überwiesener Antrag ausgegangen sei. In dem Beschlusse der Finanzcommission liege aber Alles, was Herr Stegmann gewünscht habe, denn die Versammlung könne nichts Anderes beschließen, als einen Antrag abzulehnen, oder dem Magistrate zur Berücksichtigung zu überweisen. Man sei doch wohl gewohnt, daß der Magistrat nicht einen ihm zur Berücksichtigung überwiesenen Antrag einfach in den Papierkorb werfe, sondern ihn auch wirklich berücksichtige und soweit möglich ausführe. Es erscheine selbstverständlich, daß dann der Magistrat mit einer entsprechenden Vorlage komme und die Versammlung ihren Wünschen Ausdruck geben könne. In Süddeutschland sei es z. B. vielfach üblich, daß man sich zu waschen habe, ehe man in das gemeinsame Bad steige. Wenn er nun auch keine große Meinung von der Schnelligkeit der städtischen Bauverwaltung habe, so hege er zu ihr doch das Vertrauen, daß sie von heute ab bis zur Eröffnung der Badesaison sich über die Durchführung des Antrages im Klaren sei und man nicht nöthig habe, noch ein Jahr darauf zu warten.

Herr Asmann möchte noch besonders darauf hinweisen, daß der Antrag nicht unter allen Umständen die Errichtung einer zweiten Freibadeanstalt im Nordwesten der Stadt in Aussicht genommen habe, sondern die Entscheidung hierüber den Sachverständigen überlassen wollte. Wenn dann der Herr Referent geglaubt habe, die unwürdige Form des Antrages insofern hier festnageln zu müssen, als derselbe mit Bleistift geschrieben sei, so gebe er Herrn Hauswaldt anheim, beim Magistrate seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß auf jedem Tische auch ein Tintenfaß stehe, dann würde dieser unwürdige Zustand von selbst aufhören.



Der Herr Vorsitzende will in Bezug auf die letzte Aeußerung feststellen, daß Herr Ahmann Herrn Hauswaldt vollständig mißverstanden habe, denn dieser habe nicht dem Antragsteller, sondern dem Magistrate eins auszuwischen wollen. Deshalb hätte sich höchstens ein Mitglied des Magistrates dagegen verwahren können. (Weiterkeit.)

Herr Hauswaldt will dazu bemerken, daß er in der Finanzcommission um die Erlaubniß gebeten habe, den Magistrat auf den Mangel an Tintenfassern im SitzungsSaale aufmerksam machen zu dürfen und er von dieser Erlaubniß Gebrauch gemacht habe. Er wisse deshalb nicht, wie ein Mitglied der Versammlung dazu komme, sich hierüber beschwert zu fühlen.

Herr Stegmann möchte Herrn Hauswaldt erwidern, daß er der Finanzcommission nicht vorgeworfen habe, sie hätte seinen Antrag nicht gründlich vorberathen, sondern daß er nur ganz allgemein gesagt habe, es freue ihn, daß es dem Antrage nicht so gehe, wie es sonst seinen Anträgen häufig gegangen sei; von einem speciellen Falle habe er aber nicht gesprochen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Stegmann verworfen und der Antrag der Finanzcommission angenommen.

## VI. Erwerb von Flächen zur Arndtstraße 11.

Zum Zwecke des auf Kosten der Braunschweigischen Baugenossenschaft erfolgenden Ausbaues der Arndtstraße (früher Lehmweg genannt) müssen stadtheitig erworben werden: vom Eggelingischen Grundstücke 28 qm, vom Lutherischen Grundstücke 14 qm und von einem Grundstücke der Baugenossenschaft 382 qm. Der Magistrat giebt anheim, diese Flächen zu einem Einheitspreise von 12 M zu erwerben.

Der Grunderwerb, welcher durch den Ausbau der Zahnstraße und des Weges *Nr.* 501 bedingt wird, erfolgt unentgeltlich und ist seitens der Versammlung bereits genehmigt; dagegen hat sich der Magistrat genöthigt gesehen, die Verhandlungen wegen Ausbaues des Straßenzuges *Nr.* 503 einstweilen ruhen zu lassen, weil dieser nur theilweise innerhalb des Baugrundes liegt, mithin die Straße zur Zeit nicht zur Ortsstraße erklärt werden kann. Der Magistrat behält sich vor, der Versammlung eine Vorlage wegen Erweiterung des Baugrundes an fraglicher Stelle zugehen zu lassen.

Namens der Baucommission berichtet Herr Ebeling, daß keine Veranlassung vorgelegen habe, die Vorlage zu beanstanden und deren Annahme empfohlen werde. Der vereinbarte Preis sei wohl als recht hoch zu bezeichnen, jedoch habe derselbe keine praktischen Folgen für die Stadt, weil die Anlieger ihn bezahlen müßten.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

## VII. Gehaltsordnung für die wissenschaftlichen Lehrer.

Mit Rücksicht darauf, daß die seit dem 1. April 1900 in Geltung befindliche neue Gehaltsordnung für die braunschweigischen Staatsbeamten den akademisch gebildeten Gymnasiallehrern eine über die damalige Regierungsvorlage hinausgehende Gehaltsaufbesserung gewährt hat, und daß auch in Preußen die Normalgehälter der wissenschaftlichen Lehrer zum 1. April 1902 aufgebeffert worden sind, hat der Schulvorstand der Oberrealschule auf die Nothwendigkeit einer Aufrechterhaltung der Gleichstellung der an dieser Schule unterrichtenden wissenschaftlichen Lehrer mit ihren Collegen im braunschweigischen und im preußischen Staatsdienste hingewiesen und eine neue Gehaltsordnung in Vorschlag gebracht. — Im Anschluß hieran hat der Schulvorstand der städtischen höheren Mädchenschule die Erwartung ausgesprochen, daß eine grundsätzlich bereits anerkannte Gleichstellung der Gehaltsverhältnisse der Oberreallehrer und der wissenschaftlichen Mädchenlehrer auch ferner stattfinden möchte. In Uebereinstimmung mit den betr. Schulvorständen giebt der Magistrat anheim, die vorgelegte Gehaltsordnung zu beschließen und deren Einführung zum 1. April 1903 zu genehmigen. Die daraus erwachende Mehrausgabe wird im nächsten Jahre für die Oberrealschule 4000 M und für die höhere Mädchenschule 1500 M betragen. Die neue Gehaltsfala beginnt mit einem Gehaltsjahre von 3400 M, welcher nach 15 Dienstjahren auf 5400 M und nach weiteren 10 Dienstjahren auf 7000 M, statt bisher 6600 M, steigt.

Namens der Schulcommission empfiehlt Herr Blasius Annahme dieser Vorlage.

Herr Hauswaldt: Als die sogenannte Prüfindenvorlage im Landtage zur Verabschiedung gekommen und den Geistlichen im Lande eine Einkommensaufbesserung dadurch zu Theil geworden sei, haben auch die hiesigen Stadtgeistlichen um Revision ihrer Gehaltsfala gebeten. Damals sei auf diese Vorstellung aber nichts gegeben, weil der Herr Oberbürgermeister erklärt habe, die Materie in Verbindung mit der Vorlage über die Aufbesserung der Gehälter der akademisch gebildeten Lehrer behandeln zu wollen. Er vermisse indessen bei dieser Vorlage eine entsprechende Andeutung und bitte um Aufklärung über den Stand der Sache.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Feststellung der Gehaltsjahre für die wissenschaftlichen Lehrer der städtischen Lehranstalten sei eine rein städtische Angelegenheit, während die von Herrn Hauswaldt angeregte Sache zur Competenz der kirchlichen Organe und zwar des Kirchencassencollegiums gehöre. Sobald die bereits eingeleiteten Verhandlungen abgeschlossen seien und ein Beschluß des Kirchencassencollegiums vorliege, werde eine Vorlage an die Versammlung gelangen.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

### VIII. Gehaltsbestimmungen für städtische Beamte.

Bei der zum 1. April 1900 eingeführten Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der wissenschaftlich gebildeten Beamten und Lehrer ist der Grundsatz befolgt, Diejenigen, welche sowohl in Bezug auf den Gang ihres Studiums und ihrer Ausbildung, als auch hinsichtlich der Art und des Umfanges der ihnen obliegenden Dienstleistungen und der Verantwortlichkeit ihrer Stellung auf annähernd gleicher Stufe stehen, in ihren Einkommensbezügen einander thunlichst gleich zu stellen. Diesem Grundsatz entsprechend sind für die wissenschaftlichen Lehrer einerseits und für die Abtheilungsvorstände der städt. Bauverwaltung, für den Archivar und den Museumsdirector andererseits Gehaltsätze bestimmt worden, die im großen Ganzen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse mit einander übereinstimmen. Wenn nun jetzt die Gehaltsätze für die wissenschaftlichen Lehrer erhöht werden, dürfte auch eine Aufbesserung der in Abtheilung V der Gehaltsbestimmungen aufgeführten Beamten (Abtheilungsvorstände der städt. Bauverwaltung, Stadtarchivar und Museumsdirector) einzutreten haben. Dabei würde jedoch zu beachten sein, daß, um tüchtige Lehrer gewinnen und halten zu können, für die Festsetzung des ihnen zu gewährenden Einkommens die Nothwendigkeit ihrer Gleichstellung mit ihren Collegen an hiesigen und an preussischen Vollaanstalten bestimmend ist und daß gegenüber den in Abth. V der Gehaltsbestimmungen aufgeführten Beamten eine gleiche Rücksichtnahme nicht durchaus geboten erscheint. Seitens des Magistrates wird daher beantragt, der Abtheilung V die Bemerkung hinzuzufügen: „Den Beamten dieser Abtheilung kann, wenn sie drei Jahre lang das Höchstgehalt von 6600 M bezogen haben, auf übereinstimmenden Beschluß der städtischen Behörden eine weitere Alterszulage von je 400 M gewährt werden“.

Wie Herr Schöttler berichtet, erscheint es der Statutencommission bedenklich, die letzte Zulage dieser Beamten von einem besonderen Beschlusse der städtischen Behörden abhängig zu machen, weil hierdurch in die Gehaltsordnung ein neues Moment getragen werde, das die betreffenden Beamten nicht sehr angenehm berühren würde und das auch an practischer Bedeutung sehr geringfügig sein dürfte, da bei einem so hohen Dienstalter ein Beamter entweder die letzte Gehaltszulage erhalten, oder ihm gesagt werden müßte, daß er an seine Pensionirung denken möchte. Die Statutencommission empfehle deshalb, der beantragten Zusatzbestimmung folgende Fassung zu geben: „Den Beamten dieser Abtheilung wird, wenn sie drei Jahre lang das Höchstgehalt von 6600 M bezogen haben, eine weitere Alterszulage von je 400 M gewährt werden“. Dem Anscheine nach sei diese Anregung der Commission auch bei dem Magistrate schon auf guten Boden gefallen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will sich persönlich mit dem Aenderungs-vorschlage der Statutencommission einverstanden erklären, umsomehr als ihm gegenwärtig geworden sei, daß die Stadt auch bei ihren Baubeamten häufig in die Lage komme, von auswärts Candidaten heranziehen zu müssen und aus dem Grunde eine Gleichstellung dieser Beamten im Einkommen stattzufinden hätte. Er zweifle nicht daran, daß der Magistrat sich mit dem Vorschlage der Commission einverstanden erklären werde.

Die Vorlage wird darauf nach dem Antrage der Statutencommission angenommen.

### **IX. Ausleihung eines Capitals an das Kirchencassen-Collegium.**

Die Kosten der Erwerbung des Areals zur Erweiterung des Centralfriedhofs sind im Gesamtbetrage von 103707,40 M vorläufig aus Betriebsmitteln der Stadthauptcasse bestritten worden. Ingleichen sind aus dieser Casse diejenigen Kosten vorgeschossen, welche seither aus dem Neubau der beiden Kirchen zu St. Johannis und St. Pauli, nach Abzug der dazu bislang mit 150000 M gewährten Staatszuschüsse, im Gesamtbetrage von 142000 M zu zahlen gewesen sind. Nachdem der Kreiscommunalverband Braunschweig zum 1. October 1902 Obligationen im Nennwerthe von einer Million Mark zum Preise von 99¼ % verkauft hat, bringt der Magistrat zur Auseinandersetzung mit dem Kirchencassen-Collegium ein Abkommen auf folgender Grundlage in Vorschlag: Der Kreiscommunalverband gewährt dem Kirchencassen-Collegium auf den Credit der Gemeinde-Kirchencasse ein Darlehn von baar 397000 M gegen die urkundliche Verpflichtung, dieses Darlehn im Nennwerthe von 400000 M aus der Gemeinde-Kirchencasse mit jährlich 3½ % zu verzinsen und mit jährlich ½ % und den dadurch ersparten Zinsen vom Jahre 1905 an zu tilgen.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### **X. Erhöhung der Honorare für die städt. Armenärzte.**

Gegen den Antrag des Magistrates, diese Vorlage vertraulich zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch aus der Versammlung, weshalb sie für die vertrauliche Sitzung zurückgestellt wird.

### **XI. Vorgärten für die Nordseite der Heinrichstraße.**

Der Anregung eines Anliegers entsprechend, wird auf Vorschlag der städtischen Bauverwaltung vom Magistrate beantragt, für die Nordseite der Heinrichstraße

zwischen dem Hagenringe und der Feldmarksgrenze 3 m breite Vorgärten anzuordnen,

welchem Antrage sich die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Nieß berichtet, anschließt.

## **XII. Verlängerung des Gasrohrs im Büldenwege 11.**

Zum Zwecke der Zuführung von Gas nach dem im Bau begriffenen Locomotivschuppen der Braunschweigischen Landeseisenbahn wird beantragt, das im Büldenwege liegende Gasrohr um 120 m zu verlängern und hierfür 500 M zu verwilligen. Gleichzeitig ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die beiden an der betreffenden Strecke vorhandenen Petroleumlaternen mit einem Kostenaufwande von 140 M in Gasglühlichtlaternen umgewandelt werden.

Beide Anträge werden genehmigt, nachdem sie von Herrn Schmidt namens der Finanzcommission befürwortet waren.

## **XIII. Deckung von Kosten für das vorm. Huneborstel'sche Haus.**

In der Sitzung vom 23. März 1899 — Seite 148 des Berichtes — ist beschlossen worden, daß zu den Kosten, die aus dem Abbruch und anderweitigen Wiederaufbau des vorm. Huneborstel'schen Hauses erwachsen würden, das Grundcapitalvermögen der Cämmerei die Summe von 50000 M beisteuern solle. Zur Ausführung dieses Beschlusses schlägt der Magistrat vor, die bei der Cämmereicasse im laufenden Rechnungsjahre für das Stammvermögen eingegangenen, bislang im Betriebe genutzte Summe von 30688,44 M zu verwenden und den Restbetrag von 19311,56 M durch Veräußerung eines entsprechenden Werthes von 3 $\frac{1}{2}$ procentigen Braunschweigischen Landeschuldverschreibungen aufzubringen, deren die Cämmereicasse für 68550 M besitzt. Bei dem Stammvermögen des Baufonds sind gegenwärtig nahezu 60000 M flüssig. Der Kreisfonds übernimmt den Nennwerth von 19300 M jener Schuldverschreibungen für den Baarpreis von 19200 M und gilt als Uebernahmetermin der 1. October 1902. Dem Ersuchen des Magistrates, ihn zu ermächtigen, nach Maßgabe dieser Vorschläge zu verfahren,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet.

## **XIV. Beihilfe zu den Kosten der Schunterthalbahn.**

Bereits im Mai 1900 hatte die Braunschweigische Landeseisenbahn-Gesellschaft gebeten, ihr zu den Kosten der Erbauung der Schunterthalbahn aus städtischen

Mitteln einen Zuschuß von 50000 M zu zahlen. In Würdigung der für die hiesige Stadt aus der Schaffung der neuen Bahnanlage sich ohne Frage ergebenden Vortheile hatte sich der Magistrat bereit erklärt, der Versammlung die Bewilligung eines Zuschusses à fonds perdu zu empfehlen, sofern den Interessen der Stadt bei der Ausgestaltung des zu erweiternden Nordbahnhofes Rechnung getragen werden sollte. Diese Voraussetzung ist nun zwar insofern nicht eingetroffen, als durch die neue Bahnhofsanlage der Verkehr von Süden nach Norden auf der etwa 800 m langen Strecke zwischen Mittelweg und Büldenweg unterbrochen wird. Im Laufe der weiteren Verhandlungen mußte aber der Magistrat anerkennen, daß, nachdem die Gesellschaft in Folge des im Interesse des neuen Wasserwerkes erhobenen Widerspruches des Magistrates zum Falllassen des ersten Projectes gezwungen worden war, die Erweiterung des Nordbahnhofes in nordöstlicher Richtung ohne ganz erhebliche Opfer der Landeseisenbahn kaum zu umgehen gewesen ist.

Nachdem nun auch das Herzogliche Eisenbahn-Commissariat unter Hinweis auf die seitens anderer Gemeinden, sowie des Kreiscommunalverbandes Ribbigs-Hausen-Beckelbe zugesicherten Zuschüsse (3500 M bis 20000 M) die Subventionirung des Unternehmens warm empfohlen hatte, hat sich der Magistrat bereit erklärt, der Versammlung die Bewilligung einer Beihilfe von 30000 M zu empfehlen, indessen nur unter der Bedingung, daß der Locomotivschuppen an der Westseite des Mittelweges beseitigt werde. Diese Bedingung zu erfüllen, erklärte sich die Gesellschaft bereit, wenn auch mit dem an sich unbedenklichen Vorbehalte, daß das Anschlußgleis für das Grundstück, auf dem sich möglicherweise ein kleines Fabriketablisement einrichten lasse, bestehen bleibe. Der neue Locomotivschuppen ist nun inzwischen an der Westseite des Büldenweges errichtet und soll in nächster Zeit in Benutzung genommen werden; auch sind die Differenzen, welche im Laufe der später über die Ausgestaltung der Straßen in der Umgebung des erweiterten Bahnhofes und die Herrichtung privater Anschlußgleise geführten Verhandlungen zeitweilig zu Tage traten, inzwischen erledigt worden. Der Magistrat ersucht daher, zu dem betreffenden Zwecke die Summe von 30000 M zu verwilligen.

Namens der Finanzcommission empfiehlt Herr Lord, der Vorlage zuzustimmen. Es könnte allerdings der Meinung Ausdruck gegeben werden, daß eine derartige Unterstützung post festum unangebracht sei und die Direction der Landeseisenbahn mit dem Antrage in einem früheren Stadium hätte kommen müssen. Wie aber aus der Vorlage hervorgehe, habe die Direction schon im Mai 1900 um einen Zuschuß von 50000 M gebeten, worauf dann lange und schwierige Verhandlungen zwischen Magistrat und Direction gepflogen seien, bei denen sich die Ansichten scharf einander gegenüber gestanden haben. Der Magistrat sei hierbei bemüht gewesen, die Interessen der Stadt in jeder Beziehung zu wahren und habe der Versammlung nicht eher

mit einer Vorlage kommen wollen, bis die stadtseitigen Interessen auch voll gewahrt seien, was jetzt zutreffe.

In Bezug auf die principielle Frage sei zu bemerken, daß die Versammlung sich schon bei anderer Gelegenheit, nämlich bei dem Bahnbau Schandelah-Debissfelde, für welchen ein Zuschuß von 62000 M bewilligt worden sei, im Principe für derartige Zuschüsse ausgesprochen habe, und auch mit vollem Rechte. Ein städtisches Gemeinwesen werde aus solchem neuen Schienenwege immer weitgehende Vortheile ziehen können, da der Schienenweg ein neues Hinterland erschließe und Handel und Wandel dadurch gehoben werde. Aus diesem Gesichtspunkte empfehle die Finanzcommission, den Zuschuß zu bewilligen.

Herr Günther muß es für verkehrt halten, ein derartiges capitalistisches Unternehmen noch finanziell zu unterstützen, wenn für die Stadt keinerlei Verpflichtung dazu vorliege. Solche Unternehmungen müßten von Staat und Commune angelegt werden und wenn das seitens einer Gesellschaft geschehe, müßte sie auch die Kosten tragen. Jetzt nach Fertigstellung der Bahn liege vor allen Dingen keine Verpflichtung zu deren Unterstützung vor. Deshalb ersuche er um Ablehnung der Vorlage.

Bei dieser Gelegenheit möchte er auch die Angelegenheit Jüdel-Hauswaldt zur Sprache bringen, welche die Presse in letzter Zeit beschäftigt habe. . . .

Der Herr Vorsitzende, den Redner unterbrechend, bemerkt, daß die Sache mit dem vorliegenden Gegenstande der Tagesordnung nichts zu thun habe und nur anheimgegeben werden könne, sie in Form eines Antrages oder einer Anfrage zur Sprache zu bringen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

#### XV. Leitsätze für die Neuordnung des Lehrerinnenseminars.

Der Schulvorstand der höheren Mädchenschule hat unter Beirath der Schuldirectoren, Professoren Schaarischmidt und Peters, zur Ausführung der von den städtischen Behörden beschlossenen Neuordnung des Lehrerinnenseminars die nachstehenden Leitsätze aufgestellt:

- 1) Das Seminar muß mit derjenigen Schule, in deren Verbande es stehen soll, räumlich vereinigt sein.
- 2) Als solche Schule kann nur eine doppelstufige höhere Mädchenschule in Betracht kommen, weil nur sie dem Seminare die erforderlichen Lehrkräfte zur Verfügung stellen kann.
- 3) Eine Verbindung des Seminars mit einer demnächst etwa zu errichtenden zweiten städtischen höheren Mädchenschule darf nicht in Aussicht genommen

werden, weil in diesem Falle die Neuordnung erst nach dem doppelstufigen Aufbau solcher Schule bis zur obersten Classe würde ausgeführt werden können, mithin eine Hinausschiebung der Neuordnung ad calendae graecas die Folge sein würde. Das Seminar muß hiernach mit der z. Z. vollständig als Doppelschule aufgebauten städtischen höheren Mädchenschule verbunden bleiben.

- 4) Mit dem Seminar ist die sechsstufige Uebungsschule, wenn irgend thunlich, in räumliche Verbindung zu bringen.
- 5) Ein zur Aufnahme des Seminars und der Uebungsschule vortrefflich geeigneter Bauplatz ist durch das an die höhere Mädchenschule angrenzende vormalige Stadtcassengrundstück gegeben. Dieser Platz empfiehlt sich zur Unterbringung der Uebungsschule, welche die untere Bürgerschule entlasten wird, auch noch um deswillen, weil die Einschulung gerade der im Mittelpunkt der Stadt wohnenden Schulmädchen bei dem Mangel an einem nahe gelegenen Schulgebäude stets mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.
- 6) Das zu errichtende Gebäude muß enthalten:
  - a. für die theoretische Unterrichtung der Seminaristinnen drei Classenzimmer mit Platz für je 20—25 Seminaristinnen;
  - b. für die Uebungsschule sechs Classenzimmer mit Platz für 30—36 Schulmädchen, ein Zimmer für Lehrmittel, eins für den Leiter der Schule und wenn angängig auch ein Zimmer für die unterrichtenden Seminaristinnen und für die an der Uebungsschule wirkenden Handarbeitslehrerinnen.

Hierzu beantragt der Magistrat, die zur Ausführung der in der Sitzung vom 9. Januar 1902 — Seite 300 des Berichtes — gefaßten grundlegenden Beschlüsse im Vorstehenden aufgestellten Leitsätze, unter Vorbehalt der Genehmigung des darnach aufzustellenden Bauplanes und Kostenanschlages, gutzuheißen.

Auf Empfehlung der Schulcommission, für welche Herr Blasius berichtet, werden die Leitsätze genehmigt.

## XVI. Ausbau eines weiteren Theiles des Fußweges an der Helmstedterstraße.

Der Vorstand des Marienstiftes beabsichtigt, sein an der Helmstedterstraße gelegenes Grundstück mittels eines eisernen Staketes einzufriedigen und auf dem Fußwege mehrere gepflasterte Einfahrten herstellen zu lassen. Mit Rücksicht hierauf hält es der Magistrat für angezeigt, den Fußweg auf der Strecke zwischen dem



Riddagshäuserwege und der Helmstedter Eisenbahn schon jetzt ordnungsmäßig auszubauen und mit Plattenbelag zu versehen. Die Ausführung dieses Projectes würde 6000 M Kosten verursachen, von denen auf die Herrichtung des Plattenbelages 2500 M entfallen und ausschließlich vom Marienstifte zu tragen sein würden. Letzteres hat gebeten, ihm zu gestatten, diese Schuld innerhalb fünf Jahren abzutragen und bis dahin mit  $3\frac{1}{2}\%$  zu verzinsen. Der Magistrat giebt anheim, der Ausführung des Projectes zuzustimmen und die Kosten- und Vertheilungs-Berechnung, sowie die Art und Weise der Schuldabtragung zu genehmigen.

Wie Herr Ebeling berichtet, empfiehlt die Baucommission, den Anträgen zuzustimmen und bittet zugleich, die Bäume nicht zu eng, vielleicht in einer Entfernung von 14 m, zu pflanzen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

#### **XVII. Canalisirung eines Theiles der Pflegehausstraße.**

Auf Anregung des Bauunternehmers Heinrich Diersing wird vom Magistrate beantragt, die Pflegehausstraße auf der Strecke von der Cellerstraße bis zum Friedhofe des Kreuzflosters mit einem Aufwande von 1600 M canalisiren zu lassen,

welchen Antrag Herr Füdél namens der Finanzcommission zur Genehmigung empfiehlt.

Auf die Anfrage des Herrn Sander, ob das Löbbecke'sche Grundstück die Kosten der Canalisirung mit tragen müsse, erwidert

Herr Füdél, daß dieses zur Cellerstraße gehöre.

Der Vorlage wird sodann zugestimmt.

#### **XVIII. Nachverwilligung von Kosten für das Volksbad an der Ritterstraße.**

Nach dem in der Sitzung vom 19. December 1901 — Seite 265 des Berichtes — genehmigten Projecte eines dritten Volksbades an der Ritterstraße sollte in diesem die Erwärmung des Badewassers mittels zweier Heizöfen mit patentgeschweißten Siederohren, die Erwärmung der Räume aber mittels eines Luftheizofens erfolgen. Hinterher hat die städtische Bauverwaltung empfohlen, an Stelle der vorgebachten Heizanlagen eine indirecte Warmwassererzeugung in Verbindung mit einer Niederdruck-Dampfheizung unter Verwendung von Strebel's Original-Gegenstrom-Gliederkesseln zur Einführung zu bringen. Unter eingehender Begründung dieser Aenderung empfiehlt sie der Magistrat zur Annahme und beantragt, die Mehrkosten von 2727,90 M zu verwilligen. — Außer diesem Betrage sind nachträglich noch 280 M für Beschaffung von zwei Windfängen angefordert, welche die

im Erdgeschosse gelegenen Zellen gegen Zugluft schützen sollen. Es wird deshalb eruchtet, insgesammt noch eine Summe von 3000 M nachträglich zu bewilligen.

Wie Herr Wolters berichtet, empfiehlt die Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Lange kann sich mit dieser Aenderung nicht befreunden, da eine indirecte Erwärmung des Wassers mehr Kohlen erfordere, als eine directe Erwärmung. Er könne deshalb nicht begreifen, wie man hierbei eine Ersparniß an Brennmaterial gegenüber dem früheren System, welches sich seit sechs Jahren bewährt habe, herausrechnen wolle. Da nun die neue Einrichtung noch 3000 M mehr kosten solle, so könne er für die Bewilligung nur eintreten, wenn ihm eine positive Garantie dafür gegeben werde, daß man nach dem neuen System nicht mehr Brennmaterial gebrauche, als nach dem alten. Dabei müsse aber besonders betont werden, daß zu den Brausen das Wasser in unbeschränkter Weise und nicht etwa nur 30 Liter verwendet werden dürfe, denn es würden jetzt, wie er namentlich Herrn Günther gegenüber erwähnen wolle, nicht 30 Liter, sondern 80 Liter in den Brausebädern verbraucht. In welcher Weise der Magistrat sich hierfür Sicherheit geben lassen wolle, könne er noch nicht erkennen.

Herr Wolters erwidert, daß von der Firma W. König ganz bestimmte Garantien vorliegen, nach welchen eine Herabminderung des Kostenpreises von 27<sup>1</sup>/<sub>2</sub> S auf 21 S pro cbm Wasser stattfinden werde. Außerdem sei garantirt worden, daß die Heizung der Räume in hygienischer Weise erfolge. Hinsichtlich der zu verbrauchenden Wassermenge sei die von Herrn Lange gemachte Angabe der Berechnung zu Grunde gelegt worden, nach welcher sich der Bedarf an Wasser auf 3600 cbm stelle. Damit sei wohl die finanzielle Seite der Angelegenheit klar gestellt worden. Was die Art der Wassererwärmung anlange, so sei es richtig, daß eine indirecte Einführung des Dampfes durch Schlangen immer unrationell sei, jedoch werde hier gerade ein Vorzug damit verbunden, indem eine Ueberhizung des Wassers verhütet werde. Durch die an sich unrationelle indirecte Erwärmung des Wassers werde also der große Vorzug der Regulirbarkeit der Erwärmung erreicht.

Herr Blasius ist der Meinung, daß die Vorlage ruhig angenommen werden könne, nachdem der Ingenieur König die volle Garantie für die Feuerungsersparniß und auch in Bezug auf die Feuchtigkeit der Luft übernommen habe. Er eruche indessen, den städtischen Beamten, welcher in den Schulen die Feuchtigkeit der Luft zu controliren habe, anzuweisen, solche Messungen auch in dem Bade vorzunehmen, um festzustellen, ob Herr König seine Versprechungen erfülle.

Auf die Anfrage des Herrn Frühling, was geschehen würde, wenn Herr König seine Versprechungen nicht erfüllen sollte, erwidert

Herr Bürgermeister Metemeyer, daß in solchem Falle Klage angestellt und er gezwungen werden könnte, entweder die Einrichtung wieder wegzureißen, oder Schadenersatz zu zahlen.

Herr Brückmann möchte bemerken, daß er die Strebelkessel ganz genau kenne. Sie seien auch in Bezug auf die Regulirung ganz vorzüglich und könnten nur empfohlen werden.

Nach einigen Bemerkungen der Herren Wolters und Blajius wird die Vorlage genehmigt.

### XIX. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Das Gesuch der Wittve Friede um Ermäßigung der Abgabe für einen bis Ende Juli d. Js. gehaltenen Wachhund wird abgelehnt und das Gesuch der Ehefrau Krüger um Erlaß der Abgabe für einen Ziehhund nach dem Antrage der Statutencommission genehmigt.

### XX. Außerordentliche Dotirung des Schulhausbaufonds.

Zu der in dem Gesetze vom 28. Juni d. Js. *N* 30 enthaltenen Gehaltsordnung für die Gemeindeschullehrer ist die Bestimmung getroffen, daß von den durch jene Gehaltsordnung entstehenden Mehraufwendungen die Gemeinden  $\frac{1}{4}$  und der Staat  $\frac{3}{4}$  tragen und daß zu diesem Behufe bei denjenigen Städten, welche ihren Lehrern in deren Besoldungsverhältnissen bereits eine günstigere Stellung, als das Gesetz vorschreibt, gegeben haben, die Differenzbeträge berücksichtigt werden sollen, welche sich rechnungsmäßig ergeben, wenn von der Annahme ausgegangen wird, daß die Städte ihre Lehrer bisher nach den Sätzen des früheren Gesetzes vom 4. März 1895 *N* 27 besoldet hätten und künftig nach dem neuen Gesetze besolden würden. Die Feststellung der Mehrkosten soll alljährlich erfolgen und die vom Staate zu tragenden  $\frac{3}{4}$  sollen ziffernmäßig den einzelnen Gemeinden aus der Klosterreinertragskasse erstattet werden. Für die hiesige Stadt sind die hierbei zur Berechnung zu ziehenden Mehraufwendungen staatsseitig für das laufende Jahr zu 123414,<sup>21</sup> M ermittelt, so daß sich der der hiesigen Bürgerschulcasse zu erstattende Betrag auf 92560,<sup>67</sup> M beläuft. Für die kommenden Rechnungsjahre ist der gedachte Staatszuschuß bei der Bürgerschulcasse zu vereinnahmen, rücksichtlich des laufenden Jahres dagegen empfiehlt der Magistrat, unter eingehender Begründung, von dem obigen Staatszuschusse 90000 M dem Schulhausbaufonds und den Restbetrag der Bürgerschulcasse zu überweisen.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage, welcher von Herrn Brückmann namens der Statutencommission zur Annahme empfohlen war.

## XXI. Austausch von Flächen am Lessingplatze 1c.

Die Herzogliche Baudirection hat um Ueberlassung einer 123 qm großen Theilfläche des Lessingplatzes gebeten. Da diese Fläche für den Verkehr entbehrlich ist, so hält der Magistrat ihre Abtretung an den Staat unter der Voraussetzung für unbedenklich, daß dieser sich über die beabsichtigte Aufhebung des fraglichen Straßentheils mit dem Eigenthümer des benachbarten Grundstücks verständigt. Mit dieser Bedingung ist die Herzogliche Baudirection einverstanden. Von der Forderung eines Kaufpreises hat der Magistrat Abstand genommen, vielmehr der Herzoglichen Baudirection einen Tauschvertrag dahingehend in Vorschlag gebracht, daß der Staat als Gegenleistung der Stadt zwei andere Flächen überläßt, nämlich vom Grundstücke des ehem. Regidienklosters 4 qm und vom Augustplatze 92 qm. Die Zulegung der letzteren Fläche zu dem angrenzenden städtischen Bauplatze dürfte für dessen Verwerthung nicht ohne Bedeutung sein. Dem Antrage des Magistrates, diejem Tausche zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Buchler berichtet.

## XXII. Anfrage Günther: Ungültigkeit eines Beschlusses der Versammlung.

Die Anfrage lautet:

„Was gedenkt der Magistrat bezüglich des am 25. September d. Js. gefassten Beschlusses betreffs Ausgabe von Kreisobligationen an ein hiesiges Consortium zu thun, der nach §. 56 der Städteordnung ungültig ist?“

Zur Begründung führt Herr Günther etwa Folgendes aus: Es sei nicht seine Absicht, den Herren Füdel und Hauswaldt durch die Anfrage eins auszuweisen, sondern es bestehe einzig und allein die Absicht, einen Fehler, der hier offenbar vorgekommen sei, wieder gut zu machen. Im §. 56 der Städteordnung heiße es:

„Ein wegen eines Sonderinteresses bei einem Beschlusse theilhaftiges Mitglied hat sich der Theilnahme an den Verhandlungen und der Abstimmung zu enthalten. Ob ein Sonderinteresse vorliegt, entscheidet endgültig die Stadtverordnetenversammlung unter Ausschluß des Theilhaftigen.“

Nun sei in der Sitzung am 25. September d. Js. — Seite 101 des Berichtes — noch eine Million Mark Stadtanleihe vergeben worden und habe der Magistrat beantragt, dieselbe wieder dem Consortium hiesiger Banken zu überweisen. Daraufhin stellte Herr Bues die Anfrage, ob man das Geld nicht besser anderweit unterbringen könne, worauf Herr Füdel erwiderte, daß sich das wegen solcher Kleinigkeit nicht

gut machen lasse. Einige Tage darnach hätten nun die „Neuesten Nachrichten“ ein Eingefandt gebracht, nach welchem die Möglichkeit eines wesentlich höheren Gebotes von anderer Seite vorhanden gewesen sei. Man müsse sich deshalb fragen, wer habe die Anleihe vergeben, an wen sei sie vergeben und weshalb habe man das andere Angebot nicht berücksichtigt. Da aber die Herren Hauswaldt und Jüdel entgegen der Städteordnung nicht nur dafür gesprochen, sondern auch für die Vergabung der Anleihe an das Consortium gestimmt haben, so liege hierin ein Verstoß gegen die Städteordnung. Wollte man ein solches Verfahren in der Versammlung einreißen lassen, so würde man Gefahr laufen, daß es zu unangenehmen Folgen führen könnte. Damals hätte er auf diesen Verstoß nicht hinweisen können, weil ihm nicht bekannt gewesen sei, daß die beiden genannten Stadtverordneten bei dem Geschäfte theilhaftig gewesen seien und zwar Herr Hauswaldt bei der Braunschweigischen Bank und Herr Jüdel bei dem Banthause M. Gutkind & Co. Es falle ihm nicht ein, anzunehmen, daß die beiden Herren mit ihrem Vorgehen den Zweck verfolgt haben, besondere Vermögensvorteile daraus zu ziehen, zumal sich für den Einzelnen nicht viel dabei gewinnen lasse, jedoch sei hier ein Fehler gemacht worden, der wieder zu beseitigen sei. Jedenfalls würde man der Versammlung einen großen Vorwurf daraus machen können, wenn sie das bewußt durchgehen ließe. Vielleicht sei den beiden Herren die betreffende Bestimmung der Städteordnung selbst nicht bekannt gewesen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn der Antragsteller frage, was der Magistrat zu thun gedenke, um solche Fälle zu verhindern, so müsse er darauf antworten: Gar nichts. Darüber, ob in einem concreten Falle das eine oder andere Mitglied der Versammlung wegen eines persönlichen Interesses verhindert sei, an einer Verhandlung theilzunehmen, habe nicht der Magistrat, sondern die Versammlung zu entscheiden. Das stehe klar und deutlich im Geetze und begreife er nicht, wie Herr Günther die Bestimmung mißverstehen könne. Jedenfalls mache das einen eigenthümlichen Eindruck. Uebrigens sei der Beschluß dadurch nicht ungültig, sondern es könnte das nur in Frage kommen, wenn die Mehrheit bei dem Beschlusse theilhaftig gewesen wäre. Was gehöre aber zu einem solchen Sonderinteresse? Wenn schon die Theilnahme an einer Bank, welche einen Theil der Anleihe erhalte, ein Sonderinteresse in sich schließen solle, dann sei eben Alles Sonderinteresse, dann hätte auch Herr Stegmann nicht Mittel für die Freibadeanstalt beantragen dürfen, sofern er die Anstalt zum Baden benutzen wolle. Im Uebrigen hätten die beiden Herren an der Vergabung der Anleihe keinen Antheil gehabt, sondern er selbst habe das Geschäft gemacht, könne aber auch erklären, daß er keine Actien von den Bankinstituten besitze. Sollten indeß verschiedene Stadtverordnete derartige Actien besitzen, so würde die Versammlung nach der Ansicht des Herrn Günther überhaupt keinen Beschluß in der Sache fassen können. Er habe nach eingehender Prüfung

der Verhältnisse des Geldmarktes dem Magistrate erklärt, daß die Stadt einen Cours von 99—99 $\frac{1}{2}$  % erhalten müsse. Da man nun mit dem Betrage der Anleihe als der letzten Rate einer Gesamtanleihe nicht gern an den großen Markt gehen wollte, sei dem Consortium die Frage vorgelegt worden, ob es bereit sei, einen Cours von 99 $\frac{1}{4}$  % zu zahlen, welche Frage es nach einigen Bedenken bejaht habe. Darauf sei das Geschäft gemacht worden.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

---



1902/1903.N. 9.

# Be richt

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. December 1902.

---

### Tagesordnung:

|       |                                                                          |           |
|-------|--------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Errichtung einer Bürgerschule an der verlängerten Voigts-Rheßstraße . .  | Seite 194 |
| II.   | Rechnungsabschlüsse der Cämmereicasse zc. für 1901/02 . . . . .          | " 197     |
| III.  | Ausbau eines Theiles der Voigts-Rheßstraße . . . . .                     | " 198     |
| IV.   | Unterstützungsgeſuch der hiesigen landwirthschaftlichen Schule . . . . . | " 198     |
| V.    | Ueberrnahme einer Promenadenſtrecke . . . . .                            | " 198     |
| VI.   | Erwerb von Flächen zur Gießmaroderſtraße . . . . .                       | " 199     |
| VII.  | Ausbau eines Theiles der Pflegehausſtraße . . . . .                      | " 200     |
| VIII. | Aenderung des Projectes über den Ausbau der Friejenſtraße . . . . .      | " 200     |
| IX.   | Vermietbung eines Theiles des Markthallenkellers . . . . .               | " 201     |
| X.    | Plattenbelag auf einem weiteren Theile der Leonhardſtraße . . . . .      | " 202     |
| XI.   | Errichtung eines Wagenſchuppens auf dem Kieſelgute . . . . .             | " 202     |
| XII.  | Wafferzuleitungen für verſchiedene Grundſtücke am Bülten . . . . .       | " 202     |
| XIII. | Erwerb einer Fläche zur Keunenſtraße . . . . .                           | " 206     |
| XIV.  | Anſchaffung von Schränken zc. für das ſtädtliche Muſeum . . . . .        | " 206     |
| XV.   | Vermietbung eines Grundſtücks an der Wendenſtraße . . . . .              | " 206     |
| XVI.  | Rußelohn an die Bademeiſter der Volksbadeanſtalt . . . . .               | " 207     |
| XVII. | Koſten für das Urkundenbuch der Stadt . . . . .                          | " 208     |



|         |                                                                                                |           |
|---------|------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XVIII.  | Erweiterung des Baugrundes im Westen der Stadt . . . . .                                       | Seite 209 |
| XIX.    | Annahme wissenschaftlicher Hülfssbeamten für die Bauverwaltung . . . . .                       | " 209     |
| XX.     | Hundsteuer = Erlaßgesuche . . . . .                                                            | " 210     |
| XXI.    | Erwerb einer Fläche zur Glückstraße . . . . .                                                  | " 210     |
| XXII.   | Mittel zur Befoldung zweier Hülfsszeichner . . . . .                                           | " 210     |
| XXIII.  | Antrag Peplicz: Feststellung der Zahl der ohne Frühstück zur Schule kommenden Kinder . . . . . | " 211     |
| XXIV.   | Antrag Ohlendorf: Beihilfe für das Gewerkschaftscafé . . . . .                                 | " 217     |
| XXV.    | Anfrage Stegmann: Abgabe von Cokes in kleinen Posten . . . . .                                 | " 218     |
| XXVI.   | Anfrage Löschnig: Betrieb der Straßenbahn nach dem Friedhofe . . . . .                         | " 219     |
| XXVII.  | Anfrage Wollenweber: Beseitigung der Planke auf dem Spohrplatze . . . . .                      | " 219     |
| XXVIII. | Anfrage Günther: Ausführung von Nothstandsarbeiten . . . . .                                   | " 220     |
| XXIX.   | Antrag Blasius: Verunreinigung der Oser . . . . .                                              | " 222     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Ramdohr und Seele, sowie Reg.-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Bührmann, Lord, Lupprian und Ohlmer; später erscheint Herr Koch.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet und leitet die Versammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Herr Vorsitzende das Wort zu folgender Ansprache: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich Sie, sich zu erheben zu Ehren des uns leider zu früh entrißenen Mitgliedes unserer Versammlung, des Herrn Wagner. Der Verstorbene war ein braver Bürger und ein ehrlicher Stadtverordneter, dessen Thun und Lassen in dieser Versammlung sich lediglich danach richtete, was nach seiner Ueberzeugung das Interesse der Stadt erforderte. Wir betrauern und beklagen seinen Verlust und wollen ihm ein ehrendes Andenken bewahren. — Die Versammlung hörte die Ansprache stehend an. —

Eingegangen ist ein Gesuch des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs, in welchem die Versammlung gebeten wird, im Interesse einer größeren Verkehrssicherheit und unter Hinweis auf die vorzügliche Beleuchtung unserer größeren Nachbarstädte, für eine ausreichende elektrische Beleuchtung der öffentlichen Plätze und Hauptstraßen schnellstens Sorge tragen zu wollen. — Das Gesuch wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

# I. Errichtung einer Bürgerschule an der verlängerten Voigts-Mühlstraße.

Ueber diese in der letzten Sitzung — Seite 150 des Berichtes — berathene und an die vereinigte Bau- und Schulcommission zurückverwiesene Vorlage berichtet

namens dieser Commissionen Herr Fröhling: Die von den vereinigten Commissionen in der letzten Sitzung beantragten Eriparnisse legten sich in der Hauptsache daraus zusammen, daß bei einer auf 27 Classen vergrößerten Schulanlage die nothwendigen Nebenanlagen für eine größere Schülerzahl ausgereicht und dadurch die Kosten verhältnißmäßig herabgesetzt hätten. Bei der Festhaltung einer Classenzahl von 20 sind diese Eriparnisse aber nicht in gleicher Weise zu erreichen, auch erscheint bei dieser geringeren Classenzahl der von den Commissionen vorgeschlagene Anbau nicht mehr zweckmäßig. Dagegen können die anderen von den Commissionen vorgeschlagenen Eriparnisse wieder vorgeschlagen werden. Insbesondere können im Einvernehmen mit Herrn Stadtbaumeister Osterloh nach dessen Berechnung folgende Eriparnisse in Vorschlag gebracht werden: Umänderung der Heizanlage 10000 M.; Ersatz der Einfriedigungsmauer durch eine Einfriedigung von Beton und Eisen 4500 M.; Aenderung der Stacterien 2500 M.; Minderausgabe für Materialien 1500 M.; am Spielplatz 500 M. für theilweisen Fortfall des Rinnenpflasters und endlich für die Aenderung der Dachconstruction über der Turnhalle 3500 M. Im Ganzen würden sich also 22500 M. ersparen lassen.

Im Uebrigen sind die Commissionen bei ihren in der vorigen Sitzung näher dargelegten Ansichten stehen geblieben. Von einer Herabsetzung der Einheitspreise in den Kostenanschlägen glaubte man wieder absehen zu sollen, um nicht einen Druck auf die Handwerker auszuüben, jedoch hat die städtische Bauverwaltung erklärt, daß bei den reichlich bemessenen Preisen auf eine weitere Eriparniß in dieser Richtung, keinesfalls aber auf eine Ueberschreitung zu rechnen sei. Die Commissionen empfehlen daher die Annahme folgenden Antrages:

„Die Versammlung wolle unter Abziehung von 22500 M. von der geforderten Anschlagssumme einen Betrag von 369500 M. für den Bau einer 20classigen mittleren Knabenbürgerchule an der verlängerten Voigts-Rhekestraße bewilligen und der Ausführung dieser Schule nach den vorgelegten Plänen und Anschlägen unter Berücksichtigung der dazu gemachten Bemerkungen zustimmen“.

Wenn damit die finanzielle Seite der Vorlage erledigt ist, so sind die vereinigten Commissionen doch nicht der Meinung gewesen, daß mit den gemachten Vorschlägen das Beste erreicht worden wäre, was wir für diesen Bau gewünscht haben, sondern wir haben uns nur unter dem Zwange von Nebenumständen — schnelle Ausführung des Baues, fertig vorliegendes Project etc. — weitergehender Anträge enthalten. Bei der Wiedererörterung der einschlägigen Verhältnisse haben sich die früheren Ansichten der vereinigten Commissionen nicht nur nicht abgewandelt, sondern noch wesentlich befestigt und es ist unter den Anwesenden einstimmig die Meinung gewesen, daß es nothwendig sei, für spätere Fälle die Anregungen zur

Verminderung der Kosten für Schulbauten zu befolgen. Wir glauben, daß bei Doppelschulen die Schwierigkeiten hinsichtlich der Leitung nicht so groß sind, daß dadurch die großen Ersparnisse, welche sich damit erreichen lassen, aufgewogen werden könnten. Die Commissionen stellen daher weiter folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei weiter erforderlich werdenden Schulbauten den Bau von Doppelschulen vorsehen und frühzeitig für die Sicherung entsprechender Baupläne sorgen zu wollen“.

Außer diesen Erwägungen hat uns noch die Frage beschäftigt, was zu thun sei, um in Zukunft einem solchen Zwange nicht wieder ausgesetzt zu sein und um Anlagen zu erhalten, die den Ansichten der Versammlung auch entsprechen. Wenn wir vor ein großes, fix und fertiges Project gestellt werden, welches sehr mühevoll und lange Arbeiten erfordert hat, so ist es schwer, noch eine abweichende Meinung geltend zu machen. Deshalb erschien es den Commissionen rathsam, vorzuschlagen, daß bei derartigen großen Bauten vor der Ausarbeitung des Projectes die Projectskizzen und die generellen Kostenüberschläge der Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Wenn dieses geschieht, so ist damit gleichzeitig eine feste Unterlage geschaffen, auf der die städtische Bauverwaltung das definitive Project aufbauen kann und es werden viele unnütze Arbeiten vermieden. Herr Stadtbaumeister Osterloh hat diesem Vorschlage in der Commissionsitzung zugestimmt und gemeint, daß ihm selbst hierdurch eine wesentliche Erleichterung erwachsen würde. Die vereinigten Commissionen legen daher der Versammlung noch einen dritten Antrag zur Beschlußfassung vor, welcher lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei erforderlich werdenden größeren Bauten der Versammlung — bevor in die Ausarbeitung der Specialpläne und Specialanschläge eingetreten wird — die generellen Projectskizzen und Kostenüberschläge zur Berathung und Beschlußfassung vorlegen zu wollen.“

Herr Oberbürgermeister Pockels will hierzu bemerken, daß gegen die von den Commissionen empfohlenen Abstriche magistratsseitig nichts zu erinnern sei, da die städt. Bauverwaltung sie für zulässig erklärt und theilweise selbst in Anregung gebracht habe. Ueber die sonstigen Vorschläge wolle er sich nicht äußern und nur darauf hinweisen, daß eine etwaige Vergrößerung der Schulen zu viergliedrigen Schulen führen würde, da man dreitheilige Schulen schon jetzt besitze.

Herr Nieß möchte mittheilen, daß er sich den Anschauungen der Commissionen, deren Sitzungen er nicht habe besuchen können, anschließe. Dabei wolle er anfragen, ob der Herr Referent noch jetzt daran festhalte, daß vor der endgültigen Beschluß-

fassung über solche Vorlagen die Einzelanschläge vorbereitet werden sollen. Für die Handwerker sei von solchen Arbeiten nicht eher Segen zu erwarten, bis sie vor der Vergebung der Arbeiten in den Stand gesetzt werden, zu erfahren, was sie leisten sollen.

Herr Frühling erwidert Herrn Oberbürgermeister Pockels, daß die vereinigten Commissionen unter einer Doppelschule zwei Mal drei Schulen verstanden haben. Was die Anfrage des Herrn Nieß betreffe, so hätten die Commissionen ihren früheren Standpunkt aufrecht erhalten, indem sie es für absolut wünschenswerth hielten, daß vor der definitiven Vergebung der Sachen vollständig abgeschlossene Zeichnungen vorliegen müßten. Nur auf diese Weise könnte den großen Uebelständen abgeholfen werden, welche sonst bei der Ausführung solcher Arbeiten entstehen und die sehr häufig zu Weitläufigkeiten und Unannehmlichkeiten führen.

Herr Schöttler ist der Meinung, daß man den Commissionen für die Durcharbeitung der Sachen nur dankbar sein könne und hoffe er, daß namentlich durch den dritten Antrag Ersprißliches sich werde erreichen lassen. Was die sechsgliedrigen Schulen betreffe, so sei der Vorschlag wohl gut gemeint, aber nicht durchführbar, weil es sehr lange dauern würde, bis man eine solche Schule würde bauen können und man in Folge dessen für eine große Zahl von Kindern ein Interregnum zu schaffen hätte, das noch einmal so lange dauerte wie jetzt. Außerdem ercheine es ihm bedenklich, eine so große Zahl von Kindern auf einem Punkte zu vereinigen. Er halte es nicht für unmöglich, eine solche Schule zweckmäßig bauen zu können, nur dürfe man dem Magistrate nicht sagen, daß dieses gewünscht werde, sondern man könne nur sagen, daß die Untersuchung sich auch auf diesen Fall erstrecken möchte. Wenn man die Vorschläge der Commissionen so auffasse, sei er damit einverstanden, andernfalls wäre er dagegen.

Herr Frühling will darauf erwidern, daß diese Gründe in den Commissionen wohl erwogen seien, daß man jedoch die Bedenken des Vorredners nicht habe theilen können, weil man jetzt nie Classen genug habe und es besser sei, einmal eine Classe zu viel als zu wenig zu besitzen. Das Mehr an Zinsen für die eine Doppelschule werde aufgewogen durch die Ersparnisse, welche man an der Schule selbst mache. Die Commissionen wollen nicht, daß der Vorschlag dem Magistrate nur zur Erwägung überwiesen werde, sondern sie wünschen festzustellen, daß es die Absicht der Versammlung sei, solche größeren Anlagen zu schaffen, weil dadurch erhebliche Kosten erspart werden.

Die drei Anträge der vereinigten Commissionen werden darauf angenommen.

## II. Rechnungsabschlüsse der Cämmereicasse zc. für 1901/1902.

Wie Herr Fiedel berichtet, beantragt die Finanzcommission, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, weil bei zwei wichtigen Ueberschreitungen

noch die Begründung fehle und außerdem die zum ersten Male vorliegenden Abschlüsse von so großer Bedeutung seien, daß sie von jedem Stadtverordneten müßten geprüft werden können.

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

### III. Ausbau eines Theiles der Voigts-Mheßstraße.

Auf Anregung des Bauunternehmers Uhde ersucht der Magistrat, den Ausbau der verlängerten Voigts-Mheßstraße zwischen der Comenius- und der Marienstraße, welcher auch im Verkehrsinteresse als wünschenswerth zu bezeichnen sei, für das nächste Jahr zu genehmigen, sowie das vorgelegte Project und die Kosten- und Vertheilungsberechnung gutzuheißen. Der Anliegerbeitrag ist zu 120,50 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### IV. Unterstützungsgeuch der hiesigen landwirthschaftlichen Schule.

Der Gegenstand wird auf entsprechenden Antrag der vertraulichen Sitzung überwiesen.

### V. Ueberrahme einer Promenadenstrecke.

Nach Erbauung der Gaußbrücke erscheint es dem Magistrate wünschenswerth, daß der gesammte Wagenverkehr auf der zwischen Schubertstraße und Bammelsburgerstraße gelegenen Theilstrecke der Promenade freigegeben und zu diesem Zwecke die Wegestrecke stadtseitig übernommen werde. Für diese Maßnahme spricht abgesehen von der Erwägung, daß der Staat zur Duldung des Lastverkehrs auf der betr. Strecke überhaupt nicht gezwungen werden kann, auch der Umstand, daß im Zuge der Wegestrecke der Hauptfammelcanal für die ganze Innenstadt nebst sonstigen unterirdischen Anlagen verlegt ist. Für die Ueberrahme der Unterhaltungscapital auf 3802,58 M berechnet worden. Wenn auch diese Vereinbarung vom finanziellen Standpunkte aus betrachtet nach der Ansicht des Magistrates für die Stadt nicht günstig ist, so muß dabei doch beachtet werden, daß im Laufe der Zeit voraussichtlich noch weitere neue Verbindungswege zwischen Außen- und Innenkommen der Stadt vermuthlich Bedenken tragen würde, derartige neue Verkehrswege zuzulassen. Der Magistrat giebt daher anheim, der stadtseitigen Ueberrahme der erwähnten Theilstrecke der Wallpromenade gegen Erhebung einer Ablösungssumme von 3802,58 M, sowie ferner der Erklärung dieser Wegestrecke zur Ortsstraße zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Buchler empfiehlt die Baucommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Lange wird dem Antrage mit großer Freude zustimmen, da es nichts Häßlicheres und Erschwerenderes für den Verkehr gebe, als wenn ein derartiger Zugang vor einer Brücke versperrt werde. Bei der an der Ferdinandstraße liegenden Brücke herrschten ähnliche Verhältnisse in verschärftem Maße, denn dort verhindere ein ganz kurzes Stück Promenade den directen Fuhrwerksverkehr mit der Stadt und zwingt die Fuhrwerke, einen größeren Umweg zu machen, um zur Stadt zu kommen. Die Brücke sei für schweres Fuhrwerk eingerichtet und dürfte von diesem nicht benutzt werden, weil ein Stück Promenade davor liege. Er hege die Ueberzeugung, wenn dem Herzoglichen Staats-Ministerium diese Verhältnisse einmal ordentlich vorgestellt würden, so sei auch auf eine Aenderung zu hoffen. Er bitte also, auch hier einzugreifen.

Herr Bürgermeister Metemeyer will darauf erwidern, daß man im Magistrate dasselbe Gefühl gehabt habe, welches Herrn Lange beseele, daß die Sache indessen auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Der Staat habe nämlich der Stadtverwaltung nicht etwa den Vorschlag gemacht, die Strecke zu übernehmen, sondern er habe gefordert, die ganze Partie vor dem Luther'schen Grundstücke umzupflastern. Da die Kosten hierfür zu 65000 M veranschlagt seien, so habe der Magistrat mit Rücksicht auf die Höhe dieser Summe die Sache einstweilen ruhen lassen. Wenn aber die heutige Vorlage die Billigung der Versammlung finden sollte, so werde der Magistrat wohl in Erwägung ziehen, ob man nicht auch an dieser Stelle eine Ab-  
lösung der Unterhaltungslast herbeiführen solle.

Herr Nolte möchte anregen, die an der Schubertstraße zu übernehmende Straßenstrecke und die Bammelsburgerstraße so zu befestigen, daß sie auch den Wagenverkehr aufnehmen könnten. Bei dem jetzigen Zustande des Straßenzuges werde sich dort im Sommer ein unerträglicher Staub entwickeln, auch werde er bald vollständig zerfahren werden. Ferner möchte er anheingeben, die Strecke im Interesse der ganzen Gegend zu asphaltiren.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

## VI. Erwerb von Flächen zur Glicsmaroderstraße.

Dem Ortsbauplane gemäß sind der Glicsmaroderstraße von dem Grundstücke des Malermeisters Erich Meyer 10 qm und von dem Grundstücke des Restaurateurs Kabis 11 qm zuzulegen. Dem Ersuchen des Magistrates, diese beiden Flächen zu dem Einheitspreise von 20 M zu erwerben,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Kiecke berichtet, zu.

## VII. Ausbau eines Theiles der Pflegehausstraße.

Ueber den Ausbau der Pflegehausstraße auf der Strecke zwischen Königstiege und Chemnitzstraße hat die städt. Bauverwaltung ein Project ausgearbeitet, dessen Ausführungskosten einschließlich 33000 M für den Grunderwerb zu 61800 M veranschlagt worden sind, während im diesjährigen Haushaltsplane 48000 M, darunter 20000 M für den Grunderwerb, ausgeworfen sind. Von den veranschlagten Grunderwerbskosten entfallen 12435 M auf das vom Pflegehausgrundstücke abzutretende Terrain und 13575 M auf die 355 qm große Fläche, welche vom Grundstücke der Zuckerraffinerie Brunonia zu erwerben ist. Wesentlich durch diese beiden Erwerbungen wird die Höhe des Anliegerbeitrages, der zu 117 M ermittelt ist, bedingt. Um diesen Beitrag möglichst herabzumindern, hat der Magistrat mit den Anliegern, welche Grundflächen zu der Straße abzutreten haben, das Abkommen getroffen, daß sämtliche Flächen unentgeltlich abgetreten werden. Abgesehen von einigen geringfügigen Nebenentschädigungen beschränken sich hiernach die Grunderwerbskosten auf die Entschädigung für den Wegfall des Gebäudes *M* ass. 2880, welche auf 9200 M bemessen ist. Wenngleich hierbei die Stadt um deswillen das größte Opfer bringt, weil sie 836 qm zur Verfügung zu stellen hat, während die übrigen Anlieger zusammen nur 688 qm abzutreten haben, so glaubt der Magistrat doch, das Abkommen empfehlen zu dürfen, weil die stadtseitig abzutretenden Grundflächen für die städtischen Grundstücke entbehrlich sind. Hiernach ermäßigen sich die Grunderwerbskosten auf 11500 M und die Gesamtkosten auf 40300 M, sowie der Anliegerbeitrag auf 75 M für 1 m Frontlänge. Dem Antrage, das Project nebst Kosten- und Vertheilungsberechnung, sowie den mit den Anliegern abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen,

stimmt Herr Ebeling namens der Baucommission zu.

Herr Löschig möchte anregen, den Fuhrverkehr über die Majchstraße nach der Ringstraße bis nach dem Ausbau der ersteren zu verbieten, da es für die Passanten lebensgefährlich sei, die Straße bei dem starken Fuhrverkehr zu begehen. Leider lasse sich der Ausbau der Majchstraße in Folge des Widerspruches eines Anliegers nicht beschleunigen, jedoch müßte für den Schutz namentlich auch der vielen die Straße passirenden Kinder gesorgt werden.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

## VIII. Aenderung des Projectes über den Ausbau der Friesenstraße.

Zum Zwecke der Neupflasterung der Friesenstraße hat die Versammlung in der Sitzung vom 21. August d. Js. — Seite 81 des Berichtes — die Summe von 33000 M verwilligt. Hierbei war in Aussicht genommen, zur Befestigung der Fahr-

bahn Granitpflaster zu verwenden. Das Granitwerk Braunlage, dem die Lieferung der Pflastersteine übertragen werden sollte, hat sich hinterher außer Stande erklärt, zu dem bedungenen Preise von 7 M pro qm zu liefern, weshalb die städt. Bauverwaltung empfohlen hatte, zur Befestigung der Fahrbahn Gabbrosteine zu verwenden. Hierdurch würde indessen, wenn nicht Steine zweiter Sorte genommen werden, ein Mehraufwand von 4000 M entstehen; es kam daher in Frage, ob nicht auch Asphaltplatten Verwendung finden könnten. Bei nochmaliger Prüfung dieser Frage hat sich nun herausgestellt, daß auf der etwa 56 m langen Strecke zwischen Ehrenbrechtstraße und dem Grundstücke M. 31 Asphalt nicht verwendet werden kann, daß aber die Reststrecke der Straße, welche jetzt ein Steigungsverhältniß von 1 : 65 hat, so weit abgetragen werden kann, daß ein Verhältniß von 1 : 85 erzielt und damit die Legung von Asphaltplatten zulässig wird. Wenn hierdurch auch die Stufenhöhe der Bordsteine auf den einzelnen Theilstrecken eine ungleichmäßige wird, so dürfte es sich nach der Meinung des Magistrates doch empfehlen, der Befestigung mittels Asphaltplatten auf der Reststrecke der Straße den Vorzug zu geben, während die Theilstrecke von der Ehrenbrechtstraße ab Steinpflaster erhalten würde. Die dadurch erwachsenden Mehrkosten von anslagsmäßig 4600 M ersucht der Magistrat unter Genehmigung der Aenderung des Projectes nachzuverwilligen.

Der Vorlage wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, zugestimmt.

### IX. Vermietung eines Theiles des Markthallenkellers.

Die verhältnißmäßig geringe Inanspruchnahme des Markthallenkellers seitens der Interessenten hat die Markthallendeputation veranlaßt, auf eine Anfrage der Hofweinandlung Pappée & Büschhoff einzugehen und einen Theil des Kellers auf die Zeit vom 1. April 1903 bis 31. März 1908 an diese Firma zu einem jährlichen Miethpreise von 500 M zu vermieten. Der Magistrat hält es mit der Markthallendeputation für mehr als unwahrscheinlich, daß die der Markthalle nach der Vermietung verbleibenden Restflächen des Kellers nicht ausreichen sollten, um dem Marktbedürfniß zu genügen. Aus diesem Grunde erscheint die Vermietung durchaus vortheilhaft und zwar um so mehr, als dadurch der immer noch nicht in glänzenden Verhältnissen befindlichen Markthalle für eine Reihe von Jahren eine unerwartete sichere Einnahme von nicht unbeträchtlicher Höhe zugeführt wird. Nach Ablauf der fünfjährigen Pachtzeit soll die Mietherin 600 M bezahlen. Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung des Pachtvertrages

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Fiedel namens der Finanzcommission die Vorlage befürwortet hatte.



### X. Plattenbelag auf einem weiteren Theile der Leonhardstraße.

Auf Anregung des Tischlermeisters Metge beantragt der Magistrat, den zwischen Alterwiehring und Helmstedterstraße gelegenen nördlichen Fußweg mit Platten zu versehen. Nach dem vorgelegten Projecte ist bei einem Gesamtkostenbetrage von 4075 M der Anliegerbeitrag zu 8,70 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden, während die von der Stadt zu übernehmenden Kosten zu 475 M geschätzt worden sind. Die Genehmigung dieses Projectes, sowie der Kosten- und Vertheilungs-berechnung wird anheimgegeben

und von der Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, beschloffen.

### XI. Errichtung eines Wagenhuppens auf dem Kieselgute.

Die Kieseldeputation hat beantragt, daß zum Zwecke der Unterbringung von Ackerwagen u. auf dem Kieselgute ein Schuppen hergerichtet und dessen Ausführung nach Maßgabe des Planes I dem Hofzimmermeister Gerecke hieselbst für den Preis von 7609,91 M mit dem Vorbehalte übertragen werde, daß die Giebelseite als massive Wand aufzuführen und die unten offenen Theile der Binder durch zwei genügend starke Hölzer zu schließen seien. Der Magistrat tritt diesem Antrage bei und ersucht um Bewilligung der geforderten Summe,

welche auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Sander berichtet, beschloffen wird.

### XII. Wasserzuleitungen für verschiedene Grundstücke am Wülten.

Eine größere Anzahl von Grundstückseigenthümern in der Gegend am Wülten, welchen durch den Betrieb des neuen Wasserwerkes die Brunnen versiegt sind, hat um Lieferung von Wasser aus der städtischen Leitung ersucht. Obwohl der Magistrat eine Verpflichtung, die Zuführungsröhren kostenlos herzustellen, nicht anerkennen kann, hat er doch geglaubt, den Antragstellern unter den obwaltenden Verhältnissen entgegenkommen zu sollen, indem er sich bereit erklärt hat, auf Kosten der Stadt Zuleitungsbleirohre bis 3 m in die betr. Grundstücke hineinzuverlegen und außerdem Gruben zur Aufnahme von Wassermessern herzustellen, sowie deren Aufstellung zu bewirken. Die in Frage kommenden 17 Grundbesitzer haben sich bereit erklärt, unter den ihnen auferlegten Bedingungen Wasser zu entnehmen und sich dem Regulativ für die Abgabe von Wasser zu unterwerfen. Vom Magistrat wird anheimgegeben, die entstehenden Kosten mit 9047,95 M zu bewilligen.

Wie Herr Wolters berichtet, ist die Finanzcommission mit dem Magistrat der Ansicht, daß aus der Versiegung der Brunnen deren Eigenthümer Ansprüche an die Stadt nicht herleiten können, da nach einem allgemeinen Rechtsgrundsatz ebenso

wie die Luft auch das Wasser Gemeingut Aller sei. Wenn man nun auch unter den vorliegenden Verhältnissen den betr. Anwohnern aus Billigkeitsrücksichten entgegenkommen müsse, so sei die Finanzcommission über das Maß des Entgegenkommens doch etwas anderer Meinung, als der Magistrat, indem sie es für ausreichend halte, wenn nur die Kosten für die Legung der Hauptrohre im Betrage von etwa 7000 M bewilligt und die Kosten für die Anschlußrohre den Hausbesitzern auferlegt würden. Jener Betrag sei schon so hoch, daß er durch das demnächst zu erhebende Wassergeld nicht verzinst werde. Da es der Commission bedenklich erscheine, von einem bisher allgemein beobachteten Grundsatz hinsichtlich der Legung der Wasserrohre hier abzuweichen, so empfehle sie, nur den Betrag von etwa 7000 M für die Legung der Hauptrohre zu bewilligen, dagegen den weitergehenden Antrag des Magistrates abzulehnen.

Herr Rieke tritt für die ungeänderte Magistratsvorlage ein, da es ein Act der Menschlichkeit sei, den betr. Anliegern entgegenzukommen. Bei der Gelegenheit möchte er fragen, weshalb die Feldhüterwohnung und der Gärtner Heine von der Wasserlieferung ausgeschlossen seien.

Herr Meyerhoff möchte ebenfalls um Annahme der Magistratsvorlage bitten, weil anerkannt werden müsse, daß die Wassernoth nicht vorhanden sein würde, wenn das Wasserwerk nicht gebaut wäre. Dazu komme, daß den meisten Anliegern auch bei Annahme der Magistratsvorlage noch erhebliche Kosten für ihre Anschlüsse erwachsen werden, während sie bis dahin ihre Brunnen haben benutzen können.

Herr Blasius will darauf hinweisen, daß hier nach einem neuen Principe verfahren werden solle, indem man solchen Anliegern Wasser aus der städtischen Leitung zuführen wolle, die noch nicht an den Canal angeschlossen seien. Das müsse er aus hygienischen Bedenken ablehnen. Er trete dafür ein, den Geschädigten entgegenzukommen und zwar lasse sich vielleicht in der Weise ein Weg dazu finden, daß man den Leuten einen Zuschuß zur Vertiefung ihrer Brunnen gebe. Das Wasser könnte dann auch in Zukunft aus den Brunnen bezogen werden und man vermeide eine Verjumpfung des Grund und Bodens. Vielleicht lasse sich auch eine Verlängerung des Canals bis in jene Gegend ermöglichen. Die Legung der Wasserleitung ohne gleichzeitige Canalisirung könne er unter keinen Umständen befürworten.

Herr Meyerhoff muß das vom Vorredner erwähnte Princip wohl für richtig halten, will aber nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß die Anlieger doch auch Wasser verbraucht haben, als sie ihre Brunnen benutzen konnten, ohne daß eine Verjumpfung der Gegend eingetreten sei. (Zustimmung.) Es lasse sich sogar annehmen, daß sie nach dem Anschluß an die Wasserleitung weniger Wasser als vorher verbrauchen werden, weil sie es dann bezahlen müssen. Diesen Grund des Herrn Blasius könne er als zutreffend nicht anerkennen. Wenn man sich auf den

Standpunkt stelle, keine Wasserleitung dorthin zu legen, wo kein Canal sei, was solle dann mit den Leuten geschehen? Habe man außerdem wohl die Gewähr, daß bei der Vertiefung der Brunnen auch Wasser gefunden werde? Deshalb solle man eine Versumpfung der Gegend nicht weiter in Rücksicht ziehen, zumal der Wälden gegen früher viel trockener geworden sei, und solle den geschädigten Mitbürgern entgegenkommen.

Herr Ebeling tritt ebenfalls für die Magistratsvorlage ein. Die betr. Anlieger befänden sich in einer sehr traurigen Lage, indem sie nicht einmal Trinkwasser hätten. Das wenige vorhandene Wasser sei nämlich zum Trinken ungeeignet, indem es eisenhaltig zu sein scheine. Bei den ziemlich großen Grundstücken lasse sich das Schmutzwasser beseitigen, ohne daß es Schaden anrichte. Eine Vertiefung der Brunnen sei schon versucht worden, jedoch habe man kein Wasser gefunden; ebenso habe man einen Canalanschluß erwogen, aber die Unmöglichkeit der Durchführung eingesehen.

Herr Wolters möchte Herrn Kiefe erwidern, daß der Anschluß des Feldhüterhauses und anderer Grundstücke an die Leitung nicht möglich sei, weil sonst immer noch weitere Wünsche auf Anschluß kommen würden und das Ende nicht abzusehen sei. Wenn auf einen Zuschuß zur Vertiefung der Brunnen Bedacht genommen werden solle, so müsse man berücksichtigen, daß es nicht sicher sei, ob die Vertiefung auch für alle Zukunft ausreichen werde und daß Ansprüche der Anlieger, welche einmal anerkannt seien, auch später wieder erhoben werden würden. Andererseits müsse man sich auch hüten, von einem allgemein gültigen Grundjage, nämlich der Vorschrift im §. 14 des Ortsbaustatuts, zu Gunsten einiger Anlieger abzuweichen. Aus diesem Grunde empfehle er wiederholt, dem Antrage der Finanzcommission zuzustimmen.

Herr Stadtrath Haake möchte auf eine Aeußerung des Herrn Kiefe erwidern, daß der Anlieger Heine an einer Straße wohne, in welcher bereits ein Wasserrohr liege, an das er auf seine Kosten angeschlossen sei. Demnach sei der Genannte nicht anders behandelt, wie jeder andere Anlieger.

Herr Blasius muß es mit Herrn Wolters für bedenklich halten, von bewährten Grundjagen abzugehen. Das geschehe aber auch, wenn man in eine Straße Wasser leite, die noch keinen Canal besitze. Nach der bisher beobachteten Erfahrung werde dort immer mehr Wasser verbraucht, wo die Leitung liege, man könne also nicht jagen, daß die Anlieger des Wälden bei Benutzung ihrer Brunnen ebensoviel Wasser verbrauchten, als wenn sie die Leitung hätten. Er sei sehr dafür, den geschädigten Bewohnern entgegenzukommen, aber nur unter der Bedingung, daß gleichzeitig ein Canal zur Aufnahme des Schmutzwassers gebaut werde. Deshalb beantrage er, die

Magistratsvorlage, bezw. den Antrag der Finanzcommission zu genehmigen, aber unter der Bedingung, daß die Straße vorher canalisirt werde.

Herr Sander hat sich persönlich davon überzeugt, daß die meisten Anlieger auch bei Annahme der Magistratsvorlage noch erhebliche Kosten zu tragen haben, um das Wasser in ihre Wirthschaftsräume zu bringen. Das veranlasse ihn, für die Magistratsvorlage zu stimmen.

Herr Jüdel muß es für bedenklich halten, den Anliegern noch weiter entgegenzukommen, als dieses von der Finanzcommission beabsichtigt werde, da das zu Verurteilungen führen würde.

Herr Hauswaldt bittet, bei dieser Vorlage sich nicht von menschlich-begreiflichen Erwägungen, sondern von einem bestimmten Principe leiten zu lassen. Man wolle den Leuten die Möglichkeit geben, an Stelle ihrer durch Schuld des Wasserwerkes versiegten Brunnen Wasser aus der städtischen Leitung zu entnehmen und wolle zu dem Zwecke das Opfer bringen, für die Anlieger eine interimistische Leitung bis an ihre Grundstücke zu legen. Auf diesem bis jetzt bewährten Standpunkte müsse man nun aber auch stehen bleiben und das Weitere den Leuten überlassen. Stelle man sich dagegen auf den Standpunkt, daß die Stadt die moralische Verpflichtung besitze, den geschädigten Mitbürgern auf jeden Fall Wasser zu liefern, so müsse dieses ganz umsonst, also auch ohne Erhebung von Wassergeld geschehen, aber einen Zwischenweg gebe es nicht. Man komme den Leuten wirklich schon weit genug entgegen, wenn man ihnen à fonds perdu eine interimistische Leitung bis an die Grundstücke lege.

Herr Ahmann ist der Ansicht, daß man den Leuten das Wasser nicht verweigern dürfe, weil ihre Brunnen durch das neue Wasserwerk versiegt seien. Der Forderung des Herrn Blasius, gleichzeitig einen Canal zu bauen, könne er nicht beipflichten, weil sonst den Leuten schon längst hätte verboten werden müssen, ihr den Brunnen entnommenes Wasser laufen zu lassen. Er bitte um Annahme der Magistratsvorlage.

Herr Ebeling muß es Herrn Hauswaldt gegenüber für nothwendig halten, für die Lieferung von Wasser als Aequivalent auch Wassergeld zu erheben, da sonst ein sehr gefährliches Präjudiz geschaffen werde. Durch Annahme der Magistratsvorlage komme man den Anliegern für die ihnen zu Theil gewordene Schädigung genügend entgegen.

Herr Kiefe muß sich nochmals für die Magistratsvorlage erklären. Bei Annahme des Vorschlages der Finanzcommission werfe man dem Magistrate eine gewisse Leichtfertigkeit vor, welche aber nicht angebracht sei.

Herr Nolte glaubt ebenfalls, daß der Magistratsvorschlag das Richtige treffe. Wenn es zutreffe, daß das Wasserwerk den Brunnen das Wasser entzogen habe, so

erwachte auch der Stadt die moralische Verpflichtung, den Leuten so viel zu geben, als sie früher bejessen haben, ihnen also Brunnen zu schaffen, welche die Entnahme von Wasser ermöglichen. Das würde aber höhere Kosten verursachen, als der Magistrat jetzt in der Vorlage fordere, weshalb er für die Genehmigung der Letzteren sei.

Herr Löschigk bittet, den Unterantrag Blasius unter allen Umständen abzulehnen, da es sonst noch Jahre dauern könne, bis die Leute Wasser erhielten.

Herr Wolters will darauf hinweisen, daß die Durchführung des Antrages Blasius mehr als 100000 M kosten würde und demnach zur Zeit nicht möglich sei, um so mehr, als es sich bei dem Canale auch nur um ein Provisorium handeln könne. Er bitte nochmals um Annahme des Commissionsvorschlages.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage, unter Ablehnung des Antrages Blasius, angenommen.

### XIII. Erwerb einer Fläche zur Neuenstraße.

Von dem Grundstücke des Buchhändlers Paul Graff an der Neuenstraße sind 1,8 qm zur Straße abzutreten. Dem Ersuchen des Magistrates, hierfür einen Einheitspreis von 200 M zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Bancommission, für welche Herr Buchler berichtet, zu.

### XIV. Anschaffung von Schränken u. für das städt. Museum.

Die Sammlungen des städtischen Museums haben in den letzten beiden Jahren wieder eine so bedeutende Vermehrung erfahren, daß die Beschaffung von zwei neuen Schränken mit einem Aufwande von 620 M und eines Schrankes zur Aufnahme von Kupferstichen mit einem Aufwande von 225 M erforderlich wird. Außerdem sind 200 M für das Aufziehen der Kupferstiche auf Cartons und zur Beschaffung von Kästen zur Aufnahme der Kupferstiche nöthig. Endlich wird gebeten, 155 M zur Beschaffung des Werkes von R. Mutter, Geschichte der Malerei im 19. Jahrhundert, für die Handbibliothek des Museums zur Verfügung zu stellen. Die Bewilligung der geforderten Beträge von insgesammt 1200 M wird vom Magistrate anheimgegeben

und von der Versammlung auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Schöttler berichtet, beschlossen.

### XV. Vermietung eines Grundstücks an der Wendenstraße.

Auf Anregung des Restaurateurs Koch hat die Markthallendeputation beantragt, den Miethvertrag mit der Nationalbrauerei wegen des Grundstücks Wenden-

straße **Nr. 5** zu lösen und ihm als dem jetzigen Altermiether des Grundstücks dieses direct zu vermietthen. Die Versammlung wird ersucht, den dieserhalb mit Hoch abgeschlossenen Miethvertrag, nach welchem er 2000 M Miethe zu zahlen hat, während die Nationalbrauerei jetzt 1900 M zahlt, zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für die Herr **Füdel** berichtet, geschieht.

## **XVI. Ruhe-lohn an die Bademeister der Volksbadeanstalten.**

Durch einen Unterausschuß des Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen, welcher die hiesigen Volksbadeanstalten verwaltet, ist auch die Auswahl und die Annahme der Bademeister für diese Bäder erfolgt. Ungeachtet dieses Umstandes dürften diese Leute aus Billigkeitsgründen als im Dienste der Stadt stehend anzusehen und auf sie und ihre Hinterbliebenen die von den städtischen Behörden festgestellten Grundsätze für die Bewilligung von Ruhe-lohn anzuwenden sein. Wenn dieses geschieht, würde fortan zur Annahme und Entlassung eines Bademeisters zuvor die Genehmigung des Magistrates einzuholen sein. Die Versammlung wird ersucht, diesem Verfahren mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die beiden schon seit längeren Jahren beschäftigten Bademeister als von Anfang an im Dienste der Stadt beschäftigt gewesen angesehen werden.

Wie Herr **Schöttler** berichtet, empfiehlt die Statutencommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr **Mann** möchte bei dieser Gelegenheit beantragen, daß die Verwaltung der Volksbadeanstalten von der Stadt übernommen werde. Dem etwa erhobenen Einwande, daß dadurch größere Kosten entstehen würden, könne er nicht beipflichten. Man würde auch von „benährten Grundsätzen“ abgehen, wenn anderen als städtischen Angestellten ein städtischer Ruhe-lohn gewährt werden würde. Wie bei anderen städtischen Betriebsanstalten, könnte man auch hier eine Verwaltungsdeputation einsetzen, wodurch Kosten nicht entstünden, ebenso würden die betr. städtischen Beamten die Geschäfte für die Anstalten wie bisher im Nebenamte weiter zu besorgen haben.

Der genügend unterstützte Antrag wird als ein selbstständiger Antrag behandelt und der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen. Außerdem beschließt die Versammlung, die Magistratsvorlage unabhängig von dem Antrage weiter zu beraten.

Herr **Güntner** ist für die Vorlage, bittet aber, auch den Bademeister der Freibadeanstalt, welcher schon lange Jahre im Dienste der Stadt stehe, in die Vorlage einzubeziehen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß es für bedenklich halten, diesem Antrage ohne Weiteres zuzustimmen, da die Stellung dieses Mannes sich von der der Bademeister an den Volksbadeanstalten ganz wesentlich unterscheide. Letztere seien unmittelbare Beamte, welche während des ganzen Tages gegen Entgelt thätig seien, während Ersterer mehr Unternehmer als städtischer Arbeiter sei. Dieser habe aus den Nebeneinnahmen, welche er sich zu verschaffen gewußt habe, ob mit Recht oder Unrecht solle ununtersucht bleiben, ein weit höheres Einkommen, als die 300 M, welche er für die Verwaltung der Freibadeanstalt von der Stadt erhalte. Jedenfalls würde sich Herr Sauerbier bedanken, wenn man ihn heute zum städtischen Arbeiter machen wollte.

Herr Alßmann muß eine Inconsequenz darin finden, wenn man Jedemdem Ruhelohn gewähre, der nicht städtischer Beamter sei, während man andererseits Jedemdem den Ruhelohn vorenthalte, der für die Allgemeinheit thätig sei. Deshalb erscheine es ihm richtiger, die Verwaltung der Volksbadeanstalten städtseitig zu übernehmen.

Herr Hauswaldt kann nicht begreifen, daß hier gesagt werde, der Mann arbeite für das Allgemeinwohl und müsse deshalb Pension haben. Für das Allgemeinwohl arbeiteten Alle und erhielten doch nichts. Der Verwalter der Freibadeanstalt sei in gewisser Weise Pächter derselben, und erhalte nur eine städtseitige Entschädigung, weil sich Niemand gefunden habe, der die Verwaltung ohne Entschädigung übernommen hätte. Zu der Kategorie der städtischen Arbeiter gehöre der Verwalter also nicht.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

#### XVII. Kosten für das Urkundenbuch der Stadt.

Für das Jahr 1903 ist die Fertigstellung der dritten Abtheilung des dritten Bandes des Urkundenbuches in Aussicht genommen. Nach dem mit dem Verleger vereinbarten Sage von 60 M für den Druckbogen sind für den etwa 30 Bogen umfassenden Band 1800 M erforderlich, wozu dann noch für Correcturen im Blei etwa 300 M kommen würden. Ferner wird durch die Beigabe von 4—6 Siegelstafeln eine Ausgabe von 480 M entstehen. Endlich sollen dem Buche auch noch zwei Pläne beigegeben werden und zwar einer, der die Grundgestalt der jetzigen Innenstadt um das Jahr 1400 darstellt, während der andere das ursprüngliche Niveau-ment des Stadtgebietes zur Anschauung bringen soll. Die Herstellung undervielfältigung dieser beiden Pläne würde 520 M kosten, so daß insgesammt 3100 M für den Band angefordert werden. Vom Magistrate wird ersucht, diesen Betrag in den nächsten Etat einstellen zu dürfen,

welchen Antrag die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, genehmigt.

### XVIII. Erweiterung des Baugrundes im Westen der Stadt.

Die Versammlung wird ersucht, zuzustimmen, daß südlich der Weststraße ein weiteres, in der Vorlage näher bezeichnetes Terrain zu Baugrund erklärt werde. Der Antrag wird durch den Umstand veranlaßt, daß die am westlichen Ende der Zahnstraße vorgesehene Verbindungsstraße zwischen dieser und der Weststraße, deren Ausbau bereits beschlossen ist, vor erfolgter Erweiterung des Baugrundes nicht zur Ortsstraße erklärt werden kann.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Frühling berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### XIX. Annahme wissenschaftlicher Hilfsbeamten für die Bauverwaltung.

Die nothwendige Entlastung der Vorstände der Hochbau- und der Straßenbau-Abtheilung der städtischen Bauverwaltung ersucht der Magistrat auf Vorschlag der Letzteren durch Beordnung je eines wissenschaftlichen Hilfsbeamten herbeizuführen. Es wird sich nach der Ansicht des Magistrates empfehlen, bei Besetzung der danach neu zu schaffenden Dienststellen ebensowohl geprüfte Baumeister, als auch solche Architekten bezw. Bauingenieure ins Auge zu fassen, die nach 4jährigem Studium auf einer technischen Hochschule die Diplomprüfung bestanden haben und einige Jahre hindurch mit Erfolg praktisch thätig gewesen sind. Auch hält der Magistrat mit der städt. Bauverwaltung für geboten, solchen Architekten und Ingenieuren, welche die Diplomprüfung abgelegt haben, ein dem Gehalt der geprüften Baumeister gleichkommendes Einkommen (3400—5800 M.) zu gewähren. Dem widerspricht auch nicht etwa die Bestimmung in Abtheilung IX der Gehaltsordnung, wonach für Ingenieure ein Gehalt von 3000—4000 M. vorgesehen ist, weil hierunter solche Herren verstanden sind, die eine Haupt- oder Diplomprüfung nicht abgelegt haben.

Ferner hält der Magistrat zur Vermeidung einer statutarischen Neuerung für angezeigt, daß der Gehaltsjah für die etwa aus diesen Kreisen zu wählenden Hilfsbeamten außerhalb des Rahmens der statutarischen Gehaltsbestimmungen durch Dienstvertrag geregelt werde. — Das Ersuchen des Magistrates geht zunächst dahin, sich mit diesen Darlegungen und Vorschlägen grundsätzlich einverstanden zu erklären.

Namens der Statutencommission beantragt Herr Schöttler Genehmigung der Vorlage, dabei bemerkend, daß eigentlich nur die eine der beiden Stellen, nämlich die für Hochbau, als neue anzusehen sei, während die andere Stelle zur Zeit noch ein Herr ohne Hochschulbildung innehatte, der aber in den Ruhestand trete und dessen Stelle damit eingehe.

Herr Frühling möchte die Genehmigung der Vorlage warm empfehlen, da er als Mitglied der Baucommission Gelegenheit gehabt habe, zu sehen, in welcher



Weise die Stadtbaumeister mit Arbeiten überhäuft seien. Es erscheine ihm auch dringend nothwendig, den Herren eine Hilfskraft zur Seite zu stellen, die sie von den nebensächlichen Geschäften entlasten und sie auch direct vertreten könne. Ebenso gefalle ihm an der Vorlage, daß man die Wahl zwischen einem geprüften Baumeister und einem Diplom-Ingenieur frei gelassen habe.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

## XX. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Händler Kuhnau und Wilczek um Befreiung von der Steuer für einen Ziehund werden genehmigt und die Gesuche des Kutschers Bielau, des Schuhmachers Gerbracht, des Formers Günther, des Postassistenten Kröfel, der Wittve Steinau und des Caroussellbesizers Trumann um Erlaß der Steuer für einen Wachhund abgelehnt.

## XXI. Erwerb einer Fläche zur Glückstraße.

Nach Maßgabe eines vorliegenden Vertrages hat sich der Maurermeister Emil Stege verpflichtet, von seinem an der Glückstraße gelegenen Grundstücke eine 420 qm große Theilfläche zur Verbreiterung dieser Straße abzutreten. Der Preis soll demnächst von den städtischen Behörden nach Verhältniß der für die übrigen zu dieser Straße erforderlichen Privatflächen zu gewährenden Entschädigung festgesetzt werden. Dem Antrage, diesen Vertrag zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet, zu.

## XXII. Mittel zur Besoldung zweier Hilfszeichner.

Zur Beschaffung eines Neudrucks des Ortsbauplanes im Maasße 1:1500 war die Einstellung von zwei Hilfszeichnern nothwendig geworden. Wenn diese Arbeit nun auch voraussichtlich im Frühjahr 1903 fertiggestellt sein wird, so hat sich doch das Bedürfniß herausgestellt, neue Vermessungsgrundlagen und Kartirungen herzustellen, welche Arbeit ohne Vermehrung des jetzigen Personals der Vermessungsabtheilung nicht ausgeführt werden kann. Aus diesem Grunde wird ersucht, die beiden Hilfszeichner auch nach Beendigung der durch den Neudruck des Ortsbauplanes bedingten neuen Arbeiten einstweilen beizubehalten. Zur Zeit läßt sich indessen noch nicht beurtheilen, ob diese Vermehrung dauernd erforderlich sein wird, weshalb sich der Magistrat auf den Antrag beschränkt, zum Zwecke der Weiterbeschäftigung von zwei Hilfszeichnern die Summe von 2550 M zu Lasten des nächstjährigen Etats zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, geschieht.

### XXIII. Antrag Peplics: Feststellung der Zahl der ohne Frühstück zur Schule kommenden Kinder.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, durch die Schulbehörden feststellen zu lassen, wie viel Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen. – Gleichzeitig wird sofortige Berathung beantragt“.

Zur Begründung führt Herr Peplics aus, daß es anerkennenswerth und dankenswerth sei, wenn durch die Zuwendung eines hiesigen Bürgers einer Anzahl armer Kinder ein Frühstück verabreicht werden könne, daß aber noch festzustellen sei, ob dem vorhandenen Bedürfnisse mit den Zuwendungen auch Genüge geschehe. Diesen Zweck solle der Antrag erfüllen. Jedenfalls würde es sehr traurig sein, wenn Schulkinder vorhanden wären, welche bis Mittag ohne Nahrung zubringen müßten. Zunächst belaste der Antrag die Stadt nicht, jedoch werde sie wohl eingreifen müssen, wenn ein Bedürfniß dazu vorliegen sollte. Da der Antrag klar vorliege und es sich vorerst nur um Erhebungen handle, so bitte er um dessen sofortige Berathung.

Die Versammlung beschließt mit 15:14 Stimmen, in die sofortige Berathung des genügend unterstützten Antrages einzutreten.

Herr Hauswaldt möchte erklären, daß er gegen den Antrag auf sofortige Berathung gestimmt habe, weil er die Consequenzen des Antrages noch nicht übersehe. Wenn der Herr Antragsteller sage, der Antrag brächte an sich noch keine finanziellen Opfer, so müßte man sich doch auch die Consequenzen klar machen und berücksichtigen, daß die Stadt für Frühstück zu sorgen habe, sobald der Antrag angenommen werde. Es sei das also der erste Schritt zur Anwendung von Kosten. Wie denke man sich überhaupt die Sache? Sollte der Magistrat den Schulen aufgeben, Umfrage zu halten, wie viele Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen, und wenn das geschehen sei, welche Consequenzen wolle man daraus ziehen? Es handle sich hier um eine Herzens- und Gefühlsache und es werde wohl Niemand geben, der nicht wünsche, daß jedes Kind eine Tasse warme Milch und ein Brot genießen hätte, wenn es zur Schule komme, aber daß die Stadt die Verantwortung hierfür tragen solle, könne er nicht einsehen.

Herr Peplics will hierzu bemerken, daß in seinem Antrage allerdings die Absicht liege, die Stadt im Bedürfnisfalle eingreifen zu lassen. Eine sehr große Last würde hierdurch aber nicht erwachsen und vorläufig handle es sich auch nur um Erhebungen, die nichts kosten. Später könne dann die Versammlung immer noch beschließen, wie sie es für richtig halte. Die etwa entstehende Belastung könne doch die Versammlung nicht hindern, den Antrag anzunehmen und erst einmal fest-

zustellen, ob überhaupt ein Bedürfniß zum Eingreifen vorliege. Sollte die Stadt später wirklich eingreifen, so würde sie sich dessen nicht zu schämen haben.

Herr Günther hält die Durchführung des Antrages für nothwendig. Dabei werde sich dann herausstellen entweder, daß die Noth nicht so groß sei, um ein Eingreifen nothwendig zu machen, oder daß sie sehr groß sei und die Stadt dann die Verpflichtung habe einzugreifen. Sache der Versammlung werde es sein, später in dieser Beziehung einen Beschluß zu fassen. Anscheinend fürchten sich verschiedene Herren vor dem Resultate, welches sich aus den Erhebungen ergeben könnte; das wäre aber sehr bedauerlich. Man müsse der Sache ins Auge sehen und auch eingreifen, wenn es sich als nothwendig herausstelle. Sollte das Ergebniß günstiger sein, als in einer kleinen Stadt Thüringens, wo 100 Kinder kein Frühstück gehabt haben, so könne man der Oeffentlichkeit sagen, daß die Verhältnisse hier günstiger liegen. Gerade den Kindern gegenüber könnte sich das warme Herz der Versammlung zeigen. Wenn man bei Erwachsenen ein Auge zudrücke und sage, die mögen sehen, wie sie durchkommen, so könne man doch bei Kindern diesen Standpunkt nicht einnehmen. Er bitte um Annahme des Antrages.

Herr Sander hat für die sofortige Berathung des Antrages gestimmt, aber nicht zu dem Zwecke, um nach etwaiger Feststellung des Bedürfnisses die Stadt zu verpflichten, der Nothlage abzuhelpen, sondern um vielleicht noch mehrere hochherzige Leute zu veranlassen, hier einzugreifen.

Herr Nieß will bemerken, daß es für ihn keinen trostloseren Gedanken gebe, als anzunehmen, daß ein Kind in die Schule geschickt werde, ohne etwas genossen zu haben. Diesen Standpunkt werde wohl jedes Mitglied der Versammlung theilen. Etwas Anderes sei es aber, ob man den Weg gehen wolle, den Herr Peplics vorge schlagen habe, da dieser Weg Folgen haben könne, die sich noch nicht abmessen lassen. Sollte in der Beziehung wirklich eine große Nothlage vorhanden sein, so müßte nicht die Commune, sondern die öffentliche Wohlthätigkeit oder die Armenpflege, für welche die Allgemeinheit steuere, eintreten. Beispielsweise sei auf dem Congreß für das Baugewerbe in Leipzig die Rede auf die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gekommen und bei der Gelegenheit habe man als eins der Motive, welche gegen ein solches Gesetz sprächen, vorgebracht, daß damit den betreffenden Leuten die Verpflichtung genommen werde, für Arbeit und für die Ernährung ihrer Familie zu sorgen. Der hier von Herrn Peplics beantragte Schritt habe aber denselben Effect: er entbinde Diejenigen, welche Kinder haben, von der Verpflichtung, für die Kinder einzutreten. Ein solcher Weg sei aber nicht gangbar.

Herr Nolte muß sich gegen den Antrag erklären, zunächst, weil die Durchführung einer solchen Enquete sehr schwierig sei und dann auch, weil kein Grund zu der Enquete vorliege, indem selbst der Antragsteller nur Vermuthungen aus-

gesprochen habe. Bezüglich des ersten Punktes sei zu erwähnen, daß manche Kinder ihr Frühstück schon zu Hause essen, wie das viele Erwachsene auch thun; bei solchen Kindern würde also die Enquete ein unrichtiges Bild geben. Gegen eine wirkliche Nothlage sei die Armenverwaltung und die öffentliche Wohlthätigkeit da. Wenn nun gesagt worden sei, ein Erwachsener könne sich schon schützen, ein Kind aber nicht, so wolle er darauf erwidern, daß jedes Kind zu seinem Schutze als gesetzliche Vertreter Eltern und eventuell einen Vormund habe und daß Anzeige beim Vormundschaftsgerichte zu erfolgen habe, wenn diese ihren Pflichten nicht nachkommen. Zur Anstellung einer Enquete liege also kein Grund vor.

Herr Löschigt kann nicht annehmen, daß die Vermuthungen des Herrn Peplies zutreffen; er würde es deshalb für zweckmäßig halten, wenn die vorliegenden, hoffentlich vereinzelter Fälle einmal festgestellt würden, um durch Armenpflege und öffentliche Wohlthätigkeit Abhülfe schaffen zu können. Er sollte meinen, daß Vater und Mutter ehelos sein müßten, wenn sie nicht lieber selbst hungerten, als ihre Kinder ohne Frühstück zur Schule zu schicken. Es wäre geradezu himmelschreiend, wenn die Zustände in unseren Schulen so wären, wie sie Herr Peplies geschildert habe.

Herr Hauswaldt ist der Ansicht, daß die Enquete nichts nützen werde. So seien z. B. bei der Enquete über den Alkoholgenuß der Kinder so lückenhafte statistische Zahlen in den Schulen herausgekommen, daß man nichts damit habe anfangen können. Welchen Tag wolle man z. B. bei Anstellung der Enquete nehmen? Sollte dieser Tag den Kindern vorher bekannt gegeben werden? Das seien lauter ungelöste Fragen. Deshalb solle man die Sache der Armenpflege und der öffentlichen Wohlthätigkeit überlassen, welche im Stande seien einzugreifen; die Stadtverwaltung als solche könne aber nichts dabei thun.

Herr Asmann: Man scheine zu befürchten, daß eine größere Zahl von Kindern in der Schule ohne Frühstück erscheinen würde, wenn sie wüßten, daß eine solche Enquete angestellt werden sollte. So sehr sei aber das Ehrgefühl der armen Leute noch nicht gesunken, daß sie ihre Kinder auf solche Bettelstuppen warten ließen. Wenn Herr Hauswaldt meine, die Sache wäre eine Herzensfrage, so sei das auch seine Ueberzeugung, denn das Herz müsse mitsprechen bei der Frage, ob man die armen Geschöpfe unterstützen wolle oder nicht. Es werde ferner gesagt, daß die Armenpflege und die Wohlthätigkeitsanstalten dafür vorhanden seien: man werde aber zugeben müssen, daß diese nicht überall so hinsehen und eingreifen können, wie das seitens der Lehrer geschehen würde. Wenn der Lehrer feststellte, wie viele Kinder nicht in richtiger Weise Nahrung erhielten und beantragte, ihnen eine Suppe zu verabreichen, so würde dadurch keine zu große Belastung der Stadt eintreten. Herrn Löschigt gegenüber, der sich nicht denken könne, daß es Eltern gebe, die nicht

mit ihren Kindern den letzten Brocken theilen, wolle er bemerken, daß er der gleichen Meinung sei, sofern es sich um Eltern handle, die vollauf haben; wenn es sich aber um die Ärmsten handle, die selbst nichts haben, so sehe das Bild anders aus. Wünschen möchte er auch, daß die Nothlage nicht so schlimm wäre, um eingreifen zu müssen. Seiner Ansicht nach könne man sich in diesem Punkte auf die Schulinspectoren und die Lehrer verlassen und von ihnen die Auskunft einholen. Wenn Herr Nolte meine, es könnten solche Fälle gar nicht vorkommen, weil die Vormundschaft eventuell eingzugreifen habe, so höre sich das ganz gut an, aber in der Wirklichkeit liege es anders. Deshalb bitte er, den Antrag anzunehmen und die Sache energisch zu verfechten. Man würde ein wirklich wohlgefälliges Werk thun, wenn für diesen Zweck einige tausend Mark aufgewendet würden; er bitte sogar, dem Magistrat einen unbeschränkten Credit zu gewähren, sobald er sich in den Schulen überzeugt haben sollte, daß eine Nothlage vorhanden wäre. Jedenfalls wäre das kein unchristliches Werk vor dem großen Christenfeste.

Herr Ribbentrop: Von einem der Vorredner sei ein Wort gefallen, das ihn in seinen innersten Gefühlen empfindlich berührt habe. Es sei nämlich gesagt worden: es handle sich ja hier um Kinder und man werde doch wohl wenigstens für Kinder ein Herz haben. Der hieraus zu folgernden Annahme, daß die Versammlung für Erwachsene kein Herz haben solle, möchte er entgegentreten. Die Herren spielten sich hier immerfort auf, daß sie die Arbeiterschaft der Stadt Braunschweig zu vertreten haben, aber hier vertrete doch Niemand eine Klasse und einen Rang, sondern jeder Stadtverordnete habe nach dem Wortlaute der Städteordnung die Gesamtheit der Gemeindegossen hier zu vertreten. Wenn von einer Vertretung einzelner Klassen die Rede sein solle, so werfe er sich auch zum Vertreter der Arbeiter auf und wolle sagen, was er als solcher auf dem Herzen habe. Die Herren befänden sich als wohlgefällige Bürger in gesicherten Stellungen und brauchten sich nichts zu entziehen, aber die große Partei sei es, welche die Massen verführe. Er nenne hier nur den Propheten und Parteiführer Bebel, welcher auf dem Parteitage in Lübeck am 28. September 1901 gesagt habe: „Wir wollen die Aufregung in jede Familie und in jedes Haus tragen und wir müssen das thun, um vorwärts zu kommen!“ Das sei nur so eine einzelne Redensart. Da hier nun aber das Wort gefallen sei, daß die Versammlung kein Herz für die Arbeiter hätte, so erwidere er darauf: wir haben gerade ein Herz für die Arbeiter, denn wir knechten diese Leute nicht, wie das von der großen socialdemokratischen Partei in Berlin geschieht! — Der jetzt auch wieder eingebrachte Antrag wegen der Arbeitslosigkeit ersehe ja alle Jahre wieder und zwar ersehe er nur, um die Arbeiter gegen die Versammlung zu verheizen. Die socialdemokratische Partei gestatte keine Arbeiterfreiheit, sondern besolge eine Arbeiterknechtung, denn sie gestatte den Arbeitern unter Umständen nicht einmal zu arbeiten. Zum

Beweise hierfür brauche man den Blick nur einmal auf den letzten Zimmererstreik zu richten. Er hoffe, daß auch die Arbeiter das endlich einmal aufgreifen und sagen werden: wir wollen auch freie Leute sein und uns nicht mehr knechten lassen! Wenn die Herren von der Partei mit ihren ungeheuren Geldern einmal für die Armuth eintreten wollten, so wäre das für sie eine Kleinigkeit, denn sie verfügen über höhere Summen, als alle andere Parteien im Staate, sie suchten aber auch hierdurch alle anderen Parteien zu beherrschen. Besitzen doch die Organisationen Millionen in ihrer Kasse. Wenn also die Partei einmal für eine kleine Noth etwas aufbringen wolle, so könne sie es auch. Wenn aber Steuern aufgebracht werden müßten, so seien die Herren nicht zu finden, sondern wollen Anderen das überlassen. Es sei nothwendig, das hier einmal auszusprechen. Er behaupte: die Socialdemokratie habe gar kein Interesse für die Arbeiter, sie wolle sie nur knechten und ausnützen; Interesse für die Arbeiter haben die anderen Parteien. — So sei von dem Propheten Bebel auf dem Münchener Parteitage frei ausgesprochen worden: „wir verfahren mit dem Gelde unserer Arbeiter nicht wie eine socialdemokratische Partei, sondern wie die Bourgeois!“ Eine Freiheit existire in der Partei überhaupt nicht: wer nicht wolle, wie er solle, fliehe hinaus, (Zuruf: Bei Ihnen!), sage Bebel selbst, und das habe er auch bei Bernstein u. A. zum Ausdruck gebracht. Also die große Partei hege und treibe die Arbeiter immer weiter! — Was solle nun mit dem hier zur Verhandlung stehenden Antrage werden? Er sei dabei, aus seiner eigenen Tasche Geld dafür mit herzugeben, daß jedes Kind ein Frühstück habe, aber wie solle die Stadt als solche dabei mitwirken? Sein sehnlicher Wunsch gehe dahin, daß jedes der armen Kinder sein Frühstück habe, aber da gesagt werde, wenn wir auch kein Herz für die Arbeiter hätten, so möchten wir wenigstens eins für die Kinder haben, habe er sich für verpflichtet gehalten, seinen Standpunkt darüber klarzustellen. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Altmann: Außer dem Vorredner werde wohl Niemand gehört haben, daß gesagt worden sei, die Versammlung habe kein Herz für Erwachsene. Auch sei die Frage der Unterstützung der Kinder nicht damit zusammengebracht worden. Er erkläre es als eine Unwahrheit, davon gesprochen zu haben. (Zuruf: „Herr Günther.“) Wenn der Herr Major es für nöthig halte, ihm das Wort „Lüge“ zuzurufen (Zuruf: „Günther!“) . . . . Er habe das Wort „Lüge“ verstanden. Man sei glücklicherweise noch nicht auf dem Casernenhofe angekommen oder bei der „Elektrischen“, um sich hier abblümmeln zu lassen. (Glocke des Vorsitzenden.)

Der Herr Vorsitzende ersucht den Redner, sich in seinen Ausdrücken zu maßigen.

Herr Altmann (fortfahrend): Diese Rüge wäre auch bei Herrn Ribbentrop angebracht gewesen. (Glocke des Vorsitzenden.) Die Ausdrücke des Vorredners seien gegen ihn und seine Freunde gerichtet gewesen, das wisse Jeder. Wenn der

Vorredner auf den Streif eingegangen sei, so möge es ihn wohl wurmen, daß auch bei ihm Leute vorhanden seien, die sich nicht Alles gefallen ließen. Wenn ferner Dinge hervorgezogen seien, die der Wahrheit entbehren, so würden die Richter schon wissen, wie sie die Arbeitswilligen zu schützen haben und wenn der Vorredner sich geärgert habe, daß so viele Millionen von den Arbeitern aufgebracht würden, so müßten die Arbeiter besser wissen, ob sie sie aufzubringen haben oder nicht, auch würden die Arbeiter nach wie vor verstehen, ihre Interessen zu vertreten trotz der Rede des Vorredners. Wenn es demselben aber beliebt habe, von Bebel als dem Propheten der Socialdemokratie zu iprecen, der überall Unfrieden säen wolle, so müsse sich der Vorredner wohl sehr wenig um Bebels Reden gekümmert haben, sonst könnte er solche Behauptung hier nicht aufstellen. Reiße man wenige Worte aus dem Zusammenhange heraus, so möge es wohl richtig sein, aber die betr. Rede im Ganzen genommen ergebe sicher einen anderen Sinn. Da er noch nichts Derartiges von Bebel gelesen habe, so könne er auch nicht zulassen, daß gegen einen Mann außerhalb der Versammlung so vorgegangen werde. Der Vorredner habe sich hier auch als Interessenvertreter der Arbeiter aufgestellt, wer ihn aber kenne, der kaufe ihn nicht. Die Arbeiter Braunschweigs und Umgegend würden sich für ihre Interessenvertretung durch den Herrn Major wohl bestens bedanken, auch wenn er noch einmal eine so schneidige Rede halten sollte, wie im vorliegenden Falle.

Herr Günther muß erklären, daß Herr Ribbentrop sich auch in der von ihm kritisirten Aeußerung verhört habe. Redner habe gesagt, daß man bei den Erwachsenen wohl voraussetzen könne, sie würden für ihre eigene Nothdurft sorgen, bei den Kindern aber nicht. Auf die sonstigen Ausführungen wolle er nicht näher eingehen, weil sie wohl kaum ernst genommen werden könnten.

Herr Wolff möchte seiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß Herr Günther an der ganzen Erregung die Schuld trage, indem er in einem so höhnischen Tone gesprochen habe, daß man die Empfindung gehabt habe, er wolle der Mehrheit der Versammlung etwas am Zeuge flicken. Der Ton der Rede sei geradezu unerträglich gewesen. (Zustimmung.)

Herr Peplies: Wenn angeführt worden sei, daß die von ihm gewünschte Feststellung zu schwer werden würde und zu Mißbräuchen führen könnte, so wolle er bemerken, daß diese Bedenken fortfielen, sofern die Enquete auf Anordnung des Magistrates an einem vorher nicht bestimmten Tage von der Schulbehörde durchgeführt würde. Ohne solche Enquete lasse sich der Umfang dieser Noth nicht feststellen, weshalb es ihm auch nicht möglich gewesen sei, genaue Zahlen darüber hervorzuholen. Daß aber thatsächlich ein Bedürfniß vorliege, gehe schon daraus hervor, daß ein Herr Mittel zu solcher Beköstigung hergebe. An eine so einfache Sache aber so weitgehende Folgerungen zu knüpfen, sei doch wohl nicht angebracht.

gewesen, zumal dafür Mittel noch gar nicht gefordert seien und ein solcher Antrag auch hätte gestellt werden können, wenn es keine Socialdemokraten gebe.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Replies bei Stimmengleichheit durch die Stimme des Herrn Vorsitzenden abgelehnt.

#### XXIV. Antrag Ohlendorf: Beihilfe für das Gewerkschaftskartell.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dem hiesigen Gewerkschaftskartell als Beihilfe zu den Kosten für Veranstaltung eingehender Erhebungen über den Stand der Arbeitslosigkeit in Braunschweig eine Summe bis zu 300 M zu überweisen“.

Zur Begründung führt Herr Ohlendorf Folgendes aus: Das Gewerkschaftskartell, in welchem die Arbeiterchaft durch Delegirte vertreten sei, beabsichtige, im Januar eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen und dabei auch festzustellen, inwieweit eine Kürzung der Arbeitszeit eingetreten sei. Die Feststellung selbst bedürfte keiner besonderen Geldmittel, weil sich etwa 600—700 Arbeiter an einem Sonntage zu dem Zwecke dem Kartell zur Verfügung stellen würden, jedoch habe sich bei früheren Erhebungen ergeben, daß zur Erzielung eines einigermaßen vollständigen Materiales die Einwohnerchaft durch Inserate auf die Enquete hingewiesen werden müßte. Außerdem entstünden Kosten durch die nachfolgende Bearbeitung des Materiales. Eigentlich hätte die Stadt selbst alle Ursache, die Statistik aufzunehmen, wie das z. B. alle Vierteljahr in Stuttgart geschehe, und müßte es Jeder, dem daran gelegen sei, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterchaft Braunschweigs kennen zu lernen, mit Freuden begrüßen, daß die Vertreter der hiesigen Arbeiter die Zählung vornehmen wollen. Wenn nun auch seitens der Arbeiterschaft versucht werden solle, diese Arbeit der Stadt abzunehmen, so glaube er doch, daß die Stadt wenigstens die Verpflichtung habe, zur Bestreitung der Kosten einen Beitrag zu leisten. Durch den städtischen Arbeitsnachweis lasse sich das Material nicht beschaffen, weil nicht alle Arbeitslosen sich dort melden und auch die sich Meldenden dort nur auf ihren besonderen Wunsch notirt würden. Jedenfalls stehe schon jetzt fest, daß mehrere hundert Arbeitslose hier vorhanden seien. Bei der Dringlichkeit der Sache bitte er um sofortige Verathung des Antrages.

Herr Stadtrath von Frankenberg möchte dringend bitten, den Antrag in einer Commission vorzubereiten, da vorerst geprüft werden müsse, ob das im Arbeitsamte vorliegende Material nicht ausreiche, um in der Sache Stellung zu nehmen.

Die sofortige Verathung des Antrages wird darauf abgelehnt und der genügend unterstützte Antrag der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.



## XXV. Anfrage Stegmann: Abgabe von Cokes in kleinen Posten.

Die Anfrage:

„Ist es in Anbetracht der Nothlage weiterer Bevölkerungstheile und der höheren Kohlenpreise nicht möglich, den Cokesverkauf des städtischen Gaswerkes so zu regeln, daß die Nachfrage nach Cokes in kleinen Posten zum Hausbrand voll befriedigt werden kann?“

begründet Herr Stegmann wie folgt: Auch in diesem Jahre habe sich der Uebelstand bemerkbar gemacht, daß die kleinen Leute sehr häufig auf dem Gaswerke ihren geringen Bedarf an Cokes nicht haben decken können, während andererseits ganze Wagenladungen Cokes abgefahren worden seien. Wer nicht frühmorgens auf dem Gaswerke erschienen sei, habe nichts mehr erhalten. Wenn nun auch bei den größeren Quantitäten zum Theil bestimmte Lieferungsverträge vorgelegen haben mögen, so werde dieses doch nicht allgemein der Fall sein, zumal dem Vernehmen nach auch größere Quantitäten Cokes an Bauunternehmer abgegeben sein sollen, welche sicher keine Verträge vorher abgeschlossen haben würden. Seine Bitte gehe dahin, in Zukunft den Cokesverkauf im Großen möglichst einzuschränken und wenigstens so viel Cokes übrig zu lassen, daß auch die kleinen Kunden berücksichtigt werden können. Wenn es auch unter Umständen unvortheilhafter sein möge, den Cokes im Kleinen zu verkaufen, so solle sich die Stadt doch nicht auf den Standpunkt eines Geschäftsinhabers stellen, da es in Folge der großen Erwerbslosigkeit Vielen nicht möglich gewesen sei, den Winterbedarf an Feuerungsmaterial auf ein Mal zu beschaffen und sie nun im Kleinen einkaufen müßten. Deshalb bitte er den Magistrat, den kleinen Leuten in der angedeuteten Weise entgegenzukommen.

Herr Stadtrath Haake erklärt sich bereit, die Anfrage zu beantworten. Zunächst bedauere er, daß ihm die Anfrage nicht vor der Sitzung mitgetheilt worden sei, da er dann mit authentischem Materiale hätte dienen können. Auf jedem Gaswerke würden täglich 50 Centner Cokes zurückbehalten, um diese in kleinen Quantitäten abzugeben; im Uebrigen nehme man Bestellungen auf Cokes an, welche in der aufgegebenen Reihenfolge Erledigung fänden. Im Anfange des Jahres habe das Gaswerk 30 000 Centner Cokes liegen gehabt, welche es erst hätte verkaufen können, als der Preis erheblich heruntergesetzt sei. Aus diesem Grunde erscheine es natürlich, daß die Direction der Licht- und Wasserwerke Verkäufe abschließen müsse, um nicht wieder einen so großen Rest zu behalten. Wenn sich herausstellen sollte, daß der Bedarf an Cokes in kleineren Quantitäten größer würde, so könnte in Erwägung genommen werden, ob man nicht den Verkauf im Großen einschränken oder ganz abstellen solle.

## XXVI. Anfrage Lössigk: Betrieb der Straßenbahn nach dem Friedhofe.

Die Anfrage lautet:

„Ist die Straßenbahn verpflichtet, bis zum Friedhofe zu fahren? Wenn dieses der Fall, warum hat sie seit Wochen den Betrieb eingestellt?“

Zur Begründung führt Herr Lössigk aus, daß die Straßenbahnwagen die Aufschrift „Friedhof“ trügen, aber nur bis zum Marienstift führen; er möchte deshalb zunächst wissen, ob die Verwaltung der Straßenbahn verpflichtet sei, bis zum Friedhofe zu fahren.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß diese Frage mit „Ja“ zu beantworten sei.

Herr Lössigk muß hiernach seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß der Betrieb auf der Strecke Marienstift—Friedhof namentlich bei dem schlechten Wetter so mangelhaft gehandhabt werde. Beispielsweise sei am heutigen Vormittage anläßlich der Beerdigung des Kollegen Wagner ein riesiger Andrang auf der Marienstiftslinie gewesen, jedoch sei die Strecke Marienstift—Friedhof nicht befahren, trotzdem sie vollständig frei gewesen sei. Selbst wenn aber auch die Strecke einmal nicht schneefrei sein sollte, so müßte sie doch fahrbar gemacht werden. Wenn bei den Circusvorstellungen und den Schweinemärkten Extrawagen eingestellt würden, so dürfe die Straßenbahn hier nicht so wenig Rücksicht auf das Publicum nehmen und den Betrieb nach Belieben einstellen, selbst wenn sie sich diese Strecke auch nicht extra bezahlen lasse. Da die Straßenbahn verpflichtet sei, die Strecke Marienstift—Friedhof zu befahren, so bitte er den Magistrat, auch dafür zu sorgen, daß das geschehe und zwar nicht nur an einigen Mittagsstunden, sondern auch Nachmittags, wo der Friedhof noch intensiver besucht werde, als Vormittags. Er würde nichts dagegen haben, wenn für die Endstrecke noch 5 S Fahrgehalt erhoben würde, jedoch stehe solcher Erhebung der 10 S-Tarif entgegen. Die Ueberführung der elektrischen Straßenbahn über die Gleise der Helmstedter Bahn scheine allerdings sehr schwer zu sein, obwohl in Magdeburg solche Gleiskreuzung jahrelang stattgefunden habe. Sollte es aber wider Erwarten hier nicht möglich sein, diese Kreuzung durchzuführen, so müßte der Straßenbahn mindestens die Verpflichtung auferlegt werden, die betreffende Reststrecke mit Pferden weiter zu betreiben.

## XXVII. Anfrage Wollenweber: Beseitigung der Planke auf dem Spohrplatze.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist es nicht möglich, die auf dem Spohrplatze errichtete Planke wieder zu beseitigen?“

bemerkt Herr Wollenweber, daß der Spohrplatz einer der unglücklichsten Plätze der Stadt sei. Der Platz befinde sich nicht im Eigenthume der Stadt. Schon vor einigen Jahren hätte er zurecht gemacht werden sollen, jedoch sei das Project wegen einiger Anlieger gescheitert. Obwohl die Leute dort sehr eng wohnen, habe man nun noch auf dem an sich schon beschränkten Place eine 3 m hohe Planke errichtet, um dort behufs Lagerung der Steine der Paulinerkirche einen Steinhof zu errichten. Da sich für die Steine wohl auch noch ein anderer Platz finden werde, deren Lagerung auch 3—4 Jahre dauern könne, so bitte er, die Planke möglichst bald zu beseitigen.

Herr Bürgermeister Metemeyer: Selbstverständlich liege die Möglichkeit vor, die Planke zu beseitigen, es frage sich nur, ob der Magistrat das wolle. Letzterer habe officiell nur Kenntniß davon erhalten, daß die Anwohner sich beschwert haben und seien darüber Verhandlungen eingeleitet, welche noch schweben, so daß er augenblicklich nicht in der Lage sei, zu sagen, ob die Beseitigung der Planke gegen den Willen des Staates erzwungen werden könne. Im Uebrigen bedaure er, daß Herr Wollenweber die Behauptung aufgestellt habe, die Stadt sei nicht Eigenthümerin des Platzes, da es ihm sehr zweifelhaft sei, ob die Stadt nicht doch das Eigenthumsrecht an dem Place besitze und der Staat ihn nur unterhalten müsse.

Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.

## XXVIII. Anfrage Günther: Ausführung von Nothstandsarbeiten.

Die Anfrage lautet:

„Hat der Magistrat bereits die Ausführung von Nothstandsarbeiten in Erwägung gezogen, wenn nicht, wann gedenkt er die Ausführung solcher anzuordnen? Hat der Magistrat für solche Arbeiten die Mittel in Bereitschaft?“

Wie Herr Günther, die Anfrage begründend, ausführt, sei es bisher unterlassen, den Magistrat auf die vorhandene Nothlage aufmerksam zu machen und zwar in der Annahme, daß derselbe nach den vorhergegangenen Verhandlungen von selbst in der Sache vorgehen und bei Eintritt des Winters Nothstandsarbeiten anordnen würde. Unbegreiflicherweise habe es der Magistrat aber unterlassen, für Nothstandsarbeiten zu sorgen, trotzdem in diesem Winter der Mangel an Arbeit und die Nothlage ebenso groß sei, wie in den Vorjahren, ja in der Metallindustrie sei die Arbeitslosigkeit noch viel größer, als in den Vorjahren, da mit Ausnahme weniger Fabriken der Betrieb eingestellt oder doch eingeschränkt worden sei, so daß dort an weniger Stunden gearbeitet werde. In der hiesigen Maschinenbauanstalt, welche früher 1200 Arbeiter beschäftigt habe, seien heute nur noch 200, bei der Firma Grimme, Natalis & Co.

statt der früheren 900 nur noch 280—300 Arbeiter beschäftigt und ähnlich gehe es auf verschiedenen anderen Fabriken. Selbst bei der Eisenbahn-Signalbauanstalt von Max Jüdel & Co., welche die englische Arbeitszeit eingeführt habe, werde der Betrieb zeitweilig ausgesetzt, so daß es auch hier an Arbeit fehle. Daraus gehe schon hervor, daß die Arbeitslosigkeit hier nicht abgenommen habe. Dieses beweise auch die Feststellung des letzten Arbeitsamtsberichtes, nach welchem von 409 Anmeldungen der Arbeitsnehmer nur 41 bewilligt und 368 unerledigt geblieben seien. Der Bericht umfasse aber nicht einmal alle Arbeitslosen, weil die Mehrzahl derselben sich gar nicht an das Arbeitsamt wende, in der sicheren Voraussetzung, doch keine Arbeit durch dasselbe zu bekommen. Noch ein anderer Umstand weise auf den Umfang des Nothstandes hin, nämlich die Arbeitercassen, welche schon große Summen für Arbeitslosigkeit und Reiseunterstützungen ausgegeben haben. So haben die Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1901 an Unterstützungen für Gemäßregelte 198 173 M., an Reiseunterstützungen 607 117 M. und an Arbeitslosen-Unterstützungen 1 238 197 M. ausgegeben und im Jahre 1901 seien im Ganzen von allen Unterstützungscassen der Buchdrucker 1½ Millionen Mark verausgabt worden. Die Reiseunterstützungen derselben betrugen im Jahre 1899 = 114 882 M., 1900 = 156 320 M. und 1901 = 246 000 M.; während an Arbeitslosenunterstützungen 1899 = 159 000 M. und 1901 = 514 000 M. ausgegeben worden seien. Damit sei aber eine Steigerung des Nothstandes constatirt worden. Bei den Buchdruckern sei aber die Arbeitslosigkeit noch nicht einmal so groß, wie bei den anderen Berufen.

Der Magistrat werde schwerlich die Arbeitslosigkeit hier am Orte bestreiten können, um so mehr wundere es ihn, daß derselbe nicht das Geringste gethan habe, um für Nothstandsarbeiten zu sorgen. Das letzte Schneeschippen könne als Nothstandsarbeit nicht angesehen werden, denn die dabei beschäftigten 158 Mann reichten zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht aus. Es müßte also mehr geschehen, zumal es an Arbeit nicht fehlen werde und es nur bei dem Magistrate an dem nöthigen Vorgehen zu mangeln scheine, denn Geldmittel und guter Wille würden beim Magistrate doch wohl vorhanden sein. Für die Arbeiterchaft würde es von großem Interesse sein, zu erfahren, ob sie, wenn nicht vor Weihnachten, so doch nach Weihnachten darauf rechnen können, Arbeit, wenn auch nur vorübergehend, zu erhalten. Auch die Stadt habe ein großes Interesse daran, für die Leute gesorgt zu sehen, damit dieselben consumtionsfähig bleiben. Es sei deshalb nöthig, daß die Stadt so viel als möglich lindernd eingreife und dafür Sorge, daß das Heer der Arbeitslosen endlich Arbeit bekomme.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß auch in diesem Jahre von den hier beschlossenen, an sich nothwendigen oder doch wünschenswerthen Arbeiten ein Theil für die Wintermonate zurückgestellt sei. Diese Arbeiten hätten bei Eintritt des Frostes eingestellt werden müssen, sie würden aber wieder aufgenommen werden,

sofern die jetzt eingetretene milde Witterung anhalten sollte. Möglichenfalls würden auch noch weitere, als die bereits etatisirten Mittel beantragt werden, jedoch könne er darüber heute noch keine bestimmten Mittheilungen machen. Ein Hinausgehen über die bereits beschlossenen Arbeiten und eine Einrichtung von Nothstandsarbeiten habe der Magistrat zur Zeit noch nicht für nöthig. Es sei zuzugeben, daß die gegenwärtige Lage für eine große Zahl von Arbeitern keine günstige sei, aber bedauerlich sei es jedenfalls, daß ein großer Theil der Arbeiter, welche darauf angewiesen seien, im Sommer einen Sparpfennig für den Winter zurückzulegen, daran in diesem Jahre durch den Streik der Bauhandwerker verhindert sei. Das liege aber nicht an dem Magistrate, sondern an den Arbeitern selbst, bzw. an denen die sie zu dem Streik gezwungen haben. (Zustimmung.)

Damit ist die Anfrage erledigt, nachdem ein Antrag des Herrn Ohlendorf auf Besprechung der Anfrage nicht die erforderliche Unterstützung gefunden hatte.

### XXIX. Antrag Blasius: Verunreinigung der Oker.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, schnelligst Schritte zu thun, daß das Okerwasser oberhalb der Stadt nicht in ungehöriger und der Stadt schädlichen Weise verunreinigt werde. Gleichzeitig wird gebeten, dem Antrage die Dringlichkeit zuzuerkennen“.

Herr Blasius führt zur Begründung Folgendes an: Durch einen hiesigen Bürger, welcher bei Eisenbüttel Fischvorräthe halte, die in letzter Zeit theilweise crepirt seien, sei er veranlaßt, die Oker an Ort und Stelle zu beobachten. Hierbei habe er festgestellt, daß eine große Menge Fische crepirt seien. Das Okerwasser habe vollständig verunreinigt ausgesehen: eine Masse Algen und Schaum seien in dem Wasser herumgeschwommen. Auch in dem zwischen Ruine und Stadt liegenden Teiche des Bürgerparkes sei ein solches Fischsterben eingetreten. Darin liege aber nicht nur eine außerordentliche Schädigung eines hiesigen Bürgers, sondern auch der Stadt selbst, indem der Bürgerpark durch das schlechte Wasser mit geschädigt werde.

Die Versammlung beschließt die sofortige Berathung des genügend unterstützten Antrages.

Herr Ribbentrop will hierzu bemerken, daß nach seiner genauen Kenntniß der Okerverhältnisse seit 40 Jahren der Zufluß der Oker nicht so gering gewesen sei, wie in den letzten drei Wochen. Dieser geringe Wasserzufluß sei nun zusammengekommen mit den intensiven Arbeiten der Zuckerfabriken, welche der Oker ganz compacte Massen von Rückständen zugeführt haben, so daß sie eine stinkende braune Flüssigkeit enthalte. Wenn jetzt das neue Wasserwerk nicht dagewesen wäre, hätte diese Flüssigkeit nach der Aeußerung eines hiesigen Herrn der Einwohnerschaft gar

nicht zugeführt werden können. In der nächsten Zeit würden allerdings die Verhältnisse besser werden, da vom Harze mehr Wasser herunterkomme und die Arbeit der Zuckerfabriken wesentlich nachlasse. Gegen die allherbstlichen Verunreinigungen werde sich aber schlecht etwas machen lassen, namentlich wenn die Oker eine Eisdecke habe und die Reinigung des Wassers dann nicht so schnell vor sich gehen könne.

Der Antrag wird darauf angenommen  
und die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

---



1902/1903.N<sup>o</sup> 10.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

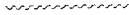
in deren Sitzung am 22. Januar 1903.

### Tagesordnung:

|       |                                                                                              |           |
|-------|----------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Umbau des hiesigen Staatsbahnhofes . . . . .                                                 | Seite 226 |
| II.   | Abkommen wegen Neubaus der Fallerstelebertorbrücke . . . . .                                 | " 231     |
| III.  | Rechnungsabschlüsse der Kämmererkasse zc. für 1901/02 . . . . .                              | " 232     |
| IV.   | Bedürfnisanstalt an der Brüdernkirche . . . . .                                              | " 233     |
| V.    | Gesuch um bessere Beleuchtung der Plätze und Hauptstraßen . . . . .                          | " 234     |
| VI.   | Antrag Ohlendorf: Beihilfe für das Gewerkschaftsartell. . . . .                              | " 235     |
| VII.  | Antrag Ahmann: Uebernahme der Volksbadeanstalten . . . . .                                   | " 245     |
| VIII. | Ueberweisung des Vorratsvermögens der Gewerbe-<br>schule an die Kämmerer-<br>kasse . . . . . | " 248     |
| IX.   | Ergänzung zc. des Mobiliars im Ratskeller. . . . .                                           | " 248     |
| X.    | Erwerb eines Grundstücks zum Wirtschaftshofe . . . . .                                       | " 249     |
| XI.   | Uebernahme der Reinigung von Promenadenflächen . . . . .                                     | " 249     |
| XII.  | Straßenkosten eines Teiles der Nebenstraße . . . . .                                         | " 250     |
| XIII. | Änderung an der Einrichtung der Markthalle . . . . .                                         | " 250     |
| XIV.  | Wasserklosetts für die höhere Mädchenschule . . . . .                                        | " 252     |
| XV.   | Wasserklosetts für mehrere Bürger Schulen . . . . .                                          | " 253     |
| XVI.  | Fußwegbelag auf einem Teile der „Höhe“ . . . . .                                             | " 254     |



|        |                                                               |           |
|--------|---------------------------------------------------------------|-----------|
| XVII.  | Unterstützung für den Frauenhilfsverein „Elisabeth“ . . . . . | Seite 254 |
| XVIII. | Aufnahme einer Klage (Dorcher) . . . . .                      | „ 254     |
| XIX.   | Aufnahme einer Klage (Wedler) . . . . .                       | „ 255     |
| XX.    | Antrag Koch: Entlastung des Spohrplatzes . . . . .            | „ 255     |
| XXI.   | Antrag Günther: Arbeitslosenzählung . . . . .                 | „ 255     |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Heymann, Meyer, Ramdohr, von Frankenberg und Seele, sowie Reg.-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Buchler und Wollenweber.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und teilt der Versammlung mit, daß von der Witwe des leider so früh verstorbenen Stadtverordneten Wagner ein Dankschreiben für die erwiesene Aufmerksamkeit eingegangen sei.

Sodann wird in die Verhandlung eingetreten.

### I. Umbau des hiesigen Staatsbahnhofes.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Es ist Ihnen bekannt, daß seitens der preussischen Eisenbahnverwaltung ein Projekt vorgelegt worden ist über den Umbau des hiesigen Hauptbahnhofes und Sie eine Deputation gewählt haben, welche eine Vorprüfung des Projektes vornehmen sollte. Diese Deputation hat sich nun eingehend mit der Frage befaßt und hat gegen das Projekt, welches auf den dort aufgehängten Plänen dargestellt ist, verschiedene, zum Teil sehr erhebliche Bedenken geltend gemacht. In dieser Beziehung ist insbesondere darauf hinzuweisen, daß die Zugänglichkeit des Bahnhofes, welcher zwischen dem Teiche im Kennel und der chemischen Fabrik Eisenbüttel projektiert ist, von der Frankfurterstraße aus äußerst ungünstig sein würde. Ferner kommt als wesentliches Moment in Betracht die Beibehaltung des Ueberganges auf der Wolfenbüttlerstraße, welche sich kaum vermeiden läßt, und der unglückliche Uebergang an der Salzdhallumerstraße, die im Gegensatz zur Wolfenbüttlerstraße überführt werden soll. Diese Ueberführung wird sich aber ohne eine Verlegung der Salzdhallumerstraße kaum ermöglichen lassen.

Die Deputation hat nun versucht, die dem Projekte anhaftenden Nachteile dadurch zu beseitigen, daß sie vorgeschlagen hat, es möchte der Bahnhof eventuell noch weiter hinausgeschoben werden. Auf den ersten Blick klingt das etwas ungewöhnlich, da das gegenwärtige Projekt ohnehin schon weit genug hinaus vorgezogen ist; die Deputation war aber der Ansicht, wenn man 1800 m weit hinausfahre, könne man auch 2100 m weit fahren, zumal ein regelmäßiger Fahrverkehr mittelst der elektrischen Straßenbahn doch eingerichtet werden müßte. Es war der Deputation mitgeteilt worden, daß ein derartiges Projekt, welches die Herumführung der Bahn

jüdisch von Richmond vorsehe, schon einmal ausgearbeitet sei, weshalb sie versucht hat, in den Besitz dieses Projektes zu gelangen. Dabei hat sich aber herausgestellt, daß die Mitteilung nicht zutreffend gewesen ist, da jenes Projekt unter der Annahme der Beibehaltung eines Kopfbahnhofes, nicht aber unter der Voraussetzung eines Bahnhofs für den durchgehenden Verkehr ausgearbeitet war. Die Deputation war demnach vor die Frage gestellt: Was nun? Auch das vorliegende Projekt könnte ja möglicherweise acceptabel gemacht werden, besonders, wenn definitiv festgestellt würde, daß etwas anderes nicht zu erlangen sei. Ob aber die letztere unangenehme Eventualität zutreffend ist, erscheint doch mindestens zweifelhaft. Die Deputation war der Ansicht, daß die Stadt im Hinblick auf die eminente Bedeutung, welche dem Bahnhofspröjekte beizulegen sei, keine Mittel und Wege unversucht lassen dürfte, um vielleicht noch zu einem wesentlich besseren Projekte zu kommen, und sie war weiter der Ansicht, daß es wünschenswert sei, eventuell mit der Ausarbeitung eines derartigen Projektes, zunächst also mit dem Versuche, ein solches Projekt zu finden, eine völlig unparteiische sachverständige Stelle zu betrauen. Nachdem uns nun mitgeteilt worden war, daß in Hamburg in der Person des Ingenieurs Gleim ein geeigneter Sachverständiger vorhanden sei, sind mit diesem Verhandlungen eingeleitet und ist er gefragt worden, ob er geneigt wäre, ein solches Projekt auszuarbeiten. Herr Gleim hat sich dazu bereit erklärt und wird, einerlei, ob die Ausarbeitung des Projektes vorgenommen werden soll oder nicht, am Montag sich hier einfinden, um sich an Ort und Stelle die Verhältnisse anzusehen. Die Deputation steht auf dem Standpunkte, daß die Stadt sich die Beschreitung dieses Weges eventuell ein größeres Geldopfer kosten lassen könne und auch müsse, selbst auf die Gefahr hin, daß nichts dabei herauskomme. Die städtischen Behörden haben dann wenigstens nicht den Vorwurf zu gewärtigen, daß sie nicht getan haben, was im Interesse der Stadt verlangt werden konnte.

Nun ist gleichzeitig mit diesem Herrn auch über die Kostenfrage verhandelt worden. Herr Gleim unterhält in Hamburg ein größeres Bureau von acht Ingenieuren und berechnet die Kosten in der Weise, daß er die Selbstkosten erstet verlangt und zwar werden die Kosten der Ingenieurarbeiten stundenweise berechnet, dazu kommen die Generalkosten und ein Zuschlag für die eigene Tätigkeit. Es ist im voraus nicht abzusehen, wie viel Kosten Herr Gleim verlangen wird, denn es kommt wesentlich darauf an, wie viele Arbeitszeit auf die Ausarbeitung eines derartigen Projektes verwandt werden muß; immerhin kann es sich aber um ein Opfer von 10000 bis 20000 M. handeln. Es entsteht nun die Frage, ob man eine solche Summe dafür aufwenden will.

Daß der Herr für diese Aufgabe geeignet sein würde, ergibt sich schon daraus, daß er die Projekte zu den Bahnhöfen in Karlsruhe, Dortmund, Herne, Darmstadt und Zürich bearbeitet hat. Das Projekt zu dem Dortmunder Bahnhofe hat er im

Aufträge der städtischen Behörden bearbeitet, nachdem das vom preussischen Eisenbahnminister vorgelegte anderweite Projekt schon landespolizeilich genehmigt worden war, und trotzdem ist hinterher sein Projekt mit einigen Aenderungen acceptiert worden. Auch in Schweden, Norwegen und Finland hat Herr Gleim größere Bahnhofskprojekte für die dortigen Eisenbahnverwaltungen auszuarbeiten; überhaupt hat er die Ausarbeitung von Bahnhofskprojekten zu seiner Lebensaufgabe gemacht, so daß er als eine geeignete Kraft zu erachten sein dürfte.

Ich bin vom Magistrat, im Einvernehmen mit der Deputation beauftragt worden, die Herren zu fragen, ob Sie mit der Beauftragung des Herrn Gleim, ein derartiges Projekt auszuarbeiten, einverstanden sein würden und möchte dieses meinerseits empfehlen. Es tut uns leid, daß wir nicht eine spezielle Vorlage hierüber haben einbringen können, die Sache sollte aber keinen Tag länger als nötig ruhen, damit die Arbeiten eventuell gleich aufgenommen werden können. Deshalb bitte ich, dem Antrage auch ohne Vorlage stattgeben zu wollen.

Herr Wolff meint, daß dem Antrage unbedingt entsprochen werden müsse. Wenn man einer derartigen Umwälzung der Bahnhofsverhältnisse gegenüberstehe, so dürfe man nicht das mindeste unterlassen, was zu einem guten Ziele führen könne. Da auch die Tüchtigkeit und Unparteilichkeit des Ingenieurs Gleim gerühmt werde, so heiße er den Antrag mit Freuden gut.

Herr Rieke möchte auch bitten, den Antrag einstimmig anzunehmen. Was man hier tue, werde und müsse die Bürgerschaft den städtischen Behörden später Dank wissen. Es sei sehr fraglich, ob nicht in größerer Nähe der Stadt ein Projekt gefunden werde, selbst wenn ein Teil des Bürgerparkes dazu hergegeben werden müsse, welches die Aufgabe besser löse, als das vorliegende Projekt. Dann habe man wenigstens seine Schuldigkeit getan. Da die Kosten einen so hohen Betrag erfordern, so könne es nur von Vorteil sein, wenn die Arbeit möglichst bald in Angriff genommen werde, damit man noch zu Lebzeiten in den Besitz des neuen Bahnhofes komme und auch die Industrie recht bald Vorteil davon habe. Wenn man die Bahnhofsanlagen in Düsseldorf betrachte, so müsse jeder zu der Ueberzeugung kommen, daß man in Braunschweig besser daran sein würde, wenn solche Bahnhofsverhältnisse hier beständen.

Herr Frühling ist auch ganz der Meinung, daß bei dieser wichtigen Frage ein so tüchtiger Sachverständiger zugezogen werde, wie es Herr Gleim sei, nur scheine es ihm nicht recht am Platze zu sein, schon jetzt ein Gegenprojekt ausarbeiten zu lassen. Dadurch würde nicht nur viel Zeit verloren gehen, sondern es würde dadurch auch die Basis wieder verschwinden, auf der jetzt die Verhandlungen mit dem Eisenbahnfiskus eingeleitet seien. Er habe nichts dagegen, den Ingenieur Gleim als Sachverständigen zuzuziehen, aber es sei notwendig, dabei die Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung nicht auszusetzen und namentlich die finanzielle Frage schon jetzt

zu klären. Was solle es nützen, wieder ein neues Projekt aufzustellen, da doch ein Projekt zur Verhandlung stehe und an diesem die zweckmäßig erscheinenden Aenderungen vorgenommen werden könnten. Durch die Ausarbeitung eines neuen Projektes würde der Bahnhofsbau nur wieder auf Jahre hinausgeschoben werden.

Herr Bürgermeister Netemeyer kann nicht verstehen, wie Herr Frühling sich das Verfahren denke. Wenn die Stadt, unter Beseitigung der Schäden, welche dem dem Herzoglichen Eisenbahn-Kommissariate jetzt vorliegenden Projekte anhaften, die Erklärung abgebe, daß das Projekt so genüge, so gehe dieses nach Berlin zurück und werde dem preussischen Abgeordnetenhaufe zur Beschlußfassung vorgelegt. Man könne aber doch nicht sagen, man wolle auf das Projekt eingehen, denn wenn man die weitere Hinausschiebung des Bahnhofes vermeiden könne, so müsse man doch erstreben, ihn näher an die Stadt heranzurücken. Dann würden auch die sehr schwierigen Manipulationen mit den Grundstücken des jetzigen Bahnhofsterrains wegfallen. Vielleicht scheine es ungewöhnlich, sich auf den Standpunkt stellen zu müssen, stadtseitig ein Opfer für ein königlich preussisches Eisenbahnunternehmen zu bringen. Der preussische Eisenbahnfiskus habe aber in erster Linie den durchgehenden Verkehr im Auge, und wenn die Städte besondere Wünsche haben, so müssen sie damit herauskommen. Anderen, auch preussischen Städten gehe es genau ebenso. Den Weg des Herrn Frühling halte er daher für unbegehrbar.

Herr Meyerhoff steht auf dem Standpunkte des Herrn Rieke. Vor einem halben Jahre sei einmal ein Projekt ausgestellt gewesen, nach welchem der Bahnhof in der Gegend des alten Wasserwerks errichtet werden sollte; man habe darüber wohl teilweise gelächelt, jedoch könne man nicht wissen, zu welcher Uebersetzung Herr Gleim noch kommen werde. Sollte das Projekt ausführbar sein, was bei Anlegung einer Hochbahn wohl möglich wäre, so würde man auch einem Stadttheile, der schwer darunter leiden müsse, wenn der Bahnhof 2 km von der Stadt hinausgelegt werde, entgegenkommen. Vielleicht lasse es sich ermöglichen, den Bahnhof näher an die Stadt heranzulegen, wenn auch unter Ausgabe einiger Schönheiten an den Promenaden und empfehle es sich, dem Herrn Gleim eine solche Direktive zu geben. Der neue Hamburger Bahnhof komme auch auf den schönsten Teil der Hamburger Promenade, den Glockengießerwall, und haben sich die Hamburger Behörden nur schwer dazu entschlossen, den Platz dazu herzugeben. Seiner Uebersetzung nach lasse sich der Bahnhof viel näher an die Stadt bringen, als das jetzige Projekt es vorziehe.

Herr Hauswaldt will noch bemerken, daß man in der Sitzung der Deputation, welcher Herr Frühling nicht beigewohnt habe, allgemein der Ansicht gewesen sei, daß sich bei der Bahnhoffrage zwei einander gegenüberstehende Interessentkreise kreuzten: der eine Teil, die Stadt, wolle den Bahnhof möglichst an seinem jetzigen Plage belassen, während der andere Teil, der Eisenbahnfiskus, den

durchgehenden Verkehr durch eine gerade Linie zu ermöglichen wünsche. In der Deputation habe man nun gemeint — es handle sich dabei allerdings um eine Laienansicht — wenn jetzt einmal einem bedeutenden Fachmanne, der die Vorverhandlungen gar nicht kenne, die Sache unterbreitet und er ersucht werde, auf Grund eigener Ueberzeugung einen neuen Plan auszuarbeiten, so könnte es immerhin möglich sein, daß dieser die Lösung finde. Er möchte daher dringend bitten, den Versuch zu machen und 10 000—20 000 M für den Zweck auszugeben, auch den Herrn Gleim nicht als Gutachter der Stadt zu betrachten, sondern von ihm ein neues Projekt ausarbeiten zu lassen.

Herr Frühling meint, es handle sich nicht bloß darum, ein neues Projekt aufzustellen, sondern hauptsächlich darum, die Bahnhofsfraße endlich zu lösen. Wegen der Kostenfrage habe er keine Bedenken und würde er dafür sein, alles aufzuwenden, um ein möglichst gutes Projekt zu bekommen, wenn nicht durch die Aufstellung eines neuen Projektes die Sache wiederum erheblich verschoben würde, indem die Arbeit und Verhandlung wieder von vorn angehe. Nicht die Stadt, sondern der Eisenbahnfiskus baue den Bahnhof und dieser werde sich doch von der Stadt kein Projekt aufstellen lassen und es dann auf seine Kosten ausbauen, sondern er werde den Bahnhof so bauen, wie er ihn brauche. Die Stadt habe auch die Kosten des neuen Bahnhofes nicht zu tragen, sondern sie zahle nur einen Zuschuß für die Wahrung ihrer speziellen Interessen. Der Eisenbahnfiskus werde sich unter keinen Umständen das Recht nehmen lassen, die Bahnhofsanlagen so zu machen, wie er sie für seinen Betrieb glaube haben zu müssen. Deshalb schlage er vor, nicht eine neue Basis für die Verhandlungen zu schaffen, sondern auf der alten Basis die Wünsche der Stadt zum Ausdruck zu bringen. Für ihn handle es sich hauptsächlich darum, wieviel Zuschuß von der Stadt gefordert werde, wann derselbe zu zahlen sei, wie man ihn aufbringen und wie man die Zinsen tragen wolle u. d. Darüber könne man zunächst verhandeln und gleichzeitig ließen sich die stadtseitig gewünschten Aenderungen mit dem Eisenbahnfiskus besprechen und vereinbaren. Gehe aber die Stadt allein auf einer neuen Basis vor, so sei zu fürchten, daß die Einigung sehr erschwert werde und daß die Stadt vielleicht nichts erreiche.

Herr Löschig möchte warnen, den von dem Vorredner empfohlenen Weg zu beschreiten, so bedauerlich es auch wäre, wenn der Bahnhofszumbau noch weiter hinausgeschoben werden würde. Bei Annahme des Magistratsvorschlages erhalte man möglicherweise einen Bahnhof, der den Interessen der Stadt vollkommen entspreche, während mit dem jetzt vorliegenden Projekte eigentlich niemand ganz zufrieden sei. Man müsse darauf sehen, einen Bahnhof zu erhalten, der den Interessen der Stadt und des Eisenbahnfiskus gleichzeitig entspreche. Besser sei es, noch einige Jahre zu warten, als daß man einen Bahnhof bekomme, welcher den Wünschen der Stadt nicht zusage.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Magistrates mit großer Mehrheit angenommen.

## II. Abkommen wegen Neubaus der Fallerseibertorbrücke.

Nachdem bekannt geworden war, daß die Herzogliche Baudirektion beabsichtige, die im Jahre 1819 erbaute Fallerseibertorbrücke durch eine neue gewölbte Betonbrücke zu ersetzen und dieser eine Breite von 12,5 m (gegenüber der jetzigen Breite von 9 m) zu geben, hat der Magistrat Verhandlungen eingeleitet zu dem Zwecke, daß der Brücke eine noch größere Breite gegeben werden möge. Im Laufe dieser Verhandlungen hat die Herzogliche Baudirektion den Standpunkt vertreten, daß der Staat nicht verpflichtet sei, aus eigenen Mitteln die durch eine größere Breite der Brücke bedingten Mehrkosten aufzubringen, weil seiner Ansicht nach durch eine Breite von 12,5 m auch dem gesteigerten Verkehrsbedürfnisse genügend Rechnung getragen werde, daß aber, wenn die Stadt ihrerseits eine breitere Brücke zu haben wünsche, diesem Verlangen dadurch Rechnung getragen werden könne, daß die Stadt die Brücke baue, und auch dauernd unterhalte, sie dafür aber vom Staate eine entsprechende Kapitalabfindung bekomme. Der Magistrat hat geglaubt, auf diesen Vorschlag eingehen zu sollen, und hat das Zugeständnis des Staates, der im Laufe der Verhandlungen die Baukosten für eine 13,5 m breite Brücke bewilligt hat, acceptiert. Dem Magistrate erschien es ferner zweckmäßig, mit der Brücke selbst auch entsprechende Teilflächen der angrenzenden Straßen an die Stadt abzutreten, und zwar auf der Westseite bis an die Ostgrenze des Jürgensschen Hauses *M. ass.* 1693 und auf der Ostseite der Oker bis zu dem Punkte, an dem die ehemalige Staats- jetzt städtische Straße beginnt.

Das Ablösungskapital für diese beiden Straßenteile ist zu 13681,76 M. und das gesamte Ablösungskapital für die Brücke auf 58318,24 M. berechnet, sodaß sich die gesamte, der Stadt eventuell zu zahlende Abfindung auf 72000 M. belaufen würde. Ein finanzieller Vorteil würde der Stadt nun zwar aus dieser Zuzahlung nicht erwachsen, denn wenn der neuen Brücke eine Breite von 16,5 m gegeben und eine „Trägerbrücke“, System Möller, gewählt werden sollte, so würden die Neubaukosten allein schon etwa 58000 M. betragen; es müßte dann aber auch gleichzeitig ein Umbau der beiderseitigen obengedachten Straßenflächen mit einem so hohen Kostenaufwande erfolgen, daß zur Bestreitung der Gesamtkosten die 72000 M. vermutlich nicht reichen, jedenfalls aber ein irgendwie nennenswerter Betrag, aus dem die Unterhaltungs-, Reinigungs- und künftigen Erneuerungskosten gedeckt werden könnten, nicht übrig bleibt. Ungeachtet dieser Bedenken muß aber der Magistrat doch die Annahme des Abkommens empfehlen, weil die größere Brückenbreite nur erreicht werden kann, wenn die Stadt auch ihrerseits ein Opfer dafür bringt. — In den abzuschließenden Vertrag würden verschiedene Bedingungen aufzunehmen sein, welche

die beiderseitigen Rechte und Pflichten regeln. Sofern die Landesversammlung noch in diesem Winter die Genehmigung zu dem Abkommen erteilen sollte, würde sogleich mit dem Brückenbau — zunächst Herrichtung der erforderlichen Entwürfe — begonnen werden können. Um jede weitere Verzögerung zu verhüten, wird die Versammlung gebeten, nicht nur das Abkommen zu genehmigen, sondern auch den Magistrat zur formellen Abschließung des im Entwürfe vorliegenden Vertrages zu ermächtigen.

Nach dem Berichte des Herrn Fiedel ist in der Finanzkommission darauf hingewiesen worden, daß es eigentlich sonderbar sei, wenn die Stadt von dem Staate Pflichten übernehme und dafür nicht genügend entschädigt werde, andererseits habe man es allerdings auch nicht für zweifelhaft gehalten, daß die größere Breite der Brücke im wesentlichen im Interesse der Stadt liege und diese nicht darum hinkommen würde, einen Zuschuß zu leisten, wenn sie eine größere Breite haben wolle, als sie der Staat für notwendig halte. Wenn man nun den finanziellen Erfolg eines stadtseitig zu erwartenden Zuschusses mit den Kosten, welche die Unterhaltung der Straße und Brücke für die Stadt erfordert, vergleiche, so werde der Unterschied ein so geringer sein, daß die Finanzkommission zu dem Beschlusse gekommen sei, der Versammlung die Annahme des Abkommens zu empfehlen.

Herr Rieke will die Annahme des Abkommens gleichfalls befürworten. Keine der hiesigen Brücken sei für den Verkehr breit genug und man müsse sich wundern, daß nicht schon Unglücksfälle dort vorgekommen seien, auch finde man wohl nirgends, daß auf den Brücken die Fahrbahn höher liege, als der Fußweg. Hoffentlich denke man auch bald einmal an die anderen Brücken.

Die Genehmigung der Vorlage wird darauf beschloffen.

### III. Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse zc. für 1901/1902.

Der Magistrat überreicht die Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse und der in selbstständiger Verwaltung befindlichen Kassen, als der Kanalbaukasse, der Schlachthauskasse, der Kasse der Abgabe für Hunde und der Kreiskommunalkasse für 1901/1902 zur Prüfung. Die auf Nachbewilligungen beruhenden Ausgaben und die vorgekommenen Kreditüberschreitungen sind dabei besonders herausgehoben. Eine Begründung der Ueberschreitung von Etatsansätzen für solche alljährlich in schwankender Höhe wiederkehrende, an sich notwendige Ausgaben, wie z. B. für Schneefuhr usw., ist unterlassen, auch ist die Ueberschreitung von sonstigen Krediten nur insoweit begründet, als dieselben den Kredit um 5 % und zugleich die Summe von 300 M. übersteigen.

Die Versammlung wird ersucht, die Ueberschreitungen, insoweit sie nicht bereits genehmigt worden sind, nachträglich genehm zu halten und danach die Exekutions-etats der sämtlichen Kassen, vorbehaltlich der Rechnungsablage, für gerechtfertigt zu erklären.

Nach dem Berichte des Herrn Hauswaldt hält es die Finanzkommission nicht für angebracht, die einzelnen Positionen der Abschlüsse zu besprechen, da wohl jedes Mitglied der Versammlung Zeit und Muße gefunden habe, sich die Zusammenstellung anzusehen. Der Magistrat werde indessen gebeten, der Versammlung auch in Zukunft dieses schätzenswerte Material zugänglich zu machen. Bei der Prüfung der Abschlüsse im einzelnen seien wohl einige kleine Sachen zur Sprache gekommen, jedoch sei im ganzen so minutiös gearbeitet worden, daß die Kommission nichts zu bemängeln habe. Namens der Finanzkommission habe er zu erklären, daß sie gern bereit sei, etwa zu stellende Fragen zu beantworten, daß sie aber im übrigen sich mit der Vorlage nur einverstanden erklären könne. Bemerken wolle er noch, daß hier zum ersten Male festgestellt worden sei, daß das Kieselgut für sich gerechnet, also ohne die Pumpstation, einen geringen Ueberschuß von 1800 M erzielt habe. Es werde anheimgegeben, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte eruchen, die Vorlage nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern dem Antrage des Magistrats gemäß die Exekutions-etats vorbehaltlich der Rechnungsablage für gerechtfertigt anzusehen, jedoch mit Ausnahme der Ueberschreitung des Baukredits für die Gewerbeschule und für die Bürgerschule an der Pestalozzistraße, worüber noch besondere Vorlagen seitens des Magistrates ergangen seien. Ferner bitte er, die Ueberschreitung des Kredits für die Instandsetzung der Brücke an der Inselpromenade um 400,59 M zu genehmigen. Diese Ueberschreitung des Kredits von 1780 M sei veranlaßt durch den außerordentlich schlechten Zustand der Brücke.

Nachdem Herr Hauswaldt sich diesem Antrage angeschlossen hatte, wird die Magistratsvorlage mit der vom Herrn Oberbürgermeister erwähnten Beschränkung angenommen.

#### IV. Bedürfnisanstalt an der Bräuerkirche.

In der Sitzung vom 25. September 1902 — Seite 113 des Berichtes — ist beschlossen worden, die Bedürfnisanstalt an der Bräuerkirche zwischen dem ersten und zweiten, oder dem zweiten und dritten Pfeiler anzulegen. Da dieser Platz sich aber als ungeeignet herausgestellt hat, so wird magistratsseitig empfohlen, die Anstalt neben dem Treppenturme an der Nordseite der Bräuerkirche zu errichten und zu den schon bewilligten Kosten von 1650 M noch weitere 50 M, also zusammen 1700 M zu bewilligen.

Wie Herr Rieke namens der Baukommission berichtet, ist die Anstalt an der betr. Stelle schräg zur Kirche projiziert worden. Da sie bei solcher Ausführung aber die Passage ebenso wie an den beiden anderen Stellen hemmen würde, so gebe die Kommission anheim, die Anstalt parallel zur Kirche auszuführen und ihr nur einen Eingang zu geben. In diesem Falle seien die Abperrgitter nicht nötig, auch



würde die Anstalt dann den dortigen Verhältnissen besser entsprechen, als der jetzige Entwurf. Im übrigen werde Genehmigung der Vorlage empfohlen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

## V. Gesuch um bessere Beleuchtung der Plätze und Hauptstraßen.

Ueber das in der vorigen Sitzung mitgeteilte Gesuch des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs — Seite 194 des Berichtes — berichtet namens der Finanzkommission Herr Wolters: Die Kommission habe sachlich zu dem Gesuche nicht Stellung genommen, sondern sich darauf beschränkt, zu empfehlen, den Antrag dem Magistrat zur Prüfung zu überweisen, damit dieser eventuell der Versammlung demnächst mit einer Vorlage kommen könne. Hierbei sei die Kommission von folgenden sachlichen Erwägungen geleitet worden: Die Eingabe berühre zunächst den Uebergang der Straßenbeleuchtung von der Gas- zur elektrischen Beleuchtung. Dagegen sei in der Kommission geltend gemacht worden, daß eine solche Aenderung einen ganz wesentlichen Einfluß auf die finanziellen und technischen Verhältnisse des Gaswerkes ausüben würde, und daß bei der heutigen vorzüglichen Technik der Gasbeleuchtung auch mittelst Gas eine gute Beleuchtung zu erreichen sein würde. Die finanziellen Bedenken seien aber noch bedeutender, da die Kosten der elektrischen Beleuchtung erheblich höher sein würden und außerdem ein Rückschlag auf das Gaswerk unvermeidlich stattfinden müßte. Man brauche hier alljährlich 843000 Kubikmeter Gas für die Beleuchtung der Straßen und Plätze, was etwa 20 % des gesamten Gasverbrauchs ausmache. Andererseits habe aber die Finanzkommission nicht verkannt, daß an sich die elektrische Beleuchtung der Straßen u. auch ihre großen Vorteile haben möchte. Was sodann die in der Eingabe gerügte ungenügende Beleuchtung von Straßen und Plätzen betreffe, so sei darauf hinzuweisen, daß an der öffentlichen Beleuchtung von Jahr zu Jahr Verbesserungen vorgenommen würden.

Herr Müller möchte darauf hinweisen, daß seit kurzem die Kaiser Wilhelmbrücke mit ganz einfachen Straßenlaternen beleuchtet sei, während die Versammlung beschlossen habe, dort vier dreiarmlige Kandelaber aufzustellen. Er richte daher die Anfrage an den Magistrat, ob die gegenwärtige Beleuchtung der Brücke als ein Provisorium oder als ein Definitivum anzusehen sei.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß ursprünglich in Aussicht genommen sei, größere Beleuchtungskörper auf der Brücke anzubringen. Nach Fertigstellung der Zeichnungen hierzu sei aber die städtische Bauverwaltung und auch der Bildhauer Müller zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch derartige große Kandelaber die Figuren zu sehr beeinträchtigt werden würden, indem dann die Kandelaber den Hauptschmuck der Brücke bilden und die Figuren dadurch zu sehr zurücktreten würden. Aus diesem Grunde habe der Magistrat verfügt, einstweilen

einfache Laternen auf der Brücke anzubringen, um deren Wirkung zu erproben. Wenn sich dabei herausstellen sollte, daß eine genügende Beleuchtung der Brücke durch diese Laternen nicht bewirkt werde, so könnten jederzeit mehr Laternen dort angebracht werden, und bitte er auch die übrigen Herren, sich die Brücke einmal bei Abendbeleuchtung anzusehen, um ein Urteil darüber zu gewinnen, ob mehr Laternen nötig seien. Auf verschiedenen anderen Brücken seien wohl mehr Laternen angebracht wie hier, jedoch würden sie nur teilweise angezündet und halte er es für zwecklos, auch auf dieser Brücke dunkle Laternen anzubringen. Besser sei es schon, die vier einfachen Laternen sämtlich anzuzünden.

Herr Müller ist dem gegenüber der Ansicht, daß die Kaiser Wilhelmbrücke eine bessere Beleuchtung verdiene, da die imposanten Figuren durch die vier einfachen Laternen nicht genügend beleuchtet würden. Seiner Meinung nach könnten drei- oder vierarmige Kandelaber den Figuren nicht nachteilig sein. Vorläufig erkläre er sich aber mit der Antwort vom Magistratsrath zufrieden.

Es wird darauf beschlossen, den Antrag des Vereins zur Hebung Braunschweigs dem Magistrate zur Prüfung zu überweisen.

#### VI. Antrag Ohlendorf: Beihilfe für das Gewerkschaftskartell.

Wie der Herr Vorsitzende für den z. Z. behinderten Referenten, Herrn Wolff, berichtet, hat die Statutenkommission beschlossen, zu beantragen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Die Kommission habe es nicht für angezeigt gehalten, eine derartige Statistik einer privaten Vereinigung, wie es das Gewerkschaftskartell sei, zu überlassen und dafür noch Geld zu bewilligen. Man sei der Ansicht gewesen, daß die Aufstellung einer Statistik eine sehr prekäre Sache sei und es bedenklich erscheinen müßte, obwohl an der besten Absicht und dem guten Glauben nicht gezweifelt werde, eine derartige Statistik einer Parteieinrichtung zu überlassen. Auch sei man zweifelhaft gewesen, ob dabei etwas Brauchbares herauskommen würde, zumal es sehr schwierig sein würde, in der gegenwärtigen Jahreszeit die richtige Unterscheidung zwischen Saisonarbeitern, unverschuldeten Arbeitslosen und Arbeitscheuen zu treffen. Die Aufgabe sei zu prekär und man glaube kaum, daß ein gedeihliches Resultat dabei herauskommen würde. Jedenfalls sei man nicht geneigt gewesen, die städtischen Mittel einer Parteiorganisation zur Verfügung zu stellen.

Herr Ohlendorf ist erstaunt gewesen, daß der Referent, Herr Wolff, in der Kommissionssitzung ohne weitere Begründung sofort die Ablehnung des Antrages beantragt habe. Es sei ihm und seinen Freunden wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß sie Anträge stellten, nur um Anträge zu stellen; wenn aber fortgesetzt diese Anträge abgelehnt würden, so liege wohl nichts näher, als daß ähnliche Anträge immer wieder gestellt würden. Hier handle es sich nur darum, dem Gewerkschafts-

kartell eine kleine Summe zu bewilligen, um feststellen zu können, wie viele Arbeitslose in Braunschweig vorhanden seien. Wenn nun die Kommission den Antrag ablehne, so hätte wohl nichts näher gelegen, als statt dessen zu beantragen, daß die Stadt selbst eine derartige Statistik aufzunehmen hätte. Der Herr Referent habe die Notwendigkeit der Arbeitslosenzählung durchaus nicht von der Hand gewiesen, sondern er habe direkt erklärt, daß die Aufnahme einer derartigen Statistik wohl notwendig sei, daß indessen das Gewerkschaftskartell nicht als die geeignete Stelle dazu anzusehen sei und vielleicht das städtische Arbeitsamt eine solche Zählung vornehmen könne. Nachdem aber Herr Stadtrat von Frankeburg dieses für unausführbar erklärt habe, sei die Kommission zu ihrem jetzigen Antrage übergegangen. Wenn man die Notwendigkeit solcher Feststellung anerkenne, so sei es nicht zu verstehen, weshalb man nicht eine Körperschaft bei dieser Arbeit mit einer kleinen Beihilfe unterstützen wolle. Andere Städte hätten schon selbst solche statistische Aufnahmen vorgenommen, oder hätten, wie das benachbarte Wolfenbüttel, das Kartell dabei durch einen Geldzuschuß unterstützt.

In der Kommission sei dann auch gefragt worden, was geschehen solle, wenn sich herausstelle, daß eine größere Zahl Arbeitsloser hier vorhanden sei. Mancher hiesige Einwohner glaube gar nicht, daß es hier eine so große Zahl von Arbeitslosen gebe, und selbst in der Versammlung sei man bei der Diskussion über die Einrichtung von Nothstandsarbeiten verschiedener Meinung über den hier herrschenden Grad von Noth gewesen und habe auf einer Seite stets gesagt, daß er und seine Freunde zu schwarz sähen und die Zahl der vorhandenen Arbeitslosen gar nicht so groß sei. Um nun über diesen Punkt nicht immer Meinung gegen Meinung zu sehen, liege nichts näher, als das Resultat festzustellen. Das Gewerkschaftskartell habe solche Zählungen schon wiederholt vorgenommen, jedoch habe man geglaubt, mit Hülfe städtischer Mittel die Zählung noch genauer vornehmen zu können. Es sollten Zählkarten in die Häuser gebracht werden und außerdem wollte man die hiesige Bürgerschaft durch Zeitungsannoncen auf die Zählung hinweisen, damit dem einzelnen Zähler keine Schwierigkeiten bereitet würden. Bei solcher Sachlage könne er nicht begreifen, weshalb die Kommission die Ablehnung eines derartigen Antrages empfehle. Die Versammlung werde gebeten, dem Kommissionsantrage nicht zuzustimmen, sondern eine eigene Meinung kundzugeben und dafür einzutreten, daß die Beihilfe gewährt werde. Wer willens sei, festgestellt zu sehen, wie groß die Zahl der Arbeitslosen hier sei, der müsse unbedingt für seinen Antrag stimmen; wer aber die Größe der Noth nicht sehen wolle, der werde dagegen stimmen. Man habe hier mit ziemlicher Leichtigkeit manchen Antrag angenommen, der nicht so wichtig sei, wie der vorliegende, wenn aber ein derartig wichtiger Antrag, der nicht gestellt sei, um nach außen einen Antrag gestellt zu haben, sondern bei dem es ihm sehr ernst sei, abgelehnt werde, so werfe das ein sonderbares Licht auf die Versammlung.

Herr Riete muß die vom Herrn Vorsitzenden vorgetragene Begründung entschieden zurückweisen. Die Statistik werde aufgestellt, gleichviel ob mit oder ohne städtischen Zuschuß. Der Zuschuß sei erbeten worden, weil die Statistik nicht nur der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, sondern auch dem ganzen Gemeinwesen zu gute komme, indem sie eine Uebersicht über die Gesamtlage des Arbeitsmarktes gebe und demnach auch in den städtischen Verwaltungsbericht gehöre. Die Begründung der Ablehnung, nach welcher es schon wegen der Saisonarbeiter schwierig sei, eine zutreffende Statistik aufzustellen und außerdem auch nicht gut eine Partei unterstützt werden könne, treffe nicht zu, da eine Partei gar nicht unterstützt werde. Man wolle nichts anderes, als die wirtschaftlichen Verhältnisse in hiesiger Stadt klarlegen und meine er, daß auf diesem Gebiete hier viel zu wenig geleistet werde. So habe man vor fünf Wochen beschlossen, nach dem Bülden eine provisorische Wasserleitung zu verlegen und bislang sei in der Sache noch nichts geschehen, obwohl inzwischen so warme Witterung gewesen sei, daß man hätte in Hemdsärmeln arbeiten können, und obwohl die Leute dort nach der Wasserleitung jammerten. Wenn dann ferner gesagt werde, man möchte Notstandsarbeiten vorschlagen, so habe er darauf zu erwidern, daß dieses Sache des Magistrates sei, daß er aber trotzdem solche Arbeiten vorzuschlagen vermöge. Es komme auch mit darauf an, daß die für Bauten und Wege verwilligten Mittel in einer Zeit verwandt würden, die es ermögliche, die Leute vor der Armenunterstützung zu bewahren. Wenn aber die Mehrheit der Versammlung allen diesen Dingen aus dem Wege gehe, so werde sich bald herausstellen, welche Erfahrungen damit gemacht würden.

Herr Hauswaldt kann es nicht für praktisch und vorteilhaft halten, wenn der Antrag zu einem Parteiantrage gestempelt werde. Für ihn würde es absolut keine Partei geben, wenn es sich darum handle, einen Antrag anzunehmen oder abzulehnen: liege ein Antrag im Interesse der Bürgerschaft, so würde er ihn annehmen und wenn er vom Teufel gestellt wäre. Jedenfalls würde ihm ein Antrag nicht acceptabler dadurch, daß er als Parteiantrag gestellt würde. Für ihn liege die Sache so, daß er sich mit dem reiflich erwogenen Beschlusse einer Kommission stets einverstanden erklären werde, sofern er nicht gewichtige Bedenken dagegen geltend machen könnte; da das hier nicht der Fall sei, werde er dem Kommissionsantrage zustimmen, trotzdem der Antragsteller an die Versammlung appelliert habe, über den Kopf der Kommission weg ihre Entscheidung zu treffen. Es würde auch zu nichts führen, wenn hier noch einmal alle Einzelheiten aus den Kommissionsverhandlungen aufgerollt würden. Ueber eine Sache möchte er indessen um Aufklärung bitten. Nach der Mitteilung eines dem Antragsteller nahestehenden Blattes solle die in Wolfenbüttel durch das Gewerkschaftskartell mit einem Geldzuschusse der städtischen Behörden aufgestellte Statistik vollständig wertlos sein, indem sich die gefundenen Zahlen nicht mit der Wirklichkeit decken sollen. Wenn nun in der Nachbarstadt der

Versuch tatsächlich mißlungen sei, wie sollten die hiesigen städtischen Behörden wohl dazu kommen, einer solchen Korporation zu dem gleichen Zwecke eine Summe zur Verfügung zu stellen? Wie sollte man ferner dazu kommen, den Beschluß der Statutenkommission umzustößen, wenn in Wolfenbüttel der Beweis erbracht sei, daß das Gewerkschaftskartell nicht die richtige Stelle zu sein scheine, solche Zahlen zu ermitteln. Wenn man eine derartige Statistik für nötig halte, so müsse hierfür eben eine andere Stelle gefunden werden.

Herr Ohlendorf kann sich der Ansicht des Vorredners nicht anschließen, daß der Antrag in der Kommission gründlich vorberaten sei, da man ihn dort kurz abgefertigt habe. Solche geringfügigen Sachen bedürften überhaupt keiner Kommissionsberatung, sofern der Versammlung daran gelegen sei, eine eigene Meinung zu haben. Wenn aber Herr Hauswaldt meine, es handle sich hier um einen Antrag der sozialdemokratischen Partei, so glaube das Herr Hauswaldt wohl selbst nicht. Seiner Meinung nach würde der Antrag wohl angenommen werden, wenn der Antragsteller nicht ein Sozialdemokrat wäre. Die statistischen Erhebungen in Wolfenbüttel wären insofern nicht ergebnislos verlaufen, als auf Grund derselben Notstandsarbeiten veranlaßt worden seien. In Stuttgart lägen ähnliche Verhältnisse vor. Werde der Antrag abgelehnt, so geschehe es, weil er von dieser Seite komme. Da nun das Arbeitsamt nicht in der Lage sei, die Statistik aufzunehmen, das Gewerkschaftskartell auch keine sozialdemokratische Parteieinrichtung sei, sondern eine Vertretung der Arbeiterschaft, so werde bei Ablehnung des Antrages nur diese getroffen. Die Arbeiterschaft halte solche Zählung für unbedingt nötig und habe sie auch alle Jahre gemacht; also gemacht werde sie auch in Zukunft ohne stadtseitige Beihilfe und das Ergebnis den städtischen Behörden bekannt gegeben. Auch solle diesen die Prüfung der Angaben ermöglicht werden. Wenn man aber glaube, daß das Kartell nicht die richtige Stelle sei zur Aufnahme der Statistik, so würde es ihnen recht sein, daß die Arbeit dem Kartell von der Stadt abgenommen werde. Jetzt liege es hier umgekehrt: das Kartell nehme der Stadt die Arbeit ab und sei deshalb wohl ein kleiner städtischer Zuschuß angebracht.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Zweck einer Zählung der Arbeitslosen könne nur der sein, sich Klarheit darüber zu verschaffen, auf welche Ursachen der Wechsel im Umfange der jeweiligen Arbeitslosigkeit zurückzuführen sei und wie den dabei vorkommenden Schwankungen stadtseitig entgegengetreten werden könne; mit anderen Worten: es würde durch die Zählung zunächst festzustellen sein, ob eine periodisch eingetretene größere Arbeitslosigkeit zurückzuführen sei auf die Einwirkung der Jahreszeit oder auf die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Dieser Zweck könne aber durch eine einmalige Zählung gar nicht erreicht werden, sondern die Zählung müßte einige Jahre hindurch wiederholt werden, weil man erst durch Vergleichung derselben Perioden verschiedener Jahre sich ein richtiges Bild

von dem Umfange der Arbeitslosigkeit machen könne. Eine solche Massenzählung sei außerordentlich schwierig und es könne ein einigermaßen zuverlässiges Ergebnis daraus nur dann geschöpft werden, wenn jeder einzelne Fall, der als arbeitslos angemeldet sei, einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werde. Dazu sei aber das Gewerkschaftskartell nicht im stande. In Magdeburg solle dem Kartell allerdings eine Subvention gewährt sein, jedoch habe er gelesen, daß das dort ermittelte Material vollständig unbrauchbar gewesen sei. Ein besserer und vielleicht auch gangbarer Weg, um das Ziel zu erreichen, welches Herr Ohlendorf anstrebe, würde der sein, daß der Magistrat versuchte, die Krankenkassen dahin zu bestimmen, die An- und Abmeldungen ihrer Mitglieder monatlich zusammengestellt dem Magistrate zur Verfügung zu stellen. Wenn man das einige Jahre fortgesetzt habe, könne man aus den Zusammenstellungen ablesen, worin der höhere oder geringere Grad der Arbeitslosigkeit seinen Grund habe. Es lasse sich daraus auch mit ziemlicher Bestimmtheit der Schluß ziehen, ob die Arbeitslosigkeit im Winter lediglich auf die Eigenartigkeit der Beschäftigung zurückzuführen sei, welche im Winter ruhen müsse, oder ob andere Ursachen maßgebend seien. Voraussichtlich werde der Magistrat in dieser Beziehung der Versammlung demnächst Material unterbreiten können, da an die Krankenkassen schon die Aufforderung ergangen sei, dem Magistrate das betreffende Zahlenmaterial zu überweisen.

Den Antrag Ohlendorf bitte er indessen abzulehnen, da er doch nichts nützen würde. Erwähnen wolle er noch, daß z. B. in Magdeburg etwa 50 % der von dem Gewerkschaftskartell als arbeitslos ermittelten Personen bei der Nachprüfung gestrichen seien, weil sich herausgestellt habe, daß sie gar nicht arbeitslos seien. Wie solle ein Gewerkschaftskartell überhaupt ermitteln können, ob alle, welche sich als arbeitslos eintragen lassen, auch wirklich arbeitslos seien? Hier gebe es z. B. außergewöhnlich viele sogenannte Gelegenheitsarbeiter, welche nie in ein ständiges Arbeitsverhältnis eintreten und die doch nicht ohne weiteres als Arbeitslose bezeichnet werden könnten? Man würde erst durch Einsichtnahme der Invalidenkarten feststellen können, ob solche Leute im Sommer gearbeitet haben. Die Schwierigkeiten solcher Statistik seien eben zu groß, als daß eine private Vereinigung sie ohne weiteres aufstellen könnte.

Herr Stegmann findet es bedauerlich, daß der Antrag nach der unzureichenden Begründung durch die Statutentkommission abgelehnt werden solle. Ohne bitten zu wollen, den Antrag anzunehmen, möchte er nur hervorheben, daß man anderen Vereinen gegenüber mehr Entgegenkommen zeige. Das beziehe sich nicht nur auf zahlreiche Wohltätigkeitsanstalten, sondern es erhielten auch andere Vereine erhebliche regelmäßige Zuwendungen, so z. B. der hiesige Kunstverein 900 M., das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg 100 M., der hansische Geschichtsverein in Lübeck 300 M., der Harzverein für Geschichte und Altertumskunde 30 M., die Comenius-Gesellschaft in

Berlin 20 M, der Geschichtsverein für das Herzogtum Braunschweig 150 M; auch die Schützengesellschaft bekomme 1157,17 M, der Männerturnverein 500 M und zu der Feier des Sedantages würden 600 M gezahlt. Für derartige Vereine u. habe man also Geld, obwohl es teilweise als weggeworfen bezeichnet werden könne. Jedenfalls sei das von Herrn Ohlendorf geforderte Geld ebenso nötig, wie die hier aufgeführten Beträge. Es scheine ihm, als ob tatsächlich in erster Linie eine gewisse Antipathie gegen Anträge von dieser Seite der Versammlung vorliege und als ob man Anträge, mögen sie auch noch so gut sein, ablehne, sobald sie von dieser Seite kommen, auch glaube er, daß verschiedenen Mitgliedern der Versammlung das nötige Verständnis für derartige sozialpolitische Dinge fehle. (Heiterkeit.) Möge man darüber auch lachen, das Gefühl habe er und gebe ihm Ausdruck. In der heutigen kapitalistischen Zeit habe bei den veränderten Verhältnissen nicht nur das Reich und der Staat, sondern auch die Kommune auf sozialpolitischem Gebiete mitzuwirken, woran es aber hier immer noch hapere. Auch scheue man sich anscheinend, das statistische Zahlenmaterial zu sehen, weil dann der Magistrat nicht mehr sagen könne, daß hier keine größere Arbeitslosigkeit vorhanden sei. Wenn der Umfang der Arbeitslosigkeit festgelegt wäre, würde man auch die Pflicht haben einzugreifen, und sei das wohl der Hauptgrund des ablehnenden Verhaltens gegen den Antrag. Die Zeit sei vorüber, die Leute auf Armenunterstützungen zu verweisen, die Kommunen seien verpflichtet, den Leuten nicht Almosen zu geben, sondern ihnen Arbeit zu verschaffen. Bei Aufstellung der Statistik würde sich auch zeigen, daß es sich bei den Arbeitslosen nur zum geringsten Teile um Bauhandwerker handle und der Herr Oberbürgermeister nicht recht gehabt hätte, als er in der vorigen Sitzung erklärte, es handle sich hauptsächlich um Bauhandwerker, denen es infolge des Streiks nicht möglich gewesen wäre, einige Spargroschen zurückzulegen. Das habe mit der Arbeitslosigkeit gar nichts zu tun, denn diese würde auch ohne den Streik vorhanden sein, zumal die vorhandenen Arbeiten durch den Streik nicht liegen geblieben, sondern noch vollständig erledigt seien. Es handle sich bei der Äußerung um eine Anzapfung des Herrn Oberbürgermeisters, welche sich die Bauhandwerker verbäten, da sie sich bei ihrem Vorgehen nicht nach den Wünschen der Behörden, sondern nach ihrer eigenen Meinung richteten.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Da das Verhalten des Magistrates gegenüber der Arbeitslosigkeit im laufenden Winter hier bemängelt worden sei, so sehe er sich veranlaßt, einige Mitteilungen darüber zu machen, was magistratsseitig in dieser Sache geschehen sei. Zunächst könne er konstatieren, daß abgesehen von der Eisenindustrie und den verwandten Branchen die Arbeitsgelegenheit im laufenden Winter ebenso reichlich gewesen sei, wie in anderen Jahren. Bis Anfang Dezember habe der Magistrat nach Kräften arbeiten lassen, sodann sei allerdings der heftige Frost eingetreten, welcher alle Bau- und Erdarbeiten verhindert habe; gleichzeitig habe sich

aber für die Arbeiterschaft reichliche Gelegenheit zur Beschäftigung geboten durch die Wegschaffung der großen Schneemassen, welche der Stadt viel Geld gekostet habe, indem wochenlang hunderte von Arbeitern beschäftigt seien. Auch durch den Abbruch der Paulinerkirche und die Eisgewinnung habe sich Arbeitsgelegenheit geboten. Sobald der Frost aufhörte, sei mit den städtischen Bauarbeiten wieder begonnen worden, auch seien einzelne Arbeiter (etwa 40 Steinhauer) bei den Steinarbeiten an den Kirchen fortdauernd beschäftigt worden. Jetzt sei nun wieder der leidige Frost eingetreten, dem man ja machtlos gegenüberstehe; sobald indessen die Witterung es zulasse, werde die Arbeit wieder aufgenommen werden. Für sofort auszuführende Bauarbeiten seien stadtseitig schon 42306 M. ausgeworfen, dazu kämen Löhne für Straßenbauten mit 17663 M., was zusammen rund 60000 M. ausmache. Das sei aber noch nicht alles. Im Vertrauen auf die nachträgliche Zustimmung der Versammlung habe der Magistrat einen Kredit bewilligt zur Fortsetzung der Erweiterungsarbeiten im Bürgerparke, worüber noch eine besondere Vorlage kommen werde, auch seien mit Rücksicht auf die Notlage der Arbeiter daneben noch besondere Mittel für die weitere Instandsetzung des Zentralfriedhofes zur Verfügung gestellt worden. Der Magistrat habe hiermit getan, was er gekonnt habe, wenn aber der Vorredner ihm angeben könne, welche weiteren Arbeiten noch gemacht werden könnten, so würde er ihm dankbar sein. Was für Arbeiten sollten in dieser Frostzeit wohl gemacht werden, soll man vielleicht Steine schlagen lassen? Ein solcher Versuch sei schon einmal gemacht worden, jedoch mit einem jammervollen Erfolge; denn während ein geübter Steinschläger die Woche 29 M. verdiente, seien diese Leute auf 30—35 S. den Tag gekommen. Es könnten doch auch nicht nutzlose Arbeiten gemacht und vielleicht Steine von dem einen zum anderen Plage getragen werden, das sei der Würde des Arbeiters jedenfalls nicht entsprechend.

Herr Nieß muß eine Untersuchung über die Arbeitslosigkeit im gegenwärtigen Zeitpunkte für überflüssig halten, weil, selbst wenn eine Reihe von Untersuchungen nach dieser Richtung hin angestellt würden, daraus nur ein unvollkommenes Bild hervorgehen könnte. Sollte sich für die Stadtverwaltung die Notwendigkeit ergeben, Untersuchungen über die Beschäftigungslosigkeit anstellen zu lassen, so müßten solche Untersuchungen in allen vier Jahreszeiten eine Reihe von Jahren hinter einander angestellt werden und zwar müßten die Untersuchungen in den Händen einer Deputation oder Kommission oder sonst eines städtischen Organs liegen, zu dem man das Vertrauen habe, daß das Ergebnis objektiv zusammengestellt werde, nicht aber in den Händen einer Körperschaft, die im Dienste einer Idee, und sei es auch des sozialdemokratischen Kommunalprogramms stehe, einer Stelle, die kein Vertrauen auf Unparteilichkeit erwecken könne. Wenn die Versammlung in Gemeinschaft mit dem Magistrate zu der Ueberzeugung kommen sollte, daß solche Erhebungen wirklich nötig wären, so müßten Magistrat und Stadtverordnete auch das Organ bestimmen,



welches die Untersuchungen objektiv anzustellen hätte; ein Gewerkschaftskartell sei aber von vornherein ohne jede Frage Partei. Er müsse deshalb bitten, den Antrag der Kommission anzunehmen und zwar im Interesse eines großen Teiles der Arbeiter selbst. Wenn man nämlich das Gewerkschaftskartell durch eine derartige Zuwendung gewissermaßen offiziell mache, so führe man ihm nach und nach auch alle diejenigen Arbeiter in die Arme, die ihm noch nicht angehören. Wie aber jemand noch behaupten könne, das Gewerkschaftskartell sei objektiv, verstehe er nicht. (Zwischenruf.) Das Verständnis des Herrn, welcher den Zwischenruf getan, reiche allerdings einen Posten weiter; es sei eben angeboren. Was in dem Kartell vorgehe, wisse man nicht. Wie stehe doch in dem neuesten Aufrufe der sozialdemokratischen Partei zur Stadtverordnetenwahl: „In allen diesen Fällen hat die Mehrheit (der Stadtverordnetenversammlung) eine bornirte Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse des kleinen Mannes, des Volkes, gezeigt.“ Solche Sachen müßte man auch lesen zur Information. Die Streitigkeiten der Gewerkschaftskartelle würden auf dem sozialdemokratischen Parteitage zum Austrage gebracht; wer wolle dem gegenüber noch beweisen, daß die Kartelle nicht sozialdemokratisch seien?

Herr Günther muß es gewissermaßen schon für einen Fortschritt halten, daß die Versammlung einem Antrage von dieser Seite mehr Aufmerksamkeit schenke als bisher. Nicht mit Unrecht habe einer der Vorredner gesagt, es fehle einem Teile der Versammlung an sozialpolitischem Verständnis; man müsse dieses naturnotwendig annehmen, wenn Anträge wie der vorliegende und der Antrag auf Bewilligung von Frühstück an arme Schulkinder so leicht abgetan würden, wie das hier geschehen sei. Man habe nur versucht, von der Stadt einen Beitrag zu den Kosten der Zählung zu erlangen und das wäre doch wohl das wenigste, was hätte geschehen können. Er habe sich denn auch der Hoffnung hingegeben, daß die Kommission darauf wohl eingehen werde. Der Herr Oberbürgermeister habe recht, daß die Zählung außerordentlich schwierig sei, aber sie sei doch durchführbar. Wenn die Zählung vielleicht in der Weise bewirkt würde, daß man die Fragen stelle, wer arbeitslos durch Krankheit, durch die Witterungsverhältnisse oder durch Arbeitsmangel sei, so würde dadurch die Sachlage schon etwas geläutert werden. Sofern die städtischen Behörden die Arbeitslosenzählung vornehmen, würde das Ergebnis vielleicht teilweise noch besser werden, als bei dem Kartell, wenn auch auf einigen Seiten Mißtrauen dagegen vorhanden sein würde. Herr Nieß meine, es fehle dem Kartell an Objektivität; die könne demselben aber bei solchen Dingen wohl nicht abgesprochen werden. Auch treffe es nicht zu, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Stuttgart die Frage der organisierten und nicht organisierten Maurer entschieden sei; es habe sich dort um eine ganz andere Frage gehandelt. Seiner Ueberzeugung nach denke die Bürgerschaft über diese Frage ganz anders als die Mehrheit der Versammlung und würden schon die nächsten Tage zeigen, daß die

Bürgerschaft ihm und seinen Freunden recht gebe. Letztere habe sich vor zwei Jahren nicht daran gestoßen, vier Sozialdemokraten in die Versammlung zu wählen und die nächste Wahl werde abermals zeigen, welche große Sympathie die Bürgerchaft für diejenigen habe, die die Sozialpolitik in diese Versammlung getragen haben. Möge man sich auch noch so lange sträuben, es dämmere schon, hier sozialpolitische Fragen zu behandeln, und werde die Versammlung noch in die Notwendigkeit versetzt werden, sich damit ernster zu befassen. Wenn aber der Magistrat demnächst daran gehen werde, solche Zählung vorzunehmen, so geschehe das auch im Interesse der Stadt selbst. Die Arbeitslosigkeit werde hier noch nicht gehörig gewürdigt; man sehe sich nur einmal die Steuerreklamations-Listen an, in welchen eine Anzahl Metallarbeiter ständen, die früher 1500 M verdient haben, während sie jetzt steuerfrei sein wollen, indem sie nichts verdienen. Es sei notwendig, sich mit dieser Frage einmal gründlich zu befassen und werde es dann dem Magistrat viel leichter werden, Mittel und Wege zur Abhilfe zu treffen. Die Arbeitslosigkeit würde noch härter drücken, wenn die Arbeiterschaft nicht selbst eingriffe. Allein der Buchdruckerverband habe im Monat November 64000 M für Arbeitslose ausgegeben. Es werde immer auf die Wohltätigkeitseinrichtungen hingewiesen, der Arbeiter wolle aber keine Wohltätigkeit, sondern Arbeit, denn wer bei der Wohltätigkeit am besten zu betteln verstehe, der bekomme das meiste, während der verschämte Arme nichts erhalte. Seiner Meinung nach würde die Behandlung sozialpolitischer Fragen auch in diesem Saale bald mehr Wert erhalten. Für den Antrag wolle er nicht mehr sprechen, da die Arbeiter die Sache schon allein machen würden.

Herr Födel hat den Vorredner nicht genau verstehen können, glaubt aber, daß er sich auf das Gebiet der Politik begeben habe, wohin er ihm nicht folgen wolle. Wenn verschiedentlich gesagt worden sei, daß die Nichtannahme des Antrages auf eine Verständnislosigkeit in der Sache hindeute, so sei er entgegengegesetzter Ansicht. Wer sich viel mit Statistik beschäftige, der wisse, wie ungeheuer schwer sich ein Material zusammen bringen lasse, welches eine brauchbare Statistik schaffe. Seitens der Reichsregierung und des Herzoglichen Staats-Ministeriums seien Versuche gemacht worden, eine Statistik über die Arbeitslosigkeit aufzustellen, was sich aber nur dadurch habe ermöglichen lassen, daß die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter zu verschiedenen Zeitpunkten festgestellt sei. Es werde wohl niemand leugnen, daß eine Arbeitslosigkeit bestehe und daß es wünschenswert erscheine, über den Umfang derselben eine nähere Statistik zu bekommen. Aus der Statistik müßte aber auch hervorgehen, wie lange sich jemand, der sich als arbeitslos melde, hier schon aufgehalten habe, damit nicht auch solche Leute hineinkommen, die hier zufällig anwesend seien. Um eine brauchbare Statistik zu erhalten, bedürfe es einer Reihe von Jahren und der Mitwirkung der verschiedensten Faktoren; ein einzelner Faktor sei dazu gar nicht im Stande. Um recht gründlich zu sein, gebrauche man dazu

vielleicht auch das Gewerkschaftskartell, aber es seien auch noch andere Mittel erforderlich und deshalb müßte eine Zentralfstelle geschaffen werden, in der die Arbeiten der verschiedenen Gruppen zusammenlaufen. Dem Kommissionsantrage stimme er bei, weil auf dem in dem Antrage Ohlendorf bezeichneten Wege ein brauchbares statistisches Material nicht zu beschaffen sei.

Herr Nolte wird ebenfalls für den Kommissionsantrag stimmen, möchte aber zugleich Einsprache dagegen erheben, daß denjenigen Stadtverordneten, welche diesen Antrag annehmen, derartige Beweggründe untergelegt werden, wie es Herr Stegmann getan habe. Diese Gründe seien weder für ihn, noch wohl für die bei weitem größte Zahl der Stadtverordneten maßgebend. Seiner Meinung nach würde es für das Wohl der Stadt sehr wichtig sein, wenn endlich einmal festgestellt werde, wie es mit der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Teilen des Jahres regelmäßig beschaffen sei, auf welche Gründe sie zurückzuführen sei und mit welchen Mitteln ihr eventuell entgegengetreten werden könne. Ebenjowenig zweifelhaft erscheine es ihm aber auch, daß eine derartige Statistik ganz außerordentlich schwierig aufzustellen und nur dann von Vorteil sei, wenn sie gründlich gemacht und Jahre hindurch fortgeführt werde. Dazu scheine ihm aber das Gewerkschaftskartell nicht fähig zu sein und lehne er deshalb den Antrag Ohlendorf ab.

Herr Rieke will über den Wert der Statistik nicht sprechen, da derselbe für jeden, der sich nur einigermaßen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen beschäftigt habe, klarliegen müsse. Bitten möchte er nur, mit der Sache einmal anzufangen und wäre man schon einen Schritt weitergekommen, wenn das geschähe. In diesem Falle würde er auch für heute befriedigt sein. Auf die Anregung des Herrn Oberbürgermeisters zurückkommend, daß man Arbeiten vorschlagen möchte für die Arbeitslosen, wolle er nur darauf hinweisen, daß bei dem Domesee tausende von Fudern Sand überflüssig liegen, mit welchen im Frühjahr der Wind spielen und die umliegenden Felder schädigen würde; es stände nun wohl nichts entgegen, diesen Sand bei Frostwetter in die tiefen Gründe bei der Pestalozzistraße zu fahren, denn ein besseres Füllmaterial gebe es garnicht. Da das Geld hierfür doch ausgegeben werden müsse, so würde es zweckmäßig sein, es zur rechten Zeit auszugeben. Man brauche hierzu nicht die arbeitslosen Maurer, welche einmal 3—4 Wochen feiern müssen, zu nehmen, sondern könne sich auf die Unmasse arbeitsloser Leute beschränken, welche infolge der Geschäftskrise in Not geraten seien. Wenn das geschähe, hätte man schon etwas Großes geleistet, ohne daß der Stadtsäckel dadurch in Mitleidenschaft gezogen wäre. Eine in Aussicht gestandene größere Arbeit, die Vergrößerung des Vorratshofes, habe leider nicht ausgeführt werden können, weil sich die Verhandlungen ohne Schuld des Magistrates zerschlagen haben. Es würden sich indes schon noch andere Arbeiten finden. Bei der Einstellung von Arbeitern müsse man ebenfalls einsichtsvoll zu Werke gehen und nicht etwa einem Schneider oder einem Schriftsetzer die

große Brechstange in die Hand geben, weil sie nichts damit würden leisten können. In Mannheim habe z. B. immer der zehnte Mann als Aufseher zu fungieren und die Arbeitsverteilung zc. zu überwachen, was sich bewährt habe.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird hierauf angenommen.

## VII. Antrag Aßmann: Uebernahme der Volksbadeanstalten.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 207 des Berichtes — berichtet namens der Finanzkommission Herr Hauswaldt: Um sich von den Konsequenzen dieses Antrages ein Bild zu machen, müsse man sich einmal mit der historischen Entwicklung der hiesigen Volksbäder befassen. Aus den von ihm durchgesehenen Akten gehe hervor, daß Herr Lange zuerst am 5. März 1890 beantragt habe, Terrain an der Ferdinandstraße für ein Volksbrausebad zu reservieren. Am 27. März 1890 sei dem Antrage seitens der Versammlung stattgegeben und am 11. April 1890 habe der Magistrat mit dem Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen. Das Herzogliche Staats-Ministerium habe 10000 M. Zuschuß bewilligt. Am 16. August 1890 sei das Bad bereits dem Verkehr übergeben worden. Während im ersten Jahre 52700 Bäder verbraucht seien, betrage der Durchschnitt der ersten 12 Jahre 30000—33000 Bäder jährlich. Das Bad habe sich selbst erhalten und sogar einen kleinen Ueberschuß von durchschnittlich jährlich 450 M. erzielt. Am 13. Oktober 1892 habe sich sodann Herr Lange an den Magistrat mit der Bitte gewandt, ein ferneres Bad im Norden der Stadt einzurichten und habe der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen am 30. August 1893 um ein Grundstück an der Kaiserstraße gebeten. Dazwischen komme ein Antrag des Herrn Günther, den Antrag des Herrn Lange auf Errichtung eines zweiten Volksbades am Magnitore abzulehnen, und statt dessen ein großes allgemeines Schwimmbad zu erbauen. Aus den hierüber am 3. März 1892 geführten Verhandlungen wolle er als Kuriosum mitteilen, daß Herr Kiefe damals die Aeußerung getan habe, man wolle hier nichts für eine große Badeanstalt ausgeben, während die Stadtverwaltung sich andererseits nicht bedacht habe, 150000 M. für Landeseisenbahnaktien fortzugeben, welche sich voraussichtlich niemals rentieren würden, obwohl die Vorteile der Landeseisenbahn für die Stadt doch sehr fraglicher Art seien, indem die Bahn ebensoviel Verkehr fortführe als heranziehe. (Heiterkeit.) Das Bessere ist der Feind des Guten und das zweite Bad kommt nicht weiter, bis Frau Bieweg der Stadt am 14. Juli 1894 30000 M. für ein Volksbad schenkte und später die ganzen Kosten mit 33220 M. übernahm. Auch hier sei der finanzielle Erfolg ein gleich guter. Die Ueberschüsse der Bäder habe man zu einem Fonds für die Erbauung weiterer Bäder zurückgelegt und betrüge dieser jetzt etwa 6000 M. Die hier gesammelten Erfahrungen seien für eine ganze Reihe von Städten vorbildlich geworden, denn von allen Seiten seien

Fragen gekommen, wie es ermöglicht worden, noch einen Ueberschuß dabei zu erzielen. Schließlich habe Herr Lange um Ueberlassung von Terrain an der Ritterstraße gebeten und sei das dort errichtete dritte Brausebad, zu welchem das Herzogliche Staats-Ministerium 3000 M beigesteuert habe, jetzt nahezu fertig. — Wenn man diesen geschichtlichen Hergang genau betrachte, so liege darin eine ebenso feine wie ausdrucksvolle Glorifizierung des Herrn Lange, denn aus den Akten gehe klar hervor, daß das Hauptverdienst an der Errichtung der Bäder dem Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen und hauptsächlich Herrn Lange zukomme. Man sehe also, wie auch ein einzelner Bürger, wenn er sich für eine Sache lebhaft interessiere, zu angenehmen Resultaten kommen könne. Nun stehe man heute davor, Herrn Lange in gewisser Weise den Dank für seine Tätigkeit zu sagen, der darin bestehen solle, Herrn Lange die Verwaltung der Bäder zu entziehen. Selbstverständlich sei dieses nicht die Absicht des Herrn Antragstellers gewesen, sondern es habe diesen nur sein prinzipieller Standpunkt zu dem Antrage geführt, während ihn nicht die Spur persönlicher Gerechtigkeit gegen Herrn Lange dazu geleitet habe. Auch der Herr Antragsteller teile die Ansicht, daß man Herrn Lange Dank schulde für seine langwierigen, dem Volkswohle dienenden Arbeiten. Es könnte sich heute also nur darum handeln, ob wir die Bäder, allein um dem vom Herrn Antragsteller befolgten Prinzipie zu entsprechen, in städtische Regie nehmen wollen. Die Stadt habe sich schon jetzt das Eigentumsrecht für sämtliche Bäder vorbehalten, auch unterliegen alle Etats derselben der Begutachtung und Beschlußfassung der städtischen Behörden; der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen bzw. Herr Lange übernehme also die Arbeit und die Stadt habe die Annehmlichkeit von den Bädern. Nach der Ansicht der Finanzkommission empfehle es sich aber unter keinen Umständen, die Bäder aus prinzipiellen Gründen in städtische Regie zu nehmen; man könne sich nur freuen, wenn man die Verwaltung der Bäder nicht stadtseitig zu übernehmen brauche, denn billiger, praktischer und schneller werde immer solche Sache geleitet, wenn das von einsichtsvollen Männern geschehe. Auch der Umstand, daß man den Bademeistern die Vorzüge der städtischen Arbeiter zuerkannt habe, könnte nicht als ein ausschlaggebendes Motiv dafür anzusehen sein, die Bäder in städtische Regie zu nehmen, man könne vielmehr dem Vereine nur sehr dankbar sein, daß er sich mit der Leitung der Bäder befaßt habe. Es liege aber umfoweniger ein Grund vor, dem Antrage zu entsprechen, als Herr Lange geäußert habe, die Bäder noch eine Zeit lang leiten zu wollen, um zu sehen, wie sich das dritte, ganz anders konstruierte Bad bewähren werde. Aus diesen Gründen sei die Finanzkommission einstimmig zu der Ansicht gekommen, nicht zu empfehlen, auf den Antrag einzugehen. Wenn einmal der Zeitpunkt eintreten sollte, daß weder der Verein noch Herr Lange die Leitung beibehalten wolle, werde der traurige Fall vorliegen, daß die Stadt die Leitung zu übernehmen habe; unter den heutigen Verhältnissen müßte doch wieder

Herr Lange gebeten werden, als Stadtverordneter die Bäder zu leiten. Deshalb habe er namens der Kommission vorzuschlagen, über den Antrag Aßmann zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Aßmann: Es habe noch niemand daran gezweifelt, daß die Badeanstalten gut gearbeitet haben. Um aber der hiesigen Einwohnerschaft etwas möglichst Vollkommenes zu bieten, sei damals von ihm befreundeter Seite beantragt worden, ein großes städtisches Schwimmbad zu errichten. Wenn in der Kommissionsitzung Herr Bürgermeister Ketemeyer habe durchblicken lassen, daß der Antrag nur darauf hinauslaufe, Herrn Lange von der Leitung der Bäder beseitigen zu wollen, so müsse er das zurückweisen. Was hindere auch daran, daß Herr Lange bei stadtseitiger Uebernahme der Bäder in die einzusetzende Deputation gewählt werde? Die Veranlassung zu dem Antrage sei vielmehr der Umstand gewesen, daß vermieden werden müsse, die Angestellten bei den Bädern als städtische Beamte zu betrachten, was eine Inkonsequenz insofern in sich schließe, als jemand, der in einem Privatbetriebe angestellt sei, von der Stadt Ruhelohn bekommen müsse. Wenn er diesen Ruhelohn auch gern bewilligt habe, so halte er es doch für richtiger, daß die Stadt die Verwaltung ihrer Bäder selbst übernehme. Im übrigen habe er noch nicht gefunden, daß Herr Lange bei der Verwaltung der Bäder unpraktisch gewesen wäre, sonst würde er schon mit einer Beschwerde gekommen sein. Der Herr Referent habe sodann besonders betont, daß billiger und schneller gearbeitet werden könne, wenn nicht der Magistrat, sondern eine Privatperson die Anstalten leite, das habe indeß auch seine Nachteile, da es ja schon vorgekommen sei, daß, als die Stadt für das Bad an der Ferdinandstraße habe Geld bewilligen sollen, das ganze Eingeweide des Gebäudes schon herausgerissen gewesen sei und der Referent damals seinem Unwillen darüber in der Versammlung Ausdruck gegeben habe. Richtiger sei es jedenfalls, wenn solche Sachen vorher besprochen und erst dann die Gelder bewilligt werden. Bei seinem Antrage handle es sich nur um eine praktische Seite, daß nämlich die Stadt selbst verwalten solle, was ihr gehöre, während persönliche Motive dabei nicht in Frage kämen. Er bitte nochmals um Annahme des Antrages.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte hierzu bemerken, daß er in der Kommission nicht gesagt habe, oder doch nicht habe sagen wollen, Herr Aßmann hätte den Antrag nur gestellt, um Herrn Lange aus der Verwaltung der Volksbäder herauszubringen; wohl aber habe er sich in ähnlicher Weise ausgedrückt wie der Herr Referent, daß nämlich bei Annahme des Antrages es den Anschein erwecken müßte, als wollte man Herrn Lange nicht mehr in der Verwaltung der Bäder belassen. Von keiner Seite seien aber Klagen gegen die Tätigkeit des Herrn Lange vorgebracht und auch der Herr Antragsteller wünsche die stadtseitige Uebernahme der Bäder nur aus prinzipiellen Gründen. Der Magistrat würde übrigens kaum in der Lage sein, diese Verwaltung zu übernehmen. Man könnte allerdings eine

Deputation der städtischen Behörden tätig sein lassen, jedoch wickelte sich diese Verwaltung so einfach ab, daß eine größere Deputation ihm nicht zweckmäßig zu sein scheine. So vielseitig die Tätigkeit der anderen Deputationen auch sei, so einseitig würde sich die Tätigkeit dieser Deputation gestalten, denn es handle sich um nichts anderes, als um den Ankauf von Holz, um die Ausgabe der Wäsche und die Einziehung des Geldes. Wenn der Magistrat der Versammlung mit einer derartigen Tätigkeit kommen würde, so würde sie sich dafür vielleicht bedanken, da es weder interessant noch nötig sei. Auch wenn Herr Lange später einmal die Verwaltung niederlegen sollte, wäre es vielleicht das beste, wenn zur Leitung dieser Sache eine Person gesucht würde, welche Erfahrung auf heiztechnischem Gebiete besitze.

Der Antrag der Finanzkommission — Uebergang zur Tagesordnung — gelangt sodann zur Annahme.

### **VIII. Ueberweisung des Vorratsvermögens der Gewerbeschule an die Kammereikasse.**

Gelegentlich der im Jahre 1886 erfolgten Uebernahme der Gewerbeschule hat die Stadt vom Kunstgewerbevereine zwei Kapitalien in Höhe von 34000 M und 30300 M zusammen 64300 M zum Eigentum überwiesen erhalten und zwar das letztere Kapital mit der Auflage, es für den Fall der Errichtung eines Gewerbeschulgebäudes zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen. Das infolge Tilgung mit übernommener Schulden auf 61826 M verringerte Gesamtkapital ist bisher als Sondervermögen der Gewerbeschule behandelt und hat in seinen Erträgen zur Bestreitung der laufenden Ausgaben derselben gedient. Nachdem inzwischen das neue Gewerbeschulgebäude mit einem Kostenaufwande von anschlagsmäßig 345000 M entstanden ist, beantragt der Magistrat, nicht nur das an zweiter Stelle aufgeführte, sondern das ganze zur Verfügung stehende Kapital von 61826 M der Kammereikasse zur Vermehrung ihres zu außerordentlichen Zwecken dienenden Vorratsvermögens zu überweisen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Fiedel berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### **IX. Ergänzung u. des Mobiliars im Ratskeller.**

Kurze Zeit nach Eröffnung des Betriebes im Ratskeller sind einige Einrichtungs- und Mobiliargegenstände von unbekannter Hand beschädigt worden. Die Wiederinstandsetzung der Mobilien wird einen Kostenaufwand von 77 M verursachen, zu dessen Tragung der Mieter Häffner verpflichtet erscheint. Dieser hat aber gebeten, ihm die Kosten nicht zur Last zu legen, weil ihm bei dem anfänglich äußerst lebhaften Besuche des Kellers eine genauere Ueberwachung der Räume nicht möglich gewesen sei. Wenngleich der Magistrat diese Begründung als zutreffend nicht aner-

kennen kann, so glaubt er doch, für das Mal der Versammlung die Verwilligung der Kosten empfehlen zu sollen, weil sich Herr Haffner damit einverstanden erklärt hat, daß künftig etwa vorkommende weitere Beschädigungen des Mobiliars ausschließlich durch die städtische Bauverwaltung auf seine Kosten beschafft werden. Hierdurch wird vermieden, daß an Stelle abgängig gewordener Stücke minderwertige Ersatzstücke in den Bestand des Mobiliars eingefügt werden, auch wird über die Frage, ob solches der Fall, jeder Streit hierdurch von vornherein ausgeschlossen. Demnach gibt der Magistrat Bewilligung der 77 M anheim.

Ferner hatte der Ratskellerwirt vor Eröffnung des Betriebes dringend um Lieferung verschiedener Mobilien für die Küche und die Nebenräume gebeten, deren stadtseitige Lieferung ursprünglich nicht vorgesehen war. Da die Beschaffung eines Teiles dieser Gegenstände geradezu notwendig, des anderen Teiles aber durchaus wünschenswert erschien, der Mieter sich auch erboten hat, den Anschaffungspreis zu rund 1900 M mit 6 % jährlich zu verzinsen, so hat der Magistrat die betreffenden Gegenstände anfertigen lassen. Die Versammlung wird nun ersucht, dieses Vorgehen gutzuheißen und die Kosten mit rund 1900 M nachträglich zu verwilligen.

Namens der Finanzkommission beantragt Herr Sander, der Vorlage zuzustimmen, was geschieht, nachdem eine Anfrage des Herrn Günther von Herrn Bürgermeister Ketemeyer dahin beantwortet war, daß die Täter des Unfugs im Ratskeller nicht ermittelt worden seien.

#### X. Erwerb eines Grundstücks zum Wirtschaftshofe.

Infolge Vergrößerung des städtischen Fuhrparks genügen die auf dem Wirtschaftshofe an der Taubenstraße hergerichteten Schuppen nicht mehr zur Unterbringung der verschiedenen Fuhrwerke und Geräte. Zur Aufstellung eines neuen Schuppens reicht aber das Terrain des Wirtschaftshofes nicht aus, auch empfiehlt es sich nicht, von dem benachbarten Grundstücke der städtischen Gasanstalt eine Fläche abzutrennen, der Magistrat gibt vielmehr anheim, das angrenzende Grundstück des Gärtners Genter in einer Größe von 27,30 a zum Preise von 16000 M (= 5,86 M pro qm) und gegen Ueberlassung eines Postens Dünger zu erwerben.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Lord berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

#### XI. Uebernahme der Reinigung von Promenadenflächen.

Die Versammlung wird ersucht, zu genehmigen, daß in Ansehung derjenigen Promenaden-Fußwege, deren Reinigung stadtseitig bewirkt werden soll, auch die Reinigung von Schnee und Eis, nicht aber die Pflicht zum Bestreuen bei Winterglätte, stadtseitig übernommen und dagegen im Einverständnis mit der Herzoglichen



Baudirektion die vereinbarte Zusatzrente von 170 M auf 272 M jährlich erhöht werde.

Nach dem Berichte des Herrn Schmidt findet die Finanzkommission gegen dieses Abkommen nichts zu erinnern.

Herr Peplics möchte bei dieser Gelegenheit anregen, ob es sich nicht empfehle, mit der nächtlichen Reinigung der Straßen eine Stunde später als bisher zu beginnen. Gerade zu Beginn der Straßenreinigung, also etwa um 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends, sei der Verkehr auf den Straßen sehr rege, weil dann die Versammlungen, Konzerte etc. zu Ende seien und gerieten dann die vielen Straßenpassanten in die Reinigungskolonnen hinein, was als eine Unannehmlichkeit nicht angesehen werden könne. Sollte sich die Straßenreinigung aber bei Verlegung der Arbeitszeit mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht ausführen lassen, so müßten die Kolonnen um einige Mann vermehrt werden. Der Straßenstaub der großen Städte enthalte alle möglichen, der Gesundheit schädlichen Substanzen, welche man von der Einwohnererschaft tunlichst fernhalten müsse. Hoffentlich werde die Straßenreinigungs-Deputation aus dieser Anregung Anlaß nehmen, sich mit der Sache einmal zu befassen.

Ferner wolle er darauf hinweisen, daß bei dem letzten Schneefalle die Abfuhr des Schnees vor den Toren sehr langsam vor sich gegangen sein solle und vielfach der Wunsch geäußert sei, es möchte dabei mit mehr Energie verfahren werden. An Arbeitskräften könne es nicht gefehlt haben, und würde sich hier sogar eine gute Gelegenheit geboten haben, einen weiteren Teil Arbeitsloser zu beschäftigen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

## **XII. Straßenkosten eines Teiles der Nebenstraße.**

Der Ausbau der Nebenstraße zwischen der Hamburger- und der Geysstraße hat einen Kostenaufwand von 47 709,45 M erfordert, und würde hiernach der Anliegerbeitrag sich auf 100,73 M für 1 m Frontlänge stellen. Wenn die Fahrbahn nicht gepflastert, sondern chaussirt wäre, würde der Beitrag nur 54,74 M betragen. Mit Rücksicht darauf, daß diese Mehrkosten auch auf anderen Kommunalwegen von der Stadt übernommen sind, ersucht der Magistrat, hier in gleicher Weise zu verfahren und den Anliegerbeitrag auf rund 55 M zu bemessen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Ebeling berichtet, zustimmt.

## **XIII. Aenderung an der Einrichtung der Markthalle.**

Da die halbumfriedeten Stände der Markthalle den Wünschen der die Halle beziehenden Verkäufer nicht entsprechen, so hat der Magistrat schon früher beantragt,

jene Stände durch Schaffung eines Querweges zugänglicher zu machen. Ein dahingehender Antrag des Magistrates ist aber in der Sitzung vom 3. Mai 1900 — Seite 53 des Berichtes — abgelehnt worden. Der Widerwille gegen die halb umfriedeten Stände ist nun aber inzwischen derart gewachsen, daß die Deputation sich veranlaßt sieht, eine Aenderung in der Markthalle insofern vorzuschlagen, als die nördlich gelegenen beiden Reihen der halb umfriedeten Stände einschließlich der Fischstände beseitigt und die stehenbleibenden südlichen Reihen dieser Stände durch Fortnahme je zweier Mittelstände dem Verkehr aufgeschlossen werden. Für das Wiederaufstellen der Fischstände wird der mittlere Teil der westlichen Umfassungsmauer in Vorschlag gebracht. Eine derartige Aenderung würde einen Kostenaufwand von etwa 2500 M verursachen. Der Magistrat ist hiermit einverstanden, ersucht aber, von Herstellung eines begehbaren Kanals für die Fischstände abzuweichen und dadurch den Kostenanschlag auf 1750 M zu ermäßigen. Dem Antrage des Magistrates, sich mit dieser Aenderung einverstanden zu erklären und die Kosten zu bewilligen,

schließt sich Herr Hauswaldt namens der Finanzkommission an, dabei die Bitte aussprechend, von einer allgemeinen Erörterung der Markthallenfrage für heute absehen zu wollen.

Herr Lord will sich vorbehalten, demnächst prinzipielle Aenderungen im Betriebe der Markthalle in Vorschlag zu bringen.

Herr Meyerhoff muß es für unrichtig halten, heute von einer allgemeinen Besprechung der Markthallenfrage abzuweichen. Seiner Ansicht nach müßten nicht allein die halboffenen Stände, sondern auch die leerstehenden Schlachterstände beseitigt und an den Seiten der Halle verteilt werden. Es fehle an offenem Raume in der Halle, deshalb solle man endlich einmal *tabula rasa* machen. Er ersuche, die Vorlage zurückzuweisen und den Magistrat zu ersuchen, in einer neuen Vorlage zu beantragen, den Innenraum der Halle möglichst frei zum machen und die Fleischstände an den Außenwänden zu verteilen.

Herr Stadtrat Meyer bittet demgegenüber um Annahme der Vorlage. Den Wünschen des Herrn Meyerhoff sei schon in einer früheren Vorlage entsprochen worden, welche aber die Versammlung abgelehnt habe. Wenn nun auch Magistrat und Deputation noch auf demselben Standpunkte ständen, so meine der Magistrat doch, daß es hinreichend wäre, den gegenwärtigen Verhältnissen und Bedürfnissen in der Markthalle durch Annahme dieser Vorlage zu entsprechen. Wenn sich dann zeigen sollte, daß auch der neugewonnene Raum nicht ausreiche, so könnten noch weitere Stände beseitigt werden, ohne daß dadurch eine Mehrausgabe entstehen würde.

Herr Koch steht noch heute auf dem Standpunkte, daß sich eine gründliche Besserung in den Verhältnissen der Markthalle nur schaffen lasse, wenn die sämtlichen

festen Stände an den Wänden heruntergelegt würden, da die Gänge zwischen den jetzigen Ständen an den Hauptmarkttagen viel zu eng seien, um den Verkehr aufzunehmen. Bei einer derartigen Verlegung der festen Stände würde sich der gesamte Verkehr auf die ganze Markthalle ausdehnen, was auch die Grünwarenhändler mit Freuden begrüßen würden. Zur Zeit herrschten in der Halle traurige Zustände, da manche Händler mittags noch nichts aufgenommen hätten. Wenn nicht bald Wandel geschaffen würde, gingen die ganzen Händlerinnen aus der Halle fort und erscheine es ihm nötig, entweder den Hausierhandel zu beschränken oder das Markthallenwesen unter eine Leitung zu bringen. Wenn heute der Hagenmarkt wieder für den Marktverkehr freigegeben würde, wären morgen dort alle Stellen besetzt und die Markthalle stände leer. Die Halle habe beinahe eine halbe Million gekostet und müßte sich doch schließlich auch selbst erhalten können. Wenn aber nichts zu deren Hebung geschehe, würde sie noch einen städtischen Zuschuß erfordern.

Herr Meyerhoff kann sich mit dem Standpunkte des Herrn Stadtrat Meyer nicht einverstanden erklären. Wenn die jetzige Vorlage genehmigt würde, stände man bezüglich der Fischstände bei der demnächstigen Vergrößerung des freien Raumes vor einer vollendeten Tatsache, oder man habe die Ausgabe für die Umlegung der Abflußrohre umsonst gemacht. Deshalb schlage er vor, die Fischstände vorläufig an ihrer jetzigen Stelle zu belassen.

Herr Stadtrat Meyer kann diese Bedenken zerstreuen, weil die Magistratsvorlage eine Verlegung der Wasserrohre gar nicht vorsehe. Bei Annahme des Antrages Meyerhoff brauchte überhaupt nichts in der Markthalle geändert zu werden, da dann an freiem Raum nichts von Bedeutung gewonnen würde. Seiner Meinung nach genügten die magistratsseitig beantragten Aenderungen zunächst vollkommen, alles Andere sei vorläufig Zukunftsmusik. Er bitte deshalb dringend um Annahme der Magistratsvorlage.

Die Versammlung genehmigt darauf die Vorlage.

#### XIV. Wasserklosetts für die höheren Mädchenschule.

Unter Ueberreichung eines Projectes zur Einrichtung von Wasserklosetts in dem Abortgebäude der höheren Mädchenschule beantragt der Magistrat, für diese Anlage einen Kredit von 4000 M zu bewilligen,

welchem Antrage Herr Müller namens der Schulkommission beitrifft, zugleich der Hoffnung Ausdruck gebend, es möchten auch die übrigen städtischen Schulen, soweit noch nicht geschehen, mit Wasserklosetts versehen werden.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

## XV. Wasserflosetts für mehrere Bürgerschulen.

Der Magistrat ersucht, auch in den Abortgebäuden der Bürgerschulen an der Eßernstraße, der Sidonienstraße und der Wilhelmstraße die Einrichtung von Wasserflosetts zu genehmigen und hierfür insgesamt 16 100 M zu bewilligen.

Wie Herr Müller berichtet, hat die Schulkommission gegen den Antrag nichts einzuwenden und gibt dessen Genehmigung anheim.

Herr Lange will darauf hinweisen, daß beabsichtigt werde, in dem Vorderhause der Schule an der Wilhelmstraße ein besonderes Klosett für die Lehrerinnen anzulegen, was nur unter Benützung der früheren Küche des Bedellen geschehen könne. Nun sei aber die jetzige Bedellenwohnung in dem Nebengebäude so feucht, daß eine Aenderung unbedingt notwendig erscheine. Man werde dort stets einen kalten Fußboden behalten, weil die Unterkellerung fehle und auch das Nachbargrundstück  $\frac{1}{2}$  m höher liege als der Fußboden dieser Wohnung. Nach seiner Meinung würde es sich empfehlen, die Bedellenwohnung wieder in das Vorderhaus zu verlegen und die dort eingerichteten Klassen in einen neu zu errichtenden Anbau zu verlegen, jedoch scheine der Magistrat hierüber anderer Meinung zu sein. Ohne hierauf weiter einzugehen, möchte er nur warnen, das Klosett der Lehrerinnen in die frühere Küche zu verlegen, weil es dadurch unmöglich gemacht werde, eine andere Bedellenwohnung in dem Vorderhause einzurichten. Unter diesem Vorbehalte bitte er um Genehmigung der Vorlage.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß sich der Magistrat mit dieser Frage noch nicht befaßt habe. In der Kommission habe er nur ausgeführt, daß es ihm bedenklich erscheine, einem Projekte ohne weiteres zuzustimmen, welches dahin gehe, den Ausgang nach der Abelnsarre zu verbauen und dort zwei Schulklassen einzurichten. Mit Rücksicht auf die bezüglich der Bedellenwohnung vorgetragenen Verhältnisse empfehle er, das Projekt der Einrichtung eines Klosetts für Lehrerinnen im Vorderhause der Schule auszuschalten.

Herr Nolte möchte bemerken, daß die Schulkommission beschloffen habe, den Magistrat zu ersuchen, dem unhaltbaren Zustande der Bedellenwohnung ein Ende zu machen. Er empfehle, die magistratsseitig beantragten Mittel unter dem Vorbehalte zur Verfügung zu stellen, daß das Klosett im Vorderhause nicht eher erbaut werde, bis die Frage der Bedellenwohnung entschieden sei.

Herr Müller kann dieses bestätigen. Von dem Vertreter des Magistrates sei aber ausgeführt worden, daß bei der Verlegung der Bedellenwohnung in das Vorderhaus zwei Klassenzimmer verloren gehen würden, für welche sich nur Ersatz durch einen Neubau schaffen lasse. Da die Verlegung der Bedellenwohnung dringend notwendig erscheine, empfehle er, den für das Klosett im Vorderhause geforderten Betrag von 500 M einstweilen von der Vorlage zurückzustellen.

Herr Nieß will bei dieser Gelegenheit eine Erfahrung mitteilen. In dem Hause des Architekten Rasche an der Kasernenstraße habe müssen ein Kellerraum zu einem Bureau eingerichtet werden, welchen man durch Verwendung von Linoleum mit untergelegten Korkplatten vollständig trocken und behaglich gemacht habe. Vielleicht lasse sich hieraus auch für die Bedellenwohnung Nutzen ziehen.

Die Vorlage wird darauf mit der Beschränkung angenommen, daß die für das Klosett im Vorderhause geforderten 500 M nur dann ausgegeben werden sollen, wenn sich ergibt, daß hierdurch die Verlegung der Bedellenwohnung nicht verhindert wird.

#### XVI. Fußwegbelag auf einem Teile der „Höhe“.

Auf Anregung der Straßenreinigungs-Deputation ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß der westliche Fußweg der „Höhe“ vor den Grundstücken *N* ass. 2780—2785 in einer Breite von 2,10 m mit Plattenbelag versehen und hierfür ein Betrag von 315 M aufgewendet werde.

Dem Antrage wird nach Befürwortung durch die Baukommission, für welche Herr Nieß berichtet, entsprochen.

#### XVII. Unterstützung für den Frauenhilfsverein „Elisabeth“.

Der Frauenhilfsverein „Elisabeth“ hat gebeten, ihm zur Unterstützung seiner Arbeit einen jährlichen Zuschuß aus der Luise Ottmer-Stiftung zu gewähren. Seitens des Magistrates wird beantragt, dem Vereine eine Unterstützung von 200 M zu verwilligen.

Wie Herr Brückmann berichtet, empfiehlt die Statutenkommission, zu beschließen, daß dem Vereine, welcher sich mit der Fürsorge für aus der Haft entlassene Mädchen befaßt, eine jährliche Unterstützung von 200 M bis auf Widerruf bewilligt werde,

welchem Antrage die Versammlung beitrifft.

#### XVIII. Aufnahme einer Klage (Vorchers).

Der Buchhalter Vorchers hat den Magistrat wegen Aufhebung eines polizeilichen Beschlusses verklagt. Dieser Beschluß geht dahin, daß der Kläger seiner Mutter eine monatliche Unterstützung von 6 M zahlen soll, nachdem sich herausgestellt hat, daß vom Vater des Klägers, dem geschiedenen Chemann seiner Mutter, eine Alimentation der letzteren nicht zu erlangen gewesen ist. Magistratsseitig wird ersucht, die Aufnahme des Prozesses zu genehmigen, da der Kläger bei 110 M Monatsgehalt wohl im Stande sei, 6 M für seine Mutter zu erübrigen.

Auf Empfehlung der Statutenkommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### **XIX. Aufnahme einer Klage (Wedler).**

Der Kreismaurermeister Wilhelm Wedler hat gegen den Magistrat eine Klage gerichtet, welche sich als unbegründet darstellt. Auf dem klägerischen Grundstücke ruht nämlich die Eigentumsbeschränkung, daß die auf ihm zu errichtenden, an der Fasanenstraße gelegenen Gebäude ohne Zustimmung des Magistrates nicht mehr als drei Stockwerke halten dürfen, wobei Erkerwohnungen, bezw. 1 m hohe Drenkeln über dem dritten Geschoße zulässig sind. Der Kläger will nun auf seinem an der Bode- und der Fasanenstraße liegenden Grundstücke ein Haus errichten dürfen, welches nach dem vorgelegten Bauplane im Widerspruch mit dieser Beschränkung steht. Der Magistrat kann nicht anerkennen, daß das Haus nach dem vorgelegten Projekte an der Fasanenstraße nur 3 Stockwerke mit Erker enthält, es umfaßt vielmehr auch nach dieser Straße zu 4 Stockwerke, von denen das oberste nur nicht in voller Ausdehnung als ganzes Geschoß ausgebaut werden soll. Die klägerischen Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit der Eigentumsbeschränkung hält der Magistrat nicht für stichhaltig, bezweifelt aber auch, daß zu der ganz allgemein gehaltenen Feststellungs-klage Veranlassung gegeben ist. Dem Antrage, die Genehmigung zur Aufnahme des Prozesses zu erteilen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden.

### **XX. Antrag Koch: Entlastung des Spohrplatzes.**

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, einen Teil des am Siegesplätze gelegenen freien Platzes dem Herzoglichen Staatsministerium einstweilen zur Verfügung zu stellen, damit das auf dem Spohrplatz lagernde Steinmaterial dort hingebracht werde“.

Zur Begründung führt Herr Koch aus, daß die Anlieger des Spohrplatzes durch die Lagerung der Steine von der Paulinerkirche arg geschädigt seien und er bitte, für die Steine lieber den von ihm bezeichneten Platz zur Verfügung zu stellen, zumal die Lagerung jahrelang dauern könne.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

### **XXI. Antrag Günther: Arbeitslozenzählung.**

Den Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine demnächst anzustellende Arbeitslozenzählung in die Wege zu leiten“,

begründet Herr Günther damit, daß er nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zu Punkt VI der Tagesordnung es für nötig gehalten habe, den Antrag zu stellen, um die Sache nach Möglichkeit zu beschleunigen. Er bitte um sofortige Beratung des Antrages.

Nachdem die sofortige Beratung abgelehnt war, wird der Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

Schließlich macht Herr Ribbentrop noch darauf aufmerksam, daß durch das Aushängen der Bahnhofspläne im Saale die Akustik desselben gebessert zu sein scheint und der Magistrat hieraus vielleicht Anlaß nehme, eine dauernde Besserung der akustischen Verhältnisse herbeizuführen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 5 bis 8 Uhr.

---

1902/1903.N<sup>o</sup> 11.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 5. März 1903.

---

#### Tagesordnung:

|       |                                                                                          |           |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Entlassungsgeſuch eines Stadtverordneten . . . . .                                       | Seite 258 |
| II.   | Ueberschreitung der Baurebite für die Gewerbeschule und eine Bürger-<br>schule . . . . . | " 259     |
| III.  | Ausbau eines Teiles der südlich der Weststraße projektierten Straße . .                  | " 272     |
| IV.   | Baulichkeiten im Altstadt-Rathause . . . . .                                             | " 273     |
| V.    | Erneuerung eines Rohres in der Desinfektionsanstalt . . . . .                            | " 274     |
| VI.   | Antrag Koch: Entlastung des Spohrplatzes . . . . .                                       | " 275     |
| VII.  | Antrag Günt her: Arbeitslozenzählung . . . . .                                           | " 277     |
| VIII. | Errichtung neuer Bürgerschulklassen . . . . .                                            | " 279     |
| IX.   | Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke zc. im Jahre<br>1901/02 . . . . . | " 280     |
| X.    | Aufhebung von Begeflächen an der Roßstraße . . . . .                                     | " 280     |
| XI.   | Abkommen wegen Terrainabtretung an der Höfenstraße . . . . .                             | " 280     |
| XII.  | Ausbau der Höfenstraße . . . . .                                                         | " 281     |
| XIII. | Anstellung von Schulärzten . . . . .                                                     | " 282     |



|        |                                                                               |           |
|--------|-------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XIV.   | Ausbau zc. eines Teiles der Hildesheimerstraße . . . . .                      | Seite 289 |
| XV.    | Hundesteuer-Erlaßgesuche. . . . .                                             | " 290     |
| XVI.   | Verpachtung der Eisenbütfler Mühlen . . . . .                                 | " 290     |
| XVII.  | Plattenbelag auf einem Teile der Hamburgerstraße . . . . .                    | " 291     |
| XVIII. | Antrag Gehling: Verbreiterung des westlichen Eingangs zur Südstraße . . . . . | " 291     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträte Götte, Haake, Heymann, Meyer, von Frankenberg und Seele, sowie Regierungs-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Göcke, Hauswaldt, Kieß und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und teilt zunächst den Eingang folgender Schriftstücke mit:

- 1) Schreiben des Magistrates, nach welchem bei den diesjährigen Neuwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung gewählt worden sind die Herren Frühling, Wolff, Ribbentrop, Semler, Fiedel, Lord, Blasius, Esdorn, Herzberg, Jäpper, Wedemeyer und Wiehle;
- 2) Einladung der Straßeneisenbahn-Gesellschaft zu einer Besichtigung des Lichtwerkes an der Wilhelmstraße;
- 3) Gesuch der Frau Auguste Bommer, dahin zu wirken, daß die Asphaltierung der Straße „am Hohentore“ im nächsten Haushaltsplane vorgesehen werde, weil das Lärmen der Fuhrwerke nicht auszuhalten sei;
- 4) Ersuchen des Steinsetzers Eduard Pape um Beschäftigung der hiesigen Steinsetzer und um gleichmäßige Vergebung der städtischen Arbeiten an die hiesigen Unternehmer, damit nicht einzelne die Gesellen entlassen müssen und andere dagegen fremde Gesellen heranziehen.

Die beiden letzteren Eingaben werden dem Magistrate als Material überwiesen.

Hierauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

### 1. Entlassungsgesuch eines Stadtverordneten.

Der Stadtverordnete, Herr Göcke, ersucht, ihn von seinem Mandate als Stadtverordneter der dritten Wahlklasse zu entbinden und zwar mit der Begründung, daß er von den Wählern der zweiten Klasse als Ersatzmann für den Stadtverordneten Wagner gewählt sei und er die Absicht habe, dieses Mandat anzunehmen.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff empfiehlt die Statutenkommission, das Gesuch abzulehnen und zwar aus folgenden Gründen: Es unterliege allerdings dem freien Willen eines Stadtverordneten, ob er sein Amt niederlegen wolle oder nicht, jedoch seien von ihm auch die gesetzlichen Folgen einer Niederlegung zu

tragen. Nur dann, wenn der Betreffende in solchen häuslichen und geschäftlichen Verhältnissen stehe, daß man ihm nicht zumuten könne, das Amt weiterzuführen, habe das pflichtmäßige Ermessen der Stadtverordneten darüber zu befinden, ob die Niederlegung zulässig sei. Von einem solchen Falle könne hier aber keine Rede sein. Der Grund, aus welchem Herr Göcke Entbindung von seinem Amte wünsche, sei im Gesetze nicht vorgesehen. Es müsse deshalb Herrn Göcke überlassen bleiben, Stellung zu der Neuwahl zu nehmen, aber die Versammlung könne ihn von seinem jetzigen Mandate nicht befreien.

Herr Aßmann hat ungefähr dieselben Gründe wie der Herr Referent gegen den Antrag des Herrn Göcke vorbringen wollen, müsse sich jedoch wundern, daß der Magistrat dem gegenüber beschloffen habe, die Wahl des Herrn Göcke als gültig zu erklären. (Lebhafter Widerspruch. Zurufe: Das Wahlverfahren!) Also das Wahlverfahren solle gültig sein und die Stimmen nicht, welcher Unterschied darunter sein solle, wisse er nicht. (Widerspruch.) Herr Göcke könne also aus seinem Amte nicht entlassen werden und könne insofgebeßten auch das neue Mandat nicht annehmen.

Das Gesuch des Herrn Göcke wird darauf abgelehnt.

## II. Ueberschreitung der Baufredite für die Gewerbeschule und eine Bürgerschule.

Wie Herr Frühling namens der Baukommission berichtet, ist schon im August v. Js. vom Magistrate eine Vorlage eingegangen, welche sich mit dieser Kreditüberschreitung beschäftigte. Danach betrug der Anschlag für die Bürgerschule an der Pestalozzistraße 475 000 M., während die wirkliche Ausgabe sich auf 521 860,<sup>32</sup> M. und danach die Ueberschreitung auf 46 860,<sup>32</sup> M. belief. Bei der Gewerbeschule betrug der Anschlag 345 000 M., die verbrauchte Bausumme dagegen 395 795,<sup>86</sup> M. und die Mehrausgabe 50 795,<sup>86</sup> M. Die Gesamtüberschreitung beträgt danach 97 656,<sup>18</sup> M. Diese Vorlage wurde der Versammlung überwiesen mit dem Anheimgeben, die Ueberschreitung für gerechtfertigt zu erklären. Die Vorlage war von einem Berichte der städtischen Bauverwaltung begleitet, welcher die Ueberschreitungen damit begründete, daß, erstens, die Fundamente wesentlich mehr Kosten verursacht hätten, als ursprünglich angenommen war, und zwar bei der Gewerbeschule 12 637 M., bei der Bürgerschule 13 511,<sup>06</sup> M., zusammen 26 148,<sup>06</sup> M. Zweitens wurde die Mehrausgabe damit begründet, daß sehr viel „Unvorhergesehenes“ besonders bei der Gewerbeschule vorgekommen wäre. Diese Ueberschreitung ist berechnet zu 6 206,<sup>75</sup> M. Endlich drittens ist die Ueberschreitung begründet mit der Erhöhung der Arbeitslöhne und der Materialpreise, welche um etwa 15 % gestiegen seien. Diese letzteren Mehrausgaben berechneten sich zu rund 33 000 M. bei der Bürgerschule und zu 32 000 M. bei der Gewerbe-

schule, zusammen zu rund 65 000 M. Hiernach entfallen von der Ueberschreitung etwa ein Drittel auf die Fundamente und auf Unvorhergesehenes und etwa zwei Drittel auf die Erhöhung der Arbeitslöhne und der Materialien.

Sodann ist von der städtischen Bauverwaltung noch angeführt worden, daß sie bestrebt gewesen sei, die Ueberschreitungen möglichst einzuschränken, und daß aus diesem Grunde einzelne der in Aussicht genommenen Arbeiten nicht ausgeführt worden seien, so z. B. eine Uhr in der Bürgerschule, Paneele in der Gewerbeschule und anderes.

Auf diese allgemeinen Erklärungen war die Begründung beschränkt und enthielt weitere zahlenmäßige Nachweisungen für die Ueberschreitung nicht. Unter diesen Umständen war es uns nicht möglich, in eine sachliche Prüfung der Ueberschreitung einzutreten. Die Baukommission hat deshalb gebeten, ihr weitere rechnerische Begründungen zukommen zu lassen, und besonders die Voranschläge und die Revisionsanschläge vorzulegen, denn ein Vergleich dieser beiden Anschläge würde ohne weiteres alle diejenigen einzelnen Posten ergeben, bei denen eine Ueberschreitung stattgefunden hat, und er würde auch die Gründe der Ueberschreitungen sofort erkennen lassen.

Darauf ist nun ein weiterer Bericht der städtischen Bauverwaltung eingegangen, in welchem zunächst gesagt worden ist, daß spezielle Kostenanschläge nicht gemacht seien. In Ermangelung dieser sind dem Berichte dann Nachweisungen beigelegt über alle einzelnen bei der Ausführung entstandenen Mehrkosten, berechnet nach den dem Kostenüberschlage zu Grunde gelegten Preisen der Schule an der Heinrichstraße, und Zusammenstellung aller gezahlten Rechnungen und der betreffenden Beläge.

Die letzteren Zusammenstellungen ergeben, daß die aufgeführten Kosten richtig und vollständig für die in Rede stehenden Bauten ausgegeben sind. Weiteres ist daraus nicht zu ersehen und somit sind auch unsererseits besondere Bemerkungen zu denselben nicht zu machen. Wir können Ihnen daher hierzu nur den Antrag stellen, beschließen zu wollen:

„Die Versammlung nimmt die stattgehabten Ueberschreitungen zur Kenntnis und bewilligt nachträglich die gemachten Mehrausgaben“.

Wir glauben indessen an die Zusammenstellungen noch die Bemerkung knüpfen zu müssen, daß unserer Meinung nach die Mehrbewilligung nicht erst jetzt, wo die Gelder bereits längst verausgabt sind, bei uns hätte beantragt werden dürfen, sondern früher und zwar so rechtzeitig, daß die Versammlung dazu sich äußern und Stellung nehmen konnte. Sollte dies teilweise nicht möglich gewesen sein ohne die Bauausführung zu verzögern, was natürlich nicht im Sinne der Versammlung liegen kann, so hätte uns wenigstens eine entsprechende Mitteilung

gemacht werden müssen, damit die Versammlung unterrichtet war und in die Lage kam, bei Fortführung des Baues unter Umständen hierauf Rücksicht zu nehmen.

Wir glauben im Sinne der Versammlung zu handeln, wenn wir bei dieser Gelegenheit den Magistrat bitten, Anordnung treffen zu wollen, daß uns in Zukunft rechtzeitig von derartigen Vorkommnissen Mitteilung gemacht und rechtzeitig bei uns die Bewilligung etwa erforderlich werdender Mehrkosten beantragt werde.

Ich komme nun zu den Nachweisungen der Mehrkosten. Diesen Nachweisungen ist noch ein Bericht beigelegt, welcher als die Ursache der Mehrausgaben dasjenige wiederholt, was bereits in dem früheren Berichte gesagt war, dann aber noch eine Bemerkung hinzufügt, welche ein sehr überraschendes Resultat enthält. Es wird nämlich erklärt, daß wir eigentlich, wenn die Mehrkosten für die Fundamente und die Erhöhung der Arbeitslöhne u. nicht eingetreten wären, eine wesentliche Ersparnis bei beiden Bauten gemacht hätten. Das ist ja ein sehr schönes Bild und es bleibt dabei nur bedauerlich, daß es sich nicht verwirklicht hat. Aber von dem Standpunkte der bitteren Wirklichkeit betrachtet trägt diese Eröffnung durchaus nicht dazu bei, die Sachlage zu verbessern, sondern sie verschlechtert sie noch sehr wesentlich.

Die uns in Aussicht gestellte Ersparnis ergibt sich nämlich daraus, daß in den Nachweisungen der Mehrkosten für die Bürgerschule nachgewiesen sind in Summa 73 680,24 M. Da nun bloß mehr verausgabt sind 46 860,32 M., so muß die verbleibende Differenz von 26 819,92 M. gedeckt sein durch Ersparnisse, welche an anderer Stelle gemacht sind. Und diese Summe ist es, die uns als das gute Endergebnis, als Ersparnis, gezeigt wird für den Fall, daß die Vergrößerung der Fundamente und die Erhöhung der Preise nicht eingetreten wäre. Das Ungünstige, das sich nun im Gegensatz hierzu für die Wirklichkeit ergibt, ist, daß die Mehrkosten bei dieser Schule nicht bloß 46 860,32 M. betragen haben, sondern 73 680,24 M. und daß nur durch Verrechnung von anderweitig gemachten Ersparnissen auf diese Ueberschreitung die notwendigen Nachbewilligungen auf die Summe von 46 860,32 M. herabgedrückt werden.

Ebenso ist es bei der Gewerbeschule. Hier sind Mehrkosten nachgewiesen von 74 576,87 M., welche durch Ersparnisse von 23 781,01 M., die anderweitig gemacht sein müssen, für die Nachbewilligung heruntergehen auf 50 795,86 M.

In Summa betragen also die nachgewiesenen Mehrkosten nicht 97 656,18 M., sondern 148 257,11 M. und sie ermäßigen sich nur auf die erste Summe durch Verrechnung der gedachten, an anderer Stelle ersparten 50 600,93 M.

Auffällig ist, daß dieses Resultat sich erst aus den Zusammenstellungen ergeben hat, wenn ich auch nicht unterlassen will, darauf hinzuweisen, daß bereits in dem ersten Berichte von der städtischen Bauverwaltung hervorgehoben ist, es seien zur

Erreichung von Ersparnissen einzelne Arbeiten überhaupt nicht ausgeführt. Immerhin muß man hiernach annehmen, daß diese Ersparnisse in ihrer ganzen Höhe auch der Bauverwaltung erst durch die jetzt nachträglich gemachten Zusammenstellungen zur vollen Erkenntnis gekommen sind.

Dieses Resultat gibt aber nicht nur bezüglich der Höhe der Ueberschreitungen zu einer Bemerkung Veranlassung, sondern auch noch in einer anderen Richtung, nämlich wie die Bauverwaltung die Bewilligung solcher Baugelder auffaßt. Offenbar ist dieselbe hiernach der Meinung, daß sie ganz freie Hand habe über die bewilligten Mittel und sie unbeschränkt in beliebiger Weise für den betreffenden Bau verwenden könne. Ja, daß sie sogar direkt bei der Bewilligung bezeichnete Teile fortlaffen und dafür andere Arbeiten ausführen lassen könne. Auf diesen Standpunkt können wir uns nicht stellen, wir sind vielmehr der Meinung, daß die Bewilligung nicht als Pauschalsumme, sondern in Gemäßheit der vorgelegten Pläne und Anschläge erfolgt ist und daß es nicht zulässig ist, das eine, in dem Anschläge vorgesehene, wegzulassen und anderes auszuführen. In gewissem Grade muß ja eine Uebertragbarkeit der bewilligten Summe gestattet werden, so z. B. innerhalb derselben Titel, aber es darf ein solches Recht doch nicht ganz allgemein beansprucht und ausgeübt werden. So durfte z. B. nicht einfach die Uhr bei der Bürgerschule weggelassen und dafür vielleicht eine größere Summe an Tagelöhnen ausgegeben werden, ebenso durfte nicht die Holztäfelung in der Gewerbeschule unausgeführt bleiben und dafür ein anderes Dach, oder eiserne Fensterrahmen oder sonst etwas beschafft werden. Gelegentlich einer anderen Beratung über die Bürgerschule an der Voigtz-Rheßstraße ist uns erklärt worden, daß die Fortlassung der Holzpaneele ganz untunlich sei, schon weil sonst die Reparaturkosten zu groß werden würden. Wir haben uns hiermit in diesem Falle beschieden und die Holztäfelung als notwendig anerkannt, und nun hat im Gegensatz hierzu dieselbe Bauverwaltung hier bei der Gewerbeschule die bewilligten Paneele einfach fortgelassen, weil inzwischen das Geld anderweitig aufgebraucht war. Das ist doch nicht zulässig. Wenn die städtische Bauverwaltung berechtigt sein sollte, in solcher Weise vorzugehen, dann würde jede Unterhaltung in der Versammlung über derartige Punkte wertlos sein.

Diesem unferen Standpunkte dürfte vielleicht bei der jetzt vorliegenden Bewilligung Ausdruck zu geben sein, indem die Versammlung ihrem Rechte, die Verwendung der Ersparnisse ebenso zu bewilligen wie die Mittel für Ueberschreitungen, in der Form der Bewilligung Ausdruck gibt. Wir stellen daher der Versammlung anheim, die von uns Ihnen empfohlene Nachbewilligung eventuell in folgender Form zu erteilen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von der bei dem Bau der Schule an der Pestalozzistraße stattgehabten Kostenüberschreitung in Höhe von

73 680,<sup>24</sup> M; sie stimmt zu, daß die bei demselben Bau gemachten Ersparnisse in Höhe von 26 819,<sup>92</sup> M auf diese Ueberschreitung verrechnet werden und sie bewilligt nachträglich den Rest der Ueberschreitung mit 46 860,<sup>32</sup> M."

Der Antrag auf Genehmigung der Kostenüberschreitung bei der Gewerbeschule würde gleichlautend zu halten sein, nur daß die betreffenden Summen sich ändern auf 74 576,<sup>87</sup> M bezw. 23 781,<sup>01</sup> M und 50 795,<sup>86</sup> M.

In Wirklichkeit kommt bei dieser Art der Bewilligung dasselbe heraus, wie bei unserem ersten Antrage, aber vielleicht halten Sie es für zweckmäßig, gleich hier den Standpunkt zu betonen, daß Sie derartige weitgehende Uebertragungen in solchem Umfange nicht für zulässig halten.

Was nun die Mehrkosten selbst betrifft, so entfallen davon nach der Angabe der städtischen Bauverwaltung erstens auf verstärkte Fundamente rund 26 000 M, zweitens auf Unvorhergesehenes rund 6200 M, und drittens auf die Preissteigerung der Rest mit rund 115 000 M, oder etwa  $\frac{1}{3}$  auf die beiden ersten Posten und  $\frac{4}{5}$  auf die Preissteigerung.

Die beiden ersten Posten erkennen wir an und haben dazu weiteres nicht zu bemerken.

Ueber den letzteren bemerkt die städtische Bauverwaltung, daß diese Kosten-erhöhung verursacht sei durch eine Preissteigerung von durchschnittlich 15 % und daß sie sich ziemlich gleichmäßig über die Arbeiten verteile. Dies ist schon mit Rücksicht darauf, daß die städtische Bauverwaltung selbst auf die an anderer Stelle gemachten Ersparnisse hinweist, nicht wohl haltbar. Das Unzutreffende ergibt sich aber noch klarer, wenn man ausrechnet, auf welche Summen des Anschlages sich denn nun eigentlich die nachgewiesenen Mehrkosten verteilen. Da ergibt sich für die Bürgerschule, daß die berechnete Gesamtüberschreitung von rund 73 000 M inkl. der Fundamentüberschreitung eingetreten ist bei Arbeiten, welche nach der Zusammenstellung in Summa zu 241 000 M veranschlagt waren, also bei etwas mehr als der Hälfte des Anschlages, und daß daher bei der anderen verbleibenden Hälfte des Anschlages von 234 000 M die Ersparnisse von 26 000 M gemacht sein müssen. Die Ueberschreitung ist also einmal für die betreffenden Positionen viel höher als 15 % und zweitens keineswegs gleichmäßig verteilt. Ebenso sind bei der Gewerbeschule die Mehrkosten von rund 74 400 M nachgewiesen für Arbeiten, welche mit in Summa 229 000 M veranschlagt waren, sodaß hier die zu 23 300 M angegebenen Ersparnisse auf den vom Anschlage verbleibenden Rest von 116 000 M entfallen.

Auch bei einer Prüfung der Nachweisungen in dieser Richtung bezüglich der einzelnen Titel ergibt sich das gleiche, so ist z. B. bei Tit. I Maurer- und Steinhauerarbeiten die Ueberschreitung berechnet: bei der Bürgerschule, bei einer

Ausgabe von rund 100 000 M für Material, zu 19 000 M gleich 24 %, bei einer Ausgabe von rund 90 000 M für Akkordarbeiten zu Null, bei einer Ausgabe von rund 25 700 M für Tagelohnsarbeiten zu 6900 M gleich 37 %. Bei der Gewerbeschule ebenso für Tit. I, bei einer Ausgabe von rund 57 000 M für Material, zu 11 600 M gleich 25 %, bei 56 700 M für Akkordarbeiten zu 3000 M gleich  $5\frac{1}{2}$  %, bei 33 800 M für Tagelohnsarbeiten zu 8000 M gleich 31 %.

Hiernach können wir der Begründung, daß diese Ueberschreitungen sich aus einer allgemeinen Steigerung der Preise für Arbeitslöhne und Material von rund 15 % ergeben haben, nicht beitreten. Wir sind vielmehr der Meinung, daß außer der Preissteigerung hauptsächlich mitgewirkt hat an der Kostenüberschreitung die Art der Ausführung und der Umstand, daß die Bauten ganz ohne vorherigen Spezialanschlag ausgeführt sind. Wenn dem gegenüber sehr häufig gesagt wird, wozu brauchen wir einen Anschlag, die Mehrkosten müssen wir ja doch bezahlen, so ist dieses ein ganz verkehrter Standpunkt. Der Anschlag gibt nicht allein die Preise, sondern auch zusammen mit den Zeichnungen die genaue Beschreibung der auszuführenden Arbeiten, und er ist deshalb unentbehrlich, sowohl für den auszuführenden Handwerker, wie für den bauleitenden Beamten und vor allem für den Bauherrn. Bei dem Fehlen eines Anschlages weiß der Handwerker nicht genau, was er tun soll, es müssen Aenderungen vorgenommen werden. Der Handwerker kommt dabei sehr häufig um seinen Gewinn, der Bauherr aber muß die Mehrkosten tragen. Auch der leitende Baubeamte hat während des Baues gar keinen Ueberblick, wie er mit den bewilligten Geldern steht. Zunächst ist Geld reichlich da, dann wird aus dem vollen gewirtschaftet, nachher wird das Geld knapp, dann muß überall gedrückt und gespart werden. Das ist für alle Teile höchst ungünstig, die Kosten aber fallen immer dem Bauherrn zur Last.

Auch eine übersichtliche Buchführung, die den Bauleitenden jeder Zeit über den Stand des Baues und die noch disponibeln Mittel orientiert, muß vorhanden sein. Allerdings ist auch dies nur möglich, wenn ein vollständiger Spezialkostenanschlag vorher gemacht ist und der Buchung zu Grunde gelegt werden kann. Im vorliegenden Falle hat das ganz gefehlt. Als Beispiel hierfür möchte ich anführen, daß beim Mobiliar in der Bürgerschule noch eine Ueberschreitung von rund 10 000 M gemacht ist, nachdem die sonstigen Mehrkosten sich bereits auf rund 63 000 M beliefen. Der bauleitende Beamte würde eine solche weitere Ueberschreitung wohl nicht gemacht und auf seine Verantwortung genommen haben, wenn er diesen Zustand gekannt resp. aus der Buchung sich darüber hätte sicher informieren können. Für den Bauherrn ist ein Spezialanschlag aber besonders notwendig, weil er sonst die für den Einzelfall zu machenden Geldauswendungen gar nicht bemessen kann, sondern bezahlen muß, was verwendet ist und danach gefordert wird.

Wenn eingeworfen wird, daß es bei der Forderung eines Anschlages mit dem schnellen Bauen aufhöre, so ist das auch nicht richtig, da die Zeit, welche die Aufstellung des Anschlages in Anspruch nimmt, am besten für den Bau verwendet ist. Wenn ein Anschlag fehlt, müssen die Handwerker häufig mitten in der Arbeit anhalten, und Anweisung über das, was geschehen soll, einholen, oder sie müssen Mißverständenes abändern. Hierdurch treten weit größere Verzögerungen in der Bauausführung ein, als dadurch, daß mit dem Beginne des Baues so lange gewartet wird, bis der Anschlag fertig ist.

Auch eine Beschränkung in der künstlerischen Ausgestaltung kann durch die Forderung eines Anschlages nicht bewirkt werden. Dafür können unter dem Titel „Insgemein“ oder an anderen Stellen besondere Mittel gefordert werden, und die Versammlung wird dieselben in dieser Form gewiß stets gern bewilligen.

Endlich habe ich noch zu bemerken, daß diese Bauten mit einer Unmasse Tagelohnsarbeiten belastet sind. Auch dies ist eine Folge davon, daß ohne Anschlag gebaut ist, daß die auszuführenden Arbeiten nicht hinreichend und rechtzeitig bestimmt waren. Allein in Tit. I „Maurerarbeiten“ sind an Tagelöhnen angewendet für die Bürgerschule rund 25700 M., für die Gewerbeschule rund 71800 M., zusammen 97500 M., gegenüber nur 147200 M. für Affordarbeiten in diesem Titel. Die Tagelohnsarbeiten sind an und für sich sehr viel teurer als Affordarbeiten, im vorliegenden Falle kommen auf dieselben aber auch noch Erhöhungen von 31 resp. 37% gegenüber einer Erhöhung von nur  $5\frac{1}{2}\%$  bei den Affordarbeiten.

Lag uns die Pflicht ob, diese Umstände klar zu legen, so haben wir andererseits aber auch anzuerkennen, daß wir nicht berechtigt sind, etwa den ausführenden Beamten wegen dieser Umstände einen direkten Vorwurf zu machen, denn wir müssen gleichzeitig konstatieren, daß die Bauausführung den bisherigen Gepflogenheiten entsprochen hat, daß bisher immer so gebaut ist und daß wir zu der eingehenden Untersuchung dieser Sache erst veranlaßt sind durch die außergewöhnliche Höhe der diesmaligen Ueberschreitungen. Wir erblicken in den vorgetragenen Umständen aber eine Lücke in der Organisation der Bauausführung, von der wir glauben, daß sie für spätere Fälle ausgefüllt werden muß und wir meinen daher, daß feste Grundsätze aufgestellt und vereinbart werden müssen, nach denen die städtischen Bauausführungen in Zukunft behandelt werden sollen. Geschieht dies, so könnte dabei auch gleichzeitig die Art der Vergabung der Arbeiten geregelt werden, auch diese hat eine Rolle bei der Ueberschreitung der Arbeiten gespielt. Auf Einzelheiten hierüber haben wir in der Kommission nicht eingehen wollen, sondern wir haben es nur für notwendig gefunden zu konstatieren, daß wir, und mit uns wohl die ganze Versammlung, in dieser Beziehung besonders Gewicht darauf legen, daß die Wünsche der beteiligten städtischen Handwerker und Arbeiter überall soweit berück-



sichtigt werden, wie es die Interessen der Stadt als Bauherr irgend erlauben. In dieser Beziehung sind schon seit Jahren Beschwerden und Wünsche laut geworden und es hat die Vereinigung der Handwerksmeister auch schon direkt Vorschläge und Anträge eingereicht. Wir glauben, daß diese sich erheblich besser im Zusammenhange mit allgemeinen Bestimmungen über die Bauausführung regeln lassen, als abgetrennt hiervon, allein für sich, und empfehlen deshalb auch diese Sache bei der eventuellen Festsetzung von Grundsätzen für die städtischen Bauten mit einzubeziehen.

Demgemäß stellen wir folgende Anträge:

- 1) „Die Versammlung nimmt die bei dem Bau der Bürgerschule an der Pestalozzistraße und der Gewerbeschule gemachte Kostenüberschreitung zur Kenntnis und bewilligt nachträglich diese Mehrkosten mit 46860,<sup>32</sup> M für die Bürgerschule an der Pestalozzistraße und mit 50795,<sup>86</sup> M für die Gewerbeschule“,

eventuell aber wird beantragt zu beschließen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von der bei dem Bau der Schule an der Pestalozzistraße stattgehabten Kostenüberschreitung in Höhe von 73680,<sup>24</sup> M; sie stimmt zu, daß die bei demselben Bau gemachten Ersparnisse in Höhe von 26819,<sup>92</sup> M auf diese Ueberschreitung verrechnet werden und sie bewilligt nachträglich den Rest der Ueberschreitung mit 46860,<sup>32</sup> M“.

Der Antrag auf Genehmigung der Kostenüberschreitung bei der Gewerbeschule würde gleichlautend zu halten sein, nur daß die betreffenden Summen sich ändern auf 74576,<sup>87</sup> M bezw. 23781,<sup>01</sup> M und 50795,<sup>86</sup> M.

- 2) „Die Versammlung wolle die Einsetzung einer gemischten Kommission (Deputation) beschließen zur Ausarbeitung von Grundsätzen, nach denen in Zukunft bei den städtischen Bauausführungen verfahren werden soll“.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Ueberschreitung der Kredite, welche für die beiden hier zur Erörterung stehenden Bauten bewilligt waren, ist recht unangenehm, nicht am wenigsten für mich, der ich die Finanzen der Stadt zu bearbeiten habe, jedoch beurteile ich die Ueberschreitung anders, als die Baukommission, welche meiner Ansicht nach nicht gehörig die außergewöhnlichen Umstände gewürdigt hat, welche in Wirklichkeit die Ueberschreitung veranlaßt haben. Ich will das nicht näher in Bezug auf die Gewerbeschule ausführen, weil ich dabei nicht so orientiert bin, wohl aber möchte ich in Bezug auf die Bürgerschule an der Pestalozzistraße mich darüber äußern. Wir sind aus finanziellen und schultechnischen Gründen gezwungen, mit dem Neubau von Bürgerschulen gewissermaßen hinter dem Bedürfnis herzuhinken, insofern, als wir nicht etwa Schulen auf Lager bauen können, sondern ein Neubau erst beschlossen und aus-

geführt wird, wenn angezeigt wird, daß die Ueberfüllung einer Schule droht. Die Ausführung des Baues dauert dann gewöhnlich zwei Jahre und in der Zwischenzeit muß man sich damit zu behelfen suchen, die Kinder in fliegenden Klassen oder in Mieträumen unterzubringen. Das ist wohl in allen größeren Städten so. In einigen Städten hat man neuerdings zu dem Auskunftsmitel gegriffen, daß man bei Ueberfüllung von Schulen, welcher nicht sofort durch einen Neubau abgeholfen werden konnte, Baracken, sogenannte Schulpavillons aufstellte, welche nach Bedarf auf- und abgeschlagen werden. Hiermit hat man in einigen Städten recht günstige Erfahrungen gemacht und es wird in Frage kommen, ob wir nicht auch zu solchem Notbehelf greifen sollen. Die in Aussicht stehende Eröffnung der Städte-Ausstellung in Dresden wird ausgiebige Gelegenheit bieten, sich von den Vor- und Nachteilen solcher Schulpavillons zu überzeugen. Wenn wir also gewissermaßen immer hinter dem Bedürfnis mit unseren Schulbauten herhinkten, so war besonders dringlich der Neubau der Schule an der Pestalozzistraße.

Da nun der Herr Vorredner etwas ausführlich die Tätigkeit der städtischen Bauverwaltung geschildert hat, so will ich über diesen Neubau etwas eingehendere Mitteilungen auf Grund von Aktennotizen machen. Es war im Herbst 1898 als der Schulvorstand die Anzeige machte, daß eine Ueberfüllung der unteren Bürgerschulen in der nordöstlichen Stadtgegend drohe und deshalb auf einen Neubau Bedacht genommen werden müsse, sowie daß als ein geeigneter Bauplatz derjenige angesehen werden könne, auf welchem die Schule jetzt steht. Der Platz mußte dann durch Austausch mit benachbarten Grundstücken abgerundet und außerdem für die betreffende Gegend ein neuer Ortsbauplan hergestellt werden. Das verzögerte den Bau natürlich um mehrere Monate. Ende März 1899 kam der Schulvorstand sodann mit der Anzeige, daß die Anmeldungen für die unteren Bürgerschulen ganz außergewöhnlich hoch gewesen wären und der Neubau schleunigst ausgeführt werden müsse. Gleichzeitig wurde das Programm für die Schule entworfen. Die Angelegenheit gelangte nun sofort an die Versammlung und am 4. Mai 1899 wurde hier die Wahl des Bauplatzes genehmigt, ebenso wie der programmmäßige Umfang des Baues. Am folgenden Tage wurde die Bauverwaltung beauftragt, den Bau zu projektieren und zu überschlagen. Darnach überreichte die Bauverwaltung am 10. Juli das Bauprogramm mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die Baukosten zu 475 000 M auf Grund derjenigen Einheitspreise überschlagen seien, welche bei dem Bau der Schule an der Heinrichstraße hätten gezahlt werden müssen. Der Schulvorstand hatte das Projekt zu prüfen und konnte diese Prüfung wegen der Sommerferien erst am 4. August stattfinden, worauf dann am 7. September der Bau unter Bewilligung der überschläglichen ermittelten Kosten von der Versammlung genehmigt wurde. Zwei Tage darauf erhielt die Bauverwaltung den Auftrag, den Bau zur Ausführung zu bringen und

wurde dieser mit einer anerkennenswerten Aufopferung des Stadtbaumeisters Osterloh so zeitig fertiggestellt, daß er Ostern 1901 in Benutzung genommen werden konnte. Nun konnte die Bauverwaltung während der Bauausführung anfänglich der Ansicht sein, daß sie die Ueberschreitung einzelner Baukosten würde ausgleichen können durch Ersparnisse an anderen Posten; hinterher mußte sie indessen zu der Einsicht kommen, daß mit dem Gelde nicht auszukommen sei, was die Bauverwaltung hätte anzeigen müssen, und sei dieses der einzige Vorwurf, den man ihr machen könne. Wenn aber damals die Anzeige unter der jetzt gegebenen Begründung gekommen wäre, so würde ohne Frage das Geld bewilligt sein, sodaß hieraus für die Stadt ein finanzieller Nachteil nicht entstanden ist. Wenn der Herr Referent ausgerechnet hat, daß die Ueberschreitungen noch viel größer seien, indem er der Meinung ist, daß diejenigen Summen, welche an einzelnen Positionen des Ueberschlages gespart sind, dem schließlichen Manko noch hinzugerechnet werden müßten, so ist mir das unverständlich. Die Rechnung würde richtig sein, wenn nicht ein einheitlicher Gesamtkredit, sondern für bestimmte Leistungen ziffermäßig bestimmte Summen bewilligt wären. Das ist aber nicht geschehen und konnte auch nicht geschehen, weil die ganze Angelegenheit so dringend beschleunigt werden mußte, daß an die Aufstellung eines bestimmten Kostenanschlages nicht zu denken war.

Im Anschluß hieran sind nun von Seiten der Baukommission Vorschläge gemacht worden, wie in Zukunft einer Wiederholung solcher Ueberschreitungen vorgebeugt werden könnte. Wenn ich auch zu diesen Vorschlägen noch keine bestimmte Stellung nehmen kann, so will ich doch erklären, soweit Vorschläge gefunden werden, die geeignet sind, derartige Ueberschreitungen zu verhindern, wird der Magistrat gern die Hand dazu bieten. Der Herr Referent hat sich schon dahin ausgesprochen, daß eine Deputation gewählt werden sollte und bin ich damit einverstanden. Würde aber die Versammlung eine Kommission einsetzen wollen, so müßte sich der Magistrat dagegen mit Hand und Fuß wehren. Ob die Deputation gleich ins Leben treten soll, könnte hier mit beschlossen werden, jedoch meine ich, daß die von solcher Deputation zu machenden Vorschläge gelegentlich des Baues der Schule an der Voigts-Rheßstraße schon beschlossen worden sind.

Herr Rieke: Wenn auch die hier besprochenen Wünsche schon bei dem Schulbau an der Voigts-Rheßstraße erörtert worden sind, so schützt uns das doch nicht davor, daß sich die Vorkommnisse wiederholen. Ein so betrübendes Resultat wie das heute vorliegende ist mir in meiner langjährigen Tätigkeit als Stadtverordneter noch nicht vorgekommen. Ich bin weit davon entfernt, Jemandem einen Vorwurf zu machen, zumal es schon eine Leistung gewesen ist, die Schule in der Zeit ohne fertige Pläne herzustellen. Es ist aber dringend notwendig, daß einmal andere Saiten aufgespannt werden, denn wenn bei 147 000 M. Auffordarbeit

47000 M Tagelöhne sind, so nennt man das Flickerlöhne. Was da heute hergerichtet wird, reißt man morgen wieder fort. In der Erhöhung der Löhne kann die Mehrausgabe auch nicht liegen, denn es hat niemand mehr als 50 S für die Stunde an Lohn erhalten. Es liegt auch nicht daran, daß die Baumaterialien inzwischen erheblich teurer geworden sind, da das bei Steinen nur ganz wenig sein kann, während der Zement sogar bedeutend billiger geworden ist. Der Grund dürfte vielmehr darin zu suchen sein, daß von vornherein nicht ordentlich disponiert ist; wir haben ja seit Jahren die Gepflogenheit, daß einfach vom Dache bis zum Keller eine Linie gezogen und hiernach der Baukredit bemessen wird. Sind aber fertige Pläne vorhanden, so weiß man, wieviele Kubikmeter Mauerwerk nötig sind und was sie kosten. Wird dann der Bau verbunden, so kann der Meister dabei aus und kann auch anständige Löhne zahlen, ebenso fährt auch die Stadt am besten dabei. Hätte der Baumeister gewußt, daß er schon so weit in der Tinte saß, so würde er bei dem Mobiliar nicht noch den Anschlag um 10000 M überschritten haben. Ich bin deshalb für die vorgeschlagene Einsetzung einer Deputation.

Herr Stegmann: Wenn in dem ausführlichen Referate erwähnt worden ist, daß für die Fundamente der beiden Schulen etwa 25000 M mehr ausgegeben seien, so ist das im Hinblick auf die Höhe der Gesamtüberschreitung nur ein geringer Betrag. Der von dem Herrn Oberbürgermeister angeführte Grund der Ueberschreitung, daß nämlich zu schnell hätte gebaut werden müssen, dürfte auch nicht ausreichend sein, um die Höhe derselben zu rechtfertigen. Ebenso sind die Löhne nicht um 15 %, sondern höchstens um 10 % gestiegen; andererseits muß aber anerkannt werden, daß die Steinpreise damals höher waren, jedoch kann es sich dabei immer nur um einige tausend Mark handeln. Alle diese Umstände in Rechnung gezogen, bleibt aber die Ueberschreitung noch so groß, daß man ernstlich nach ihren Ursachen forschen muß. Bei der städtischen Bauverwaltung scheinen die Verkalkulierungen zur Regel zu werden. Wenn es sich noch um komplizierte Arbeiten handelte, wie um Kirchen-, Bahnhof- und derartige Bauten, ließe sich das wohl erklären, aber bei so einfachen Schulbauten ist es unbegreiflich, zumal die Bauverwaltung darin doch genügend Erfahrung besitzen muß. Es handelt sich hier auch nicht um einen vereinzelt Fall, sondern es scheint die Regel zu sein, denn neulich hat müssen gelegentlich der Prüfung der Haushaltsrechnungen die Versammlung eine ganze Anzahl Ueberschreitungen nachträglich genehmigen. Auch für den Abbruch und den Wiederaufbau des Demmerschen Hauses hatten wir eine erhebliche Nachverwilligung vorzunehmen und bei dem Rathaukeller waren erst 50000 M, dann 82000 M und schließlich 96000 M gefordert. Die damals gegen die Bauverwaltung erhobenen Beschwerden haben aber nichts geholfen, sondern es ist noch viel schlimmer geworden. Wenn ein Privatmann sich derartig verhalten würde, so

müßte sich die Zahl der Konkurse erheblich vermehren. Bei einem solchen Vorgehen hat die vorherige Bewilligung einer Bausumme gar keine Bedeutung mehr, sie ist die reine Farce. Vielleicht trägt auch die hier beliebte beschränkte Submission mit zur Vertenerung der Bauten bei und wäre es vielleicht besser, die Bauten in städtischer Regie auszuführen. Wenn wir auch heute die Ueberschreitungen bewilligen müssen, so möchte ich doch bitten, dabei das dringende Verlangen auszusprechen, daß derartige Zustände, die geradezu an Mißwirtschaft grenzen, in Zukunft beseitigt werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn der Herr Vorredner darauf hinweist, daß auch beim Ratskeller eine wesentliche Ueberschreitung des Anschlages stattgefunden habe, so möchte ich ihn fragen, woher er diese Nachricht erhalten hat. Mir ist nicht bekannt, daß der Anschlag auch nur um einen Pfennig überschritten worden ist. Wenn aber die städtische Bauverwaltung bestimmte Vorschläge für die Einrichtung des Kellers macht und die Kommission erklärt, daß das in anderer Weise gemacht werden müsse, so kann von einer Ueberschreitung nicht die Rede sein; ich möchte deshalb bitten, solche Sachen hier nicht ohne Grund zur Sprache zu bringen.

Herr Fröhling: Die von mir vorgetragene Zusammenstellung ist natürlich dem Anschlage nicht entnommen, weil ein solcher nicht vorhanden war, sondern der gemachten Zusammenstellung. Hier heißt es bezüglich der Ueberschreitungen bei der Bürgerschule:

|                         |              |
|-------------------------|--------------|
| Hauptgebäude . . . .    | 42 858,46 M  |
| Turnhalle . . . . .     | 3 437,95 "   |
| Abortgebäude . . . . .  | 2 044,55 "   |
| Einfriedigungsmauer zc. | 895,16 "     |
| Spielfeld . . . . .     | 738,10 "     |
| Mobiliar zc. . . . .    | 10 193,96 "  |
| zusammen                | 60 168,18 M. |

Hierbei ist alles genau ausgerechnet und nachgewiesen. Was sodann die Einsetzung einer Deputation betrifft, so empfiehlt es sich, daß diese die Grundsätze schriftlich niederlegt.

Herr Böschigt: Wir müssen allerdings die geforderten Summen bewilligen, jedoch kann mir die ganze Art und Weise der Ueberschreitung nicht gefallen und ist dieses bei einer anderen Schule auch schon genügend beleuchtet worden. Mir scheint die Bauverwaltung bei der Vergebung der Arbeiten und der Ausführung des Baues unter den heutigen Verhältnissen nicht den richtigen Weg einzuschlagen, denn bei diesen beiden Bauten sind z. B. die Maurermeister nichts als die Handlanger gewesen, welche das Rüstzeug lieferten, sonst aber alles geliefert erhielten. Es wäre jedenfalls besser, wenn die Arbeiten sämtlich vergeben würden und die

städtische Bauverwaltung nur deren Ausführung überwachte. Glücklicherweise haben wir jetzt in Herrn Frühling ein Mitglied der Baukommission, welches solche Sachen sachmännisch prüfen kann und das ist sehr wichtig für uns. Ich möchte um Annahme der Kommissionsanträge bitten, welche hoffentlich das gute im Gefolge haben werden, daß die Handwerksmeister nicht mehr die Handlanger der städtischen Bauverwaltung sind und daß die Arbeiten im Afford vergeben werden. Die Bauverwaltung soll hierbei nichts weiter als die Aufsichtsbehörde sein. Wenn ich diesen Ausgang hätte voraussehen können, so hätte ich Sie s. B. aufgefordert, die Bausumme für die Schule nicht zu bewilligen, denn wir sind nicht blos Bewilligungsmaschinen, sondern wir haben auch das Recht, zu fordern, daß die Sachen nach unserm Wunsch und Willen ausgeführt werden. Es ist dies schon immer ein wunder Punkt für den Stadtbaumeister und auch für die Handwerker gewesen. Darum lassen sie uns eine Deputation wählen, die Ruhe schafft. Eine solche Ueberschreitung muß auch von dem betr. Baubeamten vorgebracht und begründet werden.

Herr Rathe: Wenn ich auch erstaunt war, daß der Baukredit in so bedeutender Weise überschritten ist, so bin ich doch der Meinung, daß wir bei der Bewilligung der Bausumme wissen mußten, die Schule würde sich zu den Einheitsätzen der Schule an der Heinrichstraße nicht herstellen lassen, schon weil die Fundamentierung teurer zu stehen kommen mußte. Während die Schule an der Heinrichstraße zu soliden Preisen hergestellt werden konnte, befanden wir uns bei diesen Schulbauten in einer solchen Hauffe, wie wir sie kaum jemals gehabt haben. Die Aufstellung eines Kostenanschlages wurde wegen der großen Eile, mit welcher die Schule an der Pestalozzistraße fertiggestellt werden sollte, unterlassen. Daß aber die Schule eilig und zugleich gut gebaut ist, wird jeder wissen, der sie gesehen hat, schnelle Bauten kosten aber immer mehr Geld, als wenn die Arbeit in angemessener Zeit ausgeführt werden kann. Deshalb bitte ich, der Bauverwaltung kein Mißtrauensvotum auszustellen, denn sie tut ihre Schuldigkeit. Wir müssen in Zukunft von eiligen Bauten absehen und einen Baukredit erst bewilligen, wenn ein Kostenanschlag vorliegt.

Herr Günther: Ich möchte mich dafür aussprechen, in der Schule noch Lambris anzubringen, sofern das ausführbar sein sollte.

Herr Böschigt: Bei dem Wasserwerke, welches nach speziellen Kostenanschlägen gebaut worden ist, wurde noch ein Ueberschuß gemacht und ist hierbei das Baumaterial nicht von der Deputation angekauft, sondern es sind die Arbeiten an Unternehmer vergeben.

Herr Stegmann: Ich gebe zu, mich bezüglich des Ratskellers geirrt zu haben, da es sich dort nicht um eine Ueberschreitung, sondern um eine Nachbewilligung gehandelt hat, was aber schließlich auf dasselbe hinauskommt. (Widerspruch.) Jedenfalls war der aufgeregte Ton des Herrn Oberbürgermeisters wegen dieser kleinen Verwechslung nicht angebracht.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Das kommt durchaus nicht auf dasselbe hinaus. Als die Summe von 96 000 M für den Ratskeller bewilligt wurde, war von der für die innere Einrichtung vorher bewilligten Summe noch kein Pfennig ausgegeben.

Vorsitzender: Zwischen den Auffassungen des Magistrates und des Referenten bezüglich des Bewilligungsrechtes der Stadtverordneten wird kein Streit bestehen. Wenn ein ordnungsmäßiger Anschlag aufgestellt ist, darf die städtische Bauverwaltung nicht mit Pauschalsummen rechnen und darf, wenn an einzelnen Posten Ersparnisse gemacht werden und wesentliche Abweichungen vom Bauplane geschehen, auch nicht etwa die Ersparnisse zu vom Bauplane abweichenden Anlagen verwenden. Darüber besteht wohl keine abweichende Ansicht? (Nein.) Herr Frühling meint sodann, man könne von Ersparnissen auch dann sprechen, wenn nur eine Pauschalsumme bewilligt sei, während der Herr Oberbürgermeister der Ansicht ist, daß man von Ersparnissen nur sprechen könne, wenn ein Kostenanschlag vorliege. Im Prinzip sind also beide Herren der Meinung, daß ein Bauplan vorliegen muß. Deshalb muß ich anerkennen, daß der Eventualantrag der Baukommission prinzipiell nicht ganz richtig zu sein scheint insofern, als er nicht nur die überschrittene Summe, sondern auch die Ersparnis bewilligen will. Das scheint mir nicht angängig zu sein, weil die Ersparnis in der Pauschalsumme schon mit bewilligt worden ist. Es wäre deshalb wohl richtiger, den Antrag 1 anzunehmen, der auch die Billigung des Magistrates gefunden hat.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird nach Ablehnung des Eventualantrages der Antrag 1 bezüglich beider Schulen und der Antrag 2 der Baukommission angenommen.

Gleichzeitig beschließt die Versammlung, in die einzusetzende Deputation die Herren Buchler, Frühling, Rolke, Kieke und Wolters abzuordnen.

### III. Ausbau eines Teiles der südlich der Weststraße projektierten Straße.

Der Zimmermeister Behrens und der Maurermeister Gebald hieselbst, sowie der Dachdeckermeister Stedhan und der Kreiszimmermeister Binder in Wolfenbüttel haben gebeten, auf ihre Kosten die vordere Teilstrecke der im Ortsbauplane vorgesehenen, von der Weststraße nach Süden abzweigenden Straße als Ortsstraße auszubauen. Nachdem sich die Unternehmer bereit erklärt haben, die sämtlichen Unterhaltungskosten bis dahin zu tragen, daß die Straße nach Süden fortgeführt wird, oder aber der Stadt als Entgelt für die Uebernahme der Last eine Abfindung von 2000 M zu zahlen, hat der Magistrat geglaubt, dem Antrage entsprechen zu sollen und zwar umsomehr, als der jetzige Zustand des Terrains zu Klagen Anlaß gegeben hat. Durch den dieserhalb abgeschlossenen Vertrag ist gleichzeitig eine Vereinbarung mit dem Zimmermeister Chr. Eggeling erzielt, welcher das zu der fraglichen Anlage erforderliche Terrain an die Stadt abgetreten

und zur teilweisen Deckung der Straßenkosten Sicherheit bestellt hat, ebenso ist mit dem Bankier Ebeling, zu dessen Gunsten die fragliche Kaution beschlagnahmt worden war, ein entsprechendes Abkommen getroffen. Dem Antrage auf Genehmigung des Vertrages und der Ausführung des Projektes

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baukommission, für welche Herr Buchler berichtet, zu.

#### IV. Baulichkeiten im Altstadt-Rathause.

Nach dem Beschlusse der Versammlung in der Sitzung vom 24. April 1902 — Seite 18 des Berichtes — war der Magistrat unter anderem ersucht worden, auf dem Hofe des Altstadt-Rathausgrundstückes ein neues massives Seitengebäude zu errichten. Bei Durchführung dieses Beschlusses würde ein Kostenaufwand von 42 300 M entstehen, zu dessen Aufwendung sich der Magistrat nicht verstehen kann. Besterer ist vielmehr der Ansicht, daß, solange in dem Grundstücke eine Weinhandlung unterhalten und der Hof zu Wirtschaftszwecken der verschiedensten Art genutzt wird, auf diesem für Bauwerke, die zur Repräsentation dienen, kein Platz ist. Es dürfte sich deshalb empfehlen, von der Aufführung solcher kostspieligen Neubauten Abstand zu nehmen, die später vielleicht doch nicht würden beibehalten werden können, oder aber überflüssig werden würden, wenn nach anderweiter Unterbringung der städtischen Gemälde die Nebensäle verfügbar werden sollten. Die Hauptsache bleibt vielmehr die Erhöhung der Feuersicherheit, welche indessen ohne Frage erzielt werden würde, wenn

- a. im Rathause selbst die von der Baukommission geforderten Aenderungen vorgenommen werden,
- b. zwischen dem Dachgeschoß über dem Saale und dem straßenseitigen Wohngebäude eine feuersichere Mauer aufgeführt,
- c. das an der Westseite des Saales stehende Nebengebäude in ganzer Ausdehnung so weit abgetragen und durch ein Holzzementdach abgedeckt wird, daß ein Schadenfeuer von diesem Gebäude nicht leicht in das Dachgeschoß des Rathauses überspringen kann, und wenn endlich
- d. in dem Nebengebäude in der nordwestlichen Ecke des Hofes einige bauliche Aenderungen ausgeführt werden, die zur Herabminderung der Feuergefährdung geboten erscheinen, zugleich aber jede weitere Benutzung des Dachbodens dieses Bauwerkes künftig unterbleibt.

Die durch diese Maßnahmen und die Einrichtung zweier Bedürfnisanstalten im ersten Obergeschoße des westlichen Seitengebäudes erwachsenden Kosten sind zu 12 800 M veranschlagt, deren Aufwendung der Magistrat empfiehlt.

Ferner ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß von dem Weinhändler Rittmeyer zu zahlende Mietgeld vom 1. April 1903 ab um 100 M zu ermäßigen



und zwar mit Rücksicht darauf, daß dem Mieter durch die Aenderungen einige Räume entzogen werden.

Wie Herr Frühling berichtet, stimmt die Baukommission der Ansicht des Magistrates bezüglich der Ablehnung des Vorschlages auf Errichtung eines massiven Seitengebäudes zu, indem sie meine, daß das Projekt in seiner jetzigen Form nicht befriedige und lieber nichts gebaut werden solle, als etwas, das nicht vollständig in den Rahmen des Bauwertes passe. Es handle sich hier nicht um einen in sich geschlossenen einfachen Anbau, sondern um den Anfang eines großen, dabei aber unbestimmt gelassenen Gesamtumbauprojektes. Man müsse auch anerkennen, daß es augenblicklich sehr schwierig sei, definitive Vorschläge zu machen, weil die Räumlichkeiten an die Weinhandlung von Rittmeyer vermietet seien und dieser nicht ohne weiteres fortgenommen werden könnten. Der Vertrag mit dieser Firma laufe am 31. Dezember 1904 ab. Die Baukommission halte die Vorschläge für die Feuerisierung nicht für genügend, sondern nur für ein Provisorium, sie meine aber, daß die Versammlung hier für die geforderten Mittel doch bewilligen müsse, in der Erwartung, daß der Magistrat wegen definitiver Regelung der Sache demnächst eine Vorlage an die Versammlung gelangen lasse, zusammen mit der weiteren Bewertung des Grundstücks. Hinsichtlich der Bedürfnisanstalten meine die Kommission, daß deren Anlage bis zur definitiven Regelung hinausgeschoben und die dafür geforderte Summe von 3450 M abgesetzt werden könne. Deshalb schlage die Kommission vor, von den geforderten 12800 M nur diejenigen Mittel im Betrage von 9350 M zu bewilligen, welche für die Feuerisierung gefordert werden, sowie die Ermäßigung der Miete um 100 M gutzuheißen.

Die Versammlung schließt sich diesem Antrage an.

#### V. Erneuerung eines Rohres in der Desinfektionsanstalt.

Daß von einem Dampfkessel der Gasanstalt an der Taubenstraße abzweigende Dampfzuleitungsrohr der Desinfektionsanstalt ist derartig schadhaft geworden, daß es durch ein neues Rohr ersetzt werden muß. Um den Betrieb der Anstalt möglichst bald wieder aufnehmen zu können, ist die städtische Bauverwaltung sogleich mit der Beschaffung eines neuen Rohres beauftragt worden, jedoch so, daß nicht wieder ein verzinktes Eisenrohr, sondern ein Kupferrohr genommen wird. Ersteres hätte allerdings nur 320 M gekostet, während der Preis für Legung des Kupferrohres auf 450 M veranschlagt ist, jedoch dürfte die größere Haltbarkeit des Kupfers die Mehrausgabe vollauf gerechtfertigt erscheinen lassen.

Dem Ersuchen, das Vorgehen des Magistrates genehm zu halten und die Kosten mit 450 M zu verwilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Fiedel berichtet, zu.

## VI. Antrag Koch: Entlastung des Spohrplatzes.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 253 des Berichtes — berichtet namens der Baukommission Herr Fr ü h l i n g: Der Augustplatz kann zu diesem Zwecke nicht zur Verfügung gestellt werden, weil eine andere Verwendung desselben voraussichtlich bevorsteht. Damit würde dieser Antrag ohne weiteres hinfällig werden, jedoch hat die Baukommission geglaubt, Ihnen trotzdem nicht Uebergang zur Tagesordnung empfehlen zu sollen, weil sonst angenommen werden könnte, wir wären mit dem Vorgehen auf dem Spohrplatz einverstanden und hätten nichts dazu zu bemerken. Das ist aber nicht der Fall, im Gegenteil sowohl in der Kommission, als auch in anderen Kreisen der Versammlung ist man einstimmig der Ansicht, daß die Klagen der Anlieger des Spohrplatzes durchaus berechtigt sind und hat es vielfach Befremden erregt, daß bei der Inbesitznahme des Platzes so vollständig ohne jede Rücksicht auf die Interessen der Anlieger vorgegangen und man auch mit dem Magistrate dieserhalb nicht in Verbindung getreten ist. Allerdings läßt sich zur Zeit nicht beweisen, daß ein Recht auf solche Berücksichtigung vorliegt. Als Besitzerin des inneren Theiles des Platzes betrachtet sich die Herzogliche Kammer und hat bisher dort auch Pflichten und Rechte einer Besitzerin ausgeübt. Wenn dieses Recht auch von anderer Seite nicht unbedingt anerkannt wird, so würde eine Austragung dieser Frage für den vorliegenden Fall doch nichts nützen können, weil dort die Steine hoffentlich viel eher beseitigt sein werden, als eine Erledigung der Frage sich erreichen ließe. Aber jedenfalls muß festgestellt werden, daß die Herzogliche Baudirektion die Erlaubnis zur Benutzung des Platzes von der Herzoglichen Kammer, die bisher für kompetent in dieser Sache galt, erhalten und ebenso die polizeiliche Genehmigung eingeholt hat. Irgend welche Forderung würde daher aussichtslos sein. Außerdem würde auch die Frage bleiben, wer soll die Kosten für das Umpacken und Wegschaffen der Steine tragen? Hierfür würde sich wohl kein Fonds finden. Es bleibt deshalb nur der eine Weg übrig den Leuten zu helfen, nämlich auf eine mögliche Beschleunigung des Baues hinzuwirken, soweit dies dem Magistrate möglich sein sollte, damit auf diese Weise die Steine so rasch wie möglich entfernt und damit die vorgebrachten Klagen beseitigt werden. Deshalb empfiehlt die Baukommission, dem Magistrate den Antrag zu überweisen, mit der Bitte, auf eine möglichst baldige Beseitigung des vorhandenen Uebelstandes hinzuwirken und Schritte zur Vermeidung einer Wiederholung tun zu wollen.

Herr Koch muß sein tiefstes Bedauern darüber aussprechen, daß man diesen Platz zur Lagerung der Steine überhaupt habe wählen können, da doch dem Staate noch andere Plätze zur Verfügung gestanden hätten, z. B. am Leonhardsplatz. Immerhin müsse er sich bescheiden, wenn nur der Magistrat darnach sehen

wolle, daß der Platz bald geräumt werde, was sich aber wohl nicht so schnell werde bewerkstelligen lassen.

Herr Peplies: Bei der Inbennutzungnahme des Platzes habe die staatliche Behörde diejenige Rücksichtnahme vermissen lassen, welche die Stadtverwaltung wohl hätte verlangen können, denn der Platz gehöre der Stadt. (Zuruf: der Kammer!) Der innere Teil möge der Kammer gehören, nicht aber auch der äußere Teil. Immerhin wäre es doch wohl am Platze gewesen, daß man sich mit den städtischen Behörden in Verbindung setzte, ehe man den Platz in Benutzung genommen hätte, namentlich wenn man in Betracht ziehe, wie die Stadt den staatlichen Behörden entgegenkomme, z. B. bei dem Theaterbau, wo man der Herzogl. General-Hofintendantur den Beitrag für die Lagerung des Baumaterials erlassen habe. In dem vorliegenden Falle könne man nur sagen, daß die Staatsbehörde die äußersten Anstandspflichten ganz und gar verletzt habe.

Der Herr Vorsitzende rügt den letzteren Ausdruck, welcher in Bezug auf eine Behörde nicht gebraucht werden dürfe.

Herr Rathe möchte den Magistrat bitten, die öffentlichen Plätze in Bezug auf ihre Eigentumsverhältnisse einer Untersuchung zu unterziehen. Am Magnifikirchhofe habe man kürzlich ähnliche Verhältnisse kennen gelernt, indem ein dortiger Anlieger sein Haus habe umbauen wollen, was ihm verweigert sei, weil der Platz Privateigentum der Magnikirche sei. Er möchte wohl wissen, ob man einem Privateigentümer gestattet haben würde, einen Platz für den öffentlichen Verkehr zu schließen, der schon 30 Jahre und darüber dem öffentlichen Verkehre freigegeben gewesen sei. Ihm sei bei Gelegenheit die Aufklärung geworden, daß er zur Schließung eines Weges, der 30 Jahre in Benutzung gewesen, kein Recht habe. Wenn jetzt am Spohrplatze jemand bauen wollte, so dürfte er nur 6 m hohe Häuser bauen, weil der Platz sich im Privateigentum befinden solle und die Straße nur 4—5 m breit sei. Er empfehle also, den Magistrat zu ersuchen, daß die Besitzrechte der im städtischen Gebiete liegenden Plätze geordnet, und letztere, soweit sie etwa noch der Kammer gehören, bald in städtischen Besitz übergehen.

Herr Bürgermeister Netemeyer kann es nicht für nötig halten, in dieser Weise vorzugehen und muß auch bezweifeln, ob der Magistrat die Enteignung der Plätze im Widerspruch der Eigentümer würde durchsetzen können. Die Plätze seien seit urdenklichen Zeiten von der Einwohnerschaft benutzt und könne derselben dieses durch Erßigung erworbene Recht nicht geschmälert werden. Die Straßenpolizeiordnung sage ausdrücklich, daß sie auch für solche privaten Grundstücke, die tatsächlich dem öffentlichen Verkehre dienen, Geltung habe. Daraus folge, daß zur Benutzung des inneren Teiles des Spohrplatzes, selbst wenn die Herzogliche Kammer dessen Eigentümerin sein sollte, die Erlaubnis zur Lagerung von Steinmaterial einzuholen gewesen wäre. Ueber die Frage, wer die Benutzung der öffentlichen Straßen

und Plätze zu gestatten habe, haben längere Verhandlungen stattgefunden, welche wegen der Eigentumsverhältnisse der Straßen sehr komplizierter Natur gewesen seien. Aus diesem Grunde sei längere Zeit mit der Herzoglichen Baudirektion und der Herzoglichen Polizeidirektion verhandelt worden, wobei ein bündiges Abkommen erzielt worden sei, dahingehend, daß der Magistrat allein darüber zu entscheiden habe, auch auf den staatlichen Straßen, wieviel jeder von dem Terrain in Anspruch nehmen könne und liege hierin ein Entgegenkommen der Staatsbehörde gegen die Stadtverwaltung. Wenn indessen stadtseitig eine Gebühr erhoben werde von Plätzen, die der Stadt nicht gehören, so müßte dieselbe an den Staat überwiesen werden.

Nach diesem Abkommen hätte auch hier verfahren werden müssen, was aber nicht geschehen sei. Der Magistrat sei hierdurch überrascht und habe sich an die Herzogliche Polizeidirektion gewandt und um Aufklärung gebeten, worauf von dieser geantwortet sei, sie habe nicht bezweifelt, daß die Herzogliche Kammer Eigentümerin des Platzes sei und sie deshalb auch keine Veranlassung gehabt hätte, der Herzoglichen Baudirektion das Recht auf Benutzung des Platzes nicht einzuräumen. Hiernach sei der Magistrat nicht in der Lage gewesen, die Sache anzufechten. Es könne sein, daß der Magistrat ein Klagerecht gehabt hätte, um die Sache zu einem gerichtlichen Austrage zu bringen, jedoch habe sich der Magistrat auch gesagt, daß sich der Staat in einer gewissen Notlage befunden habe. Wenn Herr Koch meine, die Steine hätten nach dem Leonhardsplatz geschafft werden können, so müsse er darauf erwidern, daß dieses dem Interesse des Staates wegen der weiten Entfernung nicht entsprochen haben würde. Daraus könne man aber noch nicht folgern, daß sich die Anlieger des Spohrplatzes die Lagerung der Steine gefallen lassen müßten. Wenn magistratsseitig ein anderer Platz in der Nähe hätte zur Verfügung gestellt werden können, wäre das längst geschehen. Die Herzogliche Polizeidirektion habe auf eine bezügliche Anfrage geantwortet, daß sie keine Veranlassung gehabt hätte, die Dauer der Steinlagerung auf dem Spohrplatz zu beschränken, während die Herzogliche Baudirektion geschrieben habe, sie hoffe die Bauten so zu beschleunigen, daß der Platz am 1. Dezember d. Js. freigegeben werden könne. Unter diesen Umständen sei der Magistrat der Ansicht, daß sich vorläufig in der Sache nichts tun lasse.

Der Antrag der Baukommission gelangt hierauf zur Annahme.

## VII. Antrag Günther: Arbeitslorenzählung.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 255 des Berichtes — hat Herr Wolff im Namen der Statutenkommission zu berichten: Die Kommission habe auch den dringenden Wunsch, daß eine Statist

des Arbeitsmarktes, insbesondere der Arbeitslosigkeit in die Wege geleitet werden möge, und stelle daher folgenden Antrag:

„Die Versammlung möge beschließen, dem Magistrate zur Erwägung zu verstellen, ob nicht eine Statistik des Arbeitsmarktes und insbesondere eine eingehende Statistik der Arbeitslosigkeit in hiesiger Stadt seitens des Magistrates mittelst des städtischen Arbeitsamtes oder auf andere Weise in die Wege zu leiten ist“.

Herr Günther hat aus den Kommissionsverhandlungen eigentlich etwas anderes herausgehört als diesen Antrag, dessen Wortlaut Herr Wolff wohl erst hinterher festgestellt habe.

Herr Wolff erklärt, den Antrag in der Kommission verlesen zu haben.

Herr Günther ist dennoch der Ansicht, daß die Kommissionsverhandlungen ein anderes Ergebnis gehabt hätten,

worauf der Herr Vorsitzende bittet, nach der Erklärung des Herrn Wolff die Richtigkeit des Antrages nicht weiter in Zweifel zu ziehen.

Herr Günther möchte noch einige Wünsche in Bezug auf die Ausführung der Zählung vortragen. Wenn es auch schwierig sei, eine solche Zählung vorzunehmen, so sei die Schwierigkeit doch nicht unüberwindlich. Man habe wohl gesagt, die Zählungen, wie sie in Wolfenbüttel und Braunschweig vorgenommen seien, ergeben kein klares Bild über den wirklichen Stand der Arbeitslosigkeit, was in gewisser Weise zugegeben werden müsse. Es komme das daher, daß die Fähigkeiten der verschiedenen Zähler sehr verschiedene seien und daß auch z. B. in Wolfenbüttel die Leute nicht so organisiert seien wie hier. Hier gebe die Zählung schon ein ungefähres Bild über die vorhandene Arbeitslosigkeit und sei dasselbe derart ausgefallen, daß die Kommune ein großes Interesse daran haben müsse, eine wirkliche Statistik aufzustellen, indem sie die Zählung selbst vornehme. Wie solle nun solche Zählung geschehen? Wenn der Herr Oberbürgermeister davon gesprochen habe, daß die Zählung durch die Krankenkassen vorgenommen werden könne, so sei das nicht ausreichend. Hätte man hier eine einzige Ortskrankenkasse, so ließe sich wohl eine derartige Zählung durch diese beschaffen, nicht aber auch durch die verschiedenen Fabrik-, Hülfs- und Ortskassen, sodaß der Magistrat sich das Material auf andere Weise verschaffen müsse. In Magdeburg sei es nach den Versicherungen von mehreren Seiten so ziemlich gelungen, eine richtige Statistik aufzustellen. Wenn man meine, es fehle an geeigneten Kräften zum zählen, so brauche sich der Magistrat nur an die organisierte Arbeiterschaft zu wenden, welche Leute besitze, die mit Fleiß und Aufopferung die Arbeit ausführen würden. Es könnte befürchtet werden, man bekomme in solchem Falle ein getrübbtes Bild, welches nicht objektiv genug sei, doch meine er, daß man auf eine derartige Zählung ein größeres Vertrauen setzen könne, als auf andere Zählungen. Vielleicht lasse es sich

so einrichten, daß die Polizeibeamten die Zählzettel herumtragen, oder die Hausbesitzer Zählbogen erhielten, in welchen die Arbeitslosen ihre Angaben zu machen hätten. Unter den vorliegenden Verhältnissen trete er auch für die Annahme des Kommissionsantrages ein, obwohl dieser seinen Wünschen nicht entspreche.

Herr Stadtrat von Frankenberg will Herrn Günther erwidern, daß die Darstellung, wie sie der Berichterstatter der Statutenkommission gegeben habe, den Verhandlungen in der Kommission entspreche und Herr Günther eine Zustimmung des Magistrates zu seinem Antrage irrtümlich herausgehört haben müsse. Dagegen wolle er seine frühere Erklärung wiederholen, daß der Magistrat den Antrag der Kommission in der vorliegenden Form gern acceptiere, zumal schon einschlägige Erhebungen vor der Einbringung des Antrages seitens des Magistrates angestellt seien. Wie der Herr Oberbürgermeister schon bei der Beratung des Antrages Ohlendorf mitgeteilt habe, sei der Magistrat bereits mit den Krankenkassen in Verbindung getreten und sei ja auch inzwischen der Bericht des städtischen Arbeitsamtes in die Hände der Versammlung gekommen. Die Schwierigkeiten häuften sich bei der Durchführung des Antrages Günther derartig, daß man nicht einen Sprung ins Dunkle tun könne, sondern sich lieber damit begnügen möchte, den Magistrat zu ersuchen, seine Erwägungen fortzusetzen. Schließlich wolle er noch hervorheben, daß der heute zur Verlesung gebrachte Antrag sich genau mit dem Wortlaute des in der Kommission verlesenen Antrages decke.

Herr Pelpies möchte darauf aufmerksam machen, daß eine Zählung durch die Krankenkassen ein richtiges Resultat nicht ergeben könne, weil die eingeschriebenen Hilfskassen gar nicht wissen, wer arbeitslos sei, indem dort die Arbeitslosen nicht abgemeldet werden. Bei den Zwangs- und den Ortskassen sei das dagegen der Fall.

Dem Antrage der Statutenkommission wird darauf zugestimmt.

### VIII. Errichtung neuer Bürgerschulklassen.

Nach einem Berichte des Direktors der städtischen Bürgerschulen sind für das bevorstehende Schuljahr erforderlich: 9 neue Klassen für untere Bürgerschulen, 4 Klassen für mittlere Knabenschulen und 2 Klassen für mittlere Mädchenschulen. Für diese 15 Klassen werden auch 15 Lehrkräfte mit einem Jahresaufwande von je 1200 M, sowie sonstige Aufwendungen im einmaligen Gesamtbetrage von 600 M erforderlich. Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung dieser Erweiterung der Bürgerschulen und auf Bewilligung der geforderten Kosten

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Müller die Vorlage namens der Schulkommission zur Annahme befürwortet hatte.

Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.

### IX. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke etc. im Jahre 1901/02.

Unter Ueberreichung eines Exemplares des Berichtes über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, des Wasserwerkes und der Neustadtmühle für das Jahr vom 1. April 1901 bis 31. März 1902 bemerkt der Magistrat, daß der Bericht weder der betr. Deputation noch dem Magistrat zu Ausstellungen Anlaß gegeben habe. Da auch die von dem vereidigten Bücherrevisor Hermann Heine vorgenommene Prüfung der Rechnungsabschlüsse und der Geschäftsbücher deren Richtigkeit ergeben hat, so wird beantragt, der Direktion der Licht- und Wasserwerke wegen Verwaltung der Werke während des Rechnungsjahres 1901/02 Entlastung zu erteilen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Südel berichtet, geschieht.

### X. Aufhebung von Wegeflächen an der Roßstraße.

Der Vorstand der Feldmarksgemeinde Neupetritor hat die Aufhebung von zwei Wegeabschnitten beantragt und zwar eines Abschnittes von 2,60 a des Interessentenweges *N* 208 nördlich der Landeseisenbahn und eines 2,06 a haltenden Abschnittes des Interessentenweges *N* 204 im Zuge der Roßstraße. Beide Abschnitte will die Firma Mühlenbauanstalt Amme, Giesecke und Konegen erwerben. Da die Wegestrecken nach dem Gutachten der städtischen Bauverwaltung entbehrlich sind, wird anheimgegeben, der Aufhebung derselben zuzustimmen,

welchen Antrag die Versammlung auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Buchler berichtet, genehmigt.

### XI. Abkommen wegen Terrainabtretung an der Höfenstraße.

Nachdem der Stadtgemeinde das Recht der Zwangsenteignung der zum Ausbau der Höfenstraße erforderlichen Grundstücke verliehen war, ist mit fast allen Anliegern eine gütliche Vereinbarung auf der Grundlage zustande gekommen, daß die Stadt die abzutretenden Flächen spätestens am 1. Januar 1904 gegen einen Kaufpreis von 12 *M* für 1 qm erwirbt und die Zurücksetzung der vorhandenen Grundstückseinfriedigungen auf die neuen Grenzen übernimmt, sowie dem Achillesstift gegenüber etwaige begründete Entschädigungsansprüche der Mieter einiger Grundstücke wegen Entziehung des Gartenlandes vor der diesjährigen Ernte befriedigt, auch dem Gärtner Jahn den Wert der auf der abzutretenden Teilfläche befindlichen Pflanzen ersetzt. Der Magistrat ersucht, diesem Abkommen zuzustimmen.

Dagegen ist mit dem Restaurateur Karl Lange, welcher für eine 3 a große Teilfläche seines Gartens 100 *M* für 1 qm fordert, und dem Schlossermeister Ernst Bauer, welcher neben dem Kaufpreise von 12 *M* noch eine besondere Ent-

schädigung von 4000 M dafür beansprucht, daß durch die gekrümmte Straßenfluchtlinie die Bebauung seines Grundstücks erheblich erschwert und verteuert werde, eine Einigung nicht zustande gekommen. Diesen beiden Anliegern gegenüber wird daher das Enteignungsverfahren durchgeführt werden.

Nach dem Berichte des Herrn Rieke gibt die Baukommission Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, ob es sich nicht empfehle, das ganze Eckgrundstück zu enteignen und die Straße dann gerade zu legen.

Herr Bürgermeister Kete Meyer erwidert, daß sich die Sache wohl machen lasse, daß man aber dann wieder auf demselben Standpunkte stehe, wo man vor fünf Jahren angefangen habe zu verhandeln. Ursprünglich sei die Straße so vorgesehen, wie es Herr Meyerhoff wünsche, jedoch seien die städtischen Behörden zur Vermeidung der damit verbundenen Schwierigkeiten später zu dem Entschlusse gekommen, die Straße krumm anzulegen. Dabei wolle er bemerken, daß der Erwerb des ganzen Langeschen Grundstückes auch bei der Geradelegung der Straße kaum erforderlich sein werde. Hinter diesem Grundstück liege übrigens eine Straße, die aufgehoben werden sollte und beabsichtige man, Herrn Lange mit dem dadurch frei werdenden Terrain zu entschädigen, jedoch gehe es hier wie überall, wenn die Stadt Terrain zu verkaufen habe, sei es sehr billig, wenn sie aber kaufen müsse, sehr teuer. Sofern indessen die Stadt bei der Expropriation sagen könne, sie sei in der Lage, dem Expropriaten so viel Terrain wieder zu geben, als sie ihm nehme, so müßte dieses doch wenigstens Einfluß haben auf die Bemessung des Preises. Wenn der Expropriat das im Tausch angebotene Terrain nicht nehme, könnte das abzugebende Terrain ihm auch nicht allzu viel wert sein. Uebrigens müßte der auf dem betreffenden Terrain stehende Pavillon des Herrn Lange auf Wunsch der Stadtverwaltung jederzeit ohne Entschädigung wieder beseitigt werden, weil dessen Aufstellung nur auf Widerruf genehmigt worden sei. Jede weitere Verzögerung in dem Ausbau der Höfenstraße sei ihm aber unangenehm, weshalb er bitten möchte, in der Sache endlich vorwärts zu kommen.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

## XII. Ausbau der Höfenstraße.

Unter Ueberreichung eines Entwurfs zum oberirdischen Ausbau der Höfenstraße, welcher an Grunderwerbskosten 17 000 M und an Baukosten 20 000 M aufweist, ersucht der Magistrat, das Projekt, sowie die Kosten- und Verteilungsberechnung, nach welcher der voraussichtliche Beitrag der Anlieger zu 113,50 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden ist, zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Rieke berichtet, geschieht.



### XIII. Anstellung von Schulärzten.

Bei erneuter Prüfung der Frage, ob und wie die Gefahren, welche das Schulleben für die körperliche Gesundheit der heranwachsenden Jugend mit sich bringt, durch erhöhte Berücksichtigung der Forderungen der Gesundheitslehre, im besonderen durch Anstellung von Schulärzten, mehr als bisher einzuschränken sein möchten, ist der Magistrat nach der der Versammlung zugegangenen Vorlage zu folgenden Ergebnissen gekommen: Die früher von ärztlicher Seite hier und da gestellte Forderung einer ärztlichen Mitwirkung bei der Hygiene des Unterrichts wird jetzt wohl allgemein als fehlerhaft und mit der inneren Organisation der Schule nicht verträglich anerkannt. Der Allgemeine Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege begrenzt die der schulärztlichen Tätigkeit zu überweisenden Aufgaben auf Begutachtung der Schulgebäude und ihrer Einrichtungen, auf Beobachtung des Gesundheitszustandes der Schulkinder und auf Förderung aller mit der Schule zusammenhängenden hygienischen Bestrebungen, wie z. B. der Schulbäder usw.

Insofern die Forderungen, welche die Gesundheitspflege hiernach an die Schule stellt, sich auf die Beschaffenheit der Schulgebäude und ihrer Einrichtungen beziehen, dürfte ihnen hier eine genügende Beachtung bereits geschenkt werden, indem der Inhaber der hier vor mehreren Jahren geschaffenen Stelle eines Stadtarztes die Aufgabe hat, auf Erfordern sich gutachtlich zu äußern und die Schuleinrichtungen zu kontrollieren; überdies handelt es sich hierbei um allgemein bekannte und angewandte Regeln, über deren Befolgung die hiesigen städtischen Behörden und Organe nicht mehr im Unklaren sich befinden. Zum mindesten muß es angezeigt erscheinen, mit grundsätzlichen Neuerungen auf diesem Gebiete bis dahin zu warten, daß hier in Ausführung des neuerdings zwischen Regierung und Landesversammlung vereinbarten Medizinalgesetzes eine „Gesundheitskommission“ eingerichtet sein wird.

Deshalb beschränkt sich der Magistrat auf Erörterung der weitaus wichtigsten Frage, ob und wie die individuelle Gesundheitspflege der Schulkinder, die hier bisher nur in besonderen Anlässen (beim Auftreten epidemischer Krankheiten, zur Feststellung, ob ein Kind mit Rücksicht auf seinen körperlichen oder geistigen Gesundheitszustand unterrichtsfähig bezw. für dritte Kinder gefährlich ist etc.) geübt wird, planmäßig zu organisieren sei. In dieser Beziehung hält er dafür, daß das öffentliche Interesse eine behördliche Feststellung und Ueberwachung des Gesundheitszustandes der die gehobenen Schulen und mittleren Bürgerschulen besuchenden Kinder insofern nicht erfordere, als die Eltern dieser Kinder sich vermöge ihrer äußeren Verhältnisse in der Lage befinden, ihrerseits die gesundheitliche Ueberwachung der letzteren durch einen Arzt, ohne Mitwirkung der Stadt eintreten zu lassen, und daß zwar eine ärztliche Ueberwachung auch dieser Schulen zu dem Zwecke, um die

darin untergebrachten Kinder vor der Gefahr der Ansteckung in der Schule zu bewahren, wünschenswert, daß jedoch eine hierauf gerichtete Anordnung — zumal neben den städtischen Schulen staatliche und private Anstalten in Frage kommen — der obenerwähnten demnächstigen „Gesundheitskommission“ zu überlassen sei. Dagegen scheint dem Magistrate Veranlassung vorzuliegen, eine öffentliche Fürsorge für die der ärmeren Bevölkerungsklasse angehörenden Kinder der unteren Bürgerschulen ins Leben zu rufen, da es den Eltern dieser Kinder wohl durchgehends an Mitteln gebricht, um ihrerseits eine fortgesetzte ärztliche Ueberwachung der Kinder eintreten lassen und dadurch verhindern zu können, daß ihre etwa mit gesundheitlichen Fehlern behafteten Kinder einem Siedtum verfallen.

Die Grundzüge einer dem Vorstehenden entsprechenden Schularzt-Organisation sind mit dem Schulvorstande der städtischen Bürgerschulen in Anlehnung an das seit Jahren bewährte Muster der Stadt Wiesbaden vereinbart, wie folgt:

Für jede untere Bürgerschule wird ein Schularzt bestellt. Derselbe hat die neu eintretenden Schulkinder

- 1) in den ersten Tagen des Schuljahrs einer äußern Besichtigung behuf der Ermittlung von übertragbaren Krankheiten und Ungeziefer zu unterziehen;
- 2) in den ersten Wochen des Schuljahrs auf ihren Gesundheitszustand genau zu untersuchen, um festzustellen (und in dem das Kind während seiner ganzen Schulzeit begleitenden „Gesundheitscheine“ zu vermerken), ob ein Kind einer dauernden ärztlichen Ueberwachung oder besonderen Berücksichtigung beim Schulunterrichte (z. B. Anweisung eines besonderen Sitzplatzes wegen Gesichts- oder Gehörfehler usw.) bedürfe;
- 3) in derselben Weise, wie vorstehend unter 2 angedeutet, die sämtlichen Schulkinder des dritten und fünften Jahrgangs zu untersuchen;
- 4) alle 14 Tage — bei Epidemien häufiger — in der Schule eine Sprechstunde abzuhalten, deren erste Hälfte zu einer äußeren Besichtigung der sämtlichen Kinder dient, während in ihrer zweiten Hälfte die einer genaueren Untersuchung bedürftig befundenen Kinder in einem besonderen Zimmer einer solchen Untersuchung unterzogen werden.

Die Behandlung erkrankter Kinder soll nicht zu den Obliegenheiten des Schularztes gehören; erscheint eine solche notwendig, sollen die Eltern hiervon benachrichtigt werden. —

Nach der Meinung des Magistrates empfiehlt es sich, das Amt der Schularzte, deren zur Zeit neun anzustellen sein würden, an Armenärzte zu übertragen, indem hierdurch erreicht werden würde, daß der Schularzt die ihm als Armenärzte überwiesenen Kinder genau kennen lernt und hiervon in seiner armenärztlichen Praxis

wertvollen Gebrauch machen kann. Ueberdies wird eine Vereinigung beider Aemter durch die damit eintretende Erhöhung des Gesamthonorars die Wirkung haben, daß in den Personen der Schul- und Armenärzte ein nicht wünschenswerter häufiger Wechsel vermieden werden dürfte.

Die näheren Bestimmungen über die Rechte und Pflichten des Schularztes, sowie über den Umfang seiner Tätigkeit sollen den Gegenstand einer Dienstansweisung bilden, die der Magistrat unter Mitwirkung des Stadtarztes und des Schulvorstandes der Bürgerschulen ergehen lassen will, dafern und sobald die Versammlung — wie hiermit beantragt wird — den oben mitgetheilten Grundzügen beigetreten sein und die zur Besoldung der Schulärzte zc. mit jährlich etwa 3600 M — 4000 M erforderlichen Mittel bewilligt haben wird.

Namens der Schulkommission berichtet über diese Vorlage Herr Blasius: Die Schularzfrage spiele in der Versammlung schon seit längerer Zeit eine Rolle: vor 18 Jahren habe Herr Nieß die Sache zur Sprache gebracht und vor 10 Jahren sei ein Antrag des Herrn Günther auf Anstellung von Schulärzten angenommen worden, sodaß man die Vorlage mit großer Freude begrüßt habe. Wenn die Vorlage erwähne, daß für die Hygiene des Unterrichtes kein Schularzt nötig sei, so habe man dem gegenüber in der Schulkommission geäußert, daß auch in diesem Punkte eine Reihe von Fragen vorkäme, die der ärztlichen Begutachtung unterliegen könnten, so z. B. die Dauer der häuslichen Arbeitszeit zc. Auch der Druck der Bücher könnte untersucht werden, da man viele schlecht gedruckte Bücher finde, wenn auch jetzt eine Besserung eingetreten sei. In der Kommission habe man sich ferner dahin geäußert, daß es wünschenswert sein würde, einen Arzt über den Baugrund der zu errichtenden Schulen, über deren Einrichtung, Ventilation zc. hören zu müssen und nicht nur hören zu können. Bezüglich des Ausschlusses der gehobenen und der mittleren Schulen habe die Kommission in ihrer Mehrheit sich dahin ausgesprochen, daß wenigstens die mittleren Bürgerschulen und auch die katholische Schule einer schulärztlichen Aufsicht zu unterwerfen seien. Was die persönliche Gesundheitspflege in der Schule betreffe, so stimme man den vom Magistrat aufgestellten Grundsätzen bei, nur glaubte man, daß es wünschenswert wäre, die Schulärzte zu beauftragen, die Untersuchungen der Kinder auch im letzten Schuljahre noch einmal vorzunehmen.

Hinsichtlich der Vereinigung des Amtes der Schulärzte und der Armenärzte habe man sich dahin geäußert, daß es wesentlich mit darauf ankomme, tüchtige und nicht zu junge Aerzte, welche von der Schulhygiene Bescheid wissen, zu erhalten und daß eine solche Kombination versucht werden könnte, wenn sie auch nicht durchaus nötig wäre. Was die in Aussicht genommene Besoldung der Schulärzte anlange, so sei die Kommission der Ansicht, daß man hierüber, da es sich nur um einen Versuch handle, erst noch weitere Erfahrungen abwarten wolle.

Als Ergebnis der Kommissionsberatungen könne er sich dahin zusammenfassen, daß die Magistratsvorlage mit großer Freude begrüßt worden sei und sie der Versammlung zur Annahme empfohlen werde und dabei die Kommission noch folgende Wünsche zum Ausdruck bringe:

- „1) außer für die unteren Bürgerschulen auch für die mittleren und die katholischen Bürgerschulen einen Schularzt anzustellen;
- 2) in der Instruktion für die Schulärzte zu bemerken, daß die genaue Untersuchung sich außer auf die neu eintretenden und den dritten und fünften Jahrgang auch auf den letzten Jahrgang erstreckt;
- 3) dahin zu wirken, daß ein Schularzt auch im Schulvorstande Sitz hat, um bei den Beratungen desselben Einfluß auf die Schulhygiene auszuüben“.

Auf den letzteren Punkt habe die Kommission großen Wert gelegt, wenn sie auch wisse, daß sich derselbe ohne Aenderung des Gesetzes nicht durchführen lasse. Da indessen verschiedene Mitglieder des Magistrates und der Versammlung Mandate als Landtagsabgeordnete inne haben, so könnten dieselben vielleicht hieraus Veranlassung nehmen, auf eine Aenderung des Gesetzes hinzuwirken.

Herr Oberbürgermeister Pockels will hierzu die Erklärung abgeben, daß Magistrat und Schulvorstand die durch die Kommission angeregten Wünsche in wohlwollende Erwägung ziehen werden.

Herr Günther möchte zunächst seiner Freude über die Vorlage Ausdruck geben, wenn er sie auch gern in einigen Punkten ergänzt sehen möchte. Zutreffend sei es nicht, wenn die Vorlage annehme, daß die Aerzte eingesehen hätten, sie wären bei ihrer früheren Forderung auf ärztliche Mitwirkung bei der Hygiene des Unterrichts zu weit gegangen. In Berlin haben z. B. die Aerzte neben der Anstellung eines Schularztes für jede städtische Mädchen- und Knabenschule die Einsetzung eines Medizinalamtes, die Aufstellung von Normen für den schulärztlichen Dienst u. gefordert. Bemängeln müsse er, daß die Schulärzte nur bei den unteren Bürgerschulen eingeführt werden sollen und die Vorlage irrtümlicherweise annehme, daß die Eltern der die mittleren Bürgerschulen besuchenden Kinder in solchen Verhältnissen lebten, um für ihre Kinder in dieser Beziehung selbst sorgen zu können. Das treffe nicht zu, indem viele kleine Handwerker und Arbeiter ihre Kinder in die mittleren Schulen schicken in der Annahme, daß dort der Unterricht besser sei und weil sie sich den Leuten gegenüber genieren, ihre Kinder den unteren Schulen zuzuschicken. Andererseits besuchten auch viele Kinder die unteren Schulen, deren Eltern ganz gut situiert seien. Daß eine solche Notwendigkeit auch für die mittleren Schulen vorliege, gehe z. B. daraus hervor, daß sich bei der letzten Untersuchung einer Klasse der mittleren Bürgerschule 17 Kinder vorgefunden haben, welche mit Ungeziefer behaftet gewesen seien. Selbst in den

gehobenen Schulen würde ein Schularzt am Plage sein, da deren Kinder z. B. in Bezug auf Augenkrankheiten auch überwacht werden müßten, um vorbeugend zu wirken. In einer Berliner Mädchenschule sei bei der Untersuchung von 300 Kindern das Gebiß keines einzigen als gesund befunden worden; gleiche Ergebnisse haben sich in Halle, Aschaffenburg zc. herausgestellt. Ein Arzt habe festgestellt, daß bei 10000 Kindern 78—79 % Gebisse gehabt haben, welche zum Kauen vollständig untauglich gewesen seien. Da für die Gesunderhaltung des Körpers aber gut funktionierende Gebisse notwendig seien, so möchte er empfehlen, noch den ferneren Wunsch auszusprechen, auch für die Anstellung eines oder zweier Zahnärzte zu sorgen. Für die Oberrealschule einen Schularzt anzustellen, werde wohl vorläufig keine Aussicht sein, deshalb wolle er davon absehen, einen solchen Wunsch auszusprechen.

Als einen Mangel müsse er es empfinden, daß man die Untersuchung der Kinder erst nach ihrem Eintritt in die Schule vorzunehmen gedenke. Seiner Ansicht nach müßten die Kinder schon vor ihrem Eintritt daraufhin untersucht werden, ob sie für den Schulbesuch überhaupt geeignet seien und sie nicht als schwachbefähigt vom Schulbesuche einstweilen zurückgestellt werden müßten. Wenn die Kinder sich erst einmal in der Schule befänden, sei das eine eigene Sache. Ferner wünsche er die Verquickung der Armenärzte mit den Schulärzten vermieden zu sehen, da viele Leute Anstoß daran nehmen und lieber eine Krankheit verzögern werden, als zu einem Armenarzte zu gehen, zumal auch noch der Nachteil damit verbunden sein könne, daß dieses als eine Armenunterstützung angesehen werde. Aus allen diesen Gründen stelle er folgende Anträge:

„Schulärzte sind für alle städtischen Schulen anzustellen. Die Kinder sind nicht nur nach dem Eintritt in die Schule, sondern schon vor demselben zu untersuchen. Die Ärzte sollen die Bezeichnung „städtische Ärzte“ erhalten“.

Die in Aussicht genommene Bezahlung der Ärzte mit 400 M jährlich sei auch zu gering, weil der Arzt, wenn er die Sache ernst nehme, viele Zeit darauf opfern müsse; deshalb müßte die Besoldung erhöht werden. In Wiesbaden würden 800—900 M für einen Schularzt gezahlt. Am besten wäre es, wenn seitens der Stadt Ärzte fest angestellt werden könnten, die eine andere Praxis überhaupt nicht haben. Wenn man davon auch noch weit entfernt zu sein scheine, so werde es die Zukunft doch schon bringen. Als er vor zehn Jahren seinen Antrag gestellt habe, sei speziell Herr Reiche dagegen zu Felde gezogen, heute stände die Lehrerschaft aber schon auf einem anderen Standpunkte.

Herr Buchler muß es für verfehlt halten, Schulärzte anzustellen, da solche überall etwas zu erinnern finden würden, und deren Standpunkt ganz außerordentlich schwierig sein würde. Ohne die gute Absicht des Antrages irgendwie

verkennen zu wollen, sei es ihm doch nicht möglich gewesen, dabei einen praktischen Nutzen herauszufinden. Wenn z. B. ein Arzt ein Kind als mit einem Fehler behaftet finde, so werde er ihm einen Schein schreiben und diesen dem Kinde mit nach Hause geben, wo dann die Eltern zu bestimmen haben, was geschehen solle. Darin liege ein großer Fehler der Vorlage. Für den Fall von Epidemien ständen dem Magistrate wohl Mittel zur Verfügung, um einzelne Klassen oder ganze Schulen zu schließen, aber im Einzelfalle könne auf die Eltern nicht eingewirkt werden. Für etwa 10 000 Kinder verlange man 9 Schulärzte, welche kaum in der Lage seien, gründliche Beobachtungen an dem einzelnen Kinde vorzunehmen. Ein tüchtiger Arzt könne ja immerhin viel Gutes leisten, aber es sei nicht einzusehen, was es einem Kinde nützen solle, wenn es einen Schein mit nach Hause bringe, worauf stehe, daß es krank sei. Wenn der Schularzt gleichzeitig Armenarzt sei, werde er es ja auch zu Hause weiter behandeln können, sofern er für denselben Bezirk tätig sei. Darin liege auch wieder ein unglücklicher Zustand, daß der eine dies, der andere das wünsche, der eine sehe die Vorlage vom Standpunkte des Schulhygienikers, der andere vom Standpunkte des Hausarztes an. Man müßte deshalb in der Sache entweder noch weiter gehen, oder man müßte das Experiment gar nicht machen. Viel Wert könne die Beobachtung im Sinne der Vorlage gar nicht haben, denn was erreicht werden solle, müsse in der Familie erreicht werden, wo der Schwerpunkt für das Wohl des Kindes liege. Zur Beobachtung in Bezug auf die Reinlichkeit der Kinder brauche man keine Schulärzte, da eine Unreinlichkeit schon vom Lehrer nicht geduldet werde und dieser solche Kinder nach Hause schicke. Die in Aussicht genommene Anzahl der Ärzte möge nach den bei den Krankenkassen gesammelten Erfahrungen wohl für 1000 Familien ausreichen, nicht aber für 10 000 Kinder. Ein Kind während der vier Schulstunden zu beobachten und eventuell als krank nach Hause zu schicken an den Herd der Krankheit, halte er für verfehlt. Der Vergleich mit Wiesbaden passe nicht, da in einer solchen vornehmen Badestadt ganz andere hygienische Einrichtungen getroffen seien, als hier.

Herr Blasius ist der Ansicht, daß der Vorredner die Vorlage etwas mißverstanden habe. Die Vorlage solle nicht dazu dienen, die Schüler und Schülerinnen in ärztliche Behandlung zu nehmen, sondern sie vor Schädlichkeiten zu hüten und nachteiligen Einflüssen auf die Körperentwicklung vorzubeugen. Der ganze Zweck der Hygiene liege darin, vorzubeugen. Krumme Rücken, Kurzsichtigkeit u. dergl. sollen durch die Schulhygiene verhütet werden, nicht aber wolle man die Kinder in ärztliche Behandlung bringen. Ohne sich mit Wiesbaden vergleichen zu wollen, stehe es doch fest, daß nicht nur in Wiesbaden, sondern auch in vielen anderen Städten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns u. Schulärzte angestellt seien. Den Hinweis auf Wiesbaden habe man nur gewählt, weil dort eine vor-

treffliche Instruction für die Aerzte ausgearbeitet sei und dort auch die Kombination zwischen Schulärzten und Armenärzten bestehe.

Die Vorschläge des Herrn Günther würde er im großen und ganzen gern unterschreiben, aber es sei zu berücksichtigen, daß es sich hierbei doch vorerst nur um einen Versuch handle und man diesen nicht ablehnen solle, um noch etwas Besseres zu erreichen, nachdem man 18 Jahre gebraucht habe, um wenigstens dieses zu bekommen. Bezüglich der höheren Schulen sei er auch der Ansicht, daß es wichtig sei, die Kurzsichtigkeit zu verhüten, jedoch komme das von selbst, wenn dieses erst erreicht sei. Was die Zuziehung von Spezialärzten betreffe, so habe man Nasen-, Ohren- und Augenärzte für die Schulen einstellen wollen, jedoch halte er es für praktisch, daß der Magistrat nicht darauf eingegangen sei, sondern vorerst nur Schulärzte haben wolle, welche dann die Spezialärzte von selbst zuziehen würden. Betreffs der Honorarfrage schließe er sich der Ansicht des Herrn Günther an, jedoch empfehle er, den Lauf der Sache erst einmal abzuwarten und die Honorarfrage vorläufig ganz aus dem Spiel zu lassen. In Bezug auf den Standpunkt der Lehrerschaft zu dieser Frage sei es ihm interessant gewesen, zu beobachten, wie sich deren Ansicht geändert habe: vor zehn Jahren sei von ihr alles abgewiesen und der Magistrat habe sich damals leider beeinflussen lassen, in der Sache nichts zu tun, aber in der letzteren Zeit haben die Lehrer eine der Sache günstigere Stellung eingenommen und sich in ihren Versammlungen für die Einführung von Schulärzten geäußert.

Herr Stegmann möchte um Annahme der Güntherschen Vorschläge bitten. In Berlin wären von den vor der Aufnahme in die Schule untersuchten Kindern 12,3 % als geistig und körperlich ungenügend entwickelt auf ein Jahr zurückgestellt worden. Dieses System, die Untersuchungen auch schon vor der Einschulung vorzunehmen, empfehle sich auch hier. Ferner bitte er, die Schulärzte für alle städtischen Schulen einzusetzen, und wenn das noch nicht gehen sollte, wenigstens auch für die mittleren Bürgerschulen, da diese meist von Kindern der kleinen Gewerbetreibenden und Arbeiter besucht würden. Nehme man nur die unteren Bürgerschulen und wähle die Armenärzte zu Schulärzten, so drücke man der ganzen Einrichtung den Stempel der Armenunterstützung auf. Deshalb solle man auch den ominösen Namen „Armenarzt“ ganz fallen lassen und lieber „städtischer Arzt“ sagen. Im Herzogtum Meiningen seien für sämtliche, auch für die höheren Schulen Schulärzte eingesetzt; ebenso habe sich der Bezirkslehrerverein in Dresden kürzlich für die Einstellung von Schulärzten ausgesprochen. Den Wunsch des Herrn Blasius, daß ein Arzt auch dem Schulvorstande angehören möchte, wie das in Danzig schon der Fall sei, wolle er ebenfalls unterstützen. Die außerdem von Herrn Buchler vorgetragene Wünsche würde er gern unterstützen, wenn er nicht bezweifeln müßte, daß sich dieselben heute schon verwirklichen ließen. In Berlin

bestehe die Einrichtung der Schulärzte bereits zwei Jahre und rühme der Schulbericht die damit erzielten guten Erfolge.

Herr Oberbürgermeister Pockels weiß nicht, wie sich Herr Günther eine Untersuchung der noch nicht eingeschulten Kinder denkt. Wenn die Durchführung dieses Wunsches auch möglich sein würde, so müßte der Antrag doch zur Folge haben, daß in diesem Jahre nichts mehr daraus werden könne. Die Kinder seien bereits angemeldet und wenn nun die Eltern noch aufgefordert würden, ihre Kinder zur Untersuchung zu bringen, so würden sie das einfach nicht tun.

Herr Blasius muß es auch für außerordentlich wünschenswert halten, die Kinder schon vor dem Eintritt in die Schule zu untersuchen, bittet aber, die sehr wichtige Untersuchung im ersten Schuljahre auch nicht zu unterlassen.

Herr Günther wüßte nicht, welche großen Schwierigkeiten darin liegen sollten, die Kinder vier Wochen vor Beginn der Schule zu untersuchen. Wenn die Kinder nicht mehr zurückgewiesen werden können, so müßte dieses, wenigstens bei schweren Fällen, doch auch nach der Aufnahme in die Schule geschehen. Sollte sich das in diesem Jahre nicht mehr durchführen lassen, so möge es zuerst im nächsten Jahre geschehen. Auf die Ausführungen des Herrn Buchler möchte er erwidern, daß durch die ärztlichen Beobachtungen und Untersuchungen der Kinder bezweckt werden solle, die Eltern auf etwaige Fehler und Krankheiten ihrer Kinder aufmerksam zu machen. Das Mißliche bei der ganzen Vorlage sei, daß man die mittleren Bürger Schulen von der Einrichtung ausschließen wolle, in der Annahme, daß dort nicht soviel Ungezieser vorkomme, wie bei den unteren Schulen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage mit den von der Schulkommission geäußerten Wünschen angenommen, wogegen die Anträge des Herrn Günther abgelehnt werden.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

#### XIV. Ausbau u. eines Teiles der Hildesheimerstraße.

Der Magistrat hält den Ausbau der Hildesheimerstraße auf der Strecke zwischen der Roßstraße und der Goslarischenstraße für erforderlich und hat deshalb ein Projekt ausarbeiten lassen, nach welchem die 10,5 m breite Fahrbahn mittels Kleinpflasters befestigt und auf den beiderseitigen 5 und 6,5 m breiten Fußwegen ein je 1,8 m breiter Plattenbelag hergerichtet werden soll; auch ist die Anpflanzung von Laubbäumen vorgesehen. Wegen Erwerbes verschiedener zu dem Straßenbau notwendigen Teilflächen wurde mit den Anliegern vereinbart, daß diese die Flächen zum Einheitspreise von 15 M pro qm abtreten. Vom Magistrate wird empfohlen,



auf das mit den Anliegern getroffene Abkommen einzugehen, aber einstweilen auf die Besitzergreifung mehrerer Flächen zu verzichten, weil die Zurücksetzung der auf der Straßengrenze stehenden Mauer nicht unerhebliche Kosten verursachen würde. Die Besitzergreifung wird unbedenklich bis dahin verschoben werden können, daß die zwischen Geller- und Kohstraße gelegene Teilstrecke der Hildesheimerstraße ausgebaut werden wird. Diese Strecke schon jetzt auszubauen, mußte der Magistrat Bedenken tragen, weil an der Nordseite zwei Gebäude über die künftige Fluchtlinie nicht unerheblich vorpringen. Auf Wunsch der Anlieger hat sich aber der Magistrat bereit erklärt, die Fahrbahn im laufenden Jahre mit Kleinpflaster zu versehen und den südlichen Fußweg unter Aufwendung von 1100 M zu befestigen und mit einem provisorischen Plattenbelage zu versehen, nachdem der Fabrikant Amme sich erboten hat, zu diesen Kosten einen Zuschuß von 752 M zu leisten.

Die Versammlung wird ersucht, das Projekt, sowie die Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen, dem zu dessen Ausführung erforderlichen Grunderwerbe zuzustimmen und das Abkommen wegen Pflasterung der Fahrbahn der östlichen Teilstrecke der Hildesheimerstraße und wegen provisorischer Befestigung des südlichen Fußweges daselbst gutzuheißen. Der Anliegerbeitrag wird für die zweiseitig bebaute Strecke 109 M und für die einseitig bebaute Strecke 114,67 M betragen.

Wie Herr Ebeling berichtet, empfiehlt die Baukommission die Genehmigung der Vorlage, welchem Antrage die Versammlung zustimmt.

#### XV. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der folgenden Einwohner: Tierhändler Werner, Witwe Karoline Meyer, Arbeiter Brachhan, Karussell-Halter Thrumann, Kaufmann Erbsen und Kohlenhändler Lüttichau, um Befreiung von der Steuer für Zwinger- bzw. Wachhunde werden verworfen, dagegen das Gesuch des Lehrers Schuppe genehmigt, weil derselbe den betr. Hund sofort weitergegeben und der nachfolgende Besitzer die Steuer bezahlt hat.

#### XVI. Verpachtung der Eisenbüttler Mühlen.

Zwischen dem Magistrate und dem Oekonomen Fritz Reune ist anderweit ein Vertrag wegen Verpachtung des in Eisenbüttel gelegenen früheren herrschaftlichen Mühlengrundstücks und der darauf stehenden Gebäude für die Dauer vom 1. April 1902 bis 1. April 1905 zum Pachtpreise von 1000 M jährlich abgeschlossen worden. Der Antrag des Magistrates auf Genehmigung des Vertrages,

wird von der Finanzkommission, für welche Herr Südel berichtet, zur Annahme empfohlen.

Herr Günther möchte um Auskunft bitten, ob der jetzige Pächter der Mühlen kein Fachmann, sondern ein Gärtner sei. Durch diesen Umstand sollen die Mühlen sehr heruntergekommen sein und nicht das leisten, was sie früher geleistet haben, auch solle deren Reparaturbedürftigkeit jetzt größer sein als früher. Ferner solle man von dem Pächter für die Ausfertigung des Vertrages 3 M gefordert und auf dessen Sträuben den Betrag auf 1,50 M ermäßigt haben. Endlich möchte er zur Erwägung verstellen, ob sich das Grundstück nicht besser, vielleicht durch Verkauf, verwerten lasse.

Herr Stadtrat Haake erwidert, daß er über die Kosten des Vertrages keine Auskunft geben könne. Die Mühle sei nun einmal das Schmerzenskind der Stadt und sie sei für teures Geld gekauft, um das Recht über das Wasser zu bekommen. Der Pächter, welcher allerdings nicht Fachmann sei, betreibe die Mühle in der Hauptsache zum Schrotten, jedoch sei ihm nicht bekannt geworden, daß durch dessen Schuld Verschlechterungen in der Mühle vorgekommen seien. Herr Günther scheine hier falsch unterrichtet zu sein und würde es ihm angenehm sein, zu erfahren, wer demselben die Mitteilungen gemacht habe.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

#### XVII. Plattenbelag auf einem Teile der Hamburgerstraße.

Auf Antrag verschiedener Anlieger ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß der nördliche Fußweg der Hamburgerstraße in einer Breite von 1,80 m mit Platten belegt und ausgebaut werde. Der Anliegerbeitrag würde sich dabei auf 8,60 M für 1 m Frontlänge stellen.

Dem Antrage wird stattgegeben, nachdem ihn Herr Ebeling namens der Baukommission zur Annahme empfohlen hatte.

#### XVIII. Antrag Ebeling: Verbreiterung des westlichen Eingangs zur Südstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage einzubringen, welche bezweckt, den westlichen Eingang zur Südstraße vom Gieseler ab zu verbreitern“.

Zur Begründung führt Herr Ebeling folgendes aus: Daß die Sache Geld kosten und der Magistrat nicht gleich darauf eingehen werde, könne er sich denken. Außer der Fallerslebertorbrücke, deren Verbreiterung beschloffen sei, gebe es noch eine Menge Verkehrshemmnisse in hiesiger Stadt, von denen er eins hier herausgegriffen habe. Es handle sich dabei um einen der am schwersten passierbaren Punkte der Stadt, welcher noch dazu einen sehr lebhaften Verkehr von Wagen und Fußgängern aufzuweisen und den der Volksmund in drastischer Weise „Knochenmühle“ benannt habe. Die Südstraße bilde hier mit der Straße „am Gieseler“ einen spitzen

Winkel und habe einen sehr schmalen Fußweg und einen schmalen Fahrweg, sodaß die Passanten ständig großer Gefahr ausgesetzt seien. Der Antrag solle eine Prüfung der Frage der Verbreiterung seitens des Magistrates bezwecken und bitte er um Unterstützung.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorprüfung.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 5 bis gegen 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

1902/1903.N<sup>o</sup> 12.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 19. März 1903.

### Tagesordnung:

|       |                                                                        |           |
|-------|------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Anfrage Günt her: Befegung des Wagnerschen Stadtverordnetenmandates    | Seite 294 |
| II.   | Antrag Ebeling: Verbreiterung des westlichen Eingangs der Südstraße    | " 294     |
| III.  | Erwerb einer Fläche zur Pflegehausstraße . . . . .                     | " 296     |
| IV.   | Fluchtklinie und Grenzregulierung am Wollmarkt . . . . .               | " 296     |
| V.    | Plattenbelag auf der Kurzenstraße . . . . .                            | " 297     |
| VI.   | Gesuch um Pflasterung der Sophienstraße . . . . .                      | " 297     |
| VII.  | Hundesteuer-Erlaßgesuch . . . . .                                      | " 297     |
| VIII. | Stadthaushaltsplan zc. für 1903/04 . . . . .                           | " 297     |
| IX.   | Antrag Stegmann: Versicherung der Scheuerfrauen gegen Krankheit .      | " 315     |
| X.    | Antrag Günt her: Einrichtung einer Volkslesehalle . . . . .            | " 315     |
| XI.   | Antrag Ohlen dorf: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter . . . .   | " 316     |
| XII.  | Antrag Ohlen dorf: Verbreiterung der Brücke an der Sibonienstraße zc.  | " 317     |
| XIII. | Antrag Stegmann: Bewilligung von Sommerferien an Arbeiter . . .        | " 317     |
| XIV.  | Antrag Lössigigt: Straßenbeleuchtung in den frühen Morgenstunden . .   | " 318     |
| XV.   | Antrag Lössigigt: Befahren der Friedhofsstraße durch die Straßenbahn . | " 318     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Götte, Haake, Meyer, Ramdohr, von Frankenberg und Seele, sowie Regierungs-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Brückmann, Lupprian, Nieß, Pepplies, Schmidt und Wolters; später erscheint Herr Semler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung.

### I. Anfrage Günther: Bezeichnung des Wagnerschen Stadtverordnetenmandates.

Herr Günther möchte an den Herrn Vorsitzenden die Anfrage richten, ob er Auskunft darüber geben könne, wie es mit der Vertretung des Wagnerschen Mandates stehe. Wenn es richtig sei, daß dem an Stelle des Herrn Wagner gewählten Stadtverordneten Göcke eine Frist zur Abgabe seiner Erklärung über die Annahme oder die Ablehnung des Mandates gegeben sei, so erscheine ihm dieses Verfahren des Magistrates ein falsches zu sein. Der Magistrat habe gar nicht zu fragen, ob ein zum Stadtverordneten gewählter Bürger das Amt annehmen wolle, sondern er habe diesem nur mitzuteilen, daß er gewählt sei, weil ein Bürger gar nicht das Recht habe, ein solches Amt abzulehnen. Hier trete die Frage auf: wer vertrete zur Zeit das Mandat des Herrn Wagner? Dem Zustande müßte ein Ende gemacht werden. Gegen die Person des Herrn Göcke richte sich natürlich dieser Einwand nicht, sondern nur gegen die Sache an sich, denn es müßte naturnotwendig die Frage aufgeworfen werden, ob Herr Göcke mit zwei Mandaten, oder nur mit einem hier in der Versammlung sitze.

Herr Stadtrat Meyer: Wenn der Herr Vorsitzende der Versammlung schon zugegen wäre, würde er bereits mitgeteilt haben, daß Herr Göcke die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt habe. Der Magistrat habe dieses der Versammlung bekannt gegeben. Im übrigen habe der Magistrat seine Pflicht und Schuldigkeit getan, wenigstens glaube er nicht, daß Herr Günther eine Gesetzesbestimmung auffinden werde, aus welcher dem Magistrate ein Verschulden nachgewiesen werden könne. Wenn auch die Gesetzesbestimmungen verschieden ausgelegt werden könnten, so glaube der Magistrat doch so gehandelt zu haben, wie es eine pflichtmäßige Auslegung geboten habe.

### II. Antrag Obeling: Verbreiterung des westlichen Eingangs der Südstraße.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 291 des Berichtes — berichtet namens der Baukommission Herr Buchler: Es lasse sich nicht verkennen, daß für die durch das Wilhelmtor oder von dem Güterbahn-

hose kommenden Fuhrwerke nur zwei Wege in die Stadt führen, der eine über den Kalenwall, der andere durch die Südstraße. Beide Wege seien beengt: der erstere durch den Betrieb der elektrischen Straßenbahn, der letztere durch den schmalen Eingang in die Südstraße. Hier habe der Fahrweg eine Breite von nur 4,20 m und die beiden Fußwege eine solche von 1,10 m bzw. 1,40 m, sodaß dieser Eingang mit Recht als sehr beengt für den starken Verkehr genannt werden müsse. Gerade am Eingange der Südstraße sei aber der rechte Fußweg deswegen reichlich eng, weil die Wagen beim Wenden sehr häufig die Neigung haben, mit den Hinterrädern die Bordquader rechts zu streifen und hierdurch der 1,10 m breite Fußweg noch mehr beeinträchtigt werde. In der Sitzung der Kommission habe nun Herr Bürgermeister Metemeyer darauf hingewiesen, daß die städtischen Behörden schon im Jahre 1888 eine neue Fluchtlinie für die Südstraße festgesetzt haben und hierbei schon auf alles, was Herr Ebeling wünsche, Rücksicht genommen sei, sodaß die Einfahrt hiernach genügen würde. Wollte man nun jetzt dazu übergehen, die Erweiterung des Eingangs der Südstraße zu erzwingen, so würde das der Stadt ein so erhebliches Opfer kosten, daß die Kommission Abstand genommen habe, darauf zu dringen. Dagegen sei vorgeschlagen worden, mit der Herzoglichen Polizei-Direktion möglichst ein Abkommen zu treffen dahingehend, daß die Südstraße nur in einer Richtung befahren werden dürfe und man dann wenigstens nicht mehr Gefahr laufe, daß sich an dieser engen Stelle zwei Wagen begegnen. Die Kommission schlage nach Erwägung aller dieser Verhältnisse vor, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen und Erhebungen darüber anzustellen, ob dem Uebelstande, der zweifellos an dieser Stelle bestehe, in der einen oder anderen Weise abgeholfen werden könne.

Herr Ebeling will darauf hinweisen, daß die Gefährlichkeit der Stelle schon durch die Aufstellung eines besonderen Polizeipostens zur Ueberwachung des Verkehrs dargetan werde. Die Frequenz von den Schulen und von der Außenstadt mache die Stelle für die Passanten besonders gefährlich, namentlich, wenn man berücksichtige, daß die Wagen beim Einbiegen in die Südstraße einen spitzen Winkel nehmen müssen, um durchzukommen. Wie Abhilfe geschaffen werden könne, müsse er dem Magistrat überlassen. Wollte man aber mit einer Besserung etwa warten, bis an jener Stelle ein Neubau entstehe, so würde das zu lange dauern.

Herr Lange ist der Ansicht, daß es kaum in der ganzen Stadt einen gefährlicheren Punkt gebe, als diesen, wo sich das Fuhrwerk häufig anstae. Aus diesem Grunde könne aber mit einer Abhilfe nicht ins ungewisse hinein gewartet werden, sondern es müßte bei Zeiten etwas geschehen, damit dort nicht noch ein Unglück passiere. Wenn man warten wollte, bis an der Stelle jemand baue, so könnte man lange warten, denn er selbst habe schon versucht, dort ein Haus zu

kaufen und habe gemerkt, wie fest die Leute in ihrem Eigentum saßen. Man wolle eben nicht bauen, vermutlich, weil der Schnapsladen an der Ecke gut rentiere.

Herr Böschigt: Wenn die Stadt einmal Opfer bringen wolle, so eigne sich diese Stelle, welche schon so viel böses Blut gemacht habe, wohl am besten in der ganzen Stadt dazu. In der kleinen Burg habe man s. B. große Opfer gebracht, um eine Erweiterung der Straße zu schaffen, die nach der Ansicht vieler Einwohner gar nicht so nötig gewesen wäre. Was nütze es, die Fluchtlinie an der Südstraße festzustellen, wenn die Stadt keine Opfer dafür bringen wolle? Die 200 000 M, welche man in einem Zirkus stadtseitig anlegen wolle, würden hier viel besser angebracht sein. Auf Neubauten könne man nicht warten, denn darüber könnten noch zwei Generationen hingehen; er bitte daher, hier stadtseitig eine Besserung herbeizuführen.

Der Antrag der Baukommission wird darauf angenommen.

### III. Erwerb einer Fläche zur Pflegehausstraße.

Von dem ehemals Seeligerischen Grundstücke an der Cellerstraße sind 111 qm zur Pflegehausstraße abzutreten. Der von dem jetzigen Eigentümer, Bauunternehmer Dierfing, geforderte Preis von 40 M pro qm erschien dem Magistrat zu hoch und hat letzterer mit Herrn Dierfing eine gütliche Einigung dahin erzielt, daß dieser sich verpflichtete, die Fläche unentgeltlich, jedoch gegen Befreiung von Beiträgen zu den Kosten des Ausbaues der Pflegehausstraße, an die Stadt abzutreten. Der Kostenbeitrag des Bauunternehmers Dierfing würde etwa 3710 M, d. s. 106 M für 1 m Frontlänge betragen, sodaß sich die abzutretende Fläche auf 33,40 M für 1 qm stellen würde. Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung dieser Vereinbarung

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Rieke den Antrag namens der Baukommission unterstützt hatte.

### IV. Fluchtlinie und Grenzregulierung am Wollmarkt.

Auf Antrag des Musikalien-Verlagshändlers Vitloff ersucht der Magistrat, einer Aenderung der Straßenfluchtlinie für die Ostseite des Wollmarktes zwischen dem Grundstücke der Dienstbotenanstalt und der Kaiserstraße zuzustimmen und die hierbei den Vitloffschen Grundstücken zuzulegenden Straßenflächen von zusammen 5,90 qm zum Einheitspreise von 60 M an Herrn Vitloff zu verkaufen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Buchler berichtet, zu.

### V. Plattenbelag auf der Kurzenstraße.

Verschiedene Anlieger der Kurzenstraße haben den Magistrat gebeten, den Fußweg dieser Straße mit Platten zu belegen. Der Magistrat giebt anheim, diesem Antrage zu entsprechen und das Projekt nebst der Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen. Nach letzterer würden die Anlieger 9,20 M an Kosten für 1 m Frontlänge zu bezahlen haben.

Herr Ebeling befürwortet die Vorlage namens der Baukommission und die Versammlung beschließt demgemäß.

### VI. Gesuch um Pflasterung der Sophienstraße.

Ein großer Teil der Anlieger der Sophienstraße bittet die Versammlung, die Pflasterung des Fahrweges dieser Straße etwa durch Kleinpflaster oder Asphaltplatten herbeizuführen und begründet das Gesuch damit, daß die bislang vorgenommenen Ausbesserungen der Fahrbahn für den starken Fahrverkehr nicht hinreichen und nur eine vollständig neue Pflasterung Abhilfe schaffen könne.

Nach dem Berichte des Herrn Ebeling hat die Baukommission die Gründe, welche zu dem Gesuche geführt haben, wohl anerkannt; wenn sie trotzdem zu dem Beschlusse gekommen sei, das Gesuch für heute von der Tagesordnung abzusetzen, so geschehe dieses deshalb, weil dem Magistrat ein gleiches Gesuch zugegangen sei, über welches dieser erst befinden müsse.

Der Gegenstand wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz und teilt mit, daß nach einem Schreiben des Magistrates Herr Göde die auf ihn gefallene Wahl zum Stadtverordneten der II. Wählerklasse nicht angenommen habe.

### VII. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Das Gesuch des Maschinenfabrikanten Robert Karges um Befreiung von der Steuer für einen Wachhund wird in üblicher Weise abgelehnt.

### VIII. Stadthaushaltsplan :c. für 1903/04.

Der in Gegenwart einer größeren Anzahl von Mitgliedern der Versammlung von der Finanzkommission vorberatene Stadthaushaltsplan für das Jahr 1903/04 schließt in Einnahme und Ausgabe glatt ab. Dieses erfreuliche Ergebnis wird indessen nach dem Berichte des Herrn Födel nicht unerheblich beeinträchtigt, wenn man berücksichtige, daß einmal die Ausgabe für das gesamte Unterrichtswesen, insbesondere für die Volksschulen, durch den erstmalig geleisteten Zuschuß des Staates erheblich niedriger geworden sei, obgleich sie an sich, also ohne diesen



Zufuß, gestiegen sei, daß andererseits aber in den vorliegenden Haushaltsplan der Ueberschuß des Jahres 1901/02 mit 203522 M 90 S habe eingesetzt werden können. Mit einem derartig hohen Ueberschusse werde man indessen kaum für die Zukunft rechnen dürfen, denn wenn man auch annehmen könne, daß das Jahr 1902/03 ebenfalls noch einen Ueberschuß bringen werde, so dürfte ein solcher für die späteren Jahre nicht mehr in erheblicher Höhe zu erwarten sein. Andererseits sei es höchst erfreulich, daß die Befürchtungen, welche man hinsichtlich des Rückganges der Einnahmen aus den Gemeindesteuern gehegt habe, sich nicht erfüllt haben und deshalb nahezu dieselben Beträge wie im verflossenen Jahre in den Etat hätten eingestellt werden können, während sich andererseits sogar einige Einnahmen der Stadt noch etwas erhöht haben. So hätten können die Einnahmen aus der Gewerbesteuer um 17000 M, aus der Grundsteuer um 3000 M und aus dem Elektrizitätswerke um etwa 12000 M höher als im Vorjahre eingestellt werden, während allerdings die Einnahme aus der Biersteuer um 6000 M geringer eingesetzt sei. Dazu trete noch die Hoffnung, daß mit dem Eintritt einer Besserung der allgemeinen Verhältnisse diese Einnahmen sich noch weiter erhöhen werden. Wenn nun auch die einzelnen Kapitel des Etats im allgemeinen ihre regelmäßige und an sich natürliche Erhöhung erfahren haben, so bilden eine Ausnahme das Kapitel V (Armenpflege), welches einen Mehraufwand von 50500 M aufzuweisen habe, sowie das Kapitel X (Straßenbau), welches sich in den letzten drei Jahren ganz wesentlich gegen früher erhöht habe. Auch hier dürfte man wohl die Hoffnung hegen, daß mit diesem rascheren Vorwärtsschreiten des Ausbaues der außerstädtischen Straßen die Ausgaben demnächst wieder zurückgehen werden. Die Schuldenlast der Stadt auf das Rämmereivermögen habe sich nicht erhöht, da die Anleihen dieses Jahres zu Lasten des Kirchenbaufonds und des Wasserwerkes aufgenommen seien. Eins solle hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß erfreulicherweise die Steuerbeträge von den Einkommen zu 1200 M bis 2000 M auch in diesen ungünstigen Zeiten erheblich gewachsen seien, während die Einkommen von 600 M bis 900 M eine Verminderung erfahren haben.

Es wird nunmehr in die Einzelberatung eingetreten.

## I. Etat der Rämmereikasse.

### A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

#### Kap. I. Rämmereivermögen:

Einnahme 193620 M.

Ausgabe 736100 M.

Herr Riese kann nicht verstehen, weshalb man dem Pächter des Kellers im Neustadtrathause den Vertrag gekündigt habe und hierdurch eine Einnahme von

jährlich 450 M einbüße. Wenn der Erläuterungsbericht hierüber sage, daß der Mietvertrag wegen der Feuergefährlichkeit, die aus der Weinkellerei dem Rathause drohe, gekündigt sei, so könne er nicht begreifen, daß durch einen Weinkellerbetrieb Feuer solle entstehen können. Hoffentlich werde dieser Betrag später wieder eingestellt werden.

Herr Bürgermeister Kietemeyer erwidert, daß der Kreisbranddirektor Röttcher einen umfangreichen Bericht über die Feuergefährlichkeit des jetzigen Heims für Bibliothek und Archiv erstattet und in diesem Berichte auch auf den Betrieb im Keller hingewiesen habe. Der Keller im Altstadt-Rathause sei gewölbt, während dieser Keller nur mit Holz gedeckt sei. Wenn hier nun Lach gekocht werde, so liege darin immer eine gewisse Gefahr für das Gebäude. Was mit dem Neustadt-Rathause werden solle, lasse sich noch nicht sagen.

Herr Hauswaldt möchte zu 1 c „Miete von dem Saale des Altstadt-Rathauses zc. 45 M“ den Magistrat bitten, für den Saal eine feste Miete zu nehmen. Nach dem jetzigen Brauch würde bei Benutzung des Saales nur die Vergütung der entstehenden Ausgaben gefordert, was insofern leicht zu Mißhelligkeiten führen könne, als man nie vorher wisse, wie viel man zu zahlen haben werde. Um diesem Uebelstande auszuweichen, möge der Magistrat für die jedesmalige Benutzung des Saales einen festen Betrag von 15—20 M fordern.

Herr Oberbürgermeister Bockels will dazu bemerken, daß die Stadt in Bezug auf die Freigabe des Altstadt-Rathaus-saales zu wissenschaftlichen und Kunst-Vorträgen gelegentlich der Auseinandersetzung mit dem Staate bestimmte Vorschriften bekommen habe. Früher sei der Saal vom Staate verwaltet und darauf habe man der Stadt gestattet, ihn unter gewissen Voraussetzungen zur Verfügung zu stellen. Die Anforderungen an die Benutzung des Saales würden nun stellenweise so häufig gestellt, daß sich oft nicht übersehen lasse, ob der Saal an einem Abende frei sein werde, aus welchem Grunde diese Sache der städtischen Bauverwaltung überwiesen sei. Gewöhnlich wären die Anträge auf Ueberlassung des Saales begleitet von der Bitte um Erlaß der Miete und zwar hauptsächlich bei Vorträgen zc. zu Wohltätigkeitszwecken, in welchen Fällen dann meistens nur die Erstattung der baren Auslagen gefordert worden sei. Obwohl er glaube, daß es nicht im Interesse der Vereine zc. liege, wenn feste Einheitsätze aufgestellt würden und daß auch die Stadt hierbei nicht besser wegkomme, solle die Sache doch in Ueberlegung genommen werden.

Der Herr Vorsitzende verliest hierauf den unter M XI der Tagesordnung aufgeführten Antrag des Herrn Ohlendorf und bemerkt, daß ein solcher Antrag als ein selbständiger behandelt werden müsse, weil sich z. B. gar nicht übersehen lasse, welche Summe bei Genehmigung des Antrages in den Etat einzustellen sei.

Zu der Einnahme unter 4 b (Seite 8) „Stättgeld von den Wochenmärkten auf dem Kohlmarke, Altstadtmarke und Kadefflinke“ bemerkt Herr Riecke, daß der heutige Zustand mit den Wochenmärkten nicht mehr ewig dauern könne. Da einmal beschlossen sei, den Marktverkehr zu dezentralisieren, so liege es im Interesse der Stadt selber, noch eine zweite Markthalle zu bauen, damit die Wochenmärkte auf den Straßen ganz verboten werden könnten.

Zu 5 a (S. 10, 12 u. 14) will der Herr Referent erwähnen, daß das Stammvermögen in diesem Jahre nicht unwesentlich niedriger eingestellt worden sei, als im Vorjahre (864 254,30 M. gegen 999 182,74 M.), weil das Schwesternhaus vom Roten Kreuz ein Darlehn von der Stadt aus dem Betriebsfonds erhalten habe, das jetzt zum größten Teile an diesen Fonds zurückgezahlt werden müsse. Dazu sei noch zu bemerken, daß aus dem Stammvermögen auch die anteiligen Kosten des Wiederaufbaues des Huneborstelschen Hauses bestritten seien.

Zu den Ausgaben unter 1, a, ff. „Wirtschaftsgebäude im Bürgerparke“ bemerkt Herr Koch, daß für dieses Gebäude wohl schon eine Menge Reparaturkosten bezahlt seien, die Fenster nach der Wetterseite hin sich aber trotzdem in einem sehr traurigen Zustande befänden. Er würde es gern sehen, wenn sich die städtische Bauverwaltung dieser Sache einmal annehmen wollte.

Kap. II wird unausgefüllt geführt.

Kap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 166 100 M.

Ausgabe 1 147 200 M.

Dieses Kapitel wird wegen zeitweiser Behinderung des Berichterstatters erst in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen.

Kap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —.

Ausgabe 19 200 M.

Kap. V. Armenpflege:

Einnahme —.

Ausgabe 351 700 M.

Dieses Kapitel kann erst nach der Durchberatung des Etats der Armenkasse als erledigt angesehen werden.

Kap. VI. Gesundheitswesen:

Einnahme: 3000 M.

Ausgabe: 8840 M.

Kap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,87 M.

Ausgabe 2607,17 M.

Herr Günther möchte hierzu beantragen, daß der in den Etat wieder eingestellte Zuschuß von 600 M. zu den Kosten der Feier des Gedantages gestrichen

werde, ebenso sei er gegen eine Erhöhung der Subvention des Männerturnvereins von 500 M auf 800 M. Was den ersteren Punkt betreffe, so dürfte es endlich an der Zeit sein, mit dem Sedanfeste einmal aufzuräumen, da diese Feier nicht mehr zeitgemäß sei. Während es wenig Orte in Deutschland gebe, an denen man diese Kriegszeit noch feiere, halte man hier an dem alten Poppe fest und müßten diese „offen Kamellen“ endlich auch hier beseitigt werden. Bezüglich des Männerturnvereins habe der Magistrat bei einer früheren Gelegenheit angegeben, daß in diesem Vereine Turnlehrer ausgebildet würden. Es würde ihm von Interesse sein, einmal zu hören, wieviele Turnlehrer dort ausgebildet würden und ob der stadtseitige Zuschuß auch einigermaßen im Verhältnis zu dieser Zahl stände. Dieser Verein bilde eine ganz bestimmte exklusive Gesellschaft, die Mitglieder unter sich habe, welche wohl in der Lage seien, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Da es hier nun auch noch andere Turnvereine gebe, welche einen Zuschuß noch besser gebrauchen könnten, als der Männerturnverein, z. B. die Turnerbrüderschaft, so schlage er vor, die beiden Beträge von 600 M und 800 M zu streichen und sie für wichtigere Dinge, z. B. für die Einrichtung von Hochschulkursen zu verwenden. Dabei möchte er fragen, ob der Magistrat nicht noch einmal in Erwägung gezogen habe, die Hochschulkurse, deren Nützlichkeit doch wohl außer Zweifel stehe, wieder ins Leben zu rufen. Ebenso halte er es für notwendig, Mittel für die Errichtung einer Volkslesehalle zu schaffen. Vor drei Jahren habe man einen entsprechenden Antrag des Herrn Lord abgelehnt, aber allerorten gehe man daran, solche Lesehallen zu errichten und müßte Braunschweig in dieser Beziehung mit im Vordergrunde stehen. Man gebe so viel Geld für andere Sachen aus, wolle man doch für eine weitere höhere Töchterchule allein 500 000 M ausgeben, daß man die Mittel für eine Volkslesehalle auch noch würde erschwingen können. Als Lokal würde sich vielleicht das Altstadt-Rathaus eignen. Er stelle daher einen auf Errichtung einer Volkslesehalle hinielenden Antrag (s. Punkt X der Tagesordnung). Wenn der Herr Vorsitzende meine, solche den Etat abändernden Anträge nur als selbständige behandeln zu können, so halte er das nicht für richtig. Viel richtiger würde es sein, den Etat früher vorzulegen, sodaß noch Abstriche und Zusätze an ihm gemacht werden könnten, was nach einer früheren Mitteilung des Herrn Vorsitzenden nicht zulässig sein solle. Wozu werde der Etat durchberaten, wenn nicht die Versammlung das Recht haben solle, einzelne Positionen zu ändern. Er glaube allerdings nicht, daß an diesem Usus etwas werde geändert werden.

Herr Oberbürgermeister Poels: Die Auffassung des Herrn Vorredners in Betreff der Behandlung des städtischen Etats sei geradezu wunderbar und nicht verständlich. Wenn der Vorredner sagte, es wäre erwünscht, daß die Versammlung den Etat vier Wochen früher erhalte, so ließe sich darüber sprechen, obwohl die Drucklegung des umfangreichen Wertes auch viel Zeit in Anspruch nehme. Der

Etat könne gewünschtenfalls schon im Oktober oder November aufgestellt werden, wenn auch nicht mit der Sicherheit, wie es jetzt geschehe.

Auf den Antrag wegen der Volkslesehalle wolle er sich nicht einlassen, weil dieser als ein selbstständiger zu behandeln sei. Der Zuschuß zur Sedanfeier sei seit dem Jahre 1871 bewilligt und schon öfter, aber stets ohne Erfolg, von einer Seite beanstandet worden.

Die Unterstützung für den Männerturnverein habe früher 500 M betragen und sei dem Verein auf Ansuchen der Versammlung, den Zuschuß auf 1000 M zu erhöhen, im vorigen Jahre eine Beihilfe aus der Ottmerstiftung gewährt worden. Der Magistrat habe nun für das neue Jahr in Ueberlegung genommen, ob man die 1000 M nicht auf den Etat der Kämmererkasse übernehmen könne, habe sich aber gesagt, daß ein Betrag von 800 M ausreichen würde und dem Vereine erforderlichenfalls noch ein Zuschuß aus einer anderen Stiftung gewährt werden könne.

Herr Züdel: Herr Günther nehme irrtümlich an, daß die Versammlung an dem Etat nichts mehr ändern könne, die Versammlung sei berechtigt, Erhöhungen oder Abstriche an den Etatssummen vorzunehmen, jedoch müßte das natürlich mit festen Summen geschehen. In Bezug auf das Sedanfest wolle er nichts sagen, das sei eine Geschmacksache und habe die Versammlung schon oft genug darüber verhandelt. Was den Männerturnverein betreffe, so möchte er darauf hinweisen, daß dieser Verein die Leitung des ganzen Gauces habe und infolge dessen auch die Turnlehrer für sämtliche Vereine stelle. Außerdem stelle er zur Ausbildung der Turnlehrer seine Halle zur Verfügung und leiste überhaupt für die Allgemeinheit erheblich mehr als die anderen Vereine. Wenn in dem Begleitschreiben des Magistrates gesagt sei, daß der Männerturnverein sich einer größeren Sparsamkeit werde befleißigen können, so wolle er dazu bemerken, daß die Mitglieder schon recht hohe Beiträge bezahlen und selbst die aktiven Mitglieder bei jedem Zusammensein noch einen Beitrag zahlen müssen. Da nun auch im nächsten Jahre das Einkommen des Turnlehrers erhöht werden müsse, so bitte er, wenigstens den Zuschuß von 800 M bestehen zu lassen.

Herr Günther: Wenn Herr Züdel meine, es könnte an dem Etat immerhin noch etwas geändert werden, so bleibe er dabei, daß es stets Usus gewesen sei, nichts zu ändern und der Herr Vorsitzende das damit begründet habe, daß das nicht gut angängig sei. Bei früheren Gelegenheiten habe er auch die Einstellung oder Absetzung bestimmter Summen beantragt, trotzdem sei der Antrag zurückgestellt worden und zwar meistens mit der Motivierung, daß der Antrag erst in der Kommission vorberaten werden müsse. Die Versammlung befinde sich in der mißlichen Lage, daß der Etat immer erst kurz vor dem 1. April zur Beratung komme; wenn

daß früher geschähe, könnten etwaige Anträge inzwischen noch beraten und beschlossen, sowie im Etat berücksichtigt werden. Deshalb sei es besser, den Etat in Zukunft früher einzubringen.

Der Herr Vorsitzende will hierzu bemerken, daß außer Herrn Günther wohl niemand ihn so verstanden haben werde. Selbstverständlich könne die Versammlung an dem Etat ändern, jedoch ließen sich nicht Anträge auf Aenderung des Etats annehmen, welche man nicht übersehen könne, weil man sonst den Etat niemals werde fertigstellen können.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Dem Anscheine nach sei sich Herr Günther noch nicht klar über die Behandlung dieser Angelegenheit. Am Etat könnten noch am 30. März ebensogut wie am 30. November Aenderungen vorgenommen werden, jedoch scheine Herr Günther der Meinung zu sein, daß nicht nur Ablehnungen, sondern auch Erhöhungen der Ausgaben in den Etat eingestellt werden könnten. Das gehe indessen nicht, da der Magistrat hiergegen Einspruch erheben würde. Wenn von der Versammlung dagegen Wünsche vorgebracht werden sollten, so stehe es jedem Mitgliede im Laufe des Jahres wie bisher frei, entsprechende Anträge zu stellen, welche im nächsten Etatsjahre berücksichtigt werden könnten.

Herr Lord würde sich sehr freuen, wenn die Herren von der anderen Seite auch in den Kommissionsberatungen erscheinen wollten. Allerdings sei es bei diesen Beratungen nicht möglich, zum Fenster hinaus zu reden und habe er in der Kommissionsitzung niemand von den Herren gesehen. Ferner möchte er bemerken, daß seitens des Magistrates nach wie vor Zuschüsse für die Hochschulkurse zur Verfügung gestellt seien und würden diese Zuschüsse auch Herrn Günther zur Verfügung gestanden haben, sofern er in der Lage gewesen wäre, die Kurse wieder einzurichten. Den Antrag auf Errichtung einer Volkshochschule begrüße er mit Freuden.

Herr Rieke: Auf die Bemerkung des Vorredners wolle er erwidern, daß er manchmal in Kommissionsitzungen gewesen sei, in welchen Herr Lord u. a. gefehlt hätten. Jedenfalls hätte er an allen Verhandlungen stets ein reges Interesse gezeigt, jedoch könne es immerhin einmal vorkommen, daß er am Erscheinen in der Kommissionsitzung behindert sei. Die Bemerkung sehe aus, wie ein Vorwurf, um ihn zu diskreditieren, was er zurückweisen müsse. Ebenso sei es mit der weiteren Bemerkung bezüglich des zum Fenster hinaus Redens; ein solcher Vorwurf falle auf den zurück, von dem er komme. Mit der Behandlung der eingebrachten Anträge sei er dahin einverstanden, daß dieselben nicht mit dem Etat verquickt werden, einmal, weil sonst der Etat an einem Tage nicht zu Ende kommen könnte und dann auch, weil sich die aus den Anträgen resultierenden Kosten nicht übersehen ließen. Solche Anträge müßten erst in einer Kommission vorberaten werden.

Die Versammlung beschließt darauf die Bewilligung des Zuschusses von 600 M zu der Sedanfeier und der Beihilfe von 800 M für den Männerturnverein.

#### Kap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 29 600 M.

Ausgabe 87 000 M.

Herr Rieke will hierzu bemerken, daß er nicht nur für die in Aussicht genommene Erhöhung der Gehälter der Feuerwehrleute sei, sondern daß er auch eine Vermehrung des Personales wünschen müßte, damit diese Leute nicht gezwungen seien, ihr Zeug 72 Stunden auf dem Leibe zu behalten. Unter solchen Verhältnissen müßte die Arbeitszeit geändert werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte darauf erwidern, das die Grundsätze, nach denen die Feuerwehrmannschaften besoldet werden, gemeinschaftlich mit der Versammlung festgelegt seien und demnach erst eine Aenderung dieser Bestimmungen beschlossen werden müßte.

#### Kap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 37 077,05 M.

Ausgabe 427 600 M.

Herr Lange muß die Bedürfnisanstalt auf dem Hagenmarke an ihrer jetzigen Stelle für überflüssig halten, besonders, seitdem die Markthalle im Betriebe sei. Vielleicht könnte die Anstalt an der Sidonienbrücke Platz finden.

Herr Nolte: Vor einigen Wochen habe er in der Landeszeitung gelesen, daß bei dem Magistrate verschiedene Anträge auf Beseitigung der Zahl 13 bei der Numerierung der Häuser eingegangen und daß diese Anträge magistratsseitig auch genehmigt seien. Nach den von ihm eingezogenen Erkundigungen habe sich seine Annahme, daß diese Mitteilung den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspreche, bestätigt. Die Behörden seien doch auch nicht dazu da, den Aberglauben groß zu ziehen.

Herr Lange ist hierüber anderer Meinung (Heiterkeit), und würde es ihm lieb sein, wenn die M 13 von seinem Hause beseitigt werden könnte, womit man namentlich seiner Frau einen Gefallen erweisen würde. Es gebe Hotels, in welchen die Zimmernummer 13 sorgfältig vermieden werde und liege darin auch eine gewisse Berechtigung. (Heiterkeit.) Man möge darüber lachen, jedoch lasse sich nicht verkennen, daß für viele Menschen eine Beruhigung darin liege, die Zahl 13 nicht an der Tür zu haben.

Herr Böschigt möchte darauf hinweisen, daß die Unsicherheit auf den Straßen namentlich der Außenstadt in den frühen Morgenstunden eine beunruhigende sei und müsse dieses dem Umstande zugeschrieben werden, daß die Straßenlaternen schon vor Tagesanbruch gelöscht würden. Das Brennen der Laternen wirke aber

auf die Sicherheit besser, als wenn noch einige Schutzleute angestellt würden, weshalb er empfehle, die Laternen des Morgens etwas länger brennen zu lassen.

Herr Koch will anheimgenben, in der Nähe der Hufarenkaserne eine Bedürfnis-anstalt für Männer und Frauen zu errichten, da die Gegend solche Anstalt dringend erfordere.

Herr Löschnigk reicht einen entsprechenden Antrag ein (s. Nr. XIV der Tagesordnung) und bemerkt dazu, daß er die Mehrausgabe an Beleuchtungskosten natürlich nicht angeben könne. Jedenfalls werde die Sicherheit in der Stadt bei Durchführung seines Antrages so gefördert werden, daß sich diese Mehrausgabe sehr wohl rechtfertigen lasse. Aus dem Bäckereigewerbe namentlich kämen lebhaftest Klagen über die Unsicherheit in den Straßen nach dem Auslöschen der Laternen und scheuten sich stellenweise die Brotträgerinnen, die Straßen der Außenstadt um diese Zeit zu betreten.

Herr Stadtrat Haake sagt eine Prüfung dieser Frage zu. Das Anzünden und Auslöschen der Laternen erfolge nach einem Laternenkalender. Da nun ein Wärter eine ganze Anzahl Laternen zu bedienen habe, so liege es in der Natur der Sache, daß er an einer Stelle vielleicht zu früh mit dem Auslöschen beginne.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf aufmerksam machen, daß der Antrag Löschnigk für den Etat keine Bedeutung habe, weil die Stadt und der Staat — letzterer wenigstens in Bezug auf die innenstädtischen Straßen — einen bestimmten Zuschuß zu den Straßenbeleuchtungskosten zahlen, unabhängig davon, ob die Laternen längere oder kürzere Zeit brennen.

Herr Löschnigk erklärt sich infolge dieser Mitteilung damit einverstanden, seinen Antrag als einen selbständigen aufzufassen.

Herr Müller möchte anheimgenben, die Uhr auf dem Rathhausturme auch während der Nacht zu beleuchten und nicht schon Abends 10 Uhr das Licht zu löschen.

#### Kap. X. Straßen- und Kanalbau:

Einnahme 175 900 M.

Ausgabe 379 300 M.

Wie Herr Südel ausführt, sind die Beiträge der Feldmarksgemeinden und gewerblichen Etablissements zur Unterhaltung der Straßen und Wege im Außengebiete der Stadt um 3000 M. höher, als im Vorjahre angesetzt worden. Der Grund liege darin, daß neuerdings nach anderweiter Auslegung der Bestimmungen weitere Kreise von Gewerbetreibenden zur Zahlung dieser Beiträge herangezogen seien.

Herr Günther hält eine Pflasterung der Altenwage und des Wollmarktes für notwendig, auch müßte bei der Gelegenheit ein Uebergang nach der Kaiserstraße und der Beckenwerperstraße geschaffen werden.



Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Pflasterung dieser Straßen schon in Aussicht genommen sei.

Herr Müller vermißt bei den für die Unterhaltung der Baumpflanzungen und Rasenflächen auf den Plätzen der Stadt vorgesehenen Mitteln den Burgplatz, welcher noch eingeschoben werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Fortlassung nur auf einem Versehen beruhe und die Aufwendungen für den Burgplatz mit von dem Betrage der Pos. 7 auf S. 51 bestritten würden.

#### Kap. XI. Gemeindesteuer:

Einnahme 2746 000 M.

Ausgabe 9100 M.

Dieses Kapitel wird erst am Schlusse der Etatsberatung erledigt werden.

#### Kap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse:

Einnahme 41 520 M.

Ausgabe 49 930 M.

#### Kap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 44 300 M.

Ausgabe 365 600 M.

Herr Günther möchte hierbei über die Hantierung des Herrn Stadtrat von Frankenberg als Vorsitzenden des Gewerbegerichts sprechen. Es sei darüber Klage geführt worden, wie Herr Stadtrat von Frankenberg besonders die Vergleiche beim Gewerbegericht regele. So z. B. habe ein Hausdiener gegen seinen Arbeitgeber, einen Kaufmann, geklagt, weil dieser ihm 6,50 M für eine zerbrochene Scheibe vom Lohne einbehalten habe. Herr Stadtrat v. Frankenberg habe ganz richtig entschieden, daß dieser Betrag nicht in Abzug gebracht werden dürfe, sondern zurückerstattet werden müsse, habe dem Arbeiter aber gleichzeitig aufgegeben, bei seinem ehemaligen Arbeitgeber Abbitte zu leisten. Als der Arbeiter sich hierüber nicht habe schlüssig werden können, sei der Termin vertagt worden. Ein solches Vorgehen halte er nicht für richtig, da der Arbeiter die 6,50 M gewiß sehr nötig gehabt habe und nicht in der Lage gewesen sei, sie 14 Tage oder 3 Wochen zu stunden.

Noch einen anderen Fall wolle er anführen. Ein Kellner habe gegen den Hotelier Schrader geklagt, weil ihm 5 M Trinkgeld nicht ausbezahlt seien. Vom Vorsitzenden des Gewerbegerichtes sei darauf entschieden worden, daß die 5 M gezahlt werden müßten, sofern keine entgegenstehende Verabredung getroffen sei; trotzdem habe er aber einen Vergleich abgeschlossen auf Zahlung von nur 2,50 M. Das sei ebenfalls nicht richtig. Wenn ein Arbeiter eine bestimmte Summe von

einem Arbeitgeber zu fordern habe, so müßte ihm die auch ohne Abstrich gezahlt werden. Eine derartige Rechtsprechung halte er für unzulässig.

Der Herr Vorsitzende muß es für bedenklich halten, die Rechtsprechung des Gewerbegerichtes hier zum Gegenstande der Beratung zu machen. Die Versammlung könne doch unmöglich eine zweite Instanz des Gerichtes bilden wollen. Er habe den Vorredner allerdings aussprechen lassen, meine aber, daß die Versammlung nicht berechtigt sei, Kritik an der Rechtsprechung des Gewerbegerichtes zu üben. Deshalb glaube er auch, daß Herr Stadtrat von Frankenberg keine Veranlassung nehmen werde, auf die Anzuspungen des Herrn Günther zu antworten.

Als Herr Günther in dieser Sache wieder das Wort nehmen will, wird ihm dasselbe vom Herrn Vorsitzenden nicht erteilt und zwar mit der Begründung, daß die Versammlung nicht berufen sei, die Urteile des Gewerbegerichtes nachzuprüfen.

Herrn Lange erscheint die Summe von 13500 M für die Feuerung der städtischen Bureaus im Vergleich z. B. zur Gewerbeschule sehr hoch zu sein. Vielleicht müßte die Feuerungsanlage einmal nachgesehen werden.

Herr Stegmann will beantragen, die bei den Reinigungsarbeiten im Rathause beschäftigten Frauen gegen Krankheit zu versichern. Eine dieser Frauen sei infolge der Beschäftigung im Rathause krank geworden und dadurch in die bitterste Not geraten. Sie solle nach dem ärztlichen Atteste infolge der Zugluft und Kälte sich einen Rheumatismus zugezogen haben, bei welchem der eine Arm steif geblieben sei. Hierdurch sei der Frau seit Februar v. Js. außerdem noch ein Einnahmeausfall von etwa 400 M erwachsen, während sie von der Luise-Ottmer-Stiftung eine Unterstützung von 40 M erhalten habe. Da die Stadt auch bei anderen Kategorien von Bediensteten, z. B. bei den Nachtwächtern, Zuschüsse zur Krankenkasse leiste, so könne das auch hier geschehen, gleichviel welchen Anteil sie zuschießen wolle. Am liebsten würde es ihm sein, wenn die Stadt den vollen Beitrag übernehmen wolle. Die Arbeitszeit der Frauen sei auch keine angenehme, sie müßten des Morgens von 6—9 Uhr und des Abends von 6—9 Uhr zur Stelle sein und sich verpflichten, keine andere Arbeit zu übernehmen.

Auch dieser Antrag wird als ein selbständiger behandelt werden (s. M. IX der Tagesordnung).

Herr Südel möchte Herrn Lange erwidern, daß die Ausgaben für die Heizung der städtischen Bureaus stets sehr konstante gewesen seien und darin eine Erhöhung nicht liege.

Herr Löschigk ersucht den Magistrat, die Straßeneisenbahn anzuhalten, bis zum Zentralfriedhofe zu fahren.

## Kap. XIV. Inſsgemein:

Einnahme 205 666,28 M.

Ausgabe 59 222,83 M.

Zu Punkt 3 der Ausgaben beantragt Herr Födel namens der Finanzkommission, den Einzelbetrag der vom Magistrate ohne weiteres zu bestreitenden Ausgaben von 100 M auf 200 M zu erhöhen.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

## Abſchluß:

Einnahme und Ausgabe 3 643 400 M.

Herr Löschigt möchte zum Kap. I 2. r — Seite 6 — anfragen, weshalb ein Anerkennungsgeld für Benutzung der Ausgänge von Gärten an der Wolfenbüttlerstraße und der Badetwete in den Bürgerpark von einem Teile der Anlieger erhoben werde. Wenn es einem Anlieger gestattet sei, seine Ausgangstür nach dem Bürgerparke frei zu benutzen, dürfte einem anderen Anlieger dieses Recht nicht beschnitten werden. Beispielsweise finde man im Gehege zu Nordhausen viele Wirtschaften liegen, welche nach den Anlagen hin Ausgänge besitzen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, der Magistrat habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß den Anliegern südlich der Badetwete ein Recht auf Anlegung von Eingängen in den Bürgerpark nicht zustehe. Aus diesem Grunde sei mit diesen Anliegern ein Abkommen dahin getroffen, daß denselben die Anlegung von Türen zwar erlaubt, ihnen aber eine Anerkennungsgeldgebühr auferlegt werde, damit die Stadt in der Lage sei, die Türen wieder schließen zu lassen. Diese Maßnahme müßte auch in Zukunft beibehalten werden, sonst sei zu besorgen, daß Unzuträglichkeiten entstünden.

Herr Günther hat eine Klage über den Beamten vorzubringen, welcher die Armenscheine ausstelle. Dem Vernehmen nach solle dieser vor Ausstellung der Scheine in eine Prüfung darüber eintreten, was der Betreffende vor Gericht vertreten wolle.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß dieses den Vorschriften entspreche.

Herr Günther will noch bemerken, daß die den Armenschein nachsuchenden Einwohner von dem Beamten vielfach weggeschickt sein sollen. In Bezug auf seine den Herrn Stadtrat von Frankenberg betreffenden Bemerkungen wolle er noch erwähnen, daß er glaube berechtigt zu sein, über alle städtischen Angelegenheiten, wenn sie ihm Mängel aufzuweisen scheinen, hier Klage zu führen. Im übrigen habe er gegen die sonstige Amtsführung des Herrn Stadtrat von Frankenberg keinerlei Klagen führen wollen, da diese überall als gut anerkannt werde.

Herr Stadtrat Meyer: Die sogenannten Armenscheine haben den Wortlaut, daß der Magistrat dem Betreffenden bescheinige, dieser könne ohne Beschränkung des notwendigen Lebensunterhaltes die Kosten eines Prozesses nicht bestreiten. Das setze aber voraus, zu wissen, wie hoch diese Kosten etwa sein werden, was sich nur beurteilen lasse, wenn man feststelle, welcher Art der zu führende Prozeß sein werde.

## B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

### I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 1 108 494,09 M.      Ausgabe —.  
Anleihe 997 300 M.

### II. Vorratsvermögen und Vorschüsse:

Einnahme 10 000 M.      Ausgabe 800 000 M.

### III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke:

Einnahme 35 947,55 M.      Ausgabe 24 590 M.

### IV. Erstattete Vorschüsse, Bauten und öffentliche Anlagen:

Einnahme 403 058,36 M.      Ausgabe 732 910 M.

Herr Stegmann möchte den Wunsch aussprechen, daß auch an der Kreuzung der Wörth- und Schillstraße je ein Uebergang längs der Straße und quer über die Straße gepflastert werde, weil die Leute dort bei schmutzigem Wetter den Fußweg gar nicht benutzen können und den Fahrweg vorziehen.

Herr Kolte fragt an, ob durch den geplanten Ausbau der Kasernenstraße zwischen der Wiesenstraße und der Straße am Fallerslebertore — IV. 3. A. c., Seite 83 des Etats — die unglückliche Ecke gegenüber der Kaserne endlich beseitigt werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die ganze Strecke der Kasernenstraße verschwinden solle und damit natürlich auch die Ecke weg falle. Dem Vernehmen nach solle es allerdings in diesem Jahre noch nicht dazu kommen, weil die Vorbereitungen der Militärverwaltung noch nicht so weit gefördert seien.

### V. Insgemein:

Einnahme und Ausgabe —.

### Abjchluß:

Einnahme und Ausgabe 1 557 500 M.

## 2. Etats der mit der Kämmererkasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

### I. Städtisches Kieselgut Steinhof:

Einnahme und Ausgabe 168 400 M.

Fehlsumme 26 300 M.

### Anhang.

#### Betriebsplan der Abwässer-Pumpstation:

Einnahme und Ausgabe 35 000 M.

Herr Hauswaldt möchte wissen, weshalb man mit dem Kieselgute nicht vorwärts komme. Man erwarte doch von jedem Gute und jedem finanziellen Unternehmen, daß es wachse, aber hier scheine man nicht weiter zu kommen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf erwidern, daß der letzte und der vorletzte Verwaltungsbericht ausführliche Auseinandersetzungen darüber enthalte, was man von der Rentabilität eines Kieselgutes zu erwarten habe. Daß ein solches Kieselgut nicht so rentieren könne, wie ein nach landwirtschaftlichen Grundsätzen bewirtschaftetes Gut, verstehe sich von selbst. Außerdem müßte bei der Bewertung des Ertrages das Einkommen der Kieselwärter von den Ausgaben abgezogen werden, um zu einem richtigen Resultate zu kommen. Etwa 10 % des Grund und Bodens liegen in Wegen und Gräben und könnte das Gut nicht nach landwirtschaftlichen, müßte vielmehr nach landespolizeilichen Grundsätzen beachtet werden.

Herr Ebeling: Das Kieselgut habe an die Pumpstation 34 532,50 M abgeführt, während der Zuschuß der Kämmererkasse 26 300 M betrage, mithin resultiere aus dem Kieselgute ein Ueberschuß von 8252,50 M. Ein großes Gut berechne die Bestellkosten eines Morgens mit 32 M, während sie hier 56—58 M betragen. 10 % des Landes kommen in Absatz, weil es aus Wegen und Gräben bestehe, außerdem sei es in kleineren Komplexen zu bestellen, was die Sache verteuere. Könne man große Flächen bestellen, so ergebe das eine ganz andere Berechnung, ebenso, wenn man die Fruchtfolge genau so innehalten könne, wie es vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus geboten sei. In jedem Jahre habe man außerdem eine gewisse Fläche zur Veriefelung nötig, die also nicht bewirtschaftet werden könne. Die Rüben, welche nach der Zuckerfabrik geliefert werden, würde man eigentlich auf horizontaler Fläche bauen müssen, jedoch sei dieses nicht angängig, weil es sonst an Flächen zum Veriefeln fehle; hierdurch sei man gezwungen, die Rüben auf Beete zu pflanzen und erhalte dafür eine geringere Entschädigung. Für die Gehälter des Kieselmeisters und der 16 Kieselwärter (16 750 M) könnte man eine genügende Menge Dünger beschaffen. Den beim Kieseln erzielten Dünger müßte man jetzt billiger abgeben, als früher, weil man ihn sonst nicht los werden könne. Das Kieselgut werde sich auch nicht nach und nach zu einer gewissen Stabilität herausbauen und könne man jedenfalls nicht auf einen höheren Ueber-

schuß als bisher rechnen. Die Bewirtschaftung des Gutes sei eine durchaus ordnungsmäßige, aber ein höherer Prozentsatz lasse sich nicht herauswirtschaften.

Herr Riefe findet auch, daß die Ausgaben für die Pumpstation erheblich wachsen: im vorigen Jahre habe der anschlagsmäßige Zuschuß 32832,50 M. betragen, und in diesem Jahre sei er mit 34532,50 M. eingestellt worden. Im Kap. II des außerordentlichen Etats finde sich ein Betrag von 800000 M. als mutmaßlicher Fehlbetrag aus der Ausführung des außerordentlichen Etats für 1902/03, dessen Höhe einen Gruselig machen könne.

Herr Südel glaubt, die Anfrage des Herrn Hauswaldt als erledigt ansehen zu können. Es handle sich darum, ob man mit den Zuschüssen, welche jetzt das Rieselgut gebrauchte, auch in Zukunft werde rechnen müssen und meine er, daß man sich damit abzufinden habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist der Meinung, daß man in Zukunft etwas geringere Zuschüsse zu zahlen haben werde. Vor etwa zwei Jahren sei eine ausführliche Zusammenstellung über die auf dem Rieselgute erzielten Erntemengen, Preise, Einnahmen, Ausgaben und die geleisteten Zuschüsse gefertigt worden, nach welcher hier im Vergleiche zu anderen Rieselgütern noch am billigsten gearbeitet werde. Wenn es interessiere, könnte diese Zusammenstellung noch einmal herumgereicht werden.

Herr Ohlmer möchte Herrn Hauswaldt auf zwei Ausgaben aufmerksam machen, welche bedeutend höher seien als im Vorjahre, nämlich auf die Unterhaltung der Gebäude und Höfe, sowie des toten Inventars.

Herr Hauswaldt will zur Vermeidung von Mißverständnissen noch anführen, daß es ihm fern gelegen habe, einen Angriff auf die Verwaltung des Rieselgutes zu machen, sondern daß seine Anfrage nur bezweckte, festgestellt zu sehen, ob die heutigen Zahlen des Rieselgutes als dauernde anzusehen seien.

Herr Ebeling kann zur Ergänzung seiner Mitteilungen noch erwähnen, daß auf dem Rieselgute etwa 5000 Obstbäume gepflanzt seien, die 10000 M. gekostet, aber noch nichts eingebracht haben. Möglicherweise lasse sich hieraus später eine gute Rente heraus schlagen.

Herr Löschigt stellt die Anfrage, ob die Nachfrage nach der Erpachtung von Rieseländereien zu- oder abgenommen habe. Nach dem Etat werde doch nur bei den verpachteten Ländereien Geld verdient und bei den selbst bewirtschafteten Parzellen Geld zugelegt.

Herr Ebeling verweist zur Beantwortung dieser Anfrage auf die vorjährigen Verhandlungen. Mehr Ländereien als jetzt könnten nicht verpachtet werden, weil die Verwaltung des Rieselgutes sonst die Disposition darüber verliere.

## II. Städtische Markthalle:

Einnahme 53 000 M.      Ausgabe 17 800 M.  
 Ueberschuß 35 200 M.

## III—IX. (Städtische Schulen)

werden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

## X. Armenkasse:

Einnahme und Ausgabe 505 100 M.      Städtischer Zuschuß 351 700 M.

## Anhang zum Etat der Armenkasse:

Einnahme und Ausgabe 161 500 M.      Städtischer Zuschuß 114 800 M.

Herr Günther würde es für richtiger halten, wenn die Stadt für das Kranken- und Pflegehaus, sowie möglichst auch für die Mitglieder der Krankenkassen eine eigene Apotheke einrichtete, damit die hohen Gebühren für die Ausfuhrung von Rezepten wegfielen.

Herr Stadtrat von Frankenberg erwidert, daß auf den Vorschlag des städtischen Oberarmenarztes v. Holwede für das städtische Krankenhaus eine Hausapotheke, aber auch nur solche, eingerichtet werden solle. Was darüber hinausgehe, würde nicht gefeßlich sein, und daher nicht gestattet werden, eine städtische Apotheke einzurichten; außerdem würde eine solche Apotheke in den Rahmen des Krankenhausbetriebes gar nicht passen.

Hiermit gilt das Kap. V des ordentlichen Etats für angenommen.

## XI. Straßenreinigungsinstitut:

Einnahme und Ausgabe 194 600 M.      Städtischer Zuschuß 148 600 M.

## XII. Städtische Gaswerke:

Einnahme 1 170 000 M.      Ausgabe 997 400 M.  
 Ueberschuß 172 600 M.

Herr Bues möchte anfragen, wie der Versuch mit der Anfertigung eines billigeren Leuchtgases ausgefallen sei.

Herr Stadtrat Haake erwidert, daß diese Versuche nur wenige Tage gedauert haben, weil dann Beschwerden einliefen namentlich seitens der Inhaber von Motoren, welche die Veranlassung gewesen seien, daß die Versuche zur Einstellung gelangten. Mit dem gewöhnlichen Steinkohlengase sei also nichts zu machen. Auch die Ermäßigung der Lichtstärke von 17 auf 15 habe zu einem negativen Ergebnis geführt, weil ein Vorteil für den Konsumenten darin nicht liege. Die Deputation habe deshalb beschlossen, vorläufig alles beim alten zu lassen. Auf die Auerbrenner habe billigeres Gas keinen wesentlichen Einfluß, da leichteres Gas in größerer Menge

durch die Uhr laufe, als schwereres, und demnach die Abnehmer kaum einen Vorteil von der Herstellung leichten Gases haben.

Herr G<sup>ü</sup>n<sup>t</sup>h<sup>e</sup>r möchte zur Hebung des Gasconsums anregen, Gasherde stadtseitig zu beschaffen und mietweise an hiesige Einwohner zu überlassen, oder Gasautomaten aufzustellen. Er bitte den Magistrat, diese Frage einmal in Erwägung zu ziehen und eine Berechnung aufzustellen, welche Vorteile der Stadt aus der mietweisen Abgabe von Gasherden erwachsen könnten. Jedenfalls würde dadurch der Gasverbrauch ganz gewaltig steigen. Die Beschaffung eines Gasherdes sei für den Einzelnen jetzt noch zu teuer, wenn aber die Stadt sich nach dem Vorbilde anderer Städte entschließen könnte, Gasherde den Abnehmern mietweise zu liefern, so würde das auf den Verbrauch des Gases fördernd einwirken.

Herr Stadtrat H<sup>a</sup>a<sup>k</sup>e erwidert, daß bei Beschreitung dieses Weges ein früherer Beschluß, nach welchem den Geschäftskleuten möglichst keine Konkurrenz gemacht werden solle, umgangen werde. Im übrigen habe sich der Gasverbrauch durch Motore ganz wesentlich erhöht.

Herr L<sup>ö</sup>s<sup>c</sup>h<sup>i</sup>g<sup>t</sup> meint, man solle der Verwaltung dankbar sein, daß sie mit dem billigen Gase so schnell wie möglich aufgeräumt habe. Wer beobachtet habe, wie schlecht das Gas in der Zeit gebrannt habe, werde sehr froh sein, daß eine Fortsetzung der Versuche nicht mehr statfinde. Ob sich die Gaspreise mit der Zeit noch durch die Kohlen verbilligen werden, wolle er dahingestellt sein lassen. Augenblicklich sei das Gas zum Heizen schon sehr billig, er zahle z. B. monatlich nur 7 M. (Rufe: Ist die Uhr entzwei?) Die Gasuhr gehe sehr richtig. Darum solle man auf dem bisherigen Wege bleiben und nur gutes Gas so billig wie möglich zu liefern suchen.

Herr Stadtrat H<sup>a</sup>a<sup>k</sup>e möchte dazu bemerken, daß Herr von Feilitzsch bezüglich der Straßenlaternen Versuche angestellt habe, bei denen sich herausstellte, daß die Luftzuführungsöffnungen zu klein seien und es vorteilhafter sein würde, wenn man diese Oeffnungen um 1 mm erweiterte. Diese Aenderung, welche an den Straßenlaternen vorgenommen werden solle, würde sich wahrscheinlich auch bei den Auerbrennern in den Häusern bewähren.

### XIII. Städtische Wasserwerke:

Einnahme 390 000 M.

Ausgabe 327 000 M.

Ueberschuß 63 000 M.

### Anhang: Neustadtmühle:

Einnahme 37 400 M.

Ausgabe 35 400 M.

Ueberschuß 2 000 M.



### 3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushaltes für 1. April 1903/04,

einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

| Kap.     | Verwaltungsweig                          | Einnahme |    | in Pro-<br>zenten | Ausgabe |    | in Pro-<br>zenten | Ueberschuß |    | Fehlsumme |    |
|----------|------------------------------------------|----------|----|-------------------|---------|----|-------------------|------------|----|-----------|----|
|          |                                          | M        | ℔  |                   | M       | ℔  |                   | M          | ℔  | M         | ℔  |
| I.       | Kämmereivermögen<br>(im engeren Sinne)   | 193620   | —  | 5,31              | 736100  | —  | 20,20             | —          | —  | 542480    | —  |
| II.      | Kirchenwesen . .                         | —        | —  | —                 | —       | —  | —                 | —          | —  | —         | —  |
| III.     | Unterrichtswesen .                       | 166100   | —  | 4,56              | 1147200 | —  | 31,49             | —          | —  | 981100    | —  |
| IV.      | Kunst und Wissen-<br>schaft . . . . .    | —        | —  | —                 | 19200   | —  | 0,53              | —          | —  | 19200     | —  |
| V.       | Armenpflege . . .                        | —        | —  | —                 | 351700  | —  | 9,65              | —          | —  | 351700    | —  |
| VI.      | Gesundheitswesen .                       | 3000     | —  | 0,08              | 8840    | —  | 0,24              | —          | —  | 5840      | —  |
| VII.     | Bereinswesen und<br>Volksfeste . . .     | 616      | 67 | 0,02              | 2607    | 17 | 0,07              | —          | —  | 1990      | 50 |
| VIII.    | Feuerlöschwesen .                        | 29600    | —  | 0,81              | 87000   | —  | 2,39              | —          | —  | 57400     | —  |
| IX.      | Ortspolizei . . .                        | 37077    | 05 | 1,02              | 427600  | —  | 11,74             | —          | —  | 390522    | 95 |
| X.       | Straßenbau . . .                         | 175900   | —  | 4,83              | 379300  | —  | 10,41             | —          | —  | 203400    | —  |
| XI.      | Gemeindesteuern zc.                      | 2746000  | —  | 75,37             | 9100    | —  | 0,25              | 2736900    | —  | —         | —  |
| XII.     | Staatszuschüsse und<br>Staatsbedürfnisse | 41520    | —  | 1,14              | 49930   | —  | 1,37              | —          | —  | 8410      | —  |
| XIII.    | Stadtverwaltung .                        | 44300    | —  | 1,22              | 365600  | —  | 10,03             | —          | —  | 321300    | —  |
| XIV.     | Insgemein . . .                          | 205666   | 28 | 5,64              | 59222   | 83 | 1,63              | 146443     | 45 | —         | —  |
| Zusammen |                                          | 3643400  | —  | 100               | 3643400 | —  | 100               | 2883343    | 45 | 2883343   | 45 |

Dieser Hauptabschluß gilt erst nach Durchberatung des ganzen ordentlichen Etats als genehmigt.

### 4. Voranschlag über die Verwaltung des Schulhausbaufonds.

Zugang 413 500 M.

Abgang 259 132,36 M.

Bestand 154 367,64 M.

## 5. Anhang.

### Kanalbaukasse.

#### A. Neubau-Etat:

Einnahme und Ausgabe 214 600 M.

Aufzunehmende Anleihen 199 500 M.

#### B. Unterhaltungs-Etat:

Einnahme und Ausgabe 273 800 M.

Städtischer Beitrag 87 500 M.

Der Antrag des Magistrates, die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 % des Grundsteuerkapitals festzustellen, wird angenommen.

### Städtisches Schlachthaus.

Einnahme und Ausgabe 212 500 M.

Tilgungsbetrag 19 613,50 M.

Der Etat wird nach Maßgabe der Vorlage festgestellt.

### Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen.

Einnahme und Ausgabe 31 200 M.

Zur Verfügung 360 M.

Auch dieser Etat gilt als festgestellt.

### Kreis kommunalkasse.

Einnahme und Ausgabe 2 290 300 M.

Zur Verfügung 1089,01 M.

Der Etat wird ebenfalls genehmigt.

Hier wird die Etatberatung abgebrochen und bis zur nächsten Sitzung verschoben.

## IX. Antrag Stegmann: Versicherung der Scheuerfrauen gegen Krankheit.

Der bereits begründete Antrag (S. 307 des Berichtes) lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die bei den Reinigungsarbeiten im Rathause beschäftigten Frauen gegen Krankheit zu versichern.“

Nach genügender Unterstützung wird der Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

## X. Antrag Günther: Einrichtung einer Volksleschalle.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er seine Einwilligung zur Errichtung einer Volksleschalle gebe und demnächst eine dahingehende Vorlage mache.“

Wegen der Begründung wird auf Seite 301 dieser Verhandlungen verwiesen. Den genügend unterstützten Antrag erhält die Finanzkommission zur Vorberatung.

## XI. Antrag Ohlendorf: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter.

### Der Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ermächtigen, eine Summe in den Etat einzustellen zwecks Erhöhung der Löhne um 10 % für alle in städtischen Betrieben beschäftigten Handwerker und Arbeiter“,

wird von Herrn Ohlendorf wie folgt begründet: Bei der Beratung des von ihm im Jahre 1901 eingebrachten Antrages auf Erhöhung der Löhne der auf dem städtischen Wirtschaftshofe beschäftigten Arbeiter habe Herr Bürgermeister Ketemeyer erklärt, daß es nicht angängig sei, einen Teil der in städtischen Diensten stehenden Arbeiter herauszugreifen und ihm eine Lohnerhöhung zu gewähren. Da nun seine Annahme, der Magistrat werde aus eigenem Antriebe eine Lohnerhöhung für die sämtlichen städtischen Arbeiter in den Etat einstellen, sich nicht verwirklicht habe, so halte er sich für verpflichtet, diesen Antrag zu stellen. Alle die damals von ihm für die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung bei den Arbeitern des Wirtschaftshofes angeführten Gründe sprächen auch heute noch. Die Lebenshaltung sei infolge der Preiserhöhung für alle Lebensmittel und die sonstigen Bedarfsartikel seit der letzten Lohnfestsetzung erheblich teurer geworden, weshalb nicht nur aus Arbeiterkreisen, sondern auch aus anderen Kreisen Wünsche auf Erhöhung des Einkommens laut geworden seien. Für einige Fahrer der Feuerwehr habe der Magistrat schon eine Lohnerhöhung in den Etat eingestellt und auch mit Recht, denn diese Leute müßten ununterbrochen 72 Stunden arbeiten. (Widerspruch des Herrn Oberbürgermeisters.) Wenn die Leute solange im Dienste sein müßten, so nenne er das arbeiten. Nehme man jemandem seine freie Zeit, so müßte man sie ihm auch vergüten, ob man ihn während der Zeit in Anspruch nehme oder nicht. — Auch die Löhne für die städtischen Wächter entsprächen nicht den Verhältnissen, da eine Familie mit 70—75 M monatlich nicht auskommen könne. Wenn jemand aus der Versammlung mit solchem Einkommen einmal ein Jahr wirtschaften sollte, würde er das für eine Strafe ansehen; was man aber selbst nicht möge, dürfe man auch anderen nicht zumuten. Ebenso sei ein Einkommen von 960 M für die Fahrer und 900 M für die Begleiter der Dreckwagen unzureichend. In den meisten Privatbetrieben würden höhere Löhne gezahlt und habe die Stadt keine Ursache, fortgesetzt mit ihren Löhnen nachzuhinken. Wenn diese Leute auch noch Kleidung und Stiefel im Werte von etwa 40 M jährlich erhielten, so reichte das trotzdem nicht hin, eine Familie zu ernähren, zumal die Fahrer auch noch ohne Vergütung auf dem Wirtschaftshofe nächtigen müßten.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

## XII. Antrag Ohlendorf: Verbreiterung der Brücke an der Sidonienstraße 2c.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ermächtigen, zwecks Erneuerung und Verbreiterung der von der Sidonienstraße nach der Hohetorpromenade führenden Holzbrücke, sowie zwecks Errichtung einer Bedürfnisanstalt neben dieser Brücke eine hierzu erforderliche Summe in den Etat einzustellen“.

Wie Herr Ohlendorf zur Begründung ausführt, ist die Brücke für den dortigen Verkehr zu schmal und außerdem in einem Zustande, daß sie dringend der Reparatur bedürfe. Namentlich bei Regenwetter könne man beobachten, wie schwer es den Passanten werde, mit ihren Schirmen an einander durchzukommen. Außerdem sei die Brücke nicht gleichmäßig gebaut, sondern habe in der Mitte eine Erhöhung, welche Verhältnisse eine Verbreiterung durchaus rechtfertigen. Wenn er zugleich beantrage, dort eine Bedürfnisanstalt zu errichten, so gehe er von der Ansicht aus, daß das sehr leicht geschehen könne, weil der Grund und Boden dort gratis zur Verfügung stehe. Vielleicht könne die auf dem Hagenmarkte stehende Anstalt dort aufgestellt werden.

Den Antrag erhält nach genügender Unterstützung die Baukommission zur Vorberatung.

## XIII. Antrag Stegmann: Bewilligung von Sommerferien an Arbeiter.

Der Antrag lautet:

Die Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, wonach den städtischen Arbeitern jährlich mindestens eine Woche Sommerferien bei Fortzahlung des Lohnes gewährt werden.“

Herr Stegmann führt zur Begründung aus, daß er über den Wert der Sommerferien wohl kein Wort zu verlieren brauche. Nicht nur die Mitglieder des Magistrates, sondern auch viele Mitglieder der Versammlung wären mit den Segnungen solcher Sommerferien vertraut und in allen diesen Kreisen sehne man, sobald es grüne, die Ferien herbei. Nicht nur höhere, sondern auch geringere Beamte, wie z. B. die Postbeamten, erhielten ihre Ferien und was dem Einen recht, solle dem städtischen Arbeiter gegenüber billig sein und zwar umsomehr, als es für diese Arbeiter besonders nötig sei, eine solche Pause zu machen, weil sie die ungesundeste und schwerste Arbeit zu verrichten haben, wie z. B. die Gasarbeiter, die Müllarbeiter 2c. Für diese Leute sei eine Pause eine noch größere Wohlthat als für die Beamten. Da in anderen Betrieben sich solche Einrichtung habe schaffen lassen, werde es auch hier gehen. Ob es nötig sei, deshalb Ersatzkräfte einzustellen,

entziehe sich seiner Beurteilung. Uebrigens bürgere sich die Bewilligung von Ferien immer mehr ein: größere Kaufleute erteilten dem Personale Erholungsurlaub, auch die meisten Konsumvereine und viele Druckereien hätten solche Einrichtung getroffen. Wenn er nur ein Minimum von acht Tagen Urlaub gefordert habe, so sei das geschehen, um die Sache nicht zum Scheitern zu bringen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

#### XIV. Antrag Böschigt: Straßenbeleuchtung in den frühen Morgenstunden.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß die Laternen der öffentlichen Straßen und Plätze auch bis zum Morgengrauen brennen und nicht nach gewissen Brennstunden gelöscht werden.“

Da der Antrag schon bei der Etatsberatung begründet worden ist — S. 304 dieses Berichtes — so wird von einer nochmaligen Begründung abgesehen und er, genügend unterstützt, der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

#### XV. Antrag Böschigt: Befahren der Friedhofstrecke durch die Straßenbahn.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Straßenbahn endlich dazu heranzuziehen, bis zum Zentralfriedhofe ihren Verpflichtungen gemäß den Betrieb zu halten.“

Wie der Herr Antragsteller hervorhebt, hat er schon einmal vor einiger Zeit den Magistrat gebeten, die Straßenbahn anzuhalten, ihrer Verpflichtung gemäß die Wagen bis zum Zentralfriedhofe durchzuführen — S. 219 des Berichtes — jedoch sei in der Sache bislang nichts geschehen. Wenn es richtig sei, daß die Königliche Eisenbahn-Direktion in Magdeburg der Straßenbahn verboten habe, die Gleise der Helmstedterstraße zu durchkreuzen, so verstehe er das in Anbetracht des Umstandes nicht, daß z. B. in Hamburg die Eisenbahngleise an vielen Stellen von der Straßenbahn gekreuzt würden. Sollte eine solche Genehmigung aber nicht zu erzielen sein, so müßte die Straßenbahn wenigstens angehalten werden, die etwa 1 km lange Strecke Marienstift — Zentralfriedhof während des ganzen Tages und nicht nur an einigen Stunden mit Pferdekraft befahren zu lassen.

Auch diesen genügend unterstützten Antrag erhält die Finanzkommission zur Vorberatung,

und wird darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 7 Uhr.

1902|1903.

№ 13.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 26. März 1903.

---

### Tagesordnung:

- |                                                                                    |           |
|------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Stadthaushaushaltsplan zc. für 1903/04 (Schluß der Beratung) . . . . .          | Seite 320 |
| II. Gemeindefkirchensteuer für 1903/4. . . . .                                     | " 325     |
| III. Gehaltsverhältnisse der wissenschaftlichen Lehrer, der Baubeamten zc. . . . . | " 325     |
| IV. Errichtung eines Zirkus- und Theaterbaues. . . . .                             | " 326     |
| V. Ermäßigung eines Beitrages für Entnahme von Oberwasser . . . . .                | " 350     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Götze, Haake, Meyer und von Franckenberg, sowie Regierungs-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Buchler, Götze, Schmidt, Wollenweber und Wolters.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und teilt zunächst mit, daß vom Verein Braunschweiger Gastgeber und vom Vorstande des Bürgervereins Eingaben eingegangen seien, welche sich gegen die Errichtung eines Zirkus- und Theaterbaues richteten. Beide Eingaben werden bei Punkt IV der Tagesordnung mit zur Verhandlung gestellt werden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

# I. Stadthaushaltsplan zc. für 1903/04 (Schluß der Beratung).

Die in der vorigen Sitzung zurückgelassenen Etats der städtischen Schulen werden nunmehr zur Beratung gestellt.

## III. Städtische Oberrealschule.

Einnahme und Ausgabe 133 880 M.

Städtischer Zuschuß 66 400 M.

Wie Herr Hauswaldt namens der Finanzkommission berichtet, ist die Zahl der Schüler in dieser Schule nicht gewachsen, wohl aber haben deren Kosten eine Erhöhung um etwa 10 000 M erfahren und zwar hauptsächlich durch die Verbesserung der Gehälter und die Aufwendungen an Gebäuden. Ob es absolut notwendig gewesen sei, hier für die Lehrer ein Wasserklosett mit einer Aufwendung von 1150 M einzurichten, möge dahingestellt bleiben, jedenfalls habe die Finanzkommission keine Veranlassung gefunden, sich mit diesem Posten weiter zu befassen. Die gesamten Ausgaben für die Schule verteilen sich auf 510, darunter 70 auswärtige Schüler; mithin zahle die Stadt für jeden einheimischen Schüler einen Zuschuß von 133,05 M (gegen 122,80 M des Vorjahres) und für jeden auswärtigen Schüler 112,35 M (gegen 103,10 M).

Herr Lange will darauf hinweisen, daß der bei der Oberrealschule und den beiden Mädchenschulen eingesezte Posten für Reinigung der Abortgrube und Beseitigung der Klosettkübel darauf schließen lasse, daß diese beiden Schulen an das Kanalnetz noch nicht angeschlossen seien. Er bitte deshalb den Magistrat, den Anschluß der Schulen recht bald herbeizuführen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Schulvorstand der Oberrealschule beabsichtigte, noch im Laufe dieses Jahres mit einer entsprechenden Vorlage zu kommen in der Erwartung, daß die Ausführung der Anlage im nächsten Jahre erfolgen werde. Ob noch bei anderen Schulen in diesem Jahre Klosettanlagen eingerichtet werden könnten, erscheine zweifelhaft, weil diese Arbeiten nur in den großen Ferien unternommen werden können und schon 3—4 Schulen in Aussicht genommen seien.

Herr Löschigk möchte den bei einem Teile der Einwohnerschaft bestehenden irrigen Glauben beseitigt wissen, daß bei der Oberrealschule einheimische Schüler wegen Mangels an Platz abgewiesen seien, während dort noch 70 auswärtige Schüler Unterkommen gefunden hätten. Seines Wissens seien einheimische Schüler nicht aus Platzmangel, sondern wegen mangelnder Kenntnisse abgewiesen worden.

Herr Oberbürgermeister Pockels will dazu bemerken, daß die Aufnahme auswärtiger Schüler in die unteren Klassen nur dann stattfinden, wenn für die einheimischen Schüler schon gesorgt sei, daß dagegen auswärtige Schüler, wenn sie schon jahrelang die Oberrealschule besuchen, nicht von derselben weggewiesen werden könnten, auch wenn sich einheimische Schüler melden sollten. Zu dieser Schule

meldeten sich alljährlich mehr Schüler, als Platz vorhanden sei, jedoch habe sich erfahrungsgemäß herausgestellt, daß ein sehr hoher Prozentsatz der Ungemeldeten zurückgewiesen werden müsse, weil diese noch nicht die nötige Vorbildung erlangt haben. Auf die vor 14 Tagen erfolgte Anfrage nach den Frequenzverhältnissen der einzelnen Schulen habe er von der Leitung der Oberrealschule die Antwort erhalten, daß nach den bisherigen Erfahrungen genügend Platz vorhanden sein werde, daß es aber dahin stehe, ob noch auswärtige Schüler aufgenommen werden könnten. Bei dieser Gelegenheit wolle er noch hervorheben, daß die Anmeldungen bei der höheren Mädchenschule sehr gering seien, indem nur 45 Anmeldungen vorliegen und darunter 7, welche noch nicht das vorschriftsmäßige Alter haben; es brauche also nur eine Klasse eingerichtet zu werden. In der städtischen Mädchenschule sei der Andrang zu den mittleren Klassen sehr groß, zu den unteren aber ebenfalls sehr gering.

#### IV. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 128 268 M.      Städtischer Zuschuß 35 500 M.

Diese Schule war, wie Herr Hauswaldt berichtet, nach dem stadtseitig zu leistenden Zuschusse berechnet eine der billigsten städtischen Schulen, jedoch sei der Zuschuß jetzt so erheblich gestiegen, daß ein einheimisches Kind einen Zuschuß von 48 M gegen 33 M des Vorjahres erfordere.

Herr Lange möchte hierzu bemerken, daß sich diese Zahl gegenüber den bei den Bürgerschulen entstehenden Kosten etwas verschieben würde, falls die sachlichen Kosten gleichmäßig in Anrechnung gebracht würden. Bei der höheren Mädchenschule finde man nämlich einen Posten von 4000 M für den Anschluß der Aborte an das Kanalnetz eingestellt, während der für die Bürgerschulen zu dem gleichen Zwecke eingestellte Posten von 16 100 M auf den Schulhausbaufonds genommen sei. Wenn dieses bei den Schulen gleichmäßig gehandhabt würde, müßte sich der Zuschuß bei der einen Schule ändern.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Schulhausbaufonds die Bestimmung habe, die Baukosten bei den Bürgerschulen zu bestreiten, während bei den gehobenen Schulen diese Kosten von der Räumereikasse getragen werden müßten.

Herr Hauswaldt will bemerken, daß solche statistischen Berechnungen gleichmäßig gemacht werden müßten und daher alle im Etat stehenden Ausgaben auch in Rücksicht zu ziehen seien, gleichviel, ob dadurch die Verhältniszahlen etwas verschoben würden oder nicht.

#### V. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 6900 M.      Städt. Zuschuß 2350 M.



## VI. Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 76 138 M.      Städt. Zuschuß 35 000 M.

Da der Zuschuß sich gegen das Vorjahr nur um 600 M erhöht hat, so beträgt der Zuschuß pro Kind auch nur ein geringes mehr als im Vorjahre, nämlich 65,97 M gegen 64,76 M des Vorjahres.

## VII. Städtische Bürgerschulen:

Einnahme und Ausgabe 1 124 970 M.      Städt. Zuschuß 782 600 M.

Wie Herr Hauswaldt ausführt, leistet der Staat dieses Jahr einen Zuschuß von 160 000 M gegen 68 000 M im Vorjahre und zwar bilde die Mehrzuwendung von 92 000 M die Erstattung von drei Vierteln der infolge des Gesetzes vom 28. Juni 1902 eingetretenen Mehraufwendungen an Lehrergehältern. Der Zuschuß der Kammereikasse sei dadurch gegen das Vorjahr um 54 400 M zurückgegangen. Auf das Kind entfalle demnach ein stadtseitiger Zuschuß von 33,41 M (gegen 38,08 M) bei den mittleren und 53,41 M (gegen 58,08 M) bei den unteren Bürgerschulen; während die schulgeldfreien Kinder einen Zuschuß von 57,41 M (gegen 62,08 M) erfordern.

Zum Kap. 5 der Ausgaben „Verschiedenes“ unter c (§. 165 des Stats) beantrage die Finanzkommission, zu sagen: „zur Verfügung des Stadtmagistrates für je nicht über 200 M“ (statt 100 M) „betragende Aufwendungen“. An der Statsumme werde dadurch nichts geändert.

Der Antrag wird genehmigt.

Herr Müller möchte den Magistrat ersuchen, den am 22. Januar d. Js. — Seite 253 des Berichtes — hinsichtlich der Bedellenwohnung der Schule an der Wilhelmstraße gefaßten Beschluß recht bald zur Ausführung zu bringen, da die Wohnung in ihrem jetzigen Zustande feucht und ungesund sei. Bis jetzt solle in der Sache noch nichts geschehen sein.

## VIII. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 76 800 M.      Städt. Zuschuß 39 800 M.

Herr Günther will an den Magistrat die Anfrage richten, ob er die Einführung des Obligatoriums für die Fortbildungsschule schon in den Kreis seiner Beratungen gezogen habe. Eine nach dem Ministerialgebäude zur Beratung dieser Frage einberufene Kommission habe sich für das Obligatorium ausgesprochen und sei ihm darum zu tun, zu erfahren, wie der Magistrat sich zu dieser Frage stelle. Die Notwendigkeit des Obligatoriums sei nicht nur für Handwerkslehrlinge, sondern auch für Arbeiter anerkannt, weshalb der Magistrat eine abwartende Stellung in dieser Frage nicht mehr einzunehmen brauche.

Ferner möchte er wissen, ob es richtig sei, daß sich f. B. die Buchdrucker wegen Aufnahme der sämtlichen Lehrlinge in die Fortbildungsschule an den Magistrat gewandt und die Antwort erhalten haben, es sei gegenwärtig kein Platz mehr dafür vorhanden. Die Buchdrucker haben bei ihrem Vorgehen darauf gefußt, daß von Seiten der Handwerkskammer an die Innungen die Aufforderung ergangen sei, die sämtlichen Lehrlinge nach der Fortbildungsschule zu schicken. Wenn aber für diese kein Platz vorhanden sei, so müßte ein entsprechend großes Gebäude für die Schule errichtet werden und sei der Magistrat wahrscheinlich davor zurückgeschreckt.

Endlich möchte er noch wissen, welcher Grund vorgelegen habe, daß der Schulvorstand sich ermächtigt gehalten habe, ohne besondere Genehmigung der städtischen Behörden den Maler Scheffer für ein Jahr auf Probe gegen eine Remuneration von 2700 M. anzunehmen.

Herr Stadtrat Meyer erwidert, daß die Vorverhandlungen über die Einrichtung einer obligatorischen Fortbildungsschule ihren greifbaren Anfang in der von Herrn Günther erwähnten Konferenz genommen haben, und sei vom Vertreter des Magistrates damals erklärt worden, daß dieser geneigt sei, die Sache in die Wege zu leiten, soweit die Handwerkslehrlinge in Frage kämen. Ein Beschluß, ob die Einrichtung auf alle jungen Leute ausgedehnt werden solle, sei noch nicht erfolgt, weil das vorliegende statistische Material noch keine hinreichende Unterlage geboten habe. Die Sache sei vom Magistrate schon deshalb nicht so sehr beeilt worden, weil es doch außerhalb der Möglichkeit gelegen hätte, eine zur Durchführung der Maßregel ausreichende Schule bis zum Beginne des Schuljahres fertigzustellen, und weil sich auch die Lehrkräfte, welche eine bestimmte Ausbildung besitzen müssen, nicht aus dem Ärmel schütteln lassen. So sehr also auch eine Geneigtheit des Magistrates vorliege, werde doch noch geraume Zeit verstreichen, ehe eine endgiltige Organisation der Schule beschloffen werden könne.

Was nun die Angelegenheit der Buchdrucker betreffe, so haben sich diese allerdings vor einiger Zeit an den Magistrat mit dem Antrage gewandt, eine besondere Fortbildungsschul-Abteilung für die jungen Leute des Buchdruckergerwerbes einzuführen. Dieser Antrag sei indessen schon mit Rücksicht darauf ablehnend behandelt worden, als damals bereits Verhandlungen wegen der Einbeziehung sämtlicher Gewerbe eingeleitet gewesen seien und der Magistrat es nicht für richtig halte, einen einzelnen Zweig derselben herauszugreifen, sondern dafür sei, in gleicher Weise hinsichtlich aller Gewerbszweige vorzugehen, umsomehr, als schon einige andere Gewerbe mit einem gleichen Antrage gekommen seien. Deshalb können sich aber auch die Buchdrucker nicht zurückgesetzt fühlen.

Hinsichtlich des Malers Scheffer handle es sich nicht um die Anstellung eines Lehrers, sondern um die remuneratorische Beschäftigung eines solchen. In dem

Etat werde stets eine Menge Remuneration ausgeworfen, ohne daß die dafür einzustellenden Lehrer oder Beamten genannt würden. In dem vorliegenden Falle sei es sogar dem Schulvorstande überlassen worden, den Lehrplan der Schule beliebig zu erweitern. Sollte der Lehrer Scheffer demnächst angestellt werden, würde sich allerdings die Versammlung damit zu beschäftigen haben.

Herr Koch möchte anheimgeben, mit der elektrischen Beleuchtung der Schule etwas häuslicher umzugehen. Er habe beobachtet, daß die großen Bogenlampen länger als eine Stunde unnützerweise gebrannt haben.

Herr Stadtrat Meyer muß die Schulverwaltung gegen diesen allgemein gehaltenen Vorwurf in Schutz nehmen. Die Anlage sei bekanntlich mit Genehmigung der Versammlung eingerichtet worden und habe stets gut funktioniert. Nun sei die Einrichtung so getroffen, daß in einer Reihe von Klassenzimmern 4 bis 6 Bogenlampen angebracht seien, welche einen geschlossenen Strom bilden und bei denen es bezüglich der Kosten nichts ausmache, ob einmal eine Lampe ausgeschaltet werde, oder ob überhaupt nur eine Lampe brenne. Es sei richtig, daß an dem einen Abend, als Herr Koch die Schule besucht habe, noch niemand in dem hell erleuchteten Zimmer gesessen habe und zwar handle es sich dabei um den Raum, der zum Studieren der Vorbilderversammlung gedacht sei. Während ursprünglich die Vorbilderversammlung nur an zwei Abenden der Woche für das Publikum geöffnet gewesen sei, habe der Schulvorstand geglaubt, im Sinne der Versammlung zu handeln, wenn er die Sammlung nicht nur den Schülern, sondern den gesamten Handwerkern der Stadt zugänglich mache und wenn die Sammlung zu diesem Zwecke an allen Wochenabenden geöffnet gehalten werde. Allerdings habe man etwas luxuriös verfahren, indem man sämtliche Flammen anzündete, jedoch sei das aus Reklame geschehen, um dem Publikum zu zeigen, daß die Sammlung ständig geöffnet sei. Im übrigen würden jetzt die Flammen nicht mehr eine halbe Stunde vor dem Schulbeginn angezündet. Wenn die Versammlung indessen die Benutzung der Vorbilderversammlung auf den allgemeinen Schulbetrieb beschränken wolle, so lasse sich dadurch etwas Licht sparen, jedoch möchte dieses nicht im Interesse der Handwerker liegen.

Herr Nolte würde es aus Gründen der Einheitlichkeit für richtiger halten, auch hier den Magistrat zu ermächtigen, Ausgaben bis zu 200 M statt 100 M selbstständig vornehmen zu dürfen.

Herr Büdel will dazu bemerken, daß diese Frage auch in der Finanzkommission erörtert worden sei, daß man indessen im Einvernehmen mit dem Magistrate von der Stellung eines Antrages abgesehen habe, weil die ganze Dispositionssumme nur 250 M betrage und es im Interesse der Schule liegen dürfte, sie auf mehrere Einzelausgaben zu verteilen.

Herr Sander möchte den Magistrat bitten, die Besuchsabende für die Vorbilderversammlung auf keinen Fall einzuschränken, da es für den Handwerker sehr wichtig sei, die Sammlung an jedem Wochenabende aufsuchen zu können.

#### IX. Städtische Mädchen-Fortbildungsschule:

Einnahme und Ausgabe 9200 M.

Städt. Zuschuß 3740 M.

Damit gilt auch das Kap. III des ordentlichen Etats für angenommen.

Nunmehr ist der gesamte Etat bis auf Kap. XI des ordentlichen Etats „Gemeindesteuern und sonstige Abgaben“, durchberaten. Hierzu hat der Magistrat beantragt:

„die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im künftigen Jahre — so wie im laufenden Jahre geschehen —

an Gemeindesteuer  $9\frac{1}{2}$  Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeinde-Grundsteuer 7,5 % vom Grundsteuerkapitale,

an Gewerbesteuer 75 % der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuern ausgeschrieben werden.

Dieser Antrag wird, ebenso wie der ganze Etat, von der Versammlung genehmigt.

#### II. Gemeinde-Kirchensteuer für 1903/04.

Das Kirchenkasten-Kollegium hat bei Vorlegung eines Entwurfs zum General-etat der Gemeinde Kirchentasse für das Finanzjahr 1903/04 beantragt, den aus dem Abschlüsse desselben sich ergebenden Fehlbedarf von 80000 M durch Zuschreibung einer Gemeinde-Kirchensteuer aufzubringen. Nach Prüfung dieses Etats gibt der Magistrat anheim, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß für das kommende Finanzjahr die Gemeinde-Kirchensteuer wiederum in Höhe von 6 % der auf die Pflichten veranlagten Beiträge zur Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

#### III. Gehaltsverhältnisse der wissenschaftlichen Lehrer, der Baubeamten etc.

Das Herzogliche Staatsministerium hat dem Magistrate mitgeteilt, daß einer Genehmigung der von den städtischen Behörden unlängst beschlossenen neuen Gehaltsordnung für die wissenschaftlichen Lehrer der Oberrealschule und der höheren Mädchenschule ein Bedenken insofern entgegenstehe, als die Einzelsätze des Einkommens der Lehrer mehrfach höher bemessen seien, als diejenigen der staatlichen Oberlehrer auf der betreffenden Altersstufe und daß infolge hiervon der Staat

unter Umständen der Witwe eines städtischen Lehrers eine höhere Pension zu zahlen haben würde, als der Witwe eines im gleichen Dienstalter verstorbenen staatlichen Lehrers. Zur Beseitigung dieses Bedenkens hat der Magistrat mit dem Herzoglichen Finanzkollegium, als dem Vertreter der Beamten- und Waisen-Versorgungsanstalt, eine Vereinbarung getroffen, dahingehend, daß die Stadt bei einem künftigen Todesfalle den auf diesen Mehrbetrag entfallenden Teil der Bezüge der Hinterbliebenen des Lehrers der Beamten- und Waisen-Versorgungsanstalt zu erstatten hat. — Die Versammlung wird ersucht, dieser Vereinbarung zuzustimmen.

Auf Beschluß der städtischen Behörden soll das Höchstgehalt der Beamtengruppe V, die aus den Abteilungsvorständen der städtischen Bauverwaltung, dem Stadtarchivar und dem Museumsdirektor gebildet wird, zum 1. April d. Js. von 6600 M auf 7000 M erhöht werden. Nach der Erklärung des Herzoglichen Staatsministeriums walten gegen diese Gehaltsänderung ähnliche Bedenken ob, wie bezüglich der Aenderung der Gehaltsordnung für die wissenschaftlichen Lehrer an der Oberrealschule und der höheren Mädchenschule. Es wird deshalb gefordert, in die vorstehend bezeichnete Vereinbarung auch die Beamtengruppe V einzubeziehen. Die einzige Wirkung solcher Einbeziehung wird darin bestehen, daß bei dem Todesfall eines zur Gruppe V gehörenden Beamten, falls derselbe sich im Genuße des Höchstgehaltes von 7000 M befunden hat, der auf den Einkommensbetrag von 400 M entfallende Teil der Witwen- und Waisenbezüge an die Beamten- und Waisen-Versorgungsanstalt stadtheimlich zu erstatten ist. Auch hier wird vom Magistrat eine der Forderung des Herzoglichen Staatsministeriums entsprechende Entschließung anheimgegeben.

Beide Vorlagen werden auf Empfehlung der vereinigten Statuten-, Finanz- und Schulkommission, für welche Herr Wolff berichtet, genehmigt.

#### IV. Errichtung eines Zirkus- und Theaterbaues.

Die auf Beschluß der Versammlung in der Sitzung vom 20. Juni 1901 — Seite 107 des Berichtes — eingesetzte Deputation für den Zirkus- und Theaterbau hat an den Magistrat unterm 21. Februar d. Js. einen Bericht folgenden Wortlautes erstattet:

„Die städtischen Behörden haben am 20. Juni 1901 — in der Erwägung, daß ein etwaiger Ausfall der Vorstellungen im Herzoglichen Hoftheater während der Dauer des derzeit in Aussicht genommenen Umbaues des Theatergebäudes das künstlerische und gewerbliche Leben der Stadt schädigen werde — uns den Auftrag erteilt, die Frage einer Vorprüfung zu unterziehen, ob etwa durch Vermittlung der Stadt ein Theatergebäude zu vorübergehender Verpachtung an Herzogliche General-Hofintendantur zu errichten sein möchte.

Wir sind von der Auffassung ausgegangen, daß die Errichtung eines provisorischen Bauwerks, lediglich zu dem Zwecke, um vorübergehend als Hoftheater genutzt und darnach wieder beseitigt zu werden, wegen des damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Kostenaufwandes nicht in Betracht gezogen werden könne, daß dagegen die Ausführung eines feuerfesten Bauwerks in solcher Konstruktion, um zunächst als Hoftheater und hinterdrein dauernd zu sonstigen Kunstzwecken zc. dienstbar gemacht werden zu können, finanziell ausführbar erscheine und dem Interesse der Stadt entspreche: ebensowohl zur Verhütung eines längerzeitigen Ausfalls der Hoftheatervorstellungen, wie vorwiegend insofern, als durch Ausführung eines derartigen Gebäudes die alljährlich wiederkehrende, in provisorischen Holzbauten aus feuerpolizeilichen Rücksichten bedenkliche und bereits wiederholt beanstandete Veranstaltung von Zirkusvorstellungen werde ermöglicht, und der hier schon lange empfundene Mangel an einem zu größeren Konzerten und sonstigen künstlerischen Darbietungen, wie auch zu besonderen Festlichkeiten in jeder Beziehung geeigneten Etablissement werde gehoben werden. — Wir sind deshalb, in vorläufigem Einverständnis der Herzoglichen General-Hofintendantur, mit Unternehmern auf der Grundlage in Verbindung getreten, daß stadtseitig zur Errichtung und Betreibung eines ständigen, sowohl den Ansprüchen des Hoftheaters, wie auch den Wünschen der Stadt genügenden Gebäudes für Theater- und Zirkusvorstellungen der Bauplatz am Siegesplatze unentgeltlich abgetreten, auch ein Barzuschuß à fonds perdu werde in Aussicht genommen werden können. Im Laufe der Verhandlungen mit den als Bewerber aufgetretenen Unternehmern haben diese sodann erklärt, die von ihnen eingereichten Baupläne zu dem hofseitig geforderten Termine (1. Oktober 1902) nicht ausführen zu können; worauf Herzogliche General-Hofintendantur auf eventuelle Erpachtung des geplanten Etablissements verzichtet und, wie bekannt, die eigene Errichtung eines Interimstheaters an anderer Stelle zur Ausführung gebracht hat.

Nachdem hierauf zwei der für den Bau und Betrieb eines ständigen Theater- etablissemments aufgetretenen Unternehmer, und zwar die Baufirma Rasche & Kraßsch und der Architekt Otto Eggeling hieselbst (Letzterer in Verbindung mit der Baufirma Boswan & Knauer in Berlin) sich zur Aufrechterhaltung ihrer Bewerbungen ungeachtet des Rücktritts der Herzoglichen General-Hofintendantur geneigt hatten, sind wir mit der zuerst genannten Firma, deren Bauprojekt sehr erhebliche Vorzüge vor demjenigen des Architekten Eggeling besaß, die auch Gewähr dafür in Aussicht stellt, daß es ihr nicht etwa um die Bauausführung zum Zwecke der Erlangung eines Gründergewinns, sondern um Betreibung des Etablissements durch eine von ihr unter eigener Beteiligung zu bildende Aktiengesellschaft zu tun sei, in weitere Verhandlungen mit dem schließlichen Erfolge eingetreten, daß dieselbe zur

Ausführung des Unternehmens auf der Grundlage ihres mit D bezeichneten Bauprojekts unter den nachstehenden Bedingungen sich bereit erklärt hat:

„Die Stadt beteiligt sich an der zu bildenden Aktiengesellschaft durch Zeichnung von 200 000 M in Aktien mit der Maßgabe, daß diese Summe zu einer Verzinsung, und zwar mit jährlich  $3\frac{1}{2}$  %, nur dann gelangen soll, wenn das in dem Unternehmen angelegte sonstige Kapital, soweit dasselbe hypothekarijch versichert ist, mit 4 %, im übrigen mit  $3\frac{1}{2}$  % verzinst sein wird. Auf diesen Aktienbetrag werden 100 000 M bar eingezahlt; die anderen 100 000 M werden als Kaufpreis der Baustelle am Siegesplatze übernommen.“

Wir halten dafür, daß das Unternehmen der Firma Rasche & Kraßsch bei planmäßiger Bauausführung und umsichtiger Betriebsleitung lebensfähig sein werde, und daß eine vielleicht nur geringe oder gar ganz ausfallende Verzinsung der Kapitalanlage der Stadt durch den der letzteren aus Hebung des Verkehrs mittelbar erwachsenden Gewinn immerhin werde ausgeglichen werden.“

Den Ausführungen dieses Berichtes beitreten, gibt der Magistrat anheim, die Zustimmung dazu zu erteilen,

- 1) daß die Stadt an einer den projektmäßigen Bau eines Zirkus und Theaters und den Betrieb desselben unternehmenden Aktiengesellschaft sich in dem Umfange und der Art und Weise, wie solches zwischen der Deputation und der Firma Rasche & Kraßsch vereinbart worden ist, beteilige;
- 2) daß mit Wahrnehmung der Interessen der Stadt bei Errichtung des Gemeinschaftsvertrages die Deputation beauftragt werde.

Dabei wird in Erinnerung gebracht, daß das an die Gesellschaft zu veräußernde Grundstück 35 a 38 qm umfaßt und einen Bestandteil des Vorratsvermögens der Kammerei bildet, sowie, daß der Deputation neben zwei Magistratsmitgliedern die Herren Hauswaldt, Jüdel, Lange, Nieß und Semler angehören.

Nach dem von Herrn Stadtbaurat Winter vorgelegten Bauplane ist die Raumanordnung nach Maßgabe des Grundrisses des Erdgeschosses so getroffen, daß der Haupteingang sowohl, als auch die beiden Nebeneingänge sich an dem Wege zwischen dem Sieges- und Augustplatze befinden und daß eine durchschnittlich 5 m breite Durchfahrt auf der westlichen Grenze des Grundstücks zwischen Siegesplatz und Mönchstraße belassen ist. Durch drei etwa 3 m bzw. 2,5 m breite Türen des Haupteingangs gelangt man in eine 10 m lange und 5,5 m breite Vorhalle, wo sich in der Mitte der Rückwand die Tageskaffe, zu beiden Seiten derselben die Eingänge zum Parkett und ferner in den seitlichen Begrenzungsmauern die beiden je 3 m breiten Treppenaufgänge zum ersten Range befinden. Die beiden, je 2,5 m breiten Nebeneingänge führen lediglich in 5 m breite und

9 m lange Treppenhäuser und über die in denselben befindlichen, je 2,5 m breiten Treppen zu dem zweiten Obergeschoße. Im Erdgeschoße ist ein Restaurationslokal von 14 m Länge und 10 m Breite, im ersten Obergeschoße ein ebensogroßes Restaurationslokal und das 16 m lange, 6 m breite Foyer, im zweiten Obergeschoße sind zwei je 10 m lange, 5 m breite Restaurationsräume vorgesehen. Im Zuschauerraum, welcher etwa 30 m im Durchmesser groß ist, liegt die Manege mit dem üblichen Durchmesser von 13 m, in der Achse zurückgedrängt bis zu der an den Zuschauerraum sich anschließenden 16 m breiten, 12 m tiefen Bühne, deren Öffnung nach dem Zuschauerraum 10 m breit ist.

Bei Zirkusvorstellungen sind an Sitzplätzen vorhanden: im Parkett 669; im ersten Obergeschoße 332, wovon 150 in Logen; im zweiten Obergeschoße 448, im ganzen also rund 1450. Bei Theatervorstellungen werden rund 1600 Sitzplätze vorhanden sein, weil dann die Manege überbaut und mit 152 Sitzplätzen ausgestattet werden soll. An der Rückseite der Bühne liegen in einem besonderen dreigeschoßigen Gebäude im Erdgeschoß Stallungen, in den beiden Obergeschoßen Garderobe- und Ankleideräume. Die größte Anzahl der Pferdebestände wird im Kellergeschoß angeordnet werden, auch ist noch ein kleinerer Reserve-Pferdestall in einem Winkel neben Dannes Restaurationsgarten vorgesehen. Die Gesamtzahl der Pferdebestände beläuft sich auf 105.

Diese Vorlage stellt aber nur einen Vorentwurf dar, der in manchen Einzelheiten noch unvollkommen und verbesserungsbedürftig ist, der aber nach weiterer Durcharbeitung und Beibehaltung der Hauptanordnung zu einem brauchbaren Entwurf wird umgestaltet werden können. —

Zu dieser Vorlage sind zwei Gesuche eingegangen,

- 1) vom Vereine Braunschweiger Gastgeber, welcher bittet, dem Vorschlage der Deputation für den Theater- und Zirkusbau keine Folge zu leisten, die Stadt weder direkt noch indirekt an einem Theater- oder Zirkusbau zu beteiligen, derartige Unternehmungen vielmehr Privaten zu überlassen;
- 2) vom Vorstande des Bürgervereins, dahingehend, dem geplanten Unternehmen, welches an sich als zweckmäßig und wünschenswert zu bezeichnen sei, in Rücksicht auf die zahlreichen größeren Etablissements und andere dringendere Ausgaben eine Subvention aus städtischen Mitteln zu verjagen.

Ramens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Födel wie folgt: Meine geehrten Herren! Die Vorgeschichte dieser Vorlage ist ja der Versammlung bekannt und auch in dem Ihnen zugegangenen Berichte der Deputation erwähnt worden. Dabei möchte ich hervorheben, daß, als die Frage an die vereinigten städtischen Behörden herantrat, daß möglicherweise die Stadt



eine Zeitlang während des Umbaues des Hoftheaters ohne ein Theater sich behelfen müßte, die Ansicht der Versammlung fast einstimmig dahinging, diesen Zustand möglichst zu vermeiden und lieber ein Opfer seitens der Stadt zu bringen. In-  
 folgedessen wurde die Deputation erwählt. In der Deputation war uns sehr bald  
 klar geworden, daß ein einfacher Interimsbau, der nur so lange bestehen sollte,  
 wie der Umbau des Hoftheaters dauert, zu kostspielig sein würde und, auch unter  
 Berücksichtigung des Zuschusses des Hofhalts, der Stadt zu große Opfer auferlegen  
 würde. Es war deshalb ursprünglich in Aussicht genommen, einen Bau ins  
 Auge zu fassen, der einem lange gehegten Wunsche und Bedürfnisse entsprechen  
 und zugleich geeignet sein sollte, auch einen Zirkus in sich aufzunehmen. Ich will  
 hier einschalten, daß seitens der Aufsichtsbehörde bereits früher die Erbauung eines  
 hölzernen Zirkus nicht mehr gestattet werden sollte und der letzte Zirkusbau nur  
 noch unter ganz besonderen Umständen zugelassen, dabei aber gleichzeitig bemerkt  
 wurde, daß eine derartige Bauerlaubnis nicht wieder erteilt werden würde. In  
 der Deputation waren wir uns darüber klar, daß das Fernbleiben eines Zirkus  
 für Braunschweig von ganz erheblichem Nachteil sein müßte. Mag man persönlich  
 über die Darbietungen eines Zirkus denken, wie man will: es hat sich stets und  
 ständig erwiesen, daß ein Zirkus hier acht Wochen oder darüber eine sehr große  
 Anziehungskraft nicht nur auf die hiesigen Einwohner, sondern namentlich auch  
 auf die Umgebung der Stadt ausübt, was sich auch sofort aus den Zahlen erklärt.  
 Wenn man nämlich berücksichtigt, daß, abgesehen von den außerordentlich hohen  
 Unkosten, welche ein Zirkus mit sich bringt, der Zirkusbesitzer in der Lage ist,  
 neben dem Mietpreise von 22000 M. noch einen schönen Nutzen aus Braunschweig  
 mit fortzunehmen, so muß man sich doch selbst sagen, daß die Vorstellungen sehr  
 rege besucht sind und auch unbedingt einen großen Fremdenzug nach Braun-  
 schweig bewirkt haben. Diese Tatsache war für uns in der Deputation maßgebend,  
 dahin zu streben, daß das Gebäude einen Zirkus enthalten müsse, andererseits war  
 man sich aber auch darüber klar, daß ein Gebäude, welches lediglich für den  
 Zirkus eingerichtet sei und in der übrigen Zeit unbenutzt sein würde, keine Rente  
 abwerfen kann. Hiernach erschien es uns notwendig, um überhaupt einen Unter-  
 nehmer zu gewinnen, einen Bau in Aussicht zu nehmen, der dazu eingerichtet ist,  
 in den Sommermonaten den Zirkus aufzunehmen, in der anderen Zeit aber für  
 sonstige Schaustellungen, sowie für Ausstellungen, Fazole, größere Aufführungen,  
 Konzerte u. zur Verfügung zu stehen. Bei solchen Gelegenheiten sind tatsächlich  
 in vielen Fällen die jetzt hier vorhandenen Säle nicht ganz ausreichend gewesen  
 und fehlt es namentlich bei größeren Festlichkeiten an einem passenden Lokale.

Es waren uns von verschiedenen Seiten Pläne vorgelegt, die zum Teil sehr  
 schön durchgearbeitet waren. Während der Verhandlungen stellte nun die Herzog-  
 liche General-Hofintendantur das Verlangen, daß der Bau bis zu einem gewissen

Zeitpunkte, ich glaube bis zum 1. Oktober 1902, fertiggestellt sein müßte, worauf die Unternehmer, welche uns mit ihren Projekten näher getreten waren, erklärten, daß es unmöglich sei, den Bau in dieser Zeit fertigzustellen. Als nun die Verhandlungen mit der Herzoglichen General-Intendantur noch währten, wurden wir durch einen Beschluß derselben überrascht, auf eigene Kosten den Interimsbau übernehmen zu wollen. Dadurch wäre an sich die Aufgabe der Deputation erloschen und erledigt gewesen. Innerhalb dieser längere Zeit stattgehabten Verhandlungen war es uns aber immer mehr klar geworden, daß es von großer Bedeutung für Braunschweig sein würde, wenn neben dem Herzoglichen Hoftheater hier noch ein Schauspielhaus errichtet werden könnte, welches andere Wünsche zu erfüllen in der Lage sei, als es das Hoftheater zu bieten vermag. Wir waren durch die Mitteilungen aus anderen Städten immer mehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein solcher Bau eine große Anziehungskraft für Braunschweig bilden würde und wir hatten uns auch immer mehr davon überzeugt, daß Braunschweig einer solchen Anziehungskraft dringend bedarf.

Sie wissen alle aus eigener Erfahrung, welchen guten Eindruck unsere Vaterstadt mit ihrer Umgebung, namentlich der engeren Umgebung, auf alle diejenigen macht, welche von auswärts zum Besuche hierher kommen und daß die Leute gern hier bleiben; wenn aber der Genuß an der Natur und der Schönheit der Stadt Abends erloschen ist, dann suchen die Fremden gern etwas zur Erheiterung auf und wissen nicht, wohin sie gehen sollen. Wenn Sie häufiger Gelegenheit haben, solche Herren zu sprechen, so wird Ihnen aufgefallen sein, daß gerade hierüber bitter geklagt wird, ebenso werden Sie von den hiesigen Hotelbesitzern erfahren können, daß Fremde, die gern noch hier blieben, Abends abreisen und Hannover auffuchen, weil sich ihnen dort mehr Zerstreuung bietet. Eine Stadt wie Braunschweig ist aber nicht in der Lage, sich in sich selbst zu erhalten und bedürfen gewisse Kreise der Bevölkerung, namentlich aber das Kleingewerbe, dringend des Zuzuges von außen, denn wenn die Ansprüche, welche an sie von den Mitbewohnern allein gestellt werden, auch große sind, so ist doch andererseits die Zahl der Gewerbetreibenden so bedeutend, daß zu einem nutzbringenden Erfolge ihrer Tätigkeit der Bedarf der eigenen Stadt nicht ausreicht. Um also gerade diesen Teil der Mitbürger steuerkräftig zu machen, muß nach unserer Ansicht alles aufgegeben werden, um von außen Leute heranzuziehen. Es ist dringend erwünscht, daß der ständige Zuzug hierher auch wieder zunimmt und zwar vor allem aus Kreisen, die nicht mitwerbend in den Konkurrenzkampf eintreten, sondern die hier ihr Einkommen zum großen Teile verzehren wollen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß Ausländer hier längere oder kürzere Zeit Aufenthalt nehmen, wie das in der Nachbarstadt Hannover, sowie in Cassel und im reichsten Maße in Dresden geschieht. Vor allem ist es aber auch wünschenswert und zu erstreben,

daß die Bewohner der näheren und weiteren Umgebung hereinkommen, um hier ihre Bedürfnisse an allem, was sie gebrauchen, zu decken und bei der Gelegenheit sich auch zu unterhalten. Es ist immer davon gesprochen, daß die Eisenbahnverbindungen in dieser Beziehung so nachteilig auf Braunschweig eingewirkt haben, was auch nicht zu bestreiten ist; aber es ist doch in dieser Beziehung bereits erheblich Wandel geschaffen worden, denn namentlich die neuen Nebenbahnen, welche uns mit der Nachbarschaft verbinden, führen eine große Anzahl Personen aus jenen Gegenden nach Braunschweig herein. Um diesen Zugug noch weiter zu fördern, halten wir ein derartiges Schauhaus mit für dringend erwünscht.

Es entstand nun die Frage, in welcher Weise man die Unternehmer veranlassen sollte, ihrerseits diesem unserm Wunsche nachzukommen und ihn zu erfüllen. Die darüber gepflogenen mannigfachen Verhandlungen haben sich dann schließlich auf das Uebereinkommen konzentriert, welches der Versammlung mitgeteilt worden ist. Es hat sich dabei klar herausgestellt, daß mit der Hergabe des Platzes allein die Unternehmer nicht in der Lage sein würden, ein solches Etablissement, wie es in Aussicht genommen ist, aufzuführen. Soviel uns bekannt geworden ist, haben die Unternehmer folgende finanzielle Grundlage für das Unternehmen geschaffen: es ist ihnen gelungen, von einer Hypothekenbank die Zusage zu bekommen, 400 000 M an Hypotheken hergeliehen zu erhalten. Die Gesamtkosten des Baues sind auf 700 000 M mit Ausnahme des Platzes veranschlagt worden. Wenn die Stadt nun neben dem Platz noch 100 000 M an barem Gelde hergibt, so würden die Unternehmer dadurch in die Lage kommen, 500 000 M bares Geld zu haben und die Kosten des Baues und der Einrichtung mit  $\frac{5}{7}$  zu bezahlen. Die übrigen  $\frac{2}{7}$  wollen nach der uns gewordenen Mitteilung die bei dem Bau beteiligten Unternehmer, Fabrikanten, Handwerker und Lieferanten an Aktien übernehmen. Damit ist aber auch alles geschehen, was die Beteiligten zu leisten vermögen. Würde sich also infolge Fortfalls des Zuschusses der Stadt diese Summe von 200 000 M auf 300 000 M erhöhen, so würden die Unternehmer zc. nicht in der Lage sein, eine solche Summe zu übernehmen.

Ganz zweifellos muß die Frage, ob das Unternehmen rentabel sein würde, der Zukunft überlassen bleiben und wird wohl niemand den Mut haben, die finanzielle Rentabilität des Unternehmens zu garantieren. Wie es sich schon in anderen Städten gezeigt hat, wird es wesentlich darauf hinauslaufen, ob es gelingen wird, für die innere Leitung des Unternehmens eine tüchtige und geeignete Kraft zu finden. Die Finanzkommission ist aber auch in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß wir ruhig mit der schlimmsten Möglichkeit rechnen können, daß die von der Stadt übernommenen Aktien von 200 000 M vielleicht keine Einnahme bilden würden. Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß dieser etwaige Verlust der Stadt in Höhe von jährlich 7000 M, wenn nicht vielfach, so doch mindestens aufgewogen wird

durch den indirekten Nutzen, welchen die Stadt durch ein solches Unternehmen haben würde, indem die Steuerkraft einer großen Anzahl von Mitbürgern so erheblich wachsen würde, daß der Nachteil dadurch ausgeglichen wird. Dabei haben wir noch gar nicht berücksichtigt, daß das Unternehmen durch die verschiedenen Steuern, welche es der Stadt bringen wird, einen Teil der verlorenen Zinsen durch sich selbst wieder ersetzen wird.

Nun kann man die Einwendung machen — und ich muß sagen, daß sie nicht ganz zurückzuweisen ist — daß der Stadt durch ihre Beteiligung an dem Unternehmen in Folge der Uebernahme von Aktien mindestens die moralische Verantwortung für die Leitung und die Darbietungen eines solchen Schauhauses aufgehakt werden kann; jedoch meine ich, daß die Ansicht eines jeden Einzelnen darüber entscheiden muß, ob diese Befürchtung zutrifft, oder ob man nicht durch die Maßregeln der Polizei, welche doch in anderer Beziehung hier so schwer in das Gastwirtsgewerbe eingreifen soll, genügend dagegen gesichert ist. Daß aber das Unternehmen an sich eine Zugkraft für Braunschweig bilden und es uns Fremde zuführen wird, woran es Braunschweig noch schwer mangelt, ebenso, daß mehr Leben dadurch in die Stadt kommen und namentlich das gewerbliche Leben sich noch mehr heben wird, davon sind wir überzeugt und deshalb empfehlen wir Ihnen die Annahme des Vor schläges.

Es ist nun eine Eingabe vom Vereine Braunschweiger Gastgeber an uns gerichtet, welche sich gegen das Projekt ausspricht. Dabei handelt es sich aber um einen Verein, der nur 12 Mitglieder umfaßt, welche teilweise von diesem Beschlusse überhaupt nichts gewußt haben. Es hätte uns auch außerordentlich überraschen müssen, wenn die Gastwirte in ihrer Gesamtheit sich gegen das Unternehmen erklärt haben würden, denn gerade dieser Erwerbszweig würde doch von jedem Fremdenzuzuge in erster Linie Nutzen haben. Verzehrt wird von den Fremden unter allen Umständen und wenn darauf hingewiesen wird, daß möglicherweise zwei hiesige große Etablissements durch das Unternehmen beeinträchtigt und in ihrer Existenz gefährdet werden könnten, so ist das in dieser Allgemeinheit nicht der Fall. Es mag sein, daß im Anfange die bestehenden größeren Säle dadurch Schaden erleiden könnten, aber ich glaube, daß mit dem größeren Fremdenzuzuge sich dieser Verlust sehr bald ausgleichen und der Verkehr sich auch in diesen Etablissements wieder heben würde. Deshalb empfehle ich nochmals, die Vorlage anzunehmen.

Vorsitzender: Wenn der Herr Referent sagte, die General-Hofintendantur habe uns überrascht durch die Mitteilung, daß sie unter Verzicht auf den städtischen Zuschuß den Interimbau in Aussicht genommen habe, so dürfte ihm hier ein Irrtum untergelaufen sein, denn es ist in dem Schreiben gesagt worden, es sollte

ein Interimsbau hergestellt werden in der Erwartung, daß auch dazu ein städtischer Zuschuß gezahlt werden würde.

Herr Lord: Ich vertrete die Minderheit in der Finanzkommission und habe gegen das Projekt opponiert. Ich muß nun sagen, daß ich durch die Vorlage überrascht worden bin, denn ich hatte geglaubt, daß die Deputation ihr Amt mit Freuden niederlegen würde, als sich s. B. die General-Hofintendantur entschlossen hatte, aus eigenen Mitteln ein Interimstheater zu bauen und die Deputation eigentlich froh sein mußte, ihrer Aufgabe enthoben zu sein. Die Deputation hat anders beschlossen und die Konsequenz dieses Beschlusses ist die Vorlage, welche uns heute beschäftigt, und die 200 000 M für einen Zirkusbau von uns fordert.

Nach meiner persönlichen Meinung verlassen wir mit der Bewilligung der Vorlage die alte solide Finanzwirtschaft, welche die Stadt seither ausgezeichnet hat und betreten das Gebiet der gewerblichen Spekulation und des geschäftlichen Risikos. Motiviert wird die Vorlage im allgemeinen und in der Hauptsache mit der Hebung des Fremdenverkehrs. Ich bin auch für die Hebung des Fremdenverkehrs, aber man kann sich darunter alles Mögliche denken. Als wir vor einer Reihe von Jahren eine Vorlage zu beraten hatten, die einen unserer Mitbürger sehr interessierte, und dieselbe lang- und klanglos fallen ließen, äußerte dieser Mitbürger in einem öffentlichen Lokale, daß das Rathaus, welches damals gerade im Entstehen begriffen war, seiner Ansicht nach ganz falsch gebaut würde. Es müßten unten mehr Fenster hinein und in diesen Fenstern müßten die Mitglieder des Magistrates und der Stadtverordneten-Versammlung, welche solche Beschlüsse faßten, ausgestellt werden. Wenn dann oben das Müller'sche Glockenspiel spielte und unten bei wechselnder Beleuchtung die Stadtväter dem Publikum gezeigt würden, so würde das zur Hebung des Fremdenverkehrs außerordentlich beitragen. (Zwischenruf: Sehr mau!) Ich habe s. B. für die beiden neuen Schienenwege gestimmt in der sicheren Ueberzeugung, daß diese Zuschüsse der Stadt, wenn auch nicht gleich, so doch später ihre Verzinsung finden würden. Ich achte auch die Bestrebungen des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs, aber ich glaube, wenn die Herren ihre Tätigkeit einmal selbst prüfen wollten, so würden sie sagen müssen, daß nur wenig erreicht ist. Es liegt dies darin, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Gemeinewesens sich nach bestimmten Grundsätzen richten und sich nicht willkürlich verschieben lassen; in dem einen oder anderen Falle ist solche Förderung wohl möglich, im allgemeinen aber nicht.

Nun bin ich der Meinung, wir haben die Vorlage nach ihren drei Bestandteilen zu prüfen: es wird ein Gebäude gefordert, das enthalten soll Räume für einen Zirkus, für ein Theater und für Konzerte. Letztere möchte ich vorwegnehmen. Veranstaltungen dieser Art, für welche die hiesigen großen Säle nicht genügen,

dürften im Laufe des Jahres nur außerordentlich selten vorkommen; jedenfalls würden sie die Rentabilität des Unternehmens nicht beeinflussen. Was das Theater anlangt, so liegt eine gewisse Inkonzessenz darin, daß wir vor ganz kurzer Zeit noch bereit waren, dem Herzoglichen Hoftheater beizuspringen, während wir ihm jetzt durch den zu errichtenden Bau unter allen Umständen eine ganz empfindliche Konkurrenz machen würden. Außerdem wird das Theater schon an und für sich eine Rentabilität nicht bieten, dazu sind unsere Verhältnisse noch nicht ausgereift genug und auch die Einwohnerschaft noch nicht genügend groß. Das Theater wird wahrscheinlich gezwungen sein, zu den niederen Gattungen der Kunst zu greifen, welche heutzutage in den größeren Etablissements vertreten sind, also zu den Spezialitäten, Variétés, Ringeltangels zc. Das sind Sachen, die heutzutage besucht werden und Geld einbringen. Sachen solchen Genres muß es ja auch geben und habe ich an und für sich auch gegen diese Darbietungen nichts einzuwenden, aber ich bin doch bedenklich, ob die Stadt als solche dazu beitragen soll, ein derartiges Kunstgenre zu fördern.

Der Zirkus fällt ganz genau in dieselbe Kategorie. Ein Zirkus bringt, das gebe ich zu, Leben in eine Stadt, denn er wird viel besucht und fördert den Verdienst; ob er aber auf eine Reihe von Jahren hintereinander diesen Verdienst bringen und die Zugkraft nicht versagen wird, das ist mir im höchsten Grade zweifelhaft. Der Zirkus ist zweifellos eine Kunstgattung niedrigsten Ranges, denn die eigentliche Pferdedressur zieht heutzutage nur sehr wenige Leute in den Zirkus hinein und allein die Pantomimen, Einbrecher, Schlangenmenschen, das Ballett zc. füllen das Haus. Wenn wir aber alle Jahre ein solches Etablissement hierher bekommen, so zweifle ich sehr, daß es rentieren wird. In dem Augenblicke indessen, wo der Zirkus für das Etablissement versagt, ist die ganze Rentabilitätsberechnung über den Haufen geworfen.

Ueber die Rentabilität selbst haben wir weder in der Kommission, noch heute von dem Herrn Referenten irgend etwas Zuverlässiges erfahren; es ist möglich, daß die gemachten Angaben genügen, aber ich weiß nicht, ob sie von sachverständiger Seite nachgeprüft worden sind. Auch der Bauplan scheint mir noch nicht so sicher festzustehen, daß man unter allen Umständen mit dem Preise von 700 000 M rechnen kann und nicht befürchten muß, es werde der Bau 100 000 M oder 200 000 M mehr kosten. Dem Vernehmen nach soll auch die Fassade des Baues noch gar nicht feststehen. Wir stehen also vor keinem festen Projekte und dazu soll die Stadt die Mittel bewilligen? Außerdem ist auch schon angedeutet worden, daß eine gewisse moralische Verantwortung für die Darbietungen die Stadt unter allen Umständen trifft. Von Seiten des Magistrates wurde in der Kommission erwähnt, daß man sich ein gewisses Aufsichtsrecht über die Veranstaltungen wahren sollte und müßte, was aber wahrscheinlich eine höchst schwierige Sache sein dürfte.

Soll man sich im Aufsichtsrate vertreten lassen, oder eine Zensur einrichten? Ein solches Amt würde aber wohl niemand gern ausüben.

Nach alledem scheint es mir, daß die Stadt als solche es der Zeit überlassen sollte, ob sich Kapitalisten finden werden, um eine derartige Veranstaltung aus sich selbst heraus ins Leben zu rufen: die Stadt sollte sich aber nicht dazu hergeben, für Spekulations- und Gründerzwecke Geld zu bewilligen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Magistrat hat der Anregung zur Unterstützung des in Rede stehenden Unternehmens Folge gegeben, einmal wegen der aus dem Betriebe eines solchen Unternehmens zu erwartenden Belebung des Fremdenverkehrs und weil wir uns außerdem sagten, daß ein derartiger Betrieb auch die Anziehungskraft unserer Stadt für solche steuerkräftige Fremde erhöhen wird, die sich ein dauerndes Heim an einem nicht gar zu langweiligen Orte suchen. Sodann aber ist von uns wesentlich in Betracht gezogen, daß es außerordentlich wichtig für uns sei, zur Abhaltung von Zirkusvorstellungen, Musikfesten, Ausstellungen u. ein Lokal zu haben, das vermöge seiner baulichen und inneren Einrichtungen die größtmögliche Sicherheit dafür gewährt, daß die darin weilenden Besucher nicht etwa eines Tages bei lebendigem Leibe verbrennen, oder bei entstehender Panik an Gesundheit oder Leben geschädigt werden. Der Magistrat ist schon seit Jahren darauf bedacht gewesen, ein solches Unternehmen ohne erhebliche Opfer der Stadt ins Leben zu rufen, aber vergeblich. Wir waren dazu namentlich durch den Umstand veranlaßt, daß die Abhaltung von Zirkusvorstellungen in einer Bretterbude, wie es bisher hier üblich gewesen ist, die schwerwiegendsten feuerpolizeilichen Bedenken gegen sich hat und auch von der Herzoglichen Polizeidirektion schon einmal verboten ist, so daß die Erlaubnis dazu jetzt nur noch mit sehr großen Schwierigkeiten erwirkt werden kann. Dieser Zustand führt dahin, daß bald überhaupt keine Zirkusvorstellung hier mehr wird abgehalten werden können, wenn nicht ein feuersicheres Gebäude hergestellt wird.

Wir hatten den in der Vorlage erwähnten Platz, welcher vermöge seiner Lage für ein derartiges Unternehmen sich ganz ausgezeichnet eignet, schon lange dazu in Aussicht genommen, jedoch sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß ohne Beihilfe der Stadt das Unternehmen nicht wird zustande kommen können.

Nun sind gegen das Unternehmen von verschiedenen Seiten Vorstellungen und Bedenken erhoben worden. Daraus ist zunächst die auch dem Magistrate vorgelegte Eingabe des Vereins Braunschweiger Gastgeber zu erwähnen und habe ich mich bezüglich dieser Eingabe den Ausführungen des Herrn Referenten anzuschließen; jedoch möchte ich noch darauf hinweisen, daß die in dem Zirkusgebäude geplanten Wirtschaftsräume in Bezug auf ihre räumliche Ausdehnung sehr beschränkt sind, sodaß aus dem Betriebe der Restauration gegenüber den ansässigen Wirten eine wesentliche Konkurrenz nicht erwachsen kann. Andererseits muß aller-

dings eine Restauration mit dem Unternehmen naturnotwendig verbunden werden. Nun ist auch noch von anderer Seite gegen das Projekt Widerspruch erhoben worden, nämlich vom Bürgerverein, welcher sich in einer Resolution dagegen ausgesprochen hat. Wenn diese Resolution in einer Sitzung des Bürgervereins gefaßt worden wäre, an der von den etwa 1000 Mitgliedern des Vereins mindestens die Hälfte zugegen gewesen wäre, so würde ich sagen, das ist eine Stimme, die gewichtig ist und auf unsere Entschlüsse eventuell einwirken kann. Wenn aber in der am 20. d. Mts. stattgehabten Sitzung des Bürgervereins, welche die Resolution gefaßt hat, nach den eingezogenen Erkundigungen nur 20 bis 25 Personen zugegen gewesen sind, dann haben wir darüber kein Wort zu verlieren.

Sodann hat Herr Lord gegen die Vorlage geltend gemacht, daß ein Spekulationsgeschäft vorliege. Mit einem industriellen oder kaufmännischen Spekulationsgeschäfte hat aber unsere Vorlage nur gemein, daß der materielle Erfolg unsicher ist. Im übrigen erstreben wir die Erreichung des Zieles lediglich im allgemeinen öffentlichen Interesse zur Hebung des Fremdenverkehrs und zur Sicherung der Mitbürger gegen Feuergefähr. Es ist nun auch noch die voraussichtliche Belastung der Steuerkraft der Einwohnerschaft hervorgehoben worden. Ich stelle mich auch nicht auf den Standpunkt, daß das Institut so lebensfähig sein wird, um der Stadt sofort die Zinsen für das aufgewandte Kapital aufbringen zu können, immerhin habe ich aber die Hoffnung, daß etwas für uns abfallen wird. Die Rentabilität des Unternehmens läßt sich heute tatsächlich noch nicht beurteilen und ich kann in dieser Beziehung nur anführen, daß ein Zirkusunternehmer, um hier seine Vorstellungen vier Wochen lang geben zu können, für die Herstellung eines schmucklos zusammengezimmernten Bretterzirkus sehr gern 22000 M aufwendet. Ich glaube, wir können die Vorlage zur Annahme empfehlen.

Herr Kieke: Der Platz am Augusttore hat die Versammlung schon verschiedene Male beschäftigt, jedoch konnte sie sich bisher nicht entschließen, ihn zu verkaufen, obwohl er durch die auflaufenden Zinsen immer teurer wird. Die Baukommission hat sich hierbei stets auf den Standpunkt gestellt, daß der Platz möglichst für irgend welche öffentlichen Zwecke, welche der Stadt einmal geboten erscheinen könnten, reserviert werden müßte und zwar mit in der Erwägung, daß niemand etwas geben will, wenn die Stadt ein Grundstück zu verkaufen hat, während sie selbst bei ihren Ankäufen ungeheure Summen aufwenden muß. Von dem Bauunternehmer Rosenthal sind für den Platz einmal 131000 M geboten, auch hat Professor Uhde ein Projekt ausgearbeitet, hinter dem die Mannheimer Bank und Paul Steinau standen, nach welchem dort ein Zirkus errichtet werden sollte, jedoch hat sich dieses, auf 450000 M ohne den Platz geschätzte Projekt wieder zerschlagen. Wenn die Herzogliche General-Hofintendantur besser Hand in



Hand mit der Stadt gearbeitet hätte, so brauchte meiner Ansicht nach das Interimstheater nicht wieder fortgerissen zu werden, indem für das interimistische Hoftheater in Gemeinschaft mit der Stadt ein billigeres, feuerficheres Etablissement sich hätte ohne Benutzung des Theaterparkes herstellen lassen. Das ist nun nicht zu erreichen gewesen. Wenn aber trotzdem der Magistrat und die Deputation an dieser Vorlage festgehalten haben, so kann ich mich von meinem Standpunkte aus der Begründung, wie sie der Herr Referent gegeben hat, nur anschließen. Es ist doch nun mal sicher, daß heutzutage der Fabrikant mit seinem Kunden nicht mehr am Wohnorte des ersteren verkehrt, sondern von diesem in seinem Dorfe aufgesucht wird, sodaß der Kunde nicht mehr in die Stadt zu kommen braucht. Hiervon hat aber niemand etwas und vor allem leidet der Verkehr in der Stadt darunter. Es ist bald dahin gekommen, daß die Leute nur noch in der Stadt erscheinen, sobald sie billige Seife oder Apfelsinen bei Frank kaufen wollen. (Heiterkeit.)

Wenn die Gastwirte sich auf einen so engherzigen Standpunkt stellen und meinen, es würde ihnen durch das Unternehmen Konkurrenz gemacht, so verstehe ich das nicht und bin gegenteiliger Ansicht. Dabei möchte ich daran erinnern, daß die Gastwirte seiner Zeit auch gegen die Einrichtung von Wirtschaften im Stadtpark und Bürgerpark vorstellig geworden sind. Hat denn aber jeder einzelne Gastwirt ein Privileg für seine Wirtschaft? Wir haben die Privilegien für die Schornsteinfeger und die Apotheker abgeschafft und sollten uns hier ein neues Privilegium aufdrängen lassen? Wenn sich neben dem Geschäfte eines Schuhmachers oder neben einem Schuhladen eine Schuhbesohlanstalt niederläßt, so ist dagegen nichts zu machen. Außerdem halte ich auch den Standpunkt für richtig, daß man hofft, durch ein solches Unternehmen den Fremdenverkehr mehr zu heben. Die Nebenbahnen bringen uns ja immer mehr Leute heran, aber die Leute wollen hier auch etwas mehr sehen, als auf ihrem Dorfe. Meiner Ansicht nach müssen Städte in der Größe von Braunschweig einen ständigen Zirkus haben; nach Halle a. S. kommt z. B. jährlich zwei Mal, Winter und Sommer, ein Zirkus und davon haben namentlich die Wirte den größten Vorteil. Solche Sachen ziehen auch Leute, die sonst nicht in die Stadt kommen, z. B. die großen Dekonomen an, aber man muß ihnen etwas bieten, sonst bleiben sie weg. Auch die Steuerkraft profitiert von solchem Unternehmen. Deshalb verstehe ich den Standpunkt der Wirte nicht. Aber auch für das Braunschweiger Publikum selbst fehlt ein solches Lokal. Ich will nur an das letzte Volkskonzert erinnern, welches von etwa 4000 Menschen besucht war. Bei einem solchen Konzerte muß unbedingte Ruhe herrschen, was sich aber nicht durchführen läßt, wenn der Saal vollständig vollgepfropft ist und die Leute ihre Bequemlichkeit nicht haben. Soll man bei solcher Gelegenheit eine Stunde stehen, so hört eben die Gemütlichkeit auf. Auch

die Arbeiterschaft hat das größte Interesse daran, ein solches Lokal zu haben und sie hat durch den Besuch der Volks-Hochschulkurse, an welchen 4000 Menschen teilgenommen und stets die größte Ruhe bewahrt haben, bekundet, daß sie Intelligenz genug besitzt, um derartige Veranstaltungen zu schätzen. Ein Institut, welches zur Bildung der Arbeiterschaft beiträgt, wie z. B. die wissenschaftlichen Vorträge in der Urania zu Berlin, ist sehr wichtig und zwar ebenso wichtig, wie für die jungen Leute der obligatorische Besuch der Fortbildungsschule. Ich habe verschiedene Schlosser kennen gelernt, die durch derartige Vorträge sich zu Elektrotechnikern ausgebildet haben. Deshalb kann man es mit Freuden begrüßen, wenn solche Lokalitäten geschaffen werden.

Nun handelt es sich noch um das Arrangement. Für den Platz waren also 131 000 M geboten, jedoch ist aus der Vorlage nicht ersichtlich, ob dieses Gebot aufrecht erhalten wird. Ferner scheint es mir zweifelhaft zu sein, ob nicht noch von der Wöschstraße Grundstücke angekauft werden müssen. (Rufe: Nein!) Wenn das nicht nötig ist, könnte es allerdings sehr gut möglich sein, daß die Bausumme von 700 000 M ausreicht.

Für mich würde es sich dann noch fragen, ob es nicht im Interesse der Stadt läge, dieses Etablissement in eigener Regie zu bauen, wie das in Stuttgart geschehen ist, wo ein großer Zirkus, der 8000—10000 Menschen fassen kann, stadtseitig erbaut ist. (Widerspruch). Sie werden mir allerdings entgegenhalten, die Stadt baue zu teuer. Weshalb das aber geschieht, haben wir noch nicht ermitteln können. Wir würden damit meiner Ueberzeugung nach durchaus kein fremdes Gebiet betreten, sondern uns auf das Gebiet begeben, die Bildung von Aktiengesellschaften nicht mehr zu fördern, vielmehr alle solche Institute, wie die Gas- und Wasserwerke, die Straßenbahn u. in städtische Regie zu nehmen. Erst dann fallen die Vorteile der Unternehmungen der Stadt zu und wir können damit die Ausgaben der Stadt bestreiten. Die Klagen, welche die Gastwirte bei jeder Gelegenheit gegen die Konkurrenzunternehmungen der Stadt vorbringen, haben wir ja auch bei dem Rathauskeller gehabt, von dem es hieß, daß er der Stadt viel Geld kosten und sich nicht rentieren werde. Derartige Einwendungen sind aber ganz hinfällig, denn wir haben z. B. den Rathauskeller eingerichtet, weil wir die Räume nicht zweckmäßiger verwerten konnten, und meine ich, daß die erzielte Pachtsumme bei der Verzinsung der Baukosten des Rathauses doch sehr zu Buche schlägt. Deshalb wird das nicht nur jetzt, sondern auch fernerhin geschehen. Ich muß es nur für richtiger halten, wenn die Stadt den Bau in eigene Regie nimmt und er für alle Kreise der Bevölkerung zur Benutzung offen steht und daß die zu große polizeiliche Bevormundung wie in anderen Städten so auch hier weichen muß, damit nicht die Bewegungsfreiheit der Bürger unterbunden wird und zwar unter dem falschen Vorgeben, daß man die Moral heben wolle. Daher möchte ich

bitten, die Vorlage unter der Bedingung anzunehmen, daß die Stadt den Bau in eigene Regie übernimmt.

Vorsitzender: Diese Bedingung würde eine Ablehnung der Vorlage bedeuten.

Herr Böschigk: Ich war durch die Vorlage ebenso überrascht wie Herr Lord, daß man uns zumutet, für ein solches Unternehmen 200 000 M à fonds perdu zu bewilligen. Ich begrüße jede Neuerung und jede Anlage in der Stadt, welche Verkehr schafft, und es wäre kurzfristig, wenn ich das nicht auch hierbei einsehen wollte. Aber eins sehe ich nicht ein: es heißt bei jeder Gelegenheit, wir müssen sparsam sein, und als Herr Rieß vor zehn Jahren den Antrag auf Erweiterung des städtischen Krankenhauses einbrachte und ich vor vier Jahren Veranlassung nahm, einen gleichen Antrag zu stellen, da hieß es, wir haben kein Geld. Also nicht gegen die Magistratsvorlage an sich wende ich mich, sondern ich lehne es ab, daß sich die Stadt bei ihrer Finanzlage in ein solches Unternehmen begibt. Von Herrn Jüdel haben wir gehört, daß unsere Finanzen augenblicklich ganz gut stehen, aber wir müssen erst noch einige Jahre weiter sein, um unsere Verhältnisse beurteilen zu können, denn bis jetzt haben sie sich nicht in der Weise gebessert, daß wir solchen Ueberfluß an Geld haben, um uns in ein derartiges Unternehmen einlassen zu können. In unserm Torbezirke sind z. B. 20 000 M Steuern weniger veranschlagt, als voriges Jahr. Eine Stadt, die nicht in der Lage ist, ihre Steuern herunterzusetzen und die sogar indirekte Steuern erhebt, mit denen doch bis zuletzt gewartet zu werden pflegt, darf sich solche Sachen nicht leisten. Ein freies offenes Unternehmen dieser Art muß sich schließlich jeder gefallen lassen; wenn sich also eine Gesellschaft findet und ein Theater oder einen Zirkus bauen will, so kann niemand etwas dagegen haben und glaube ich auch, daß sich der Widerstand der Gastwirte nicht gegen das Unternehmen an sich, sondern nur gegen dessen Subventionierung durch die Stadt richtet. Ich halte wenigstens die Herren für so vernünftig, daß sie gegen die Konkurrenz selbst sich nicht auflehnen wollen. Die Biersteuer wurde f. B. für notwendig gehalten und jetzt will man durch die Subventionierung dieses Unternehmens denjenigen Leuten, welche die Biersteuer aufbringen müssen, Konkurrenz machen. Daß die Wirte hier aber nicht so glänzende Geschäfte machen, geht schon daraus hervor, daß im Saalbau f. B. 300 000 M bis 400 000 M verloren gegangen sind. Hierzu tritt aber noch folgendes Moment: eine Stadt, welche um 1 Uhr Nachts ihre Cafés schließen muß und in der dem Vorstande eines Privattanzfränzchens, welches schon einmal im Monate getanzt hat, von der Polizei gesagt wird, es habe genug getanzt und könne eine weitere Erlaubnis nicht erhalten, eine solche Stadt ist für ein derartiges Etablissement noch nicht reif. Sehr schön hat der Herr Referent gesagt, die Fremden, welche sich hier eine Nacht aufhalten, wollen sich auch amüsieren; wenn aber die Cafés schon um 1 Uhr geschlossen werden, so läßt sich das schlecht machen,

namentlich da man in Hannover und selbst in dem kleinen Nordhausen die ganze Nacht im Café sitzen kann. Das lasse ich mir gefallen. (Heiterkeit.) Nach solchen Orten gehen die Fremden gern hin. Es ist richtig, daß die Fremden sagen, sie fahren Abends weg, weil sie hier nichts mehr haben, denn wenn wir auch das Hoftheater und die Spezialitäten-Vorstellungen haben, so wollen die Fremden doch hinterher nicht gleich zu Bette gehen, sondern sich noch einige Stunden unterhalten, was ihnen in den Cafés aber nur bis 1 Uhr gestattet wird. So lange wir solche Bevormundung hier haben, halte ich Braunschweig für ein solches Unternehmen noch nicht reif. Man will in dem Zirkus 1600 Sitzplätze schaffen und der Saal des Hofjägers hat schon 2500 Sitzplätze, ist also größer als der hier geplante Bau. Sie haben von Herrn Kiese gehört, daß in dem Volkskonzerte 4000 Personen gewesen seien, wenn es auch vielleicht nur 3000 gewesen sind, so würde der geplante Zirkus doch selbst für diese Zahl nicht ausreichen. Wir haben hier tatsächlich große Säle genug. Ebenso steht es mit dem Zirkus. Wenn heutzutage ein Zirkus noch Zirkus wäre, möchte es noch angehen, aber jetzt ist die Hauptsache die Pantomime, während nur 2—3 Nummern mit Pferdevorführungen ausgefüllt werden, und mit wirklich schönen Pferden kommt selten jemand hierher. Unter diesen Verhältnissen aber so viel Geld für einen derartigen Bau herzugeben, kann ich mich nicht entschließen. Erst lassen Sie uns einmal reif werden und wenn die polizeilichen Bevormundungen aufgehört haben werden, will ich mich besinnen, ob ich dabei bin. (Heiterkeit.) Die Sache ist nicht so lächerlich, denn man hat sich Mühe genug gegeben, die Bevormundung wegzuschaffen. Ich bitte also, die Vorlage abzulehnen.

Herr Rathe: Wenn ich gegen die Errichtung eines Zirkus insoweit spreche, als ich wünsche, daß sich die Stadt nicht daran beteiligen möchte, so stehe ich auf dem Standpunkte der Vorredner, indem ich mir sage, die Stadt hat nicht nötig, weitere Vergnügungsetablissemments zu subventionieren. Wir haben an unseren Einrichtungen dieser Art schon jetzt nicht überall Freude, denn die Aufwendungen, welche wir daran machen müssen, und der Zinsverlust sind zum Teil beinahe ebenso groß, wie die daraus aufkommende Pacht. Ich erinnere nur an Bürger- und Stadtpark, während der Ratskeller erst zeigen muß, was er leisten kann. Bei dem Altstadt-Rathause frage ich mich auch, was es kostet und wie wenig es einbringt. Wenn ich dieses Mal von einem Teile der Versammlung sehe, daß die sonst so sparsamen Herren uns dahin bringen wollen, den ganzen Zirkusbau auf eigene Rechnung zu übernehmen, oder doch uns finanziell daran zu beteiligen, so gibt mir dieses zu denken. Welche Mühe hat man sich s. B. gegeben, die Fremden zur Messe nach dem Schützenplatze zu bringen und zwar mit dem Erfolge, daß man jetzt kaum noch einen Fremden hier zu sehen bekommt. Während ich früher zur Messe den Besuch vieler Geschäftsfreunde und Fremden zu empfangen

hatte, kommen dieselben jetzt nach dem Besuche des Meßplatzes nicht mehr zur Stadt zurück. Durch solche Maßnahmen hat man also die Fremden hinausgebracht und jetzt verfällt man auf einen Zirkus, der von der Stadt subventioniert werden soll, um sie wieder hereinzubringen! Nach meinem Dafürhalten müssen wir in Anbetracht dessen, daß von verschiedenen Unternehmern ein Vermögen geopfert ist, um den Fremden und den Stadtbewohnern etwas zu bieten, vermeiden, diese Steuerzahler durch ein solches Unternehmen zu schädigen. Ich bin deshalb unter allen Umständen dagegen, daß die Stadt sich hierbei finanziell beteiligt. Es ist bedauerlich, daß die Stelle, wo ich auch sonst noch zu sprechen habe, der Bürgerverein, nicht so besucht wird, wie er besucht werden müßte.

Als ich vor 30 Jahren hierher kam, war unser jetziger Siegesplatz der Zummelplatz. Wenn dann die Messe vorüber war, oder auch schon während der Messe kam der Zirkus und beeinträchtigte unsere wirklich schönen Anlagen und die Anwohner in ganz empfindlicher Weise. Nun wollen Sie an einer derartigen Stelle, in der Nähe des Siegesdenkmals einen Zirkus errichten? Sie wollen dorthin 150 Pferde stellen? Die kommen allerdings nach der Mönchstraße zu, aber dort wohnen auch Leute, die in guter Luft wohnen wollen und die den Aufenthalt von 150 Pferden nicht als eine Unannehmlichkeit empfinden werden. Außerdem liegt in der Nähe das Evangelische Vereinshaus. Wenn ich mir die ganzen Fährlichkeiten des Zirkus an jener Stelle ausmale, so erregt mich dies bis ins Innere. Eine derartige Anlage, welche auch zeitweise Menagerien mit ihren wilden Tieren, wie Löwen u., beherbergen muß, gehört nicht an jene Stelle, die kann vielleicht im Bürgerparke untergebracht werden. Die Deputation hatte nur den Auftrag, wegen eines Interimstheaterbaues Vorschläge zu machen, aber eine weitere Aufgabe hatte sie nicht erhalten. Ich muß Sie daher bitten, die Vorlage in dieser Beziehung abzulehnen.

Herr Nieß: Was helfen uns gegenüber solchen Ansichten alle Bestrebungen des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs? Wenn man den Vorrednern folgen wollte, täte man am besten, man zöge eine Mauer um Braunschweig und ließe keinen mehr herein. Klamentlich bewegt sich Herr Köschig in einem Zirkel, wenn er sagt, der Zirkus bringt Verkehr her, aber wir haben keine Barmittel und wir dürfen nichts tun, die Steuerkraft wieder zu heben. Am allerwenigsten ist aber die zarte Rücksicht von Herrn Rathe angebracht. Was wäre nun die Folge, wenn der Zirkus jetzt nicht erbaut wird? Gebaut wird er doch einmal, Sie versäumen nur die Gelegenheit, ihn an der besten Stelle aufzurichten, an einer Stelle, wo er eine Zierde der Stadt werden würde und an einem Orte, wo sich in ihm noch etwas mehr als nur Zirkusaufführungen veranstalten lassen. Es fällt mir schwer, auf alle Einzelheiten einzugehen, welche gegen das Unternehmen hier vorgebracht sind; ich will daher nur einige Sachen herausgreifen. Zunächst ist von der Urania die Rede gewesen. Ein solches Institut können Sie aber nicht

nach dem v. Bawelschen Holze verweisen. Ich bin auch darauf aufmerksam gemacht worden, daß für eine große Anzahl von Kongressen wissenschaftlicher und anderer Berufsstände, welche in Braunschweig gern einmal getagt hätten, Braunschweig nicht in Frage kommen könne, weil hier die erforderlichen Lokalitäten nicht vorhanden seien. So z. B. könne der Kongreß der Elektrotechniker hier nicht tagen, weil sich bei seiner großen Mitgliederzahl hier kein Versammlungslokal finde, in dem er hätte Aufnahme finden können. Dabei kommt auch noch in Betracht, daß ein solcher Kongreß für seine verschiedenen, häufig gleichzeitig tagenden Ausschüsse auch noch weitere Lokale gebraucht. Dadurch ist aber schon dargetan, daß die Stadt die günstige Gelegenheit ergreifen soll, um das Unternehmen zu fördern.

Wenn Herr Böschigt von einer Bewilligung à fonds perdu spricht, so muß dieser Ausdruck korrigiert werden, da ein Zuschuß à fonds perdu gar nicht gefordert wird, sondern eine Beteiligung der Stadt in Aktien. Für eine augenblickliche Verzinsung dieser Aktien kann allerdings kein Mensch eintreten, aber ist es nicht bei allen derartigen Unternehmungen so gewesen? Ich erinnere nur an die Landeseisenbahn, bei welcher sich die Stadt trotz allen Geschreies doch beteiligt hat, und mit der Zeit hat sich auch eine Verzinsung der Anlage herausgestellt, wie das hier voraussichtlich ebenfalls geschehen wird. Das Volkstheater in Düsseldorf hat im Jahre vorher, also nicht im Ausstellungsjahre, 10 % abgeworfen. Es ließen sich noch verschiedene Beispiele aus anderen Städten anführen, aus Stuttgart, Köln a. Rh., in welchem ich schon vor mehr als 20 Jahren in einem gemauerten Zirkus gewesen bin, aber ich sehe davon ab.

Eine andere Frage möchte ich dagegen noch berühren. Was helfen uns alle unsere Bestrebungen, unserer Vaterstadt durch eine Steigerung des Verkehrs emporzuhelfen, wenn wir nichts tun wollen, denjenigen, die hierher kommen, etwas zu bieten, was sie hier fesselt. Im Wirtshause war ich Zeuge einer Unterhaltung zweier auswärtigen Fabrikanten, von denen der eine sagte: ich fahre um 4 Uhr nach Magdeburg, in Braunschweig ist nichts los. So ist die Sachlage. Die Fremden, welche ihre Geschäfte hier machen, flüchten aus Braunschweig, weil hier nichts los ist. (Widerspruch.) Als ich jetzt einige Wochen außerhalb des Deutschen Reiches zubrachte, hat es mich mit hoher Befriedigung erfüllt, daß mir von einem Fremden gesagt wurde: Braunschweig ist die sauberste Stadt im Reich. Das Lob habe ich mit dem größten Behagen eingestrichen, aber ich möchte auch, daß Braunschweig in anderer Richtung in die Reihe der Großstädte einträte. Deshalb geben Sie ihre Zustimmung zu der Vorlage, wenn Sie sie abschlagen, schlagen Sie etwas ab, was Sie nicht wieder gut machen können.

Herr Frühling: Was ist gegen die Vorlage vorgebracht worden? Vor allem der Finanzpunkt. Herr Böschigt sagt: Weil die städtischen Finanzen so schlecht sind, will ich die Summe nicht bewilligen. Mein Standpunkt ist ein entgegen-

gejekter, denn ich sage: Gerade weil die städtischen Finanzen eine Aufbesserung erfordern, bin ich für die Vorlage. Wenn wir für derartige Sachen etwas aufwenden, heben wir die Steuerkraft und bringen dadurch Geld nach Braunschweig. Von einem solchen Etablissement selbst kommen doch auch städtische Steuern auf und ebenso beschäftigt es eine Masse Angestellter, die wieder Steuern bezahlen und ihr Einkommen hier verzehren. Ferner werden hier doch 700 000 M verbaut, welche zum großen Teile von außen herkommen und an denen von hiesigen Einwohnern verdient wird; namentlich werden sehr viele Arbeiter bei dem Bau beschäftigt werden. Wenn uns Gelegenheit geboten wird, daß eine Gesellschaft für 700 000 M ein solches Etablissement hier bauen will, so sollen wir zugreifen, denn das bringt Verdienst und Leben nach Braunschweig. Selbst wenn aber das Etablissement nicht gleich so gehen sollte, wie es wünschenswert wäre, so wird es doch nicht wieder zugemacht werden, sondern es geht dann vielleicht in zweite, dritte Hände über aber, was das wesentlichste für uns ist, es bleibt der Stadt erhalten und mit ihm bleiben die städtischen Einnahmen. Daß Herr Böschigt wegen der polizeilichen Bevormundungen nicht für den Bau stimmen will, ist doch wahrhaftig kein Grund; vielleicht bietet gerade die Entstehung des Zirkus Veranlassung und Gelegenheit, diese Bevormundung einzuschränken. Auch die von Herrn Rathe erwähnten Belästigungen der Anwohnerschaft durch die im Zirkus verwendeten Tiere sind nicht so schlimm, als daß sie zur Ablehnung der Vorlage führen könnten. Sodann möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir uns bei Genehmigung der Vorlage nicht auf einem ungewöhnlichen Wege bewegen, denn fast alle Städte beschreiten denselben Weg und suchen auf diese und ähnliche Weise ihren Verkehr zu heben. Wenn Herr Lord meint, daß die wirtschaftliche Hebung einer Stadt bestimmten Gesetzen folgt und der Verein zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs deshalb nicht habe wirken können, so bin ich der Ansicht, daß das Gesetz, welches die wirtschaftliche Hebung einer Stadt bedingt, gerade fordert, etwas zur Hebung des Verkehrs zu tun. Von selbst kommt der Verkehr allerdings niemals. Deshalb möchte ich Ihnen dringend die Annahme der Vorlage empfehlen. Nur die Interessen einzelner sprechen dagegen und die können doch nicht maßgebend sein, ein Unternehmen fallen zu lassen, welches große Aussichten für Braunschweig bietet.

Herr Günther: Es steht fest, daß ein derartiges Lokal schon längst in Braunschweig fehlt, und daß Fremde nicht hierher kommen werden, wenn ihnen nichts geboten werden kann. Was gab es vor dreißig Jahren hier für Fremde: Eisenbüttel mit dem Heinrichshafen, Rußberg und vielleicht noch die Kaffeemühle, dann war es aus. Wir haben hier ganz schöne Etablissements, das ist richtig aber man findet darin nicht, was das Publikum verlangt. Ein Teil der hiesigen Gastwirte ist aus Rücksichten der Konkurrenz gegen das Unternehmen vorstellig geworden, aber dieser Grund ist ganz hinfällig, denn die Inhaber der größeren

Etablissements haben bei deren Errichtung auch nicht gefragt, ob sie die kleinen totmachen. Wenn Herr Lord bedauert, daß dem Hoftheater durch den Bau Konkurrenz gemacht werde, so glaube ich, daß diese Konkurrenz gerade recht ersprießlich sein würde und die Hoftheater-Intendantur dadurch neue Anregung erhielte. Außerdem ist das Hoftheater ja im Sommer geschlossen und bleibt dann doch nichts Anderes übrig, als nach Voedemann ins Sommertheater zu gehen. Wir würden deshalb unter gewissen Voraussetzungen für ein solches Etablissement stimmen. Erwähnen will ich noch, daß in Braunschweig schon sehr viel versäumt worden ist, so z. B. fehlt uns eine Volksbadeanstalt, zu der wir früher nie Geld gehabt haben. Auch eine derartige Anstalt wird von den Fremden aufgesucht und wir können sie ihnen nicht bieten, die hiesigen Privatbadeanstalten bieten aber kein Interesse für die Fremden. Ferner fehlt uns ein Zoologischer Garten, . . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender: Es fehlt uns natürlich noch sehr viel, jedoch gehört das nicht zur Vorlage.

Herr Günther (fortfahrend): Wenn wir also auch für den Bau an sich sind, so sind wir doch nicht für diese Vorlage, und zwar aus dem Grunde, weil wir meinen, daß die Stadt sich an einem derartigen Aktienunternehmen nicht beteiligen kann, noch dazu aber unter so ungünstigen Verhältnissen, daß das zugeschoffene Kapital erst dann verzinst werden soll, wenn die Unternehmer ihr Geld voll verzinst haben. Sofern die Stadt im Interesse des Verkehrs ein solches Unternehmen für notwendig hält, ist es besser, sie übernimmt es selbst, als sich an einer Aktiengesellschaft zu beteiligen. Wie der Herr Oberbürgermeister schon in der Finanzkommission erklärt hat, besitzen verschiedene Städte eigene Theater, warum soll das also Braunschweig nicht tun? Da wir die 200 000 M. doch gewissermaßen à fonds perdu geben, so können wir auch das ganze Unternehmen selbst durchführen. Also entweder muß das Abkommen dahin geändert werden, daß die 200 000 M. von vornherein verzinst werden, oder wir machen es selbst.

Vorsitzender: Es haben sich noch drei Redner gemeldet, aber es ist auch ein Schlußantrag eingegangen. Will jemand gegen den Schluß sprechen?

Herr Bues: Ich glaube bestimmt, daß der Schluß der Besprechung noch nicht am Platze ist. Es ist wohl von mancher Seite für und gegen die Sache gesprochen, aber geklärt ist sie noch nicht. Deshalb bitte ich, wenigstens die angemeldeten Redner noch zum Worte kommen zu lassen.

Der Schlußantrag wird darauf abgelehnt.

Herr Sander: Ich war ursprünglich Gegner der Vorlage, und zwar nicht aus den angeführten Gründen, daß eine Stadtverwaltung sich an derartigen Unternehmungen nicht beteiligen sollte, sondern ich bin in diesem Punkte gegenteiliger Meinung. Ja, ich bin sogar der Meinung, daß eine Stadtgemeinde wie Braun-



schweig geradezu verpflichtet ist, ein solches Unternehmen zu fördern. Ebenso kann ich die Ansicht des Herrn Lord nicht teilen, daß in dem Gebäude minderwertige Vorstellungen geboten werden. Ein Gegner der Vorlage war ich vielmehr nur aus dem Grunde, weil ich glaubte, daß unsere Finanzen eine derartige Ausgabe nicht vertragen könnten. Nachdem ich aber die Begründung der Vorlage gehört habe, bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es sich bei der Bewilligung der 200 000 M um eine werbende Ausgabe handelt, indem durch das Etablissement ein größeres Publikum nach Braunschweig gezogen wird und hierdurch die Ausgaben an Steuern wieder eingebracht werden. Aus diesem Grunde bin ich jetzt für die Vorlage.

Herr Meyerhoff: Herr Löschigt fing seine Ausführungen damit an, wir hätten kein Geld zur Erweiterung des Krankenhauses, wollten aber in einen Zirkus 200 000 M stecken. Ich hatte geglaubt, daß ein Mitglied des Magistrates zu dieser Frage das Wort ergriffen hätte. Da das nicht geschehen ist, so will ich erwähnen, daß wir zur Entlastung des Krankenhauses den Anfang gemacht haben, indem wir mit einem Aufwande von 500 000 M ein Kinderhaus bauen. Wenn auch Herr Löschigt hierüber den Kopf schüttelt, so kann doch niemand verkennen, daß diese Aufwendung mit der Armen- und der Gesundheitspflege eng zusammenhängt und daß dieses geschehen ist trotz der so kraß geschilderten Finanzlage unserer Stadt. Ich möchte Sie überhaupt warnen, immer laut in die Welt zu trompeten, Braunschweig könne einen Zinsverlust von jährlich 7000 M nicht ertragen. Wenn Sie die hiesigen Verhältnisse in dieser kraßen Weise schildern, so werden Sie damit wahrlich keinen Fremden herbeilocken, denn Sie schildern ja Braunschweig, als ob es vor dem Bankrott stände. Herr Lord rief entrüstet aus: was wird in einem Zirkus heutzutage für eine Art Kunst gepflegt, ja, wenn da nur geritten würde, möchte es gehen! Es gibt aber außer Herrn Lord eine ganze Masse Menschen, die solche Sachen sehr gern sehen. Ich weiß ganz genau, daß die Geschäftsleute Braunschweig von Hannover aus abgrafen und sagen, wir gehen Abends gern nach Mellini zc. und bleiben daher Nachts lieber in Hannover, als in Braunschweig. Und was folgt daraus? Den hiesigen Gastwirten geht das Geld aus der Nase. Es wird immer von der Hebung des Fremdenverkehrs geredet, nun, hier ist doch ein Anfang zum Fortschritt geplant, deshalb sollte man ihm freudig zustimmen. Herrn Rathe gebe ich recht, wir haben einen Fehler gemacht, als wir die Messe aus der Stadt hinaus hoben, aber wenn früher Fehler gemacht sind, weshalb sollen wir dann mit Wasserstiefeln in die alten Fußstapfen hineintreten? Das haben wir doch nicht nötig. Wir sollen und müssen hier etwas beschließen, was unseren Mitbürgern auf die Sohlen hilft. Auf die mir gegenüber gemachte Aeußerung, wir möchten erst einmal etwas gegen die Warenhäuser tun, ehe wir an einen Zirkusbau dächten, habe ich erwidert, daß ich gern dafür

eintreten würde, sobald mir ein Rezept dagegen gegeben wäre. Sodann hat Herr Rathe das Löwengebrüll und die Nähe des Evangelischen Vereinshauses gegen den Bau ins Feld geführt. Hat Herr Rathe aber auch schon einmal daran gedacht, was die Anlieger des Al. Exerzierplatzes in dieser Beziehung seit Jahren ertragen haben? Wenn sie nicht zufrieden damit waren, so mußten sie eben unzufrieden zu Bette gehen. Einen schöneren, als den hier in Aussicht genommenen Platz gibt es eben für den Zirkus gar nicht. Herr Rathe hat sich auch selbst widersprochen, wenn er sagt, damals, als der Zirkus noch auf dem Tummelplatze gewesen, sei noch Leben in Braunschweig gewesen, und jetzt tritt er gegen den benachbarten Platz auf. Ich hätte nichts dagegen, wenn der Zirkus in den Hagen hineingebaut werden sollte, jedoch ist unsere Gegend jetzt so reichlich bedacht, z. B. mit dem Amtsgerichte, daß wir damit zufrieden sind und ich dem anderen Stadtheile den Zirkus von Herzen gönne. Er steht da am Augusttore auf dem rechten Platze, denn er ist von der Straßenbahn und von der Eisenbahn aus leicht zu erreichen.

Im übrigen will ich noch anführen, daß Städte wie Mainz, Barmen und Elberfeld, Düsseldorf, Stuttgart, Köln a. Rh. u. eigene derartige Unternehmungen haben. In Elberfeld-Barmen steht z. B. ein Zirkus, gegen den dieser ein Waisenkind sein wird und auch die Mainzer Stadthalle ist großartig gebaut. Köln a. Rh. hat außer dem feststehenden Zirkus noch den Gürzenich mit einem der größten Säle Deutschlands. Jede größere Stadt hat sich schon auf dieses Gebiet begeben und nicht zu ihrem Nachtheile. Ich möchte auch die Herren „hinter mir“, ja daß darf man wohl nicht sagen, und „von der anderen Seite“, das kann ich auch nicht sagen, also sage ich, die Herren von der äußersten Linken bitten, ihre Bedenken gegen die Aktiengesellschaft schwinden zu lassen und für die Magistratsvorlage zu stimmen. Wenn wir der Ansicht dieser Herren zustimmten, dann würde uns der von verschiedenen Herren gemachte Vorwurf noch vielmehr treffen, als bei der Subventionierung des Unternehmens, weil es dann heißen würde, die Stadt will die Geschäfte allein machen.

Herr Bues: Wenn man unsere Verhandlungen verfolgt hat, so kann man beobachten, wie so mancher seine Ansicht gegen früher vollständig geändert hat. Als vor drei Jahren die Biersteuer geplant war, wurde mit der Stala in der Hand ausgeführt, wie schwer es der Stadt werde, die Ausgaben durch die Gemeindesteuern aufzubringen und wie notwendig daher die Biersteuer sei, welche dann auch gekommen ist. Als Anwohner des Augusttores bin ich sehr dafür, daß dieses Viertel wieder einmal etwas bekommt, was es heben kann, denn man hat ihm so viel weggenommen, daß eigentlich nichts mehr da ist und daß selbst der Schuldirektor erklärt hat, es seien keine Kinder da, weshalb der Bezirk auch keine Schule gebrauche. Herr Rieß sagte, Braunschweig hätte keinen Ruf mehr; es ist aber noch nicht lange her, als derselbe Herr sagte, es sei wegen des Vereinsgesetzes keine

Unzufriedenheit in Braunschweig vorhanden. Ferner meint Herr Nieß, daß hier mehr Kongresse abgehalten werden würden, wenn ein Lokal wie der Zirkus hier wäre. Darauf möchte ich erwidern, daß es in dem neuen Lokal noch viel ungemütlicher, als im Saale des Hofjägers sein würde, wenn 3300 Menschen dort Platz finden sollten. Wie Herr Löschigt ganz richtig hervorgehoben hat, sollte man erst bessere Zustände in Bezug auf die polizeilichen Bevormundungen schaffen, ehe man den Zirkus baute. Als im vorigen Jahre Herr Hauswaldt unsere Zustände im Landtage in richtiger Weise geißelte, da hat ihm Herr Nieß erwidert, es wäre das Recht der Polizei, dabei einzugreifen. Herrn Meyerhoff möchte ich auf seine Bemerkung, daß wir ein Kinderheim bauten, erwidern, daß die Bau Summe aus dem Schulhausbaufonds kommt (Widerspruch) und kein Bürger der Stadt etwas dazu bezahlt. Obwohl der Saalbau durch den Zirkus leiden wird, würde mich dieses doch nicht abhalten, dafür einzutreten. Daß aber die Stadt das Unternehmen subventionieren will, halte ich nicht für richtig, zumal der Zirkus auch ohne stadtseitige Beteiligung, vielleicht mit Hilfe einer wohlhabenden Brauerei gebaut werden wird. Geschieht das, so haben wir uns nicht den Vorwurf zu machen, daß wir uns bei dem Unternehmen engagiert haben. Dem Zirkusbau im allgemeinen würde ich also jederzeit zustimmen, jedoch bin ich dagegen, stadtseitig noch Geld dafür herzugeben, wenn ich auch den Platz vielleicht zur Verfügung stellen würde.

Herr Löschigt: Ich möchte Herrn Nieß erwidern, daß ich mich nicht im Kreise herumgedreht habe. Wenn Herr Nieß sich die Vorlage etwas genauer ansieht und bemerkt, an welcher Stelle die 200 000 M der Stadt eingetragen werden sollen, so denkt er hierüber vielleicht etwas anders. Herr Frühling hat mir schon bestätigt, daß diese Summe so gut wie verloren ist und hat gleichzeitig gemeint, wenn der Erste nicht in dem Unternehmen zurecht kommt, dann tut es vielleicht der Zweite oder Dritte. Das mag wohl zutreffen, aber schön ist es nicht, von vornherein dem Unternehmen solche Zukunft zu prophezeien und sich trotzdem daran beteiligen zu wollen. Der Ausblick für diesen Zirkusbau ist also ein zweiter Saalbau, der, trotzdem schon 300 000 M bis 400 000 M daran verloren gegangen sind, auch heute noch nichts verdient. Ich habe übrigens nicht gesagt, wie ich Herrn Meyerhoff erwidern möchte, daß die Stadt nichts für Wohltätigkeitszwecke ausbebe, sondern ich habe nur gesagt, daß wegen Mangels an Mitteln kein zweites städtisches Krankenhaus gebaut werde. Außerdem verstehe ich nicht, wie Herr Meyerhoff sagen kann, ich hätte über die schlechten städtischen Finanzen gesprochen, die Stadtverordneten haben doch wirklich die städtischen Finanzen nicht grau in grau gemalt, so hat z. B. Herr Südel noch vor acht Tagen gesagt, daß augenblicklich die Finanzen ganz gut seien, wir aber nicht wüßten, wie es weiter kommen würde. Ich möchte also den Vorwurf zurückweisen, daß ich unsere Finanzlage

schwarz gemalt hätte. Jedenfalls waren allerdings die Finanzen so schlecht, daß wir die Biersteuer einführen mußten.

Herr F ü d e l: Auf die Bemerkung des Herrn Lord, daß er die Rentabilitätsberechnung vermissen, habe ich zu erwidern, daß sie von den Unternehmern wohl aufgestellt, von der Finanzkommission aber nicht zur Sprache gebracht ist, weil wir nicht mit einer „Honigpottsrechnung“ vor Sie hintreten wollten. Wir haben deshalb gesagt, man möchte damit rechnen, daß die von der Stadt zu bewilligende Summe vorläufig unverzinst bleibt, haben also die schlimmste Folge der Bewilligung vorausgestellt. Es wäre ja möglich gewesen, hierbei noch andere Bedenken und Wünsche zur Sprache zu bringen, z. B. ob es nicht angezeigt sein würde, der Stadtverwaltung eine Stimme im Verwaltungsrate der Gesellschaft zu sichern, aber das sind alles Fragen, die erst später geregelt werden.

Herrn R i e k e möchte ich erwidern, daß der Ankauf der anschließenden kleinen Grundstücke an der Mönchstraße nicht ins Auge gefaßt ist. Nun hat Herr Löschigt mehrfach über die Finanzlage der Stadt gesprochen und erklärt, daß bei Gelegenheit der Beratung und Beschlußfassung der Biersteuer immer auf die ungünstige finanzielle Lage der Stadt hingewiesen sei. Das ist in gewisser Weise wohl richtig, aber ich muß dem gegenüber doch noch einmal hervorheben: die Biersteuer ist geschaffen aus Rücksicht darauf, daß eine weitere Erhöhung der Gemeindefinkommensteuer auf Grund der staatlichen Gesetzgebung vom Herzoglichen Staatsministerium hätte beanstandet werden können und eine solche Befürchtung tatsächlich bestand. Ich bitte, diesen Punkt niemals zu vergessen. Wir haben die Biersteuer nicht beschlossen, um dadurch Geld zu beschaffen, denn das hätten wir auch noch aus anderen Steuern herauskriegen können; wir haben vielmehr mit Recht Bedenken getragen, die Einkommensteuer zu erhöhen, weil die Genehmigung dazu nicht sicher war. Daß wir aber die Biersteuer sehr gut haben gebrauchen können, werden Sie selbst gesehen haben, ebenso glauben Sie wohl auch, daß sie für spätere Zeiten eine Notwendigkeit sein wird. Die Herren aber, welche sich z. B. hauptsächlich gegen die Biersteuer wandten, die Wirte, sind jetzt anscheinend sehr zufrieden damit, weil sie durch die Steuer noch verdienen. Das ist mir wenigstens von verschiedenen guten Wirtschaften gesagt worden. — Unsere Finanzlage im allgemeinen habe ich schon in der letzten Sitzung geschildert und will nicht noch einmal darauf zurückkommen. Die Mehrheit der Finanzkommission hat bei Beurteilung der Vorlage das Prinzip verfolgt, daß wir aus Befürchtung darüber, die Zukunft könnte uns eine geringere Einnahme bringen, alles aufbieten und das Opfer von jährlich 7000 M. bringen wollen, um das Unternehmen zu sichern.

Die Besprechung ist damit geschlossen.

Persönlich bemerkt Herr Bues, daß er sich bei seinen Ausführungen geirrt habe, denn nicht aus dem Schulhausbaufonds, sondern aus dem außerordentlichen Etat sei die Ausgabe für das Kinderheim bestritten.

Auf Antrag des Herrn Günther ist die Abstimmung eine namentliche.

Zunächst wird abgestimmt über den Antrag Rieke, den Bau ganz auf städtische Kosten und in eigener Regie auszuführen.

Für den Antrag stimmen die Herren: Ahmann, Günther, Ohlendorf, Beplies, Rieke und Stegmann.

Gegen den Antrag die Herren: Blasius, Brückmann, Bührmann, Bues, Ebeling, Frühling, Hauswaldt, Jüdel, Kathe, Koch, Lange, Löschigt, Lorb, Lupprian, Meyerhoff, Müller, Nieß, Nolte, Ohlmer, Ribbentrop, Sander, Schöttler und Wolff.

Der Antrag ist also mit 23 : 6 Stimmen abgelehnt.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über die von der Finanzkommission befürwortete Magistratsvorlage.

Für die Vorlage stimmen die Herren: Blasius, Brückmann, Ebeling, Frühling, Hauswaldt, Jüdel, Lange, Lupprian, Meyerhoff, Nieß, Nolte, Ohlmer, Ribbentrop, Sander und Wolff.

Gegen die Magistratsvorlage stimmen die Herren: Ahmann, Bührmann, Bues, Günther, Kathe, Koch, Löschigt, Lorb, Müller, Ohlendorf, Beplies, Rieke, Schöttler und Stegmann.

Die Vorlage ist demnach mit 15 : 14 Stimmen angenommen.

#### V. Ermäßigung eines Beitrages für Entnahme von Oerwasser.

Im § 6 des mit dem Herzoglichen Hofbrauhause von Carl Wolters & Co. abgeschlossenen Vertrages über die Entnahme von Oerwasser oberhalb Eisenbüttels ist eine Mindestzahlung an die Stadt im Betrage von 300 M vorgesehen. Da die Firma seit Mitte vorigen Jahres für alle Brauzwecke fast ausschließlich selbstgefordertes Brunnenwasser verwendet, sie aber die bestehende Förderungsanlage für Oerwasser für etwaige Notfälle gern beibehalten möchte, so ersucht sie, statt des Betrages von 300 M eine für die Kontrolle des Wassermessers zu vergütende Summe anderweit festzusetzen.

Der Magistrat gibt anheim, den Mindestbeitrag bis auf weiteres auf 50 M zu ermäßigen,

mit welchem Antrage sich die Versammlung auf Empfehlung der Statutenkommission, für welche Herr Bues berichtet, einverstanden erklärt.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

**Berichtigung.** Auf Seite 258, Zeile 15 v. o. ist der Name Wedemeyer in Besemeyer zu ändern.

